



Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2014



Sächsischer

Verfassungsschutzbericht 2014

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	6
I. Verfassungsfeindliche Zielsetzungen	8
1. Rechtsextremismus	8
2. Linksextremismus	10
3. Islamismus und Ausländerextremismus	11
II. Extremismus im Freistaat Sachsen	13
1. Rechtsextremismus	13
1.1 Personenpotenzial	13
1.2 NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD).....	17
1.3 JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)	48
1.4 DIE RECHTE, LANDESVERBAND SACHSEN.....	63
1.5 DER DRITTE WEG, STÜTZPUNKT HOCHFRANKEN/VOGTLAND.....	65
1.6 NEONATIONALSOZIALISTEN.....	67
1.7 Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	80
1.8 Rechtsextremistische Musikszene und Konzerte	83
1.8.1 Rechtsextremistische Musikgruppen bzw. Bandprojekte und Liedermacher	83
1.8.2 Rechtsextremistische Konzerte	89
1.9 Rechtsextremistische Vertriebszene.....	94
1.10 Rechtsextremistische Publikationen (Auswahl).....	100
1.11 Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen	105
1.11.1 Landkreis Bautzen.....	105
1.11.2 Chemnitz (Stadt)	109
1.11.3 Dresden (Stadt).....	116
1.11.4 Erzgebirgskreis	122
1.11.5 Landkreis Görlitz	125
1.11.6 Landkreis Leipzig	128
1.11.7 Leipzig (Stadt)	133
1.11.8 Landkreis Meißen	139
1.11.9 Landkreis Mittelsachsen	142
1.11.10 Landkreis Nordsachsen	146
1.11.11 Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	150
1.11.12 Vogtlandkreis.....	154
1.11.13 Landkreis Zwickau.....	158
1.12 Ausblicke zum Rechtsextremismus.....	162

2. Linksextremismus	165
2.1 Personenpotenzial	165
2.2 AUTONOME.....	168
2.3 Anarchistische Gruppierungen.....	181
2.4 Orthodoxe linksextremistische Parteien und Organisationen	189
2.5 ROTE HILFE e. V. (RH).....	191
2.6 Linksextremistische Publikationen (Auswahl)	195
2.7 Regionale Beschreibung linksextremistischer Bestrebungen.....	197
2.7.1 AUTONOME in Leipzig	199
2.7.2 AUTONOME in Dresden.....	207
2.7.3 AUTONOME in Chemnitz	218
2.7.4 AUTONOME außerhalb der Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz.....	220
2.8 Ausblicke zum Linksextremismus	225
2.9 Hintergrundbeitrag: Blockaden im Rahmen von linksextremistischen Gegenaktionen, Funktionen und Strategien	228
3. Islamismus und Ausländerextremismus	236
3.1 Personenpotenzial	236
3.2 Islamismus – Salafistische Bestrebungen.....	237
3.3 ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)	242
4. Phänomenübergreifende Betrachtungen – Jugendliche im Fokus von Extremisten	246
5. Politisch motivierte Kriminalität – Straftaten mit extremistischem Hintergrund	259
5.1 Politisch motivierte Kriminalität „rechts“ – Straftaten mit rechtsextre- mistem Hintergrund.....	259
5.2 Politisch motivierte Kriminalität „links“ – Straftaten mit linksextremisti- schem Hintergrund.....	261
5.3 Politisch motivierte Ausländerkriminalität –Straftaten mit ausländerext- remistischem Hintergrund	262
III. Spionage in Politik und Wirtschaft	263
1. Begriffe, Bedeutung und Adressaten	263
2. Akteure, Aufklärungsschwerpunkte und Methoden.....	264
2.1 Akteure und Aufklärungsschwerpunkte.....	264
2.1.1 Russische Föderation.....	264
2.1.2 Volksrepublik China	265
2.1.3 Arabische und nordafrikanische Nachrichtendienste	266
2.1.4 Westliche Dienste	266
2.2 Methoden und Arbeitsweisen der ausländischen Nachrichtendienste	267
2.2.1 Beschaffung offener Informationen	267
2.2.2 Beschaffung öffentlich nicht zugänglicher Informationen.....	267
3. Abwehrmaßnahmen und Sicherheitspartnerschaft	269

IV. Geheim- und Sabotageschutz	272
1. Sicherheitsüberprüfungen (Personeller Geheimschutz) und Sabotage- schutzüberprüfungen.....	272
1.1 Sicherheitsüberprüfungen	272
1.2 Sabotageschutzüberprüfungen	273
2. Materieller Geheimschutz	274
3. Zuverlässigkeitsüberprüfungen sowie Prüfung von Versagens- oder Ausschlussgründen.....	274
 V. Verfassungsschutz	 276
1. Verfassungsschutz auf einen Blick	276
2. Glossar der Verfassungsschutzbehörden	282
3. Gesetze	294
 VI. Verzeichnis der im Verfassungsschutzbericht erwähnten extre- mistischen Organisationen	 328
 VII. Stichwortverzeichnis	 331
 VIII. Verzeichnis der Orte, Landkreise, Regionen, Länder	 336
 IX. Abkürzungsverzeichnis	 340

Vorwort

Liebe Leser,

der Verfassungsschutz bildet einen wichtigen Schutzschirm für Demokratie und Freiheit in unserem Land. Als Nachrichtendienstleister informiert er nicht nur Staatsregierung und Parlament, sondern auch die Bürger im Land über extremistische Bestrebungen, die sich gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung richten. So leistet er im Zusammenspiel mit der Polizei einen unabdingbaren Beitrag für die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie.

Mit dem vorliegenden Verfassungsschutzbericht wird die Öffentlichkeit über extremistische Gruppierungen und Entwicklungen im Jahr 2014 informiert. Der jährliche Bericht enthält regionale Lagebilder zum Rechts- und Linksextremismus sowie Ausblicke und Prognosen zur Entwicklung in den kommenden Jahren. Ein besonderes Kapitel widmet sich phänomenübergreifend der Anziehungskraft des politischen Extremismus auf Jugendliche.

Ein Schwerpunkt der Beobachtungen des Verfassungsschutzes war auch im Berichtsjahr der Rechtsextremismus. Erfreulich war hier, dass die NPD-Sachsen seit dem Höchststand im Jahr 1998 inzwischen fast 60 % ihrer Anhängerschaft verloren hat, auch bei den Kommunalwahlen 2014 deutliche Verluste hinnehmen musste und seit den Landtagswahlen 2014 nicht mehr im sächsischen Parlament vertreten ist.



Markus Ulbig

Sächsischer Staatsminister des Innern

Dennoch ist das rechtsextremistische Personenpotenzial im Freistaat Sachsen seit nun bereits drei Jahren konstant geblieben, wobei es hier zu bedeutsamen Verschiebungen gekommen ist. Die Verbote der Vereinigungen NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN (2013) und NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ (2014) haben bei deren ehemaligen Anhängern eine starke Verunsicherung ausgelöst. In den beiden vergangenen Jahren sind daher viele Neonationalsozialisten unter das Dach der NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN geflüchtet. Auch dies verdeutlicht, wie wichtig trotz allem ein erfolgreiches NPD-Verbotsverfahren ist.

Eine gute Nachricht ist der Rückgang der rechtsextremistischen Konzerte. Das Konzerntaufkommen hat in Sachsen den Tiefststand der vergangenen zehn Jahre erreicht. Eigentümer von Immobilien sind sensibler geworden bei der Wahl ihrer Mieter. Auch dies ist das Ergebnis profunder Aufklärungsarbeit des sächsischen Verfassungsschutzes, der polizeilichen Arbeit, aber auch des zivilgesellschaftlichen Engagements regionaler Initiativen.

Der Verfassungsschutz nimmt weiterhin auch die Entwicklung des Organisations- und Gewaltpotenzials im linksextremistischen Phänomenbereich genau in den Blick. Sorge macht hier die Zahl der verübten Gewaltdelikte. Sie verringerte sich zwar gegenüber dem Vorjahr, blieb aber insgesamt auf hohem Niveau. Aufrufe zu Anschlägen gegen jene Institutionen, die uns und unseren Rechtsstaat schützen, sind Angriffe auf unsere Demokratie und damit auch auf unsere Gesellschaft. Sie sind aufs Schärfste zu verurteilen. Die verübten Straftaten werden strafrechtlich konsequent verfolgt.

Das islamistische Personenpotenzial bewegt sich in Sachsen im Bundesvergleich mit weniger als 1% der Bevölkerung nach wie vor in

einem ausgesprochen niedrigen Bereich. Es ist jedoch hier – wie auch bundesweit – angestiegen. Auch aus Sachsen gab es im vergangenen Jahr zwei Ausreisen nach Syrien. Ein Beleg dafür, dass erhöhte Wachsamkeit geboten ist. Der Verfassungsschutz wird auch diese Szene weiterhin aufmerksam beobachten.

In der öffentlichen Auseinandersetzung spielt der Islamismus trotz des weiterhin geringen Potenzials in Sachsen eine zunehmende Rolle. Das zeigte sich im Berichtsjahr bspw. durch regelmäßige Demonstrationen des PEGIDA e.V. Der Verein selbst war im Berichtszeitraum kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes. Die verfassungsmäßige Hürde, eine Gruppierung vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen, ist im Rechtsstaat sehr hoch und klar vom Gesetzgeber definiert. Klar ist aber für mich auch: Volatile politische Bewegungen wie PEGIDA und LEGIDA bedürfen weiterhin einer intensiven fortlaufenden Bewertung, weil jedenfalls Teile von ihnen in ihrem extremistischen Potential gegenwärtig noch nicht abschließend eingeschätzt werden können. Auch der Verfassungsschutzbericht 2014 ist damit wieder ein Kompendium der wehrhaften Demokratie. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz danke ich für ihre Expertise und ihre gesammelten Erkenntnisse. Sie sind ein entscheidender Baustein im Fundament unserer Demokratie.



Markus Ulbig
Sächsischer Staatsminister des Innern

I. Verfassungsfeindliche Zielsetzungen

1. Rechtsextremismus

Rechtsextremisten lehnen die freiheitliche demokratische Grundordnung ab. Auch wenn es innerhalb des Rechtsextremismus verschiedene ideologische Strömungen und Erscheinungsformen gibt, die nicht selten sogar im Widerspruch zueinander stehen, stimmen Rechtsextremisten in folgenden Themenfeldern grundsätzlich überein:

I **Rassisch definierte „Volksgemeinschaft“ als Souverän zu Lasten der Freiheitsrechte des Einzelnen**

Der Staat soll organisatorischer Ausdruck einer ethnisch-rassisch homogenen „Volksgemeinschaft“ sein. Der vermeintlich einheitliche Wille des Volkes soll dabei von staatlichen Führern verkörpert und in reale Politik umgesetzt werden („Völkischer Kollektivismus“). In einem durch den homogenen „Volkswillen“ legitimierten Staat würden damit wesentliche Kontrollelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie das Recht des Volkes, die Staatsgewalt durch Wahlen auszuüben, oder das Recht auf Bildung und Ausübung einer Opposition, fehlen.

I **Fremdenfeindlichkeit, auch in Form von Rassismus und Antisemitismus**

Nach der Vorstellung von Rechtsextremisten soll das deutsche Volk vor der Integration „rassisch minderwertiger Ausländer“ und vor einer „Völkervermischung“ bewahrt

werden. Es wird befürchtet, dass die „Rasse“ des deutschen Volkes infolge einer „Durchmischung mit fremdem Blut“ untergehen würde.

Die Ausgrenzung jener Menschen, die nicht diesem völkischen „Ideal“ entsprechen, widerspricht dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, welcher in unserer Verfassung garantiert ist. Die Würde des Menschen, die bedingungs- und voraussetzungslos jedem Menschen eigen ist, wäre von der biologisch-genetischen Teilhabe an der Volksgemeinschaft abhängig.

Antisemitismus ist ein Kennzeichen fast aller rechtsextremistischen Strömungen. Er tritt in unterschiedlichen Varianten religiöser, kultureller sowie rassistischer Ausprägung auf. Häufig werden dabei Theorien, wie die Behauptung einer „jüdischen Weltverschwörung“ oder einer jüdisch dominierten Weltwirtschaft verbreitet. Diese Ausprägung des Antisemitismus wird vor allem vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrisen seit 2008 stärker hervorgehoben. Rechtsextremisten suchen dadurch Anschluss insbesondere an israelkritische Positionen im Rahmen des Nahostkonfliktes.

In der jüngsten Vergangenheit haben sich Rechtsextremisten auch anderer ausgrenzender Argumentationslinien bedient. So

sprachen sie beispielsweise Muslimen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit Rechte ab, die in den Freiheits- und Gleichheitsversprechen der Verfassung verbürgt sind. Diese Argumentation verfolgt das Ziel, die Strategie der Ausgrenzung und Ungleichbehandlung als „Kulturkritik“ zu verbrämen.

I Revisionismus und Holocaustleugnung

Unter rechtsextremistischem Geschichtsrevisionismus versteht man die Leugnung oder Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen und der deutschen Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Auch wird versucht, den Holocaust und andere Verbrechen der Nationalsozialisten, insbesondere durch eine Gleichsetzung mit Handlungen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, zu relativieren. Die Leugnung des an den europäischen Juden begangenen Völkermords erfüllt den Straftatbestand der Volksverhetzung.

Von extremistisch motiviertem Gebietsrevisionismus ist die Rede, wenn Rechtsextremisten die Anerkennung der deutschen Gebietsverluste als Folge der Weltkriege ablehnen oder sogar weitere Gebiete – entgegen den vertraglichen Verpflichtungen, die Deutschland seit 1918 beziehungsweise seit 1945 eingegangen ist – für Deutschland beanspruchen.

Revisionistische Positionen bilden ein wichtiges Bindeglied zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Strömungen.

I Verherrlichung des historischen Nationalsozialismus

Durch ihre Äußerungen zeigen Rechtsextremisten häufig – zumindest mittelbar – eine wohlwollende Haltung gegenüber dem

Nationalsozialismus. Vermeintlich positiv zu bewertende Handlungen der historischen Nationalsozialisten werden überbetont oder beschönigt. Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime werden diffamiert. Auch glorifizieren Rechtsextremisten nationalsozialistische Funktionsträger aus jener Zeit, z. B. Rudolf Heß, den ehemaligen Stellvertreter Adolf Hitlers. Darüber hinaus lehnen sie sich zum Teil eng an Sprache und Programmatik dieser Zeit an.

I Verächtlichmachen von Verantwortungsträgern und Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates

Unter Rechtsextremisten kommt es vielfach zu einer Verunglimpfung des demokratischen Verfassungsstaats und seiner Repräsentanten. Deutsche Politiker werden dabei als korrupte Handlanger ausländischer, insbesondere US-amerikanischer Interessen, diffamiert, und es wird ihnen die Fähigkeit abgesprochen, die Probleme des Landes lösen zu können. Rechtsextremisten streben auf diese Weise an, sich als alleinige Wahrer der Interessen des deutschen Volkes darzustellen und den politischen Gegner als Verräter zu diskreditieren.

I Rechtsextremistischer Antiamerikanismus

In der antiliberalen und antipluralistischen Weltsicht der Rechtsextremisten verkörpern die USA in besonderem Maße ein Feindbild. Insbesondere der „amerikanische Schmelztiegel“, der viele Volksgruppen in einer Nation umfasst, steht für Rechtsextremisten in offenem Widerspruch zum Konzept einer homogenen „rassisch“ definierten Volksgemeinschaft, die das Zusammenleben in einem Staat prägen soll.

2. Linksextremismus

Linksextremisten streben die Überwindung der parlamentarischen Demokratie und die Außerkraftsetzung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. An deren Stelle wollen sie eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft oder eine „herrschaftsfreie“ anarchistische Gesellschaft etablieren. Ihr politisches Handeln richten sie dementsprechend an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Vorstellungen aus. Damit treten sie entweder für eine Diktatur über die Mehrheit ein, die auch mit einer Bevormundung Andersdenkender einhergehen würde, oder für eine herrschafts- und gesetzlose Ordnung. Die von Linksextremisten häufig genannten Werte „Gleichheit“, „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ stellen sich bei genauerem Hinsehen als Synonyme für die Zerstörung demokratischer Errungenschaften (z.B. die Gewaltenteilung), vor allem aber für die Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte dar. Dies betrifft z.B. die Beseitigung des Rechts auf Eigentum. Auch wenn das Grundziel aller Linksextremisten – die Abschaffung der Demokratie – alle Fraktionen eint, bestehen hinsichtlich der Vorstellungen zur angestrebten Ordnung, des dorthin führenden Wegs und der anzuwendenden Mittel erhebliche Differenzen.

Linksextremisten bringen sich in gesellschaftliche Proteste ein und versuchen, diese für ihre extremistischen Ziele zu instrumentalisieren. Bei Aktivitäten von Nichtextremisten, an denen sich Linksextremisten beteiligen, besteht daher immer die Gefahr, dass solche Aktionen außer Kontrolle geraten und Linksextremisten dabei ihre gewaltbereite Strategie umsetzen.

Gewalt ist in Teilen der linksextremistischen Szene – vor allem bei den Autonomen – allgemein akzeptierter Grundkonsens. Die eigene Militanz wird dabei im Wesentlichen mit zwei Begründungen legitimiert: Zum einen handele es sich um Gegengewalt, mit der man sich gegen die ungerechtfertigte Gewaltausübung des Staates wehre, welcher über Institutionen und Machtverhältnisse eine „strukturelle“ Gewalt auf seine Bürger ausübe. Zum anderen gebe es politische Anliegen, die den Einsatz von Gewalt rechtfertigen würden. Diese Gewalt richtet sich gegen Sachen, kann aber auch Personen, wie tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, Polizeibeamte und andere Repräsentanten staatlicher Einrichtungen zum Ziel haben.

3. Islamismus und Ausländerextremismus

Gruppierungen von Ausländern werden als extremistisch beurteilt, wenn sich ihre Ziele gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Die Verfassungsfeindlichkeit einer ausländerextremistischen Zielsetzung kann sich auch daraus ergeben, dass sich diese gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder auf die Anwendung von Gewalt bzw. darauf hinzielende Vorbereitungshandlungen richtet.

Wesentliche gemeinsame Merkmale ausländerextremistischer Bestrebungen sind

- das Ziel, die in den jeweiligen Herkunftsländern herrschende Gesellschaftsordnung, zunehmend aber auch jene in Deutschland, abzuschaffen und sie durch eine Ordnung zu ersetzen, die der Ideologie der jeweiligen extremistischen Organisation entspricht,
- die Gefährdung auswärtiger Belange der Bundesrepublik Deutschland durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen¹,
- Äußerungen und Aktivitäten, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker richten.

Im Einzelnen lassen sich ausländerextremistische Bestrebungen untergliedern in

- islamisch-extremistische (d. h. islamistische),
- linksextremistisch-separatistische,
- extrem nationalistische.

Islamistische Organisationen zielen darauf, die westlichen, freiheitlichen demokratischen Gesellschaftsordnungen durch ein auf Koran und Scharia (islamisches Rechts- und Wertesystem) basierendes Gesellschaftssystem zu ersetzen. Nach ihren Vorstellungen regelt der Islam alle Lebensbereiche einer Gesellschaft. Insofern könne auch alle staatliche Herrschaft nicht dem menschlichen Willen entspringen, sondern gehe einzig von Gott (Allah) aus. Eine Trennung von Staat und Religion widerspricht daher ihrer Auffassung von einer Staats- und Gesellschaftsordnung und wird als unislamisch verurteilt. Innerhalb des Islamismus gibt es zur Errichtung der angestrebten „islamischen“ Herrschaft unterschiedliche Strategien. Dabei sind Organisationen aktiv, die entweder terroristische Taten begehen oder solche, die zwar Gewalttaten befürworten, jedoch aus unterschiedlichen Gründen selber keine Gewalt zur Erreichung ihres Ziels einsetzen und schließlich Organisationen, die sowohl Terror als auch Gewalteininsatz verurteilen. Letztere setzen mit ihren ideologischen Vorstellungen auf eine allmähliche Durchdringung der Gesellschaft. Auch sie streben die Abschaffung der grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. Dazu gehört z. B. die Abschaffung der Volkssouveränität, des Mehrparteienprinzips und des Rechts auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition.

¹ Von einer Gefährdung der auswärtigen Belange spricht man dann, wenn durch die Bestrebungen das friedliche Zusammenleben der Völker oder die Beziehungen zu anderen Regierungen beeinträchtigt werden. Ausländerextremistische Organisationen verbinden mit ihrer Propaganda u. a. die Verunglimpfung der jeweiligen Heimatregierung.

Linksextremistisch-separatistische Ausländergruppierungen streben nach der revolutionären Beseitigung der jeweiligen Staatsordnung in ihren Herkunftsländern die Errichtung eines sozialistischen bzw. kommunistischen Systems an. Einige dieser Gruppierungen verfolgen dabei ethnisch motivierte Unabhängigkeitsbestrebungen.

Extrem nationalistische Ausländerorganisationen vertreten ein übersteigertes Nationalbewusstsein, das anderen Nationen oder Personen anderer Nationalität die Gleichwertigkeit abspricht.

Die meisten der linksextremistisch-separatistischen bzw. extrem nationalistischen Ausländerorganisationen nutzen die Bundesrepublik Deutschland, um von hier aus gewaltsame Aktionen in ihrem jeweiligen Heimatstaat vorzubereiten, etwa durch Aufrufe zu Gewalt oder durch die Beschaffung finanzieller oder sonstiger Mittel. Solche Bestrebungen gefährden durch die Anwendung von Gewalt oder hierauf gerichtete Vorbereitungshandlungen die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland. Sie richten sich zudem gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

II. Extremismus im Freistaat Sachsen

1. Rechtsextremismus

1.1 Personenpotenzial

Das rechtsextremistische Personenpotenzial in der Bundesrepublik Deutschland ist in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich gesunken. Im Freistaat Sachsen stagnierte es dagegen im Berichtsjahr erneut. Rechtsextremistischen Bestrebungen gehörten hier – wie schon in den Jahren 2012 und 2013 – ca. 2.500 Personen an.

Während in Sachsen die Zahlen der NEONATIONALSOZIALISTEN und der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) gesunken sind, ist die der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN; Jugendorganisation der NPD) angewachsen. Die JN konnten dabei vor allem vom Rückgang des Potenzials bei den NEONATIONALSOZIALISTEN profitieren.

Unter den nunmehr drei in Sachsen vertretenen rechtsextremistischen Parteien verfügte die NPD zwar über die meisten Mitglieder, allerdings ist deren Mitgliederbestand bereits seit mehreren Jahren rückläufig. Im Jahr 2014 war sogar ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Die NPD hat damit seit dem Höchststand der Mitgliederzahl im Jahr 1998 (1.400) fast 60 % der Anhänger verloren. Der Partei gehörten noch 610 Personen an (2013: 670 Personen). Der Zuwachs der JN-Mitglieder, die über keine Doppelmitgliedschaft in der NPD verfügen, hat im Jahr 2014 deutlich zugenommen. Grund hierfür ist der Trend von Teilen der NEONATIONALSOZIALISTEN, sich in den JN zu engagieren.

Der Partei DIE RECHTE wurden im Jahr 2014 in Sachsen ca. zehn Personen mit steigender Tendenz zugerechnet, die Partei DER DRITTE WEG (III. WEG) hatte etwa 20 Mitglieder.

Auch die NEONATIONALSOZIALISTEN – bisher anhängerstärkstes rechtsextremistisches Spektrum in Sachsen – haben im Jahr 2014 einen deutlichen Teil (ca. 12 %) ihrer Anhängerschaft verloren. Ihnen gehörten gegenüber 980 Personen im Jahr 2013 nur noch 860 Personen im Jahr 2014 an. Damit hat sich zugleich die seit 2012 unter dem Eindruck der bundesweiten Verbote neonationalsozialistischer Gruppen beginnende Abwanderung der NEONATIONALSOZIALISTEN hin zu den JN verstärkt. In den letzten Monaten des Jahres 2014 weitete sich dieser Trend auch auf eine Abwanderung hin zur Partei III. WEG aus.

Grund hierfür ist besonders auch der Schutz, den eine Parteizugehörigkeit bietet. Parteien genießen das sogenannte Parteienprivileg, wonach ein Parteiverbot hohen rechtlichen Hürden unterliegt.

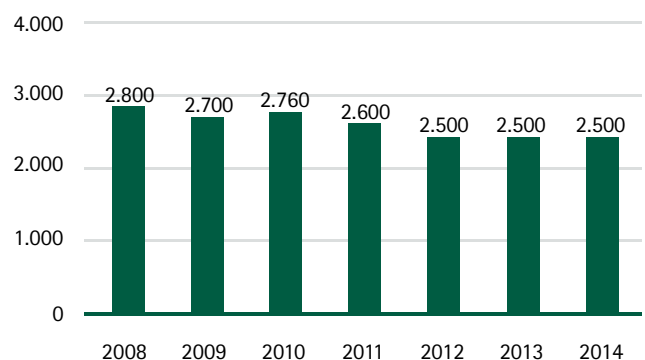
Der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene werden für das Jahr 2014 ca. 880 Personen zugerechnet. Im Vorjahr waren es ca. 850.

Das gewaltorientierte rechtsextremistische Personenpotenzial² im Freistaat Sachsen wird für das Jahr 2014 auf ca. 1.000 Personen geschätzt, davon 900 gewaltbereite Personen (2013: 830 gewaltbereite Personen). Dieser Personenkreis setzt sich aus Angehörigen der subkulturellen Szenen, der neonationalsozialistischen Szene sowie von rechtsextremistischen Parteien zusammen. Die zunehmende Gewaltbereitschaft der rechtsextremistischen Szene schlägt sich auch in der Zunahme der Gewaltdelikte im Jahr 2014 nieder.

Im Gegensatz zum Vorjahr haben sich die regionalen Schwerpunkte des rechtsextremistischen Personenpotenzials in die Großstädte Dresden und Leipzig verlagert. In den Landkreisen Erzgebirge und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hat sich die Anzahl der Rechtsextremisten leicht rückläufig entwickelt

und liegt nun auf gleichem Niveau wie in den Landkreisen Mittelsachsen und Zwickau. Dort sind den rechtsextremistischen Szenen jeweils ca. 200–250 Personen zuzurechnen. Wie schon im Jahr 2013 waren auch 2014 im Landkreis Meißen und im Vogtlandkreis mit jeweils etwa 50–100 Personen landesweit die geringsten rechtsextremistischen Personenpotenziale festzustellen.

Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen



² Hierzu zählen Tatverdächtige rechtsextremistischer Gewaltstraftaten und Personen, bei denen Anhaltspunkte für eine Gewaltbereitschaft vorliegen

Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen

2014: ca. 2.500 (2013: 2.500 [bundesweit 2013: 21.700])³

RECHTSEXTREMISTISCHE PARTEIEN 2014: ca. 710 2013: ca. 680	NEONATIONALSOZIALISTEN 2014: ca. 860 2013: ca. 980	SUBKULTURELL GEPRÄGTE RECHTSEXTREMISTEN 2014: 880 2013: 850
NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) 2014: ca. 610 2013: ca. 670		
JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)⁴ 2014: 110 ⁵ 2013: 70 ⁶		
DIE RECHTE (LANDESVERBAND SACHSEN) 2014: ca. 10 2013: ca. 10		
DER DRITTE WEG, STÜTZPUNKT HOCHFRANKEN/VOGTLAND 2014: ca. 20 aus Sachsen		

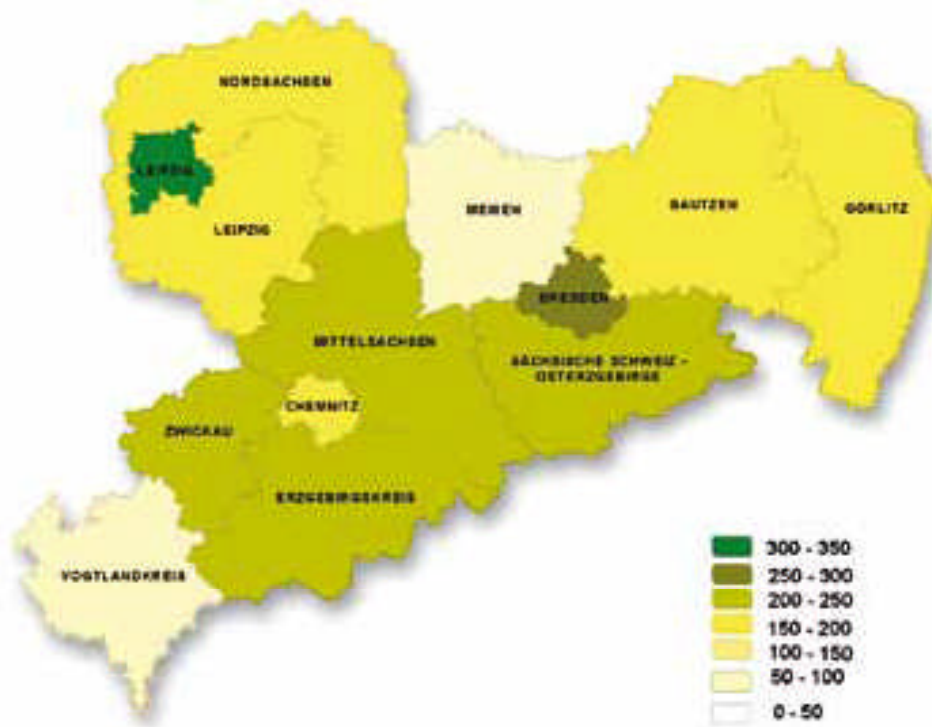
³ Die angegebenen Werte sind teilweise geschätzt und gerundet. Den Verfassungsschutzbehörden liegen nicht zu allen in den Zahlenangaben erfassten Personen Einzelerkenntnisse vor. Die Gesamtzahl ergibt sich rechnerisch unter Abzug von hier bekannten Doppelmitgliedschaften.

⁴ Die Mitgliederzahlen der JN wurden bis 2013 bei der Auflistung des Personenpotenzials nicht extra ausgewiesen. Es bestehen teilweise Doppelmitgliedschaften von JN-Mitgliedern in der NPD, weshalb hier keine Herausrechnung der JN-Mitglieder aus der Anzahl der NPD-Mitglieder möglich ist. Auf Grund des Zuwachses der JN-Mitglieder ohne Doppelmitgliedschaft aus den Reihen der Neonationalsozialisten erfolgt im Jahr 2014 eine Ausweisung der Zahl der JN-Mitglieder im Verfassungsschutzbericht.

⁵ Einschließlich Doppelmitgliedschaften in der NPD (geschätzt)

⁶ Einschließlich Doppelmitgliedschaften in der NPD (geschätzt)

Regionale Verteilung der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen – absolut



Regionale Verteilung der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen – je 10.000 Einwohner



1.2 NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Gründung:	1964
Sitz:	Berlin
Mitglieder 2014 in Sachsen:	ca. 610
Mitglieder 2013 in Sachsen:	ca. 670
Mitglieder 2013 bundesweit:	ca. 5.500
Vorsitz Bund:	PASTÖRS, Udo (kommissarisch bis 1. November 2014) FRANZ, Frank (ab 1. November 2014)
Vorsitz Freistaat Sachsen:	SZYMANSKI, Holger
Teil-, Nebenorganisationen:	JUNGE NATIONAL-DEMOKRATEN (JN), RING NATIONALER FRAUEN (RNF), KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG (KPV)
Publikation:	DEUTSCHE STIMME
Kennzeichen:	

Historie und Strukturen

Die 1964 gegründete NPD ist aus der ehemaligen DEUTSCHEN REICHSPARTEI hervorgegangen. Die NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) wurde 1969 gegründet.

Nachdem Mitglieder der NPD aus den alten Bundesländern im Jahr 1989 erste Kontakte in die damalige DDR geknüpft und bei Leipziger Montagsdemonstrationen Flugblätter verteilt hatten, gründeten Aktivisten am 24. März 1990 in der Messestadt einen Vorläufer der sächsischen NPD unter der Bezeichnung MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN (MND). Am 2. September 1990 gründeten die Mitglieder der MND den sächsischen Landesverband der NPD. In Erfurt (Thüringen) fand am 7. Oktober 1990 ein Vereinigungsparteitag statt, auf dem sich die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR neu gegründeten NPD-Strukturen mit den Landesverbänden der alten Bundesländer zu einer Gesamtpartei zusammenschlossen.

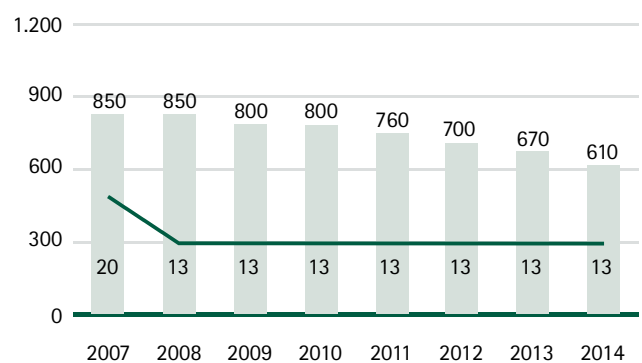
Strukturentwicklung und Mitgliederzahlen der NPD im Freistaat Sachsen unterlagen seit der Gründung erheblichen Schwankungen. Hatte die NPD anfangs noch über 400 Mitglieder, die in rund 16 Kreisverbänden (bei damals noch über 40 Landkreisen) organisiert waren, sank die Mitgliederzahl bis 1994 auf unter 100 Personen. Erst nach einer im Jahr 1995 erfolgten organisatorischen Straffung auf sieben Kreisverbände und durch intensive Werbung im Rahmen von so genannten „Freundeskreisveranstaltungen“ stieg die Anzahl der Mitglieder wieder an. Hierzu trug auch eine strategische Orientierung auf öffentlichkeitswirksame Aktivitäten, wie beispielsweise Großdemonstrationen, bei. Den Zenit dieser Entwicklung überschritt der sächsische NPD-Landesverband im Jahr 1998 mit ca. 1.400 Mitgliedern und 20 Kreisverbänden. Trotz der Gründung zweier weiterer Kreisverbände im Jahr 1999 sank die Mitgliederzahl stark auf schließlich ca. 1.000 Personen. Der Rückgang war u.a. auf zwei Faktoren

zurückzuführen. Aus wahltaktischen Gründen hatte die NPD auf öffentlichkeitswirksame Aktivitäten verzichtet, um potenzielle Wähler mit dem martialischen Erscheinungsbild von Demonstrationsteilnehmern nicht zu verschrecken. Intern hatten in der NPD zudem Diskussionen über einen politischen Kurswechsel zum Sozialismus eingesetzt. Die Partei hatte Ideologeelemente des Sozialismus und der Volksgemeinschaft zu einer These verbunden, die sie als „volksbezogenen deutschen Sozialismus“ beschrieben hatte.

Erst nach dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag im Jahr 2004 erholte sich der Mitgliederbestand wieder etwas. Seit dem Jahr 2007 ist die NPD im Freistaat Sachsen in allen Landkreisen vertreten, dennoch stagnierte die Mitgliederzahl zunächst und sank in den letzten Jahren kontinuierlich. Nach Austritten im Rahmen einer Parteikrise Ende des Jahres 2014 verfügte die NPD in Sachsen nur noch über rund 610 Mitglieder. Sie verlor damit seit dem Höchststand 1998 insgesamt ca. 56 Prozent ihrer Mitglieder.

Seit dem Jahr 2008 verfügt die NPD – nach einer Reduzierung der Anzahl der Kreisverbände entsprechend der Kreisgebietsreform – über 13 Kreisverbände. Damit ist sie im Freistaat Sachsen flächendeckend in allen Landkreisen und kreisfreien Städten vertreten. Den weiteren Ausbau der Struktur durch die Gründung neuer Ortsgruppen nach der Kreisgebietsreform setzte die Partei in den letzten Jahren nicht mehr fort. In Ermangelung von Mitgliedern wurden Strukturen wieder aufgelöst bzw. zusammengefasst.

Mitgliederzahl und Anzahl der Kreisverbände der NPD im Freistaat Sachsen



■ Mitglieder
— Anzahl der Kreisverbände

NPD-Strukturen im Freistaat Sachsen



Mitglieder der NPD sind im Freistaat Sachsen darüber hinaus in der NPD-Frauenorganisation RING NATIONALER FRAUEN (RNF) sowie in der KOMMUNALPOLITISCHEN VEREINIGUNG (KPV) organisiert. Der RNF dürfte im Berichtsjahr in Sachsen über weniger als 50 Mitglieder verfügen haben, die in vier Regionalgruppen organisiert waren. Der RNF zeigte hinsichtlich Mitgliederzahl und Strukturen eine stagnierende Tendenz. Nur gelegentlich beteiligte er sich an NPD-Veranstaltungen. Auf der Homepage dieser Organisation wurde im Jahr 2014 über eine Mitgliederversammlung im März berichtet, auf der die Landesvorsitzende Katrin KÖHLER in ihrem Amt bestätigt wurde.

Die KPV ist eine bundesweit agierende Organisation mit der Aufgabe, kommunale Mandatsträger der NPD zu schulen.

Mit der DEUTSCHEN STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH mit Sitz in Riesa (Landkreis Meißen) besitzt die NPD ein rechtsextremistisches Versandunternehmen. Die Geschäftsbilanzen

des Verlages, welcher neben der Herausgabe des Parteiorgans DEUTSCHE STIMME auch mit Publikationen, Tonträgern und Devotionalien handelt, gestalteten sich in den letzten Jahren sehr negativ. Der Verlag geriet durch Missmanagement in eine schwierige finanzielle Lage. Nur mit finanzieller Unterstützung der NPD-Sachsen konnte offenbar eine Insolvenz noch verhindert werden.

Im Jahr 2013 mussten die Betreiber des Verlages nach einer Entscheidung der „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“ (BPjM) auch ihr Online-Angebot umstellen. Gleich eine Vielzahl von Produkten des Verlages wurden von der BPjM indiziert. Anlass dafür waren u. a. die positive Darstellung der Kriegsführung der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg und die Verharmlosung des Nationalsozialismus. Einige Angebote des Verlages hätten zudem Inhalte enthalten, die Ausländer diskriminieren. Aktivitäten des Verlages außerhalb des Versandgeschäftes konnten im Jahr 2014 nicht

festgestellt werden. So fand auch das jährliche Pressefest des Verlages nicht statt. Der Verlag ist wahrscheinlich finanziell und logistisch nicht mehr in der Lage, derartige Großereignisse durchzuführen.

Der NPD-nahe Verein BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT e.V. war im Jahr 2014 offenbar inaktiv. Auf seiner Homepage wurden lediglich Informationen über Veranstaltungen im Jahr 2012 veröffentlicht. Auch neuere Ausgaben der vom Verein im Jahr 2013 zuletzt herausgegebenen Publikation HIER & JETZT wurden nicht bekannt.

Finanzlage der NPD

Im Rechenschaftsbericht der Bundes-NPD aus dem Jahr 2012 (bei Redaktionsschluss letzter veröffentlichter Bericht) ist ein Überschuss von rund 1,8 Millionen Euro ausgewiesen. Diese Steigerung der Bilanz gegenüber dem Vorjahr um rund 1,14 Millionen Euro ist überwiegend auf die Teilauflösung einer Rücklage zurückzuführen, welche die NPD im Zusammenhang mit einer Sanktionsforderung der Bundestagsverwaltung wegen eines fehlerhaften Rechenschaftsberichtes aus dem Jahr 2007 angelegt hatte⁷. Darüber hinaus hatte die NPD im Jahr 2012 ihre Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um rund 500.000 Euro gesenkt und damit rückläufige Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden kompensiert. Positiv zu Buche schlugen erhöhte Einnahmen aus Mandatsträgerumlagen und staatliche Mittel. Einen wesentlichen Anteil der Einnahmen erwirtschaftete der sächsische NPD-Landesverband.

Belastend für die finanzielle Lage der NPD wirkte sich eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes Leipzig aus. Im Dezember 2012 bestätigte es den Anspruch des Bundestagspräsidenten auf die Rückzahlung zu viel gezahlter staatlicher Mittel zur Parteienfinanzierung in Höhe von 1,27 Mio. Euro. Da die Partei die Rückzahlung nicht leisten konnte, begann die Bundestagsverwaltung im Januar 2013 die vierteljährlichen Abschlagszahlungen der staatlichen Mittel einzubehalten. Hiergegen erstritt die Partei eine einstweilige Anordnung beim Bundesverfassungsgericht. Dieses erklärte die Einbehaltung der Abschlagszahlungen für das zweite und dritte Quartal 2013 daraufhin für unzulässig, weil die NPD ohne die staatlichen Mittel im anstehenden Bundestagswahlkampf benachteiligt gewesen wäre. Diese beiden Auszahlungen, so hatte der Bundesschatzmeister erklärt, würden den Finanzbedarf der NPD bis zur Bundestagswahl am 22. September 2013 decken.

Einen am 20. Dezember 2013 beim Bundesverfassungsgericht gestellten Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung, wonach der Bundestag verpflichtet werden sollte, Abschlagszahlungen in Höhe von 303.414,05 € ohne Verrechnung zu zahlen, hat das Gericht mit Beschluss vom 28. Januar 2014 abgelehnt. Negative Auswirkungen auf die finanzielle Lage der NPD hatte zudem der Ausgang der Landtagswahl in Sachsen 2014. Auf Grund des Scheiterns der NPD an der Fünf-Prozent-Hürde und der damit verbundenen Auflösung der NPD-Fraktion verlor die Partei eine wichtige Einnahmequelle.

⁷ Die ursprüngliche Sanktionsforderung von rund 2,5 Millionen Euro ist nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 12. Dezember 2012 auf 1.271.355,76 Euro reduziert worden.

Finanzlage der NPD in Sachsen

Mit 271.076,54 Euro verfügte die sächsische NPD 2012 bundesweit über die meisten Finanzmittel unter den Landesverbänden.

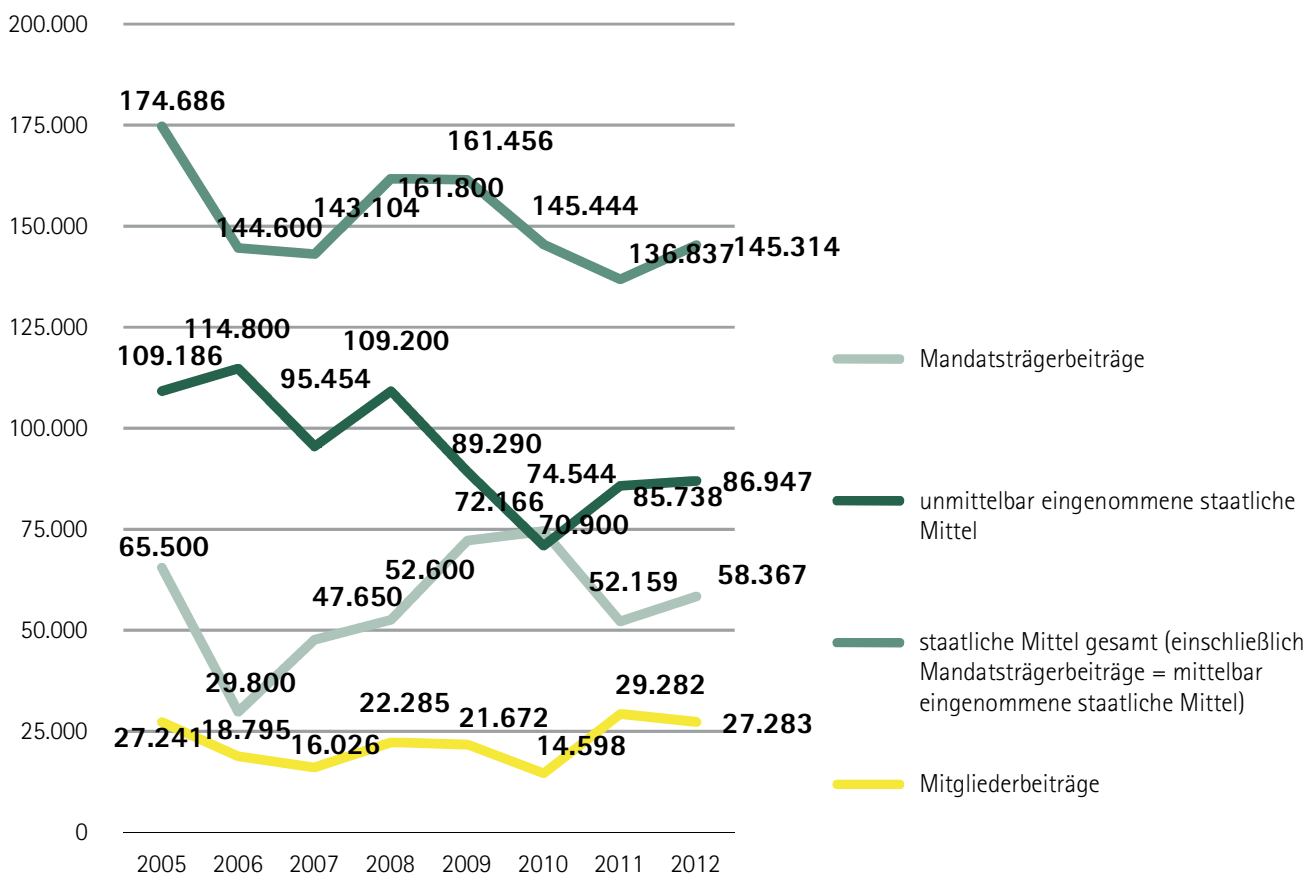
Die Einnahmequellen der sächsischen NPD setzten sich überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden sowie staatlichen Leistungen zusammen. Die staatlichen Leistungen flossen der NPD unmittelbar in Form der Wahlkampf-kostenrückerstattung sowie mittelbar über Mandatsträgerbeiträge⁸ zu.

Die Einnahmen der NPD in Form von unmittelbaren staatlichen Zuschüssen waren nach

ihrem ersten Einzug in den Sächsischen Landtag im Jahr 2004 bis zum Jahr 2010 gesunken. Die Partei kompensierte dies durch eine Steigerung der Einnahmen aus mittelbaren staatlichen Mitteln (Mandatsträgerbeiträge).

Im Jahr 2011 stieg der Zufluss an staatlichen Mitteln um rund 15.000 Euro an, dagegen sanken die Einnahmen aus den Mandatsträgerbeiträgen. Auch im Jahr 2012 – allerdings in nur geringem Maß – nahm die NPD mehr unmittelbare staatliche Mittel ein. In diesem Jahr kam es zugleich auch zu höheren Einnahmen aus Mandatsträgerbeiträgen. Obwohl die NPD im Jahr 2011 die Mitgliedsbeiträge angehoben hatte, kam es im Jahr 2012 zu

Einnahmen der sächsischen NPD



⁸ Mandatsträgerbeiträge sind Abgaben von Mandatsträgern an die Partei.

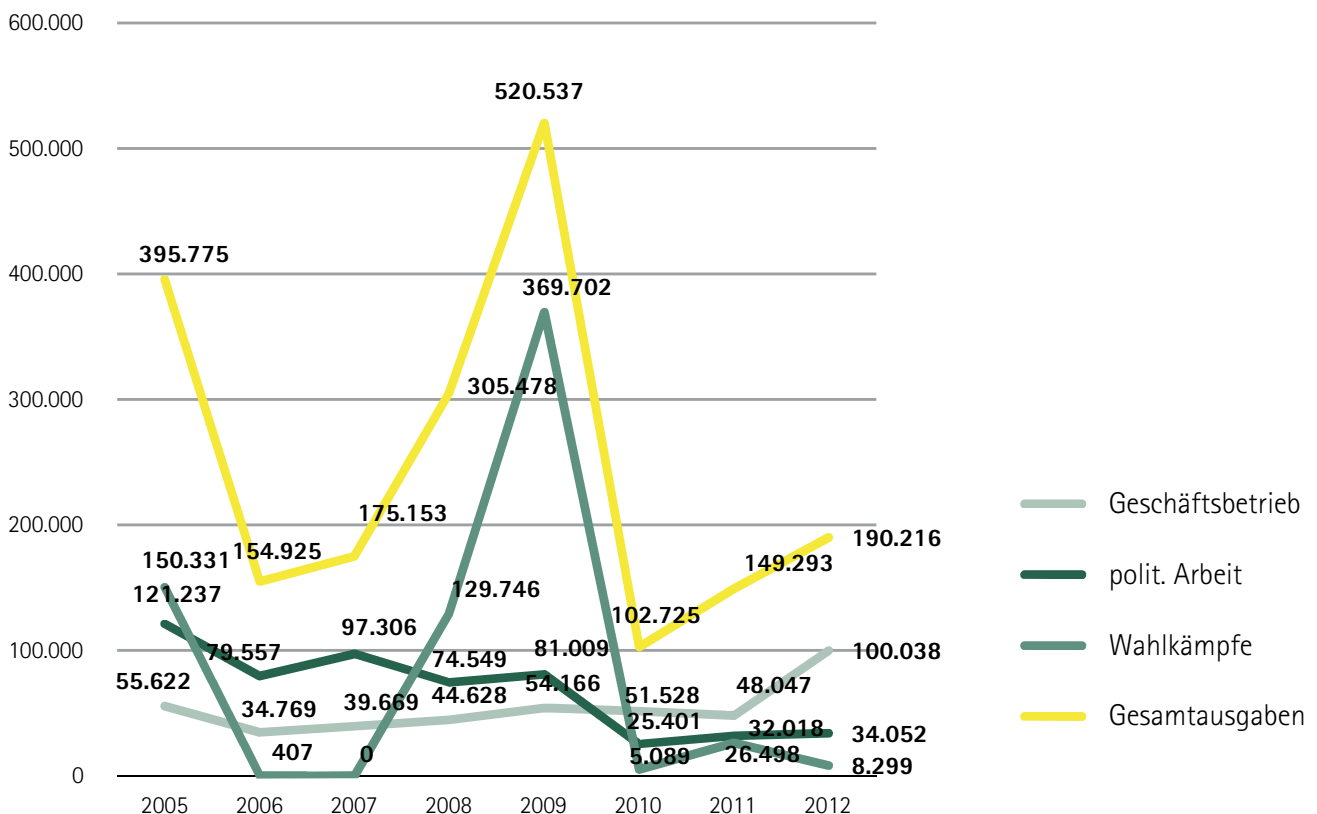
sinkenden Beitragseinnahmen. Diese waren offensichtlich das Ergebnis von Mitgliederverlusten. Die sächsische NPD nahm im Jahr 2012 rund 59.845 Euro an Spenden ein (Steigerung gegenüber 2011 um ca. 16.000 Euro). Nur drei Personen – alle aus dem Kreis der sächsischen NPD-Landtagsfraktion – spendeten der NPD im Jahr 2012 Beträge über 10.000 Euro.

In den Jahren 2008 und 2009 waren die Ausgaben der sächsischen NPD im Zusammenhang mit Wahlkämpfen (Kommunalwahlen und Landtagswahl in Sachsen) stark angestiegen. Dies führte zu einer angespannten finanziellen Lage beim sächsischen Landesverband, der in der Folge erst im Jahr 2010 – trotz sinkender Einnahmen – wieder eine positive Bilanz verbuchen konnte. Seitdem stiegen die Ausgaben der NPD in Sachsen wieder an.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Die NPD strebt die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. An ihrer Stelle will die Partei einen autoritär geführten Staat etablieren, in dem sich der Einzelne der Gemeinschaft unterzuordnen hat. Er soll seine individuelle Freiheit in diesem Staat nur so weit ausleben können, wie sie der Gemeinschaft Nutzen bringt. In einer solchen Gesellschaft kommt eine Person nur dann in den Genuss des Schutzes der Gemeinschaft, wenn sie durch ihre Abstammung qualifiziert ist, Bestandteil der Gemeinschaft zu sein. Im Gegensatz zum Grundgesetz, welches die Würde des Menschen als oberstes und unveräußerliches Prinzip schützt und das für alle Menschen gültig ist, spricht die NPD die Menschenwürde nur den Mitgliedern einer Volksgemeinschaft der Deutschen zu. Alle Menschen, welche nach Ansicht der Rechtsextremisten nicht Bestandteil dieser

Ausgaben der sächsischen NPD



„Volksgemeinschaft“ sind, werden als Bedrohung der „deutschen Volkssubstanz“ angesehen, solange sie sich in Deutschland aufhalten. Die NPD verweigert ihnen Grundrechte und weist ihnen einen niedrigeren Rechtsstatus zu. Diese Positionen weisen Parallelen zur Programmatik der historischen Nationalsozialisten auf. Die Partei versucht zwar, sich der Bevölkerung als harmlosen „Kümmerer und Schutzmacht“ zu präsentieren. Die Programmatik und die Äußerungen führender Parteifunktionäre offenbaren allerdings die menschenverachtende Ideologie der NPD, welche nicht mit den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Ordnung vereinbar ist. Das besonders zu Wahlkampfzeiten gelebte soziale Engagement ist rein taktisch begründet und zielt auf die Gewinnung von Wählern.

Schaffung einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft

Die NPD strebt die Schaffung einer nach „immerwirkenden Naturgesetzen“ bestimmten „neuen Ordnung“ in Form einer „Volksgemeinschaft“ an.



Quelle: <https://www.facebook.com/Npdmittelsachsen>
(Stand: 24. April 2014)

„Die NPD bekennt sich zur Volksgemeinschaft und zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Volksgemeinschaft ist die Voraussetzung für die Solidargemeinschaft und damit für den sozialen Staat, der auch im Grundgesetz gefordert wird. Das nationale Selbstbestimmungsrecht wiederum ist die Voraussetzung für einen demokratischen Staat.“⁹

Diese Volksgemeinschaft sieht die Partei als „Schutz- und Solidargemeinschaft“. Nur in ihr gebe es Sicherheit, Teilhabe und Zusammengehörigkeit:

„Entscheidend ist die glaubwürdige Positionierung der NPD als Schutzmacht der ‚kleinen Leute‘. Dieser potentiell nationalrevolutionären Mehrheit im Volk muß klar werden, dass die Volksgemeinschaft in der Globalisierungsära die einzig denkbare Schutz- und Solidargemeinschaft ist; nur sie verbürgt durch emotional unterfütterte Zusammengehörigkeitsgefühle soziale Teilhabe und Sicherheit.“¹⁰

Die „ethnisch homogene Volksgemeinschaft“ ist das Kernelement der Weltanschauung der NPD. Aus ihr leitet sich ein völkisches Menschenbild in Gestalt des Vorrangs der Gemeinschaft gegenüber dem Individuum ab. Nur wenn ein Mensch nach diesem Verständnis Bestandteil der „Volksgemeinschaft“ ist, wird ihm seine Freiheit garantiert. Dies allerdings nur soweit, wie er der Gemeinschaft nützt.

„Erst die Volksgemeinschaft garantiert die persönliche Freiheit; diese endet dort, wo die Gemeinschaft Schaden nimmt.“¹¹

⁹ Holger APFEL am 11. Juli 2008, Sächsischer Landtag, Plenarprotokoll 4/115, S. 9453

¹⁰ Jürgen GANSEL, „Weckruf an die ‚kleinen Leute‘ im Volk“, Internetmeldung der NPD Sachsen vom 3. Februar 2011

¹¹ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 6

„An allen Stellen, an denen Einzelinteressen mit Gemeinschaftsinteressen kollidieren, haben diese zu Gunsten des Erhaltes der Gemeinschaft zurückzutreten“.¹²

Hier zeigt sich eine Parallele zum Programm der NSDAP, wonach gemäß Punkt 10 die „Tätigkeit des einzelnen [...] nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen (darf), sondern (...) im Rahmen des Gesamten zum Nutzen aller erfolgen (müsse).“¹³

Die NPD verwendet den Begriff „Volksgemeinschaft“ im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie. Die historischen Nationalsozialisten definierten sie als „die auf blutmäßiger Verbundenheit, auf gemeinsamem Schicksal und auf gemeinsamem politischem Glauben beruhende Lebensgemeinschaft eines Volkes, der Klassen- und Standesgegensätze wesensfremd sind“. Die NPD versteht diese Volksgemeinschaft als eine annähernd „ethnisch homogene“ Gruppe von Menschen, die auf Grund „gemeinsamer Sprache, Geschichte, Kultur, Schicksal, etc.“¹⁴ entstehe.

*„Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist und damit in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde. Eine Volkszugehörigkeit kann man sich genauso wenig aussuchen wie die eigenen Eltern – Volkszugehörigkeit ist Schicksal. In eine Volksgemeinschaft kann man nicht einfach ein- oder austreten wie in einen Sportverein, man wird in sie hineingeboren.
(...) Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung*

bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. (...) Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, egal, wie lange sie in Deutschland leben. Sie mutieren durch die Verleihung eines Passes ja nicht zu Deutschen.“¹⁵



NPD-Publikation

Diese Ausführungen in den Argumentationshilfen zeigen sehr nachdrücklich, dass die NPD den Begriff der Volksgemeinschaft im Sinne der rassistischen und ausgrenzenden nationalsozialistischen Ideologie interpretiert.

¹² Wahlprogramm der NPD zur Bundestagswahl 2002, S. 77

¹³ Programm der NSDAP vom 13. April 1920, Schreibweise wie im Original

¹⁴ Internetseite der NPD, Beitrag „National-revolutionäre Gesundheitspolitik“ (Stand: 11. September 2003)

¹⁵ Broschüre WORTGEWANDT, Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2012, Seite 18/19

Deutlich ist ein Bezug auf das Programm der NSDAP zu erkennen, wo es im Punkt 4 heißt: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist ...“.

Rassistische fremdenfeindliche Ideologie-Elemente

Der Wert eines Menschen bestimmt sich nach Vorstellung der NPD nach der Zugehörigkeit zu einer Ethnie bzw. Rasse. Hieraus resultieren eine rassistisch gefärbte Fremdenfeindlichkeit und der übersteigerte Nationalismus der NPD. Die Rechtsextremisten grenzen die in ihren Augen „Nicht-Deutschen“ nicht nur aus, sondern sie diffamieren sie als minderwertig und stellen sich selbst als Elite dar.

„Die Grundlagen unserer ethnischen Exklusivität, unseres geistig-kulturellen Erbes, aber auch unserer wissenschaftlich-technischen und damit wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind in Gefahr (...) Die Leistungsgesellschaft braucht Leistungsträger. Leistungsträger finden sich aber vermehrt in den zentraleuropäischen Völkern, nicht bei den afrikanischen Hottentotten. Begabungen und Intelligenz sind nun einmal ungleich verteilt – und das deutsche Volk ist eines der begabtesten Völker in der Welt. Für unsere Begabungen haben wir uns auch nicht zu schämen! Im Gegenteil! Deshalb darf es keine Zuwanderung von Dummen und Primitiven in unser Land geben (...).“¹⁶

„So geht deutsche Intelligenz zunehmend ins Ausland, während ausländische Dummheit mit sozialschmarotzerischen Neigungen

ungebremst ins Land kommt. Die deutsche Volkssubstanz wird neben der Auswanderung guter Köpfe durch den andauernden Geburtenboykott der vielen beruflich ‚Gestrandeten‘ geschwächt.“¹⁷

Ihre fremdenfeindliche Ideologie richtet sich vor allem gegen Asylbewerber und auch gegen Minderheiten wie Sinti und Roma. Diesen bescheinigt die NPD pauschal sozialschmarotzerische Neigungen:

„Schon jetzt erleben wir eine regelrechte Invasion ganzer Sinti- und Roma-Dörfer, die oftmals durch organisierte Schlepperbanden nach Deutschland verbracht werden. Ziel dieser Sippschaften ist es oftmals, über Scheinselbstständigkeit möglichst schnell in den Genuß von sozialen Transferleistungen zu gelangen. Auch sächsische Städte geraten zunehmend ins Visier von Sozialschmarotzern vom Balkan.“¹⁸



Quelle: <https://www.facebook.com/pages/NPD-Erzgebirge> (Stand: 10. März 2014)

Seit einigen Jahren – verbunden mit einer immer stärkeren Entwicklung des islamistischen Terrors in der Welt – konzentriert sich die NPD besonders auf die Gruppe der muslimischen Zuwanderer:

¹⁶ Internetseite der NPD-Fraktion Sachsen (Stand: 8. Mai 2012)

¹⁷ Internetseite der NPD, Artikel „Der Globalisierungstod des Bürgertums“ (Stand: 2. Januar 2007)

¹⁸ Internetseite der NPD (Stand: 26. August 2013)

„Für die sächsische NPD steht außer Frage, daß Zuwanderungskritik heutzutage immer auch Islamisierungskritik sein muß, ist doch gerade die Zuwanderung aus islamischen Ländern besonders konfliktbeladen. Muslime stellen nicht nur quantitativ die Hauptgruppe der Überfremder dar, sondern sie sind aufgrund ihres – mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft unvereinbaren – religiösen und kulturellen Hintergrundes auch die mit Abstand problematischsten. (...)

Wegen der rasant steigenden Verausländerung im allgemeinen und der massiven Ausbreitung islamistischer Strukturen im besonderen ist Leipzig für die Sachsen-NPD ein Schauplatz, an dem sich zeigen wird, wie intakt noch das ethnisch-kulturelle Immunsystem der Sachsen gegen die Landnahme aus dem Morgenland ist.“¹⁹



Quelle: <https://www.facebook.com/npd.sachsen>
(Stand: 17. September 2014)

Vor dem Hintergrund des islamistischen Terrors baut die NPD bewusst seit Jahren das Feindbild Islam auf, um ihre fremdenfeindlichen Argumentationen in das sicherheitsempfindliche

Bewusstsein der Bevölkerung zu tragen. Dabei setzt die NPD Muslime und Islamisten gleich, wenn sie behauptet, dass die Islamisten das wahre Gesicht des Islams zeigen würden:

„Islamisten sind dabei nicht etwa nur als besonders extreme Vertreter ihres Glaubens anzusehen, sondern sie verkörpern den Islam vielmehr in seiner unverfälschten Form, mit der die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Muslime gänzlich oder zumindest in weiten Teilen konform geht.“²⁰

Bereits im Jahr 2010 gab es strategische Überlegungen der NPD, wonach die „Moslemfrage“ propagandistisch als Türöffner für die Vermittlung ihrer ausländerfeindlichen Positionen genutzt werden sollte:

„Die nationale Opposition ist also wahltaktisch gut beraten, die Ausländerfrage auf die Moslemfrage zuzuspitzen (ohne sie freilich darauf zu beschränken) und die Moslems als Projektionsfläche für all das anzubieten, was den Durchschnittsdeutschen an Ausländern stört. Die populäre Moslemkritik kann so zum Türöffner für die viel weitergehende Ausländerkritik der nationalen Opposition werden.“²¹

Menschenwürde und Ausschluss von Grundrechten

Den zentralen Aussagen des Grundgesetzes zu Menschenwürde und Gleichheitsrechten setzt die Partei mit ihrem Verlangen nach „Reinhaltung der Rasse“ zum Schutze der „deutschen Volkssubstanz“ rassistisch geprägte

¹⁹ Internetseite NPD-Sachsen (Stand: 12. August 2013)

²⁰ Ebenda

²¹ www.kompakt-nachrichten.de (Stand: 14. Oktober 2010)

Forderungen entgegen, die wiederum eine Anlehnung an die Zeit des Nationalsozialismus erkennen lassen.

Zwar bekennt sich die Partei in ihrem Parteiprogramm formal zur Menschenwürde und zur Gleichheit vor dem Gesetz, allerdings konterkariert sie diese Aussage mit Forderungen zur unterschiedlichen Behandlung von Deutschen und Nichtdeutschen, indem sie die Wahrung der Menschenwürde nur auf die eigene Ethnie beschränkt:

„Die Würde des Menschen als soziales Wesen verwirklicht sich vor allem in der Volksgemeinschaft.“²²

„... das ‚Begrüßungsgeld‘ für Neugeborene, das ‚Müttergehalt‘ und das von der NPD geforderte Familiendarlehen haben ausschließlich deutsche Familien zu fördern.“²³

„Der Staat hat jedem Deutschen zu ermöglichen, durch Arbeit seinen und den Lebensunterhalt seiner Familie aus eigener Kraft bestreiten zu können.“²⁴

„Eigentum an deutschem Grund und Boden kann nur von Deutschen erworben werden.“²⁵

„Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern und einer gesonderten Ausländersozialgesetzgebung zuzuordnen.“²⁶

Diese Forderungen verdeutlichen, dass die NPD Menschen, welche nicht in ihrem Sinne Bestandteil der rassistisch definierten Volksgemeinschaft sind, systematisch einen niedrigeren Rechtsstatus zuordnet und ihnen Grundrechte verweigern will. Wer nicht nach der Definition der NPD Bestandteil der Volksgemeinschaft ist, wird als Fremdkörper betrachtet. Diese Menschen will die NPD ausgrenzen, benachteiligen und ausschließen. Sie sind in den Augen der Rechtsextremisten minderwertig und sollen Deutschland verlassen. Vor diesem ideologischen Hintergrund sind besonders die ausländer- und islamfeindlichen Kampagnen der NPD zu sehen.

Forderung nach Wiedereinführung des alten Staatsbürgerschaftsrechts

Im Hinblick auf die angestrebte „Volksgemeinschaft“ fordert die NPD in ihrem aktuellen Parteiprogramm aus dem Jahr 2010 die Wiedereinführung einer Staatsbürgerschaft, die ausschließlich an die Abstammung von deutschen Eltern anknüpft (Abstammungsprinzip):

„Durch massenhafte Einbürgerungen wird das deutsche Staatsbürgerrecht aufgeweicht und das Existenzrecht des deutschen Volkes in Frage gestellt. Um diese Fehlentwicklung zu stoppen, muß das ursprüngliche, auf dem Abstammungsprinzip fußende Staatsbürgerschaftsrecht wieder eingeführt werden.“²⁷

²² Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 6

²³ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 7

²⁴ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 8

²⁵ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 9

²⁶ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 11

²⁷ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 12

Der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Holger APFEL bekräftigte diese Forderung:

„Eine Abkehr vom Abstammungsprinzip wird es mit mir nicht geben. Ihr werdet niemals aus meinem Munde hören, dass ein schwarzer Fußballspieler im Trikot der bundesdeutschen Nationalmannschaft ein Deutscher sein kann.“²⁸

Streben nach Abschaffung der parlamentarischen Demokratie

Die NPD positioniert sich offen als Systemalternative. Sie will den Staat weder reformieren, noch an seiner Gestaltung im Rahmen des parlamentarischen Prozesses mitwirken. Das gegenwärtige politische Gesellschaftssystem soll vielmehr abgeschafft werden. Deshalb greift die Partei den Staat in diffamierender Art und Weise an und bringt so den Willen zur Überwindung des Systems zum Ausdruck.

„Die NPD stellt die Systemfrage, sie will den sozialen, demokratischen und nationalen Volksstaat schaffen und stellt dieses Ideal der etablierten ‚Demokratie-Karikatur‘ namens BRD entgegen.“²⁹

„In der Tat wollen wir das liberalkapitalistische System der BRD überwinden und die Fehler dieser repräsentativen Demokratie beseitigen (...)“³⁰

Ähnlich äußerte sich der bis Dezember 2013 amtierende Bundesvorsitzende Holger APFEL in einem Flugblatt der NPD Sachsen aus dem Jahr 2009:

„Wir sind zur Stelle, wenn die etablierten Volksbetrüger kungeln und mauscheln. (...) Die NPD steht außerhalb des Kartells der etablierten Parteien. Ja, die NPD versteht sich als grundsätzliche Alternative zu den Versagerparteien und ihrem System, das das Volk politisch entmündigt und wirtschaftlich verarmen läßt.“³¹

Der maßgebliche Parteiideologe Jürgen GANSEL verdeutlichte in einem Artikel, dass die Partei kein Interesse an der Mitgestaltung des demokratischen Willensbildungsprozesses hat, sondern daran arbeiten will, eine den Parteienpluralismus erstickende Gegenmacht aufzubauen.

„Das alles ist systemimmanenter Volksbetrug! Hier hilft kein bloßer Politikerwechsel, weil durch den Austausch eines Volksbetrügers durch einen anderen nichts gewonnen ist, sondern nur ein radikaler, also an die Wurzel des Übels gehender Politikwechsel. (...) So wie das System von unten nach oben fault, muss die NPD von unten nach oben politische Gegenmacht aufbauen. In den Städten, Gemeinden und Landkreisen haben wir uns als Stachel im Fleisch der Volksbetrüger und als Schutzmacht der ‚kleinen Leute‘ unseres Volkes festzusetzen – parlamentarisch wie außerparlamentarisch.“³²

Die NPD in Leipzig verunglimpft die freiheitliche demokratische Ordnung als „verlogene(s) schein-demokratische(s) Heuchlersystem“, welches „Asylbetrüger“ mit „System“ in das Land hole.³³

²⁸ Internetseite der JN (Stand: 8. November 2011)

²⁹ Broschüre „Heimat bewahren. Freiheit erkämpfen“, Seite 15

³⁰ Der damalige NPD-Parteivorsitzende VOIGT in der DEUTSCHEN STIMME, April 2011, Seite 16

³¹ Flugblatt des NPD-Landesverbandes Sachsen 2009

³² Artikel „Die Systemkrise beginnt im kommunalen Unterbau“, Internetseite der NPD (Stand 24. Februar 2010)

³³ Facebook NPD-Leipzig (Stand: 27. November 2014)

Absage an das Mehrparteienprinzip – Parlamentarismus ist nur Mittel zum Zweck

Anstelle der repräsentativen Demokratie strebt die Partei einen Staat mit plebiszitärem Präsidialsystem an, in dem es kein demokratisches Mehrparteiensystem mehr geben soll:

„Demokratie heißt Volksherrschaft, während Liberalismus die Herrschaft von Parteien und Interessengruppen meint, deren Bühne und Exekutionsorgan volksabgehobene Parlamente sind. Im Liberalismus reißen sich Parteien und Interessengruppen den Staat unter den Nagel und machen ihn zum Schacher- und Kompromißobjekt. (...) Wir wollen das gemeinwohlschädigende Parteienregime eindämmen und ein neues Gemeinwesen mit einem volksgewählten Präsidenten und Volksabstimmungen in allen Lebensfragen der Nation schaffen. Ein solches plebiszitäres Präsidialsystem würde die deutsche Politik aus dem Würgegriff der Blockparteien und der eigensüchtigen Interessengruppen befreien. (...) Demokratisch sind wir nicht nur deshalb, weil wir eine wahre Volksherrschaft an die Stelle der liberalistischen Parteien- und Interessengruppen-Herrschaft setzen wollen, sondern auch, weil wir entschieden für eine deutsche Volksherrschaft anstelle einer multikulturellen Bevölkerungsherrschaft eintreten.“³⁴

Der so angestrebte „Nationalstaat“ trägt autoritäre Züge und steht im Kontrast zum pluralistischen Weltbild des Grundgesetzes. Auch im Parteiprogramm verdeutlichte die NPD ihre ablehnende Haltung zum Mehrparteiensystem:

„Zentrale Eckpunkte einer politischen Neuordnung sind: die Festschreibung einklagbarer sozialer Grundrechte und der Grundpflichten, die Direktwahl des mit mehr Machtbefugnissen ausgestatteten Präsidenten der Deutschen durch das Volk und die Stärkung der Gesetzgebung durch Volksentscheide auf allen Ebenen. Dadurch wird die gemeinwohlschädigende Dominanz der Parteien zurückgedrängt und das Volk in seinen Rechten gestärkt.“³⁵

Die Beteiligung am parlamentarischen Willensbildungsprozess ist für die Partei nur Mittel zum Zweck. Die NPD beteiligte sich nicht an parlamentarischer Arbeit, um zur Ausgestaltung der Demokratie beizutragen, sondern um sich finanzielle und informationelle Ressourcen zu erschließen und für ihre Zwecke auszunutzen. Der ehemalige Bundesvorsitzende Holger APFEL führte zu den von der NPD als „Schwatzbude“ verunglimpften Parlamenten aus:

„Ein Parlament ist Mittel zum Zweck, nicht mehr und nicht weniger.“ (...) „Und so nutzen wir die Landtagsbühne als Politikwerkstatt, als Plattform zur Entwicklung politischer Visionen; um uns mit Herrschaftswissen und geistigem Rüstzeug im Kampf gegen die Feinde unseres Landes auszustatten. Und natürlich um unsere Gegner mit ihren eigenen Waffen zu schlagen und ihnen jeden Tag aufs Neue die Maske vom Gesicht zu reißen.“³⁶

Nähe zum historischen Nationalsozialismus

Die NPD bemühte sich zwar in den letzten Jahren, „rückwärtsgewandte Themen“ zu vermeiden und empfahl ihren Funktionsträgern,

³⁴ Broschüre WORTGEWANDT Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2012, Seite 51

³⁵ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 8

³⁶ Internetmeldung der NPD Sachsen (Stand: 6. März 2009)

„sich mit dem Hinweis auf Gegenwartsaufgaben“ nicht auf die Themenkomplexe Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus „festnageln“ zu lassen. Jedoch zeigen die beschriebenen Parallelen zwischen der NPD und der NSDAP-Programmatik sowie die positive Bezugnahme auf die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zwischen 1933 und 1945, dass sich die Partei in ihren Staatsvorstellungen am „Dritten Reich“ orientiert.

„Nur weil es etwas schon im Dritten Reich gab, muß es nicht automatisch schlecht sein. Wir sind keine Partei, die etwas nur deshalb ablehnt, weil es das auch schon zwischen 1933 und 1945 gegeben hat, z. B. echt fortschrittliche Gesetze auf dem Gebiet der Sozial- und Familienpolitik, des Tier- und des Naturschutzes (...). Die Forderung ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ ist doch nicht falsch, nur weil sie von Nationalsozialisten erhoben wurde.“³⁷

Die erwähnte „Forderung“ ist im Programm der NSDAP zu finden. Offensichtlich hat diese Partei für die NPD nicht nur in Bezug auf ihre Ideologie, sondern auch in strategisch-taktischen Fragen eine Vorbildfunktion. Dies untermauerte der damalige stellvertretende Bundesvorsitzende Karl RICHTER in einem Thesenpapier zur künftigen Positionierung der NPD:

„Im Gegensatz zu uns war die NSDAP in Stil, Auftreten und Methoden eine ultramoderne Massenpartei, die es damit konkurrenzlos erfolgreich in die Mitte des Volkes schaffte. Dort müssen wir auch hin!“³⁸

Auch der NPD-Funktionär Jürgen GANSEL sieht – offenbar bewundernd – neben der KPD auch die NSDAP im Kontrast zu den etablierten Parteien der heutigen Bundesrepublik Deutschland.

„Dieser Allparteien-Typus hat dafür gesorgt, daß alle programmatischen Kanten der Systemparteien rückstandslos abgeschliffen und die unterschiedlichen Parteiidentitäten weitgehend erloschen sind. Alles – von der CDU bis zur Linken – verkocht zu einer Einheitssoße, die wie übelriechende Gülle über dem ganzen Land liegt. In der Weimarer Krisenzeit gab es mit der NSDAP und der KPD noch Weltanschauungsparteien, deren Anhänger mit viel Herzblut und Opferbereitschaft um wirkliche Systemalternativen rangen. (...)“³⁹

Nach dem Vorbild des historischen Nationalsozialismus strebt die NPD die Wiederherstellung des deutschen Reiches als „Schutz- und Trutzbündnis des Deutschen Volkes“⁴⁰ an.

„Die Hauptaufgabe der deutschen Nationaldemokratie besteht deshalb in der Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches.“⁴¹

Das von der NPD angestrebte „Reich“ orientiert sich deutlich am „Dritten Reich“. Die Partei versucht dabei, Geschehnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus zu verharmlosen bzw. zu rechtfertigen. So leugnet sie die Schuld der Nationalsozialisten am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Der Angriff auf Polen habe „auf

³⁷ WORTGEWANDT Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2012, Seite 53

³⁸ Thesenpapier „Raus aus dem Vergangenheitsghetto – Gegenwart gestalten“ von Karl RICHTER, Juni 2011

³⁹ Artikel „Endstadium des Parlamentarismus“ von Jürgen GANSEL, Dezember 2009

⁴⁰ Internetseite der NPD, Meldung über den „Präsidiumsbeschluß zur V-Mann-Hysterie – Jetzt erst recht!“ (Stand: 17. Juli 2002)

⁴¹ Europawahlprogramm der NPD 2003, Seite 6

jeden Fall der Abwehr einer deutlich angezeigten militärischen Bedrohung gegen das Reich“⁴² gedient. Auch hinsichtlich des millionenfachen Massenmordes an den europäischen Juden spricht die NPD verharmlosend von gewissen „Fehlentwicklungen“ im „Dritten Reich“⁴³.

Auch im Sprachgebrauch der NPD ist eine Anlehnung an die Zeit des Nationalsozialismus zu finden. Die NPD in Mittelsachsen führte zum Beispiel im Jahr 2014 sogenannte „Tage der Volksgemeinschaft“ durch und erläuterte dazu:

*„Wie schon im letzten Monat sammelten Aktivist*innen Geld zur Unterstützung der AWO und der Volksgenossen. (...) Die Not ist in der ganzen Welt groß, aber auch in unserem Volk und als Nationalisten, die den sozialistischen Weg der Volksgemeinschaft gehen, ist jetzt erst unser Volk dran. (...) Auch im nächsten Monat setzen wir uns wieder für das Volk ein, vor der Wahl und mit dem erwarteten Erfolg auch nach der Wahl mit den Stadtrats- und Kreistagsbezügen, um den Leuten dann 5 Jahre zu zeigen, wir sind da, wir denken an das Volk, die Gemeinschaft ist der Weg aus der Lethargie des Systems.“⁴⁴*

Aktivitäten

Bundespartei

Die Entwicklung der NPD im Jahr 2014 stand ganz im Zeichen mehrerer Wahlen. Bei der Europawahl hofften die Rechtsextremisten nach der Abschaffung der Drei-Prozent-Hürde auf mehrere Mandate im Europäischen Parlament. In Sachsen rechnete die Partei mit einer

weiteren Verbreiterung der kommunalpolitischen Basis zur Kommunalwahl und hoffte auf den dritten Wiedereinzug in den Landtag. In Thüringen und Brandenburg standen ebenfalls Landtagswahlen an. Auch dort hoffte die Partei auf genügend Wählerstimmen, um in die Landesparlamente einzuziehen.



Quelle: <https://www.facebook.com/npd.leipzig>
(Stand: 20. Januar 2014)

Doch zu Anfang des Berichtsjahres waren die Voraussetzungen für diese Erfolge nicht gegeben. Nach dem umstrittenen Rücktritt des Bundesvorsitzenden Holger APFEL im Dezember 2013 befand sich die Partei unter der kommissarischen Führung von Udo PASTÖRS (NPD-Fraktionsvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern) in einem äußerst desolaten Zustand und einem dementsprechenden Umfragetief.

Die näher rückende Europawahl sorgte für erhebliche Spannungen innerhalb der NPD-Führung. Neben Udo PASTÖRS sah sich auch der stellvertretende Bundesvorsitzende Karl RICHTER als Spitzenkandidat der Partei für die Europawahl berufen. Er war zuvor wegen schlechter Wahlergebnisse zur Bundestagswahl

⁴² DEUTSCHE STIMME, Artikel „Imperialistischer Raubzug oder nationaler Notwehrakt?“, August 2003, S. 20

⁴³ DEUTSCHE STIMME, Artikel „Die BRD feiert die Niederlage Deutschlands“ von Jürgen GANSEL, Juli 2004, S. 4

⁴⁴ Facebook NPD Mittelsachsen (Stand: 21. März 2014)

2013 in Bayern in Kritik geraten. Des Weiteren bewarb sich der ehemalige Bundesvorsitzende Udo VOIGT um einen Spitzenplatz auf der Kandidatenliste zur Europawahl. Am 18. Januar 2014 fand in Kirchheim ein Bundesparteitag statt, auf dem die Europawahlkandidaten gewählt wurden. Überraschend setzte sich Udo VOIGT mit 93 Stimmen durch und wurde Spitzenkandidat. Der amtierende Vorsitzende Udo PASTÖRS musste mit 71 Stimmen eine erste parteiinterne Niederlage einstecken. Auf Platz 2 wählten die Delegierten den sächsischen NPD-Funktionär Dr. Olaf ROSE.

Europawahl und die sächsischen Kommunalwahlen fanden im Freistaat Sachsen gleichzeitig statt. Die NPD betrieb jedoch vorwiegend einen Wahlkampf mit kommunalpolitischem Fokus; die Europawahlen gerieten bei ihr in den Hintergrund. Eine größere Veranstaltung führte der „Freundeskreis Udo Voigt“ in einem Gasthof in Theuma (Vogtlandkreis) durch, wo sich am 3. Mai 2014 rund 200 Rechtsextremisten, darunter namhafte NPD-Funktionäre, versammelten. Vertreten war auch ausländische Prominenz, wie der Vorsitzende der rechtsextremistischen BRITISH NATIONAL PARTY (BNP) Nick GRIFFIN und eine Delegation der rechtsextremistischen tschechischen ARBEITERPARTEI DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT (DSSS).

Mit 1,0 % der Wählerstimmen (absolut: 301.139 Stimmen) erzielte die NPD bundesweit ein insgesamt schwaches Ergebnis und blieb auch hinter ihren eigenen Erwartungen zurück. Lediglich der Spitzenkandidat Udo VOIGT konnte ein Mandat erzielen.

PASTÖRS gelang es während seiner kurzen Amtszeit nicht, wichtige Akzente zu setzen und die Partei zu Erfolgen zu führen. Auch die Anfang des Jahres angekündigte Aufklärung des Falles „Holger Apfel“⁴⁵ blieb aus.

Am 1. und 2. November 2014 führte die NPD in Weinheim (Baden-Württemberg) einen Bundesparteitag durch, auf dem ein neuer Parteivorstand gewählt wurde. PASTÖRS und der ehemalige Bundesvorsitzende Udo VOIGT verzichteten auf eine Kandidatur. Die Delegierten wählten den Saarländer Frank FRANZ zum Bundesvorsitzenden. Der ebenfalls als Kandidat angetretene ehemalige NPD-Generalsekretär Peter MARX und die ehemalige RNF-Bundesvorsitzende Sigrid SCHÜBLER scheiterten.

Mit Andreas STORR (Bundesschatzmeister), Holger SZYMANSKI (Bundesgeschäftsführer) sowie den Beisitzern Arne SCHIMMER und Peter SCHREIBER sitzen nach dieser Wahl vier NPD-Mitglieder aus Sachsen im Bundesvorstand. Insgesamt besteht der Bundesvorstand aus 19 Personen.

Bemerkenswert ist, dass auch der Hamburger Parteifunktionär Thomas WULFF als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt wurde, obwohl gegen ihn wegen seines Bekenntnisses zum Nationalsozialismus ein Ausschlussverfahren lief.

Der neue Parteivorstand ist keineswegs homogen, sondern setzt sich aus Vertretern verschiedener Flügel zusammen.

⁴⁵ Der ehemalige Bundesvorsitzende verließ die Partei und die NPD-Fraktion, nachdem Vorwürfe gegen ihn erhoben wurden, wonach er im Rahmen des Wahlkampfes einen Leipziger Aktivistin sexuell belästigt haben soll.

Sachsen

Europawahl 2014

In Sachsen erzielte die NPD mit 3,6 % der Stimmen bei der Europawahl ihr bundesweit bestes Resultat. Innerhalb des Freistaates erreichte die NPD im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit 5,7 % der Wählerstimmen ihr höchstes Ergebnis. In den Gemeinden Reinhardtsdorf-Schöna und Liebschützberg (jeweils 11,6 %) sowie Sebnitz (11,3 %) erzielte die Partei zweistellige Ergebnisse. In den kreisfreien Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz schnitt die NPD mit Resultaten zwischen 2,1 und 2,4 % erwartungsgemäß deutlich schlechter ab.

Kommunalwahl 2014 in Sachsen

Groß waren die Erwartungen der sächsischen NPD zur Kommunalwahl. Von einem guten Ergebnis erhofften sich die Rechtsextremisten einen Motivationsschub für einen erfolgreichen Wahlkampf zur Landtagswahl. Allerdings sah sich die Partei bereits bei der Kandidatenaufstellung vor das Problem gestellt, genügend Kandidaten zu finden.

Zur Kreistagswahl trat die NPD in Sachsen flächendeckend in allen zehn Landkreisen an und nominierte hierfür insgesamt 176 Kandidaten (2008: 224). Die meisten Bewerber traten in den Landkreisen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (34) und Görlitz (30) an. Die wenigsten Kandidaten nominierte die Partei in den Landkreisen Nordsachsen (8) und Leipzig (10).

Noch gravierender offenbarte sich die dünne Personaldecke der sächsischen NPD bei den Stadt- und Gemeinderatswahlen. Die NPD trat lediglich in 76 der 428 Städte und Gemeinden

an, darunter in allen Wahlkreisen der kreisfreien Städte. Während sie im Jahr 2009 noch über 300 Bewerber nominieren konnte, trat sie im Jahr 2014 mit nur 198 Kandidaten an.

Der Wahlkampf der NPD zu den Kommunalwahlen 2014 war regional unterschiedlich ausgeprägt und überwiegend auf die Aktivitäten der regionalen Strukturen zurückzuführen.

Im Zeitraum vom 17. bis 20. März 2014 führten die Funktionäre der sächsischen NPD unter dem Motto „Heimat schützen – Asylmißbrauch bekämpfen“ insgesamt elf Kundgebungen in Zwickau, Glauchau, Döbeln, Eilenburg, Delitzsch, Schkeuditz, Zittau, Hoyerswerda, Bischofswerda, Pirna und Großenhain durch. Neben den üblichen Plakatierungen organisierten die regionalen NPD-Strukturen vor allem Informationsstände. Die Themen der Flugblätter und Plakate waren zum einen auf die Kommunalwahl, zum anderen aber auch auf die gleichzeitig stattfindende Europawahl zugeschnitten.

Besonders aktiv zeigten sich die NPD-Kreisverbände in Dresden und Leipzig. In Leipzig organisierten die Rechtsextremisten neben Verteilaktionen viele kleine Kundgebungen. Darüber hinaus versuchten sie, die Übergabe einer Online-Petition der sogenannten „Bürgerinitiative Gohlis“ an den Leipziger Oberbürgermeister vor der Stadtratssitzung am 16. April 2014 medienwirksam für den Wahlkampf zu inszenieren. Angeblich „aus Sicherheitsgründen“ übernahmen NPD-Kader die Übergabe der Petition und erschienen mit einem NPD-Plakat mit der Aufschrift „Mein Leipzig lob ich mir ohne Minarett!“ im Stadtrat. Die Übergabe scheiterte jedoch. Diese Aktion verdeutlicht, dass die Unterstützung der „Bürgerproteste“ gegen den Bau einer Moschee im

Vorjahr in Leipzig durch die NPD maßgeblich deren Wahlkampf diente.

In Mittelsachsen warben die NPD-Kandidaten um den ehemaligen Protagonisten der verbotenen NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN Stefan TRAUTMANN bei einem sogenannten „Tag der Volksgemeinschaft“ mit Verköstigung und Getränken um die Gunst der Wähler. In einem auf Facebook veröffentlichten Beitrag versprachen sie:

„(...) unser hohes Ziel ist es, den ‚Tag der Volksgemeinschaft‘ zu einem festen Datum im Kalender zu machen, jeden Monat, jahrein, jahraus. Unsere Bezüge aus dem Stadtrat, wenn sie auch gering sind, werden wir einsetzen um die Region zu stärken, diese Tage größer und schöner zu machen.“⁴⁶



Quelle: <https://www.facebook.com/mittelsachsenjn>
(Stand: 28. April 2014)

Im Kommunalwahlkampf griff die NPD erneut solche Themen auf, die sie bereits bei früheren Wahlkämpfen genutzt hatte. Der überwiegende Teil der plakativen Aussagen waren verbunden mit der fremdenfeindlichen Ideologie der Partei. Dies zeigten Parolen wie:

„ASYLBETRUG STOPPEN!“,

„GELD FÜR DIE OMA STATT FÜR SINTI & ROMA“,

„VORBILD SCHWEIZ MASSEN-EINWANDERUNG STOPPEN VOLKSABSTIMMUNG JETZT“ oder

„WIR SIND NICHT DAS SOZIALAMT DER WELT“.



Darüber hinaus griff die Partei, die sich gern als „Kümmerer“ präsentiert, auch Themen auf, die das Sicherheitsempfinden der Bürger oder deren finanzielle Belange berührten. So wendeten sich die Rechtsextremisten gegen eine sogenannte „Blitzerabzocke“, griffen die Drogenkriminalität mit der Parole „WEG MIT DEM CRYSTAL DRECK“ auf oder kritisierten

⁴⁶ Facebook JN Mittelsachsen (Stand: 30. April 2014)

unter dem Motto „KRIMINALITÄT BEKÄMPFEN GRENZEN SICHERN!“ den Wegfall der Grenzkontrollen.

Insgesamt verzichtete die NPD jedoch aus taktischen Gründen auf eine aggressive Wahlpropaganda. Zudem fehlte der Partei ein zugkräftiges Thema.

Insgesamt erreichte die NPD bei den Kreistagswahlen ein landesweites Ergebnis von 4,6 % (2008: 5,1 %) und errang 37 Mandate (2008: 44). Sie ist damit weiterhin in allen Kreistagen vertreten, musste allerdings in vielen Landkreisen – teils deutliche – Verluste hinnehmen. So verlor sie z. B. im Landkreis Meißen fast ein Drittel ihrer Stimmen und kam dort nur noch auf 4,1 %. Auch in den Landkreisen Görlitz, Mittelsachsen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sowie im Erzgebirgskreis verzeichnete

die Partei rückläufige Resultate. Lediglich in den Landkreisen Bautzen und Zwickau konnte die NPD ihre Ergebnisse verbessern, im Vogtlandkreis zumindest stabil halten. Die Wahlbeteiligung lag bei 48,9 % (2008: 45,8 %).

Der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge bildete weiterhin die Wahl-Hochburg der NPD. Trotz Verlusten verzeichnete die Partei in dieser Region mit 6,5 % abermals ihre höchsten Zustimmungswerte im Freistaat. Im Vogtlandkreis und im Landkreis Mittelsachsen schaffte die NPD hingegen nicht einmal den Sprung über die Vier-Prozent-Marke. Insgesamt verlor die NPD sieben Kreistagsmandate.

Mit einem Gesamtergebnis von 1,9 % musste die NPD erstmals seit 1994 wieder Verluste bei den Stadt- und Gemeinderatswahlen hinnehmen (2009: 2,3 %). Sie verfügt nunmehr über

Ergebnisse der NPD zur Kreistagswahl

Landkreis	Prozent Wählerstimmen		Mandate	
	2014	2008	2014	2008
Bautzen	5,7	5,5	5	5
Erzgebirgskreis	4,7	5,7	4	5
Görlitz	4,6	5,5	4	5
Leipzig	4,0	4,7	3	4
Meißen	4,1	5,7	3	5
Mittelsachsen	3,8	4,7	3	4
Nordsachsen	4,6	4,7	3	4
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	6,5	7,5	5	6
Vogtlandkreis	3,6	3,6	3	3
Zwickau	4,0	3,3	4	3
Gesamt	4,6	5,1	37	44

62 Mandate in den Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräten. Zwei dieser Mandate kann die Partei allerdings aufgrund fehlender Kandidaten nicht besetzen (Liebschützberg im Landkreis Nordsachsen und Geithain im Landkreis Leipzig). Im Jahr 2009 konnte die NPD noch mit 74 Mandatsträgern in die Kommunalparlamente einziehen.

Stadt- und Gemeinderatsmandate der NPD in Sachsen 2009 und 2014

Landkreis	Mandate	
	2014	2009
Bautzen	6	6
Erzgebirgskreis	4	10
Görlitz	8	7
Leipzig	5	12
Meißen	4	8
Mittelsachsen	3	2
Nordsachsen	5	4
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	17	16
Vogtlandkreis	3	1
Zwickau	3	3
Dresden (Stadt)	2	2
Leipzig (Stadt)	1	2
Chemnitz (Stadt)	1	1
Gesamt	62	74

Die mit Abstand meisten Mandate errang die NPD erneut im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Dort konnte die Partei sogar einen zusätzlichen Sitz gewinnen und kam damit auf 17 Mandate. Das höchste Wahlergebnis erzielte die NPD mit 20,5 % in der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna. Auch in den Landkreisen Bautzen, Nordsachsen, Mittelsachsen und dem Vogtlandkreis konnte sie Mandate hinzugewinnen. Dem stehen teils erhebliche Stimmenverluste in den Landkreisen Leipzig, Meißen und dem Erzgebirgskreis gegenüber. In Dresden, Leipzig und Chemnitz erzielte die NPD Werte zwischen 2,0 und 2,8 %.

Landtagswahl 2014

Am 1. März 2014 kamen auf einem Landesparteitag in Zwickau-Schlunzig insgesamt 64 Delegierte des sächsischen Landesverbandes der NPD zusammen, um über die Liste der Kandidaten zur Landtagswahl zu entscheiden. Es wurden 25 Kandidaten aufgestellt. Der aus der neonationalsozialistischen Szene stammende stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Maik SCHEFFLER und dessen politisches Umfeld erhofften sich von der Wahl eine Durchsetzung ihrer personalpolitischen Ziele. Der Leipziger NPD/JN-Aktivist Alexander KURTH versuchte, die Delegierten auf der Veranstaltung davon zu überzeugen, dass Maik SCHEFFLER der Kandidat sein könne, der zusammen mit dem

„absolut sachkompetenten Spitzenkandidaten Holger Szymanski (...) als Kopf des Kampfes um die Straße eine starke Führungsspitze bilden“ kann. „Die NPD Sachsen hat durch Kamerad Scheffler gerade bei der Jugend und bei parteifreien Sympathisanten einen hohen Vertrauensvorsprung zurückgewonnen, welcher durch bekannte Enttäuschungen lange verloren war. Wir haben jetzt keine Liste der Notlösungen, wir

*haben Kandidaten die sich auch in der Knesset an der Pleiße Gehör verschaffen werden.*⁴⁷

Im Kampf um die Spitzenplätze setzte sich jedoch ein Großteil der bisherigen Mitglieder der NPD-Landtagsfraktion durch. Dagegen musste der Hardliner-Flügel um den stellvertretenden Landesvorsitzenden Maik SCHEFFLER eine herbe Niederlage hinnehmen. SCHEFFLER wurde von den Delegierten auf den aussichtslosen Platz 9 der Liste gesetzt. Sein engeres Umfeld belegte nachfolgende Plätze.

Am 14. Juli 2014 begann der Wahlkampf der NPD mit einer Tour unter dem Motto „Heimat im Herzen – Zukunft im Blick“ in Löbau. Unter der Führung des NPD-Spitzenkandidaten Holger SZYMANSKI machte die Partei in den darauffolgenden Tagen Station in zahlreichen kleineren Städten im Freistaat, unter anderem in Pirna (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge), Freiberg (Landkreis Mittelsachsen), Oschatz (Landkreis Nordsachsen), Zwickau (Landkreis Zwickau), Plauen (Vogtlandkreis) und Werdau (Landkreis Zwickau). Nicht zuletzt, um Störaktionen politischer Gegner zu vermeiden, verzichtete die NPD im Rahmen ihrer Tour auf Besuche in den sächsischen Großstädten. An den Veranstaltungen nahmen jeweils zwischen zwölf und 45 Personen teil. Somit blieben die Rechtsextremisten weitgehend unter sich. Neben SZYMANSKI traten auch andere Landtagsabgeordnete, wie Mario LÖFFLER, Arne SCHIMMER oder Jürgen GANSEL, als Redner auf.



Wahlkampfveranstaltung am 16. Juli 2014 in Plauen
Quelle: <https://www.facebook.com/dresden.npd>
(Stand: 16. Juli 2014)

Neben den landesweiten Kundgebungen organisierte die NPD auch Informationsstände, so in Klingenthal, Reichenbach (beide Vogtlandkreis), Döbeln (Landkreis Mittelsachsen), Riesa (Landkreis Meißen) und Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau). An den Aktionen beteiligten sich allerdings jeweils nur wenige Personen. Darüber hinaus bestückten Unterstützer der Partei zahlreiche Briefkästen im Stadtgebiet von Dresden mit dem Flugblatt „NPD wirkt“.

In Bautzen (Landkreis Bautzen) stand ein Hotel im Mittelpunkt des Wahlkampfes, welches zur Unterbringung von Asylbewerbern genutzt wird. Von Juni 2014 an organisierte eine NPD-Stadträtin mehrere Aufzüge, welche sich gegen diese Unterkunft richteten. Den Höhepunkt dieser Aktivitäten bildete am 23. August 2014 eine Demonstration unter dem Motto „Asylhotel und Heim – unsere Bürger sagen nein“. Etwa 580 Teilnehmer – darunter augenscheinlich ein hoher Anteil an Rechtsextremisten – zogen durch Bautzen. Mit der Demonstration am 23. August 2014 gelang es der NPD in Bautzen, erheblich mehr Teilnehmer zu mobilisieren als bei den Veranstaltungen zuvor. Vor allem die aktive Rolle neonationalsozialistischer

⁴⁷ Facebook-Profil Alexander KURTH (Stand: 5. März 2013)

Kräfte und deren Bereitschaft, sich an einer thematisch passenden Veranstaltung der NPD zu beteiligen, führten hier zu ungewöhnlich hohen Teilnehmerzahlen.

Neben den „klassischen“ Aktivitäten war die NPD aber auch um einen möglichst kreativen Wahlkampf bemüht, welcher strategisch darauf zielte, mediale Aufmerksamkeit zu erregen.



Quelle: <https://www.facebook.com/pages/NPD-Erzgebirge> (Stand: 18. April 2014)

Am 30. Juli 2014 suchten der Landesvorsitzende Holger SZYMANSKI und einige Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion drei Asylbewerberunterkünfte in Bautzen (Spreehotel), Kamenz (dort Sammelunterkunft im Landkreis Bautzen) und Dresden (Gustavheim) auf. Dabei gaben sie vor, eine parlamentarische „Nachkontrolle“ zum sogenannten „Heim-TÜV“ des Ausländerbeauftragten durchführen zu wollen.

Sie überraschten mit diesem Auftritt die Hotel- führung des Spreehotels und dokumentierten ihre „Inspektion“ mit der Kamera. Nach dieser Aktion stellte die Partei die Aufnahmen in das Internet. Der geplante Besuch der anderen Unterkünfte in Dresden und Kamenz scheiterte. Landtagspräsident Matthias Rößler stellte unmittelbar danach klar, dass es einen Auftrag seitens des Innenausschusses des Landtages nicht gegeben habe und erstattete bei der Staatsanwaltschaft Dresden Strafanzeige gegen die NPD-Mitglieder u.a. wegen Amtsanmaßung und Missbrauchs von Titeln. Die Betroffenen sollen sich gegenüber den Mitarbeitern der Asylbewerberunterkünfte als Mitglieder des Landtags ausgegeben haben. Die Aktion verdeutlicht sowohl die Bemühungen der NPD nach einem möglichst provokanten und öffentlichkeitswirksamen Wahlkampf als auch die thematische Fokussierung auf die Asyl-Thematik. Der Wahlkampf war stark von Fremdenfeindlichkeit geprägt.

Darüber hinaus pflegten die Rechtsextremisten im Wahlkampf ihr „Kümmerer-Image“. Anlässlich sogenannter „Sozialer Tage“ verteilten sie Lebensmittel an einkommensschwache Bürger. Am 25. und 30. Juli verteilten NPD-Mitglieder in Dresden und Leipzig zudem Dosen mit CS-Reizgas an Frauen, um auf angebliche Sicherheitsdefizite in sächsischen Innenstädten aufmerksam zu machen und die Angst vor Kriminalität zu schüren. In Leipzig wurden kostenlos Fahrkarten an Passanten ausgegeben. Als in der Messestadt bekannt wurde, dass Hunde durch ausgelegte Köder vergiftet worden waren, verteilten die Rechtsextremisten in der Stadt kostenlos SOS-Anhänger und ein themenbezogenes Flugblatt an Hundebesitzer.



Quelle: <https://www.facebook.com/pages/NPD-Landkreis-Leipzig> (Stand 3. August 2014)

Auch mit dem Einsatz neuer Medien versuchte die NPD, beim Wähler Punkte zu sammeln. In Dresden, Chemnitz und Leipzig wurden mit einem Beamer NPD-Wahlslogans auf bekannte Bauwerke, wie die Frauenkirche oder den sächsischen Landtag, projiziert. Dort handelte sich die Partei allerdings eine Anzeige des Landtagspräsidenten ein, da sie den Landtag unzulässigerweise als Werbefläche missbrauchte.



Quelle: <https://facebook.com/npd.sachsen> (Stand: 12. August 2014)

Den Abschluss des Wahlkampfes bildete eine Kundgebung in Schneeberg (Erzgebirgskreis). In dieser Stadt hatte der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Erzgebirge im Jahr zuvor noch Aufzüge gegen eine Asylbewerberunterkunft organisiert, an denen sich bis zu 1.800 Personen beteiligt hatten. Hier erhoffte sich die Partei einen gelungenen Abschluss ihres Wahlkampfes mit Signalwirkung. Neben sächsischer NPD-Prominenz beteiligten sich auch Bundesfunktionäre der Partei. Allerdings fanden sich nur rund 140 Personen in Schneeberg ein. Die Veranstaltung blieb weitgehend unbeachtet.

Obwohl die sächsischen NPD-Mitglieder einen intensiven Wahlkampf durchführten, scheiterten die Rechtsextremisten mit einem Ergebnis von 4,9 % (81.051 Stimmen) denkbar knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Die NPD verfehlte damit ihr selbst formuliertes Ziel und gehört künftig nicht mehr dem sächsischen Landtag an. Erwartungsgemäß konnte auch keiner der NPD-Kandidaten ein Direktmandat gewinnen.

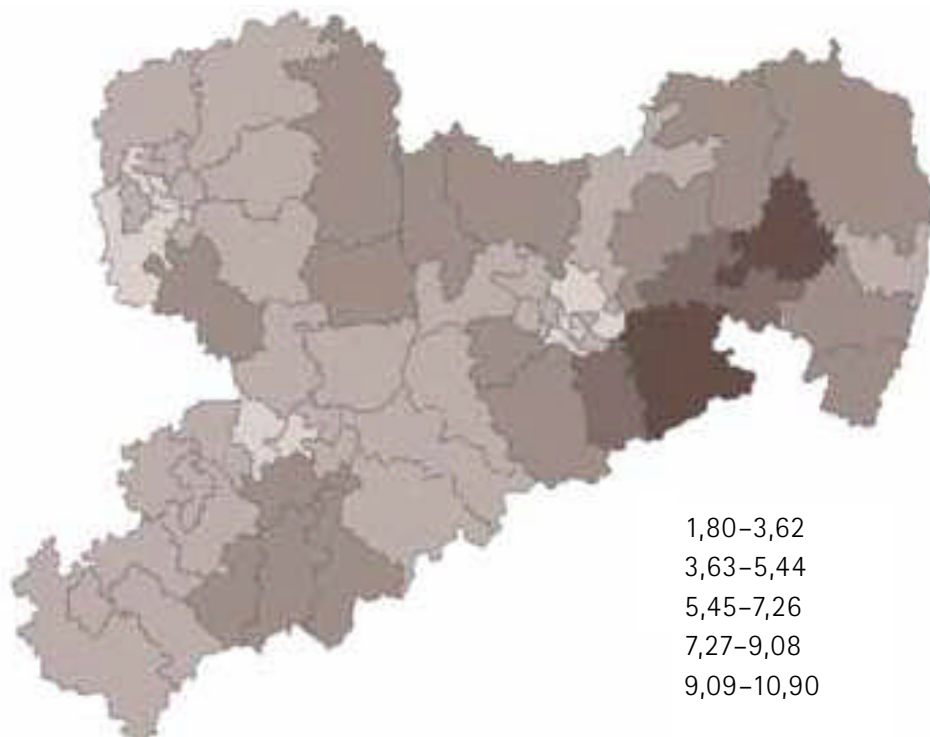
Die besten Ergebnisse erzielte die NPD in ihrer Schwerpunktregion Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und darüber hinaus – erstmals in dieser Deutlichkeit – auch im Landkreis Bautzen. Im Wahlkreis Bautzen 5 gewann die Partei 10,9 % der Zweitstimmen, in den Wahlkreisen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 4 bzw. 3 erzielte sie 9,9 % bzw. 8,7 %. Der Wahlkreis Bautzen 4 ergänzt mit 8,4 % das überdurchschnittlich gute Abschneiden in Ostsachsen. Im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge erzielte die NPD auch ohne einen

aufwendigen Wahlkampf hohe Wahlergebnisse. Demgegenüber könnten die Ergebnisse in der Region Bautzen wohl in den forcierten Aktivitäten gegen die Asylbewerberunterkunft in der Stadt Bautzen begründet liegen.

In zahlreichen Gemeinden erreichte die NPD zweistellige Resultate. Neun ihrer zehn besten Ergebnisse auf Gemeindeebene erzielte die Partei in den Landkreisen Bautzen und Sächsische-Schweiz-Osterzgebirge. Zu den bekannten Hochburgen zählen unter anderem Reinhardtsdorf-Schöna (16,1 %), die Stadt Sebnitz (15,2 %) und die Gemeinde Liebschützberg (14,5 %).

Die niedrigsten Zweitstimmenergebnisse erreichte die NPD erwartungsgemäß in den sächsischen Großstädten, insbesondere in Dresden und Chemnitz, wo die Rechtsextremisten in keinem Wahlkreis die Fünf-Prozent-Hürde nehmen konnten.

Zweitstimmenergebnisse der NPD bei der Landtagswahl 2014 in Sachsen



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

Die höchsten Zweitstimmenergebnisse der NPD in den Wahlkreisen und Gemeinden

Nr.	Wahlkreis	%	Nr.	Gemeinde	%
1	Bautzen 5	10,9	1	Reinhardtsdorf-Schöna	16,1
2	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 4	9,9	2	Sebnitz, Stadt	15,2
3	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 3	8,7	3	Liebschützberg	14,5
4	Bautzen 1	8,4	4	Großdubrau	13,6
5	Meißen 2	7,1	5	Rathen, Kurort	13,5
6	Nordsachsen 3	7,0	6	Neukirch/Lausitz	12,6
7	Erzgebirge 2	6,9	7	Gohrisch	12,6
8	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 2	6,5	8	Steinigtwolmsdorf	12,1
9	Meißen 1	6,2	9	Hohnstein, Stadt	12,0
10	Leipzig Land 1	6,0	10	Elstra, Stadt	11,5

Auch bei den Erststimmen schnitt die NPD in den Landkreisen Bautzen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge am besten ab. In den Wahlkreisen Bautzen 5 und Bautzen 1 erreichte die Partei 13,8 % bzw. 10,7 %, gefolgt von den Wahlkreisen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 4 mit 10,3 % und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 3 mit 7,7 %. Den geringsten Wählerzuspruch erfuhren die NPD-Direktkandidaten in Leipzig und Dresden. Das Erst- und Zweitstimmenergebnis der NPD zeigte sich landesweit relativ deckungsgleich.

Im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl 2009 musste die NPD flächendeckende Verluste hinnehmen. Ihr Gesamtergebnis fiel von 5,6 % auf 4,95 %. In 44 Wahlkreisen verzeichnete die Partei rückläufige Ergebnisse, während sie lediglich in 14 Wahlkreisen hinzugewinnen konnte (u.a. in drei Bautzener Wahlkreisen). In zwei Wahlkreisen hielt sie ihr Ergebnis zumindest stabil.

Vergleich der NPD-Landtagswahlergebnisse 2009 und 2014

Nr.	Wahlkreis	Veränderung gegenüber 2009 in %-Punkten
1	Görlitz 1	-3,0
2	Görlitz 2	-2,3
3	Leipzig Land 4	-2,3
4	Görlitz 3	-2,2
5	Erzgebirge 4	-2,0
6	Erzgebirge 5	-2,0
7	Bautzen 3	-1,6
...
45	Leipzig Land 2	0,0
46	Leipzig 3	0,0
...
57	Leipzig Land 1	+0,7
58	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 3	+0,7
59	Bautzen 1	+1,8
60	Bautzen 5	+3,9

Nach der Wahl wollten die Rechtsextremisten ihre Niederlage vorerst nicht eingestehen. Angesichts des knappen Ergebnisses wollte man „juristische Schritte“ prüfen, um die Wahl anzufechten. Angeblich gäbe es Hinweise auf „Unregelmäßigkeiten“. Letztendlich unternahmen die Rechtsextremisten jedoch nichts und mussten das Ergebnis akzeptieren.

Der stellvertretende Landesvorsitzende und Wahlkampfleiter Maik SCHEFFLER erklärte nach der Wahl, dass die NPD mit diesem Ergebnis als „Parlamentspartei in Sachsen gescheitert“ sei. *„Die NPD-Sachsen ist geschwächt aber nicht tot! Es geht weiter! (...) Der Landesverband in Sachsen hat jetzt 5 Jahre Zeit, dies genau so zu tun um der Gesamtbewegung im Jahr 2019 erneut die Möglichkeiten einer Landtagsfraktion zu bieten.“*⁴⁸

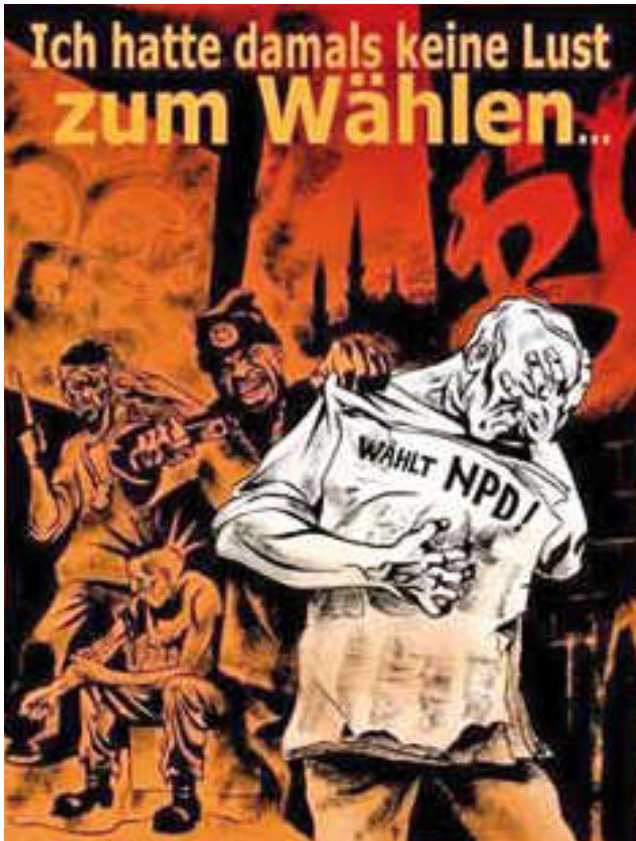
Auch in einer ersten Stellungnahme des Landesverbandes Sachsens wurde verkündet, dass man bei der nächsten Wahl den Wiedereinzug in den sächsischen Landtag anstrebe.

„Die NPD wird nun ihre Basisaktivitäten verstärken, überall die Anti-Asyl-Protteste anführen und ihre kommunalen Mandate als Sprungbrett für den Wiedereinzug 2019 nutzen.“

Für Sachsen kündigte die Partei an, dass sich die *„Rauswahl der NPD aus dem Landtag (...) bitter rächen“* werde. Ohne die NPD im Landtag werde Sachsen *„nun endgültig zur Einwanderungszone für jedermann gemacht. Ohne Druck von rechts, ohne den Druck der NPD-Landtagsfraktion, wird es in Sachsen in zehn Jahren Überfremdungszustände wie im Westen geben.“*⁴⁹

⁴⁸ www.facebook.com/npd.leipzig (Stand: 1. September 2014)

⁴⁹ npd-sachsen.de (Stand: 3. September 2014)



Quelle: <https://www.facebook.com/Npdmittelsachsen>
(Stand: 3. September 2014)

In einer Videobotschaft münzte der Bundesparteivorsitzende Udo PASTÖRS das Scheitern der NPD in einen Erfolg um. Trotz eines starken Gegners habe die NPD in Sachsen ein hervorragendes Ergebnis eingefahren. Das Ergebnis müsse Motivation sein für einen erfolgreichen Wahlkampf zur Landtagswahl in Thüringen und Brandenburg. Er würde dort mit hervorragenden Ergebnissen rechnen, mit denen am Ende des Jahres auf einem Bundesparteitag eine „Modernisierung“ der Partei durchgeführt werden würde.⁵⁰

Diese Einschätzung von PASTÖRS sollte sich jedoch als falsch herausstellen. In Thüringen scheiterte die Partei mit einem Ergebnis von 3,6 % (43.026 Stimmen) und in Brandenburg war sie bei 2,2 % (21.605 Stimmen) chancenlos.

Der Wahlausgang in Sachsen hatte für die sächsische NPD gravierende Konsequenzen. Mit der Landtagsfraktion verlor die Partei eine wichtige politische Bühne und eine Informationsquelle. Auch der finanzielle Verlust dürfte für die Rechtsextremisten einschneidend sein. Eine der wesentlichen Einnahmequellen waren jene staatlichen Mittel, welche mittelbar über Mandatsträgerbeiträge der Abgeordneten an die NPD flossen. Mit der Abwanderung von Funktionsträgern, welche im unmittelbaren Umfeld der Fraktion tätig waren und von dieser alimentiert wurden, verliert die Partei in Sachsen zudem wichtige Impulsgeber für politische Aktivitäten.

Innerparteiliche Krise im Herbst 2014

Nach diesem Wahlereignis verfiel die sächsische NPD in eine Art Schockstarre. Im Monat September waren kaum Aktivitäten in Sachsen spürbar, die Internetpräsenzen verloren ihre Aktualität und auch personelle Konsequenzen auf Landesvorstandsebene zeichneten sich nicht ab. Nur im Parteiorgan DEUTSCHE STIMME wurden Stellungnahmen von einigen Funktionären zum Wahlausgang veröffentlicht. Darunter auch vom damals noch stellvertretenden Landesvorsitzenden Maik SCHEFFLER, welcher sich mit seinem Statement in Position gegen den übrigen Landesvorstand brachte.

Gründe für den Wahlverlust waren für SCHEFFLER zum einen die distanzierte Haltung der Delegierten des Landesparteitages gegenüber dem in der NPD und JN wirkenden Potenzial aus dem Spektrum der FREIEN KRÄFTE, zum anderen der „konservativ, gemäßigt“ gestaltete Wahlkampf. So habe sich der Parteitag vom

⁵⁰ Video des Parteivorsitzenden, eingestellt auf www.npd.de (Stand: 4. September 2014)

„Einfluß der polarisierenden Säule mit dem aktionistisch ausgerichteten Flügel der sogenannten Hardliner in Partei und Jugendorganisation (JN)“ distanziert. Die „verschiedenen Flügel“ seien „nicht gleichberechtigt vereint und somit schwach aufgestellt“ gewesen und der „Kurs einer gleichberechtigten Mischung aus konservativer und seriöser Parlamentspolitik sowie einer polarisierenden und radikaler argumentierenden Außendarstellung“ sei ersetzt worden durch „einen konservativen und liberalen Kurs“ (...).⁵¹

SCHEFFLER nutzte hier offenbar die Gelegenheit, seine Verstimmung über sein Scheitern auf dem Landesparteitag im März 2014, aber auch über den schwindenden Einfluss des „Hardliner-Flügels“ im Landesverband sowie über seinen geplatzen Traum von einem Sitz im Sächsischen Landtag zum Ausdruck zu bringen.

Die Wahlanalyse des Landesvorsitzenden SZYMANSKI enthielt eine Botschaft, welche offenbar an die Adresse seines Stellvertreters gerichtet war, und zeigt, wo die Frontlinien im sächsischen Landesvorstand verlaufen:

„Natürlich melden sich jetzt nach der Niederlage auch jene zu Wort, die schon immer alles besser wußten. Besonders unangenehm sind Kameraden, die der Wahlkonzeption im Kern (...) nie widersprochen haben, jetzt aber einen angeblichen zu weichen Wahlkampfstil kritisieren.“⁵²

Als sich Ende Oktober abzeichnete, dass der Wahlausgang keine personellen Konsequenzen in der Führung der sächsischen NPD nach sich

ziehen würde, verkündete SCHEFFLER im Internet seinen Rücktritt von allen Ämtern. Damit löste er eine öffentlich ausgetragene Auseinandersetzung aus, durch die sich die völlige Zerrissenheit des Landesverbands zeigte. In seiner Erklärung rückte sich SCHEFFLER selbst als Frontmann und einigender Faktor zwischen der Partei und den FREIEN KRÄFTEN in das Rampenlicht und offenbarte das Verhältnis zwischen beiden Lagern:

„In den letzten 6 Jahren stand ich für den LV-Sachsen stets an vorderster Front mit Namen und Gesicht. Als Schulterschuß aller konstruktiven Kräfte auf Augenhöhe begann im Jahr 2008 eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen der NPD und freien Kräften. (...) Die Partei profitierte von einer Organisationsstruktur, welche besonders durch die Einbindung der nationalen Jugend, eine der größten Mobilisierungsmöglichkeiten und daraus resultierend, eine flächendeckende Öffentlichkeitswirksamkeit aller Veranstaltungen und Versammlungen im Freistaat ermöglichte. Die damaligen freien Kräfte gingen größtenteils in der JN auf und bilden noch heute einen der größten und leistungsfähigsten Jugendverbände der Partei deutschlandweit.“⁵³

Der ehemalige Bundesvorsitzende Holger APFEL hätte „zumindest das politisch-kluge Verständnis gehabt, trotz inhaltlicher Unterschiede, gar Gegensätzlichkeiten in weltanschaulichen Grundprinzipien der beiden Flügel, aufgrund des beiderseitigen Nutzens für ein gemeinsames Gesamtziel, die Augenhöhe stets zu wahren“. Dies wäre einer „kleinen Clique von zum Teil Ex-Republikanern und Ex-CDU'lern“

⁵¹ DEUTSCHE STIMME, Ausgabe Oktober 2014, Seite 8

⁵² DEUTSCHE STIMME, Ausgabe Oktober 2014, Seite 6

⁵³ Auszug aus der Facebookseite von Maik SCHEFFLER (Stand: 5. November 2014), Schreibweise wie im Original

ein Dorn im Auge gewesen. „(...) Diffamierung, Kriminalisierung, Denunzierung und besonders das Geschäft mit der ‚finanziell geförderten Meinung‘ richteten sich hinter der Fassade eines angeblich harmonischen Landesverbandes gegen die Aktivisten und Leistungsträger, welche in ihren System-Anbieterkurs eines liberalkapitalistischen Reaktionär-Nationalismus nicht hineinpaßten.“⁵⁴

Außerdem seien die Funktionäre, insbesondere Mitglieder und Mitarbeiter der ehemaligen Landtagsfraktion, vornehmlich auf ihre eigene finanzielle Absicherung bedacht gewesen. Anstatt mit den üppigen finanziellen Mitteln eine professionelle und nachhaltige Struktur und Logistik im Landesverband aufzubauen, betrieben die Verantwortlichen in erster Linie „Posten-Lobbyismus“.

SCHEFFLER schließt mit der Prognose:

„Auch wenn sich die betroffene Bande jetzt hinstellen wird und meinen Schritt begrüßt, wie es Szymanski bereits getan hat, weiß ich, daß große Teile des Landesverbandes längst nicht mehr bereit sind, eine aufdiktierte ‚Geschlossenheit‘ hinter dem Vorstand zu demonstrieren. Meinem Schritt sind bereits der stellvtr. Kreisvorsitzende und Beisitzer im LV, Torsten Hiekisch aus der Oberlausitz/Niederschlesien sowie der Beisitzer und JN-Landeschef Paul RZEHACZEK gefolgt. Das wird auch nicht das Ende der Fahnenstange sein, wenn es statt einem längst überfälligen Rücktritt des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter – ein weiter so geben wird.“⁵⁵

Auf Facebook entwickelte sich im Zusammenhang mit dieser Austrittserklärung eine Debatte, welche weitere Details über den inneren Zustand der Sächsischen NPD an die Oberfläche beförderte. Dem Rücktritt von SCHEFFLER folgte eine Austrittserklärung des gesamten Vorstandes des Kreisverbandes Niederschlesien-Oberlausitz. Ursächlich für diese Entscheidung sollen interne Streitigkeiten zwischen den Kreistagsmitgliedern und dem Verhalten des Landesvorstandes zu diesem Konflikt gewesen sein. Damit war dieser Kreisverband im November 2014 faktisch funktionsunfähig. Auch in Bautzen löste sich die bekannte Stadträtin und Initiatorin der Aufzüge gegen die Asylbewerberunterkunft Daniela STAMM von der NPD. Sie sowie auch der Leipziger JN-Stützpunktleiter Alexander KURTH sahen in der Partei DIE RECHTE ihre weitere politische Zukunft. KURTH trieb deren Reaktivierung in der Folgezeit wesentlich voran.

Die Stellungnahme des Landesvorsitzenden zu dieser Situation ließ einige Zeit auf sich warten. Am 20. November 2014 veröffentlichte die NPD eine Erklärung zur Situation, in der die Rücktritte der Funktionäre bestätigt wurden. Es würde sich um jene Personen handeln, „die bereits auf dem Landeslistenparteitag am 1. März durch ein unkameradschaftliches Verhalten und teilweise rechtswidrige Vorschläge in Erscheinung getreten sind“. Nach dem Ausbleiben von „Gehaltszahlungen der Landtagsfraktion“ sollen diese versucht haben „unter dem Deckmantel der Kritik“ ihre „unsinnigen und politisch geradezu gefährlichen Vorstellungen“ durchzusetzen. „Die Art und Weise, mit der Maik Scheffler auf Facebook immer wieder die Öffentlichkeit suchte und sucht, um vermeintliche Mißstände anzuprangern, oder sich einfach nur selbst in Szene zu setzen“, habe der Partei

⁵⁴ Ebenda

⁵⁵ Ebenda

großen Schaden zugefügt. *„Ausfällige Bemerkungen gegenüber ihm unliebsamen Personen und Beleidigungen von Landesvorstandsmitgliedern haben inzwischen ein Ausmaß angenommen, das vermuten läßt, daß er damit einen Parteiausschluß regelrecht provozieren möchte.“* SZYMANSKI vermutete, dass einige der Ausgetretenen in der Partei *Die Rechte* eine neue politische Heimat finden wollen. Er hielt *„diese Truppe für eine Gemeinschaft von politischen Geisterfahrern, der keine große Zukunft beschieden sein wird“*. SZYMANSKI bedauerte den Verlust von mehreren aktiven Mitgliedern der Görlitzer NPD-Struktur, ging jedoch davon aus, dass mindestens ein Teil davon *„unter dem Einfluß von falschen Behauptungen und Kenntnissen das Handtuch geworfen“* habe. Dennoch hielt er den sächsischen Landesverband für *„nach wie vor schlagkräftig und in seiner Struktur gesund und arbeitsfähig“*. Es sei nunmehr Aufgabe der NPD, die zunehmenden Bürgerproteste gegen die Asylpolitik ideell und technisch zu unterstützen.⁵⁶

Rückzug auf kommunalpolitische Basisarbeit – Beteiligung an Asylprotesten

Demgegenüber konzentrierten sich einzelne Kreisverbände auf Bürgerbewegungen, welche sich gegen die Neuaufnahme von Asylbewerbern richteten. Das Spektrum reichte dabei von der bloßen Teilnahme an den Protesten, über eine aktive Teilnahme als Redner bis hin zur Organisation eigener Aufzüge.

Als am 13. Oktober 2014 in Ottendorf-Okrilla (Landkreis Bautzen) eine Protestkundgebung gegen die geplante Unterbringung von Asylbewerbern in einem ehemaligen Ferienlager

stattfand, nutzten der Dresdner NPD-Funktionär Jens BAUR und der ehemalige Radeberger NPD-Stadtrat Simon RICHTER die Gelegenheit, auf der Veranstaltung das Wort zu ergreifen. Eine zweite Kundgebung meldeten die Rechtsextremisten selbst an. Am 27. Oktober 2014 traten neben BAUR auch ein NPD-Kreisrat sowie wieder Simon RICHTER als Redner auf.

Am 8. November 2014 führte die NPD unter dem Motto *„Asylpolitik – Freiheit für unser Volk“* eine Protestkundgebung in Bautzen durch, an der sich rund 550 Personen beteiligten. Als Redner trat unter anderem der NPD-Landesvorsitzende Holger SZYMANSKI auf.

Auch in der Sächsischen Schweiz mobilisierte die Partei für eine Demonstration gegen die Unterbringung von Asylbewerbern. Angemeldet von einem Heidenauer NPD-Stadtrat zogen rund 200 Teilnehmer am 28. November 2014 in Heidenau auf. Der NPD-Landesvorsitzende Holger SZYMANSKI und der Dresdner NPD-Stadtrat Jens BAUR traten während dieser Veranstaltung als Redner auf.

Am darauffolgenden Tag versuchte der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Erzgebirge Stefan HARTUNG, mit einer Demonstration in Schneeberg an die großen Teilnehmerzahlen im Jahr 2013 anzuknüpfen. Damals folgten bis zu 1.800 Personen dem Aufruf zum sogenannten *„Lichtellauf“*. Die Vorgehensweise der Rechtsextremisten ähnelte der aus dem Vorjahr. Kurz vor der Weihnachtszeit wurde unter der volkstümlichen Bezeichnung *„Haamitland wach auf!“* unter Vermeidung eines Bezugs zur Partei eine Demonstration organisiert. Allerdings zog diese Veranstaltung nicht genauso

⁵⁶ www.facebook.com/npd.sachsen (Stand: 20. November 2014)

viele Personen wie im Jahr zuvor an. Nur rund 600 Teilnehmer zogen durch die Innenstadt.



Quelle: <https://www.facebook.com/groups/initiative.schneeberg> (Stand: 29. November 2014)

Fazit und Ausblick

Das Jahr 2014 war für die NPD bundesweit ein Jahr des Niedergangs. Nach dem Scheitern bei Wahlen und dem damit verbundenen Verlust der NPD-Mandate im sächsischen Landtag ist die Bedeutung der sächsischen NPD-Struktur zurückgegangen. Mitgliederverluste, einige inaktive Strukturen und finanzielle Probleme führten dazu, dass sich der Landesverband auf seine kommunalpolitische Basis zurückzog.

Das Verhältnis zur neonationalsozialistischen Szene hat sich mit der Abkehr von Personen, welche sich als Bindeglied verstanden, noch mehr verschlechtert. Sollte es diesem Personenkreis gelingen, eine funktionierende Struktur der Partei DIE RECHTE aufzubauen, könnte sich hieraus eine Konkurrenzorganisation für die NPD entwickeln, welche aktionistisches Potenzial an sich bindet. Dieses würde der NPD bei künftigen Wahlkämpfen fehlen.

Die letzten Monate des Berichtsjahres verdeutlichen, dass sich die Rechtsextremisten nunmehr verstärkt auf regionale Themen konzentrieren werden. Eine besondere Rolle spielen dabei die Protestbewegungen gegen Islam und Asylbewerber. Hier arbeiten Parteistrukturen subtil im Hintergrund, um das bürgerliche Spektrum nicht durch eine rassistische Agenda abzuschrecken. Dieses Engagement der NPD dürfte auch im Jahr 2015 seine Fortsetzung finden.

Welchen Kurs der NPD-Landesverband weiter verfolgen wird, ist noch nicht absehbar. Der Hardliner-Flügel hat mit dem Rücktritt von SCHEFFLER an Einfluss verloren. Somit ist zu erwarten, dass zunächst der parlamentsorientierte Kurs der Partei in Sachsen fortgeführt wird.

1.3 JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Gründung:	1969
Sitz:	Riesa (Sachsen)
Mitglieder 2014 in Sachsen:	ca. 110
Mitglieder 2013 in Sachsen:	ca. 70
Mitglieder 2013 bundesweit:	ca. 380
Vorsitz Bund:	Andy KNAPE (bis 12. Dezember 2014) Sebastian RICHTER (ab 13. Dezember 2014)
Vorsitz Freistaat Sachsen:	Paul RZEHACZEK
Publikation:	DER AKTIVIST
Kennzeichen:	

Historie und Struktur

Die JN, die Jugendorganisation der NATIONALDEMOKRatischen PARTEI DEUTSCHLANDS, verstehen sich laut Satzung ihrer Mutterpartei als deren „integraler Bestandteil“. Sie bezeichnen sich selbst als „Kaderorganisation einer nationalistischen Partei“. Die JN gliedern sich in den Bundesverband, Landesverbände und in einigen Bundesländern in regional und lokal agierende sogenannte Stützpunkte. Den Stützpunkten gehören in der Regel fünf bis zwanzig Mitglieder an.

Erste Aktivitäten der JN im Freistaat Sachsen wurden im Jahr 1995 festgestellt. 1997 gründete sich in Dresden der erste sächsische JN-Stützpunkt. Im darauffolgenden Jahr entstand neben weiteren Stützpunkten in Kamenz und Bischofswerda (jeweils Landkreis Bautzen) erstmals ein sächsischer JN-Landesverband, welcher jedoch bereits 1999 nach Zerwürfnissen mit dem Bundesvorstand wieder aufgelöst wurde. Die anschließenden Versuche, einen neuen Landesverband zu gründen, blieben zunächst erfolglos. Die lediglich einzelnen Stützpunkte in den Regionen Zittau (Landkreis Görlitz) und Sächsische Schweiz waren kaum aktiv.

Ab 2004 waren wieder Bestrebungen zu beobachten, JN-Strukturen aufzubauen. Im Mai 2005 wurde in Sachsen erneut ein JN-Landesverband gegründet. In den folgenden Jahren entstanden mehrere Stützpunkte, deren Aktionismus unterschiedlich stark ausgeprägt war. Während von einigen über einen längeren Zeitraum hinweg Aktivitäten ausgingen, waren andere Stützpunkte kaum aktiv oder wurden offenbar wieder aufgelöst.

Ende 2012 haben die JN erneut damit begonnen, ihre Strukturen auszubauen. In Dresden, Geithain (Landkreis Leipzig) und Werdau (Landkreis Zwickau) wurden neue Stützpunkte gegründet. In der ersten Jahreshälfte 2013 kamen weitere in Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau) und in Mittelsachsen hinzu. Der Stützpunkt Mittelsachsen rekrutierte ehemalige Mitglieder der neonationalsozialistischen Gruppierung NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN, welche im Februar 2013 durch den sächsischen Innenminister verboten worden war.

Im ersten Halbjahr 2014 erhielten die JN weiteren Zulauf. Ein neuer JN-Stützpunkt in Borna (Landkreis Leipzig) veröffentlichte ab Januar erste Beiträge auf seinem Facebook-Profil. In den Folgemonaten beteiligten sich JN-Anhänger dieses Stützpunktes an verschiedenen Aktionen der JN in Sachsen und Berlin.⁵⁷

In Bautzen führte der JN-Landesvorsitzende Paul RZEHACZEK am 7. März 2014 eine Werbeveranstaltung für die JN durch. Auf Facebook äußerten die JN dazu:

„Wir hoffen, die nationalen Strukturen in Bautzen und Umgebung schließen sich unserer großen Gemeinschaft an, und führen gemeinsam mit uns den Kampf um ein souveränes, freies, nationales und sozialistisches Deutschland!“⁵⁸

Seit dem 1. April 2014 berichtete der neue Stützpunkt JN Ostsachsen auf seinem Facebook-Profil unter anderem über anstehende Demonstrationen und seine Unterstützung beim Landtagswahlkampf der NPD.

Nachdem die NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC) im März 2014 verboten worden waren,

flüchteten einige ehemalige Mitglieder unter das Dach der JN, um so auch unter den Schutz des Parteienprivilegs⁵⁹ zu fallen.

Ein im Juni 2014 eingerichtetes Facebook-Profil des neuen JN-Stützpunktes in Chemnitz zeigte auffällige Ähnlichkeiten zu einer früheren Kampagnenseite der NSC unter der Überschrift „Raus in die Zukunft“.

In der Folge war auch eine Annäherung der FREIEN KRÄFTE DRESDEN an JN-Strukturen erkennbar.⁶⁰

Die JN waren im Berichtsjahr mit 13 Stützpunkten in Sachsen fast in allen Landkreisen vertreten. Ausnahmen bildeten der Erzgebirgskreis sowie der Vogtlandkreis. Anders als im übrigen Sachsen schlossen sich führende NEONATIONALSOZIALISTEN im Vogtlandkreis aufgrund ihrer mehrjährigen engen Verbindung zur rechtsextremistischen Szene in Bayern der Partei DER DRITTE WEG an.⁶¹ Die neonationalsozialistische Szene im Erzgebirgskreis agierte dagegen eher örtlich begrenzt und suchte zumindest bislang keine Anbindung an die Strukturen der JN.

⁵⁷ Weiteres dazu im Beitrag „Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen/Landkreis Leipzig“

⁵⁸ Facebook JN Nordsachsen (Stand: 8. März 2014)

⁵⁹ Das Verbot einer Partei unterliegt hohen rechtlichen Hürden.

⁶⁰ Weiteres dazu im Beitrag „NEONATIONALSOZIALISTEN“

⁶¹ Siehe Beitrag zur Partei „DER DRITTE WEG“

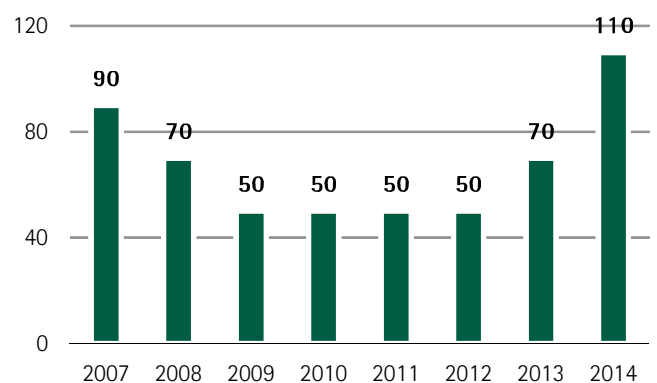
Stützpunkte der JN im Freistaat Sachsen



Die Mitgliederzahl der sächsischen JN, die in den Jahren 2006 und 2007 ihren bisherigen Höchststand erreicht hatte, stagnierte von 2009 bis 2012 bei ca. 50 Personen. Der Personalwechsel beim sächsischen JN-Landesvorstand im Oktober 2012 führte im Jahr 2013 zu deutlichen Veränderungen im Auftreten der JN. So hatte sie der bis dahin tätige Landesvorsitzende Tommy NAUMANN noch als elitäre Vereinigung verstanden wissen wollen. Dementsprechend wurden für eine Aufnahme von Mitgliedern aus dem neonationalsozialistischen Spektrum hohe Hürden aufgestellt. Indes wurde mit der Wahl von Paul RZEHACZEK – er stammt aus den Reihen der NEONATIONALSOZIALISTEN – eine Wende eingeleitet. Spätestens der Eintritt von Stefan TRAUTMANN in die JN und dessen Wahl zum Stellvertreter von RZEHACZEK ließen erkennen, dass sich die NPD-Jugendorganisation deutlich für neonationalsozialistische Strukturen geöffnet hat. Auch TRAUTMANN gehörte dem neonationalsozialistischen Spektrum an. Er war Mitglied der im Februar 2013 vom sächsischen

Innenminister verbotenen NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN. Letztlich konnten die JN im Jahr 2014 einen erheblichen Zulauf verbuchen. Ihr Mitgliederpotenzial stieg auf ca. 110 Personen an (2013: ca. 70).

Mitglieder der JN im Freistaat Sachsen



Mit der verstärkten Aufnahme von NEONATIONALSOZIALISTEN in die JN waren im Verhältnis zur NPD verstärkt Konflikte zu erwarten. Dieses Konfliktpotenzial zeigte sich bereits am 18. Mai 2014 in Leipzig. Vor dem Hintergrund

verschiedener Angriffe auf NPD-Kandidaten führte der JN-Landesverband Sachsen gegen den erklärten Willen des NPD-Landesvorstandes eine Kundgebung unter dem Motto durch: „Linken Straßenterror stoppen! Medien-Verharmlosung und Polizei-Untätigkeit beenden!“. Der von den FREIEN KRÄFTEN mitgetragene Aufruf und die gemeinsame Teilnahme von JN-Mitgliedern und FREIEN KRÄFTEN an dieser Veranstaltung dokumentieren wiederum die enge Zusammenarbeit der beiden rechtsextremistischen Spektren.

Nach der Niederlage bei der Sächsischen Landtagswahl am 31. August kam es in der NPD zu Differenzen.⁶² Die in der Folge öffentlich geführten Auseinandersetzungen wirkten sich auch auf die Jugendorganisation der NPD aus. Der JN-Landesvorsitzende Paul RZEHACZEK legte sein Amt im NPD-Landesvorstand nieder und distanzierte sich deutlich von der Führung der sächsischen NPD. Anders als andere aus Vorstand oder Partei ausgetretene Personen begründete RZEHACZEK diesen Schritt jedoch nicht öffentlich. Hingegen kritisierte der Leiter des Leipziger JN-Stützpunktes Alexander KURTH den NPD-Landesvorstand und warb in der Folge für einen Eintritt in die konkurrierende Partei DIE RECHTE.⁶³ Zudem traten laut einer gemeinsamen Pressemitteilung kommunaler Mandatsträger und des NPD-Kreisvorstandes Görlitz auch Mitglieder der JN in Ostsachsen aus der NPD aus.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Das Ziel der Jugendorganisation der NPD ist die Errichtung einer nationalistischen Volksgemeinschaft. Gemeint ist eine „rassisch“ definierte Gesinnungsgemeinschaft basierend auf dem Gedanken der „Volksgemeinschaft“ des historischen Nationalsozialismus. Die JN bekennen sich zum „deutsch-europäischen Abstammungsprinzip“⁶⁴. Die Zugehörigkeit zu einem Volk ist demnach nicht vom rechtlichen Status der Staatsbürgerschaft, sondern von der ethnisch-biologischen Abstammung abhängig. In dem Zusammenhang beschworen die JN ein Bedrohungsszenario mit Formulierungen, wie „Europa wird in den Untergang gewirtschaftet“, und sprachen beispielsweise bei ihrer Kampagne „Sag was du denkst!“ von „einer horrenden Anhäufung von sogenannten ‚Menschen mit Migrationshintergrund““.

In dem im Internet verbreiteten Beitrag „Über Grenzen hinweg – Gemeinsam eine Zukunft schaffen“ hieß es zudem:

„Es wird Zeit zu verstehen, dass nicht einzelne Gruppen, Organisationen oder Parteien zum Sieg über die Unterdrücker führen, sondern einzig und allein der Zusammenhalt zwischen Deutschen und Deutschen. Egal welcher Gruppierung der einzelne angehören mag. Egal aus welcher sozialen oder geistigen Schicht er kommt. In erster Linie sind wir alle Deutsche und somit schicksalhaft⁶⁵ miteinander verbunden. Wenn Deutschland untergeht, dann gehen wir alle unter.“⁶⁶

⁶² Weiteres dazu im Beitrag „NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)“

⁶³ Weiteres dazu im Beitrag zur Partei „DIE RECHTE“

⁶⁴ Aus „Unsere Grundsätze“, www.aktion-widerstand.de/ziele-der-jn (Stand: 10. Juni 2014)

⁶⁵ Der Begriff der „Schicksalsgemeinschaft“ war ein in Ideologie und Sprache des Nationalsozialismus oft gebrauchtes Schlagwort.

⁶⁶ Aus „Über Grenzen hinweg – Gemeinsam eine Zukunft schaffen“, www.alt.jn-buvo.de (Stand: 30. Oktober 2014), Schreibweise wie im Original

⁶⁷ <https://www.facebook.com/mittelsachsenjn> (Stand: 3. April 2014)

Entsprechend forderten beispielsweise die JN Mittelsachsen:

„VOLKSTOD STOPPEN! Die Zeit ist reif für unseren Widerstand! Volksgemeinschaft statt BRD-Gesellschaft!“⁶⁷

Zur Verwirklichung dieses Ziels soll sich der Einzelne analog zu der im historischen Nationalsozialismus propagierten Losung „Du bist nichts, dein Volk ist alles!“ unterordnen:

„Allein gestellt sind wir nichts – in der Gemeinschaft jedoch ist jeder alles.

Gemeinschaftsgebunden sind wir bereits durch die Geburt. Wir kommen aus der Gemeinschaft der Familie und fühlen uns durch die Nation unser Leben lang der Gemeinschaft – der Volksgemeinschaft – verbunden. Dieses Verbundenheitsgefühl wird umso stärker sein wenn die Nation nur ein Volk umschließt, denn die Gebundenheit zur eigenen Art ist stärker als die zur Nation – sie ist naturgesetzlich. (...)

Diese unermessliche Bedeutung der Kraft eines reinen Gewissens, also eines unbescholtenen Handelns gegenüber der Gemeinschaft – in welcher Form sie auch auftreten möge – lässt das Verständnis für den kompromisslosen Widerstand gegen mutwillige Zerstörer des sinnstiftenden Gemeinschaftsgefühls entstehen. Zeigt ein Volksgenosse durch sein Handeln, dass er kein Gewissen hat, ihm demzufolge das Wohl der Volksgemeinschaft gleichgültig ist, so ist seine Handlungsweise gegen die innere Bindung und die Schaffenskraft seines Volkes gerichtet. Er verwirkt damit das Recht, Schutz durch die Gemeinschaft einzufordern.“⁶⁸

In ihren Veröffentlichungen vertreten die JN zudem geschichts- und gebietsrevisionistische Ansichten. So bezeichnete der Bundesschulungsleiter der JN Pierre DORNBRACH die Stadt Prag als „heute von Tschechien beanspruchte Stadt“ und verwies darauf, dass sich die Vertreter der rechtsextremistischen Partei DĚLNICKÁ MLÁDEŽ (DM), ebenfalls als „Deutsche aus Böhmen und Mähren“ fühlen würden, nämlich als

„Deutsche die in einem besetzten Land leben, das noch immer von ehemaligen Kommunisten regiert wird.“⁶⁹

Den Ersten und Zweiten Weltkrieg bezeichnete DORNBRACH als „von außen her provoziert“:

„Nicht Deutschland oder der Nationalsozialismus waren die Ziele der Aggressionen. Ziel der Feinde war es vielmehr, ein erwachendes Europa zu verhindern, um die angelsächsische Vorherrschaft zu sichern.“⁷⁰

JN-Bundesverband

Im Dezember 2014 kam es innerhalb der Führung der JN zu personellen Veränderungen. In der Folge verlegten die JN ihre Bundesgeschäftsstelle von Riesa (Sachsen) nach Lübbow (Mecklenburg-Vorpommern).

Erst im Oktober 2012 hatte der Bundesvorstand der JN seinen Sitz von Sachsen-Anhalt nach Sachsen in die Räumlichkeiten des DEUTSCHE STIMME-VERLAGS der NPD verlegt. Hieraus und aufgrund der Beschäftigung von vier Mitgliedern des JN-Bundesvorstandes als Mitarbeiter

⁶⁸ Aus „Gewissen und Gemeinschaft“, <https://facebook.com/jnostsachsen> (Stand: 4. April 2014), Schreibweise wie im Original

⁶⁹ DER AKTIVIST 1/2014, Seiten 14/15

⁷⁰ DER AKTIVIST 1/2014, Seite 13

der sächsischen NPD-Landtagsfraktion ergaben sich in der Vergangenheit weitreichende Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten durch die NPD. Der damalige NPD-Bundesvorsitzende Udo PASTÖRS äußerte sich zum Verhältnis zur JN in einem Interview mit der JN-Publikation DER AKTIVIST wie folgt:

„Es liegt im Wesen eines Jugendverbandes, und die JN hat auch das Recht dazu, durch überspitzte Formulierungen und Forderungen in die Partei hineinzuwirken oder mit spektakulären Propagandaaktionen nach außen auf sich aufmerksam zu machen. Als Gliederung der Gesamtpartei ist es jedoch ebenso unabdingbar, dass die Jungen Nationaldemokraten dies immer letztendlich auf der Grundlage unserer Parteiregularien tun und unter der Oberaufsicht des Parteivorstandes und seiner Gremien stehen.“⁷¹

Mit dem Wegfall der NPD-Landtagsmandate im Zuge der Sächsischen Landtagswahl am 31. August 2014 entfielen die Einflussmöglichkeiten der Partei auf die JN in Sachsen weitgehend. Aufgrund der nun fehlenden Alimentierung war ein Rückzug einzelner Kader aus Sachsen zu erwarten. Als erster ehemaliger Mitarbeiter der Landtagsfraktion zog sich der im Oktober 2012 gewählte JN-Bundesvorsitzende Andy KNAPE aus der Öffentlichkeit zurück.

Beim JN-Bundeskongress am 13. Dezember 2014 in Thüringen wurde Sebastian RICHTER zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Der in Hoyerswerda (Landkreis Bautzen) geborene

und in Mecklenburg-Vorpommern wohnhafte RICHTER war bislang Beisitzer im JN-Bundesvorstand. Er formulierte nach seiner Wahl zum Leitbild einer rassistischen neonationalsozialistischen Elite:

„Was kann denn heute radikaler sein als der Wille, dem heutigen Zeitgeist zu entsagen? Wenn die BRD-Gesellschaft kleine Jungs zu Mädchen machen will, Müttern ihren Wert nimmt und sie zum Quotenobjekt degradiert oder aber sexuelle Selbstbestimmung über sittliche Werte der Gemeinschaft stellt, muß doch unser Weg der wahrhaft revolutionäre sein. Wir sind keine völkischen Träumer oder gesellschaftliche Totalaussteiger! Wir wollen die JN zu dem machen, was sie immer sein wollte: Kaderorganisation einer nationalistischen Partei. Will heißen, dass wir nach innen bedingungslos ein Leitbild verfolgen, welches sich an Geschichte, Genetik und Schicksal unseres Volkes ausrichtet.“⁷²

Neben Sebastian RICHTER war nur der Bundeschulungsleiter Pierre DORNBRACH (Brandenburg) bereits im vorherigen Bundesvorstand vertreten. Neuer Bundesorganisationsleiter wurde der sächsische Landesvorsitzende Paul RZEHACZEK.

Am 22. März 2014 führten die JN in Kirchheim (Thüringen) unter dem Motto „Viele Nationen – ein Ziel“ einen sogenannten Europakongress durch. An der Veranstaltung nahmen rund 150 Personen teil. Unter den Teilnehmern befanden sich auch Vertreter zehn rechtsextremistischer Organisationen aus acht europäischen Ländern.⁷³

⁷¹ DER AKTIVIST 1/2014, Seite 28

⁷² Facebook-Profil „JN-Die Jugend für Deutschland“ (Stand: 14. Dezember 2014)

⁷³ Im Einzelnen: BLOCCO STUDENTESCO (Jugendorganisation der Partei CASA POUND, Italien), NORDISK UNGDOM (Schweden), SVENSKARNAS PARTI (Schweden), NATIONALISTISCHE STUDENTENVERENIGING (Belgien), DANSKERNES PARTI (Dänemark), BRITISH NATIONAL PARTY (Großbritannien), DELNICKÁ MLÁDEŽ (Tschechien), PARTEI NATIONAL ORIENTIERTER SCHWEIZER (PNOS), www.facebook/junge.nationalisten (Stand: 22. März 2014)



Im Rahmen der Veranstaltung traten zudem die NPD-Europawahlkandidaten Udo VOIGT und Dr. Olaf ROSE als Redner auf. Als Hauptredner fungierte Nick Griffin, der für die BRITISH NATIONAL PARTY (BNP) dem Europaparlament angehört. Der stellvertretende JN-Bundesvorsitzende Julian MONACO gab an, der Kongress markiere einen wichtigen Schritt zur „Vernetzung der nationalen Parteien und Organisationen in Europa“.⁷⁴ Aus Sachsen äußerte sich der spätere JN-Stützpunktleiter Alexander KURTH aus Leipzig zum Kongress:

„Europas Vaterländer leiden unter einer gemeinsamen Krankheit, infiziert wurden sie durch den Krankheitsherd ‚Europäische Union‘. Dieser brachte uns die Pest der ungebremsten Masseneinwanderung, die Pest der Fremdbestimmung und die Pest der rücksichtslosen kapitalistischen Ausbeutung. Aber in den Köpfen vieler europäischer Patrioten existiert noch eine Vision, die Vision Europa. Eine Vision von einem Europa der Vaterländer.“⁷⁵



Foto: www.facebook.com/JnSachsen
(Stand: 25. November 2014)

Auch in der einzigen vom Bundesvorstand der JN im Jahr 2014 herausgegebenen Ausgabe der Publikation DER AKTIVIST wurde die Forderung „Für ein Europa der Vaterländer“ erhoben. Darin stellte der Bundesvorstand die Bemühungen der JN für eine Vernetzung der „europäischen Rechten“ in den Mittelpunkt und bot anderen rechtsextremistischen Organisationen ein Podium zur Selbstdarstellung.

Der sächsische JN-Landesverband griff das Thema im Berichtsjahr mehrfach auf. Die zahlreichen, gemeinsamen Teilnahmen von Aktivistinnen der JN und der tschechischen rechtsextremistischen Partei DĚLNICKÁ MLÁDEŽ (DM) an

⁷⁴ www.facebook.com/junge.nationalisten (Stand: 22. März 2014)

⁷⁵ Facebook-Profil von Alexander KURTH (Stand: 23. März 2014)

Veranstaltungen in Sachsen und Tschechien verdeutlichen zudem die verstärkte Zusammenarbeit beider Jugendorganisationen.

JN als Kaderschmiede

Die JN sehen sich als Kaderschmiede für Führungspersönlichkeiten der rechtsextremistischen Bewegung. Ihr Bundesvorstand ist bestrebt, seine Funktionäre bundesweit einheitlich zu ideologisieren und auszubilden, um diese als Multiplikatoren in den regionalen JN-Strukturen einzusetzen. *„Das Ausstatten mit geistigem Rüstzeug ist die Voraussetzung organisatorischen Handelns.“*⁷⁶ Die JN-Schulungsabteilung ist seit Frühjahr 2011 der NATIONALE BILDUNGSKREIS (NBK), *„der die geistige, vorpolitische Raumnahme in Form der Schaffung eines allgemeinen nationalen Gedankens begleitet.“*⁷⁷

Für das Wochenende 29./30. März 2014 lud der NBK die „angehenden Führungskräfte“⁷⁸ zum „5. Kaderwochenende“ unter dem auch von den Nationalsozialisten vielfältig genutzten Motto „Nur in einem gesunden Körper kann auch ein gesunder Geist wohnen“ nach Riesa (Landkreis Meißen) ein. Neben Ausdauerlauf, Ringen und Kämpfen war es Anliegen der NBK, die eingeladenen Stützpunktleiter, Landesvorstandsmitglieder und Schulungsleiter auf problematische Situationen bei öffentlichen Veranstaltungen vorzubereiten. Zudem hielten der damalige NPD-Landtagsabgeordnete Andreas STORR sowie der stellvertretende JN-Bundesvorsitzende Julian MONACO Vorträge über die Geschichte der NPD sowie der JN.

*„Ziel unserer Jugendbewegung muss es sein sowohl auf geistiger wie auch auf körperlicher Ebene Vorreiter zu sein. Die JN verstehen sich immer mehr als Speerspitze der jungen Widerstandsbewegung.“*⁷⁹

Eine weitere Kaderschulung folgte im Oktober unter dem Motto „Jugendarbeit – Gestern, Heute, Morgen“.

Sportliche Aktivitäten sind für die JN aber auch von strategischer Bedeutung. Dabei sollen Disziplin, Härte und Kampfgeist trainiert sowie das Gemeinschaftsgefühl der JN-Mitglieder gestärkt werden. Sportliche Freizeitaktivitäten nehmen zudem eine wesentliche Rolle bei den Rekrutierungsbemühungen ein. Veranstaltungen dieser Art bieten die Möglichkeit, sich potenziellem Nachwuchs vordergründig unpolitisch und attraktiv zu präsentieren. Dabei tritt die rechtsextremistische Zielsetzung oftmals zunächst in den Hintergrund.

Im Berichtsjahr beteiligten sich sächsische JN-Mitglieder an mehreren Fußballturnieren, unter anderem am 22. Februar in Schneeberg⁸⁰ (Erzgebirgskreis), am 22. Juni am von der rechtsextremistischen tschechischen DÉLNICKA MLÁDEŽ (DM) veranstalteten Fußballturnier in Brno (Tschechische Republik) und am „1. JN Freizeit-Fußballturnier“ am 27. September in Erfurt.

⁷⁶ Selbstbeschreibung des NBK, <http://www.aktion-widerstand.de> (Stand: 21. Oktober 2014)

⁷⁷ Ebenda.

⁷⁸ www.aktion-widerstand.de (Stand: 7. April 2014)

⁷⁹ Bericht zum „5. Kaderwochenende“, www.aktion-widerstand.de (Stand: 7. April 2014)

⁸⁰ Näheres dazu im Beitrag „Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen“, „Erzgebirgskreis“



Quelle: http://issuu.com/npd.de/docs/sz_201406 (Stand: 7. Juli 2014)



Quelle: www.delnickamladez.cz/
(Stand: 27. Juni 2014)

JN-Kampagnen

Mit dem Anstieg der Mitgliederzahlen war ein Anstieg der Aktivitäten der JN in Sachsen verbunden. So wurden von den JN zwölf Demonstrationen und Kundgebungen organisiert. (2013: 9, 2012: 0). Öffentlichkeitswirksame Aktionen fanden insbesondere im Rahmen der neuen Kampagnen „Weg mit dem Drogendreck“ und „Sag was du denkst!“ statt.

Im Rahmen der Kampagne „Weg mit dem Drogendreck“ gingen die JN mit Maskottchen und

neuer Schülerzeitung auf Werbetour. Mitglieder verteilten im Juli in Reichenbach, Auerbach, Pausa, Plauen (jeweils im Vogtlandkreis), Riesa (Landkreis Meißen), Oschatz (Landkreis Nordsachsen), Wurzen (Landkreis Leipzig), Döbeln, Hartha, Mittweida (jeweils im Landkreis Mittelsachsen), Bischofswerda, Bautzen, Hoyerswerda (jeweils im Landkreis Bautzen) und in Dresden Informationsmaterial in und an Schulen, darunter auch die neue Schülerzeitschrift „Platzhirsch“⁸¹, in und an Schulen.

An den Verteilaktionen waren der JN-Landesvorsitzende Paul RZEHACZEK, der stellvertretende Landesvorsitzende Stefan TRAUTMANN sowie weitere JN-Mitglieder aus Eilenburg, Döbeln und Leipzig beteiligt. Um die JN-Aktionen zu beenden, machten die jeweiligen Schulverantwortlichen von ihrem Hausrecht Gebrauch und verwiesen die Beteiligten vom Schulgelände. Alle betroffenen Schulen erstatteten Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs.

Im Anschluss an die Verteilaktionen führte der JN-Landesverband Sachsen Kundgebungen in Plauen (7. Juli), Wurzen (8. Juli), Dresden (9. Juli) und Hoyerswerda (10. Juli) durch. Das

⁸¹ Weiteres zur Schülerzeitschrift und zur Kampagne der JN im Beitrag „Jugendliche im Fokus von Extremisten“



Quelle: www.facebook.com/JnSachsen (Stand: 9. Juli 2014)

Motto der Veranstaltungen lautete: „Bekämpfe das System, nicht deinen Körper! Weg mit dem Drogendreck!“. An den Versammlungen nahmen jeweils fünf bis fünfzehn Personen teil. Bei den Werbeaktionen kam zudem das „Platzhirsch“-Maskottchen zum Einsatz. Mit der Wahl des „Platzhirsches“ wollten die Rechtsextremisten verdeutlichen, dass vorrangig sie es sind, die bestimmte Themen öffentlich zur Sprache bringen würden.

Der „Platzhirsch“ sollte, wie die weiße Maske der „Unsterblichen“, zum Symbol mit Wiedererkennungswert werden, zum Symbol der Heimatverbundenheit:

„Niemals werden wir unsere Heimat kampflös aufgeben, niemals unseren Feinden unser geliebtes Land freiwillig opfern.“

Erstmals traten Rechtsextremisten 2012 in Döbeln (Landkreis Mittelsachsen) mit dem Maskottchen in Erscheinung. Die JN Sachsen verwendete es, um Jugendliche leichter an ihre Ideologie heranzuführen zu können.

Über die einzelnen Aktionen berichteten die JN umfangreich auf ihren Facebook-Profilen und über Twitter. Insbesondere stellten sie Videos

zu den einzelnen Veranstaltungen der Kampagne ins Internet. Mit ihren „Platzhirsch“-Aktionen in Schulen erreichten die JN kurzzeitig eine hohe Medienpräsenz. Aufgrund dessen führten sie am 18. Juli 2014 weitere Verteilaktionen in Leipzig durch und stellte zudem einen diffamierenden Brief an die Sächsische Staatsministerin für Kultus bei Facebook ein.

Das Thema Drogenmissbrauch („Weg mit dem Crystal-Dreck“) war Teil des Landtagswahlkampfes der NPD. Insofern lag es nahe, dass auch die JN als Jugendorganisation der NPD dieses Thema „jugendgerecht“ aufgriff.

Ebenfalls im Juli starteten die JN unter der unverfänglichen Bezeichnung „Sag was du denkst“ eine weitere neue Kampagne. Diese richtete sich ebenfalls an Jugendliche, deren Interesse „für eine neue, sich selbst organisierende Jugendkultur“ geweckt werden sollte.

*„Wir sind die Protestgeneration!
Die Zeiten sind reif für eine Veränderung! Sie stehen auf Sturm in ganz Europa. Überall geht die Jugend auf die Straße, um ähnliche Verhältnisse wie hier zu bekämpfen. Es gibt viele Möglichkeiten sich gegen die Verhältnisse zu wehren und die Schweigespirale zu durchbrechen, die*



Foto: www.sagwasdudenkst.info (Stand: 10. Juli 2014)

*uns die Maulkorbpolitik auferlegt: Kundgebungen Verteilaktionen Plakatierungen Demonstrationen Straßentheater Flashmobs (...) sind nur wenige Aktionsformen, die Du nutzen kannst!*⁸²

Ebenso wie bei bereits früher initiierten Kampagnen von Rechtsextremisten, z. B. der sogenannten „Volkstodkampagne“ und der Kampagne „Identität – Werde, wer du bist“, wollten die JN ein Bedrohungsszenario beschwören, um Unzufriedenheit zu wecken.

Die Initiatoren stellten die Propaganda-Kampagne im Internet auf eine breite Basis. Sie nutzen dabei neben einer eigens eingerichteten Internetseite intensiv die online verfügbaren Mittel, wie Plattformen und soziale Netzwerke, um ihre Aktionen in Wort und Bild vorzustellen und die Aufmerksamkeit einer möglichst großen Leserschaft zu gewinnen.

Im Rahmen dieser Kampagne fand am 13. September 2014 ein Aktionstag mit Kundgebungen in Berlin und Bautzen statt. Als Anmelderin der Veranstaltung in Berlin fungierte Maria FANK. FANK ist Vorsitzende des RINGS NATIONALER

FRAUEN (RNF) in Berlin. Als Redner traten neben der Anmelderin der Landesvorsitzende der JN Brandenburg Pierre DORNBRACH sowie der JN-Stützpunktleiter Alexander KURTH aus Leipzig auf. Inhaltlich setzten sich die Redebeiträge mit der Asylpolitik und der Kritik an dem bestehenden politischen System auseinander. Von den 70 Teilnehmern waren ca. 20 bis 25 Personen aus Sachsen angereist.



Teilnehmer aus Sachsen

Quelle: www.facebook.com/JNLeipzig

(Stand: 15. September 2014)

Die Teilnehmer aus Sachsen reisten anschließend zu einer als Informationsstand vom JN-Landesverband Sachsen angemeldeten

⁸² <http://sagwasdudenkst.info> (Stand: 7. September 2014), Schreibweise wie im Original

Kundgebung in Bautzen. Redner bei dieser Veranstaltung waren u. a. der Vorsitzende des JN-Landesverbandes Sachsen Paul RZEHACZEK und erneut Alexander KURTH.



Quelle: www.facebook.com/JNLeipzig
(Stand: 15. September 2014)

Den Höhepunkt dieser Kampagne bildete die vom JN-Landesverband Sachsen angemeldete Demonstration unter dem Motto „Sag was du denkst – Entface das Feuer der Wahrheit!“ am 4. Oktober 2014 in Döbeln. Die ca. 250 Teilnehmer waren aus allen Regionen Sachsens, aus anderen Bundesländern (insbesondere Berlin und Brandenburg) sowie aus der Tschechischen Republik, Ungarn und Belgien angereist. Als Redner traten u. a. der Landesvorsitzende der JN Brandenburg Pierre DORNBRACH, der stellvertretende Vorsitzende der rechtsextremistischen Partei DIE RECHTE Kreisverband Dortmund Christoph DREWER, der Neonationalsozialist Sven SKODA sowie der Vorsitzende der DĚLNICKÁ MLÁDEŽ (DM) Erik LAMPRECHT auf.

Die Aktionen im Rahmen der Kampagnen „Weg mit dem Drogendreck!“ und „Sag was du denkst!“ zeigten die dominierende Stellung der JN-Stützpunkte Nordsachsen, Mittelsachsen und Leipzig, deren führende Mitglieder gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden im Berichtsjahr maßgeblich an allen größeren

öffentlichkeitswirksamen Aktionen der JN in Sachsen beteiligt waren.

Ausgewählte weitere Aktivitäten der JN in Sachsen

Auch die weiteren Aktivitäten der JN Sachsen im Jahr 2014 verdeutlichten deren verstärkte Bemühungen um öffentliche Aufmerksamkeit und Mitgliederakquirierung.

Unter dem Motto „Freiheit schaffen – Tradition verteidigen – Identität leben“ führte der JN-Landesverband Sachsen vom 20. bis 24. Januar 2014 in unmittelbarer Nähe von Schulen mehrere Aktionen durch. An Informationstischen wurden Werbematerialien, JN- und NPD-Flyer sowie Exemplare der JN-Zeitschrift DER AKTIVIST angeboten. Man wollte dabei mit Jugendlichen ins Gespräch kommen.

Die Aktionen wurden durchgeführt vor Schulen in Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau), Zwickau, Döbeln (Landkreis Mittelsachsen), Oschatz (Landkreis Nordsachsen), Hoyerswerda (Landkreis Bautzen), Zittau (Landkreis Görlitz), Görlitz, Bautzen, Mittweida (Landkreis Mittelsachsen) und Hainichen (Landkreis Mittelsachsen). Der JN-Landesvorsitzende Paul RZEHACZEK und dessen Stellvertreter Stefan TRAUTMANN wurden vor Ort von Vertretern der jeweiligen regionalen JN-Stützpunkte unterstützt.

Staatliche Maßnahmen, aber auch zivilgesellschaftliches Handeln trugen dazu bei, dass die JN ihre Ziele bei diesen Aktionen nicht erreichen konnten.

So wurden in den Schulen in Döbeln (Landkreis Mittelsachsen), Zittau und Görlitz (jeweils Landkreis Görlitz) die Haupteingänge verschlossen. Die Schüler konnten Nebeneingänge



Quelle: www.facebook.com/JNOstsachsen (Stand: 13. Mai 2014)

benutzen, wodurch Kontakte mit den Rechts-extremisten vermieden wurden.

In Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau) fand eine Kundgebung gegen die JN-Aktivitäten statt. Daran beteiligten sich etwa 60 Personen, darunter Mitglieder aller demokratischen Parteien des Stadtrates, Vertreter von Kirchen, Vereinen und Unternehmen.

In Hoyerswerda (Landkreis Bautzen) traten Schüler den JN-Akteuren mit selbst gefertigten Plakaten entgegen. In Anspielung auf die „Identitäts“-Kampagne der JN, deren Erkennungszeichen ein weißer Handabdruck ist, und als Zeichen der Ablehnung der JN hatten die Schüler ihre Plakate u. a. mit bunten Händen bedruckt.



Quelle: Facebook

Am 18. Mai 2014 führte der JN-Landesverband Sachsen in Leipzig eine Demonstration durch. Unter dem Motto „Linken Straßenterror stoppen! Medien-Verharmlosung und Polizei-Untätigkeit beenden!“ thematisierten die Veranstalter die Übergriffe auf NPD-Mitglieder, die als Kandidaten für die Stadtratswahl in Leipzig aufgestellt worden waren. Außerdem warfen sie der Polizei Untätigkeit und den Medien die Verharmlosung der Taten vor. Zu der Veranstaltung, an der rund 160 Rechtsextremisten überwiegend aus der Region teilnahmen, hatten die JN gemeinsam mit den FREIEN KRÄFTEN aufgerufen.

Auch wenn die Demonstration aufgrund zahlreicher Blockaden des politischen Gegners verspätet und nur auf einer verkürzten Route durchgeführt werden konnte, feierten die JN Leipzig den Aufzug im Internet als Erfolg:

„(...) Wir wollten damit ein Zeichen der Solidarität setzen und die Schweigespirale der Medien durchbrechen. Beides haben wir geschafft. (...) Die geplante Route konnte zwar nicht gelaufen werden, aber dennoch wurde erstmalig seit 2008 wieder eine Demonstration der nationalen Opposition zu Ende gebracht. (...) Der 18. Mai 2014 war der Tag der Leipziger

Nationalen und ein Tag der Solidarität mit den Opfern linker Gewalt.“

Die JN unterstützten fortlaufend die Aktionen ihrer Mutterpartei. Im Vorfeld der Landtagswahlen betrieb die sächsische NPD eine von Fremdenhass bestimmte Anti-Asyl-Kampagne. Sie initiierte, beeinflusste oder unterstützte lokale Bürgerinitiativen, welche sich gegen Asylbewerberheime richteten. An diesen Protesten beteiligten sich auch Mitglieder der JN. Darüber hinaus verteilten Mitglieder der JN Wahlwerbung der NPD und warben in sozialen Medien sowie in ihrer neuen Schülerzeitschrift PLATZHIRSCH intensiv für eine Stimmenabgabe für die NPD.

Offenbar in Anlehnung an einstige Aktivitäten der im März 2014 verbotenen NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC) griffen auch die JN in Chemnitz das Asyl-Thema auf. Eine von ihnen organisierte Demonstration gegen ein dortiges Asylbewerberheim am 2. August 2014 hatte hinsichtlich der Mobilisierung, Ausrichtung und nachfolgenden Berichterstattung große Ähnlichkeit mit früheren NSC-Aktionen. Die NSC hatten sich Ende 2013 unter dem Kampagnennamen „Raus in die Zukunft“ ebenfalls gegen das Asylbewerberheim positioniert. Unter den ca. 60 überwiegend sächsischen Teilnehmern befanden sich mehrere ehemalige NSC-Mitglieder. Anmelder und einer der insgesamt drei Redner war erneut der sächsische JN-Landesvorsitzende.

Um Jugendliche für ihre Ideologie zu gewinnen, bedienten sich die JN auch zunächst unpolitisch erscheinender Themen. So wollten sie sich in Geithain (Landkreis Leipzig) an der Finanzierung eines Tiergeheges im dortigen Tierpark beteiligen. Das Vorhaben misslang allerdings, da die Stadt Geithain die angebotene

Tierpatenschaft zurückwies. Mit einer anderen Aktion richteten sich die JN im August 2014 in Leipzig gegen die Verwendung von Giftködern. Man wollte damit Tierbesitzer unterstützen, um zu verhindern, dass deren Tiere Opfer solcher ausgelegten Köder werden. Die Aktion wurde auf Facebook beworben. Unter dem Slogan „Tierquäler konsequent bestrafen“ wurde ein Video produziert, SOS-Anhänger für Tiere verteilt und Informationsfaltblätter herausgegeben. In demselben Zeitraum thematisierten die Rechtsextremisten auf ihren Facebook-Seiten die angebliche Tierquälerei im Zirkus.

Die Tierrechtsproblematik spielt in rechtsextremen Propagandaaktionen immer wieder eine Rolle. Bereits während der Zeit des Nationalsozialismus wurde dieses Thema aufgegriffen, um gegen (oft jüdische) Pelztierhändler vorzugehen und jüdische Mitbürger im Zusammenhang mit dem Schächten strafrechtlich zu verfolgen. Bei heutigen Rechtsextremisten ist das Thema Tierschutz eher ein Randphänomen, das aus propagandistischen Zwecken sporadisch aufgegriffen wird.

JN im Internet

Die Selbstdarstellung im Internet hat für die JN seit Jahren eine große Bedeutung, da deren Aktionen und Veranstaltungen anderenfalls in der Öffentlichkeit nicht oder nur von einem geringen Personenkreis wahrnehmbar wären. Auf verschiedenen Internetseiten und Facebook-Profilen werden zum Teil inhaltsgleiche Beiträge eingestellt, um eine möglichst weitreichende Aufmerksamkeit zu erzielen. Die Nutzung sozialer Medien rangiert dabei deutlich vor der Einrichtung von statischen Webseiten.

Die JN Sachsen nutzten im Berichtsjahr hauptsächlich eine Unterseite der Homepage des

JN-Bundesverbands sowie Internetseiten der NPD. Darüber hinaus wurden anlassbezogen eigene Internetseiten eingerichtet, wie beispielsweise für die Kampagne „Sag was du denkst“. Auf den Facebook-Seiten des JN-Landesverbandes Sachsen, mehrerer JN-Stützpunkte sowie einzelner führender Mitglieder mobilisierten die JN zu Aktionen bzw. berichteten im Nachgang darüber. Der sächsische Landesverband sowie einzelne seiner Stützpunkte nutzten zudem den Kurznachrichtendienst Twitter. Seit November 2013 ist der sächsische Landesverband auch beim Internetportal Flickr registriert und stellte dort zwischenzeitlich mehr als 200 Bilder zur Dokumentation eigener Aktionen ein.

Ausblick

Die massiven Spannungen in der NPD zeitigten Folgen bei den JN, deren weitere Entwicklung in Sachsen maßgeblich von der Entwicklung im NPD-Landesvorstand abhängig sein wird. Dabei wird die Positionierung des derzeitigen sächsischen JN-Landesvorsitzenden Paul RZEHACZEK zur NPD die weitere Ausrichtung der Jugendorganisation in Sachsen entscheidend bestimmen. In Leipzig könnten jedoch JN-Mitglieder dem Kurs ihres bisherigen Stützpunktleiters Alexander KURTH folgen und

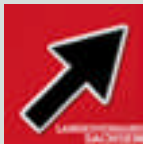
perspektivisch einen Wechsel in die Partei DIE RECHTE erwägen.

Die Verlegung der JN-Bundesgeschäftsstelle von Sachsen nach Mecklenburg-Vorpommern war aufgrund des Wegfalls der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und der Neuwahl eines in Mecklenburg-Vorpommern wohnhaften Bundesvorsitzenden vorhersehbar. Mit dem aus Sachsen stammenden neuen Bundesorganisationsleiter Paul RZEHACZEK wird der sächsische Landesverband jedoch auch aufgrund seiner im Bundesvergleich relativ hohen Mitgliederanzahl weiterhin eine wesentliche Rolle innerhalb der JN spielen.

Mit Sebastian RICHTER hat im Dezember 2014 ein erfahrener, neonationalsozialistisch geprägter Funktionär die Führung der JN übernommen. Das Bemühen seiner beiden Vorgänger Andy KNAPE (Bundesvorsitzender von 2012 bis 2014) beziehungsweise Michael SCHÄFER (Bundesvorsitzender von 2007 bis 2012) um ein zeitgemäßeres und moderneres Auftreten der JN dürfte unter der Leitung RICHTERS wieder in den Hintergrund treten. Der neue Vorsitzende wird das Selbstverständnis der JN als „Kaderschmiede“ stärken und die ideologischen Positionen der Aktivisten festigen wollen.

1.4 DIE RECHTE, LANDESVERBAND SACHSEN

DIE RECHTE, LANDESVERBAND SACHSEN

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Gründung:	26. Oktober 2013
inaktiv:	seit 18. März 2014
Erneute Aktivierung:	November 2014
Sitz:	–
Mitglieder 2014:	ca. 10
Mitglieder 2013:	ca. 10
Vorsitz:	nicht bekannt
Teil-, Nebenorganisationen:	–
Publikation:	keine
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Am 26. Oktober 2013 gründete sich der sächsische Landesverband der Partei DIE RECHTE. Nachdem Rechtsextremisten am 18. März 2014 die Auflösung des Landesverbandes verkündet hatten, wurden bis zum November 2014 keine Aktivitäten dieser Organisation in Sachsen bekannt. Die Internetseite des Verbandes und das Facebook-Profil wurden offline gestellt.

Nach der Auflösung traten einzelne ehemalige Mitglieder noch im Laufe des Jahres 2014 öffentlich unter der Bezeichnung „Nationale Sozialisten Main-Kinzig (NSMK) org. Sachsen“ auf. Sie beteiligten sich an verschiedenen

rechtsextremistischen Demonstrationen, so am 1. Mai 2014 in Plauen (Vogtlandkreis).



Quelle: www.facebook.com/nsmksachsen
(Stand: 1. Mai 2014)

Dabei zeigte der Auftritt unter der Organisationsbezeichnung einer rechtsextremistischen Gruppierung aus Hessen zudem die anhaltende Verbindung zwischen diesen sächsischen und hessischen Rechtsextremisten. Bereits die Gründung des Landesverbandes Sachsen hatte am 26. Oktober 2013 in Hessen stattgefunden und war von dem damaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Pierre LEVIN – ebenfalls aus Hessen – vorangetrieben worden.

Am 20. November 2014 wurde auf einer Facebook-Seite die Reaktivierung des sächsischen Landesverbandes der Partei DIE RECHTE bekanntgegeben. Sie steht in engem Zusammenhang mit der innerparteilichen Krise in der sächsischen NPD, die mit dem Rücktritt des stellvertretenden

NPD-Landesvorsitzenden Maik SCHEFFLER Ende Oktober und dem damit verbundenen Rückzug anderer sächsischer NPD-Funktionäre und weiterer Mitglieder aus der Partei ihren deutlichen Ausdruck gefunden hat.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Programmatisch versucht sich die Partei DIE RECHTE zwischen der sich „seriös radikal“ gebenden NPD und der islamfeindlichen „Pro-Bewegung“ zu positionieren. Das Parteiprogramm ist weitgehend von der in der NPD aufgegangenen rechtsextremistischen DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) übernommen worden. Angesichts der Herkunft einiger Führungsmitglieder ist mit einer neonationalsozialistischen Ausrichtung der Partei zu rechnen.

Aktivitäten

Im November 2014 warb der Stützpunktleiter der JN in Leipzig, Alexander KURTH, auf seinem Facebook-Profil um Mitglieder und Interessenten für die Partei DIE RECHTE. Ziel sei es, all jenen eine politische Heimat zu geben, „die in der NPD nicht mehr erwünscht sind oder lieber ihrem Gewissen folgen, anstatt der Geldbörse und einem bezahlten Posten“⁸³.

Kurz darauf verkündeten die Rechtsextremisten, dass die Partei nun sogar ein erstes kommunales Mandat habe. Auf der Facebook-Seite von KURTH hieß es:

Eine Mandatsträgerin, „(...) , welche vor kurzem die NPD verließ, wird die Interessen der Bautzner auch in der Zukunft im Stadtrat vertreten. Wir freuen uns die Mitorganisatorin der dortigen

Anti-Asyl-Demonstrationen in unserer Partei begrüßen zu dürfen. Eine politische Zusammenarbeit mit weiteren Mandatsträgern, aus Ostsachsen wurde im Rahmen konstruktiver Gespräche vereinbart.“⁸⁴

Diese Bautzener NPD-Stadträtin – Initiatorin der Demonstrationen gegen die Asylbewerberunterkunft in Bautzen – erklärte öffentlich ihren Austritt aus der NPD. Sie wolle nunmehr den Weg in der Partei DIE RECHTE gehen.

Eine erste Informationsveranstaltung zum Thema „Wer wir sind und was wir wollen“ fand am 5. Dezember 2014 in Ostsachsen statt. An der Versammlung sollen 20 Personen teilgenommen haben.

Auf einem noch nicht terminierten Landesparteitag soll ein neuer Vorsitzender gewählt werden.

Offenbar wirkten nun Protagonisten, welche ursprünglich aus der neonationalsozialistischen Szene stammten und in der NPD eine Karriere angestrebt hatten, an der Reaktivierung der Partei DIE RECHTE in Sachsen mit, um eine neue politische Heimat im rechtsextremistischen Spektrum zu finden. Bei ihnen handelt es sich um sehr aktive Rechtsextremisten, so dass eine Stabilisierung der jungen Parteistruktur, ebenso wie ein weiterer Zulauf jüngerer oder frustrierter NPD-Parteimitglieder, zu erwarten ist. Sollte sich DIE RECHTE künftig zu einer neonationalsozialistischen Struktur entwickeln, könnte sie auch für andere NEONATIONALSOZIALISTEN attraktiv werden: vor allem für solche, die den Schutz des Parteienprivilegs⁸⁵ suchen.

⁸³ Facebook-Seite Alexander KURTH (Stand: 20. November 2014)

⁸⁴ Facebook-Seite Alexander KURTH (Stand: 24. November 2014)

⁸⁵ Das Verbot einer Partei unterliegt hohen rechtlichen Hürden.

1.5 DER DRITTE WEG, STÜTZPUNKT HOCHFRANKEN/VOGTLAND

DER DRITTE WEG, STÜTZPUNKT HOCHFRANKEN/VOGTLAND

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Gründung:	Januar 2014
Mitglieder in Sachsen 2014:	ca. 20
Stützpunktleiter	Rico DÖHLER
Publikation:	„Der III. Weg“ Rundbrief (Partei-publikation)
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Die Partei DER DRITTE WEG (III. WEG) wurde am 28. September 2013 in Heidelberg (Baden-Württemberg) gegründet. Parteivorsitzender ist Klaus ARMSTROFF, ein Rechtsextremist aus Rheinland-Pfalz und langjähriger NPD-Funktionär.

Die Partei befindet sich im Stadium des Aufbaues, bislang wurden neun Stützpunkte in Deutschland gegründet. Im Januar 2014 bildete sich der bayerische Stützpunkt der Partei unter dem Stützpunktleiter Tony GENTSCH, einem Führungskader des nunmehr verbotenen bayerischen Kameradschaftsnetzwerkes FREIES NETZ SÜD (FNS). Innerhalb des FNS führte er die FREIEN NATIONALISTEN HOF an, die unter ihm in den Stützpunkt Hof/Saale der Partei überführt wurden.

Im April 2014 schlossen sich Mitglieder der neonationalsozialistischen REVOLUTIONÄREN NATIONALEN JUGEND (RNJ) Vogtland der Partei an. Es

wurde der bayerisch-sächsische Stützpunkt Hochfranken/Vogtland der Partei gegründet. Diese länderübergreifende Struktur resultiert aus der langjährigen engen Vernetzung der neonationalsozialistischen Szene in Nordbayern und der RNJ im sächsischen Vogtland.

Die Hinwendung der NEONATIONALSOZIALISTEN zu einer rechtsextremistischen Partei war vor allem taktisch motiviert. Sowohl das FNS als auch die RNJ unterlagen in den vergangenen Jahren staatlichen Exekutivmaßnahmen oder befürchteten solche. Nur drei Tage nach den Verboten der neonationalsozialistischen Gruppierungen NATIONALER WIDERSTAND DORTMUND, KAMERADSCHAFT HAMM und KAMERADSCHAFT AACHENER LAND am 23. August 2012 in Nordrhein-Westfalen gab die REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND (RNJ) auf ihrem Facebook-Profil ihre Auflösung bekannt, trat jedoch im Jahr 2013 wieder unter gleichem Namen in Erscheinung.

Mitgliedsgruppierungen des FNS wurden im Juli 2013 im Rahmen eines vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachtes der Fortführung der im Jahr 2004 verbotenen FRÄNKISCHEN AKTIONSFRONT durchsucht. Im Juli 2014 wurde das FNS als Dachorganisation vom Bayerischen Innenminister verboten.

Unmittelbar nach dem Verbot des FNS verzogen Tony GENTSCH und ein weiteres ehemaliges Mitglied vom Freistaat Bayern nach Plauen (Vogtlandkreis).

Mit dem Zuzug dieser seit Jahren aktiven rechtsextremistischen Führungspersonen nach Sachsen lagen erste Anhaltspunkte dafür vor, dass sich der Schwerpunkt der Parteiaktivitäten des Stützpunktes Hochfranken/Vogtland künftig von Bayern nach Sachsen verlagern könnte. Während

1. Schaffung eines Deutschen Sozialismus
Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist die Schaffung eines Deutschen Sozialismus, fernab von ausbeuterischem Kapitalismus wie gleichmacherischem Kommunismus.

2. Raumgebundene Volkswirtschaft
Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist die Verstaatlichung sämtlicher Schlüsselindustrien, Betriebe der allgemeinen Daseinsfürsorge, Banken, Versicherungen sowie aller Großbetriebe. Zur Wiederherstellung der Selbstversorgung Deutschlands mit Grundnahrungsmitteln ist die Eigenwirtschaft von Einzel- und Familienbetrieben sowie die Landwirtschaft im besonderen Maße zu fördern.

3. Deutsche Kinder braucht das Land
Die Grundlage der Bevölkerungspolitik der Partei DER DRITTE WEG ist die konsequente Förderung von kinderreichen Familien zur Abwendung des drohenden Volkstodes. Die Partei DER DRITTE WEG fordert die Einführung der Todesstrafe für Kindermord und andere Kapitalverbrechen.

4. Heimat bewahren
Zur Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes sind die Überfremdung

Deutschlands und der anhaltende Asylmißbrauch umgehend zu stoppen. Kriminelle sowie dauerhaft erwerbslose Ausländer sind aus Deutschland stufenweise auszuweisen.

5. Stärkung der Bürger- & Freiheitsrechte
Die Partei DER DRITTE WEG bekämpft entschieden die zunehmende Überwachung und Einschränkung der Bürger im privaten wie im öffentlichen Raum, Gesinnungsparagrafen des Strafgesetzbuchs und Bespitzelungsbefugnisse des Staates sind ersatzlos zu streichen.

6. Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen
Jeder Deutsche hat das Recht auf persönliches Eigentum, auf freie Religionsausübung, auf Wohnraum, auf medizinische Versorgung, auf Aus- und Weiterbildung, auf Kultur- und Freizeit, auf Altersversorgung und das Recht wie auch die Pflicht zur Arbeit. Die Partei DER DRITTE WEG fordert daher auch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.

7. Umweltschutz ist Heimatschutz
Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist die Schaffung bzw. Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt, die Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes und die Förderung der Gesundheit.

8. Kein deutsches Blut für fremde Interessen
Die Partei DER DRITTE WEG lehnt die Stationierung und Unterhaltung fremder militärischer Stützpunkte auf deutschem Territorium ab. Eine Beteiligung an Kriegseinsätzen der Armee im Ausland wird kategorisch ausgeschlossen. Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist der Austritt Deutschlands aus der NATO.

9. Schaffung einer Europäischen Eidgenossenschaft
Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist der Austritt aus der Europäischen Union (EU) und die Schaffung einer Europäischen Eidgenossenschaft auf Grundlage der europäischen Kulturen sowie der gemeinsamen Geschichte und ist getragen vom Willen und der Souveränität der europäischen Völker.

10. Deutschland ist größer als die BRD
Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist die friedliche Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen.



NATIONAL, REVOLUTIONÄR & SOZIALISTISCH

Parteiprogramm; Quelle: www.der-dritte-weg.info (Stand: 27. April 2014)

der Demonstration am 1. Mai 2014 in Plauen kündigte Tony GENTSCH in seiner Rede schließlich an, die Aktivitäten der Partei auszubauen und einen eigenen Stützpunkt im Raum Plauen zu schaffen. Wie auf der Internetseite der Partei⁸⁶ verkündet wurde, ist dieses Vorhaben mit der Gründung des Stützpunktes Vogtland im Februar des Jahres 2015 offenbar umgesetzt worden.

In diesem Zusammenhang und auch durch den Wegfall des bisherigen Treffobjektes des Stützpunktes in Regnitzlosau (Bayern) ist davon auszugehen, dass der Stützpunkt sich bemüht, ein neues Szeneobjekt im Landkreis Vogtland zu erwerben bzw. anzumieten.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Ideologisch orientiert sich die Partei am Gedankengut des historischen Nationalsozialismus. So fordert sie in Punkt 1 ihres Zehn-Punkte-Programms die „Schaffung eines Deutschen Sozialismus“, was einen inhaltlichen Bezug zur völkisch-nationalistischen Weltanschauung des 25-Punkte Programms der NSDAP nahelegt.

Beide Parteiprogramme eint eine biologische Sicht auf den Volksbegriff, der bei der NSDAP in Punkt 4 ihres Programmes Ausdruck fand. Dort hieß es, dass nur derjenige „Volks-genosse“ sein kann, der „deutschen Blutes“ ist. Entsprechend fordert die Partei III. WEG in

⁸⁶ www.der-dritte-weg.info (Stand: 13. Februar 2015)

Punkt 7 ihres Programms „die Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“ und in Punkt 4 die „Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes“, die es vor Überfremdung zu schützen gelte.



Quelle: www.der-dritte-weg.info
(Stand: 27. April 2014)

Auch in der Symbolik wird die beabsichtigte Nähe zum Nationalsozialismus deutlich.

1.6 NEONATIONALSOZIALISTEN

Entwicklungen – Aktivitäten

Weiterer Strukturwandel – Rückzug aus der Öffentlichkeit

Die neonationalsozialistische Szene im Freistaat Sachsen befindet sich bereits seit dem Jahr 2012 im Umbruch. Unter dem Eindruck zahlreicher Verbote von neonationalsozialistischen Gruppierungen im Jahr 2012 bundesweit⁸⁷, in den

Schwert und Hammer wurden bereits als Symbol in der Hitlerjugend, aber auch in der NSDAP genutzt. Es soll die Verbundenheit der Soldaten und der Arbeiter im Kampf für den Sozialismus verdeutlichen. Das Symbol des Zahnrads war unter den historischen Nationalsozialisten Symbol der NS-Gewerkschaft „Deutsche Arbeitsfront“. Es wird seit Jahren auch im Bereich der neonationalsozialistischen Kameradschaften genutzt.

Die Partei bezeichnet sich selbst als national, revolutionär und sozialistisch.

Aktivitäten

Hinsichtlich der Aktivitäten des Stützpunktes Hochfranken/Vogtland wird auf den Beitrag zum „Vogtlandkreis“ im Kapitel „Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen“ verwiesen.

Jahren 2013⁸⁸ und 2014⁸⁹ im Freistaat Sachsen und im Jahr 2014 im Freistaat Bayern sucht man seither nach Strategien, den inneren Zusammenhalt der Szene zu stärken und gleichzeitig weiterhin öffentlichkeitswirksam aufzutreten, ohne Gefahr zu laufen, verboten zu werden.

Besondere Wirkung entfalteten die Verbote der WIDERSTANDSBEWEGUNG IN SÜDBRANDENBURG am 19. Juni 2012 – diese hatte für einen Großteil der

⁸⁷ AKTIONSBÜNDNIS MITTELHEIN, WIDERSTANDSBEWEGUNG IN SÜDBRANDENBURG, NATIONALER WIDERSTAND DORTMUND, KAMERADSCHAFT HAMM, KAMERADSCHAFT AACHENER LAND etc.

⁸⁸ NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN am 18. Februar 2013

⁸⁹ NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ am 28. März 2014

sächsischen Szene stets Unterstützerfunktion – sowie der Gruppierungen NATIONALER WIDERSTAND DORTMUND, KAMERADSCHAFT HAMM und KAMERADSCHAFT AACHENER LAND am 23. August 2012 in Nordrhein-Westfalen. So gab die REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND VOGTLAND (RNJ) nur drei Tage nach den Verboten in Nordrhein-Westfalen am 26. August 2012 auf Facebook ihre Selbstaflösung bekannt.

„Heute ist ein trauriger Tag für das Vogtland. Die RNJ Vogtland, die seit 20.04.2010 bestand, hat sich heute aufgelöst. Dies hat vordergründig den Sinn, nicht wie einige Kameradschaften in Nordrhein-Westfalen Verboten und Repressionswellen zu unterliegen. Die RNJ hat über Jahre hinweg die Sprecher von Medien und Politik in Aufruhr versetzt. Sie zeichnete sich durch einen überdurchschnittlichen Aktivismus aus und durch erhöhte Präsenz in der Nähe von Bürgern. Eine disziplinierte Kameradschaft die sich unter anderen Kameradschaften einen Namen gemacht hat und sogar international bekannt wurde. Wir sehen die Auflösung von zwei Seiten. Die führende Kameradschaft im Vogtland, die mit viel Schweiß und Tatendrang aufgebaut wurde, fällt weg. Die Einzelpersonen sind jedoch nicht mehr so gefährdet und werden niemals von der Bildfläche verschwinden. Es wird etwas neues kommen zu der Zeit, wo wir es als Richtig empfinden. Auf einmal werden die Medien wieder Amok laufen und ihre Lächeln im Gesicht verlieren. Die RNJ ist weg, der Widerstand aus dem Vogtland jedoch nicht.“

Wie einst schon Mahatma Ghandi sagte;

*„Wer Unrecht duldet, ohne sich dagegen zu wehren, macht sich mitschuldig!“
(Schreibweise wie im Original)*

Bereits im Januar 2013 trat die RNJ jedoch wieder unter ihrem Namen in die Öffentlichkeit und veranstaltete eine Kundgebung in Plauen (Vogtlandkreis).

Die neonationalsozialistische Szene im Freistaat Sachsen bemühte sich im zweiten Halbjahr 2012 verstärkt um eine sachsenweite Vernetzung, veranstaltete Treffen von Führungskräften und propagierte die Wichtigkeit „Nationaler Objekte“ als Rückzugsräume.

Nachdem dann im Frühjahr 2013 mit den NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN eine neonationalsozialistische Gruppierung im Freistaat Sachsen verboten worden war, begannen sächsische NEONATIONALSOZIALISTEN zunehmend die Öffentlichkeit zu meiden. Zwar kam es nach wie vor zu öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten, jedoch wurde aus taktischen Gründen auf das Führen von Gruppenbezeichnungen verzichtet. Es waren zweierlei Ausweichbewegungen feststellbar. Neben dem Agieren unter Kampagnenbezeichnungen wie „Tag der deutschen Zukunft“ durch die FREIEN KRÄFTE DRESDEN und „Raus in die Zukunft“ durch die NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ suchte ein Teil der NEONATIONALSOZIALISTEN seine Zukunft bei den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN; Jugendorganisation der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS – NPD) und dem damit verbundenen Schutz des Parteienprivilegs⁹⁰. So stieg Stefan TRAUTMANN, ehemaliges Mitglied der verbotenen NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN, bereits Ende 2013 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN auf.

Im Jahr 2014 vermieden es die sächsischen NEONATIONALSOZIALISTEN, sich als solche zu erkennen

⁹⁰ Das Verbot einer Partei unterliegt hohen rechtlichen Hürden.

zu geben. Dies wurde auch im Zusammenhang mit dem Verbot der NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC) im März deutlich. Noch im Vorjahr hatten die FREIEN KRÄFTE DRESDEN das Verbot der NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN als „andauernde Welle der Repression“⁹¹ bezeichnet. Das Verbot der NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ wurde von den NEONATIONALSOZIALISTEN hingegen kaum mehr öffentlich kommentiert.

Lediglich der Leipziger Stützpunkt der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN nahm dazu öffentlich auf Facebook Stellung:

„Der Hass auf politisch Andersdenkende und die Intoleranz gegenüber volkstreuen Parteien und Gruppierungen gehört zu den politischen Leitlinien eines Markus Ulbig.“⁹²

Die Struktur der JN und der mit ihnen einhergehende Schutz des Parteienprivilegs wurden nun auch für Gruppierungen interessant, die sich bislang nicht an Parteien hatten binden wollen.

So hatten auch Aktivisten der NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ früher eine Zusammenarbeit mit der NPD sowie auch mit deren Jugendorganisation vehement abgelehnt. Ab Sommer 2014 engagierten sich ehemalige Mitglieder der nunmehr verbotenen Vereinigung im JN-Stützpunkt Chemnitz. Dessen Facebook-Profil wiederum wies im Layout eine deutliche Ähnlichkeit mit dem Profil der Kampagne „Raus in die Zukunft“ auf, die von NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ betrieben wurde. Im Zuge des Vereinsverbotes war auch der Name „Raus in die Zukunft“ als alternativer Name der Vereinigung verboten worden.



Quelle: www.facebook.com/RausInDieZukunft/ (Stand: 21. März 2014)

⁹¹ „Verbotsapparat schlägt erneut zu – Nationale Sozialisten Döbeln verboten“: <http://netzwerkmitte.com> (Stand: 6. Januar 2014)

⁹² <https://www.facebook.com/jungenationalistenleipzig> (Stand: 29. März 2014)



<https://www.facebook.com/JNChemnitz-9>. Juni 2014

Die Ähnlichkeit der beiden Facebook-Profile deutet darauf hin, dass man sich lediglich äußeren Zwängen gebeugt hat, um weiter politisch agieren zu können. Inhaltlich erfolgte keine Abkehr von der neonationalsozialistischen Ideologie.

Am 10. Juli 2014 wurde auf der den FREIEN KRÄFTEN DRESDEN zuzurechnenden Internetseite „Netzwerk Mitte“ ein Artikel⁹³ veröffentlicht, der den offiziellen Übergang der FREIEN KRÄFTE DRESDEN in den JN-Stützpunkt Dresden konstatierte.

„Der im Dezember 2012 gegründete und damit noch ziemlich junge Stützpunkt der Jungen Nationaldemokraten in Dresden konnte in den vergangenen Monaten neue Mitglieder gewinnen. Diese stellen ihren reichhaltigen Erfahrungsschatz aus mehr als einem Jahrzehnt politischer Arbeit im Nationalen Widerstand nun auch den örtlichen Strukturen der JN zur Verfügung.“

Die FREIEN KRÄFTE DRESDEN firmierten im Berichtsjahr nach außen als JN-Stützpunkt Dresden und wollten auch ihr Treffobjekt als JN-Treffobjekt betrachtet wissen. Die Formulierung im oben zitierten Artikel, dass dieses Treffobjekt künftig „nicht nur für Mitglieder“ zur Verfügung stehen solle, zeigte bereits, dass man nicht bereit war, in Gänze zu den JN überzutreten, sondern hier aus taktischen Gründen den Schutz des Parteienprivilegs suchte.

Ein JN-Stützpunkt war in der Landeshauptstadt parallel zu den FREIEN KRÄFTEN DRESDEN bereits am 1. Dezember 2012 gegründet worden, wies allerdings keine personellen Überschneidungen zu diesen auf. Dieser JN-Stützpunkt entfaltete nach seiner Gründung keine öffentlichen Aktivitäten.

Ebenfalls taktisch motiviert dürfte die bereits im Juni 2014 vollzogene Übergabe der „Aktionswoche 13. Februar“ in die Verantwortung des JN-Landesverbandes Sachsen gewesen sein. Das den FREIEN KRÄFTEN DRESDEN zuzurechnende „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ selbst wollte sich aufgrund der aus seiner Sicht

⁹³ „Gestärkte Dresdner JN jetzt mit festem Anlaufpunkt“, netzwerkmitte.com (Stand: 10. Juli 2014)

zu erwartenden Zuspitzung der Auseinandersetzungen mit Stadtverwaltung, Medien und Gegendemonstranten stärker auf den eigentlichen Gedenktag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg, den 13. Februar, konzentrieren und behielt sich dementsprechend auch die Organisation des „Trauermarsches“ vor.⁹⁴

In einer Erklärung⁹⁵ des bisher verantwortlichen „Aktionsbündnisses gegen das Vergessen“ hieß es zur weiteren Ausgestaltung der Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene rund um den 13. Februar in Dresden:

„Mit einem festen Stamm an jungen und aktivistischen Mitgliedern und einer in Sachsen bewährten Organisationsstruktur, sehen wir den Jugendverband als derzeit am besten geeigneten Partner an, um die Erfolgsgeschichte der den 13. Februar begleitenden Aktionswoche auch zukünftig fortzuschreiben.“

Deutlich wird die künftige Trennung der Verantwortlichkeiten auch auf einem Mobilisierungsflyer zum 13. Februar, welcher im Internet abrufbar war und auf dem sich kein JN-Signet befand.



Quelle: www.gedenkmarsch.de
(Stand: 20. November 2014)

Das Personenpotenzial der bereits erwähnten REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND (RNJ) war stets ein fester Bestandteil der neonationalsozialistischen Szene im Freistaat Sachsen und ist in dieser nach wie vor bestens vernetzt. Trotzdem suchte die Gruppierung nicht den Schutz der JN. Dies hatte seine Ursache in der über Jahre gewachsenen Anbindung der RNJ an das FREIE NETZ SÜD (FNS) im Freistaat Bayern und insbesondere an das dort nutzbare Treffobjekt „Oberprex“.

Große Teile des FNS wechselten auch schon vor dessen Verbot am 23. Juli 2014 in die im September 2013 gegründete rechtsextremistische Partei III. WEG. Mitglieder der RNJ

⁹⁴ „Gestärkte Dresdner JN jetzt mit festem Anlaufpunkt“, netzwerkmitte.com (Stand: 10. Juli 2014)

⁹⁵ „Jugendverband übernimmt Aktionswoche zum 13. Februar – Erklärung des Aktionsbündnisses gegen das Vergessen“ vom 23. Juni 2014, www.gedenkmarsch.de, Schreibweise wie im Original

schlossen sich im April 2014 dem Stützpunkt Hochfranken/Vogtland der Partei III. WEG an und stellen mit Rico DÖHLER mittlerweile sogar dessen Vorsitzenden.



Quelle: www.der-dritte-weg.info
(Stand: 3. Juni 2014)

In der übrigen Szene im Freistaat Sachsen wurde dieser Weg nicht diskutiert, aber offensichtlich auch nicht abgelehnt. Zur Abschlussdemonstration der Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“ am 7. Juni 2014 in Dresden sprach Rico DÖHLER bereits als Vertreter der Partei III. WEG.

Aktivitäten

Obwohl die strukturelle Neuorientierung die NEONATIONALSOZIALISTEN im Freistaat Sachsen stark beschäftigte, konnten sie ihr Aktionsniveau im Vergleich zum Vorjahr leicht steigern. 20 öffentlichkeitswirksamen Aktionen im Jahr 2013 stehen 22 im Jahr 2014 gegenüber.

Der Großteil der Veranstaltungen hing zum einen mit dem Gedenken an den 13. Februar 1945 zusammen (sieben Veranstaltungen), zum anderen mit der Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“ (drei Veranstaltungen), die bereits im Jahr 2013 ihren Anfang genommen hatte. Hauptträger der öffentlichkeitswirksamen Aktionen waren die FREIEN KRÄFTE DRESDEN, die für beide Veranstaltungszyklen verantwortlich zeichneten. Den Höhepunkt der „Aktionswoche 13. Februar“ bildete, wie jedes Jahr, die

Demonstration anlässlich des Gedenkens an die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945. Diese war auf den 12. Februar vorgezogen worden. Trotz der recht kurzfristigen Mobilisierung hierfür nahmen 500 Rechtsextremisten teil, was für den hohen Grad der Vernetzung sowie die starke Mobilisierungsfähigkeit der FREIEN KRÄFTE DRESDEN spricht. Damit organisierten diese die zweitgrößte Demonstration des parteiungebundenen Spektrums in Sachsen.

Die mit 700 Teilnehmern größte Demonstration aus dem Lager der NEONATIONALSOZIALISTEN in Sachsen war die jährlich von der REVOLUTIONÄREN NATIONALEN JUGEND veranstaltete 1. Mai-Demonstration in Plauen. Sie war, anders als die Veranstaltungen in den Vorjahren, durch einen bayerischen Rechtsextremisten aus dem Kreise des am 23. Juli 2014 verbotenen FREIEN NETZ SÜD angemeldet worden. Dominiert wurde die Demonstration zusätzlich von der Partei III. WEG, deren Bundesvorsitzender Klaus ARMSTROFF auch eine Rede hielt. Der Teilnehmerkreis setzte sich zu großen Teilen aus nicht-sächsischen Rechtsextremisten zusammen. Letztmalig kam bei dieser Demonstration ein Transparent mit der Aufschrift „Revolutionäre Nationale Jugend – Vogtland“ zum Einsatz.

In der Stadt Chemnitz hingegen kam mit dem Verbot der NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ auch die Kampagne mit der gleichzeitig verbotenen Bezeichnung „Raus in die Zukunft“ zum Erliegen. Zuletzt hatte unter dieser Kampagnenbezeichnung am 25. Januar 2014 eine Demonstration in Chemnitz stattgefunden, an der sich 150 Rechtsextremisten beteiligt hatten. Hauptforderung der Demonstration war die Schließung der Asylbewerber-Erstaufnahmeeinrichtung im Chemnitzer Stadtteil Ebersdorf gewesen.

Am 2. August 2014 versuchte der Landesverband der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN in Chemnitz mit einer thematisch gleichgelagerten Demonstration „Genug ist genug! Asylbewerberheim schließen jetzt!“ an diese Kampagne anzuschließen, konnte jedoch nur etwa 60 rechtsextremistische Teilnehmer gewinnen.

Auch im übrigen Freistaat Sachsen kam es im Jahr 2014 zu Versuchen von NEONATIONALSOZIALISTEN, Einfluss auf die gesellschaftliche Debatte um steigende Asylbewerberzahlen und die damit verbundenen Problemlagen zu nehmen und diese für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. So fanden am 11. April 2014 in Plauen (Vogtlandkreis), am 13. April 2014 in Borna (Landkreis Leipzig), am 3. Juni 2014 in Bautzen (Landkreis Bautzen), am 5. Juli in Werdau (Landkreis Zwickau) und am 7. September 2014 in Zwickau (Landkreis Zwickau) Kundgebungen und Demonstrationen mit Bezug zum Thema „Asyl“ statt. Die Demonstration in Werdau konnte eine Teilnehmerzahl von 320 Rechtsextremisten erzielen.

Eine Anschlussfähigkeit über das eigene Potenzial hinaus bis ins bürgerliche Spektrum konnte jedoch nicht erreicht werden.

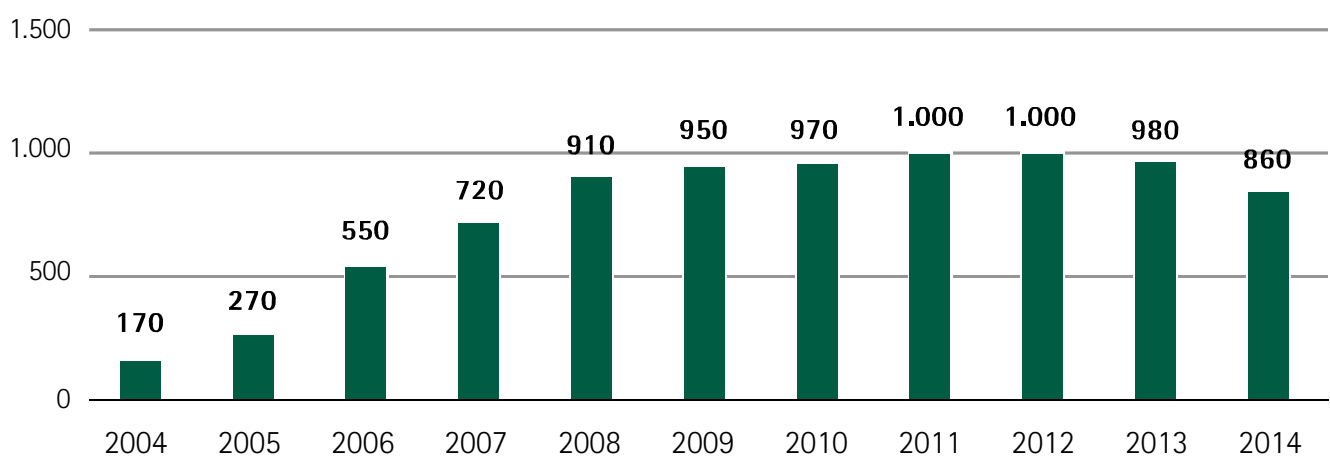
Neonationalsozialistische Gruppierungen im Freistaat Sachsen haben unter dem Eindruck der Verbote die Außendarstellung über statische Internetseiten nahezu vollständig aufgegeben. Einzelne noch abrufbare Internetseiten wurden nicht mehr aktualisiert. Auch ein Ausweichen auf Facebook-Profile, wie bei einigen Stützpunkten der „Jungen Nationaldemokraten“, war im Berichtsjahr nicht feststellbar. Man nutzte zur internen Kommunikation den Kommunikationsdienst WhatsApp und zunehmend auch verschlüsselte Kommunikationswege.

Historie und Strukturentwicklung

Personenpotenzial geht nach erneutem Verbot deutlich zurück

Die Anzahl der NEONATIONALSOZIALISTEN im Freistaat Sachsen stieg bis zum Jahr 2011 stetig an und stagnierte 2012 auf hohem Niveau. Dagegen war im Jahr 2013 bereits ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Im Jahr 2014 ging das neonationalsozialistische Personenpotenzial um 120 Personen und damit um über 12 % zurück.

Anzahl der NEONATIONALSOZIALISTEN im Freistaat Sachsen



Nach zahlreichen bundesweiten Verboten von neonationalsozialistischen Gruppierungen in den Jahren 2012 bis 2014 setzte sich im Jahr 2014 im Freistaat Sachsen der Trend zum Wechsel von NEONATIONALSOZIALISTEN zu Parteistrukturen verstärkt fort. Diese wurden zum einen als Auffangbecken für Mitglieder verbotener Gruppierungen genutzt und boten so etwa ehemaligen Mitgliedern der NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ einen Schutzschirm für ihre weitere rechtsextremistische Betätigung. Zum anderen wichen die Mitglieder neonationalsozialistischer Gruppierungen „vorbeugend“ in rechtsextremistische Parteien aus, so in die NPD-Jugendorganisation JN und in die Partei III. WEG. Dort suchten sie auch den Schutz des Parteienprivilegs.

Bemerkenswert ist, dass die NPD, die sich ja selbst mit einem Verbotungsverfahren konfrontiert sieht, sich hinsichtlich der Aufnahme von Aktivisten verbotener neonationalsozialistischer Organisationen nicht ablehnend äußerte.

Diese Rechtsextremisten werden zahlenmäßig nun bei ihren neuen Parteistrukturen erfasst. Sie sind jedoch nach wie vor ideologisch stark gefestigt und trotz Verbotsdrucks nicht bereit, ihre Ziele aufzugeben und sich in ein bürgerliches Leben zurückzuziehen. Vielmehr bringen sie ihr Know-How, ihren Aktionismus, ihre Ideologie und vor allem ihre überregionale Vernetzung in die aufnehmenden Parteistrukturen ein. Die von den NEONATIONALSOZIALISTEN ausgehenden Gefahren bestehen daher unvermindert fort.

Die neonationalsozialistischen Gruppierungen, die sich nicht Parteistrukturen zugewendet haben, zogen sich weitestgehend aus dem öffentlichen Raum zurück. Lediglich vereinzelte

Gruppierungen trugen Erkennungszeichen oder traten unter eigenem Namen auf. So trugen Mitglieder der NATIONALEN SOZIALISTEN HOYERSWERDA zu verschiedenen Anlässen Gürteltaschen mit dem Aufdruck „NS-HOY“.



Quelle: <https://www.facebook.com>
(Stand: 10. Dezember 2014)

Aufgrund von Verbindungen sächsischer NEONATIONALSOZIALISTEN nach Thüringen beteiligten sich Mitglieder der WEISSE WÖLFE TERRORCREW (WWT), Sektion Thüringen, mit einem eigenen Transparent an der Abschlussdemonstration der Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“ am 7. Juni 2014 in Dresden. Offenbar infolgedessen bildete sich auch eine Sektion Sachsen der WWT.⁹⁶



Quelle: LfV Sachsen

⁹⁶ Zur WWT siehe auch Beitrag „Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen“, „Landkreis Zwickau“

Beide Gruppierungen haben jedoch weder die ideologische noch die intellektuelle Meinungsführerschaft in der neonationalsozialistischen Szene im Freistaat Sachsen inne. Anders als die meisten anderen NEONATIONALSOZIALISTEN traten sie mit ihren Eigennamen offensiv an die Öffentlichkeit.

Strukturen

Eine vereinsartige Organisationsstruktur einer Kameradschaft, verbunden mit Mitgliederliste, Kassenbuch sowie einzelnen Eintragungen ins Vereinsregister, hatte sich nach erfolgten Vereinsverboten bereits seit Mitte der 2000er Jahre als Auslaufmodell für die NEONATIONALSOZIALISTEN erwiesen.

Der Begriff Kameradschaft wurde seither überwiegend gemieden, stattdessen wurden bevorzugt wechselnde Begriffe, wie FREIE KRÄFTE, NATIONALER WIDERSTAND, NATIONALE SOZIALISTEN oder aber Eigennamen wie z. B. REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND (RNJ), gewählt, die oft einen auf einen Ort bzw. eine Region hinweisenden Namenszusatz hatten.

Spätestens seit den Verboten der NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN⁹⁷ und der NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ⁹⁸ ist der Szene bewusst geworden, dass auch die aus ihrer Sicht vorsichtige Namenswahl unter Vermeidung des Begriffes „Kameradschaft“ nicht vor einem Verbot schützt. Deshalb wurden in der Folgezeit zumindest nach außen kaum noch Selbstbezeichnungen verwendet.

Trotz des taktisch bedingten Verzichtes auf Gruppenbezeichnungen waren NEONATIONALSOZIALISTEN auch im Berichtsjahr überwiegend

in auf Dauer angelegten Gruppen organisiert. Diese Gruppen hatten in der Regel eine Führungsperson, einen relativ stabilen Mitgliederstamm und agierten vordergründig regional begrenzt. Die Führungspersonen unterlagen einer geringen Fluktuation und waren überwiegend langjährige ideologisch gefestigte Szeneangehörige, die ein Vertrauensverhältnis zueinander aufgebaut hatten. Sie waren dadurch überregional hervorragend vernetzt und es bestand eine überregionale Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit im Freistaat Sachsen sowie in den angrenzenden Bundesländern, aber auch im gesamten Bundesgebiet.

Im Gegensatz zu den subkulturell geprägten Rechtsextremisten legten NEONATIONALSOZIALISTEN ein erhöhtes Augenmerk auf eigene politische Aktionen. Sie trafen sich regelmäßig zu politischen Schulungen bzw. zur Planung politischer Aktivitäten oder nahmen an überregionalen rechtsextremistischen Veranstaltungen teil, so beispielsweise an den durch die neuen Kampagnen organisierten Kundgebungen oder an den jährlich wiederkehrenden öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen anlässlich historischer Daten, wie z. B. der Bombardierung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg, die durch die örtlichen neonationalsozialistischen Szenen organisiert werden.⁹⁹

Ideologie/Politische Zielsetzung der NEONATIONALSOZIALISTEN

Die NEONATIONALSOZIALISTEN dominieren das rechtsextremistische Spektrum außerhalb des Parteienbereichs. Sie unterscheiden sich vom fast ebenso stark vertretenen Potenzial

⁹⁷ Verbot am 18. Februar 2013

⁹⁸ Verbot am 28. März 2014

⁹⁹ Z. B.: 13. Februar Dresden, 5. März Chemnitz

der subkulturell geprägten Rechtsextremisten durch ihren Organisationsgrad, ihre Organisationsfähigkeit sowie das Bestreben, ihre Ideologie kontinuierlich zu verbreiten. Im Vordergrund stehen politische Aktivitäten sowie die Organisation von rechtsextremistischen Demonstrationen oder Propagandaaktionen, aber auch die interne ideologische Schulung der eigenen Mitglieder.

Sie orientieren sich ideologisch an einem totalitären, nationalistischen und rassistischen Führerstaat mit einer Einheitspartei nach dem Vorbild der NSDAP. Sie streben eine Staatsform an, die im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung auf einer rassistisch definierten „Volksgemeinschaft“ basieren soll. Nach dem Verständnis der historischen Nationalsozialisten mussten die Angehörigen dieser „Volksgemeinschaft“ dabei der „arischen Rasse“ angehören und sich zur Weltanschauung des Nationalsozialismus bekennen. Die Begriffe „Staat“ und „Staatsgebiet“ wurden durch „Volk“ und „Lebensraum“ ersetzt, wobei mit „Lebensraum“ das Territorium des ethnisch definierten Volkes gemeint war.

Der Begriff der „Volksgemeinschaft“ ist bei den heutigen NEONATIONALSOZIALISTEN mit einem biologistischen Weltbild verbunden, das fremde Kulturen und damit auch Menschen mit Migrationshintergrund ausschließt.

Dementsprechend heißt es bei den NEONATIONALSOZIALISTEN:

„Wir begrüßen die Vielfalt, die Vielfalt der Völker. Jedes Volk besitzt seinen angestammten

Lebensraum, in welchem es sich entfalten kann. Diese souveränen Nationalstaaten begrüßen wir. Nicht die Weltenbürger der Plutokratie, die die Völker vermischen, um zu vermeiden, dass sich das eigene Volk gegen diesen menschenverachtenden Kapitalismus wehren kann.“¹⁰⁰

Neonationalsozialistische Bestrebungen wählen insbesondere die Person Adolf Hitlers zum Vorbild, orientieren sich aber auch an antikapitalistischen und sozialrevolutionären Gedanken. Deutlich wurde dies z. B. in einer Rede, die ein führendes Mitglied der verbotenen NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ anlässlich einer Demonstration am 11. September 2013 in Chemnitz hielt, wo auf die Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 positiv Bezug genommen wurde:

„Wir stehen heute hier an diesem Platz, um ihnen, den Bürgern der Stadt Chemnitz zu zeigen, daß es nicht notwendig ist ein sogenannter ewig gestriger Deutscher zu sein, um sein Land über alle Maßen zu lieben und sich sein Oberhaupt selbst rauszusuchen und zu verehren. Dieses Recht hat jedes Land der Erde in freier Selbstbestimmung, so wie wir es vor genau 80 Jahren auch schon hatten (...).“¹⁰¹

Die „deutsche Rasse“ sehen NEONATIONALSOZIALISTEN als Elite, alle andersartigen Menschen werden als minderwertig diffamiert.

„Das deutsche Volk selbst ist ein Konglomerat aus unterschiedlichen, aber miteinander verwandten Rassen, von denen jedoch alle zum europäischen Lebensraum und zur übergeordneten weißen Großrasse gehören.“¹⁰²

¹⁰⁰ Facebook-Profil „Generation Widerstand – Eine Jugend wehrt sich!“ (Stand: 26. Dezember 2013)

¹⁰¹ www.facebook.com/RausInDieZukunft (Stand: 15. September 2013), Schreibweise wie im Original

¹⁰² „Nationaler Sozialismus als Identitäre Weltanschauung“: <http://ab-leipzig.com> (Stand: 23. Oktober 2012)

„Für uns als Europäer wird zweifelsohne die Fähigkeit zur geistigen Kulturschöpfung, zum Ackerbau und zur Lagerwirtschaft, zur wissenschaftlichen Untersuchung und zum technischen Fortschritt von einer höheren Bewertung zeugen als die Fähigkeit zur Antilopenjagd mit Holzspeeren, zum mehrstimmigen Gesang und zur Schmerzresistenz bei für uns obskuren Selbstverstümmelungsbräuchen (...).“¹⁰³

„Wenn wir nun als politisch motivierte Kämpfer im 21. Jahrhundert vor der Tatsache stehen, dass unser Volk innerhalb von nur wenigen Generationen durch Massenzuwanderung und Rassenvermischung, durch Negativauslese und Verdummung sowie durch körperliche und seelische Degeneration in seinem Bestand als über lange Zeiträume hinweg gewachsene organische Gemeinschaft bedroht ist (...).“¹⁰⁴

Dementsprechend ist ein ethnisch homogener Staat Ziel neonationalsozialistischer Aktivitäten.

„Die Machthaber in der BRD versuchen den Begriff ‚Volk‘ bewusst umzudeuten. Denn wenn man nämlich durch die Staatsangehörigkeit auch automatisch Volksangehöriger wird, ist das Problem ‚Volkstod‘ für sie gelöst, solange nur Zuwanderer kommen und die möglichst viele Kinder haben.“¹⁰⁵

„Wir sind bereit, für die Zukunft unseres Volkes in den Kampf zu ziehen. Für ein Volk, das in seiner Gutmütigkeit ausgenutzt wurde, nun selbst am Abgrund steht und ums Überleben kämpft. Für ein Volk, dass in seinem Leben, seiner Würde

und seiner Kultur eingeschränkt wird, um anderen das Leben zu vereinfachen und ihnen damit den roten Teppich auszurollen. Es wird Zeit, dass der Wind sich dreht und das deutsche Volk in seinen Wurzeln Beachtung findet.“¹⁰⁶

Militanz – Gewaltbereitschaft

Angehörige der Szene haben häufig eine starke Affinität zu Waffen und Sprengstoffen. Bei Hausdurchsuchungen, die die Polizei im Rahmen von Ermittlungsverfahren bei NEONATIONALSOZIALISTEN durchführte, wurden immer wieder Waffen gefunden.

NEONATIONALSOZIALISTEN verzichten jedoch vor allem aus taktischen Gründen auf öffentliche Aufrufe zu Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Doch schon durch die Anlehnung an die NS-Ideologie finden sich in ihrem Weltbild Einstellungsmuster, die eine Neigung zur Gewaltanwendung und -befürwortung belegen.

„Die Geburt, mit der das Leben beginnt, und der Tod, der es endet, sind Kampf, wie auch das Leben, dass zwischen ihnen liegt, nur ein einziges Ringen des Menschen mit sich und der Umwelt ist. Diesen Kampf führt der Mensch nicht für sich alleine, sondern auch für seine Familie, seine Sippe und sein Volk, um diese zu schützen und zu erhalten. Für den nordischen Mann wird der Kampf so zur Pflicht und zur Ehre.“¹⁰⁷

„Nie ist es ganz undeutscher Haß oder gierige Neid gewesen, die ihn die Waffen haben ergreifen lassen, immer hat der Deutsche nur

¹⁰³ „Nationaler Sozialismus als Identitäre Weltanschauung“: <http://ab-leipzig.com> (Stand: 23. Oktober 2012)

¹⁰⁴ „Nationaler Sozialismus als Identitäre Weltanschauung“: <http://ab-leipzig.com> (Stand: 23. Oktober 2012)

¹⁰⁵ „Die Demokraten und der ‚Volksbegriff!‘“: www.pinselstriche.org. (Stand: 19. September 2012)

¹⁰⁶ Facebook-Profil „Generation Widerstand – Eine Jugend wehrt sich!“ (Stand: 26. Dezember 2013)

¹⁰⁷ „Leben heißt auch kämpfen!“, www.pinselstriche.org (Stand: 20. August 2012)

zur Verteidigung des Vaterlandes, seiner Freiheit, seiner Ehre und seines Glaubens die ihm aufgezwungenen Kriege durchgeführt und als Sieger ist er in seiner ritterlichen Großmütigkeit fast stets um die Früchte seines Sieges betrogen worden.

Es gibt kein eindrucksvolleres Bild hierfür als den Umfang der Grenzen Deutschlands um das Jahr 1000 und um das Jahr 1937. All diese Kämpfe haben unzählige Blutsopfer, und zwar gerade der wertvollsten, besonders kämpferisch eingestellte Männer gefordert.¹⁰⁸

Entsprechend populär ist Kampfsport in der neonationalsozialistischen Szene. NEONATIONALSOZIALISTEN trainieren und beteiligen sich an Kampfsportturnieren sowohl als Zuschauer als auch als Sportler. In der Eröffnungsrede zu einem Kampfsportturnier im Jahr 2010 hieß es:

„Der Kampf, den wir führen, der uns prägt, der unser Leben schon seit Jahren bestimmt und bis ans Ende bestimmen wird, ist kein Kampf gegen einzelne Personen. Kein Kampf gegen einzelne Missstände, kein Kampf für Anpassungen oder Reformen. Es ist der Kampf um das Ganze, der Kampf gegen Willkür und gegen Unterdrückung. Der Kampf gegen Heuchelei, Materialismus und Dekadenz. Es ist der Kampf des Idealismus gegen den Materialismus. Der Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung, der Kampf um unsere Zukunft. Der Kampf um die Existenz eines Volkes. Was sich heute noch abstrakt anhören mag, wird in nicht allzu ferner Zukunft ein Gesicht bekommen.“¹⁰⁹

Dieses Zitat verdeutlicht, dass es den NEONATIONALSOZIALISTEN um mehr ging, als nur um Körperertüchtigung und gegenseitiges Kräftemessen. Vielmehr sollte Einigkeit im Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung, die in der sogenannten „Volksgemeinschaft“ besteht, demonstriert werden und zur Durchsetzung ideologischer Ziele auch persönlicher Einsatz erfolgen. In der Volksgemeinschaft haben Schwäche und Krankheit keinen Platz. Vielmehr spielen die Förderung und Erhaltung von Gesundheit und Leistungsfähigkeit eine tragende Rolle für das Ideal des politischen Soldaten nach dem Vorbild der Waffen-SS.

Am 26. Oktober 2014 fand in Hessen ein solches Kampfsportturnier statt, welches als geschlossene Veranstaltung von Rechtsextremisten für Rechtsextremisten ausgetragen wurde.



Quelle: www.ring-der-nibelungen.de
(Stand: 9. Dezember 2014)

Die extremistische Intention der Veranstalter wurde durch folgende Verlautbarung deutlich:

¹⁰⁸ „Leben heißt auch kämpfen!“, www.pinselstriche.org (Stand: 20. August 2012), Schreibweise wie im Original

¹⁰⁹ Ursprünglich veröffentlicht auf der Internetseite SPREELICHTER, Beitrag: „Leben heißt Kampf“ – „Audiomitschnitt der Eröffnung des diesjährigen Kampfsportturniers des Widerstandes“ am 27. November 2010 im Großraum Dresden; Erneut veröffentlicht auf www.pinselstriche.org als Einleitung zum Beitrag „Leben heißt auch kämpfen!“ (Stand: 20. August 2012)

„Der Ring der Nibelungen ist eine Kampfsportveranstaltung unter der Organisation und Beteiligung von jungen Deutschen, welche die Hingabe und die Begeisterung für „ihren“ Sport eint und welche sich nicht unter das Joch des vorherrschenden Mainstreams stellen wollen.

Während bei den meisten „Fight Nights“ im bundesweiten Raum die Teilnahme des jeweiligen Sportlers allzu oft mit dem abverlangten Bekenntnis zur freien demokratischen Grundordnung steht oder fällt, will der Ring der Nibelungen den Sport nicht als Teil eines faulenden politischen Systems verstehen, sondern diesen als fundamentales Element einer Alternative zu eben jenem etablieren und in die Breite tragen.

Kampfsport bedeutet für uns, sich in letzter Konsequenz gegen andere, in erster Linie allerdings gegen sich selbst zu messen, Vertrauen in die eigene Stärke und die eigenen Fähigkeiten zu erlangen, die jedem innewohnende Trägheit zu überwinden und Bequemlichkeit durch Enthusiasmus und Ehrgeiz zu ersetzen. Kampfsport, mit dem notwendigen Ernst betrieben, heißt sich selbst kennen und die Grenzen der eigenen Belastbarkeit erreichen zu lernen. Umso mehr sehen wir den Schlüssel zum Erfolg und zur Erreichung der persönlichen Zielsetzung – egal ob im sportlichen, politischen oder persönlichem Sinne – in den Faktoren Wille, Disziplin und Fleiß.

Wir sind der Überzeugung, dass unsere Leidenschaft zum Sport fest zusammenstehende Gemeinschaften formt, welche in der Tiefe ihrer Bindung in der von Materialismus und grenzenloser, individueller Selbstverwirklichung bestimmten demokratischen Gesellschaften selten zu finden sind.

Der Ring der Nibelungen will daher allen Sportlern und Sport-Anhängern, die sich nach einer Alternative zum vorherrschenden ehr- und wertelosen Zeitgeist sehnen, eine Bühne bieten. Beteiligt euch, besucht unsere Veranstaltungen oder tretet selber aktiv an, kommt mit anderen Sportlern in Kontakt und animiert über euer Vorbild andere dazu, dem System der Versager, der Heuchler und der Schwächlinge den Rücken zu kehren.“¹¹⁰

Szeneinterne Betreuung von inhaftierten Rechtsextremisten

Nach dem Verbot der HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE UND POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e.V. (HNG) im Jahr 2011 trat ab dem Jahr 2012 die „GefangenenHilfe“ als Organisation für die Betreuung inhaftierter Rechtsextremisten in Erscheinung. Eigenangaben zufolge handelt es sich bei der „GefangenenHilfe“ um einen in Schweden eingetragenen Verein, der vor allem in der Bundesrepublik Deutschland darauf abzielt, „inhaftierte Freunde“ durch Spendensammlungen zu unterstützen. Zu ihren Aufgaben zählt die „GefangenenHilfe“ die Berichterstattung über staatliches Vorgehen, die Vermittlung von Anwälten und die Korrespondenz mit Inhaftierten, u. a. auch mit Inhaftierten in sächsischen Justizvollzugsanstalten.



<http://gefangenenhilfe.info> (Stand: 9. September 2014).

Im Berichtsjahr war die „GefangenenHilfe“ bestrebt, ihre Bekanntheit in der bundesweiten rechtsextremistischen Szene zu steigern.

¹¹⁰ www.ring-der-nibelungen.de. (Stand: 9. Dezember 2014)

Anders als vormals die HNG nutzt sie dafür das Internet intensiv als Kommunikations- und Informationsplattform. Ihre Zielrichtung und Aktivitäten stellte die „GefangenenHilfe“ zudem mit Informationsständen bei größeren Szeveranstaltungen, wie dem „Eichsfeldtag“ am 17. Mai in Leinefelde (Thüringen) sowie bei

mehreren nicht öffentlichen Veranstaltungen vor. Unterstützt wird sie dabei von rechtsextremistischen Liedermachern, wie FYLGIEN aus Berlin und BARNY aus Chemnitz. In Sachsen führte die „GefangenenHilfe“ am 23. Mai in Leipzig eine Veranstaltung zur Thematik „Politische Gefangene in der BRD“ durch.

1.7 Subkulturell geprägte Rechtsextremisten

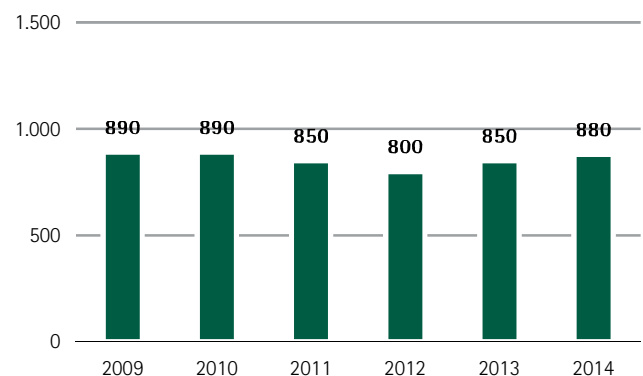
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten zählen zur parteiungebundenen rechtsextremistischen Szene. Diese zeichnet sich durch eine erhöhte Gewaltbereitschaft aus und ist dementsprechend auch für einen erheblichen Teil der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten verantwortlich.

Die subkulturell geprägten Rechtsextremisten haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten – nicht nur in optischer Hinsicht – verändert. Während Angehörige dieser Szene Anfang der 1990er Jahre im Straßenbild überwiegend als Glatzköpfe mit Bomberjacken und Springerstiefeln auftraten, sind Personen mit diesen Merkmalen heute nur noch in Einzelfällen zu finden. Auch der Anteil der (klassischen) Skinheads ist zurückgegangen. Vielmehr wandelte sich das äußere Erscheinungsbild, es gleicht dem „normaler Jugendlicher“. Basecaps, sportlich-moderne Kleidung in zeitgemäßer Gestaltung und Turnschuhe sind ebenso zu finden wie Kapuzenshirts oder Kleidung diverser Sportmarken. Damit schwindet aber auch die Erkennbarkeit dieser Szene in der Öffentlichkeit. Die Szenezugehörigkeit ist nur noch anhand spezieller Merkmale, wie Aufdrucken von Bandnamen auf den T-Shirts oder von Rechtsextremisten bevorzugt getragener

Kleidermarken, wie ANSGAR ARYAN, ersichtlich.

Das Personenpotenzial der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene ist im Jahr 2014 leicht auf ca. 880 Personen (2013: ca. 850) angewachsen und bewegt sich damit seit Jahren in einer Größenordnung zwischen 800 und 900 Personen.

Personenpotenzial der subkulturellen rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen



Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szenen existieren gleichmäßig auf den Freistaat Sachsen verteilt und sind nur selten in einer festen Struktur organisiert, wie z. B. in der TERROR CREW MULDENTAL (Landkreis Leipzig) oder im NATIONALEN JUGENDBLOCK e.V. (NJB/Zittau). In

ihrer von rassistischen und antisemitischen Positionen geprägten Weltbild finden sich auch neonationalsozialistische Elemente, vor allem bei den HAMMERSKINS. Allerdings sind sie in der Regel ideologisch wenig gefestigt und politisch zu großen Teilen nicht initiativ.

Ein weiterer Teil der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene besteht aus den Veranstaltern, Besuchern sowie den rechtsextremistischen Bands und Produzenten bzw. Vertreibern rechtsextremistischer Musik oder anderer Artikel. Der Ideologierungsgrad ist unterschiedlich ausgeprägt; die Bereitschaft zur selbständigen politischen Arbeit besteht jedoch auch hier nur in wenigen Einzelfällen.

Seit 2008 versuchen das rechtsextremistische Vertriebsunternehmen OPOS-RECORDS und weitere Aktivisten der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Musik- und Vertriebszene eine gemeinsame szeneeigene Plattform zu installieren. Die Initiatoren gaben sich den Namen „One Family“ (Eine Familie). Mit dieser Plattform soll der Zusammenhalt in der Szene gefördert und gelebt werden. OPOS-RECORDS fungiert dabei als Dreh- und Angelpunkt. Zunächst produzierte dieses Vertriebsunternehmen gemeinsam mit Bands, die vertragliche Bindungen zu OPOS-RECORDS aufweisen, die sogenannten „One Family“-Sampler. In einem zweiten Schritt kooperierte OPOS-RECORDS von 2009 bis 2010 mit dem ehemaligen rechtsextremistischen Vertrieb HATE-FRONT aus Leipzig. Die beiden Firmen entwarfen unter der Bezeichnung „One Family Records“ T-Shirts für Szene-Angehörige. Später traten weitere Bands, welche zu OPOS-RECORDS vertragliche Beziehungen pflegten, der „One Family“ bei. Durch die aktive Internetpräsenz von OPOS-RECORDS und dem daraus resultierenden Bekanntheitsgrad wurde der „One Family“-Gedanke weit über

die Grenzen Sachsens hinaus getragen. Die Philosophie der „One Family“ führte zu einer europaweiten Vernetzung von rechtsextremistischen Bands und Firmen, die die Szene mit Produkten bedienen. Zuletzt wurden unter dem Logo der „One Family“ hauptsächlich szenespezifische Textilien und Tonträger produziert.



Der Zusammenhalt und der – auch durch die Namensgebung betonte – Gemeinschaftsgedanke wurden besonders deutlich, als im Jahr 2014 mehrere Protagonisten der „One Family“ im Internet zu Spenden für zwei verurteilte Personen aus dem Umfeld der rechtsextremistischen Musikgruppe TERRORSPHÄRA (Österreich) aufriefen. Diese Personen waren zu mehrjährigen Haftstrafen und zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden. OPOS-RECORDS spendete 1.000 Euro aus Verkäufen. Ein Musiker der Band ÜBERZEUGUNGSTÄTER (MV) stellte eine seiner Gitarren für eine Versteigerung zugunsten der Spendenaktion zur Verfügung. Nach Ende der Aktion bedankte sich die Band TERRORSPHÄRA via Internet in Deutschland, in der Tschechischen Republik und in Schweden für die Unterstützung.

Außerdem fand am 4. Oktober 2014 in Kirchheim (Thüringen) ein Solidaritätskonzert statt, welches von „One Family“ organisiert worden war. Es traten mehrere namhafte Szenebands auf.

Damit haben die Rechtsextremisten im Umfeld von OPOS-RECORDS eine Art Unterstützungsnetz für die Mitglieder der „One Family“ und darüber hinaus geschaffen. Diese Art der

Zusammenarbeit ist ein Novum im Bereich der subkulturellen rechtsextremistischen Szene und zeigt deren länderübergreifende Vernetzung.

HAMMERSKINS

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Gründung:	1987 in den USA, Anfang der 1990er Jahre in Deutschland, 1993 im Freistaat Sachsen
Sitz:	–
Mitglieder 2014:	einzelne
Mitglieder 2013:	einzelne
Vorsitz:	–
Teil-, Nebenorganisationen:	Landesebene: „Division“, Regionale Gliederung: „Chapter“
Publikation:	keine
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Die Hammerskins haben ihren Ursprung in den USA. Trotz vielerlei ideologischer Bezüge zum Neonationalsozialismus werden sie wegen ihrer Verbindungen zur rechtsextremistischen Musikszene den subkulturell geprägten Rechtsextremisten zugeordnet. Seit Anfang der 1990er Jahre sind Strukturen in Europa und Deutschland bekannt. 1993 wurde ein HAMMERSKIN-Chapter von Sachsen aus aufgebaut. Seit der Inhaftierung des führenden Aktivisten des Chapters Sachsen 2001 sind die Aktivitäten

der sächsischen HAMMERSKINS stark zurückgegangen. In den letzten Jahren gingen keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten von sächsischen HAMMERSKINS in Sachsen aus.

Das LfV Sachsen rechnet einer HAMMERSKIN-Gruppierung aus dem Raum Westsachsen weniger als zehn Personen zu. Sie besitzt in der sächsischen rechtsextremistischen Szene nur untergeordnete Bedeutung. Öffentliche Aktivitäten wurden im Jahr 2014 nicht bekannt.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Die sich als elitär verstehende Vereinigung ist rassistisch und z.T. neonationalsozialistisch ausgerichtet. Sie verfolgt das Ziel, weltweit alle „weißen, nationalen“ Kräfte in einer ideellen, rassistisch „reinen“ Gemeinschaft – der so genannten HAMMERSKIN-Nation – zu vereinen. Das Symbol der HAMMERSKINS zeigt zwei gekreuzte Hämmer, die Kraft und Stärke des „weißen Arbeiters“ verdeutlichen sollen.

In dem Bemühen, ein weltweites Netz der HAMMERSKINS aufzubauen, ist die Organisation darauf bedacht, nur „geeignete“ Skinheads in die Bewegung aufzunehmen. Zu den Aufnahmebedingungen der HAMMERSKINS zählen beispielsweise absolute Drogenabstinenz, Kameradschaftlichkeit und vor allem Zugehörigkeit zur „reinen, weißen Rasse“. In einem Mitte der 1990er Jahre erschienenen Bericht in einem so genannten Fanzine hieß es dazu programmatisch:

„Aber nicht jeder kann HAMMERSKIN werden. Hierfür bedarf es einer Reihe an Proben und Bedingungen. Aber wer einmal zu dieser verschworenen Bruderschaft dazugehört, der kann verdammt stolz auf sich sein. Es ist wirklich nicht einfach HAMMERSKIN zu werden. (...) Die HAMMERSKINS sind eine Gemeinschaft der Elite.“

(...) Über die politischen Zielsetzungen der HAMMERSKINS brauche ich wohl nicht viel zu sagen, denn das dürfte wohl klar sein, außerdem will ich nicht das Dein Heft auf dem Index landet.“¹¹¹

Ein damals führendes Mitglied der sächsischen HAMMERSKIN-Szene äußerte sich kurz nach der Jahrtausendwende in einer Skinhead-Publikation auf die Frage, „Was bedeutet es für dich, ‚Hammer‘ Skin zu sein (...)?“, wie folgt:

„HS bedeutet für mich persönlich Bruderschaft und zu einer verschworenen Gemeinde elitärer NS¹¹² zu gehören, die bereit sind durch Taten etwas zu verändern. Es ist für mich der höchste Ausdruck einer Gemeinschaft und des Kampfes für unsere R...e. HS vereint weiße Nationen und baut eine eigene Nation aller!“¹¹³

Das elitäre Selbstverständnis der HAMMERSKINS stößt in der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene jedoch weitgehend auf Ablehnung.

Allgemeine Aktivitäten

Seit ihrer Gründung im Jahr 1993 nahmen die sächsischen Mitglieder der HAMMERSKINS regelmäßig an Veranstaltungen der HAMMERSKINS im In- und Ausland teil. Sie organisierten aber auch eigene Veranstaltungen in Sachsen, darunter mehrere Konzerte. Des Weiteren erschienen acht Ausgaben des rechtsextremistischen Skinhead-Fanzines HASS ATTACKE, welches als „the only official GermanHammerskinZine“ und als „offizielle[s] Blatt der Saxon¹¹⁴ Hammerskins“ bezeichnet wurde. Zeitweise betrieben sächsische HAMMERSKINS auch eine eigene Homepage.

1.8 Rechtsextremistische Musikszenen und Konzerte

1.8.1 Rechtsextremistische Musikgruppen bzw. Bandprojekte und Liedermacher

Im Jahr 2014 waren 22¹¹⁵ sächsische rechtsextremistische Musikgruppen und Bandprojekte sowie drei rechtsextremistische Liedermacher aktiv. Diese Interpreten traten bei rechtsextremistischen Musikveranstaltungen auf und/oder

gaben eigene Tonträger oder gemeinsam mit anderen Bands produzierte Sampler heraus.

Somit ist eine leichte Zunahme der Anzahl der in der Musikszenen aktiven Strukturen zu

¹¹¹ STORMFRONT Nr. 4, 1997, Schreibweise wie im Original

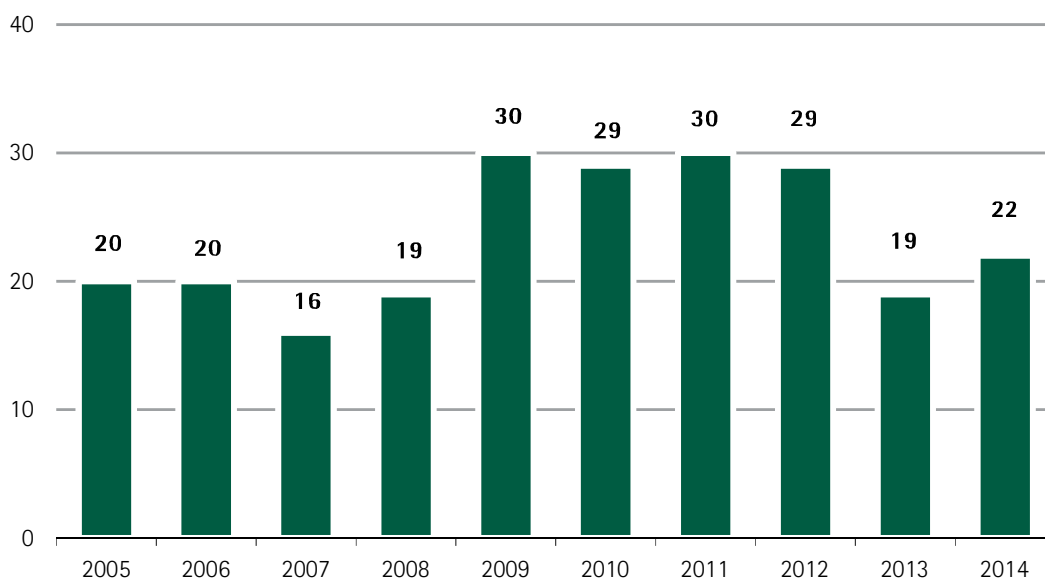
¹¹² Gemeint sind vermutlich Neo- bzw. Nationalsozialisten.

¹¹³ DER BEWÄHRUNGSHelfER Nr. 5, S. 40; „R...e“ steht vermutlich für das Wort „Rasse“.

¹¹⁴ Deutsch: sächsisch

¹¹⁵ Einschließlich der thüringisch-sächsischen Mischbands BRAINWASH und MOSHPIT

Anzahl der rechtsextremistischen Bands bzw. Bandprojekte und Liedermacher im Freistaat Sachsen



Bands und Liedermacher in der Einzelübersicht¹¹⁶

BARNY

Typ:	Liedermacher
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Chemnitz
aktiv seit:	2005
Veröffentlichungen in 2014:	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

BLUTZEUGEN

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	2011
Veröffentlichungen in 2014:	CD „Völkisch Orthodox“ bei OPOS-RECORDS
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

¹¹⁶ Musikgruppen mit offen verwertbaren Erkenntnissen zu Aktivitäten im Jahr 2014.

BRAINWASH

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden/Thüringen
aktiv seit:	2001
Veröffentlichungen in 2014:	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

ENDLESS STRUGGLE

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	2001
Veröffentlichungen in 2014:	CD „Is the last Choice“ bei OPOS-RECORDS
Bemerkungen:	keine

FREILICHFREI

Typ:	Liedermacher
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Zwickau
aktiv seit:	2014
Veröffentlichungen in 2014:	CD „Ehrbarer Kämpfer“ bei OLDSCHOOL-RECORDS
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

HEILIGES REICH

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Raum Chemnitz/Flöha
aktiv seit:	2013
Veröffentlichungen in 2014:	Die Band beteiligte sich mit einem Beitrag am sogenannten „TddZ-Sampler“.
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

HEILIGER KRIEG

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Sachsen/Baden-Württemberg
aktiv seit:	2000
Veröffentlichungen in 2014:	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

HOPE FOR THE WEAK

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	2005
Veröffentlichungen in 2014:	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

MOSH PIT

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Thüringen/Sachsen
aktiv seit:	2001
Veröffentlichungen in 2014:	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

PIATTMAR

Typ:	Liedermacher
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Döbeln
aktiv seit:	2013
Veröffentlichungen in 2014:	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

OHNE WORTE

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Zwickau
aktiv seit:	2009
Veröffentlichungen in 2014:	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

PRIORITÄT 18

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	2008
Veröffentlichungen in 2014:	SACHSONIA brachte 2014 gemeinsam mit PRIORITÄT 18 eine Split-CD ¹¹⁷ heraus. Überdies beteiligte sich die Band mit einem Titel am sogenannten „TddZ-Sampler“.
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

PARANOID

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Erzgebirge (Schneeberg)
aktiv seit:	2009
Veröffentlichungen in 2014:	Beteiligung an der CD „Punkrock Konservativ“ bei OLDSCHOOL-RECORDS
Bemerkungen:	keine

¹¹⁷ Als „Split“ bezeichnet man Musikveröffentlichungen, bei denen auf einem Tonträger zwei Interpreten mit ihren Stücken zu hören sind.

PRO PATRIA

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Sachsen
aktiv seit:	2013
Veröffentlichungen in 2014:	CD „Punkrock Konservativ“ bei OLDSCHOOL-RECORDS
Bemerkungen:	keine

SACHSENBLUT

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Freiberg
aktiv seit:	2010
Veröffentlichungen in 2014:	Die Band beteiligte sich mit einem Beitrag am sogenannten „TddZ-Sampler“.
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

SACHSONIA

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	1999
Veröffentlichungen in 2014:	Die Band beteiligte sich mit einem Beitrag am sogenannten „TddZ-Sampler“.
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

SARIN

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Raum Muldental
aktiv seit:	2009
Veröffentlichungen in 2014:	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

SELBSTSTELLER

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Riesa
aktiv seit:	2000
Veröffentlichungen in 2014:	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

THEMATIK 25

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Leipzig
aktiv seit:	2008
Veröffentlichungen in 2014:	Einzeltitel „Unbekannter Soldat“ auf Facebook
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

ÜBERZEUGUNGSTÄTER VOGTLAND

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Vogtland
aktiv seit:	2010
Veröffentlichungen in 2014:	Die Band beteiligte sich mit einem Beitrag am sogenannten „TddZ-Sampler“.
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

VERBOTEN

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Erzgebirgskreis
aktiv seit:	2011
Veröffentlichungen in 2014:	Die Band beteiligte sich mit einem Beitrag am so genannten „TddZ-Sampler“.
Bemerkungen:	keine

WHITE RESISTANCE

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Erzgebirgskreis, Landkreis Zwickau
aktiv seit:	2000
Veröffentlichungen in 2014:	Die Band beteiligte sich mit einem Beitrag am so genannten „TddZ-Sampler“.
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2014

1.8.2 Rechtsextremistische Konzerte

Nochmals leichter Rückgang der rechtsextremistischen Konzerte in Sachsen

Im Jahr 2014 wurde dem LfV Sachsen die Durchführung von insgesamt vierzehn rechtsextremistischen Konzerten bekannt. Die Rechtslage sowie die in Einzelfällen konspirative Planung und Durchführung erschwerten

ein behördliches Einschreiten, sodass im Berichtsjahr keine Konzerte aufgelöst oder verhindert wurden.

Dennoch markieren die vierzehn durchgeführten Konzertveranstaltungen den niedrigsten Stand seit mehr als zehn Jahren.

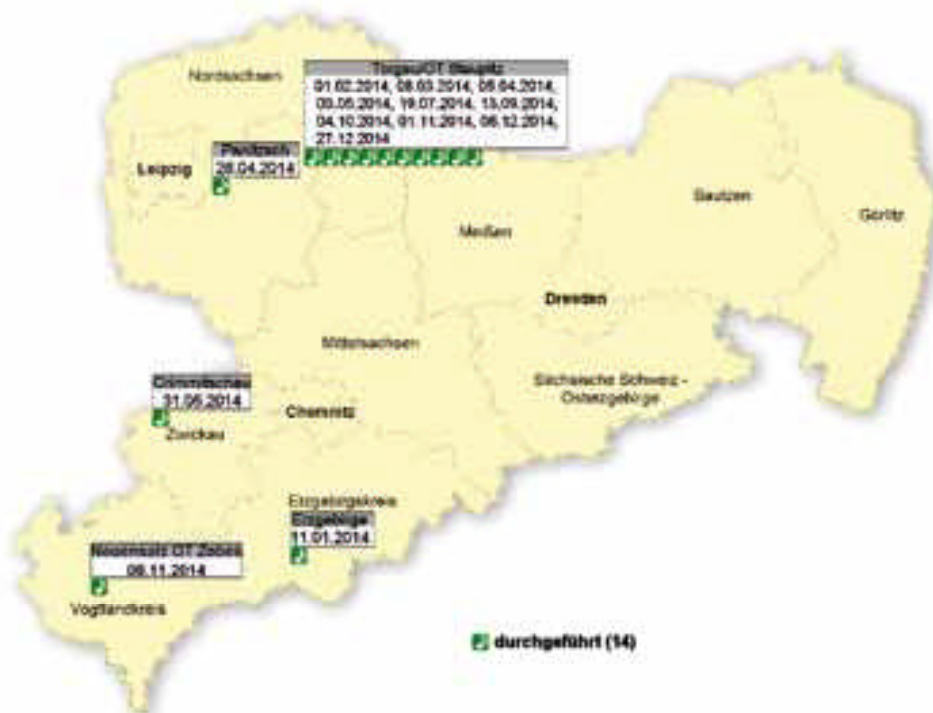
Im Durchschnitt nahmen an den Konzerten im Jahr 2014 rund 210 Personen teil. Dies stellt nach einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von etwa 220 Personen im Jahr 2013 einen leichten Rückgang dar. Die abnehmende Zahl der Konzerte mit weniger werdenden Teilnehmern lässt in einer mittelfristigen Betrachtung auf ein rückläufiges Potenzial der Konzertbesucher schließen.

Die größte rechtsextremistische Musikveranstaltung im Berichtszeitraum fand am 8. November in Neuensalz OT Zobes (Vogtlandkreis) statt. An dem durch die rechtsextremistische Partei DIE RECHTE angemeldeten Konzert nahmen rund 500 Personen teil.

Überdies fanden im Jahresverlauf drei konspirativ organisierte Konzerte im Erzgebirge, in Borsdorf OT Panitzsch (Landkreis Leipzig) und in Crimmitschau (Landkreis Zwickau) statt. Derartige Veranstaltungen weisen im Regelfall eine niedrigere Beteiligung auf, da für solche Konzerte nur eingeschränkt geworben wird.

Eine entscheidende Rolle bei der Durchführung der rechtsextremistischen Konzerte in Sachsen spielen seit Jahren die sogenannten Szene-Objekte. Auch im Jahr 2014 konzentrierte sich das Veranstaltungsgeschehen nahezu ausschließlich auf das bereits seit 2008 einschlägig genutzte Lokal in Torgau OT Staupitz. Allein zehn der 14 durchgeführten Konzerte fanden in diesem Szene-Objekt statt.

Regionale Verteilung rechtsextremistischer Konzerte 2014 in Sachsen



Nr.	Datum	Ort	Konzertbesucher	aufgetretene oder geplante Musikgruppen
1	11.01.2014	Erzgebirge	nicht bekannt	WRB (WHITE REBEL BOYS/BY), ÜBERZEUGUNGSTÄTER VOGTLAND (SN) Bootbois Doblina (nicht bekannt)
2	01.02.2014	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Nordsachsen	ca. 100	angemeldet: MARCH OR DIE (GB) MOTOR OF HATE, STRONGSIDE (ST) ÜBERZEUGUNGSTÄTER VOGTLAND (SN)
3	08.03.2014	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Nordsachsen	ca. 220	FAUSTRECHT (BY) WHITE REBEL BOYS (BY) HELLE & DIE RAC'KER (BB) UNGEBETENE GÄSTE (MV)
4	05.04.2014	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Nordsachsen	ca. 230	CONFIDENT OF VICTORY (BB) STURM UND DRANG (BB) FRONTALKRAFT (BB) HEILIGER KRIEG (SN, BW, TH)
5	26.04.2014	Panitzsch Landkreis Leipzig	80–100	SARIN (SN)
6	03.05.2014	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Nordsachsen	ca. 200	angemeldet: BLACKOUT (GB) LEGION OF THOR (BR) SACHSONIA (SN) BARNY (SN)
7	31.05.2014	Crimmitschau, Schützenplatz 3 Lkr. Zwickau	100–150	Steve (Liedermacher) MARCH OR DIE (GB) SACHSENBLUT (SN) ÜBERZEUGUNGSTÄTER VOGTLAND (SN)
8	19.07.2014	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Nordsachsen	ca. 220	12 GOLDEN YEARS (TH) PATH OF RESISTANCE (MV) BURN DOWN (BB) RADIKAHL (TH)
9	13.09.2014	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Nordsachsen	ca. 200	SELBSTSTELLER (SN) GESTA BELLICA (I) ACCIAIO VINCENTE (I) KOMMANDO SKIN
10	04.10.2014	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Nordsachsen	ca. 240	FIGHT TONIGHT (ST) 2ND CLASS CITIZEN PATH OF RESISTANCE (MV) GREEN ARROWS (I)

Nr.	Datum	Ort	Konzertbesucher	aufgetretene oder geplante Musikgruppen
11	01.11.2014	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Nordsachsen	ca. 220	CoV (BB) HEILIGER KRIEG (SN, BW, TH) PWA (EST) ÜBERZEUGUNGSTÄTER (SN) SNIPER (FIN)
12	08.11.2014	Neuensalz OT Zobes	ca. 500	NAHKAMPF /HB), GRIFFIN (CAN) DIE LUNIKOFF-VERSCHWÖRUNG (B)
13	06.12.2014	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Nordsachsen	ca. 220	ACT OF VIOLENCE (BW) BRUTAL ATTACK (GB) SMART VIOLENCE SACHSENBLUT (SN)
14	27.12.2014	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Nordsachsen	nicht bekannt	WHITE RESISTANCE (SN) TÄTERVOLK (MV) FRONTFEUER (BB) HAUSMANNSKOST.(BB)

Darüber hinaus fanden im Jahr 2014 mindestens zwei rechtsextremistische Liederabende statt. Der Auftritt einzelner Liedermacher, deren Darbietung mit geringer Instrumentierung – zumeist Gitarren – unterstützt wird, ist charakteristisch für solche Veranstaltungen. Die Musik ist überwiegend im Balladenstil gehalten, es wird Wert auf die Verständlichkeit der Texte gelegt. Liederabende weisen zumeist ein geringeres Publikumspotenzial als Konzerte auf.

Das Fehlen weiterer geeigneter Konzertobjekte dürfte ein Grund für den sich fortsetzenden zahlenmäßigen Rückgang der rechtsextremistischen Konzerte in Sachsen gewesen sein. Jedoch waren auch keine Bestrebungen

erkennbar, andere zur Verfügung stehende Objekte, wie etwa in Leipzig oder in Riesa, zur Durchführung entsprechender Veranstaltungen zu nutzen.

Allgemein war eine Zurückhaltung der rechtsextremistischen Szene hinsichtlich der Planung von Musikveranstaltungen zu beobachten. Es wird nur noch selten versucht, konspirative Konzerte durchzuführen.

Die rechtsextremistische Musikszene konzentrierte sich weiterhin auf das Lokal in Torgau OT Staupitz und schöpfte die dort durch behördliche Beschränkungen maximal zulässigen zehn Veranstaltungen pro Jahr aus. Bei den

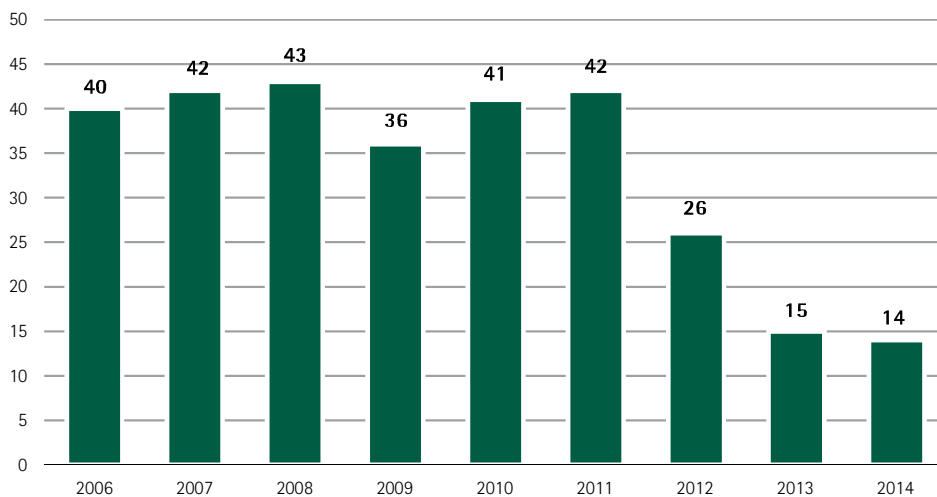
Nr.	Datum	Ort	Konzertbesucher	Liederabend
1	18.11.2014	GroBraun Zittau	80–100	Liederabend mit LUNIKOFF
2	20.12.2014	nicht bekannt	nicht bekannt	Liederabend mit PIATTMAR und FYLGIEN

hier agierenden Konzertveranstaltern handelte es sich in der Regel um langjährige Szene-Aktivisten, die auftretenden Bands waren meist überregional bekannt. Die zehn Konzerte in Staupitz wiesen im Durchschnitt ein Teilnehmerpotenzial von rund 200 Personen auf.

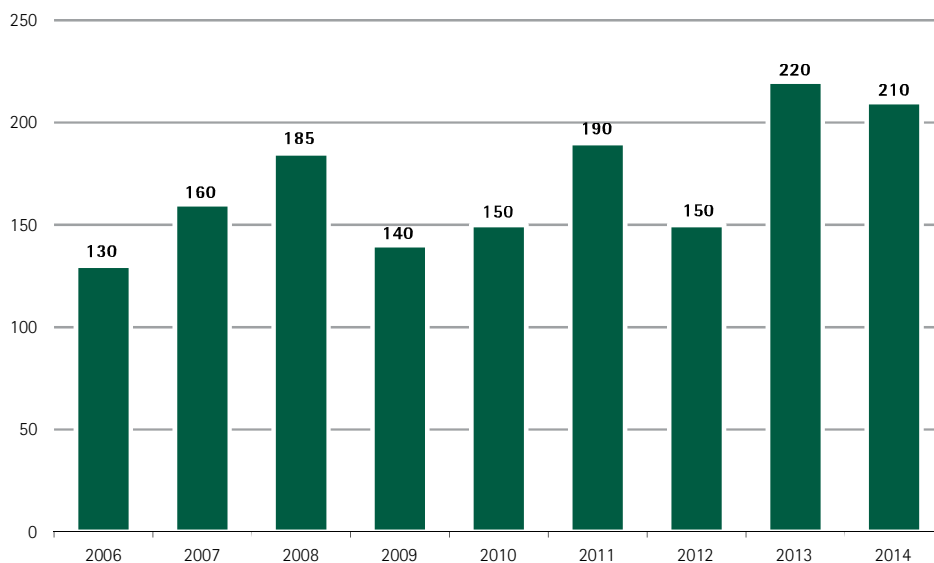


Objekt in Torgau, Ortsteil Staupitz
Quelle: LfV Sachsen

Durchgeführte rechtsextremistische Konzerte in Sachsen



Durchschnittliche Teilnehmerzahl je Konzert



1.9 Rechtsextremistische Vertriebszene

Zum Jahresende 2014 waren 14 rechtsextremistische Vertriebsunternehmen im Freistaat Sachsen ansässig.

Mit dem DEUTSCHE STIMME-VERLAG der NPD in Riesa (Landkreis Meißen), PC-RECORDS in Chemnitz und OPOS-RECORDS in Dresden befinden sich im Freistaat Sachsen drei der bedeutendsten rechtsextremistischen Vertriebsunternehmen der Bundesrepublik Deutschland. Diese Unternehmen haben mehrere tausend Kunden im In- und Ausland.

Das Sortiment der rechtsextremistischen Vertriebsunternehmen ist hauptsächlich auf die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene ausgerichtet. So werden vorrangig Textilien mit szenetypischen Aufdrucken, Tonträger rechtsextremistischer Bands bzw. Liedermacher sowie andere szenerelevante Utensilien, wie z. B. Anstecker, Fahnen und Plakate, angeboten.



T-Shirt zu rechtsextremistischer Band BRAINWASH



CD-Cover der rechtsextremistischen Band PRO PATRIA



Anstecker

Rechtsextremistische Vertriebsstrukturen¹¹⁸ im Freistaat Sachsen¹¹⁹



Situation und Aktivitäten

2014 hat sich die Situation innerhalb der rechtsextremistischen Vertriebszene im Freistaat Sachsen gegenüber 2013 kaum geändert. In den Landkreisen Mittelsachsen und Görlitz sowie in der Stadt Leipzig gibt es weiterhin keine rechtsextremistischen Vertriebsstrukturen, obwohl die rechtsextremistische Szene dort nicht schwächer als in anderen sächsischen Regionen ausgeprägt ist. Mit dem Umzug des Inhabers des rechtsextremistischen Vertriebsunternehmens DRYVE BY SUIZHYDE von Thüringen nach Sachsen hat dieser auch sein Gewerbe in Thüringen ab- und in Sachsen angemeldet. DRYVE BY SUIZHYDE

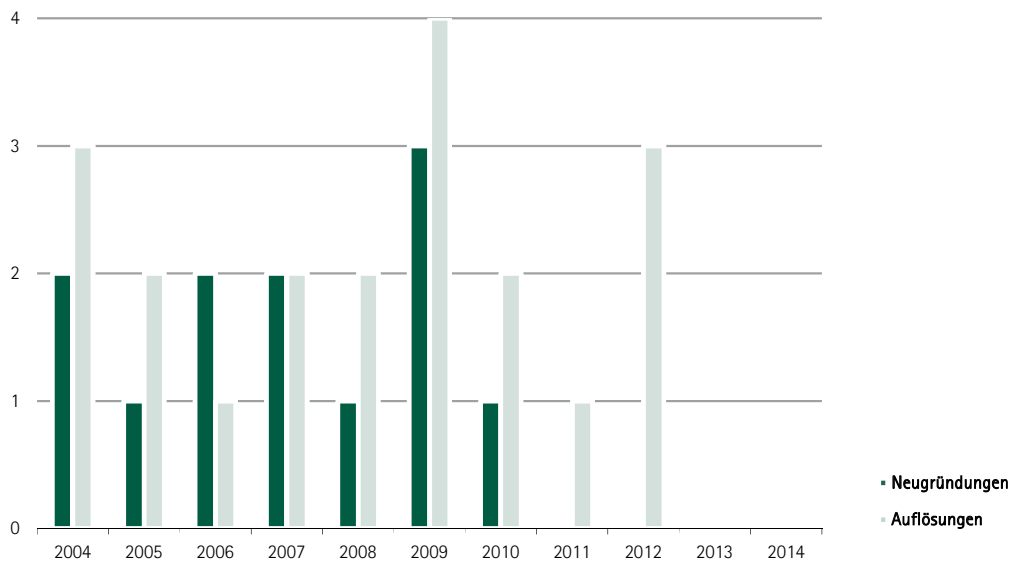
ist das erste in Sachsen ansässige rechtsextremistische Textil-Label. Das Sortiment des Labels wird über den eigenen Versand im Internet und über weitere rechtsextremistische Vertriebe in Sachsen verkauft.

Auch rechtsextremistische Vertriebsunternehmen unterliegen marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Aus diesem Grund ist es immer wieder zu Neugründungen und Auflösungen solcher Unternehmen gekommen. In der folgenden Übersicht werden Neugründungen und Auflösungen von sächsischen rechtsextremistischen Vertriebsunternehmen der Jahre 2004 bis 2014 gegenübergestellt:

¹¹⁸ Der Oberbegriff „Vertriebsstrukturen“ umfasst Online-Versände, Läden und Label. Solche Strukturen können einzeln oder in unterschiedlicher Kombination bestehen.

¹¹⁹ Stand: 31. Dezember 2014

Gründung und Auflösung rechtsextremistischer Vertriebsstrukturen in Sachsen



Wie das Diagramm verdeutlicht, wurden seit 2011 keine neuen rechtsextremistischen Unternehmen in Sachsen gegründet; es mussten jedoch vier Firmen ihre Betriebstätigkeit einstellen. Dieser Rückgang hat zur Folge, dass die verbliebenen großen Unternehmen eine beherrschende Stellung im szeneeigenen Vertriebssektor erlangt haben.

Trotz dieser Entwicklung ist Sachsen im Bundesvergleich weiterhin einer der wichtigen Standorte für die rechtsextremistische Vertriebszene. Das ergibt sich sowohl aus der Anzahl der hier ansässigen Unternehmen als auch aus der Bedeutung, die vor allem PC-RECORDS und OPOS-RECORDS in der rechtsextremistischen Vertriebszene zukommt.

Der wirtschaftliche Erfolg der Unternehmen ist auch vom Wohlwollen der rechtsextremistischen Szene abhängig. Aus diesem Grund

unterstützen sie die Szene logistisch, vor allem aber finanziell. So unterstützten z.B. PC-RECORDS und OPOS-RECORDS die „Aktionswoche 13. Februar“ in Dresden. OPOS-RECORDS startete eine Spendenaktion über seinen Online-Versand für zwei verurteilte Rechtsextremisten aus Österreich. PC-RECORDS produzierte 2014 den Solidaritäts-Sampler „I stand with Golden Dawn“ zur Unterstützung der der rechtsextremistischen Szene zugehörigen griechischen Partei CHRYSI AVGI (Goldene Morgendämmerung), der das griechische Parlament im Dezember 2013 die staatlichen Zuwendungen gestrichen hatte. Bei der Vorstellung der CD im Online-Versand war unter dem dazugehörigen Text folgendes Zitat aufgeführt: „Zeigt Solidarität – Steht mit Golden Dawn!“¹²⁰

In den letzten Jahren haben bekannte Aktivisten der rechtsextremistischen Szene, die nicht in der Vertriebszene aktiv waren, Ladengeschäfte ohne offen erkennbaren politischen

¹²⁰ Schreibweise wie im Original

Bezug in Sachsen eröffnet. Bei diesen Gewerben handelt es sich vorwiegend um Einzelunternehmen (z. B. Tattoo-Studios, Textil-Labels). Da für Außenstehende in solchen Fällen meistens keine rechtsextremistischen Bezüge erkennbar sind, besteht jedoch die Gefahr, dass nicht rechtsextremistisch orientierte Personen die Szene durch Käufe ungewollt unterstützen.

Im Jahr 2014 produzierten drei sächsische Vertriebe Tonträger mit rechtsextremistischer Musik. Die derzeit aktiven sächsischen Labels haben seit ihrer Gründung mehr als 400 Tonträger zumeist einschlägiger rechtsextremistischer Bands und Liedermacher herausgebracht. Die Auflagenhöhe der Produktionen betrug im Durchschnitt mehrere hundert Stück. Zusätzlich wurden Sonderausgaben für Sammler herausgebracht.

Um den kommerziellen Erfolg ihrer Tonträger nicht zu gefährden, sind die Produzenten bestrebt, bei den Liedtexten und der CD-Gestaltung nicht gegen gesetzliche Vorschriften, insbesondere die des Straf- und Jugendschutzrechtes, zu verstoßen. So lassen sie Tonträger vor der Veröffentlichung von Rechtsanwälten prüfen und entsprechende Gutachten erstellen. Im Falle eines früher bedeutenden Produzenten von rechtsextremistischer Musik entschied der Bundesgerichtshof im Jahr 2008 jedoch, dass ein von szenenahen Anwälten erstelltes „Gefälligkeitsgutachten“ keinen Freibrief darstellt und nicht vor strafrechtlicher Verfolgung schützt.¹²¹

Über 90 der von den derzeit aktiven sächsischen Produzenten herausbrachten Tonträger wurden bislang indiziert. Eine Indizierung erfolgt,

wenn Inhalt oder Gestaltung des Tonträgers Jugendliche in ihrer Entwicklung beeinträchtigen könnte. Die Entscheidung hierüber wird von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) getroffen. Eine indizierte CD darf Kindern und Jugendlichen nicht mehr verkauft oder zugänglich gemacht werden. Ebenso gilt ein Werbeverbot. Im Berichtsjahr hat die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) elf Tonträger der aktiven sächsischen Labels indiziert. Zwei dieser Tonträger waren 2014 produziert worden.

Zwei rechtsextremistische Vertriebe aus Sachsen gerieten in den Fokus der Strafverfolgung.

So hat die Staatsanwaltschaft Koblenz ein Ermittlungsverfahren gegen die Inhaber zweier sächsischer Vertriebsunternehmen wegen des Handels mit inkriminierten Tonträgern eingeleitet. Betroffen ist zum einen der Inhaber des NATIONALEN VERSANDHAUSES (Gohrisch, Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge), gegen den wegen des Verdachts der Gewaltdarstellung (§ 131 StGB) und wegen des Verdachts der Volksverhetzung (§ 130 StGB) ermittelt wird. Gegen den Inhaber von PC-RECORDS wird wegen des Verdachts des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB) und wegen des Verdachts der Volksverhetzung ermittelt. Im Juli 2014 wurden deshalb bei beiden Unternehmen Durchsuchungen durchgeführt.

In einem weiteren Verfahren ermittelt die Staatsanwaltschaft Dresden gegen den Inhaber von FRONT RECORDS. Ihm wird die Verbreitung von Tonträgern mit volksverhetzendem Inhalt (§ 130 StGB) und Propagandamitteln von verfassungswidrigen Organisationen (§ 86 StGB) im Internet vorgeworfen.

¹²¹ Az.: BGH 3 StR 394/07.

Ausgewählte rechtsextremistische Vertriebsstrukturen im Freistaat Sachsen:

DER CLOU

Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Internet-Versand
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Oelsnitz (Vogtlandkreis)
aktiv seit:	2010 (online)
Sortiment:	Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT MBH



Typ:	Verlag/Vertrieb
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Riesa (Landkreis Meißen)
Inhaber:	NPD
aktiv seit:	2000 im Freistaat Sachsen
Sortiment:	Printmedien, Textilien und weiteres szenetypisches Material sowie Bild- und Tonträger

DRYVE BY SUIZHYDE



Typ:	Gewerbliches Textil-Label mit Internet-Versand
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	2009, seit 2013 im Freistaat Sachsen
Sortiment:	Textilien

FRONT RECORDS



Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Internet-Versand, Tonträger-Label, Textildruckerei
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Wurzen/Falkenhain (Landkreis Leipzig)
Inhaber:	Henry BEHR
aktiv seit:	2001
Sortiment:	Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

NATIONALES VERSANDHAUS (sowie weitere angegliederte Versände)



Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Ladengeschäft und Internet-Versänden, Tonträger-Label
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Gohrisch (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge)
aktiv seit:	2009
Sortiment:	Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

NORDSACHSENVERSAND



Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Internet-Versand
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Eilenburg (Landkreis Nordsachsen)
aktiv seit:	2009
Sortiment:	Propagandamittel, Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

OPOS-RECORDS



Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Ladengeschäft, Internet-Versand und Tonträger-Label
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
Inhaber:	Sebastian RAACK
aktiv seit:	2007
Sortiment:	Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

PC-RECORDS



Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Ladengeschäft, Internet-Versand und Tonträger-Label
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Chemnitz
Inhaber:	Yves RAHMEL/Steve GEBURTIG
aktiv seit:	2000
Sortiment:	Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

REPRO-MEDIEN



Typ:	Gewerblicher Internet-Versand
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Radeberg (Landkreis Bautzen)
Inhaber:	Simon RICHTER
aktiv seit:	2009
Sortiment:	Aufkleber, Plakate, Broschüren und anderes Propagandamaterial

1.10 Rechtsextremistische Publikationen (Auswahl)

DER AKTIVIST

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber/ Verantwortlicher:	Bundesvorstand der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN)
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

Die Publikation ist das Zentralorgan der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN, der Jugendorganisation der NPD. Sie dient als Rundbrief für Mitglieder und Interessenten. Mit dem Leitthema der einzigen im Berichtsjahr erschienenen Ausgabe „Für ein Europa der Vaterländer“ stellte die JN ihre Bemühungen für eine Vernetzung der „europäischen Rechten“ zum Schutz des sog. „weißen Kontinents“¹²² in den Mittelpunkt. Eine weitere vom Bundesvorstand der JN für Sommer 2014 angekündigte Ausgabe ist im Berichtsjahr nicht erschienen.

¹²² DER AKTIVIST, 1/2014, Seite 12, Beitrag: „Die Vision Europa als eine Lebenskampfgemeinschaft“



DEUTSCHE STIMME

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber/ Verantwortlicher:	NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)
Erscheinungsturnus:	monatlich
Auflage:	25.000
Verbreitung:	bundesweit

Wichtigste Publikation der NPD ist ihr monatlich erscheinendes Parteiorgan DEUTSCHE STIMME.

Durch die Veröffentlichung soll die eigene Anhängerschaft für die Auseinandersetzung mit dem demokratischen Rechtsstaat argumentativ gestärkt werden. Dominierend sind hierbei Beiträge mit NPD-typischen Ideologiefragmenten. Dazu zählen „völkischer

Nationalismus und Volksgemeinschaft“, „Antipluralismus“ und „Antiindividualismus“, ein aggressiver Antiamerikanismus, die Gegnerschaft zur Europäischen Union und schließlich auch für Rechtsextremisten typische pauschale Schuldzuweisungen an das demokratische „System“ und seine Politiker.



FÜR IMMER UND EWIG

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber/ Verantwortlicher:	subkulturell geprägter Rechtsextremist
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	regional und im Internet

Bei der Publikation handelt es sich um ein klassisches Fanzine der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene. Im Jahr 2014 erschien die fünfte Ausgabe. Wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Urheberrechtsgesetz in dieser Ausgabe, wurde gegen den Herausgeber des Fanzines durch die Staatsanwaltschaft Chemnitz ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.



GEITHAINER SPRACHROHR

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber/ Verantwortlicher:	Manuel TRIPP
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	regional

HIER & JETZT

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber/ Verantwortlicher:	BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT e.V.
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	überregional



Die erstmals im Dezember 2005 erschienene rechtsextremistische Publikation erhebt den Anspruch, „ein Debattenorgan zu sein, (...) in dem Streitfragen kontrovers und auf hohem Niveau ausgetragen werden können“¹²³.

Im Dezember 2009 übernahm das BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT e.V. die Herausgabe der Publikation von der NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN).

Die Veröffentlichung enthält Beiträge, die auf rechtsextremistischer Ideologie basieren oder einen Bezug zur rechtsextremistischen Szene aufweisen. In der Publikation werden – aus rechtsextremistischer Sicht – alternative Modelle einer Gesellschaftsordnung sowie politische Hintergründe und kulturelle Aspekte thematisiert.

Die offensichtlichen Bemühungen, auch Artikel aufzunehmen, deren Inhalte nicht

rechtsextremistisch sind, erscheinen als lediglich taktisches Mittel, um das Bild einer pluralistischen Diskussionskultur zu erzeugen.

Bisher erschienen 19 Ausgaben dieses Theorieorgans. Das letzte Heft wurde im Jahr 2013 herausgegeben.

KLARTEXT

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber/ Verantwortlicher:	NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	regional

Die von der NPD-Landtagsfraktion herausgegebene Publikation erschien bis zum Ausscheiden der NPD-Fraktion aus dem Sächsischen Landtag Ende September 2014.

MEDIENVERBUND BLICKPUNKT SACHSEN

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber/ Verantwortlicher:	NPD/Medienverbund Blickpunkt Sachsen
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	regional

Im Frühjahr 2012 entstand unter dem Label „Blickpunkt Sachsen“ eine Medienpräsenz der NPD. Unter diesem Namen fasste die Partei Regionalausgaben einer Publikation zusammen, welche im Internet abrufbar sind und

¹²³ www.frontdienst.de/... (Stand: 7. Dezember 2010)

durch Parteimitglieder als Druckausgabe in Sachsen verteilt wurden. Die einzelnen Regionalausgaben enthalten einen jeweils identischen Mittelteil des Landesverbandes. Auf den jeweils ersten und letzten Seiten werden Inhalte zu regionalen NPD-Strukturen veröffentlicht.

Im Jahr 2014 erschien eine Ausgabe dieser Publikation, welche über das Internet abgerufen werden kann.



Bekannt wurden bisher die folgenden Regionalausgaben:

- BLICKPUNKT OBERLAUSITZ/NIEDERSCHLESSEN (Region Görlitz/Hoyerswerda)
- BLICKPUNKT DRESDEN
- BLICKPUNKT NORDSACHSEN
- CHEMNITZER VOLKSZEITUNG
- DEITSCH UND FREI (Region Erzgebirge)
- DENKANSTOß (Region Zwickau-Westsachsen)

- ELBE-RÖDER-ECHO (Region Meißen)
- GRENZLAND (Region Sächsische Schweiz)
- HEIMATSTIMME (Landkreis Leipzig)
- LEIPZIGER STIMME
- MITTENDRIN (Region Mittelsachsen)
- SPREE-ELSTER-STIMME AUSGABE NORD/AUSGABE SÜD (Region Bautzen)
- VOGTLANDSTIMME

Bis 2013 gab die NPD Görlitz den BLICKPUNKT ZITTAU, die NPD Nordsachsen den BLICKPUNKT LIEBSCHÜTZBERG und die NPD Meißen die Publikation SOZIALE HEIMAT STREHLA heraus. Diese wurden 2014 offenbar nicht mehr aktualisiert.

VIVA SAXONIA

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber/ Verantwortlicher:	subkulturell geprägte Rechtsextremisten
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	regional und im Internet

Als klassisches Fanzine ist die Publikation inhaltlich auf die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene ausgerichtet. Der Schwerpunkt liegt typischerweise auf Beiträgen zu rechtsextremistischer Musik.

Eine bereits im Jahr 2013 geplante neue Ausgabe für 2014 ist im Berichtsjahr nicht

1.11 Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen

1.11.1 Landkreis Bautzen

Im Landkreis Bautzen sind der rechtsextremistischen Szene zwischen 150 und 200 Personen zuzurechnen. Im Vergleich zum Vorjahr blieb das rechtsextremistische Personenpotenzial konstant und lag im sachsenweiten Vergleich im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die neonationalsozialistische Szene im Landkreis Bautzen verfügte über Strukturen in Hoyerswerda, Bautzen und in der Region Radeberg.

Die NATIONALEN SOZIALISTEN HOYERSWERDA sind die aktivste rechtsextremistische Gruppierung, ihr werden ca. 20 Personen zugerechnet. Diese pflegen enge Kontakte zu Szeneangehörigen im Landkreis Görlitz, zur NPD und in den brandenburgischen Raum. Die Verbindung zur NPD zeigte sich unter anderem durch Aktionen, mit denen der Wahlkampf der NPD unterstützt wurde.

Mitglieder der NATIONALEN SOZIALISTEN HOYERSWERDA nahmen im Berichtsjahr an mehreren Demonstrationen der rechtsextremistischen



Flyer zur Demonstration am 15. März 2014 in Bautzen; Quelle: <https://www.facebook.com/BautzenwehrtSich>

Szene teil. So waren sie unter den Teilnehmern der Demonstrationen am 5. März in Chemnitz, am 15. März in Bautzen, am 1. Mai in Plauen, am 7. Juni und 17. Juni in Dresden sowie am 4. Oktober in Döbeln.



Quelle: Facebook

Bei der Einweihung des Denkmals „Offene Tür, offenes Tor – Herbst 91“ in Hoyerswerda am 19. September 2014, mit dem an die ausländerfeindlichen Ausschreitungen im Herbst 1991 erinnert werden soll, wollten Mitglieder der NATIONALEN SOZIALISTEN HOYERSWERDA mit ihrer Teilnahme provozieren. Sie trugen dabei szenetypische T-Shirts, konnten jedoch die Veranstaltung letztlich nicht wirksam stören.

Die FREIEN KRÄFTE in Bautzen führten am 15. März 2014 in der Bautzener Innenstadt eine rechtsextremistische Demonstration unter dem Motto „Bautzen wehrt sich gegen Asylmissbrauch“ durch. Die Veranstaltung reihte sich in die von Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen, aber auch bundesweit betriebene Anti-Asyl-Kampagne ein. Bei den rund 350 Teilnehmern handelte es sich überwiegend um sächsische Szeneangehörige.

Der Anstieg der Asylbewerberzahlen in Deutschland wurde in der rechtsextremistischen Szene breit thematisiert und instrumentalisiert. Dabei griffen Rechtsextremisten die aktuellen Problemlagen, wie Unterbringungsengpässe und Standortdiskussionen, auf und versuchten, die daraus resultierende Verunsicherung in Politik und Gesellschaft für ihre

Zwecke auszunutzen. Im Oktober und November 2014 fanden jeweils Protestkundgebungen in Ottendorf-Okrilla statt, die von dem Dresdner NPD-Funktionär Jens BAUR und von Simon RICHTER aus Radeberg organisiert wurden.

An den Veranstaltungen beteiligten sich bis zu 200 Personen, die sowohl aus dem rechtsextremistischen als auch dem bürgerlichen Spektrum stammten.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Die NPD verfügt im Landkreis Bautzen über einen kleinen Kreisverband. Nach parteieigenen Angaben gehören ihm Ortsgruppen in Bautzen, Hoyerswerda und Kamenz an. Der Schwerpunkt dieses Kreisverbandes lag im Jahr 2014 in Bautzen. Kamenz verlor indes nach dem Verlust eines Treffobjektes an Bedeutung.

Einzelne Mitglieder des Kreisverbandes traten gelegentlich mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen in Erscheinung. Eine Bautzener NPD-Stadträtin organisierte Kundgebungen, die sich gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in einem Hotel in Bautzen richteten. Dabei erzielten die Rechtsextremisten Teilnehmerzahlen, welche teilweise deutlich über das szenetypische regionale Mobilisierungspotenzial hinausgingen.

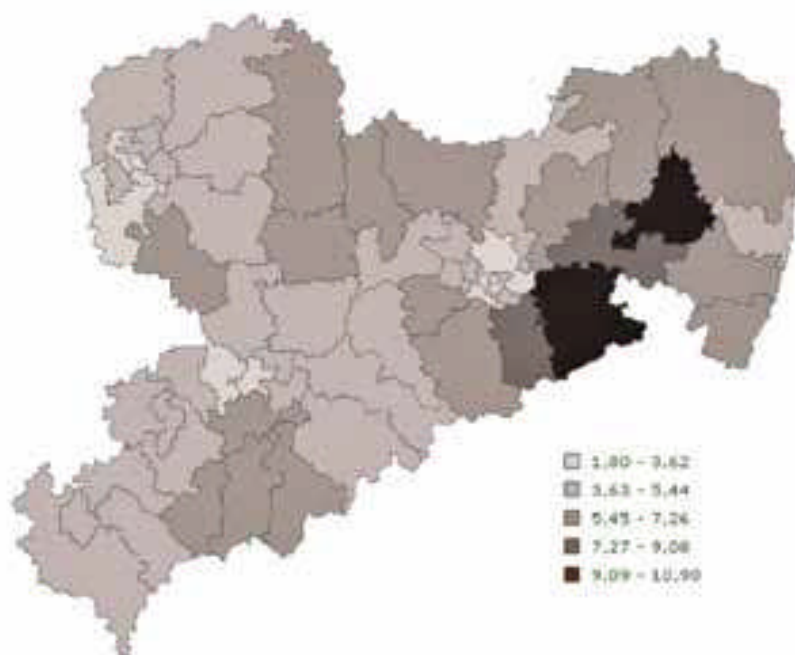
Am 3. Juni 2014 führten Rechtsextremisten in Bautzen eine nicht angemeldete Kundgebung mit ca. 40 Teilnehmern durch. Anschließend folgten im Juni/Juli 2014 drei weitere Kundgebungen bzw. Mahnwachen im Zusammenhang mit dem Anti-Asyl-Protest, welche von der NPD-Stadträtin organisiert wurden. An diesen Veranstaltungen beteiligten sich zwischen 30 und 70 Personen.

Eine außergewöhnliche Aktion fand am 31. Juli statt. Der Landesvorsitzende Holger SZYMANSKI und einige Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion besuchten unter anderem die Asylbewerberunterkünfte in Bautzen und Kamenz und gaben dabei vor, eine „Nachkontrolle“ zum so genannten „Heim-TÜV“ des Ausländerbeauftragten durchführen zu wollen. Sie überraschten mit diesem Auftritt die Verantwortlichen der betroffenen Objekte. Die bei ihrer „Inspektion“ gefertigten Videoaufnahmen veröffentlichte die Partei danach im Internet. Landtagspräsident Matthias Rößler stellte unmittelbar nach dem Bekanntwerden dieser Aktion klar, dass es einen Auftrag seitens des Innenausschusses des Sächsischen Landtages nicht gegeben habe und erstattete bei der Staatsanwaltschaft Dresden Strafanzeige gegen die beteiligten NPD-Mitglieder, u. a. wegen des Vorwurfs der Amtsanmaßung und des Missbrauchs von Titeln.

Am 23. August 2014 führte die NPD eine Demonstration unter dem Motto „Asylhotel und Heim – unsere Bürger sagen nein“ durch, an der 580 Personen teilnahmen. Unter den Teilnehmern waren auch die neonationalsozialistischen FREIEN KRÄFTE BAUTZEN.

Die Auswirkungen dieser Aktivitäten zeigten sich im Ergebnis der Landtagswahl 2014, als die NPD im Landkreis mit 7,2 % der Zweitstimmen (2009: 6,5 %) nach dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (7,7 %) das zweithöchste Wahlergebnis erzielte. Der Wahlkreis Bautzen 5 setzte sich mit einem Listenergebnis von 10,5 % an die Spitze der NPD-Wahlkreisergebnisse. Das NPD-Wahlergebnis im Wahlkreis Bautzen 1 lag mit 8,4 % (Platz 4) ebenfalls weit vorn. Auch in den Wahlkreisen Bautzen 2, 4 und 3 erzielte die Partei Ergebnisse (5,8 %, 5,6 % und 5,2 %), die über dem Landesdurchschnitt von 4,9 % lagen.

Zweitstimmenergebnisse der NPD bei der Landtagswahl 2014 in Sachsen



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2008 und 2009 hatte die Partei in fünf Gemeinden/Städten sechs Kommunalmandate in Schönheichen, Bautzen, Radeberg, Hoyerswerda und Kamenz (hier: zwei Mandate) gewonnen. Sie konnte dieses Ergebnis bei den Stadt- und Gemeinderatswahlen 2014 zwar vorläufig um ein Mandat verbessern, verlor dieses jedoch wieder durch den Austritt einer Bautzener Stadträtin aus der NPD im November 2014. Diese vertritt seitdem die Partei DIE RECHTE im Stadtrat. Im Kreistag des Landkreises Bautzen war die Partei seit den Wahlen 2009 mit fünf Mandaten vertreten. Dieses Ergebnis erzielte sie auch bei der Kreis-tagswahl 2014.

Stadt- und Gemeinderatsmandate der NPD 2009 und 2014



Die JN verfügt seit April 2014 in den Landkreisen Bautzen und Görlitz wieder über eine Struktur – den „Stützpunkt Ostsachsen“. Von diesem gingen jedoch nur geringe öffentlich wirksame Aktivitäten aus. Dabei wurde für andere Veranstaltungen, z.B. für Anti-Asyl-Kundgebungen in Bautzen sowie zu Veranstaltungen des JN-Landesverbandes mobilisiert.

Im Rahmen einer sachsenweiten Kampagne der JN mit dem Titel „Weg mit dem Drogendreck“ verteilten Mitglieder der JN im Juli 2014 Informationsmaterial in und an Schulen in Bischofswerda, Bautzen und Hoyerswerda, darunter auch die JN-Schülerzeitschrift PLATZHIRSCH.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Neben den NEONATIONALSOZIALISTEN und parteigebundenen Rechtsextremisten existiert eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene im Landkreis Bautzen. Dieser Szene gehören insbesondere Jugendliche mit rechtsextremistischer Einstellung an, die vornehmlich durch Straftaten auffallen.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Freistaat Sachsen	1.602	1.635	1.710	54	67	83
Landkreis Bautzen	142	123	157	5	4	11

Nachdem im Berichtsjahr mehrfach sorbische Ortsschilder mit antisemitischen Sprüchen und Hakenkreuzen beschmiert worden waren, kam es im Landkreis Bautzen vermehrt zu Straftaten gegenüber Sorben. So wurden sorbische Jugendliche von verummten Personen beleidigt und bedrängt.

Mit der Zunahme der rechtsextremistischen Agitation gegen Asylbewerber – vor allem zur Zeit der Wahlkämpfe der NPD – häuften sich im Jahr 2014 auch die Straftaten gegen Asylbewerber und deren Aufnahmeeinrichtungen. Es kam vermehrt zu Beleidigungen, Bedrohungen und Propagandadelikten.

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Im Landkreis Bautzen sind keine Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene ansässig. Seit Jahren fand dort kein rechtsextremistisches Konzert mehr statt. Ebenso wenig gab es Hinweise auf die Existenz einer rechtsextremistischen Musikgruppe.

1.11.2 Chemnitz (Stadt)

In der Stadt Chemnitz gehören der aktiven rechtsextremistischen Szene wie im Vorjahr zwischen 150 und 200 Personen an. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechtsextremistische Personenpotenzial im mittleren Bereich.

REPRO-MEDIEN Radeberg

Seit September 2009 ist in Radeberg der rechtsextremistische Vertrieb REPRO-MEDIEN ansässig. Der Name „Repro“ steht dabei für „Revolutionäre Propaganda“. Der Versand richtete sein Angebot auf die neonationalsozialistische Szene aus und grenzte sich von den klassischen rechtsextremistischen Vertrieben mit deren eher subkulturell geprägten Produktpalette ab. In einer Selbsterklärung hieß es:

„... wir haben uns zur Aufgabe gestellt, Propagandamittel für eine revolutionäre Erneuerung Deutschlands bereitzustellen. Wir sehen uns nicht in Konkurrenz zu bereits bestehenden Netzversänden, da ihr unsere Erzeugnisse in dieser Form nirgendwo anders findet. Dazu gehören vor allem weltanschauliche Schriften, Aufkleber und ähnliches...“

Dementsprechend wurden Aufkleber, Plakate und Broschüren sowie Propagandamaterialien angeboten, die szenetypisch ausländerfeindliche, antiisraelische sowie antiamerikanische Ressentiments schürten. Betreiber von REPRO-MEDIEN ist der bekannte Rechtsextremist Simon RICHTER aus Radeberg.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Mit den NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC) wurde am 28. März 2014 eine der aktivsten neonationalsozialistischen Gruppierungen im Freistaat Sachsen verboten. Dies hat zu einer spürbaren Verunsicherung der rechtsextremistischen Szene beigetragen.



Quelle: www.tddz.info (Stand: 25. Januar 2014)

Bei den NSC handelte es sich um eine gefestigte, neonationalsozialistisch ausgerichtete Organisation, die seit mehreren Jahren die rechtsextremistische Szene in und um Chemnitz prägt.

Sie bestand aus einem „harten Kern“ ideologisch geschulter Rechtsextremisten, deren einschlägige extremistische Vita zum Teil bereits Ende der 1990er Jahre begann. Diesen Kern umgab eine Gruppierung, der zuletzt ein Potenzial von mindestens 30 bis ca. 50 Personen zugeordnet wurde. Für szenen- und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen stand darüber hinaus ein Mobilisierungspotenzial im unteren dreistelligen Bereich zur Verfügung.

Die besondere Gefährlichkeit der Gruppierung für die freiheitliche demokratische Grundordnung ergab sich aus ihrer Ideologie in Verbindung mit der vorhandenen Gewaltaffinität von Mitgliedern der Gruppierung. Die NSC verherrlichten beharrlich den historischen Nationalsozialismus und transportierten ihr



Gedankengut konsequent und regelmäßig in die Öffentlichkeit. Dabei nutzten die NSC auch soziale Netzwerke intensiv für eigene Zwecke. Mitglieder der NSC schreckten zudem nicht vor der Gewaltanwendung gegen den politischen Gegner zurück, sondern kalkulierten eine Gewaltanwendung bewusst zur Umsetzung ihrer politischen Ziele ein.

Die Organisation verfügte über eine hohe Anziehungskraft für potenziellen Szenenachwuchs, den sie mit vielfältigen Aktivitäten, z. B. sogenannte Zeitzeugenvorträgen¹²⁴, aber auch aktionsbetonten und das Gemeinschaftsgefühl fördernden Aktivitäten zu begeistern und an sich zu binden wusste.

Die Chemnitzer Rechtsextremisten brachten ihre extremistischen Ziele sowohl im Internet als auch im Rahmen von Demonstrationen zum Ausdruck. Diese wurden häufig über das Internet angekündigt, beworben und im Nachgang aus rechtsextremistischer Sicht bewertet.

¹²⁴ „Zeitzeugen“ sind für Rechtsextremisten ehemalige Angehörige der SS oder andere Überlebende, die zur Zeit des Nationalsozialismus auf der aus Sicht der Rechtsextremisten „richtigen“ politischen Seite standen und dies heute noch vertreten.

Die Gruppierung firmierte unter verschiedenen Namen und verzichtete zuletzt auf die öffentliche Benutzung einer Gruppenbezeichnung. Dies tat der rechtsextremistischen Betätigung allerdings keinen Abbruch, sondern diente vielmehr dazu, sich ohne Namensnennung gegenüber sicherheitsbehördlichen Maßnahmen weniger angreifbar zu machen. Zu Großereignissen, wie dem jährlichen Trauermarsch am 5. März sowie den kontinuierlichen öffentlichen Auftritten seit Mitte 2013, benutzten die NSC verharmlosende und gleichermaßen einprägsame Kampagnennamen („Interessengemeinschaft Chemnitzer Stadtgeschichte/IG Chemnitz“ und „Raus in die Zukunft“), auch um sich scheinbar volksnah zu geben und damit öffentliche Akzeptanz zu sichern.

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten auf der politischen Agenda der NEONATIONALSOZIALISTEN gehörten bis zum Verbot vor allem der Bürgerkrieg in Syrien, die Bundestagswahlen 2013 und – allgemeiner – „Missstände der heutigen Zeit“. Diese Themen griffen die NEONATIONALSOZIALISTEN gezielt auf und propagierten jeweils ihre extremistische Sichtweise und Interpretation. Besonders augenfällig war dabei ihre Nähe zum Nationalsozialismus, die in einer ausgeprägten Systemfeindlichkeit zum Ausdruck kam. So arbeiten die NEONATIONALSOZIALISTEN z. B. mit positiven Vergleichen zum „Dritten Reich“. Zudem wird der einschlägige Terminus „Volksgemeinschaft“ genutzt, verbunden mit der Forderung, eine solche auf den „Trümmern der westlichen Wertegemeinschaft“ aufzubauen.

Wie schon im letzten Quartal 2013 fand am 25. Januar 2014 in Chemnitz in räumlicher Nähe zum Asylbewerberheim unter dem Motto „Asylflut und Ausländerkriminalität stoppen – Erstaufnahmeeinrichtung Ebersdorf

schließen!“ eine Demonstration statt. Neben Rechtsextremisten aus Dresden, die unter dem Kampagnennamen „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ) firmierten, beteiligten sich maßgeblich Rechtsextremisten der Kampagne „Raus in die Zukunft“ („RidZ“, siehe auch im Beitrag „Dresden [Stadt]“)

An der Veranstaltung nahmen ca. 150 Personen teil. Die Teilnehmerzahl war, verglichen mit den vorherigen RidZ-Aktivitäten, überdurchschnittlich hoch. Die Steigerung dürfte auf die Professionalität und Popularität der organisatorisch beteiligten Kampagne TddZ zurückzuführen sein. Wie bei den Veranstaltungen im vergangenen Jahr trat ein führendes NSC-Mitglied als Redner auf, das zugleich Versammlungsleiter und Anmelder der Demonstration war. Weitere Redebeiträge hielten die Führungsperson der FREIEN KRÄFTE DRESDEN Maik MÜLLER und der Initiator der Kampagne TddZ, der Rechtsextremist Dieter RIEFLING aus Niedersachsen.

Große Bedeutung misst die lokale rechtsextremistische Szene ihren alljährlichen Aktivitäten anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Chemnitz im Zweiten Weltkrieg bei.

Rund 250 überwiegend sächsische Szeneangehörige beteiligten sich am 5. März 2014 an einem sogenannten „Trauermarsch“ in Chemnitz. Die Veranstaltung unter dem Motto „Erinnerung verpflichtet – Die Opfer waren unsere Familien“ verlief ohne Störungen. Die Strecke wurde jedoch in Abstimmung mit der Versammlungsbehörde und dem Veranstalter verkürzt, indem der Aufzug nach der Zwischenkundgebung zum Ausgangspunkt zurücklief. Es hatten sich mehrere hundert Gegendemonstranten auf der vorgesehenen Aufzugsstrecke versammelt.



Quelle: www.5maerz.de

(Stand: 10. März 2014)

Chemnitzer Rechtsextremisten, die als sogenannte „Interessengemeinschaft (IG) Chemnitz“¹²⁵ auftraten, hatten die Demonstration zusammen mit dem Dresdner Rechtsextremisten Maik MÜLLER anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Chemnitz im Zweiten Weltkrieg organisiert.

Bereits im Vorfeld der Demonstration hatten Chemnitzer Rechtsextremisten, darunter führende Mitglieder der NSC, auf ihre politischen Ziele im Zusammenhang mit dem Jahrestag der Bombardierung aufmerksam gemacht. Auf dem Facebook-Profil „Gedenken 5. März Chemnitz“ wurde umfassend über „Begleitaktivitäten“ im Vorfeld berichtet. Eine solche Aktionswoche im Vorfeld des Trauermarsches führten Chemnitzer Rechtsextremisten in diesem Jahr erstmalig durch. Vorbild dafür dürften die alljährlichen Aktivitäten zum 13. Februar in Dresden sein. Im Nachgang wurde zudem am 9. März auf dem Facebook-Profil darüber informiert, dass man „Erinnerungsstellen“ mit Grabkerzen und weißen Rosen eingerichtet habe.

Da die Kampagne „IG Chemnitz“, die die Rechtsextremisten jährlich für die Gestaltung der Aktivitäten im Zusammenhang mit dem

5. März in Chemnitz nutzten, vom Verbot der NSC umfasst ist, steht sie in den Folgejahren hierfür nicht mehr zur Verfügung.

Im Nachgang zum Verbot der NSC am 28. März 2014 waren zunächst keine Bemühungen zu erkennen, die Aktivitäten der verbotenen Organisation weiter fortzusetzen. Ab Mitte des Jahres waren schließlich jedoch zunehmend Aktivitäten der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN; Jugendorganisation der NPD) in Chemnitz festzustellen, die von einigen der NSC-Verbotsadressaten ausgingen bzw. an denen diese sich beteiligten.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der in Chemnitz ansässige NPD-Kreisverband verfügte in der Vergangenheit über enge Verbindungen zur neonationalsozialistischen Szene in Chemnitz. Ausdruck dieser Verbindungen waren einerseits gemeinsame Veranstaltungen und Aktivitäten, andererseits aber auch die Unterstützung der NPD durch parteifreie Kräfte im Rahmen von Wahlkämpfen.

Die mit dem Führungswechsel an der Bundes- und Landesspitze der NPD Ende 2011/Anfang 2012 einhergehenden Spannungen zwischen der NPD und Teilen der neonationalsozialistischen Szene führten auch in Chemnitz zu Mitgliederverlusten bei der Partei. Ehemals in der NPD aktive FREIE KRÄFTE waren offenbar nicht bereit, ihre eigenen ideologischen Positionen denen der NPD unterzuordnen. Nachdem die NPD den organisatorischen Notstand über den Kreisverband Chemnitz verhängt hatte, erfolgte im April 2012 ein Neustart der Chemnitzer NPD mit einer kleinen Besetzung.

¹²⁵ Die Kampagne IG Chemnitz ist den NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC) zuzuordnen und daher von der Verbotsverfügung gegen die NSC umfasst.

Die Distanz zwischen dem NPD-Kreisverband und den NEONATIONALSOZIALISTEN setzte sich in Chemnitz auch im Jahr 2014 fort. Als die NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ verboten wurden, distanzierte sich der Kreisverband von dieser Organisation. In einer Erklärung hieß es:

„Im Namen des Chemnitzer NPD KV möchte ich ausdrücklich klarstellen, dass wir nichts mit diesen „nationalen“ Gruppierungen zu tun haben und auch keine Erkenntnisse darüber besitzen, welche kriminelle Machenschaften dort geplant oder durchgeführt wurden. Allerdings waren auch einige Personen der Chemnitzer NPD privat bei einer Demo gegen weiteren Ausbau der Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber anwesend, ohne zu wissen, welcher Personenkreis tatsächlich hinter dem Veranstalter steht.“¹²⁶

Im Jahr 2014 führte die NPD zu Wahlkampfzeiten nur gelegentlich Informationsstände durch. Eine Wahlkampfkundgebung des Landesverbandes fand am 28. August 2014 in Chemnitz statt.

Im Mai 2014 beteiligte sich die NPD an der Stadtratswahl in Chemnitz. Insgesamt neun Kandidaten nominierte die Partei für die acht Wahlkreise. Die seit 2009 amtierende Mandatsträgerin wurde erneut in den Stadtrat gewählt.

Bei der Landtagswahl 2014 erzielte die NPD in den drei Chemnitzer Wahlkreisen Zweitstimmenergebnisse zwischen 3,4 und 4,3 % und lag damit unter ihrem Landesdurchschnitt. Im Vergleich zu den anderen Großstädten Dresden und Leipzig schnitt die NPD in Chemnitz jedoch besser ab.

Bis Mitte des Jahres 2014 wurden keine Aktivitäten der JN in Chemnitz bekannt. Von Juni 2014 an präsentierten sich die JN Chemnitz mit einem eigenen Facebook-Auftritt. In der Bildgestaltung und den inhaltlichen Aussagen ähnelte dieses Profil zu Beginn sehr den seinerzeit von der NSC-Kampagne „Raus in die Zukunft“ verwendeten Bildern und Parolen. Im November wurde das Logo der JN jedoch optisch verändert.



Quelle: <https://www.facebook.com/JNChemnitz>
(Stand: 10. Juni 2014)



Quelle <https://www.facebook.com/JNChemnitz>
(Stand: 11. November 2014)

Am 2. August 2014 fand in Chemnitz eine Demonstration gegen das dortige Asylbewerberheim statt. Anmelder und einer der insgesamt drei Redner war der sächsische JN-Landesvorsitzende, Paul RZEHACZEK.

Die Veranstaltung wies in Mobilisierung, Gestaltung und Berichterstattung auffallende Parallelen zur NSC-Kampagne „Raus in die Zukunft“ auf, die sich bis zum Verbot der

¹²⁶ Auszug aus www.dortmundecho.org (Stand: 25. April 2014)

NSC ebenfalls auf Demonstrationen gegen das Asylbewerberheim konzentriert hatte.

Unter den ca. 60 überwiegend sächsischen Teilnehmern befanden sich auch mehrere NSC-Verbotsadressaten. Dies zeigt, dass ein Teil der früheren Protagonisten aus taktischen Gründen versucht, sich unter dem Deckmantel der JN dauerhaft politisch zu engagieren.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

In Chemnitz existierte im Berichtsjahr eine nicht unerhebliche subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene, deren Mitglieder sich vor allem an Aktivitäten wie rechtsextremistischen Konzerten sowie szeneeigenen Fußballveranstaltungen beteiligen. Insbesondere rechtsextremistische Fußballfanggruppierungen wie NEW SOCIETY (NS-Boys) oder KAOTIC CHEMNITZ aus dem Umfeld des Chemnitzer FC zählten dazu. Bis zum Verbot der NSC hatte es zwischen diesen und den NS-Boys personelle Überschneidungen sowie gemeinsame Aktivitäten gegeben.



Quelle: <https://www.facebook.com/New-Society-2004/>
(Stand: 25. Oktober 2014)



Quelle: <https://www.facebook.com/KaoticChemnitz>
(Stand: 22. Januar 2014)

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Freistaat Sachsen	1.602	1.635	1.710	54	67	83
Chemnitz	115	106	127	8	5	7

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

In der Stadt Chemnitz existieren Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene. Hier sind die Band BLITZKRIEG und der Liedermacher BARNY ansässig. Es finden einschlägige Veranstaltungen statt.

Die seit über zwölf Jahren aktive Musikgruppe BLITZKRIEG zählt bundesweit zu den bekanntesten und beliebtesten Bands der rechtsextremistischen Szene. Vier eigene Tonträger sowie eine Vielzahl von Samplerbeiträgen hat die Band bereits produziert. Hinzu kommen viele Live-Auftritte bei rechtsextremistischen Musikveranstaltungen. Am 13. September 2014 sollte die Band auch bei einem geplanten Konzert in Chemnitz auftreten. Die Veranstaltung wurde jedoch kurz zuvor abgesagt.

Über ein relativ hohes Renommee in der rechtsextremistischen Musikszene verfügt auch der Liedermacher BARNY. Dieser ist ebenfalls bereits seit mehreren Jahren aktiv und publizierte bislang mehrere Tonträger und Samplerbeiträge. Neben seinen Solo-Auftritten wirkt er auch bei rechtsextremistischen Bands mit. Im Jahr 2014 wurden mehrere Auftritte BARNYS bekannt, so während eines rechtsextremistischen Konzertes am 3. Mai 2014 in Torgau Ortsteil Staupitz.

Am 7. Februar 2014 fand in Chemnitz ein rechtsextremistischer Balladenabend mit etwa 100 Teilnehmern statt. Überdies planten subkulturell geprägte Rechtsextremisten, das

obengenannte rechtsextremistische Konzert am 13. September durchzuführen, sagten es aber kurzfristig wieder ab.

PC-RECORDS ist einer der bedeutendsten rechtsextremistischen Vertriebe in der Bundesrepublik Deutschland. Ab Oktober 2014 übernahm ein neuer Betreiber das Unternehmen, ein bekannter Rechtsextremist aus dem Umfeld des bisherigen Inhabers Yves RAHMEL. Der jährliche Umsatz des Unternehmens beträgt mehrere hunderttausend Euro. Sein Kundenpotenzial umfasst mehrere tausend Personen in Deutschland, dem europäischen Ausland sowie in Übersee. Das Unternehmen besteht aus einem Ladengeschäft, einem Internet-Versand und einem Tonträger-Label in Chemnitz. Das Sortiment umfasst Tonträger, Textilien und weiteres szenerelevantes Material.

PC-RECORDS trat im Jahr 2014 als Unterstützer von Aktivitäten und Initiativen der rechtsextremistischen Szene auf und bot entsprechendes Material an. Der Vertrieb war einer der Unterstützer der „Aktionswoche 13. Februar“ in Dresden. Bei dem Label erschienen bislang 230 Tonträger. Davon wurden 63 Tonträger wegen jugendgefährdender Inhalte von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert.

Es gab im Berichtsjahr in Chemnitz darüber hinaus noch ein weiteres Ladengeschäft, welches mit seinem Sortiment die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene bediente.

1.11.3 Dresden (Stadt)

In der Stadt Dresden gehörten im Berichtsjahr etwa 250 bis 300 Personen der rechtsextremistischen Szene an. Damit stieg das Personenpotenzial im Vergleich zum Vorjahr etwas an und liegt im sachsenweiten Vergleich im oberen Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die FREIEN KRÄFTE DRESDEN (FKD) waren in Dresden etwa ab dem Jahr 2002 aktiv und prägten auch im Berichtsjahr maßgeblich die lokale neonationalsozialistische Szene. Unter deren Führungsperson Maik MÜLLER zählten sie zu den aktivsten neonationalsozialistischen Strukturen im Freistaat Sachsen.

Bis Juli 2014 betrieben die FKD die Internetpräsenz www.netzwerkmitte.com. Diese Plattform nutzten sie, um ihre rechtsextremistische Ideologie zu verbreiten und zur Teilnahme an Szeneveranstaltungen zu mobilisieren. Der dortigen Berichterstattung ließ sich entnehmen, dass die FKD die Schaffung einer von „Nationalem Sozialismus“ geprägten Gesellschaft als Alternative zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland anstrebten. Sie verunglimpften den Staat wegen seiner angeblichen Unfähigkeit, Antworten auf den demografischen Wandel zu finden, aber auch die Ausländerpolitik der Bundesregierung, die als „Überfremdungspolitik“ angesehen wurde. Die FKD sahen darin die Hauptursache für einen bevorstehenden „Volkstod“.

Von Juli 2014 an betrieben die FKD die Internetseite „Kryptonit.cc“. Diese Internetpräsenz und ein gleichnamiges Facebook-Profil wiesen rechtsextremistische Bezüge und eine regionale

Zuordenbarkeit in den Raum Dresden bzw. zu den FKD auf. Die Zeitpunkte der Abschaltung von „Netzwerkmitte“ und der Inbetriebnahme von „Kryptonit.cc“ sprechen dafür, dass sich die Szene damit eine Nachfolge für das abgeschaltete NETZWERKMITTE geschaffen hat.



Titelbild der Internetseite und des gleichnamigen Facebook-Profiles



Quelle: www.kryptonit.cc (Stand: 17. Oktober 2014)

Zu den zentralen Aktivitäten der FKD gehörte in den vergangenen Jahren – so auch im Berichtsjahr – das Engagement im Rahmen der Aktionswoche 13. Februar und des

sogenannten Trauermarschs zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens. Unter dem Kampagnennamen „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ haben die FKD seit Jahren maßgeblich zur Organisation und Durchführung der Aktivitäten beigetragen.

Die überregionalen Aktivitäten des „Aktionsbündnisses gegen das Vergessen“, insbesondere in Person des Maik MÜLLER, sowie das hohe Mobilisierungspotential zur Demonstration am 12. Februar 2014 in Dresden (ca. 500 Rechtsextremisten) lassen auf dessen starke Vernetzung und seinen beachtlichen Stellenwert in der Szene schließen. Hierzu trug MÜLLER auch durch seine Auftritte als Redner bei bundesweiten Veranstaltungen bei.



Quelle: www.gedenkmarsch.de
(Stand: 17. Oktober 2014)

Im Juli 2014 – mithin in zeitlicher Nähe sowohl zur Abschaltung des NETZWERKMITTE als auch zum Bekanntwerden des neuen Internetauftritts Kryptonit.cc – erfolgte die medienwirksame Übernahme der „Aktionswoche zum 13. Februar“ durch die JN Sachsen.

Quelle: www.gedenkmarsch.de (Stand: 17. Oktober 2014)



Quelle: LfV Sachsen



Quelle: LfV Sachsen

Trotz dieses Wechsels dürften die für die Organisation verantwortlichen Personen die gleichen geblieben sein. Im Februar 2015 wurden die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem 13. Februar bereits von der JN organisiert.

Seit 2009 veranstalten NEONATIONALSOZIALISTEN jährlich den „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ). Dabei handelt es sich um eine bundesweit etablierte, neonationalsozialistische Kampagne, in deren Rahmen Rechtsextremisten verschiedene Aktionen durchführen. Dazu zählen unter anderem Informationsveranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen. Trotz aller Gegensätze und Differenzen versuchen die Organisatoren stets, die verschiedenen rechtsextremistischen Gruppierungen und Parteien zusammenzuführen. Im Rahmen der Kampagne schüren Rechtsextremisten Angst vor Ausländerkriminalität, um auf diesem Wege Hetze zu betreiben. Ziel ist die Schaffung eines „biologisch reinen deutschen Volkskörpers“. Die Methoden zur Zielerreichung bleiben dabei bewusst unklar. Der „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ) ist als jährliche Kampagne angelegt, die durch die vornehmlich norddeutsch geprägte „Initiative Zukunft statt Überfremdung“ getragen wird.

Im Jahr 2013 wurde die Kampagne erstmals von den FKD organisiert. Damit verdeutlichten die Angehörigen der neonationalsozialistischen Szene in Dresden, auch weiterhin öffentlichkeitswirksame Schwerpunkte in Dresden durch Großereignisse mit bundesweiter Beachtung setzen zu wollen. Das Kampagnenjahr 2013/2014 und der 6. TddZ standen unter dem Leitsatz „Unser Signal gegen Überfremdung – Gemeinsam für eine deutsche Zukunft“. Zur Abschlussveranstaltung am 7. Juni 2014 in Dresden erschienen, anders als vom Veranstalter erwartet, nicht 600 bis 700 Personen, sondern nur etwa 460 Teilnehmer. Die Aufzugsstrecke war bis zum Veranstaltungstag geheim gehalten worden. Obwohl dies bei anderen Veranstaltungen eine Verringerung der Teilnehmerzahl zur Folge gehabt hatte, war es der Szene hier dennoch gelungen, eine im mittleren dreistelligen Bereich liegende Anzahl von Teilnehmern zu mobilisieren. Grund hierfür dürften etablierte bundesweite Kontakte und Kommunikationskanäle der neonationalsozialistischen Szene gewesen sein.

Aufgrund ihrer schon seit einigen Jahren bestehenden internationalen Kontakte hat sich ab Herbst 2014 ein neues Betätigungsfeld für die NEONATIONALSOZIALISTEN ergeben: die Solidarisierung mit der serbischen Minderheit im ehemaligen Bürgerkriegsgebiet im Kosovo. Auf



Quelle: www.kryptonit.cc (Stand: 2. Januar 2015)

der Internetpräsenz¹²⁷ wurde zunächst für eine „Mission Kosovo“ der „Europäischen Solidaritätsfront für Kosovo“ geworben. Bereits wenig später wurden Erlebnisberichte eingestellt, die eine Teilnahme hiesiger Szeneangehörige belegten. Auch lassen Facebook-Einträge im Zusammenhang mit der „Mission“ den Schluss zu, dass auch weitere Rechtsextremisten aus dem europäischen Ausland an der Aktivität beteiligt waren. Bei der Reise handelte es sich um eine „Hilfsmission“, in deren Rahmen die beteiligten Rechtsextremisten Hilfsgüter an Bedürftige verteilten. Solche Kontakte in ehemalige Bürgerkriegsgebiete sind insbesondere im Hinblick auf die Gewalt- bzw. Waffenaffinität der Rechtsextremisten nicht ohne Brisanz.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der NPD-Kreisverband Dresden zählte im Berichtsjahr zu den aktiven Strukturen der Partei in Sachsen. Er trat insbesondere durch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten wie dem Verteilen von Flugblättern, der Organisation von Informationsständen oder Kundgebungen in Erscheinung. Die Mitglieder des

Kreisverbandes trafen sich außerdem regelmäßig zu Versammlungen.

Zwischen dem NPD-Kreisverband Dresden und den Dresdner NEONATIONALSOZIALISTEN existierte in der Vergangenheit eine enge Zusammenarbeit in Form von gemeinsamen Treffen oder Absprachen zu geplanten Aktivitäten sowie gemeinsamer Teilnahme an Veranstaltungen. Besonders zu den Aktivitäten im Zusammenhang mit dem jährlichen Gedenken an die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 und zu den Demonstrationen der Rechtsextremisten zur Erinnerung an den 17. Juni 1953 kooperierten beide Szenen in Dresden. Allerdings war das Verhältnis zwischen der NPD und den FREIEN KRÄFTEN DRESDEN keineswegs immer harmonisch. Phasen der Annäherung wechselten sich mit Phasen größerer Distanz ab. Im Jahr 2013 war eher ein angespanntes Verhältnis feststellbar, welches offenbar mit der inhaltlichen Ausrichtung der NPD zusammenhing. Auch im Jahr 2014 setzte sich diese Distanz fort.

Im Rahmen der jährlichen Aktionen zum Jahrestag des Arbeiteraufstands in der DDR führte die NPD am 17. Juni 2014 eine Veranstaltung

¹²⁷ www.kryptonit.cc (Stand: 6. Oktober 2014)

in Dresden durch. Das Motto entsprach gleichwohl nicht der Idee des Gedenktages und lautete „Damals wie heute – Für echte Demokratie und gegen Medienwillkür“. Unter Teilnahme des damaligen NPD-Bundesvorsitzenden Udo PASTÖRS wurden verschiedene Vorträge gehalten. Die Teilnehmeranzahl sank im Vergleich zum Vorjahr abermals deutlich, lediglich 100 Teilnehmer (2013: 120; 2012: 170) waren vor Ort. Grund dafür war das vielfache Fernbleiben von Angehörigen der neonationalsozialistischen Szene, was das eher distanzierte Verhältnis zwischen NEONATIONALSOZIALISTEN und NPD in Dresden erneut offenbarte.

Im Wahlkampf zur Landtagswahl 2014 traten die Mitglieder des Kreisverbandes überwiegend mit Informationsständen im Stadtgebiet von Dresden in Erscheinung. Meist nutzte der Kreisverband dabei publikumsintensive Regionen, wie große Einkaufszentren, für seine Präsenz. Am 12. August 2014 strahlten die Rechtsextremisten mit einem Beamer die Frauenkirche und das Gebäude des Sächsischen Landtages mit NPD-Wahlslogans an. Einer vom Landesverband organisierten Wahlkampfkundgebung am 25. August 2014 wohnten rund 30 Teilnehmer bei.



Quelle: <https://www.facebook.com/npd.sachsen>
(Stand: 2. Januar 2015)

Der Dresdner NPD-Kreisverband erlangte durch seine räumliche Nähe sowie die personellen

Verbindungen zur NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag besondere Bedeutung. Zwei Mitglieder des Kreisverbandes sind zudem seit den Kommunalwahlen 2009 im Stadtrat der Landeshauptstadt vertreten. Auch zur Kommunalwahl 2014 erzielte die NPD in Dresden wieder zwei Mandate. Trotz eines intensiven Landtagswahlkampfes mit Flugblattaktionen, Informationsständen und Kundgebungen erreichte die NPD in Dresden mit Werten zwischen 2,4 und 4,4 % nur eher schwache Ergebnisse.

Im Rahmen einer Kampagne unter dem Titel „Weg mit dem Drogendreck“ verteilten Mitglieder der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) Anfang Juli 2014 an und in Dresdner Schulen die neue Schülerzeitschrift der JN „Platzhirsch“. Im Anschluss an die Verteilaktionen führte der JN-Landesverband Sachsen Kundgebungen durch, u. a. am 9. Juli in Dresden. Das Motto der Veranstaltungen lautete: „Bekämpfe das System, nicht deinen Körper! Weg mit dem Drogendreck!“. An den Versammlungen nahmen jeweils fünf bis 15 Personen teil.

Vom JN-Stützpunkt Dresden selbst, der seit Dezember 2012 existiert, gingen im Jahr 2014 keine eigenen öffentlich wirksamen Aktivitäten aus. Nach der erwähnten medienwirksamen Übernahme der 13. Februar-Kampagne durch die JN bleibt abzuwarten, ob sich der Dresdner Stützpunkt zu einer eigenen, öffentlich wahrnehmbaren Struktur neben den öffentlich präsenteren FKD entwickelt oder ob weiterhin ausschließlich Aktivitäten des Landesverbandes mitgetragen oder unterstützt werden. Es ist nicht auszuschließen, dass sich die Grenzen zwischen beiden Strukturen auflösen und die FKD in ihrer öffentlichen Wahrnehmbarkeit sogar von den JN verdrängt werden.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Neben den FKD existierte in Dresden im Berichtsjahr eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene, der zahlreiche politisch motivierte Propagandadelikte im Stadtgebiet zugeordnet wurden. Die Szene verfügte mehrheitlich über keine klaren Strukturen. Sie war allerdings – abhängig vom Engagement der Führungspersonen der parteigebundenen Rechtsextremisten oder der FKD – für Spontanaktionen, Demonstrationen oder sonstige Veranstaltungen mobilisierbar.

Unter der Bezeichnung FAUST DES OSTENS wurde im Raum Dresden eine rechtsextremistische Gruppierung bekannt, die in der Vergangenheit wiederholt mit politisch motivierten Körperverletzungs- und Propagandadelikten in Erscheinung trat. Die Gruppe wurde am 20. April 2010 (Geburtstag von Adolf Hitler) in Dresden gegründet. Sie bestand zeitweise aus über 180 Mitgliedern, war aber im Jahr 2014 kaum öffentlich wahrnehmbar.

Auf die Existenz einer subkulturell geprägten Gruppierung im Stadtteil Leuben deutete eine Vielzahl von rechtsextremistischen Straftaten

hin, so u.a. ausländerfeindliche Parolen an Gebäuden, die für die Unterbringung von Asylbewerbern vorgesehen waren.

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

In der Stadt Dresden waren die Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene im Berichtsjahr außerordentlich stark ausgeprägt. Zwar wurden im Jahr 2014 keine Musikveranstaltungen in der Stadt bekannt, aber mit den Bands BLUTZEUGEN, BRAINWASH, ENDLESS STRUGGLE, HOPE FOR THE WEAK, PRIORITÄT 18 und SACHSONIA sind sechs aktive rechtsextremistische Bands in Dresden ansässig. Damit weist die Stadt weiterhin die landesweit höchste Konzentration rechtsextremistischer Musikgruppen auf. Ein Teil der genannten Bands absolvierte im Berichtsjahr Auftritte bei rechtsextremistischen Konzerten.

SACHSONIA und PRIORITÄT 18 brachten 2014 eine gemeinsame Split-CD heraus. Überdies beteiligten sie sich mit je einem Titel am so genannten „TddZ-Sampler“. Dieser erschien Ende April 2014 bei dem Chemnitzer Label PC-RECORDS und wurde im Rahmen der von NEONATIONALSOZIALISTEN initiierten Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“ produziert. Im Herbst 2014 erfolgte

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Freistaat Sachsen	1.602	1.635	1.710	54	67	83
Dresden	189	267	260	6	23	27

die Indizierung der CD wegen jugendgefährdender Inhalte.

Auch BLUTZEUGEN und ENDLESS STRUGGLE produzierten im Berichtszeitraum je einen Tonträger.

Seit 2007 ist in Dresden das rechtsextremistische Vertriebsunternehmen OPOS-RECORDS ansässig, das aus einem Szeneladen, einem Internet-Versand sowie einem Tonträger-Label besteht. Zu seinem Sortiment gehörten Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien. OPOS-RECORDS trat als Unterstützer von Aktivitäten und Initiativen der rechtsextremistischen Szene auf und bot entsprechendes Material an. Die Firma war im Berichtsjahr einer der Unterstützer der „Aktionswoche 13. Februar“ in Dresden. Außerdem startete der Vertrieb über seinen

Online-Versand eine Spendenaktion für zwei verurteilte Rechtsextremisten aus Österreich. Bislang erschienen bei dem Label 100 CDs, von denen 14 wegen jugendgefährdender Inhalte durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert wurden.

Das Textil-Label DRYVE BY SUIZHYDE und das dazugehörige Design-Studio MUDHATER sind seit Januar 2013 in Dresden ansässig. Ursprünglich stammt das Unternehmen aus Thüringen. Damit besteht im Freistaat Sachsen ein erstes Textil-Label innerhalb der rechtsextremistischen Vertriebszene. Bis zum Umzug nach Sachsen waren die Artikel der Firma in Sachsen exklusiv bei OPOS-RECORDS verkauft worden. Das Sortiment des Labels wurde über den eigenen Versand im Internet und OPOS-RECORDS in Sachsen verkauft.

1.11.4 Erzgebirgskreis

Im Erzgebirgskreis sind zwischen 200 und 250 Personen der rechtsextremistischen Szene zuzurechnen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das rechtsextremistische Personenpotenzial somit rückläufig und liegt im sachsenweiten Vergleich im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Im Berichtsjahr griffen NEONATIONALSOZIALISTEN im Erzgebirgskreis umfassend die Themen „Asylbewerber“ und „Ausländerkriminalität“ auf. In diesem Zusammenhang beteiligten sie sich aktiv an Demonstrationen gegen Asylbewerberunterbringungen, z. B. an den sog. Schneeberger Lichtelläufen (siehe unten). Die AUTONOMEN NATIONALISTEN AUE, die sich in der Vergangenheit selbst als „volkstreuere Jugendliche“

bezeichneten, entfalteten im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren im Berichtsjahr keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten. Von 2012 bis 2013 waren sie vor allem überregional aktiv gewesen.

In Schneeberg fand am 22. Februar ein szeneeinternes Fußballturnier in der Sporthalle des Johann-Gottfried-Herder-Gymnasiums statt. Daran nahmen ca. 60 bis 80 Personen teil.

An dieser Veranstaltung beteiligten sich regionale und überregionale Mannschaften u. a. auch der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN; Jugendorganisation der NPD). Auf der Facebook-Seite der JN Nordsachsen hieß es dazu:

„Auch Aktivisten der JN Nordsachsen beteiligen sich am großen nationalen Fußballturnier in Sachsen. Hier wird die Volksgemeinschaft ausgelebt. Sport frei !“¹²⁸

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Die NPD verfügt im Erzgebirgskreis über einen aktiven Kreisverband, der im Jahr 2007 aus der Fusion der ehemaligen NPD-Kreisverbände Annaberg, Aue-Schwarzenberg, Stollberg und Mittlerer Erzgebirgskreis hervorging. In Schneeberg und in Geyer hat die Partei Ortsverbände. Auch die NPD-Frauenorganisation „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) ist im Raum Chemnitz-Erzgebirge mit einer Regionalgruppe vertreten.

Die NPD versuchte in der Vergangenheit, sich in der Region als „Kümmerer“ zu präsentieren. Dabei griff der Kreisverband Themen auf, die das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung oder soziale Belange berührten, beschwor eine Bedrohungslage und inszenierte sich als vermeintlich einzige Kraft, die die Belange und Sorgen der Bürger aufgreife und thematisiere. Damit zielte die Partei auf die Mitte der Gesellschaft und hoffte auf den Gewinn von Wählerstimmen.

Im Jahr 2014 setzte die NPD ihre Agitation gegen die Unterbringung von Asylbewerbern im Landkreis fort und griff die im Vorjahr initiierten „Schneeberger Lichtelläufe“ auf. So fand am 25. Januar 2014 der vierte vom NPD-Kreisrat Stefan HARTUNG organisierte „Lichtellauf“ statt, an dem sich rund 250 Personen beteiligten. An die Mobilisierungserfolge des

Vorjahres, als sich teilweise 1.800 Personen in Schneeberg versammelten, konnten die Veranstalter allerdings nicht anknüpfen.

Nicht als „Lichtellauf“ bezeichnet, aber ebenso regionalspezifisch geprägt, fand am 29. November 2014 unter dem Motto „Haamitland wach auf!“ die letzte größere Anti-Asyl-Kundgebung des Jahres im Erzgebirgskreis statt. Der Organisator dieser Veranstaltung war wie bei den „Lichtelläufen“ der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Erzgebirge. In einer neuen Facebook-Gruppe mit der Bezeichnung „Freigeist“ wurde für die Veranstaltung mobilisiert. Wieder agierte die NPD subtil, indem sie sich volkstümlich gab und versuchte, in der Vorweihnachtszeit Personen aus dem bürgerlichen Spektrum zur Teilnahme zu bewegen. Letztendlich folgten etwa 600 Personen diesem Aufruf.

Darüber hinaus war das Jahr 2014 von zahlreichen Wahlkämpfen geprägt, an denen sich auch die NPD beteiligte. Der sächsische NPD-Landesverband führte am 29. August 2014 in Schneeberg seine Wahlkampfabschlussveranstaltung durch. Allerdings folgten nur rund 140 Teilnehmer dem Aufruf der rechtsextremistischen Partei.

Zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014 stellte der NPD-Kreisverband 15 Kandidaten für die Kreistagswahl auf. Darüber hinaus traten in Gelenau, Auerbach, Jahnsdorf, Zschorlau, Ehrenfriedersdorf, Niederdorf, Geyer, Stollberg und Bad Schlema insgesamt 13 Kandidaten zur Stadt- bzw. Gemeinderatswahl an. Die Partei konnte offenbar nicht überall genügend bereitwillige Kandidaten finden, da sie selbst in einigen Orten, in denen sie bis dahin im

¹²⁸ www.facebook.com/jnnordsachsen (Stand: 8. April 2014), Schreibweise wie im Original



Quelle: <https://www.facebook.com/freigeist> (Stand: 28. November 2014)

Kommunalparlament vertreten war, nicht mehr antrat.

Stadt- und Gemeinderatsmandate der NPD 2009 und 2014



Nach dem amtlichen Wahlergebnis erreichte die Partei bei der Kreistagswahl 4,7 % (2008: 5,7 %) der Stimmen und verlor damit ein Mandat. Sie erzielte vier Mandate im Kreistag. Mit jeweils einem Mandat ist die NPD in Gelenau, Jahnsdorf, Geyer und Bad Schlema im Stadt- bzw. Gemeinderat vertreten. Im Erzgebirgskreis verlor die Partei mit diesem Ergebnis insgesamt sechs Mandate.

Das Ergebnis der Landtagswahl 2014 zeigt, dass sich die Aktivitäten der NPD gegen das Asylbewerberheim in Schneeberg durchaus auf das Wahlergebnis auswirkten. Sämtliche Wahlkreisergebnisse lagen über dem Landesdurchschnitt. Das beste Ergebnis erzielte die Partei im Wahlkreis Erzgebirge 2 mit 6,9 %. In diesem Wahlkreis

liegen auch die Städte Schneeberg (10,0 %) und Bad Schlema (7,7 %).

Aktivitäten der JN wurden im Berichtsjahr nicht bekannt.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Erzgebirgskreis gab es im Berichtsjahr nach wie vor eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene, deren Mitglieder sich vor allem an Aktivitäten wie rechtsextremistischen Konzerten und szeneeigenen Sportveranstaltungen, z. B. Fußball oder Kampfsport, beteiligten. Diese Sportarten sind, insbesondere bei Jugendlichen, populär und bieten deshalb rechtsextremistischen Gruppierungen die Möglichkeit, sich potenziell Nachwuchs attraktiv zu präsentieren und diesen ggf. zu rekrutieren.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Freistaat Sachsen	1.602	1.635	1.710	54	67	83
Erzgebirgskreis	111	94	143	0	1	3

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Im Erzgebirgskreis bestehen Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene. So sind hier neben der Band VERBOTEN auch Mitglieder der Musikgruppe WHITE RESISTANCE ansässig. Beide Bands beteiligten sich mit je einem Lied am so genannten „TddZ-Sampler“. Dieser erschien Ende April 2014 bei dem Chemnitzer Label PC-RECORDS und wurde von diesem im Rahmen der rechtsextremistischen Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“ produziert. Im Herbst 2014 erfolgte die Indizierung der CD wegen jugendgefährdender Inhalte. Darüber hinaus trat WHITE RESISTANCE bei einem

rechtsextremistischen Konzert am 27. Dezember 2014 in Torgau OT Staupitz auf.

Ein weiterer im Landkreis wohnhafter Aktivist der rechtsextremistischen Musikszene beteiligte sich am Bandprojekt PRO PATRIA, das, bestehend aus Mitgliedern mehrerer rechtsextremistischer Musikgruppen, im Jahr 2014 eine CD veröffentlichte.

Internet-Eintragungen zufolge fand offenbar am 11. Januar 2014 ein rechtsextremistisches Konzert mit mehreren Bands im Erzgebirge statt.

In Annaberg ist ein Ladengeschäft ansässig, dessen Sortiment auf die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene ausgerichtet ist.

1.11.5 Landkreis Görlitz

Im Landkreis Görlitz gehörten der rechtsextremistischen Szene im Berichtsjahr zwischen 150 und 200 Personen an. Das rechtsextremistische Personenpotenzial blieb somit konstant und lag im sachsenweiten Vergleich im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die neonationalsozialistische Szene im Landkreis Görlitz verfügte über aktive Strukturen von FREIEN KRÄFTEN im Raum Görlitz und im Raum Zittau, die jedoch im Jahr 2014 öffentlich kaum in Erscheinung traten. Darüber hinaus gab es

Hinweise auf die Existenz einer neonationalsozialistischen Struktur in Weißwasser.

Die FREIEN KRÄFTE LAUSITZ-NIEDERSCHLESILIEN sind seit 2013 bekannt. Sie traten im Jahr 2014 auch unter der Bezeichnung NATIONALE SOZIALISTEN NIEDERSCHLESILIEN – DIVISION SCHLESILIEN auf. Mitglieder dieser gewaltbereiten Gruppierung nahmen am 15. Februar 2014 in Cottbus an einem rechtsextremistischen Trauermarsch teil. Darüber hinaus mobilisierten sie zum Thema „Anti-Asyl“.



Quelle: www.facebook.com/pages/Division-Schlesien
(Stand: 3. Oktober 2014)

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Die NPD verfügt im Landkreis Görlitz über einen mittelgroßen und kaum aktiven Kreisverband, der in einzelne Ortsgruppen untergliedert ist. Der Schwerpunkt des Kreisverbandes liegt in Zittau. Dort nutzte die NPD ein Bürgerbüro für ihre Treffen. Die NPD führte in dem Landkreis überwiegend interne Versammlungen durch.

Gelegentlich organisierten die Mitglieder des Kreisverbandes Informationsstände. Im Rahmen des Wahlkampfes zu den Kommunalwahlen und zur Landtagswahl fanden in Zittau am 19. März und am 6. August zwei Kundgebungen mit je 30 Teilnehmern statt, die der Landesvorstand organisiert hatte.

Im November 2014 verkündete der Kreisvorstand in einer Erklärung geschlossen seinen Austritt aus der NPD. Als Gründe wurden „politische, soziale und menschliche Fehlentwicklungen“ in der Partei angegeben. Hintergrund waren Auseinandersetzungen zwischen den NPD-Mitgliedern im Görlitzer Kreistag und die Positionierung des Landesvorstandes zu diesem Konflikt. Diese Austritte dürften die Parteiarbeit dieser ohnehin kaum aktiven NPD-Struktur in Ostachsen am Ende des Berichtsjahres zum Erliegen gebracht haben.

Stadt- und Gemeinderatsmandate der NPD 2009 und 2014



Die NPD war nach den Kommunalwahlen 2008/2009 im Landkreis Görlitz mit insgesamt fünf Kreistags- und sieben Stadt- bzw.

Gemeinderatsmandaten vertreten. Im Jahr 2014 verlor die Partei ein Kreistagsmandat. Bei den Stadt- und Gemeinderatswahlen konnte die NPD ihre kommunalpolitische Präsenz im Landkreis Görlitz leicht ausbauen. In Görlitz und Zittau ist sie seitdem mit jeweils zwei Mandatsträgern im Stadtrat vertreten. In Weißwasser, Hirschfelde (Ortschaft von Zittau), Niesky und Großschönau sitzt je ein NPD-Vertreter im Kommunalparlament. Allerdings hat die NPD nach den Austrittserklärungen von einzelnen Funktionären wieder Mandate verloren.

Zur Landtagswahl 2014 erzielte die NPD im Landkreis Görlitz mit 5,6 % der Zweitstimmen ein leicht überdurchschnittliches Ergebnis (landesweit 4,9 %). Jedoch hat sie damit gegenüber der Wahl 2009 (7,7 %) knapp über 2 % verloren.

Der Stützpunkt der JN „Ostsachsen“ existiert seit April 2014 und umfasst die Landkreise Bautzen und Görlitz. Von diesem Stützpunkt gingen jedoch nur geringe öffentlich wirksame Aktivitäten aus. So wurden z.B. Mobilisierungsaufrufe für eine Kundgebung der NPD am 14. Juli 2014 in Löbau, für Veranstaltungen des JN-Landesverbandes sowie für

Wahlkampfaktivitäten der NPD im Landkreis Görlitz veröffentlicht.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Neben den NEONATIONALSOZIALISTEN und parteigebundenen Rechtsextremisten existiert eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Dieser gehören insbesondere Jugendliche mit rechtsextremistischer Einstellung an, die an Wochenenden rechtsextremistische Konzerte besuchen und/oder vornehmlich durch Straftaten wie Propagandadelikte auffallen.

Die in Niesky ansässige Kameradschaft SCHLESISCHE JUNGS führte überwiegend interne Treffen und subkulturell geprägte Freizeitaktivitäten durch. Die Gruppierung verfügt über ein Treffobjekt in der Stadt.

DER NATIONALE JUGENDBLOCK e.V. (NJB) existiert seit Dezember 1991. Seine Bedeutung für die regionale Szene hat in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich abgenommen. Bestrebungen, überregional als extremistischer Personenzusammenschluss aufzutreten, waren nicht erkennbar. Gleichwohl bestanden Kontakte zu rechtsextremistischen Strukturen im

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Freistaat Sachsen	1.602	1.635	1.710	54	67	83
Landkreis Görlitz	104	131	132	0	0	2

regionalen Umfeld. Der NJB verfügt seit mehreren Jahren über ein Vereinshaus in Zittau, das für Treffen und Veranstaltungen genutzt wird.

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Die Aktivitäten der rechtsextremistischen Musikszene lagen im Landkreis Görlitz bis 2012 im sachsenweiten Vergleich deutlich über dem Durchschnitt. Mit der Schließung der Gaststätte „Zur Deutschen Eiche“ im Rothenburger

Ortsteil Geheege Ende April 2012 verlor die rechtsextremistische Musikszene eines ihrer wichtigsten Veranstaltungsobjekte. Seitdem fanden im Landkreis Görlitz keine rechtsextremistischen Konzerte mehr statt. Ebenso wurde im Berichtsjahr keine Musikgruppe bekannt, die der rechtsextremistischen Szene zuzurechnen ist.

Auch rechtsextremistische Vertriebsstrukturen sind 2014 im Landkreis Görlitz nicht bekannt geworden.

1.11.6 Landkreis Leipzig

Im Landkreis Leipzig waren der rechtsextremistischen Szene im Berichtsjahr, wie im Vorjahr, zwischen 150 und 200 Personen zuzurechnen. Das Personenpotenzial lag im Vergleich zu anderen Regionen im Freistaat Sachsen im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die Schwerpunkte der neonationalsozialistischen Szene im Landkreis Leipzig befanden sich in Geithain und im Raum Frohburg. Die NEONATIONALSOZIALISTEN in dieser Region hatten zum Teil enge Kontakte zu Szeneangehörigen im Raum Mittelsachsen.

Aufgrund des Übertritts der Führungsperson der Szene, Manuel TRIPP, zu den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN; Jugendorganisation der NPD) kam es bereits im Jahr 2013 zu deutlich weniger öffentlichkeitswirksamen Aktionen der NEONATIONALSOZIALISTEN. Dieser Trend setzte

sich auch im Jahr 2014 fort. TRIPP widmete sich neben seiner Funktion als Leiter des JN-Stützpunktes verstärkt seiner Kandidatur für die NPD zur Stadtratswahl in Geithain.

Die rechtsextremistischen Anti-Asyl-Kampagnen stellten im Jahr 2014 einen Themenschwerpunkt der NEONATIONALSOZIALISTEN dar. So beteiligten sich Angehörige der neonationalsozialistischen Szene aus dem Raum Borna und Döbeln gemeinsam mit Mitgliedern der NPD und der JN am 25. Januar 2014 an einer Kundgebung gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in Borna. Dort trat u. a. auch Manuel TRIPP als Redner auf.

Eine weitere Kundgebung unter dem Motto „Wer schweigt, verliert seine Stimme! Unsere Heimat – unser Recht!“ fand am 13. April 2014 in Borna statt. Im Vorfeld hatten die Veranstalter verlauten lassen, man könne nicht hinnehmen, dass „Deutsche in ihrer eigenen Heimatstadt von Asylbewerbern belästigt, bestohlen und bepöbelt werden“.¹²⁹

¹²⁹ Facebookseite der Bürgerinitiative „Wir sind Borna“ (Stand: 10. April. 2014)

Auch die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner bot den NEONATIONALSOZIALISTEN Anlass zur Agitation. So wurden Veranstaltungen eines in Geithain ansässigen Jugendclubs, welcher nach Auffassung der NEONATIONALSOZIALISTEN ein „Hort Linksextremer“¹³⁰ gewesen sei, in provokativer Weise auf einschlägig bekannten Twitterseiten von Rechtsextremisten veröffentlicht. Dort hieß es beispielsweise, dass der Jugendclub „... mal wieder linke Chaoten für ihr Open Air zusammen“ getrommelt habe oder: „Achtung! Heute ist wieder Zeckenkonzert ... Wachsam bleiben und Straftaten sofort melden!“.

Die neonationalsozialistischen Strukturen im Raum Frohburg – die FREIEN KRÄFTE KOHRENER LAND und die FREIEN KRÄFTE FROHBURG – traten im Jahr 2014 nicht öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Anfang des Jahres existierte bei Facebook vorübergehend eine Gruppe, die unter den Bezeichnungen AUTONOME NATIONALISTEN FROHBURG sowie NATIONALE SOZIALISTEN FROHBURG (NSF) dort als Profilbild unter anderem den Spruch „Gegen Gewalt und Überfremdung – Multikultur ist sozialer Krieg“ verwendete. Öffentlichkeitswirksame Aktionen dieser Gruppierung außerhalb des Internets wurden bislang allerdings nicht bekannt.



Quellen: <https://www.facebook.com/FrohburgNSF> (Stand: 22. Januar 2014)

<https://www.facebook.com/FrohburgWehrtSich> (Stand: 23. Januar 2014)

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der NPD-Kreisverband Leipzig Land war im Berichtsjahr ein vergleichsweise kleiner Verband. Nach dem Rücktritt des gesamten Kreisvorstandes im März 2012 und einer Notverwaltungsphase unter Führung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Maik SCHEFFLER musste er wieder neu aufgebaut werden. Am 9. Dezember 2013 verlautbarte die NPD einen Führungswechsel im Kreisverband. Vorsitzender wurde der Geithainer NPD-Stadtrat und JN-Stützpunktleiter Manuel TRIPP. Auf der Homepage des NPD-Kreisverbandes teilte er mit:

„Nach kurzer Zeit des Neuaufbaus und der Umstrukturierung unseres Kreisverbandes stehen wir nun mit einer dynamischen Führungsmannschaft bereit, die wichtigen Wahlkämpfe im Jahre 2014 zu bestreiten. Vor allem auf die Kommunalwahlen im Mai wird dabei ein Schwerpunkt gelegt werden.“¹³¹

Die angekündigte Dynamik war nach diesem Führungswechsel jedoch kaum spürbar. Nur im Zusammenhang mit der Kommunalwahl und der Landtagswahl waren Aktivitäten des Kreisverbandes erkennbar.

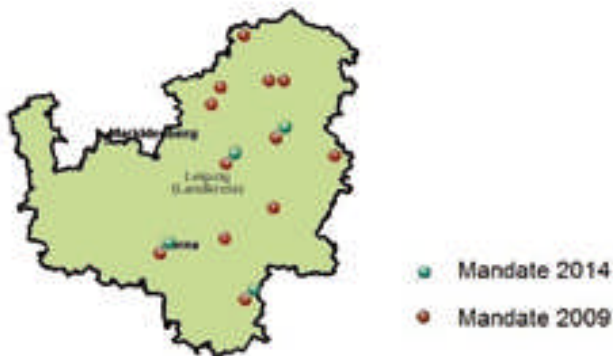
Der Zusammenbruch des Kreisverbandes im Jahr 2012 hatte gravierende Auswirkungen auf die kommunalpolitische Präsenz der NPD im Landkreis. Hatte die NPD nach der Kommunalwahl 2009 noch insgesamt 12 Mandatsträger in den Stadt- und Gemeinderäten von Borna, Thallwitz, Machern, Brandis, Trebsen, Mutzschen, Wurzen, Bad Lausick, Großbothen,

¹³⁰ Internetseite FREIES NETZ BORNA/GEITHAIN (Stand: 18. Juli 2011)

¹³¹ Auszug aus der Homepage des Kreisverbandes Leipzig Land (Stand: 9. Dezember 2013)

Geithain und Parthenstein, verfügt sie nach der Stadt- und Gemeinderatswahl 2014 nur noch über jeweils ein Mandat in Borna, Trebsen und Parthenstein. In Geithain erzielte die Partei zwei Mandate, konnte aber mit Manuel TRIPP nur ein Mandat besetzen.

Stadt- und Gemeinderatsmandate der NPD 2009 und 2014



An der Kreistagswahl 2014 beteiligte sich die NPD im Landkreis Leipzig in jedem der zehn Wahlkreise mit je einem Kandidaten. Insgesamt zog die Partei mit drei Mandaten in den Kreistag ein. Gegenüber 2008 verloren die Rechtsextremisten damit ein Mandat.

Bei der Landtagswahl im August 2014 erzielte die NPD im Landkreis Leipzig durchschnittliche Resultate. Die besten Landeslistenergebnisse erzielte die Partei in Geithain mit 8,8 %, in Markkleeberg mit 8,6 %, in Thallwitz mit 8,3 % und in Trebsen mit 7,5 % der Stimmen.

Die Jugendorganisation der NPD – die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) – verfügten im Berichtsjahr im Landkreis Leipzig über drei Stützpunkte. Der überwiegend in der Region Wurzener agierende JN-Stützpunkt Muldental existiert nach eigenen Angaben seit November 2009. Der JN-Stützpunkt Geithain wurde im November 2012 und der Stützpunkt in Borna im Januar 2014 gegründet.

Stützpunktleiter der JN-Muldental ist Mathias KÖNIG. Er unterhielt im Berichtsjahr gute Verbindungen zu rechtsextremistischen Strukturen in anderen Regionen, u. a. in Brandenburg. So beteiligten sich am 25. Oktober 2014 Mitglieder dieses Stützpunktes mit einem eigenen Transparent an einer Solidaritäts-Kundgebung der rechtsextremistischen Gefangenenhilfe in Brandenburg an der Havel. Das Transparent trug die Aufschrift „Meines Volkes Not ist Meine Not! Nationale Sozialisten Muldental“ (Schreibweise wie im Original). Die verwendete Bezeichnung belegt die enge Verzahnung zwischen den JN und der neonationalsozialistischen Szene.



Quelle: <https://www.facebook.com/JungeNationaldemokratenMuldental>
(Stand: 27. Oktober 2014)

Bei einem Fußballturnier der JN-Brandenburg im Mai 2014 war der JN-Stützpunkt Muldental mit einer eigenen Mannschaft vertreten. Mit Mobilisierungsaktionen zur Teilnahme an regionalen, aber auch überregionalen Veranstaltungen versuchten die JN Muldental auf ihrer Facebook-Seite, öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen und politisch interessierte Jugendliche für sich zu gewinnen. Die Werbetour der JN im Rahmen der Kampagne „Weg mit dem Drogendreck“ führte u. a. auch nach Wurzener. Dort verteilten Mitglieder der JN, teils als „Platzhirsch“ verkleidet, Informationsmaterial,

wie die Schülerzeitschrift „Platzhirsch“, in und an Schulen. Wie bereits in den vergangenen Jahren bot auch der Volkstrauertag im November 2014 wieder Anlass für weitere Aktionen.

Der JN-Stützpunkt Geithain beteiligte sich im Februar mit einer eigenen Mannschaft an einem „nationalen Fußballturnier“ in Schneeberg. Darüber hinaus veranstaltete dieser Stützpunkt regelmäßig sogenannte Winter-, Sommer- und Herbstlager. Das Sommerlager im August 2014 stand unter dem Motto „Raus aus dem Stress – Rein in den Wald!“. Im Rahmen des Landtagswahlkampfes setzten vor allem die JN im Bereich Leipzig und Nordsachsen auf das Thema Tierschutz: Die JN Geithain wollten sich beispielsweise an der Finanzierung des Tiergeheges für das Pony „Julia“ im Geithainer Tierpark beteiligen. Im Internet war bereits vom „JN-Pony Julia“ die Rede. Allerdings wies die Stadt Geithain die angebotene Tierpatenschaft zurück.

Leiter des JN-Stützpunktes Geithain ist Manuel TRIPP.

Im Januar 2014 wurde der JN-Stützpunkt in Borna gegründet.¹³² Erstmals beteiligten sich die JN-Borna Ende Januar 2014 an einer Kundgebung gegen die Asylbewerberunterkunft „Unsere Heimat – Unser Recht!“. Im Zusammenhang mit dem Wahlkampf für die Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen verteilten Angehörige der JN-Borna Wahlzeitschriften und beteiligten sich an Plakatieraktionen. Im September 2014 trat erstmalig ein so genannter „Freundeskreis JN Borna“ mit einem eigenen Transparent bei einer Informationstour der JN unter dem Motto „Sag was du denkst“

in Erscheinung. Mit gleichem Transparent war dieser Freundeskreis bei der Demonstration am 4. Oktober 2014 in Döbeln vertreten.



Quelle: <https://www.facebook.com/jungenationalistenleipzig>

(Stand: 16. September 2014)

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Landkreis Leipzig existierte im Berichtsjahr eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Abhängig vom Charakter der jeweiligen Veranstaltung und vom Engagement der jeweils agierenden Führungspersonen der FREIEN KRÄFTE ist diese Szene vor allem zu Großereignissen mobilisierbar. Dieser Szene sind insbesondere Jugendliche zuzurechnen, die an rechtsextremistischen Konzerten und Partys teilnehmen.

Auch die Organisation von Freizeitveranstaltungen zählt zum Betätigungsfeld der subkulturell orientierten Rechtsextremisten, so unter anderem ein Volleyballturnier im Juni oder der sogenannte „Muldentaler Kameradschaftslauf“ im September. Beim „Muldentaler Kameradschaftslauf“ handelte es sich weniger um eine Sportveranstaltung im engeren Sinne als vielmehr

¹³² Facebookseite der JN Borna (Stand: 7. Januar 2014)

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Freistaat Sachsen	1.602	1.635	1.710	54	67	83
Landkreis Leipzig	117	90	59	0	6	2

um eine Freizeitveranstaltung subkulturell orientierter Rechtsextremisten zur Stärkung des Szenezusammenhalts. Insgesamt nahmen ca. 120 Personen an der Veranstaltung teil, welche vorwiegend aus der Region Leipzig angereist waren. Durchgeführt wurde diese Veranstaltung in einem Steinbruch in Grimma (Ortsteil Roda). Rechtsextremisten nutzen den Steinbruch immer wieder für überregionale NPD-Veranstaltungen und vereinzelt für Szenekonzerte.

Eine bekannte Gruppe des subkulturellen Spektrums im Norden des Landkreises ist die **TERRORCREW MULDENTAL (TCM)**. Mitglieder der TCM beteiligten sich in der Vergangenheit hauptsächlich an rechtsextremistischen Veranstaltungen, wie rechtsextremistischen Fußballturnieren, Partys und Konzerten. Bereits in den vergangenen Jahren war ein Rückgang der Aktivitäten der TCM zu verzeichnen. Dieser Trend hielt auch im Berichtsjahr an. Es wurden keine öffentlichkeitswirksamen Aktionen bekannt.

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Die rechtsextremistische Musikszene ist im Landkreis Leipzig nur unterdurchschnittlich ausgeprägt. Mit der Band **SARIN** – benannt

nach einem in Deutschland in den Dreißigerjahren entwickelten Giftgas – ist hier eine rechtsextremistische Musikgruppe aktiv. Diese trat beim Konzert am 26. April 2014 in Borsdorf, OT Panitzsch vor 80 bis 100 Besuchern auf. Dabei handelte es sich um eine von drei im Berichtszeitraum konspirativ vorbereiteten Konzertveranstaltungen.

FRONT RECORDS

Das im Landkreis ansässige Unternehmen **FRONT RECORDS** war im Berichtsjahr einer der bundesweit bedeutendsten rechtsextremistischen Vertriebe. Es wird geschätzt, dass das Unternehmen über mehrere tausend Kunden im In- und Ausland verfügt.

Der Vertrieb besteht aus einem Internet-Versand und einem Tonträger-Label. Außerdem stehen technische Möglichkeiten zum Textildruck zur Verfügung. Das zugehörige Tonträger-Label brachte bislang über 80 Tonträger einschlägiger rechtsextremistischer Bands und Liedermacher auf den Markt. Wegen jugendgefährdender Inhalte wurden 18 Produktionen von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert.

1.11.7 Leipzig (Stadt)

In der Stadt Leipzig sind 300 bis 350 Personen der rechtsextremistischen Szene zuzurechnen. Das Personenpotenzial stieg im Vergleich zum Vorjahr etwas an und liegt im sachsenweiten Vergleich an der Spitze.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die neonationalsozialistische Szene der Stadt umfasst neben den FREIEN KRÄFTEN LEIPZIG auch die Gruppierung HEIMATTREUES LEIPZIG. Sie tritt mit Aktivitäten, wie Teilnahmen an Kundgebungen, Demonstrationen und Vortragsveranstaltungen, öffentlich in Erscheinung. Für zum Teil gemeinsame Veranstaltungen mit der NPD bzw. den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN; Jugendorganisation der NPD) nutzte die Szene das Szeneobjekt in der Odermannstraße 8 in Leipzig-Lindenau. Dieses wurde jedoch durch den NPD-Kreisverband Leipzig Mitte 2014 aufgegeben.

Ein Schwerpunkt der Aktivitäten der FREIEN KRÄFTE LEIPZIG im Berichtsjahr war die Unterstützung der NPD im Kommunal-, Europa- und Landtagswahlkampf. Angehörige der FREIEN KRÄFTE LEIPZIG beteiligten sich beispielsweise am 6. April 2014 am Aktionstag des NPD-Kreisverbandes Leipzig. Sie fertigten Plakate bzw. bereiteten Wahlkampfmaterial für die Verteilung vor. Im Mai 2014 riefen die FREIEN KRÄFTE zusammen mit den JN zur Demonstration „Linken Straßenterror stoppen! Medien-Verharmlosung und Polizei-Untätigkeit beenden!“ auf. Der gemeinsame Aufruf und die gemeinsame Teilnahme von JN-Mitgliedern und Angehörigen der Freien Kräfte an dieser Veranstaltung zeigen die enge Zusammenarbeit der beiden rechtsextremistischen Strukturen.

Die Kameradschaft HEIMATTREUES LEIPZIG trat im Vergleich zum Vorjahr deutlich weniger öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Sie beteiligte sich unter anderem am 8. Februar 2014 an einem „Trauermarsch“ in Weimar (Thüringen) mit einem eigenen Transparent.



„Trauermarsch“ in Weimar

Quelle: www.publikative.org

(Stand: 10. Februar 2014)

Die neonationalsozialistische KAMERADSCHAFT LEIPZIG-MÖCKERN – sie war im Vorjahr die aktivste neonationalsozialistische Gruppierung in der Stadt – trat im Jahr 2014 nicht öffentlichkeitswirksam in Erscheinung.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der NPD-Kreisverband Leipzig gehört zu den mitgliederstärksten und aktivsten NPD-Strukturen im Freistaat Sachsen. Besondere Bedeutung hatte diese NPD-Struktur im Berichtsjahr durch die Nutzung eines Objektes in der Odermannstraße 8, welches von einem NPD-Mitglied zur Verfügung gestellt wurde. Die dort untergebrachte Kreisgeschäftsstelle der Partei war als Anlaufpunkt für die rechtsextremistische Szene im Raum Leipzig von zentraler

Bedeutung und wurde sowohl von der NPD und den JN als auch anderen Szeneangehörigen für zum Teil gemeinsame Veranstaltungen genutzt.

2014 führten die Rechtsextremisten zahlreiche Vortragsveranstaltungen und Treffen sowie zwei rechtsextremistische Konzerte in diesem Objekt durch. Allerdings gab die NPD nach ihrem Scheitern bei der sächsischen Landtagswahl im August 2014 das Objekt mit der Begründung auf, dass man nach einer „umfangreichen Kosten-Nutzen-Analyse“ zu der Erkenntnis gelangt sei, dass ein zentrales Objekt für ganz Leipzig nicht in das Konzept des neuen Kreisvorsitzenden Enrico BÖHM passe. Die Leipziger NPD setzte in der Folgezeit auf „dezentrale Anlaufstellen“ für Mitglieder und Interessenten.

Im Internet präsentiert sich der NPD-Kreisverband Leipzig mit einer eigenen Homepage, auf welcher unter anderem über tagespolitische Themen sowie über die Tätigkeit des inzwischen einzigen Leipziger NPD-Stadtratsmitglieds (Enrico BÖHM) berichtet wird. Auch auf dem Facebook-Profil des Kreisverbands wird über die Aktivitäten berichtet.

Neben Mitgliederversammlungen und anderen internen Veranstaltungen waren Mitglieder des Kreisverbandes Leipzig besonders im Wahlkampf zur Kommunalwahl und zur Landtagswahl aktiv. Diese Aktivitäten fußten vor allem auf dem Engagement derjenigen Parteimitglieder, welche ursprünglich aus der neonationalsozialistischen Szene stammten und zur Kommunalwahl kandidierten.

Auch im Jahr 2014 setzte die NPD in Leipzig ihre ausländer- und islamfeindliche Agitation fort. Die Aktivitäten dienten maßgeblich ihrem Wahlkampf.

Als eine sogenannte Bürgerinitiative am 3. Februar unter dem Motto „Leipzig steht auf! Bürgerwille vor Minderheitenpolitik!“ eine Kundgebung anmeldete, beteiligten sich daran auch Mitglieder und Funktionäre des NPD-Kreisverbandes. Der stellvertretende Vorsitzende des sächsischen NPD-Landesverbandes, Maik SCHEFFLER, trat außerdem als Redner auf einer Veranstaltung auf, die sich gegen eine Asylbewerberunterkunft in Leipzig richtete.



Quelle: <https://www.facebook.com/jungenationalistenleipzig>

(Stand: 15. Mai 2014)

Während der Kommunalwahlzeit kam es in Leipzig zu zahlreichen Übergriffen auf NPD-Mitglieder und Kandidaten der Partei. Um die Öffentlichkeit darüber zu informieren, plante der NPD-Kreisverband Leipzig im Mai eine Kundgebung, die allerdings vom NPD-Landesvorstand untersagt wurde. Offenbar befürchtete man eine negative mediale

Berichterstattung. Das jüngere, aktionistisch orientierte Personenpotenzial im Kreisverband ignorierte dieses Verbot jedoch und meldete die Veranstaltung kurzerhand über die JN an. Die Veranstaltung fand am 18. Mai 2014 statt und thematisierte unter dem Motto „Linken Straßenterror stoppen! Medien-Verharmlosung und Polizei-Untätigkeit beenden!“ Übergriffe auf die NPD-Kandidaten für die Stadtratswahl in Leipzig und die durch die Veranstalter unterstellte Untätigkeit der Polizei bzw. die Verharmlosung in den Medien. Zur Veranstaltung hatten die JN und die FREIEN KRÄFTE gemeinsam aufgerufen. Es nahmen ca. 160 Szeneangehörige teil.

Diese Aktion verdeutlichte einerseits die Spannungen innerhalb der Partei und andererseits die enge Verzahnung zwischen der NPD, ihrer Jugendorganisation und der neonationalsozialistischen Szene in Leipzig.

Parallel zur Unterstützung von Bürgerinitiativen gegen Asylbewerberunterkünfte führte die NPD ihre Aktivitäten gegen den Bau einer Moschee in Leipzig fort. Am 16. April 2014 versuchten die Rechtsextremisten, eine Online-Petition der sogenannten „Bürgerinitiative Gohlis“ an den Leipziger Oberbürgermeister vor einer Stadtratssitzung medienwirksam zu inszenieren. Die Übergabe scheiterte jedoch.

Außerdem führte die Leipziger NPD im Zusammenhang mit dem Wahlkampf zur Kommunalwahl zahlreiche Informationsstände im Stadtgebiet durch. Engagiert zeigten sich die Mitglieder auch im Wahlkampf anlässlich der sächsischen Landtagswahl. Neben klassischen Aktivitäten, wie der Organisation von Informationsständen, waren die Rechtsextremisten bestrebt, sich auch als „Kümmerer“ zu präsentieren. So thematisierten sie angebliche

Sicherheitsdefizite in sächsischen Innenstädten und verteilten CS-Reizgas an Frauen als Schutz vor sexuellen Übergriffen. Als in Leipzig bekannt wurde, dass Hunde durch ausgelegte Köder vergiftet worden waren, verteilten die Rechtsextremisten in der Stadt kostenlos ein themenbezogenes Mitteilungsblatt und SOS-Halsbandanhänger an Hundehalter. Darüber hinaus versuchte der NPD-Kreisverband, auch mit sogenannten „Sozialen Tagen“ die Wählergunst zu gewinnen. Der NPD-Kreisvorsitzende verteilte beispielsweise Fahrkarten für den öffentlichen Nahverkehr an Passanten.

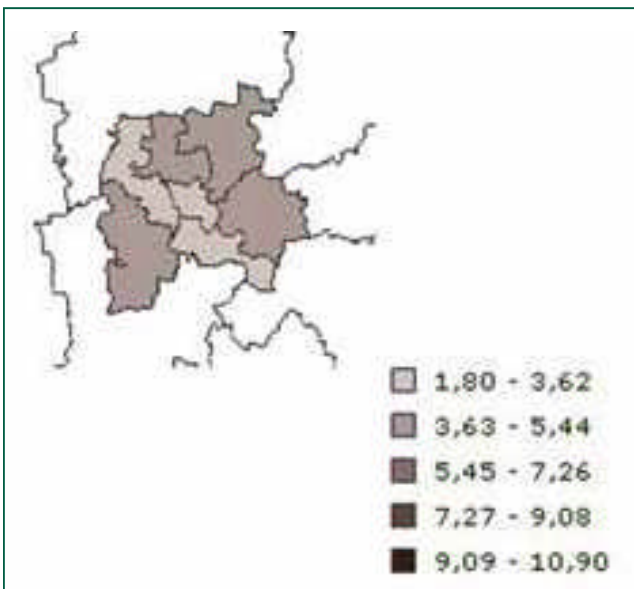


Quelle: <https://www.facebook.com/npd.leipzig>
(Stand: 20. Mai 2014)

Bis zur Kommunalwahl 2014 war die NPD in Leipzig mit zwei Mandaten im Stadtrat vertreten. Um ihre Präsenz auszubauen, stellten die Rechtsextremisten zur Kommunalwahl 2014

insgesamt 18 Kandidaten in den neun Wahlkreisen der Stadt auf. Trotz intensiven Wahlkampfes verlor die Partei in der Messe-Stadt jedoch eines ihrer zwei Mandate. Wegen der Aufstellung des Parteiaktivisten Alexander KURTH im Wahlkreis 9, der wegen einer verbüßten Haftstrafe die Voraussetzungen der passiven Wählbarkeit nicht erfüllte, musste der Urnengang in diesem Wahlkreis im November wiederholt werden. Die angetretene Kandidatin der NPD wurde mit einem Ergebnis von 2,4 % nicht gewählt.

Zur Landtagswahl am 31. August 2014 erzielte die Leipziger NPD in vier Wahlkreisen nur zwischen 1,8 % und 3,9 % der Stimmen für die Liste. Lediglich in drei Wahlkreisen erreichte die Partei mit 5,1 % (Wahlkreis Leipzig 7) und 4,2 % (Wahlkreise Leipzig 1 und 3) etwa den Landesdurchschnitt der NPD (4,95 %). Erneut zeigte sich bei dieser Wahl, dass es der NPD in den Großstädten traditionell nicht gelingt, gute Ergebnisse zu erzielen.



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

Der Stützpunkt der JN in Leipzig zählt zu den aktivsten JN-Stützpunkten in Sachsen. Im Jahr 2014 trat er mit einer Vielzahl von

Aktionen öffentlich in Erscheinung und verstärkte damit im Vergleich zum Vorjahr seine Aktivitäten deutlich. Als Stützpunktleiter fungiert der aus neonationalsozialistischen und NPD-Strukturen bekannte Rechtsextremist Alexander KURTH.

Einen Schwerpunkt der Aktivitäten der JN Leipzig bildete im Berichtsjahr die intensive Unterstützung der NPD im Kommunal-, Europa- und Landtagswahlkampf. Mitglieder der JN verteilten vielfach Werbematerial, brachten Plakate an bzw. führten zusammen mit der NPD Informationsstände durch.



Quelle: <https://www.facebook.com/jungenationalistenleipzig>

(Stand: 15. Mai. 2014)



Quelle: www.libertas-info.de

(Stand: 13. Juni 2014)

Angehörige der JN Leipzig beteiligten sich zudem regelmäßig an regionalen und überregionalen rechtsextremistischen Veranstaltungen. Entsprechende Mobilisierungen wurden auf der Facebookseite der JN Leipzig veröffentlicht. Mitglieder der JN Leipzig nahmen

unter anderem an Demonstrationen und Kundgebungen in Dresden, Bautzen, Döbeln, Chemnitz, Erfurt (Thüringen), Berlin und Bamberg (Bayern) teil. Diese Veranstaltungen hatte der Stützpunktleiter der JN Leipzig, Alexander KURTH, vielfach mit Redebeiträgen unterstützt. Diese Aktivitäten verdeutlichten die guten Kontakte der JN Leipzig zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen.

Im Berichtsjahr waren die JN Leipzig zudem in die JN-Kampagnen „Weg mit dem Drogendreck“ und „Sag was du denkst“ eingebunden. JN-Mitglieder verteilten in Leipzig Informationsmaterial über die Kampagnen bzw. unterstützten Kundgebungen in anderen Städten mit Redebeiträgen. So sprach der Leipziger JN-Stützpunktleiter KURTH am Aktionstag der Kampagne „Sag was du denkst“ am 13. September 2014 auf Kundgebungen in Berlin und Bautzen.

Im Rahmen der Kampagne „Sag was du denkst“ fand zudem am 30. September 2014 die symbolische Darstellung einer Enthauptung auf dem Marktplatz in Leipzig statt. Mehrere schwarz gekleidete und verummte Personen stellten eine Enthauptung nach und entrollten ein Transparent mit arabischer Schrift. Eine weitere Person verteilte Flugblätter an Passanten. Mit der Aktion sollte gegen eine angebliche Überfremdung und Islamisierung protestiert werden, da „Leipzig zur Hochburg radikaler Salafisten avanciert“¹³³ sei.

Von der Aktion wurde ein Video auf verschiedenen Facebookseiten, darunter auch der JN Leipzig, veröffentlicht. Darin wird auf die Internetseite der Kampagne „Sag was du denkst“ verwiesen. In einem Eintrag auf ihrer Facebookseite

bedankte sich die JN Leipzig „für das bundesweite Medieninteresse an dieser Aktion“.



Quelle: <https://www.facebook.com/jungenationalistenleipzig>

(Stand: 2. Oktober 2014)

Einen weiteren Aktionsschwerpunkt für die JN Leipzig bildete das Thema Tierschutz. Im August führten sie zusammen mit NPD-Mitgliedern eine Anti-Giftköderaktion in Leipzig durch. Dabei sollten Tierbesitzer auf ausgelegte Giftköder hingewiesen werden. Die Aktion wurde auf Facebook angekündigt und beworben. Zudem wurde ein Video gedreht und veröffentlicht. Mit weiteren Einträgen auf ihrer Facebookseite protestierten die JN Leipzig zudem gegen angebliche Tierquälerei im Zirkus, gestalteten ein Transparent und stellten eine themenbezogene Grafik auf ihrer Facebookseite bereit.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Neben den NEONATIONALSOZIALISTEN und der NPD existiert in Leipzig eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Dieser Szene gehören insbesondere Jugendliche mit rechtsextremistischer Einstellung an, die an

¹³³ Facebookseite der Kampagne „Sag was du denkst“ (Stand: 8. Oktober 2014)



Quelle: <https://www.facebook.com/jungenationalistenleipzig> (Stand: 17. November 2014)



Quelle: <https://www.facebook.com/jungenationalistenleipzig> (Stand: 17. November 2014)

Wochenenden rechtsextremistische Konzerte besuchen und/oder vornehmlich durch Straftaten wie Propagandadelikte auffallen.

Die Fußballfanggruppierung SCENARIO LOK war dem Fanpotenzial des 1. FC Lokomotive Leipzig zuzurechnen. Die bei SCENARIO LOK aktiven Rechtsextremisten stammten aus dem Umfeld der NPD/JN oder den örtlichen neonationalsozialistischen Strukturen. Nach einem Konflikt mit der Vereinsführung gab die Gruppierung im

Oktober 2014 ihre Auflösung bekannt. Nachdem Angehörige von SCENARIO LOK im August 2013 an einem Landfriedensbruch in Potsdam-Babelsberg (Brandenburg) beteiligt waren, verhängte der 1. FC Lokomotive Leipzig gegen SCENARIO LOK ein Anwesenheits- und Auftrittsverbot für Heimspiele und distanzierte sich so explizit von deren politischer Einstellung. Im Jahr 2014 wurde das Anwesenheits- und Auftrittsverbot durch die Vereinsführung auf unbestimmte Zeit verlängert.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Freistaat Sachsen	1.602	1.635	1.710	54	67	83
Leipzig (Stadt)	178	183	182	8	9	11

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Die in der Stadt Leipzig vorhandenen Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene sind im Landesvergleich weiterhin nur unterdurchschnittlich ausgeprägt. So war im Berichtszeitraum nur die rechtsextremistische Band THEMATIK25 aktiv. Diese trat am 4. Oktober 2014 bei einer Musikveranstaltung der rechtsextremistischen Szene im thüringischen Kirchheim auf. Überdies veröffentlichte sie im Internet ein neues Lied.

Hinsichtlich der durchgeführten Musikveranstaltungen ist im Vorjahresvergleich ein Rückgang zu verzeichnen. Obwohl das hierfür zumeist genutzte Szene-Objekt in der Leipziger Odermannstraße 8 bis Spätsommer 2014 zur Verfügung stand, ging die Zahl der bekannt gewordenen Liederabende schon vor dessen Aufgabe zurück, rechtsextremistische Konzerte fanden dort überhaupt nicht statt.

In der Stadt Leipzig existierte 2014 kein rechtsextremistischer Vertrieb.

1.11.8 Landkreis Meißen

Im Landkreis Meißen waren im Berichtsjahr zwischen 50 und 100 Personen der rechtsextremistischen Szene zuzurechnen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Personenpotenzial konstant geblieben. Damit liegt der Landkreis im sachsenweiten Vergleich nach wie vor im unteren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Im Landkreis Meißen waren im Jahr 2014 keine neonationalsozialistischen Strukturen festzustellen. Auch fanden keine öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen von NEONATIONALSOZIALISTEN statt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die neonationalsozialistische Szene aus dem benachbarten Dresden auf den Landkreis Meißen ausstrahlt.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der mittelgroße NPD-Kreisverband Meißen zählte im Berichtsjahr zu den aktiven NPD-Strukturen im Freistaat Sachsen. In Meißen und Gröditz existierten Ortsgruppen der Partei.

Die Schwerpunkte der Aktivitäten des Kreisverbandes lagen in Meißen, Riesa und Strehla.

Aufgrund des Sitzes des DEUTSCHE STIMME-VERLAGES in Riesa kam dem NPD-Kreisverband Meißen auch im Jahr 2014 eine herausgehobene Bedeutung zu. Allerdings befindet sich der Verlag seit Jahren in einer finanziellen Schieflage, und es bleibt abzuwarten, wie lange dieser Standort von der NPD noch aufrechterhalten werden kann.

Der Kreisverband thematisierte in der Vergangenheit wiederholt die Unterbringung von Asylbewerbern und verfolgte dabei die Strategie, Bürgerproteste zu nutzen, um sich selbst als „Kümmerer“ vor Ort zu präsentieren. Auch im Jahr 2014 agierten Vertreter des Kreisverbandes mit einer Kundgebung und Verteilaktionen gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in Zeithain und Riesa. Als im Januar 2014 bekannt geworden war, dass ein Hotel in Riesa zum Asylbewerberheim umgebaut werden könnte, drohte der Riesaer NPD-Stadtrat und Landtagsabgeordnete Jürgen GANSEL in einem

Schreiben an die mit dem Verkauf beauftragte Immobilienfirma:

„Sollte das Hotel tatsächlich zur Luxus-Herberge für Asyl-Schwindler werden, werde ich mit großen Teilen der protestbereiten Bürgerschaft notfalls alle zwei Wochen vor dem Objekt demonstrieren. So würde der neue Eigentümer schon merken, daß seine inländerfeindliche ‚Geschäfts-idee‘ in Riesa auf nachhaltige Ablehnung stößt und somit kein Erfolgsmodell werden kann.“¹³⁴

Vor einer Kreistagssitzung, auf welcher über die Unterbringung von Asylbewerbern in Zeithain und Riesa beraten werden sollte, führten am 26. Juni 2014 ca. 30 NPD-Anhänger in Riesa eine Kundgebung unter dem Motto „Heimat schützen – Keine Schein-Asylanten nach Riesa und Zeithain“ durch.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen und der Landtagswahl traten NPD-Mitglieder im Wesentlichen mit Informationsständen in Erscheinung. Ein ausgeprägter Wahlkampf konnte jedoch nicht festgestellt werden. Am 20. März 2014 führte der NPD-Landesverband Sachsen eine Kundgebung im Rahmen des Kommunalwahlkampfes in Großenhain durch.

Seit den Kommunalwahlen 2008 war die NPD mit fünf Mandatsträgern im Kreistag des Landkreises Meißen vertreten. Zur Kreistagswahl im Jahr 2014 verlor die Partei zwei ihrer fünf Mandate. Auch bei der Stadt und Gemeinderatswahl 2014 musste die NPD einen Rückgang der kommunalen Präsenz in Landkreis Meißen hinnehmen. In Gröditz, Meißen, Weinböhlen und Coswig verlor die Partei je ein Mandat. Sie verfügt jetzt nur noch in Strehla (1), Riesa (2) und Radebeul (1) über Sitze im Stadtrat.

Das Ergebnis der Landtagswahl 2014 lag mit 7,1 % (Meißen 2), 6,2 % (Meißen 1) und 5,2 % (Meißen 3) über dem Landesdurchschnitt der NPD bei den Zweitstimmen. Nur der Wahlkreis 4 (Coswig, Radebeul und Moritzburg) liegt mit 3,9 % im unteren Bereich.

Stadt- und Gemeinderatsmandate der NPD 2009 und 2014



Die NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONAL-DEMOKRATEN (JN) war im Berichtsjahr im Landkreis Meißen in der Region Riesa mit dem Stützpunkt „JN-Elbland“ vertreten, von dem allerdings keine bedeutsamen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten bekannt wurden. Initiiert von benachbarten bzw. überregionalen JN-Strukturen fanden im Landkreis Meißen zumindest vereinzelt öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten der JN statt:

Im Rahmen einer Kampagne mit dem Titel „Weg mit dem Drogendreck“ verteilten Mitglieder der JN unter anderem in Riesa Informationsmaterial, wie die neue Schülerzeitschrift der JN „Platzhirsch“. An den Verteilaktionen war auch der JN-Landesvorsitzende Paul RZEHACZEK beteiligt.

¹³⁴ www.npd-sachsen.de (Stand: 13. Februar 2014)

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Freistaat Sachsen	1.602	1.635	1.710	54	67	83
Landkreis Meißen	67	82	54	4	0	2

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Landkreis Meißen existierte im Berichtsjahr eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Sie verfügte im Vergleich zu anderen Landkreisen über ein eher unterdurchschnittliches Personenpotenzial. Die Szene fiel vornehmlich durch Straftaten, insbesondere Propagandadelikte, auf.

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Zwar wurden im Jahr 2014 keine Veranstaltungen der rechtsextremistischen Musikszene im Landkreis bekannt, dennoch existierten entsprechende Strukturen. Diese waren quantitativ unterdurchschnittlich ausgeprägt, jedoch war mit der rechtsextremistischen Band SELBSTSTELLER aus Riesa eine langjährig aktive und überregional bekannte Szene-Band im Landkreis Meißen ansässig. SELBSTSTELLER trat auch im Berichtsjahr bei rechtsextremistischen Konzerten auf, so etwa am 13. September 2014 in Torgau Ortsteil Staupitz. Mitglieder der Band

wirkten außerdem bei dem Bandprojekt PRO PATRIA mit, welches im Berichtsjahr eine CD veröffentlichte.

Die in Riesa ansässige o. g. DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH war in der Vergangenheit eines der größten rechtsextremistischen Versandunternehmen in Deutschland. Gleichwohl befindet sich der Verlag seit Jahren in finanziellen Schwierigkeiten und ist auf die Unterstützung der NPD angewiesen, die jedoch nach den verlorenen Landtagswahlen ihrerseits finanziell geschwächt ist. Das Unternehmen wird von Funktionären der NPD geführt. Der Verlag vertrieb im Berichtsjahr neben Tonträgern, Videos, Publikationen und Szeneartikeln auch das NPD-Parteiorgan DEUTSCHE STIMME. Darüber hinaus nutzte die rechtsextremistische Szene das Gelände und die Räumlichkeiten für die Durchführung von Veranstaltungen.

Mit LIBERGRAPHIX in Gröditz und NATION & WISSEN in Riesa waren im Jahr 2014 zwei weitere Verlage bzw. Vertriebe mit rechtsextremistischen Bezügen im Landkreis Meißen ansässig.

1.11.9 Landkreis Mittelsachsen

Im Landkreis Mittelsachsen gehören der rechtsextremistischen Szene, wie im Vorjahr, 200 bis 250 Personen an. Im sachsenweiten Vergleich liegt das entsprechende Personenpotential dort somit im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Im Berichtsjahr gab es im Landkreis mehrere neonationalsozialistisch geprägte Strukturen. Dazu zählten die NATIONALEN SOZIALISTEN BURGSTÄDT (NS-BURGSTÄDT) und die FREIEN NATIONALISTEN FREIBERG (FN-FREIBERG). Im Gegensatz zu den Vorjahren gingen von diesen Gruppierungen im Berichtsjahr keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten aus.

Seit dem Verbot der NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN am 18. Februar 2013 traten die im Landkreis ansässigen NEONATIONALSOZIALISTEN kaum mehr unter eigenem Namen auf.

Lediglich die FREIEN KRÄFTE aus Leisnig machten mit dem Aufsprühen des Slogans „Wir sind noch da“ im Sommer auf sich aufmerksam.

Ehemalige Mitglieder der verbotenen Gruppierung NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN waren seit der Neugründung des Stützpunktes der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN MITTELSACHSEN (JN) dort politisch aktiv. Die starke, auch überregionale Vernetzung der neonationalsozialistischen Szene mit dem ihr eigenen hohen Aktionsniveau, insbesondere die Verbindungen in die Regionen Dresden, Chemnitz, den Landkreis und die Stadt Leipzig, aber auch nach Brandenburg, wurden durch die Führungspersonen weiter gepflegt. Die Szene im Landkreis Mittelsachsen beteiligte sich im Jahr 2014 fast ausschließlich

an Aktivitäten, die von diesem JN-Stützpunkt initiiert oder unterstützt worden waren.



Quelle: Polizeidirektion Chemnitz

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der NPD-Kreisverband Mittelsachsen entstand im März 2008 durch Fusion der ehemaligen Kreisverbände Döbeln, Mittweida und Freiberg.

Obwohl der Kreisverband hinsichtlich der Mitgliederzahl im mittleren Bereich lag, entwickelte er kaum Außenwirkung und blieb vergleichsweise unbedeutend. Erkenntnisse über eine politische Arbeit seiner Ortsgruppen wurden im Jahr 2014 nicht bekannt. Auch die Internetseite des Kreisverbandes enthielt kaum Informationen mit regionalem Bezug.

Lediglich im Rahmen des Wahlkampfes 2014 zeigte die NPD-Struktur in Mittelsachsen öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. Obwohl sie sich volksnah zu geben versuchte, wurde durch die Verwendung von Begriffen wie „Volksgemeinschaft“ und „Volksgenossen“ ihr ideologischer Hintergrund offenbar. Als Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Mittelsachsen am 20. März 2014 eine soziale Aktion unter der Bezeichnung „Tag der Volksgemeinschaft“ organisiert hatten, hieß es in einem Artikel:

„Wie schon im letzten Monat sammelten Aktivisten Geld zur Unterstützung der AWO und der Volksgenossen. So wurden wieder Beutel mit Nahrungsmitteln gefüllt und vor der AWO in Döbeln verteilt.“¹³⁵



Quelle: www.facebook.com/mittelsachsenjn
(Stand: 30. April 2014)

Auch einen Informationsstand mit Verköstigung am 24. April 2014 bezeichneten die rechtsextremistischen Betreiber als einen „Tag der Volksgemeinschaft“. Sie kündigten an:

„(...) unser hohes Ziel ist es, den „Tag der Volksgemeinschaft“ zu einem festen Datum im

Kalender zu machen, jeden Monat, jahrein, jahraus.“¹³⁶

Zu den Kommunalwahlen im Mai 2014 trat die NPD mit zahlreichen Kandidaten zur Kreistags- bzw. Stadt- und Gemeinderatswahl an. Dabei griff die Partei auch auf Kandidaten zurück, welche ursprünglich aus der neonationalsozialistischen Szene stammten und nach dem Verbot der NS-DÖBELN in der JN aktiv geworden waren.

Stadt- und Gemeinderatsmandate der NPD 2009 und 2014



Mit einem Ergebnis von 3,8 % errang die NPD drei Sitze im Kreistag von Mittelsachsen. Dabei erhielt auch ein ehemaliges Mitglied der verbotenen NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN ein Mandat. Im Vergleich zu 2008 büßte die Partei ein Mandat ein. Zur Stadt- und Gemeinderatswahl erhielten lediglich drei der 17 Kandidaten ein Mandat, nämlich in Waldheim, Döbeln und Freiberg. Die NPD verharrte damit in Mittelsachsen im Vergleich zur vorangegangenen Wahl auf gleichbleibend niedrigem Niveau.

Auch das Listenergebnis der Partei zur Landtagswahl 2014 liegt mit Wahlkreiswerten

¹³⁵ Auszug aus Facebook NPD Mittelsachsen (Stand: 21. März.2014)

¹³⁶ Auszug aus Facebook JN Mittelsachsen (Stand: 30. April 2014)

zwischen 4,5 % und 5,9 % leicht unter dem Durchschnitt. Gegenüber der Wahl im Jahr 2009 verlor die NPD in jedem Wahlkreis des Landkreises Wählerstimmen.

Unmittelbar im Nachgang zum Verbot der NATIONALSOZIALISTEN DÖBELN (NS-DÖBELN) im Februar 2013 wurde der JN-Stützpunkt Mittelsachsen gegründet. Er setzte sich aus einzelnen ehemaligen Mitgliedern der NS-DÖBELN zusammen. Die ehemaligen Mitglieder brachten ihre neonationalsozialistische Ideologie in die Argumentation und Agitation des neuen JN-Stützpunktes ein. Einzelne ehemalige Mitglieder der NS-DÖBELN engagierten sich bei den JN, um dort unter dem Mantel des Parteienprivilegs¹³⁷ vor künftigen Verbotsverfügungen und deren Konsequenzen kurzfristig geschützt zu sein. Damit gelang es den JN in der Region, die örtliche neonationalsozialistische Struktur bei sich zu integrieren.

Der JN-Stützpunkt Mittelsachsen war im Berichtsjahr einer der aktivsten in Sachsen. Er trat mit einer Vielzahl von öffentlichkeitswirksamen Aktionen in Erscheinung. Stützpunktleiter ist seit der Gründung Stefan TRAUTMANN, der aus der neonationalsozialistischen Szene stammt. TRAUTMANN ist auch stellvertretender JN-Landesvorsitzender. Dem JN-Stützpunkt Mittelsachsen wurden im Jahr 2014 etwa 20 Mitglieder zugerechnet.

Sie verteilten im Juli im Rahmen der Kampagne „Weg mit dem Drogendreck“ in Döbeln, Hartha und Mittweida Informationsmaterial in und an Schulen. Des Weiteren führten sie am 4. Oktober 2014 in Döbeln eine Demonstration unter

dem Motto „Sag was du denkst – Entfache das Feuer der Wahrheit!“ durch. Diese Demonstration bildete den Abschluss der bundesweiten JN-Kampagne „Sag was du denkst“.¹³⁸ An der vom sächsischen JN-Landesvorsitzenden Paul RZEHACZEK angemeldeten Veranstaltung nahmen ca. 250 Personen aus ganz Sachsen sowie aus anderen Bundesländern, insbesondere Berlin und Brandenburg teil. Weitere Teilnehmer reisten aus Tschechien, Ungarn und Belgien an. Als Redner traten unter anderem Pierre DORNBRACH (JN-Landesvorsitzender Brandenburg), Christoph DREWER (stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE RECHTE im Kreisverband Dortmund), der „Freie Aktivist“ Sven SKODA sowie der Vorsitzende der rechtsextremistischen Organisation DĚLNICKÁ MLÁDEŽ (DM) aus Tschechien Erik LAMPRECHT auf.

Im Zusammenhang mit dieser Kampagne hatten bereits im Vorfeld zum Zwecke der Mobilisierung für die Demonstration am 4. Oktober 2014 auch außerhalb Sachsens mehrere Aktionen stattgefunden (u.a. Kundgebungen, Verteilaktionen und die Organisation von Informationstischen). Nachdem diese Bemühungen zunächst auf geringe Resonanz gestoßen waren, hatte der Kampagne mittels öffentlicher Aktionen, wie dem Aktionstag am 13. September 2014, mit zwei Kundgebungen in Berlin und Bautzen neuer Schwung verliehen werden sollen.¹³⁹

Im Oktober 2013 hatte bereits eine vergleichbare Veranstaltung in Döbeln unter dem Motto „Der Drang nach Freiheit – Gegen Polizeirepression und Willkür“ stattgefunden. Auch

¹³⁷ Parteiverbote unterliegen hohen rechtlichen Hürden.

¹³⁸ Weiteres dazu im Beitrag „JUNGE NATIONALDEMOKRATEN“ (JN)

¹³⁹ Weiteres dazu im Beitrag „JUNGE NATIONALDEMOKRATEN“ (JN)

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Freistaat Sachsen	1.602	1.635	1.710	54	67	83
Landkreis Mittelsachsen	109	133	156	4	1	5

diese war durch die JN Sachsen angemeldet und organisiert worden. Daran hatten ca. 350 Personen teilgenommen.



Demonstration am 4. Oktober 2014

Quelle: www.flickr.com (Stand: 12. Dezember 2014)

Grund für die im Vergleich zum Vorjahr geringeren Teilnehmerzahlen war zum einen das in jüngster Zeit wieder stärker belastete Verhältnis zwischen der NPD und der neonationalsozialistischen Szene. Zum anderen zeigte sich frühzeitig, dass die JN-Kampagne nicht die von den Veranstaltern erhoffte Mobilisierungskraft entfaltet. Dies lag einerseits an der Überlagerung durch den Wahlkampf, andererseits aber auch an aktuelleren und zugkräftigeren Veranstaltungen mit anderen Themen (Asylfragen, Grenzkriminalität etc.). Darüber hinaus dürfte auch die Ernüchterung nach der

Wahlniederlage der NPD eine Rolle gespielt haben. In der Folgezeit wurde die Zusammenarbeit mit der NPD durch die neonationalsozialistische Szene stark in Frage gestellt.

Die Initiatoren hatten die Kampagne im Internet auf eine breite, professionelle Basis gestellt. Sie nutzten intensiv die bekannten im Internet verfügbaren Plattformen und sozialen Netzwerke, um ihr Vorhaben in Wort und Bild vorzustellen und die Aufmerksamkeit einer möglichst großen Online-Leserschaft zu gewinnen. Verantwortlich für die Homepage der Kampagne war der Vorsitzende des JN-Landesverbandes Sachsen Paul RZEHACZEK.

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten

Im Landkreis Mittelsachsen gab es im Berichtsjahr eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene, deren Mitglieder vor allem an rechtsextremistischen Konzerten teilnahmen.

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Im Berichtszeitraum fanden keine rechtsextremistischen Konzertveranstaltungen im Landkreis Mittelsachsen statt. Es existieren dort jedoch

Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene, so die beiden Bands SACHSENBLUT (Freiberg) und HEILIGES REICH (Raum Chemnitz/Flöha).

Beide Musikgruppen traten im Berichtszeitraum auf, so gemeinsam am 9. August 2014 bei einem von Rechtsextremisten organisierten Festival im thüringischen Sondershausen. Ebenso beteiligten sich beide Bands mit je einem Beitrag am sogenannten „TddZ-Sampler“. Dieser Ende April 2014 erschienene Tonträger wurde von PC-RECORDS (Chemnitz) im Rahmen der rechtsextremistischen Kampagne „Tag der

deutschen Zukunft“ produziert. Im Herbst 2014 erfolgte die Indizierung der CD wegen jugendgefährdender Inhalte.

Im Landkreis Mittelsachsen (Döbeln) war außerdem der Liedermacher PIATTMAR ansässig, welcher im Berichtszeitraum ebenfalls bei rechtsextremistischen Musikveranstaltungen auftrat.

Im Jahr 2014 existierten im Landkreis keine rechtsextremistischen Vertriebsstrukturen.

1.11.10 Landkreis Nordsachsen

Im Landkreis Nordsachsen wurden der rechtsextremistischen Szene im Jahr 2014, wie im Vorjahr, zwischen 150 und 200 Personen zugeordnet. Im sachsenweiten Vergleich lag das rechtsextremistische Personenpotenzial dort somit im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die Schwerpunkte der neonationalsozialistischen Szene lagen im Landkreis Nordsachsen in den Regionen Delitzsch/Eilenburg und Torgau. Die Szene unterhielt enge Verbindungen nach Leipzig sowie nach Brandenburg.

In der Region Delitzsch/Eilenburg wies die neonationalsozialistische Szene erhebliche personelle Überschneidungen zum örtlichen Stützpunkt der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) Nordsachsen auf. So beteiligte sich die regionale neonationalsozialistische Szene an einer sogenannten „Säuberungsaktion“ am 8. März 2014, bei der das Ufer der Mulde von Müll und Unrat befreit werden sollte. Paul RZEHACZEK,

Führungsperson der regionalen neonationalsozialistischen Szene und gleichzeitig Vorsitzender des JN-Landesverbandes Sachsen, schrieb dazu auf seiner Facebook-Seite: *„Unser Eilenburg soll eine schöne Stadt bleiben und deswegen werden wir auch immer wieder solche Aktionen organisieren oder uns anschließen.“* Die JN wollten sich damit um ein positives Image in der Öffentlichkeit bemühen.

Darüber hinaus beteiligten sich die FREIEN KRÄFTE DELITZSCH/EILENBURG am 18. Mai gemeinsam mit Mitgliedern des JN-Stützpunktes Nordsachsen an einer Demonstration in Leipzig. Bilder von dieser Demonstration wurden auf der rechtsextremistischen Internetseite www.libertas-info.de veröffentlicht.

Die Gruppierungen NATIONALE AKTIVISTEN TORGAUER UMLAND sowie FREIE KRÄFTE DÜBENER LAND traten im Berichtsjahr nicht öffentlichkeitswirksam in Erscheinung.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Im Landkreis Nordsachsen existierte im Berichtsjahr ein kleiner, mäßig aktiver NPD-Kreisverband, welcher im Jahr 2014 im Wahlkampf einige öffentlichkeitswirksame Aktivitäten entfaltete. Neben Plakatierungen organisierten die Rechtsextremisten überwiegend Informationsstände in der Region.

Der NPD-Landesverband führte im Rahmen des Landtagswahlkampfes am 15. Juli 2014 in Oschatz eine Kundgebung mit ca. 30 Teilnehmern durch.

Bedeutung erlangte der NPD-Kreisverband Nordsachsen in der Vergangenheit aufgrund seiner engen Verbindungen zu den neonationalsozialistischen FREIEN KRÄFTEN und der lokalen JN-Struktur. Ein führender Szeneaktivist im Landkreis war der ehemalige Delitzscher Kameradschaftsführer Maik SCHEFFLER. Von 2009 bis 2014 saß er für die NPD im Delitzscher Stadtrat, hatte, ebenso wie der JN-Landesvorsitzende Paul RZEHACZEK und Jens GATTER, einen Sitz im Kreistag von Nordsachsen und war Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Nordsachsen. Als stellvertretender Landesvorsitzender gehörte er außerdem zur Führungsspitze der sächsischen NPD. Ende Oktober 2014 erklärte er jedoch aus Enttäuschung über den Führungsstil des Landesvorsitzenden Holger SZYMANSKI seinen Rücktritt von all seinen Ämtern.

Kommunalpolitisch ist der Kreisverband in den Gemeinden Oschatz, Liebschützberg, Delitzsch und Eilenburg seit 2009 mit jeweils einem Mandat in den Stadt- bzw. Gemeinderäten vertreten und konnte dieses Ergebnis 2014 bestätigen. Bei der Kreistagswahl verlor die

NPD jedoch ein Mandat und verfügt nur noch über vier Sitze.

Stadt- und Gemeinderatsmandate der NPD 2009 und 2014

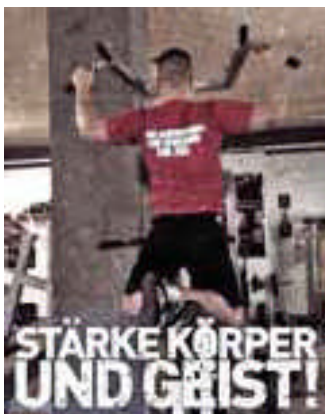


Im Landkreis Nordsachsen hat die NPD bei der Landtagswahl 2014 mit 5,6 % der Zweitstimmen ein leicht überdurchschnittliches Ergebnis erzielt (landesweit: 4,9 %). Sie hat damit allerdings gegenüber der Landtagswahl 2009 (6,7 %) einen Verlust von 1,1 % hinnehmen müssen. Ihr höchstes Wahlergebnis erzielte die Partei mit 7,0 % im Wahlkreis 1, zu dem u.a. die Großen Kreisstädte Delitzsch und Schkeuditz zählen.

Der JN-Stützpunkt Nordsachsen entstand im Juni 2011 aus den damaligen JN-Stützpunkten Delitzsch-Eilenburg, Torgau und Oschatz. Er zählte im Berichtsjahr zu den aktivsten JN-Stützpunkten in Sachsen, was auch auf Paul RZEHACZEK als Führungsperson des Stützpunktes und JN-Landesvorsitzender zurückzuführen war. Eine der Hauptaufgaben stellte im Berichtsjahr die intensive Unterstützung der NPD im Kommunal-, Europa- und Landtagswahlkampf dar. So führte man gemeinsam zahlreiche Verteil- und Plakatieraktionen durch und organisierte Informationstische.

Ein weiteres Aktionsfeld der JN Nordsachsen bildete die Teilnahme an Sportveranstaltungen, insbesondere an Fußballturnieren. So beteiligte

sich u. a. im Februar eine Mannschaft mit der Bezeichnung „Eilenburger Jungs“ an einem Turnier in Schneeberg. Diese Personen trugen T-Shirts mit einem JN-Aufdruck. Auch im Juli nahmen die JN Nordsachsen mit einer eigenen Mannschaft an einem Fußballturnier teil. Wie aus ihrer Facebook-Seite hervorgeht, existiert innerhalb des Stützpunktes auch eine „JN Nordsachsen Sportgruppe“. Solche internen Sportveranstaltungen dienen stets auch dem Szenezusammenhalt.



Quelle: <https://www.facebook.com/jnnordsachsen>
(Stand: 10. November 2014)

Die JN Nordsachsen unterhielten im Berichtsjahr sehr enge Verbindungen zu anderen JN-Stützpunkten und unterstützten sachsenweit Aktionen. Mitglieder aus ihren Reihen fertigten z. B. ein Transparent für eine Demonstration am 18. Mai in Leipzig. Es trug die Aufschrift „Deutschlands Freiheit muss man schützen GEGEN LINKE EXTREMISTEN!“ und wurde während der Demonstration mitgeführt.

Bei einer rechtsextremistischen Kundgebung am 17. Juni in Dresden waren die JN Nordsachsen ebenfalls mit einem eigenen Transparent vertreten und posteten danach auf ihrer Facebookseite, dass auch „*Aktivisten aus Nordsachsen ... die Kundgebung der NPD in Dresden... unterstützen*“:



Quelle: <https://www.facebook.com/JnSachsen>
(Stand: 17. Juni 2014)

Auch überregional bzw. grenzüberschreitend beteiligten sich die JN Nordsachsen an gemeinsamen Aktionen mit anderen JN-Stützpunkten. So nahmen im Juni einzelne Mitglieder an einem Fußballturnier in der Tschechischen Republik teil.

Im Juli verteilten sie im Rahmen der JN-Kampagne „*Weg mit dem Drogendreck*“ an Oschatzer Schulen die Schülerzeitschrift „*Platzhirsch*“.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Landkreis Nordsachsen existierte im Berichtsjahr eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Angehörige dieser Szene beteiligen sich vorrangig an Freizeitaktivitäten, u. a. an rechtsextremistischen Konzerten. Es werden auch rechtsextremistisch motivierte Straftaten begangen.

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Seit Jahren ist der Landkreis Nordsachsen die Schwerpunktregion rechtsextremistischer Konzertveranstaltungen im Freistaat. Ursächlich für diese Situation sind die hier vorhandenen Szene-Objekte. Während in den Jahren 2005

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Freistaat Sachsen	1.602	1.672	1.710	54	74	83
Landkreis Nordsachsen	97	88	103	7	6	4

bis 2008 der sogenannte „Klub der Schildauer Jungs“ für Konzertveranstaltungen zur Verfügung stand, entwickelte sich in der Folgezeit der ehemalige Gasthof Staupitz im gleichnamigen Torgauer Ortsteil zum bedeutendsten rechtsextremistischen Konzertobjekt in Sachsen.



Ehemaliger Gasthof im Torgauer Ortsteil Staupitz
Quelle: LfV Sachsen

Auch im Jahr 2014 konzentrierte sich das Konzertgeschehen wieder überwiegend auf das bereits seit 2008 einschlägig genutzte Lokal. Allein zehn der 14 im Berichtsjahr durchgeführten rechtsextremistischen Konzerte in Sachsen fanden in dem ehemaligen Gasthof statt. Mit bislang insgesamt 46 rechtsextremistischen Konzerten seit 2008 ist das Anwesen das von

der Szene im Freistaat Sachsen meistgenutzte Konzertobjekt.

Auf Grund behördlicher Beschränkungen durften in dem Objekt maximal zehn Konzerte im Jahr durchgeführt werden. Auch in Ermangelung weiterer Szene-Objekte war die rechtsextremistische Musik-Szene bestrebt, diese zehn Veranstaltungen optimal auszuschöpfen und keinen Anlass für behördliches Einschreiten zu geben.

Die Konzerte in Staupitz wurden durch langjährige Aktivisten der rechtsextremistischen Musikszene organisiert. Die auftretenden Bands waren meist überregional bekannt und bei subkulturell geprägten Rechtsextremisten beliebt. Aus der professionellen Organisation und der fortbestehenden Nachfrage an Konzerten resultierten die hohen Teilnehmerzahlen: Die zehn Konzerte in Staupitz wiesen durchschnittlich rund 200 Teilnehmer auf.



Quelle: <http://nationale-revolution.net/forum>
(Stand: 31. Januar.2014)



Quelle: www.fsn-tv.de
(Stand: 4. September 2014)

Trotz des häufigen Konzertgeschehens im Landkreis Nordsachsen existierte dort im Berichtsjahr keine eigene rechtsextremistische Musikszene. Die beiden hier im Jahr 2013 aktiv gewesenen Bands traten im Berichtszeitraum weder auf noch wurden Musikstücke von ihnen veröffentlicht.

Der in Eilenburg ansässige NORDSACHSENVERSAND wies gegenüber anderen Szenevertrieben ein abweichendes Sortiment auf. Nicht Tonträger, sondern Propagandamittel, wie Plakate, Aufkleber und Anstecker, stellten den Schwerpunkt dar.

1.11.11 Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Der rechtsextremistischen Szene im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge gehören zwischen 200 und 250 Personen an. Das rechtsextremistische Personenpotenzial im Landkreis ist im Vergleich zum Vorjahr rückläufig und liegt im sachsenweiten Vergleich im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die Akteure der neonationalsozialistischen Szene im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge bezeichnen sich selbst als NATIONALE AKTIVISTEN, AKTIONSGRUPPE SÄCHSISCHE SCHWEIZ bzw. FREIE KRÄFTE SÄCHSISCHE SCHWEIZ OSTERZGEBIRGE.

Das Aktionsniveau der FREIEN KRÄFTE SÄCHSISCHE SCHWEIZ OSTERZGEBIRGE ist im Vergleich zu ähnlichen Strukturen in anderen Landkreisen weiterhin niedrig. Von ihnen gehen keine Aktivitäten vor Ort aus. Gelegentlich beteiligten sich Mitglieder der FREIEN KRÄFTE an öffentlich wirksamen Großveranstaltungen in anderen Regionen Sachsens, vornehmlich im benachbarten Dresden.

Zwischen der neonationalsozialistischen Szene und dem örtlichen NPD-Kreisverband bestehen seit vielen Jahren enge Kontakte und nicht zuletzt auch personelle Überschneidungen.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der NPD-Kreisverband Sächsische Schweiz-Osterzgebirge gehört zu den größten NPD-Strukturen in Sachsen. Seine Mitglieder sind in mehreren Untergliederungen aktiv. Bekannt sind die Ortsgruppen Freital, Dippoldiswalde, Reinhardtsdorf-Schöna und Sebnitz/Neustadt. Der Kreisverband verlor jedoch in der Vergangenheit immer mehr an Bedeutung. Die Entwicklung stagnierte und die Mitglieder zeigten kaum Interesse an Aktivitäten.

Mit der Wahl von Thomas SATTELBERG, einer ehemaligen Führungsperson der verbotenen Kameradschaft SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS), zum NPD-Kreisvorsitzenden Anfang 2013 erhofften sich die Mitglieder neue Impulse für das Parteilieben. Der Kreisverband wurde unter seiner Führung etwas aktiver.

Zentrale Anlaufstelle der im Landkreis ansässigen Rechtsextremisten war das so genannte „Haus Montag“ in Pirna. Bisher fanden in dem Objekt vereinzelt Vortragsveranstaltungen der NPD statt, ohne dass diese jedoch eine Außenwirkung erzeugten.



Quelle: LfV Sachsen

Neben einer sporadisch gepflegten Internetseite und einem Facebook-Profil des Kreisverbandes richteten die Rechtsextremisten auf Facebook

auch eine Seite zum Objekt „Haus Montag“ ein. Die dort eingestellten Inhalte – insbesondere der enge Bezug zur rechtsextremistischen italienischen Organisation CASA POUND – verdeutlichen die neonationalsozialistisch orientierte Ausrichtung des Betreibers der Seite.

Der Kreisverband führte im Jahr 2014 überwiegend Mitgliederversammlungen durch. Darüber hinaus waren die Mitglieder in Wahlkampfzeiten mit Plakatierungen, Informationsständen und Materialverteilaktionen in der Öffentlichkeit aktiv.

Nachdem sich Rechtsextremisten in Sachsen im Oktober und November 2014 als Trittbrettfahrer an Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Asylpolitik und gegen „Islamisierung“ beteiligt und derartige Veranstaltungen Teilnehmerzahlen erzielt hatten, die weit über das Mobilisierungsvermögen der rechtsextremistischen Szene hinaus reichten, organisierten NPD-Anhänger auch selbst derartige Veranstaltungen. Am 28. November 2014 führte ein NPD-Stadtratsmitglied aus Heidenau in der Stadt einen Aufzug durch, der sich gegen die Asylpolitik im Landkreis richtete. An dieser Veranstaltung nahmen etwa 200 Personen teil. Der NPD-Landesvorsitzende Holger SZYMANSKI und der NPD-Landesgeschäftsführer Jens BAUR traten als Redner auf.

Vor den Kommunalwahlen 2014 wandte sich der NPD-Kreisvorsitzende mit einem „Erstwählerbrief“ an wahlberechtigte Jugendliche. In dem Schreiben appellierte er an den „Nationalstolz“ und stellte fest: „HEIMATLIEBE SCHEINT SO LANGSAM KULT ZU WERDEN.“ Als Beleg dafür zitierte er aus Liedtexten eines deutschen Rappers und einer Band aus Tirol. Gegen diese Verwendung ihrer Liedtexte kündigten beide Künstler Klagen an.

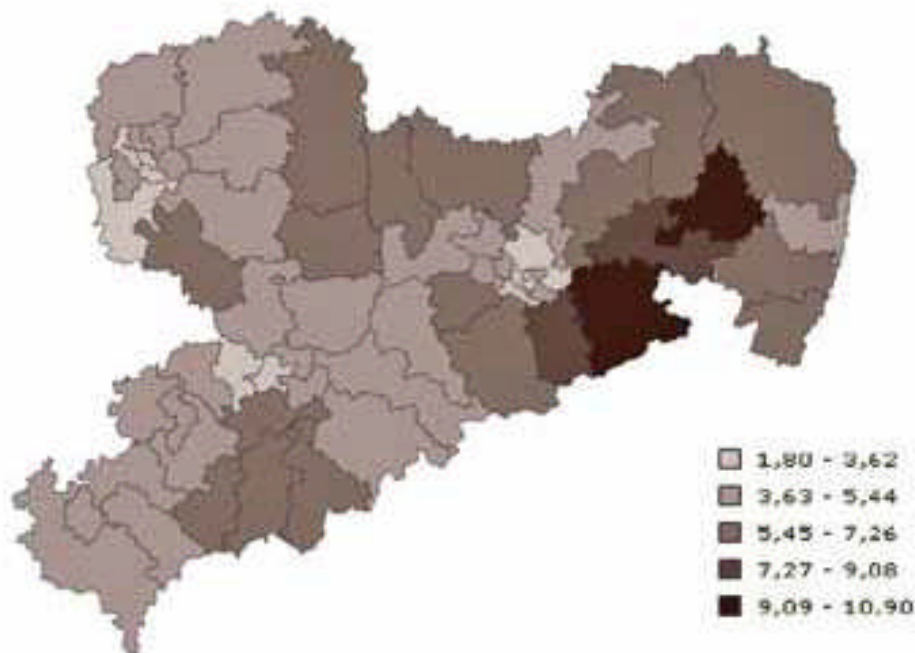
Bedeutungsvoll ist der Kreisverband ferner durch seine besonders ausgeprägte kommunalpolitische Präsenz, die er auch bei den Kommunalwahlen 2014 festigen konnte. Mit 35 Kandidaten beteiligte er sich an den Stadt- und Gemeinderatswahlen im Mai 2014, für die Kreistagswahl nominierte die Partei 34 Kandidaten. Die NPD zog mit insgesamt 17 Mandatsträgern in die Stadt- und Gemeinderäte von Sebnitz (4), Pirna (2), Bad Schandau (1), Reinhardtsdorf-Schöna (2), Struppen (1), Königstein (1), Gohrisch (1), Heidenau (1), Neustadt (1), Altenberg (1), Dippoldiswalde (1) und Freital (1) ein. Auf Kreistagebene erzielte die Partei mit einem Ergebnis von 6,5 % (2008: 7,5 %) wieder den höchsten Wert der NPD in Sachsen. Allerdings büßte sie ein Mandat ein und kommt auf nur noch fünf Mandatsträger im Kreistag.

Stadt- und Gemeinderatsmandate der NPD 2009 und 2014



Im Freistaat Sachsen erzielte die NPD zur Europawahl mit 3,6 % der Wählerstimmen ein insgesamt schwaches Ergebnis. Der höchste Stimmenanteil lag in der Sächsischen Schweiz mit 5,7 %, dem bundesweit höchsten Resultat. Dieses Ergebnis entsprach in etwa dem Zweitstimmenergebnis zur Bundestagswahl 2013 und verdeutlichte, dass die NPD in diesem Landkreis über ein relativ stabiles Wählerpotenzial verfügte. Der auf Platz 2 der NPD-Liste nominierte Pirnaer Stadtrat und NPD-Funktionär Dr. Olaf ROSE zog allerdings nicht ins Europäische Parlament ein.

Zweitstimmenergebnisse der NPD bei der Landtagswahl 2014 in Sachsen



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Freistaat Sachsen	1.602	1.635	1.710	54	67	83
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	142	128	114	5	6	3

Mit 7,7 % (2009: 7,9 %) erzielte die NPD im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge bei der Landtagswahl 2014 ihr landesweit höchstes Wahlergebnis. Sie lag damit knapp drei Prozent über dem Landesdurchschnitt von 4,9 %. Die Wahlkreisergebnisse der NPD waren im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge teils deutlich überdurchschnittlich. Sie lagen zwischen 9,9 % im Wahlkreis 4 (hierzu zählen die Städte Sebnitz und Neustadt) sowie 5,7 % im Wahlkreis 1 Freital und Umgebung.

Die JN verfügen im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge über einen Stützpunkt, von dem in den vergangenen Jahren allerdings keine bedeutsamen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten ausgingen. Der diesem Stützpunkt zuzurechnende Personenkreis beteiligte sich ebenso wie die im Landkreis ansässigen NEO-NATIONALSOZIALISTEN nur an solchen einschlägigen Veranstaltungen, die ausschließlich außerhalb des Heimatlandkreises stattfanden.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Der subkulturellen rechtsextremistischen Szene werden insbesondere Jugendliche zugerechnet, die an Wochenenden rechtsextremistische

Konzerte bzw. Partys besuchen und/oder vornehmlich durch politisch motivierte Straftaten, hauptsächlich durch Propagandadelikte, auffallen. Neben den neonationalsozialistischen FREIEN KRÄFTEN existierte auch im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge eine solche Szene. Als Treffpunkte dienten ihr vornehmlich Privatgrundstücke. In vergangenen Jahren wurden auch einzelne Jugendclubs genutzt.

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge existieren seit mindestens zwei Jahren keine Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene. Ebenso wurden im Berichtszeitraum keine rechtsextremistischen Musikveranstaltungen im Landkreis bekannt.

Mit dem Szeneladen THE STORE in Pirna und dem NATIONALEN VERSANDHAUS (Gohrisch) sind in dem Landkreis zwei rechtsextremistische Vertriebsunternehmen ansässig. Beide sind seit Jahren ein fester Bestandteil der rechtsextremistischen Vertriebszene in Sachsen.



Quelle: www.der-dritte-weg.info (Stand: 3. Juni 2014)

1.11.12 Vogtlandkreis

Im Vogtlandkreis wurden der rechtsextremistischen Szene im Berichtsjahr, wie bereits 2013, zwischen 50 und 100 Personen zugerechnet. Im sachsenweiten Vergleich lag das rechtsextremistische Personenpotenzial somit im unteren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN – Die Partei DER DRITTE WEG (III. WEG)

Im Vogtlandkreis ist aus dem Bereich der NEONATIONALSOZIALISTEN im Berichtsjahr ausschließlich die Partei III. WEG öffentlichkeitswirksam in Erscheinung getreten.

Trotz ihrer geringen Größe wies die neonationalsozialistische Szene im Vogtlandkreis ein hohes Aktionsniveau auf und war überregional vernetzt. Es gab insbesondere Verbindungen nach Bayern, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg.

Der neonationalsozialistischen Szene wurde bis April 2014 von der REVOLUTIONÄREN NATIONALEN JUGEND (RNJ) Vogtland geprägt. Danach schlossen sich Mitglieder dieser Gruppierung offiziell dem Stützpunkt der Partei III. WEG Hochfranken/Vogtland¹⁴⁰ an, einem von neun Stützpunkten bundesweit. Wie die Partei dazu im Internet¹⁴¹ veröffentlicht hatte, soll schon im Vorfeld eine gute Zusammenarbeit zwischen den Regionen Hochfranken (Bayern) und Vogtland (Sachsen) bestanden haben, sodass nun über Bundesländergrenzen hinweg die Geschlossenheit in einem gemeinsamen Stützpunkt Hochfranken/Vogtland demonstriert werden könne.

Die rechtsextremistische Partei III. WEG war am 28. September 2013 in Heidelberg (Baden-Württemberg) gegründet worden. Ihr Ziel ist die „Schaffung eines Deutschen Sozialismus, fernab von ausbeuterischem Kapitalismus, wie gleichmacherischem Kommunismus“¹⁴².

¹⁴⁰ Dies ist einer von derzeit neun Stützpunkten bundesweit.

¹⁴¹ www.der-dritte-weg.info (Stand: 27. Juni 2014)

¹⁴² www.der-dritte-weg.info, „Ziele“, Punkt 1 des „10-Punkte-Programms der Partei“ (Stand: 11. Juni 2014)

Die Leitung des Stützpunktes Hochfranken/Vogtland hat seit Oktober 2014 die ehemalige Führungsperson der RNJ, Rico DÖHLER, übernommen. Erklärtes Ziel ist es, einen eigenen Stützpunkt der Partei in Plauen aufzubauen.

Mitglieder der Partei III. WEG traten erstmals am 1. Mai 2014 als Organisatoren einer Demonstration unter dem Motto „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ auf. Es war die erste Demonstration dieser Art zum „Tag der nationalen Arbeit“ in Sachsen. Zuvor hatten diese Veranstaltungen fast ausnahmslos in Bayern stattgefunden. Mit 700 Teilnehmern, insbesondere aus Sachsen, Bayern und Thüringen, war es im Jahr 2014 die größte rechtsextremistische Veranstaltung in Sachsen. Daran beteiligten sich deutlich mehr Rechtsextremisten als erwartet. Ziel war es, gemeinsam den „Zorn und die Wut über den volkszerstörenden Kapitalismus“ auf die Straße zu tragen und für „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ öffentlich zu demonstrieren¹⁴³. Mit während der Veranstaltung skandierten Parolen wie „Nationaler Sozialismus Kampf dem System! Nationaler Sozialismus – hier und jetzt!“ warben die Teilnehmer für ihre neonationalsozialistischen Zielsetzungen.

Im Vorfeld hatten die Rechtsextremisten eine sogenannte „Sternfahrt“ veranstaltet, die am 11. April 2014 in Plauen begonnen hatte. Dort hatte eine Kundgebung mit ca. 30 Teilnehmern unter dem Motto „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ stattgefunden. Am 12. April 2014 waren in Süd- und Nordbayern mit je 30 und 45 Teilnehmern weitere Kundgebungen durchgeführt worden. Sämtliche Kundgebungen dienten der Mobilisierung für die Demonstration am 1. Mai 2014 in Plauen.



Quelle: www.flickr.com
(Stand 12. Dezember 2014)

Am 9. Juni 2014 wurde auf der Internetseite der Partei III. WEG ein Bericht zu einer Flugblattverteilung der Partei in Plauen veröffentlicht. In Nachbereitung der als erfolgreich eingeschätzten 1. Mai-Demonstration in Plauen – so wird dort ausgeführt – habe sich „Der ‚Dritte Weg‘“-Stützpunkt dazu entschlossen, die Plauener Bürger mit einem speziell angefertigten Flugblatt über die Ziele der noch jungen nationalrevolutionären Partei zu informieren. In den Regionen Hochfranken und Vogtland sei nun endlich wieder eine Partei vor Ort, die sich für die Belange der Bürger wirklich interessiere und am Ende auch das halte, was sie verspreche.

Mitglieder der Partei beteiligten sich im Jahr 2014 sachsen- und bundesweit an rechtsextremistischen Veranstaltungen, so unter anderem an der Demonstration „69. Jahrestag der Bombardierung Magdeburgs“ am 18. Januar 2014 in Magdeburg, am 12. Februar 2014 in Dresden unter dem Motto „Gegen die Unkultur des Vergessens!“ und am 7. Juni 2014 – ebenfalls in Dresden – an einer Demonstration zum Thema „Zukunft statt Überfremdung“ im Rahmen der Kampagne „Tag der deutschen

¹⁴³ <http://fackelschein.org> (Stand: 6. April 2014)

Zukunft" (TddZ). Darüber hinaus nahmen sächsische Parteivertreter an einer Kundgebung am 25. Oktober 2015 in Brandenburg zum Thema „Solidarität gegen staatliche Repressionen“ und an einer Demonstration am 15. November 2014 in Wunsiedel unter dem Motto „Tot sind nur jene, die vergessen werden“ teil.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)/JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Im Vogtlandkreis existiert eine kleine, kaum aktive NPD-Struktur, die in der Vergangenheit immer wieder mit regionalen NEONATIONALSOZIALISTEN zusammenarbeitete. Nach dem Rücktritt der Kreisvorsitzenden musste 2013 ein Landesfunktionär der NPD den Vorsitz der Partei im Vogtland übernehmen. Offenbar verfügt die NPD in der Region nicht über ausreichend Führungspersonal.

Vereinzelte Aktivitäten des Kreisverbandes wurden im Berichtsjahr während des Wahlkampfes zu den Kommunalwahlen und zur Landtagswahl 2014 bekannt. Überwiegend mit Informationsständen präsentierten sich einzelne Vertreter der Partei im Landkreis. Dabei konzentrierten sich die Parteimitglieder auf die Stadt Plauen. Am 27. August 2014 beteiligten sich dort ca. 15 Anhänger der NPD mit eigenen Wahlplakaten an einer CDU-Wahlkampfveranstaltung. Eine Person aus diesem Kreis störte die Veranstaltung, indem sie die Bühne betrat und sie trotz mehrfacher Aufforderung durch die Moderatorin der Veranstaltung nicht verließ.

Zu den Kommunalwahlen 2014 stellte die Partei im Rahmen der Kreistagswahlen insgesamt 14 Kandidaten auf und nominierte sechs Kandidaten zu den Stadt- und Gemeinderatswahlen in Plauen, Adorf, Neuensalz sowie in Zobes (Ortsteil von Neuensalz). Mit einem Ergebnis

von 3,6 % der Stimmen erzielte die Partei im Kreistag insgesamt drei Mandate. In Plauen zog die NPD mit zwei Mandatsträgern in den Stadtrat ein. Ein weiteres Mandat gewann die Partei in Neuensalz, wo sie mit 7,5 % der Stimmen ein weit überdurchschnittliches Ergebnis erreichte.

Bei der Landtagswahl 2014 schnitt die NPD im Vogtlandkreis mit Werten zwischen 3,8 und 5,1 % der Stimmen insgesamt unterdurchschnittlich ab. Mit einem Ergebnis von 5,1 % der Stimmen im Wahlkreis Vogtland 2 (2009: 4,8 %) und 4,4 % der Stimmen im Wahlkreis Vogtland 3 (2009: 4,3 %) konnte die Partei im Vergleich zur Landtagswahl 2009 ihr Wahlergebnis nur minimal verbessern. Dagegen musste sie im Wahlkreis 1 mit 4,7 % der Stimmen (2009: 4,9 %) und im Wahlkreis 4 mit 3,8 % der Stimmen (2009: 4,2 %) geringfügige Stimmenverluste hinnehmen.

Stadt- und Gemeinderatsmandate der NPD 2009 und 2014



Im Jahr 2012 etablierte sich in Reichenbach im Vogtlandkreis der „Freundeskreis Udo VOIGT“. Initiiert von dem NPD-Mitglied Frank ROHLER formierte sich hier der Widerstand gegen die Führung der NPD, insbesondere gegen den damaligen Vorsitzenden Holger APFEL. Die Aktivisten des Freundeskreises organisierten

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Freistaat Sachsen	1.602	1.635	1.710	54	67	83
Vogtlandkreis	58	67	86	0	0	2

im Jahr 2013 verschiedene Treffen, um für sich zu werben. Auch 2014 führte der „Freundeskreis Udo VOIGT“ eine Veranstaltung mit dem NPD-Spitzendkandidaten zur Europawahl, Udo VOIGT, durch, an der sich rund 180 Personen beteiligten.

Strukturen der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) im Vogtlandkreis wurden nicht festgestellt. Jedoch war der JN-Landesverband im Landkreis aktiv. Im Rahmen der Kampagne „Weg mit dem Drogendreck“ verteilten Mitglieder der JN im Juli 2014 in Reichenbach, Auerbach, Pausa und Plauen Informationsmaterial in und an Schulen. Im Anschluss an die Verteilaktionen führte der JN-Landesverband Sachsen u. a. eine Kundgebung am 7. Juli 2014 in Plauen durch.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Vogtlandkreis existiert eine subkulturell geprägte Szene, die im Berichtsjahr allerdings nur wenig in Erscheinung trat. Sie war aber grundsätzlich für szenetypische Veranstaltungen wie rechtsextremistische Konzerte mobilisierbar.

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Auch im Vogtlandkreis existieren Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene. Hier ist die seit dem Jahr 2010 bestehende Band ÜBERZEUGUNGSTÄTER VOGTLAND ansässig. Sie trat 2014 mehrfach bei rechtsextremistischen Konzerten auf, so am 11. Januar 2014 im Erzgebirge sowie am 4. Oktober 2014 im thüringischen Kirchheim.

Am 8. November 2014 fand in Neuensalz, Ortsteil Zobes, wie bereits im Vorjahr, die sachsenweit größte rechtsextremistische Musikveranstaltung statt. Sie war von einem Aktivisten der Partei DIE RECHTE aus Nordrhein-Westfalen angemeldet worden. Vor den rund 500 Teilnehmern trat neben anderen die in der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene beliebte Band DIE LUNIKOFF-VERSCHWÖRUNG aus Berlin auf.

In Oelsnitz existiert der rechtsextremistische Versand DER CLOU. Dessen Sortiment umfasst überwiegend Artikel für die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Dazu gehören z. B. rechtsextremistische Fanzine und Tonträger.

1.11.13 Landkreis Zwickau

Im Landkreis Zwickau sind der rechtsextremistischen Szene wie im Vorjahr zwischen 200 und 250 Personen zuzurechnen. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechtsextremistische Personenpotenzial hier somit im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die FREIEN KRÄFTE im Landkreis Zwickau beschäftigten sich ab Mitte des Jahres schwerpunktmäßig mit dem Thema „Asyl“. Am 5. Juli 2014 fand in Werdau eine Demonstration unter dem Motto „Werdau steht auf, zur Abschaffung des Asylheims“ statt, an der sich ca. 320 Personen beteiligten. Die Veranstaltung wurde im Vorfeld von einer bisher nicht aus rechtsextremistischen Zusammenhängen bekannten Person angemeldet und auf der Facebook-Seite „WERDAU STEH AUF“ beworben. Darüber hinaus wurde auch auf den Facebook-Seiten der regionalen JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN; Jugendorganisation der NPD) für diese Veranstaltung mobilisiert.



Quelle: www.facebook.com/pages/WERDAU-STEH-AUF/
(Stand: 25. Juni 2014)

Mehrere Teilnehmer trugen schwarze T-Shirts mit dem Aufdruck „WERDAU STEH AUF“. Die

NPD und deren Frauenorganisation RING NATIONALER FRAUEN (RNF) nahmen mit eigenen Transparenten an der Demonstration teil.



Quelle: LfV Sachsen

Im September 2014 kam es auch in Zwickau zu Aktivitäten gegen die Unterbringung von Asylbewerbern. Es gründeten sich verschiedene Facebook-Gruppen, die auch von Rechtsextremisten zur Anti-Asyl-Propaganda genutzt wurden (unter anderem: „Zwickau sagt NEIN zum Asylmissbrauch“).

Am 7. September 2014 fand eine spontane Versammlung statt, die sich gegen die Unterbringung von Asylbewerbern richtete. An dieser Veranstaltung beteiligten sich auch Rechtsextremisten.

Ein Eintrag auf der Facebook-Seite „Nationales Zwickau“ beschreibt in fremdenfeindlicher Art und Weise die Situation in der Stadt aus rechtsextremistischer Sicht:

„Eine weitere Asylflut rollt auf Zwickau zu! Nun sogar als Zwangsunterbringung weil unser Kreis kein neues Gebäude stellen wollte. Nun dürfen sich die Neuplanitzer über ihre neuen Nachbarn ‚freuen‘. Seid also wachsam und

*macht niemand fremdes die Tür auf, es könnte der Ali mit dem Messer sein!*¹⁴⁴

Das Thema „Asyl“ beschäftigte auch die sächsische Sektion der WEISSEN WÖLFE TERRORCREW (WWT). Rechtsextremisten aus dem Umfeld der FREIEN KRÄFTE ZWICKAU und der FREIEN KRÄFTE VOGTLAND waren im Berichtsjahr in einer eigenen Sektion der bundesweit agierenden WWT aktiv und standen in enger Verbindung zu Aktivisten der Sektion Thüringen. Bei den WWT handelt es sich um eine rechtsextremistische, neonationalsozialistisch geprägte Gruppierung mit bundesweiter Vernetzung und überregionalem Aktionsradius.



Quelle: <https://facebook.com/Mobblesking>
(Stand: 12. September 2014)

Anhänger der WWT aus Sachsen und Thüringen nahmen am 5. Juli 2014 in Werdau gemeinsam an einer Demonstration gegen das dortige Asylbewerberheim teil. Auch an einer rechtsextremistischen Anti-Asyl-Demonstration am 25. Oktober 2014 in Bamberg (Bayern) beteiligten sich deren Mitglieder.

Darüber hinaus nahmen sächsische WWT-Mitglieder an der Demonstration zum „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ) am 7. Juni 2014 in Dresden teil und liefen in einem Block hinter dem Transparent der Sektion Thüringen.



Quelle: LfV Sachsen

Auch an einem bundesweiten Treffen der WWT Ende Juli in Hamburg nahm ein Vertreter der WWT-Sektion Sachsen teil.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Die NPD ist im Landkreis Zwickau mit dem Kreisverband Zwickau-Westsachsen vertreten und verfügt über Ortsgruppen in Oberlungwitz und Werdau. Der mittelgroße Kreisverband zeigte allerdings nur wenige Aktivitäten. Neben der Durchführung von Mitgliederversammlungen traten Mitglieder des Kreisverbandes zusammen mit Vertretern der NPD aus dem Erzgebirge bei der o. g. Demonstration am 5. Juli 2014 in Werdau in Erscheinung.

Während des Wahlkampfes zur Kommunal- und zur Landtagswahl 2014 führte der Sächsische Landesverband in Werdau, Zwickau und Reichenbach Kundgebungen durch, an denen sich bis zu 30 Rechtsextremisten beteiligten. Darüber hinaus organisierte der Kreisverband einige Informationsstände.

¹⁴⁴ Facebook Nationales Zwickau (Stand: 4. September 2014), Schreibweise wie im Original



Quelle: <https://www.facebook.com/pages/Nationales-Zwickau/>

Zur Kreistagswahl 2008 erreichte die NPD im Landkreis Zwickau mit 3,3 % der Stimmen ihr sachsenweit niedrigstes Ergebnis. Gleichwohl gelang es ihr, drei Mandate für den Kreistag Zwickau zu erzielen. Im Rahmen der Kommunalwahlen 2009 griff die NPD zum Teil auf Kandidaten aus dem Umfeld der Freien Kräfte zurück. Der Partei gelang es aber lediglich in Zwickau, Meerane und Limbach-Oberfrohna, jeweils ein Stadtratsmandat zu erringen.

Stadt- und Gemeinderatsmandate der NPD 2009 und 2014



Im Jahr 2014 steigerte die NPD ihr Ergebnis zur Kreistagswahl im Landkreis Zwickau leicht auf 4,0 % und zog mit vier Mandatsträgern in den Kreistag ein. Von den insgesamt zehn Gemeinde- und Stadtratskandidaten erhielten nur drei ein Mandat. Die Partei ist nur noch in Meerane mit zwei und in Werdau mit einem Mandatsträger vertreten. Das

Listenstimmenergebnis der NPD lag im Landkreis Zwickau zur Landtagswahl 2014 mit Werten zwischen 5,2 und 3,6 % der Stimmen im Mittelfeld.

Die JN verfügten im Landkreis Zwickau über zwei Stützpunkte in Zwickau (ehemals Westsachsen)¹⁴⁵ und Limbach-Oberfrohna. Über ihre Facebook-Profile erfolgten Mobilisierungsaufrufe für rechtsextremistische Veranstaltungen in Sachsen und anderen Bundesländern. Mitglieder beider Stützpunkte nahmen an unterschiedlichen rechtsextremistischen Demonstrationen teil. Auch die JN-Kampagnen „Sag was du denkst“ und „Weg mit dem Drogendreck“ (Projekt Schülerzeitschrift „Platzhirsch“) wurden regelmäßig auf Facebook thematisiert.



Quelle: <https://www.facebook.com/nationalistenzwickau/?fref=photo>

Im Zusammenhang mit dem Wahlkampf der NPD führten die JN Limbach-Oberfrohna im Frühjahr und Sommer 2014 verschiedene Informationsstände durch.

¹⁴⁵ Umbenennung im Sommer 2014

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Freistaat Sachsen	1.602	1.635	1.710	54	67	83
Landkreis Zwickau	172	143	137	7	6	4

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Neben den FREIEN KRÄFTEN existierte im Landkreis Zwickau eine unstrukturierte subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Ihre Verbindungen waren lose und gingen selten über die Wohnorte der Beteiligten hinaus. Abhängig von Stärke und Engagement der jeweils agierenden Führungspersonen der FREIEN KRÄFTE oder vom Anlass einer Veranstaltung war die Szene jedoch zu Großereignissen mobilisierbar.

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Im Landkreis Zwickau existieren Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene. Mehrere Mitglieder der Band WHITE RESISTANCE sind im Landkreis wohnhaft. Zwar wurden im

Jahr 2014 keine Auftritte der Musikgruppe bekannt, jedoch beteiligte sie sich, wie mehrere andere sächsische Bands, mit einem Beitrag am so genannten „TddZ-Sampler“. Dieser Tonträger wurde von dem rechtsextremistischen Chemnitzer Label PC-RECORDS im Rahmen der Szenekampagne „Tag der deutschen Zukunft“ produziert. Wegen jugendgefährdender Inhalte wurde die CD im Herbst 2014 indiziert.

Ferner ist hier der rechtsextremistische Liedermacher FREILICHFREI ansässig, dessen Debüt-CD 2014 erschien.

Überdies fand am 31. Mai 2014 in Crimmitzschau eine konspirativ geplante rechtsextremistische Konzertveranstaltung statt.

In Zwickau war im Berichtsjahr ein rechtsextremistischer Szeneladen ansässig.

1.12 Ausblicke zum Rechtsextremismus

Eine Radikalisierung der **NPD** zeichnet sich gegenwärtig nicht ab. Der Hardliner-Flügel in der Partei hat durch den Rücktritt von Maik SCHEFFLER an Einfluss verloren. Zugleich sind zwei weitere rechtsextremistische Parteien aktiv, die unter Umständen unzufriedene NPD-Mitglieder aufnehmen könnten. Sollte es den Aktivisten dieser Parteien gelingen, funktionierende Strukturen aufzubauen, so könnten sich daraus Konkurrenzorganisationen für die NPD entwickeln, die aktionistisches Potenzial an sich binden. Das könnte die Partei bei künftigen Wahlen auch Stimmen kosten.

Es ist zu erwarten, dass sich die NPD im Jahr 2015 verstärkt regionalen Themen widmen und sich dabei vor allem auf Protestbewegungen gegen den Islam und Asylbewerber konzentrieren wird. Der Aufbau und die Unterstützung lokaler Bürgerinitiativen dürften hier im Fokus stehen.

Die Partei **DIE RECHTE** wird ihren Strukturausbau im Jahr 2015 voraussichtlich weiter vorantreiben. Dabei wird sie verstärkt die Öffentlichkeit suchen, um ihren Bekanntheitsgrad zu erhöhen. Während dieses Prozesses ist damit zu rechnen, dass die Partei aus dem Potenzial unzufriedener NPD-Mitglieder schöpfen können wird. Eine ideologisch aggressivere Ausrichtung könnte dazu führen, dass die Partei auch für **NEONATIONALSOZIALISTEN** attraktiv wird, welche den Schutz des Parteienprivilegs¹⁴⁶ suchen.

Ähnliche Aussagen lassen sich auch für die Partei **DER DRITTE WEG** treffen. Teile der neonationalsozialistischen Szene im Vogtland haben sich bereits dieser Partei angeschlossen, womit sich dort eine ganz eigene Entwicklung vollzogen hat. Vor allem Plauen bildet hier einen regionalen Schwerpunkt. Von dort ausgehend werden die sächsischen Anhänger der Partei **DER DRITTE WEG** auch weiterhin versuchen, Mitglieder zu werben und ihre Strukturen zu festigen. Dabei ist mit zunehmender organisatorischer Konsolidierung ein noch offensiveres Verhalten im Vogtland zu erwarten. Dies wird auch dadurch provoziert, dass die Partei **DIE RECHTE** ebenfalls versucht, im Vogtland Fuß zu fassen.

Die Migration der **NEONATIONALSOZIALISTEN** hin zu den **JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN)** ist im Jahr 2014 im Wesentlichen zum Abschluss gekommen. Massive Zunahmen an Mitgliedern sind vorerst nicht absehbar. Stattdessen ist eine Phase der Konsolidierung zu erwarten. Dabei werden die in den JN aufgegangenen neonationalsozialistischen Personenkreise ihr Verhältnis zu den JN als Teil der NPD klären müssen. Ob sich das Verhältnis hier festigt oder aber eine neue Distanzierung von neonationalsozialistischen Kräften einsetzt, wird von den Entwicklungen in der sächsischen NPD und im JN-Landesvorstand abhängen. Eine erste Weichenstellung wird beim JN-Landeskongress am 21. März 2015 erfolgen. Bedeutung hat hier auch, dass mit den neonationalsozialistisch geprägten Parteien **DER DRITTE WEG** und **DIE RECHTE** Alternativen vorhanden sind. So könnten

¹⁴⁶ Parteiverbote unterliegen hohen rechtlichen Hürden.

in Leipzig JN-Mitglieder dem Kurs ihres bisherigen Stützpunktleiters Alexander KURTH folgen und einen Wechsel in die Partei DIE RECHTE erwägen.

Aufgrund seiner im Bundesvergleich relativ hohen Mitgliederanzahl wird der sächsische Landesverband der JN auch unter der neuen JN-Bundesgeschäftsführung mit Sitz in Mecklenburg-Vorpommern weiter eine wesentliche Rolle innerhalb der JN spielen. Der neue Bundesvorsitzende Sebastian RICHTER wird das Selbstverständnis der JN als „Kaderschmiede“ stärken und die ideologischen Positionen der Aktivisten festigen wollen.

Die sächsische **neonationalsozialistische Szene** ist in den vergangenen Jahren durch mehrere Verbote unter Druck geraten und hat sich deshalb mit dem Anschluss an die JN bzw. an verschiedene rechtsextremistische Parteien organisatorisch teilweise neu ausgerichtet. Es ist durchaus möglich, dass die nunmehr in den JN aktiven NEONATIONALSOZIALISTEN dort dauerhaft verbleiben. Jedoch auch andere rechtsextremistische Organisationen könnten zunehmend attraktiv für NEONATIONALSOZIALISTEN werden.

Wie bereits im Jahr 2014 wird die neonationalsozialistische Szene in Sachsen auch 2015 von Personengruppen bestimmt werden, die aus dem Umfeld einiger Führungspersonen stammen. Diese Personenkreise sichern weiterhin den Zusammenhalt und die ideologische Konstanz der Szene, die unter wechselnden Bezeichnungen in Erscheinung tritt. Im Hinblick auf das öffentlichkeitswirksame Agieren der neonationalsozialistischen Szene ist fraglich, ob eine weitere Stagnation oder gar ein Rückgang von der Szene weiterhin hingenommen wird. Vor allem solche Gruppierungen, die sich nicht in Richtung JN orientiert haben,

mieden bisher die Öffentlichkeit, selbst im Internet. Der Rest der Szene richtete den Fokus auf die Organisation von Großveranstaltungen (Gedenken an die Bombardierung Dresdens am 13. Februar, Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“) oder die Initiierung eigener Anti-Asyl-Aktionen.

Insgesamt befindet sich die neonationalsozialistische Szene in einer Phase der Neuorientierung, welche jedoch auf Kosten ihrer ideologischen und strukturellen Wahrnehmbarkeit geht. Dieser Zustand könnte u. U. zu einer hohen Frustration und damit einhergehend auch zum Rückzug zahlreicher Aktivisten führen. Auf der anderen Seite wird sich die Suche der Szene nach neuen Strukturen und Aktionsmöglichkeiten so lange fortsetzen, bis sie für sich eine passende Organisationsform gefunden haben wird. Denkbar sind eigene neonationalsozialistische Parteien, aber auch verdeckte Strukturen abseits der sonstigen Auffangbecken

Im Jahr 2014 entwickelte sich die **Anti-Asyl-Agitation** zu einem entscheidenden Themenschwerpunkt der rechtsextremistischen Szene in Sachsen. Es ist zu erwarten, dass die Rechtsextremisten ihre Aktivitäten gegen bestehende oder geplante Asylbewerberunterkünfte im Freistaat auch im Jahr 2015 fortsetzen werden. In welchen Regionen sich ein derartiger Protest von Rechtsextremisten entwickelt und sich möglicherweise längerfristig etabliert, bleibt abzuwarten. Ein neuer Trend könnte dabei der Einsatz von sogenannten „Stroh Männern“ sein, die bislang nicht im Zusammenhang mit politisch-extremistischen Aktivitäten bekannt geworden sind. Der extremistische Charakter einer Protestveranstaltung könnte auf diese Weise bewusst verschleiert und Gegenaktivitäten erschwert werden. Im Rahmen dessen

ist auch zu erwarten, dass Rechtsextremisten wieder verstärkt versuchen, unter dem Deckmantel von (Schein-)„Bürgerinitiativen“ aufzutreten.

Auch die Beteiligung von Rechtsextremisten an bürgerlichen Anti-Asyl-Protesten wird sich im Jahr 2015 fortsetzen, auch wenn sich beider Ziele deutlich unterscheiden. Der Mobilisierungserfolg einiger dieser bürgerlichen Initiativen war schon im Jahr 2014 das ausschlaggebendere Argument für die Szene.

Es ist absehbar, dass das Thema Anti-Asyl vorerst das einzig verbindende aktuelle Thema zwischen parteigebundenen und parteiungebundenen Rechtsextremisten bleiben wird. Es stärkt den inneren Zusammenhalt der Szene und bietet ihr eine Bühne zum gemeinsamen Handeln. Ferner erlaubt es ihr, auch unter Nichtextremisten aktiv für sich und ihre Standpunkte zu werben. Dennoch ist nicht zu erwarten, dass mit den Anti-Asyl-Kampagnen eine Steigerung der Anhängerzahlen der rechtsextremistischen Szene einhergehen wird.

Allerdings ist davon auszugehen, dass sich eine steigende Gewaltbereitschaft von Rechtsextremisten auch in Form von Übergriffen auf Asylbewerber oder deren Unterkünfte zeigen wird.

Die Zahlen der **rechtsextremistischen Konzerte** sind in Sachsen seit Jahren rückläufig. Es ist mit einer Stagnation der Konzertzahlen zu rechnen, solange sich die Szene keine zusätzlichen Veranstaltungsobjekte erschließen kann.

Hinsichtlich der **rechtsextremistischen Vertriebszene** ist zwar weiter mit einer Fluktuation auf niedrigem Niveau zu rechnen, allerdings wird der Freistaat Sachsen – bedingt

durch die hohe Anzahl hier ansässiger rechtsextremistischer Unternehmen – auch weiterhin ein Schwerpunkt im Bundesgebiet bleiben. Die Produktion von Tonträgern rechtsextremistischer Bands und Liedermacher wird weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Aktivitäten der Unternehmen sein. Ebenso wird der Trend zur Ausweitung des Sortimentes, insbesondere im Textilbereich anhalten.

Die rechtsextremistische Szene wird auch weiterhin bestrebt sein, neue **Immobilien** mit möglichst umfassender Verfügbarkeit zu erschließen. Zunächst dürften knapper werdende finanzielle Mittel jedoch eher zu einer Dezentralisierung der szeneeigenen Immobilienstruktur führen.

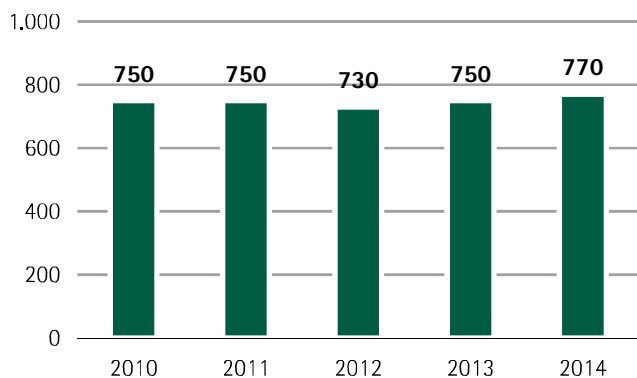
2. Linksextremismus

2.1 Personenpotenzial

Anzahl der Linksextremisten steigt erneut leicht an – personelle Zuwächse bei den AUTONOMEN

Im Jahr 2014 wurden im Freistaat Sachsen ca. 770 Personen linksextremistischen Bestrebungen zugerechnet. Damit stieg diese Zahl gegenüber dem Vorjahr geringfügig um knapp 3 % an. Über die vergangenen Jahre hinweg ist das Personenpotenzial damit relativ stabil geblieben und unterlag nur geringen Schwankungen.

Linksextremisten im Freistaat Sachsen



Die AUTONOMEN stellen mit ca. 360 Personen unverändert die größte Gruppe innerhalb der linksextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen dar. Das Potenzial stieg gegenüber dem Vorjahr (ca. 340 Personen) um ca. 6 % an.

Die den ANARCHISTEN und sonstigen linksextremistischen Gruppierungen zuzurechnende Anhängerschaft liegt nach wie vor bei ca. 160 Personen. Die Mitgliederzahl im Bereich der anarchistischen Gruppierungen blieb mit ca. 45 Personen ebenso identisch wie die Mitgliederzahl des ROTE HILFE e.V. (RH) mit ca. 200 Personen. Nach wie vor handelt es sich bei den Mitgliedern der RH vielfach um Personen mit Mehrfachmitgliedschaften.

Orthodoxen linksextremistischen Parteien und Organisationen gehörten im Jahr 2014 unverändert ca. 250 Personen an. Nach wie vor ist die KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF) mit ca. 160 Mitgliedern die stärkste Gruppierung in diesem Spektrum.

**Anzahl der Linksextremisten im Freistaat Sachsen
(insgesamt: ca. 770 [2013: ca. 750/bundesweit 2013: ca. 27.700])**

Orthodoxe linksextremistische Parteien und Organisationen	Gewaltorientierte Linksextremisten/ AUTONOME	ANARCHISTEN und sonstige linksextremistische Gruppierungen
2014: ca. 250 2013: ca. 250	2014: ca. 360 2013: ca. 340	2014: ca. 160 ¹⁴⁷ 2013: ca. 160 ¹⁴⁸

davon u. a.:

davon u. a.

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-Ost) 2014: ca. 15 2013: ca. 15
DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP) 2014: ca. 35 2013: ca. 35
KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF) 2014: ca. 160 2013: ca. 160
MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD) 2014: ca. 35 2013: ca. 35

ANARCHISTEN 2014: ca. 45 2013: ca. 45
ROTE HILFE e. V. (RH) 2014: ca. 200 ¹⁴⁹ 2013: ca. 200 ¹⁵⁰

¹⁴⁷ Ohne Mehrfachmitgliedschaften

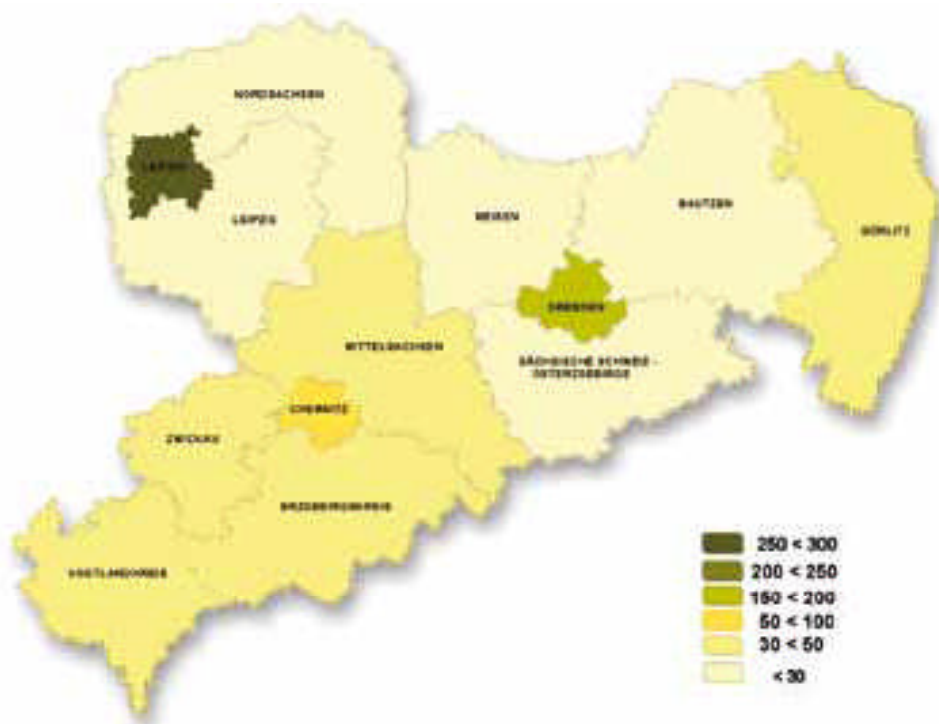
¹⁴⁸ Ohne Mehrfachmitgliedschaften

¹⁴⁹ Mit Mehrfachmitgliedschaften

¹⁵⁰ Mit Mehrfachmitgliedschaften

Regionale Verteilung der Linksextremisten im Freistaat Sachsen – absolut

In den Großstädten Leipzig und Dresden sind nach wie vor die weitaus meisten Linksextremisten ansässig.



Regionale Verteilung der Linksextremisten im Freistaat Sachsen – je 10.000 Einwohner



2.2 AUTONOME

Entstehung und Strukturentwicklung

Die Ursprünge der AUTONOMEN resultieren aus dem Zerfall der 1968er-Protestbewegung und dem allmählichen Niedergang der daraus erwachsenen kommunistischen Splittergruppen. Sie gingen aus einem Teil der politischen Alternativkultur, der militanten Hausbesetzerzene, insbesondere jedoch aus der so genannten „Sponti-Bewegung“ hervor. Diese stand für Unabhängigkeit, Selbstorganisation und Spontaneität bei politischen Aktionen. Sie war stark von anarchistischen, hierarchie- und organisationsfeindlichen Einstellungen sowie einer Verweigerungshaltung gegenüber bürgerlichen Normen geprägt.

Der Begriff AUTONOME setzte sich als Selbstbezeichnung der Szene Anfang der 1980er Jahre durch. Er nimmt Bezug auf die Bewegung der „Arbeiterautonomie“ (Autonomia Operaia), die sich in den 1960er Jahren in den industriellen Zentren Norditaliens gebildet hatte und für militante Auseinandersetzungen und Fabrikkämpfe in den 1960er und 1970er Jahren verantwortlich gewesen war. Diese Bewegung hatte den von Gewerkschaften und Parteien unabhängigen antikapitalistischen Kampf der Fabrikarbeiter propagiert, indem sie den autonomen Arbeiter als revolutionäres Objekt in den Mittelpunkt des Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit stellte. Eine Leitung oder Organisation durch Parteien oder Gewerkschaften sollte nicht stattfinden.

Die Ideen der Autonomia Operaia, der Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung der politischen Ziele, die Ablehnung von festen Organisationsformen und der Kampf für die eigenen Interessen wurden von den AUTONOMEN als „Politik der

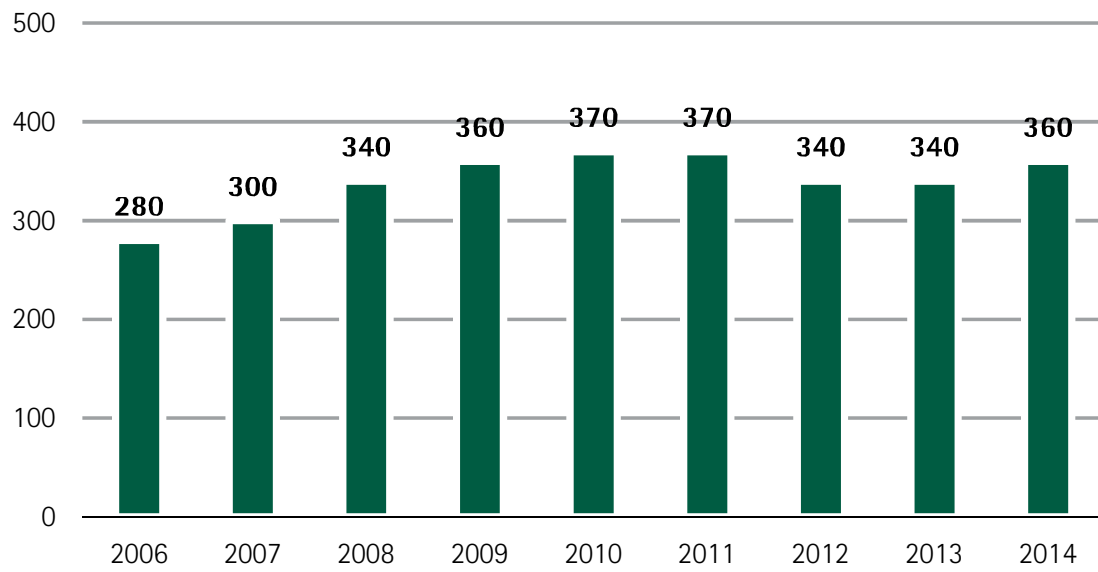
ersten Person“ auch für andere Aktionsfelder als den Fabrikkampf übernommen.



In den 1980er Jahren entstanden in zahlreichen Städten Gruppen, die sich selbst als „autonom“ definierten. Sie versuchten, mit gewalttätigen Aktionen neue „Freiräume“ zu erkämpfen, um dadurch zugleich eine eigene Handlungsfähigkeit in verschiedenen auch von friedlichen Nichtextremisten geführten Konflikten (Startbahn-West in Frankfurt am Main [Hessen], Hausbesetzungen etc.) zu etablieren. Um „Freiräume“ zu erkämpfen, beteiligten sich AUTONOME vor allem an zahlreichen Hausbesetzungen als politisches Mittel im Kampf gegen den Staat. Gleichzeitig suchten sie gewalttätig die offene Auseinandersetzung mit dem „staatlichen Gewaltapparat“.

Strukturell ist die autonome Szene stark zersplittert und in örtlichen Szenen und Kleingruppen organisiert. Den verschiedenen Versuchen der Bildung einer überregionalen Organisation oder zumindest einer dauerhaften Vernetzung untereinander standen stets die den AUTONOMEN eigene Organisationsfeindlichkeit, ihr

Entwicklung der Anzahl AUTONOMER im Freistaat Sachsen



Autonome Szenen in Sachsen



aktionsorientiertes Vorgehen sowie ideologische Differenzen entgegen.

Im Freistaat Sachsen festigte sich 1989/1990 eine autonome Szene. Diese Szene orientierte ihren Kampf zunächst an Themen wie der Stasi-Aufarbeitung und der „Kolonisierung durch das System der Bundesrepublik“. Seit etwa Mitte der 1990er Jahre haben sich die Agitations- und Aktionsfelder der AUTONOMEN in den neuen Bundesländern jedoch denen in den Altbundesländern angeglichen. Ein für sie in Ost und West zentrales Agitationsthema ist der so genannte „Antifaschismuskampf“.

Die autonome Szene dominiert deutlich den Linksextremismus im Freistaat Sachsen. Ihr gehören 360 Personen an, die einen Anteil von ca. 47 % an allen linksextremistischen Bestrebungen in Sachsen ausmachen. Wie die numerische Entwicklung zeigt (siehe Grafik), hat sich in den zurückliegenden Jahren – von kleinen Schwankungen abgesehen – ein relativ konstanter Personenkreis von durchschnittlich ca. 350 Personen herausgebildet, der diese Strömung des Linksextremismus repräsentiert.

In den letzten Jahren hat sich der Schwerpunkt der autonomen Szene deutlich von Dresden nach Leipzig verschoben. Fast die Hälfte der sächsischen AUTONOMEN gehört der Leipziger Szene an, so dass sich dort das stärkste gewaltbereite Potenzial konzentriert.

In Dresden – zweiter Schwerpunkt sächsischer AUTONOMER – ist die örtliche Szene zwar wesentlich kleiner. Dennoch ist es derzeit der einzige Ort in Sachsen, in dem linksextremistische Aktionen mit überregionalem Stellenwert stattfinden.

Die autonome Szene in Chemnitz ist demgegenüber wesentlich kleiner und kaum strukturiert. Kleinere autonome Szenen finden sich im Landkreis Mittelsachsen, im Vogtlandkreis sowie im

Landkreis Görlitz. In Klein- und Mittelstädten bestehen einzelne autonome Gruppen, die sich an Demonstrationen beteiligen und auch anderweitige eigene Aktionen durchführen.

Selbstverständnis und linksextremistische Ideologie

Die autonome Szene ist eine Strömung innerhalb des Linksextremismus, die keiner Organisation mit klaren Strukturen angehört. Sie unterscheidet sich deutlich von anderen Gruppierungen, vor allem hinsichtlich ihres Selbstverständnisses, Weltbildes und Organisationsgrades.

Zwar gibt es gemeinsame Grundpositionen aller linksextremistischen Strömungen, die in einer erklärten Gegnerschaft zur Bundesrepublik Deutschland und dem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat sowie einem grundsätzlichen Bekenntnis zu „revolutionärer Gewalt“ bestehen. Im Gegensatz zu anderen linksextremistischen Gruppierungen – etwa zu orthodoxen Kommunisten – lehnen AUTONOME aber einen zentralistischen Staat sowie Parteien kategorisch ab. Weltanschaulich-politisch verfolgen sie keine dogmatische Linie, sondern verstehen sich als Fundamentalopposition und Basisbewegung. Das Weltbild der AUTONOMEN und deren Weltanschauung resultiert aus ihrem Selbstverständnis, welches von einer destruktiven Anti-Haltung (antistaatlich, antirepressiv, antifaschistisch) geprägt ist. Deshalb tragen auch deren Aktionen einen destruktiven Charakter. Jenseits von Forderungen nach „Selbstbestimmung“ und „herrschaftsfreien Verhältnissen“ gibt es kein einigendes ideologisches Band unter AUTONOMEN.

AUTONOME wollen eine herrschaftsfreie Gesellschaft



Ihrem Selbstverständnis entsprechend orientieren sie sich an anarchistischen Ideologiefragmenten und wenden sich von diesem Ansatz ausgehend gegen jegliche Form von Herrschaft, Organisation und Hierarchie.

Demzufolge lehnen sie die gewaltenteiligen Verhältnisse ab, in denen eine demokratisch legitimierte Mehrheit kontrollierte Macht ausübt und Minderheitenrechte zu achten hat. Angestrebt wird somit die Abschaffung des bestehenden politischen Systems. Der Weg dorthin ist jedoch nicht klar definiert. Dabei wird aber Gewaltanwendung als „legitim“ betrachtet.

Rolle der Gewalt

Weitere prägende Merkmale der AUTONOMEN sind Gewaltbereitschaft und Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele und als Symbolhandeln. Gewaltbereitschaft ist ein identitätsstiftender und prägender Bestandteil der autonomen Szene. Sie findet Ausdruck in Strategiepapieren und Diskussionen, aber auch in der von AUTONOMEN verwendeten Symbolik. Durch ihre Gewaltgeneigtheit unterscheiden sich die AUTONOMEN von legalistischen Linksextremisten.



Das mutmaßliche Mitglied der rechtsterroristischen Vereinigung NSU Beate ZSCHÄPE sowie ein Polizist als Repräsentant des Staates werden von einem Panzer überrollt, auf dem ein linksextremistisches Symbol sichtbar ist.

Quelle: www.conne-island.de
(Stand: 27. November 2014)

Zur Legitimation der Gewaltanwendung wird zum einen argumentiert, dass es sich lediglich um Gegengewalt handle, mit der man sich gegen „ungerechtfertigte Gewaltausübung“ des Staates wehre. Zum anderen gebe es bestimmte politische Anliegen, die den Einsatz von Gewalt allgemein rechtfertigten.

Dabei orientieren sich AUTONOME stark am Philosophen und Sozialwissenschaftler Herbert Marcuse, der mit seinen Ideen maßgeblich die 1968er Bewegung beeinflusste. Er sah die Ursachen für Gewalt in den „kapitalistischen Produktionsverhältnissen“. Diese seien die Basis für gesellschaftliche Strukturen sowie für Institutionen und Machtverhältnisse, die schließlich eine „strukturelle“ Gewalt auf ihre Bürger ausübe. Daraus leiten AUTONOME ein Naturrecht auf Widerstand ab und rechtfertigen damit den Einsatz von Gewalt. Vor allem in Anlehnung an Marcuses Prinzip der Gegenwehr prägte die autonome Szene den Begriff „Antirepression“. Er versteht sich ausschließlich als Reaktion auf vermeintliche Gewalt des Staates, um die herrschende Gewalt

aufzubrechen und gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen.

Dass Gewalt für AUTONOME nicht nur eine theoretische Option ist, sondern dass sie diese auch auszuüben bereit sind, zeigte sich z. B. im Zusammenhang mit einem am 17. Dezember 2014 verfassten Aufruf¹⁵¹ unter dem Motto „Leipzig: Ein Aufruf zu Gewalt – gegen jene, die diese gewalttätige Welt wollen“ (nähere Angaben hierzu siehe Kapitel II.2.7.1 „AUTONOME in Leipzig“).

Auch die linksextremistische KAMPAGNE 129EV¹⁵², welche sich nach Ermittlungsmaßnahmen gegen Angehörige der Dresdner autonomen Szene im April 2011 gebildet hatte, rechtfertigte militante Aktionen als „Gegengewalt“ gegen die Bedrohung autonomer Freiräume:

„Durch intensives Räumen besetzter Häuser und Wagenplätze werden experimentelle Freiräume, die eine Alternative zur kapitalistischen Verwertungslogik darstellen, nach und nach zerstört. (...) Planmäßig wird die Möglichkeit eines herrschaftsfreien Lebens mit jedem Tag ein Stück mehr bekämpft und viele Aspekte des Widerstandes ‚provokativ‘ verunmöglicht.“¹⁵³

„Dabei geht es (...) auch um Alltagsmilitanz unterschiedlichster Formen, sei es z. B. antifaschistischer Selbstschutz, antimilitaristische Aktionen, Attacken auf Polizeireviere oder das Besetzen von Häusern.“¹⁵⁴

Militanz sei außerdem

„in ihrer unterschiedlichsten Form (ein) notwendiges und legitimes Mittel emanzipatorischer Politik.“¹⁵⁵

AUTONOME thematisieren die „soziale Frage“ sowie den Antikapitalismus als Mittel der Systemüberwindung

Die seit geraumer Zeit erkennbare intensivere Befassung AUTONOMER mit der „sozialen Frage“ in Verbindung mit einer „revolutionären Perspektive“ zur Schaffung einer „herrschaftsfreien“ Gesellschaft trat im Berichtsjahr noch deutlicher hervor. Dabei geht es nicht um eine moderate Kapitalismuskritik, sondern um die Überwindung der Marktwirtschaft als Basis einer demokratischen Gesellschaft.

Das wurde z. B. im Zusammenhang mit Aktivitäten der Linksextremisten anlässlich des 1. Mai 2014 deutlich.

In einem von einer fundamentalen Kapitalismuskritik geprägten Aufruf zu einer Demonstration in Plauen wird die Forderung nach einer Gesellschaft ohne Staat, Nation und Kapital erhoben. Es sei notwendig, am 1. Mai die „soziale Frage“ aufzuwerfen. In diesem Sinne wolle man „gegen Ausbeutung und Unterdrückung (zu) kämpfen“ und die Straße „zurückerobern“.¹⁵⁶

¹⁵¹ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 18. Dezember 2014)

¹⁵² Mit der Verwendung der Zahlenformel 129 bzw. 129a verdeutlichen Linksextremisten ihren Protest gegen – aus ihrer Sicht diskriminierende und ungerechtfertigte – Ermittlungsverfahren gegen linksextremistische Zusammenschlüsse wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 des Strafgesetzbuchs) bzw. Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB). Entsprechende Maßnahmen von Polizei und Justiz werden als „Repressionsmaßnahmen“ diffamiert und in der Öffentlichkeit angegriffen.

¹⁵³ Internetseite der KAMPAGNE 129EV, Beitrag „Repression auf mehreren Ebenen“ (Stand: 23. Juni 2011)

¹⁵⁴ Ebenda, S. 4

¹⁵⁵ Szenezeitschrift „Underdog“, Ausgabe 42 vom 1. August 2013; Internetseite der KAMPAGNE 129EV (Stand: 5. Dezember 2014)

¹⁵⁶ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 9. Februar 2015)

Eine andere Aktion am 1. Mai in Leipzig stand unter dem Motto „Befreite Gesellschaft statt Kapitalismus! Für die soziale Revolution!“. In einer deutlich gegen den demokratischen Rechtsstaat gerichteten Erklärung wurde geschlussfolgert: „Wir haben es nicht mit Systemfehlern zu tun. Das System selbst ist der Fehler.“ In dieser Formulierung zeigte sich die grundsätzliche Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates. Zudem wurde eine grundlegende Gemeinsamkeit zwischen Links- und Rechtsextremisten deutlich, indem von beiden ein ähnliches Vokabular genutzt wird. So ist nicht nur die Vokabel „System“ ein typisches Synonym, mit dem Rechtsextremisten die Bundesrepublik Deutschland bezeichnen. Diese – vor allem die NPD – verwenden ebenso den Slogan „Das System hat keine Fehler, das System ist der Fehler“ bei ihrer Agitation.

Aktionsfelder der AUTONOMEN

Ihrem Selbstverständnis entsprechend organisieren sich AUTONOME nur selten in festeren Strukturen. Vielmehr gruppieren sie sich um politische Themenfelder.

Zu den derzeit wichtigsten Aktionsfeldern sächsischer AUTONOMER gehören neben dem „Antifaschismuskampf“ Themen wie „Antirepression“, „Freiräume“, „Antirassismus“ und „Asyl“ sowie „Antikapitalismus“. Welche der Aktionsfelder in der Öffentlichkeit thematisiert werden und inwieweit AUTONOME in der Lage sind, in diesen tätig zu werden, hängt von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. So führte beispielsweise die öffentliche Diskussion über die Asylpolitik der Bundesregierung zu einem Anstieg von Aktionen der autonomen Szene zu den Themenfeldern „Antirassismus“

und „Asyl“. Seit geraumer Zeit werden auch mehrere Themenfelder miteinander verzahnt wie „Antifaschismuskampf“ mit „Antirassismus“ oder „Kampf um Freiräume“ mit „Antirepression“.

Im Vergleich dazu haben die Themen „Antimilitarismuskampf“, „Antiglobalisierung“ und „Anti-Atom-Proteste“ in der sächsischen autonomen Szene nur geringe Bedeutung.

„Antifaschismuskampf“

AUTONOME gehen davon aus, dass Faschismus und Kapitalismus in einem engen kausalen Zusammenhang stehen. Das ökonomische System – also auch die marktwirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland – würden danach die Ursache für den Faschismus als politische Ordnung bilden. Aus Sicht Autonomer bedeutet der Kampf gegen den Faschismus damit gleichzeitig einen Kampf gegen den demokratischen Rechtsstaat.

Dies zeigt sich exemplarisch in den Positionen der ANTI-FASCHISTISCHEN OFFENSIVE LEIPZIG (AOL), auf deren Internetseite es hieß:

„Faschismus und Rassismus finden ihren Ursprung im kapitalistischen System, diesem gilt es, sich entschlossen entgegen zu stellen.“¹⁵⁷



Obwohl es aus Sicht der AUTONOMEN legitim und erforderlich ist, Rechtsextremisten auf allen Ebenen und mit allen Mitteln zu bekämpfen, grenzen sie sich von staatlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus ab. Deren Unterstützung würde ihrem Kampf gegen das „System“ zuwiderlaufen.

¹⁵⁷ Internetseite der A.O.L., Beitrag „Antifaschistische Demonstration in Gotha“ vom 1. März 2014 (Stand: 13. August 2014)

Dementsprechend wurde in einer Flugschrift anlässlich des 80. Jahrestages der „Antifaschistischen Aktion“ festgestellt, die Doppelfahnen seien

„zu einem Emblem geworden, das szeneübergreifend Verwendung findet, sich vom staatstragenden Antifaschismus abgrenzt und für eine militante Politik steht.“¹⁵⁸



Mit dem Themenfeld des Antifaschismus ist es den sächsischen AUTONOMEN in den letzten Jahren gelungen, Akzeptanz in Teilen der bürgerlichen

Gesellschaft zu finden. Faschismus und Rechtsextremismus werden auch von der breiten Öffentlichkeit abgelehnt. Dadurch gelingt es AUTONOMEN teilweise, Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Kräften zu schließen, um gemeinsam mit diesen gegen rechtsextremistische Aktivitäten zu demonstrieren. Mittels dieser Bündnisstrategie wollen sie eigenen extremistischen Positionen Normalität verleihen und die Akzeptanz ihrer politischen Ziele fördern. Dies führt z. B. dazu, dass sich in Einzelfällen auch bürgerliche Teilnehmer verleitet sehen, die Rechte anderer Personen zu verletzen.

Dies zeigte sich z. B. am 5. März 2014 bei Protesten gegen den jährlichen „Trauermarsch“ von Rechtsextremisten anlässlich des Jahrestages der Zerstörung der Stadt Chemnitz im Zweiten Weltkrieg. Einer überwiegend von AUTONOMEN initiierten Sitzblockade auf der Aufzugstrecke der Rechtsextremisten schlossen

sich schließlich 200 bis 300 Personen aus dem bürgerlichen Spektrum an.

Dass so eine Debatte über Blockaden als legales politisches Mittel entbrannt sei, wird innerhalb der autonomen Szene durchaus als positiv bewertet. Deutlich äußerte sich dazu ein Aktivist der linksextremistischen KAMPAGNE 129EV:

„(...) für viele Menschen, die nicht unbedingt dem klassisch linken Spektrum zuzuordnen sind, sind Blockaden so erst zum persönlichen Protest- und Widerstandshandeln geworden.“¹⁵⁹

Die sächsische autonome Antifa legt den Begriff des „Faschismus“ bei ihrer Argumentation zunehmend weiter aus. Alle Positionen, die nicht ihren Wertvorstellungen entsprechen, werden als „nazistisch“ oder reaktionär abgelehnt. Im Zuge dessen werden sowohl tatsächliche Rechtsextremisten, aber auch andere Personen als „Faschisten“ oder „Nazis“ bezeichnet, wenn sie nicht die Positionen der AUTONOMEN vertreten. So sollen Angriffe auf Personen, die nicht in deren Weltbild passen, legitimiert werden.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen im Mai 2014 kam es zu einer Anschlagsserie gegen NPD-Mitglieder in und um Leipzig, bei der es zu massiven Sachbeschädigungen, aber auch zur Misshandlung zweier Personen kam (nähere Angaben hierzu siehe Kapitel 2.8.1 „AUTONOME in Leipzig“).

¹⁵⁸ Flugschrift „80 Jahre Antifaschistische Aktion“, 1. Auflage vom Juni 2012, Göttingen (Niedersachsen)

¹⁵⁹ Szenezeitschrift „Underdog“, Ausgabe 42 vom 1. August 2013. Auch abrufbar auf der Internetseite der KAMPAGNE 129EV (Stand: 5. Dezember 2014)

„Antirassismus“

Autonomer „Antirassismus“ steht in einem engen inhaltlichen Zusammenhang mit dem Themenfeld „Antifaschismus“. Mit antirassistischen Positionen AUTONOMER verbindet sich stets auch Kritik am demokratischen Rechtsstaat und dessen Institutionen. Staatlichen Akteuren wird ein „institutioneller Rassismus“, unterstellt, der systemimmanent sei, so bei der als „rassistisch“ abgelehnten deutschen Asylpolitik.

Auch im Rahmen dieses Themenfeldes gelingt AUTONOMEN ein Konsens mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. So gehörten AUTONOME zu den Organisatoren der „Antirassistischen Aktionstage“ in Leipzig im Mai 2014, die vom nicht-extremistischen Bündnis „Refugees Welcome“ unter dem Motto „Von Schönefeld bis Lampedusa – kein Mensch ist illegal! Rassismus auf allen Ebenen bekämpfen“ veranstaltet wurden. Dementsprechend besitzt das Thema eine hohe Mobilisierungswirkung. Beispielhaft dafür steht auch die Demonstration „Rassismus ist Alltag – Refugees welcome!“ am 24. Mai 2014 in Leipzig, an der sich bis zu 1.000 Personen, darunter auch Linksextremisten, beteiligten.

Ein Beschluss des Berliner Senats im Juni 2014, eine von Flüchtlingen und anderen Personen besetzte Schule räumen zu lassen, nahmen sächsische AUTONOME im Juni 2014 zum Anlass für gewalttätige Aktionen in Leipzig, wo es bei einem Anschlag auf die Ausländerbehörde zu Sachbeschädigungen kam.

„Antirepression“ bzw. „Kampf um Freiräume“

Der „Kampf gegen staatliche Repression“ ist ein klassisches Aktionsfeld von AUTONOMEN, mit dem der demokratische Rechtsstaat delegitimiert

werden soll. Er wird als ein legitimes Mittel verstanden, um die herrschende „Gewalt des Systems“ aufzubrechen.



Seit 2011 hat dieses Thema unter sächsischen AUTONOMEN zunehmend an Bedeutung gewonnen. Auslöser hierfür waren Durchsuchungsmaßnahmen der sächsischen Polizei im April 2011, die wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung durchgeführt worden waren. In der Folge entstand die gewaltbefürwortende linksextremistische KAMPAGNE 129EV, die im Wesentlichen durch Öffentlichkeitsarbeit um Unterstützung für die Beschuldigten warb. Sie arbeitete u. a. mit der Dresdner Ortsgruppe des Vereins ROTE HILFE e. V. (RH) eng zusammen.



Das Themenfeld „Antirepression“ wird von AUTONOMEN häufig mit dem Kampf um „Selbstbestimmte Freiräume“ verknüpft. In „Freiräumen“, wie etwa besetzten Häusern oder Jugendzentren, die dem staatlichen Zugriff entzogen sind und „selbstverwaltet“ werden, wollen sie ihre Vorstellungen von einem „besseren“ Leben umsetzen. Dort wird die für die politische Arbeit unerlässliche Infrastruktur bereitgestellt und der Informationsaustausch innerhalb der Szene unterstützt.

Solche „Freiräume“ stellen für AUTONOME einen ersten Schritt zur Etablierung der von ihnen angestrebten „herrschaftsfreien“ Gesellschaft dar. Insofern werten sie dessen Einschränkung immer als einen Angriff, der sich gegen die Verwirklichung ihrer Zielsetzungen richtet.

AUTONOME beanspruchen eine kulturelle Hegemonie in „ihrem“ Viertel, welche häufig in eine Ausgrenzung anderer mündet. Personen, deren Wertvorstellungen nicht mit den ihren übereinstimmen, werden deshalb als „konservativ und reaktionär“ abgelehnt.

AUTONOME reagieren in aller Regel umgehend und aggressiv auf behördliche Maßnahmen, die sich gegen ihre so genannten „Freiräume“ richten. Beispielsweise werden kommunale Baumaßnahmen mit Bezug zu den „Freiräumen“ als Angriff und somit als „staatliche Repression“ gewertet. Nicht selten kämpft die Szene gewalttätig gegen den tatsächlich oder vermeintlich drohenden Verlust solcher Räume an.

So setzten unbekannte Täter im April 2014 im Leipziger Stadtteil Connewitz das Auto einer Firma in Brand, die für den technischen Betrieb einer polizeilichen Überwachungskamera am Connewitzer Kreuz, also in dem von AUTONOMEN so verstandenen „Freiraum“ Connewitz, verantwortlich war.¹⁶⁰

Zudem fanden Aktionen im Zusammenhang mit überregionalen Ereignissen statt. Beispielsweise solidarisierten sich die Leipziger AUTONOMEN mit den Betroffenen einer Wagen-Gruppe aus Freiburg (Baden-Württemberg)¹⁶¹. Im September 2014 wurde die Straße vor der Geschäftsstelle der Partei „Bündnis90/Die Grünen“ blockiert, um letztere zum politischen Handeln im Sinne der AUTONOMEN anzuhalten.

Im Rahmen des „Freiraumkampfes“ gewinnt auch das Thema „Gentrifizierung“ in der Szene weiter an Bedeutung. Als „Gentrifizierung“ gilt die soziale Umstrukturierung von Wohngebieten durch

Sanierungsmaßnahmen – verbunden mit Mieterhöhungen und Zwangsräumungen – wodurch die betroffenen Gebiete häufig ihren Charakter als „Kiez“ verlieren. Vor allem in Ballungsräumen nutzen Linksextremisten dieses Thema, um die kritische Stimmung in Teilen der Bevölkerung für ihre Zwecke zu nutzen. Sie betrachten den Widerstand gegen die Gentrifizierung ebenfalls als „Kampf gegen das System“.

Zwei im Juli 2014 in Leipzig verübte Brandanschläge verdeutlichen, zu welchen Mitteln die autonome Szene im Rahmen des Themenfeldes „Gentrifizierung“ greift.

„Antikapitalismuskampf“

Den „Antikapitalismuskampf“ machten vor allem AUTONOME aus dem Umfeld anarchistischer Gruppen zu ihrem Thema. Auch in der Leipziger autonomen Szene gewannen antikapitalistische und antiimperialistische Inhalte in den vergangenen Jahren an Bedeutung. Beispiel hierfür ist die ANTIFASCHISTISCHE OFFENSIVE LEIPZIG (A.O.L.), die sich bis zu ihrer Auflösung Anfang November 2014 zu marxistisch-leninistischen Positionen bekannte.

Mit der Zunahme antikapitalistischer Positionen erhöhte sich in den vergangenen Jahren der Stellenwert sozialer Proteste für sächsische AUTONOME. Diese Tendenz setzte sich im Jahr 2014 fort. Waren Aktivitäten von Linksextremisten anlässlich des 1. Mai in den letzten Jahren noch schwerpunktmäßig durch die anarchosyndikalistische FAU-IAA initiiert worden, so mobilisierten im Jahr 2014 Akteure der autonomen Szene für dieses Ereignis. Sie organisierten die maßgeblichen Aktionen in Plauen

¹⁶⁰ <https://linksunten.indymedia.org/de>, Beitrag „[LE] Autobrand in Connewitz“ (Stand: 2. Mai 2014)

¹⁶¹ Die im April 2014 beschlagnahmten Bauwagen und Laster der Wagen-Gruppe „Sand im Getriebe“ sollten nach einer Verfügung der Stadt Freiburg verschrottet werden.

und Leipzig. An der Veranstaltung in Leipzig beteiligten sich schließlich ca. 1.000 Personen, darunter auch zahlreiche Nichtextremisten.



1. Mai 2014 Leipzig

Quelle: [https://de-de.facebook.com/pages/FAU Leipzig/](https://de-de.facebook.com/pages/FAU%20Leipzig/)
(Stand: 8. Mai 2014)

AUTONOME solidarisierten sich im Rahmen mehrerer Aktionen auch im Jahr 2014 mit den Bürgern Griechenlands, die sich gegen die angeblichen „Zumutungen des kapitalistischen Krisenregimes“ zur Wehr setzen würden.

„Antimilitarismus“

AUTONOME sehen in der Bundeswehr eine Organisation zur Durchsetzung kapitalistischer Interessen im Ausland, die zur Erreichung ihrer Ziele vor Mord nicht zurückschreckt.

Dementsprechend wird die Anwendung von zielgerichteter Gewalt als legitim angesehen. So wurde in der Nacht zum 24. Oktober 2014 eine schwere Brandstiftung an einem Kfz der Bundeswehr in Dresden verübt.¹⁶²



Darüber hinaus war der „Antimilitarismus“ im Jahr 2014 bei sächsischen AUTONOMEN jedoch kein vorrangiges Thema.

Aktionsformen

Um ihre Ideologie und politischen Positionen zu vermitteln, nutzen AUTONOME ein vielfältiges Aktionsspektrum. Demonstrationen und gewalttätige Aktionen zählen zu den wesentlichen Aktionsformen.

Demonstrationen

Bei dieser Aktionsform ist zwischen angemeldeten und unangemeldeten Demonstrationen zu unterscheiden.

Große und angemeldete Demonstrationen werden in der Regel in strategischen Bündnissen unter Beteiligung bürgerlicher Kräfte geplant und durchgeführt. Meist ordnen sich AUTONOME in diesen Aufzügen weitgehend dem friedlichen Demonstrationsverhalten zivilgesellschaftlicher Akteure unter. Straftaten mit einem zu vermutenden linksextremistischen Hintergrund werden eher am Rande des Demonstrationsgeschehens oder aber in dessen Vorfeld begangen. Gewalttätige Aktionen werden nicht in direktem Zusammenhang mit Demonstrationen begangen, um zu vermeiden, dass sich Maßnahmen der Sicherheitsbehörden gegen die Demonstration richten und sich die friedlichen Teilnehmer entsprechend distanzieren. Ob es im Rahmen angemeldeter Demonstrationen zu Ausschreitungen kommt und wie groß der Spielraum dafür für Linksextremisten ist, hängt einerseits vom Kräfteverhältnis, andererseits aber auch von der Distanz oder

¹⁶² Nähere Angaben hierzu siehe Kapitel II.2.7.2 „AUTONOME in Dresden“

Toleranz des bürgerlichen Spektrums gegenüber der Anwendung von Gewalt ab.

Im Gegensatz dazu entwickeln unangemeldete Demonstrationen eine hohe Eigendynamik, die häufig zu gewalttätigen Ausschreitungen führt. Vor allem solche Demonstrationen entsprechen dem Selbstverständnis AUTONOMER und werden häufig als Reaktion auf „repressive“ staatliche Maßnahmen durchgeführt. Dass es dabei zu gewalttätigen Aktionen kommen kann, erklären AUTONOME mit dem ihnen eigenen Selbstverständnis:

„(...) dann wollen wir vielleicht unserer Wut auf der Straße Ausdruck verleihen, und symbolisch alles das angreifen, was uns das Leben zur Hölle macht (...).“¹⁶³

Gewalttätige Aktionen

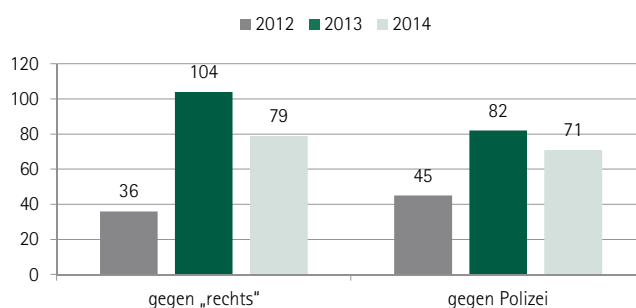
In der autonomen Szene ist bundesweit ein anhaltend hohes Aggressionsniveau festzustellen, da Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ansichten nicht nur als „legitim“, sondern sogar als unvermeidbar gilt.

Charakteristisch ist besonders das gewalttätige Vorgehen gegen politische Gegner und gegen die Polizei. Polizeibeamte verkörpern das staatliche Gewaltmonopol und gelten AUTONOMEN als Vertreter des verhassten Staates.

Auch in der sächsischen Szene sind die Akteure zunehmend bereit, Gewalt in der politischen Praxis anzuwenden. Neben Polizisten stehen vor allem tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten im Fokus linksextremistischer Gewalt. Darüber hinaus weist die

Entwicklung der Körperverletzungen darauf hin, dass AUTONOME ihren Gegnern im Rahmen politischer Auseinandersetzungen zunehmend bewusst körperliche Schäden zufügen wollen.

Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund im Freistaat Sachsen, die gegen den politischen Gegner bzw. die Polizei gerichtet waren



Zur Durchführung gewalttätiger Aktionen bedarf es keiner öffentlich verbreiteten Gewaltaufrufe. Maßgeblich für die Mobilisierung und das Verhalten von gewaltorientierten Linksextremisten sind die Bedeutung des Anlasses, die aufrufenden Gruppierungen sowie die zur Mobilisierung genutzten Medien. Gesellschaftlich relevante Themen, die den Kernbereich der linksextremistischen Grundsätze treffen, wie die Beteiligung von Rechtsextremisten an den Kommunalwahlen im Mai 2014 oder die Asyldebatte Ende des Jahres 2013/2014, können dabei verstärkend auf linksextremistische Straf- und Gewalttäter wirken.

Vor allem im Zusammenhang mit der Stadtratswahl am 25. Mai 2014 in Leipzig verstärkten Akteure der autonomen Szene ihre „antifaschistischen“ Aktivitäten. Es kam dort zu massiven Gewalttaten vorrangig gegen

¹⁶³ INTERIM Nr. 732 vom 23. September 2011, S. 13

Stadtratskandidaten der NPD (nähere Angaben hierzu siehe Kapitel 2.8.1 „AUTONOME in Leipzig“).

Auch Straßenkrawalle, bei denen linksextremistische Randalierer z. B. Gehwege aufreißen, Pflastersteine gegen Gebäude und Fahrzeuge werfen, Scheiben einschlagen sowie Barrikaden errichten und diese entzünden, sind eine typische Form der Gewalt. Mit solchen Aktionen wird angestrebt, mittels maximaler Sachschäden politische Entscheidungen zu beeinflussen, durch deren Umsetzung sich die Szene beeinträchtigt fühlt. Das kann z. B. im Zusammenhang mit der Videoüberwachung von Straßen und Plätzen oder mit städtebaulichen Beschlüssen stehen. In Sachsen ist Schauplatz von solchen Ausschreitungen besonders die Stadt Leipzig.



31. Mai 2014 Dresden

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/115410>

(Stand: 2. Juni 2014)

Dass für sächsische Linksextremisten die Gewalt in der politischen Praxis zunehmend einen zentralen Platz einnimmt, zeigten auch zwei Brandanschläge auf die Deutsche Bahn-AG am 18. Januar 2014 in Nordsachsen und am 31. Mai 2014 in Dresden.

Beide Ereignisse standen zwar in einem unterschiedlichen sachlichen Zusammenhang; in Nordsachsen mit einer Demonstration gegen

Rechtsextremisten in Magdeburg und in Dresden als Solidaritätsaktion mit gewaltbereiten Linksextremisten in Griechenland. Aus Sicht der Akteure steht die Bahn-AG jedoch stellvertretend für staatliche und gesellschaftliche Strukturen.

Recherchetätigkeit und „Nazi-Outing“-Aktivitäten

Die Recherche und das „Nazi-Outing“ sind eine Strategie, welche die autonome Antifa bereits seit Jahren anwendet. Bei der Recherche werden Informationen über tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten gesammelt und ausgewertet. Beim anschließenden „Nazi-Outing“ publizieren Mitglieder der Antifa private und personenbezogene Informationen der betroffenen Personen, wie Name, Foto, Adresse, Autokennzeichen, Arbeitgeber oder Account-Daten zu sozialen Netzwerken. Die politischen Überzeugungen oder Handlungen jener Personen werden öffentlich publiziert. Dies geschieht entweder mittels Flugblättern, die in der privaten oder beruflichen Umgebung der Betroffenen verteilt werden, oder – mittlerweile sehr ausgeprägt – über die Verbreitung in Internetportalen. So will die Antifa die von ihr als „Nazis“ bezeichneten Personen in der Öffentlichkeit bloßstellen, um diese gesellschaftlich zu ächten. Andererseits legt die autonome Antifa mit ihren Veröffentlichungen die Grundlagen für „antifaschistische Selbsthilfe“, also für zielgerichtete Aktionen gegen die betroffenen Personen. Elementare Persönlichkeitsrechte werden diesen bereits auf Grund der ihnen unterstellten Gesinnung abgesprochen, da nach Auffassung AUTONOMER „Faschismus“ keine Meinung, sondern ein Verbrechen darstellt. Dabei werden Straftaten – auch Gewalttaten – zumindest in Kauf genommen.

Im September 2014 wurden im Internet unter der Überschrift „AFD Mitgliederliste Sachsen“ Mitgliederdaten der sächsischen nicht extremistischen Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) veröffentlicht. Später wurden zudem vermeintliche Förderer ergänzt. Auch diese Kampagne hat die Form eines „Outings“. Die Veröffentlichung der Daten ist als Teil des Kampfes anzusehen, bei dem eine demokratisch gewählte Partei in ihrer politischen Betätigung behindert werden soll.

Im Dezember setzten Leipziger AUTONOME ihre gegen die AfD gerichteten Aktionen im Sinne eines „Nazi-Outings“ fort. Es sollten politisch missliebige Personen eingeschüchert werden. Im Zusammenhang mit der für den 12. Januar 2015 geplanten ersten LEGIDA-Demonstration in der Stadt demonstrierten am 21. Dezember etwa 20 Personen vor dem Wohnhaus eines Mitglieds der AfD, dem die Unterstützung der LEGIDA vorgeworfen wurde. Die Demonstranten zündeten hierbei bengalische Feuer und zeigten ein Transparent mit der Aufschrift „Kein Frieden & Kein Dialog – Legida angreifen!“. Der Name des Betroffenen war bereits im Vorfeld im Internet auf einer Liste mit 50 Adressen von Personen verbreitet worden, gegen die zu gewalttätigen Aktionen am Silvestertag 2014 aufgerufen wurde. Nach der Aktion wurde auf der Internetplattform „links-unten.indymedia.org“ ein Bekennerschreiben veröffentlicht. Danach sollte mit der Aktion all jenen eine „Entscheidungshilfe“ gegeben werden, die an dem „Aufmarsch der Rassistinnen“ am 12. Januar 2015 teilnehmen wollen. In dem Schreiben hieß es: *„Wer offen seinen Rassismus zur Schau stellt, muss mit den Konsequenzen leben können.“*

Angriffe auf demokratische Parteien

Aktionen AUTONOMER können sich auch im Übrigen gegen demokratische Parteien richten, wenn deren Politik nicht ihren Interessen entspricht. So soll mediale Aufmerksamkeit für ein Thema erregt sowie politischer Druck auf demokratische Parteien ausgeübt werden, um diese zum politischen Handeln im Sinne der AUTONOMEN zu zwingen.

So war die Partei „Bündnis90/Die Grünen“ in Leipzig mehrmals Ziel solcher Aktionen. Am 27. Juni 2014 kam es zu einem Anschlag auf die Hauptgeschäftsstelle der Partei, die „entglast“ wurde sowie am 3. Juli 2014 zur Störung einer Parteiveranstaltung. Diese Aktionen fanden im Zusammenhang mit dem Beschluss des Berliner Senats im Juni 2014 statt, eine von Asylbewerbern und anderen Personen besetzte Schule in Berlin-Kreuzberg räumen zu lassen. Dies trifft auch auf eine Sachbeschädigung am CDU-Wahlkampfbüro in Leipzig am 7. Juli 2014 zu, bei der Zeugenaussagen zufolge vier vermummte, unbekannte Täter mehrere Scheiben mit Steinen einschlugen und die Fassade beschmierten.

Am 30. September kam es zu einer Straßenblockade vor der Geschäftsstelle der Fraktion der Partei „Bündnis90/Die Grünen“ in Leipzig, mit der sich AUTONOME mit den Betroffenen einer Wagengruppe aus Freiburg (Baden-Württemberg) solidarisierten (siehe oben Abschnitt „Antirepression“ bzw. „Kampf um Freiräume“). Damit sollten die Parteivertreter unter Druck gesetzt und zum politischen Handeln im Sinne der AUTONOMEN gezwungen werden.

2.3 Anarchistische Gruppierungen

Der Anarchismus ist eine politische Bewegung und Weltanschauung, die in ihrem Kern die Herrschaft von Menschen über Menschen sowie jede Art von Hierarchie als Form der Unterdrückung und Freiheit ablehnt. Das Ziel besteht in der Errichtung einer herrschaftsfreien Gesellschaft im Sinne einer Gesellschaftsordnung ohne Staat, Militär und Justiz. Der Anarchismus besitzt eine lange historische Tradition, deren Wurzeln bis in die frühe europäische Arbeiterbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts zurückreichen. Im Laufe seiner Geschichte hat er eine Vielzahl von Strömungen hervorgebracht und verschiedene Facetten entwickelt, die eine unterschiedliche Qualität aufweisen und bis in die Gegenwart hineinreichen.

Die anarchistischen Gruppierungen in Sachsen vertreten Positionen des Anarchosyndikalismus. Dabei sind fließende Übergänge in ähnliche oder verwandte Bewegungen oder Gruppen – wie den AUTONOMEN – feststellbar. Dennoch weist der Anarchosyndikalismus einige spezielle Merkmale auf, durch die sich entsprechende Gruppen auch deutlich von den AUTONOMEN unterscheiden. Diese wesentlichen Unterscheidungsmerkmale lassen sich vor allem anhand von Kriterien für die Bereiche Ideologie, Organisation und Strategie herausarbeiten.

Der Anarchosyndikalismus ist eine Form des Anarchismus, der auf die Übernahme der Produktionsmittel durch „Arbeiterassoziationen“ abzielt. Das bedeutet die Idee einer gewerkschaftlichen Berufsgenossenschaft, die eine Kollektivierung der Produktionsmittel anstrebt.

Der Staat soll zerschlagen werden und an dessen Stelle eine Föderation der Syndikate treten. Das Syndikat wird als tragende Organisationseinheit des revolutionären Kampfes wie auch der Zukunftsgesellschaft erachtet. Diese Form des Anarchismus weist somit eine deutlich andere Qualität auf als jene der AUTONOMEN. Zwar favorisieren auch AUTONOME ihrem Selbstverständnis entsprechend eine herrschafts- und gesetzlose Ordnung, jedoch ist es ihnen bislang nicht gelungen, eine feste theoretische Basis zu entwickeln.

Die anarchosyndikalistischen Gruppen sind in ein föderales Netzwerk integriert. Die örtlich/regionalen Lokalföderationen bilden die bundesweite FREIE ARBEITERINNEN – UND ARBEITER – UNION (FAU), welche ihrerseits als deutsche Sektion der INTERNATIONALEN ARBEITER ASSOZIATION (IAA) angeschlossen ist.

Auch hier zeigt sich ein Unterschied zur autonomen Szene, die in verschiedene örtliche Strukturen und Kleingruppen zersplittert ist. Den verschiedenen Versuchen der Bildung einer überregionalen Organisation oder zumindest einer dauerhaften Vernetzung untereinander standen stets die den AUTONOMEN eigene Organisationsfeindlichkeit sowie ideologische Differenzen entgegen.

Das Handeln der ANARCHOSYNDIKALISTEN richtet sich nach strategischen Prinzipien, die in der Satzung der FAU-IAA formuliert sind. U. a. sind sie bestrebt, „(...) *schrittweise eine neue Welt in der Schale der alten zu entwickeln.*“¹⁶⁴ Die Frage der Anwendung von Gewalt bei der Umsetzung

¹⁶⁴ „Prinzipienerklärung“ der FREIEN ARBEITERINNEN- UND ARBEITERUNION, verfasst 1989/1990, geändert 2003, S.7

ihrer Ziele lässt die FAU offen. In ihrer „Prinzipienerklärung“ heißt es dazu:

„In unserem Vorgehen legen wir uns weder auf Gewaltlosigkeit noch auf Gewalt fest! Die Wahl unserer Mittel ergibt sich aus den konkreten Situationen und Zielen!“¹⁶⁵.

In Sachsen sind es die anarchosyndikalistischen Kleingruppen der FAU DRESDEN und LEIPZIG sowie die ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND LEIPZIG (ASJL), die fest in das bundesweite föderale Netzwerk integriert sind. Sie hatten sich im Jahr 2013 als eigenständiger Flügel des Linksextremismus in Sachsen herausgebildet; dies hatte 2014 weiter Bestand.

Gemessen an ihrer geringen personellen Stärke sind beide Gruppierungen sehr aktiv. Besonders im Rahmen öffentlicher Aktionen versuchen die Akteure, ihre extremistischen Zielsetzungen zu verbreiten und so neue Anhänger zu gewinnen. Indem sich die FAU vordergründig als gewerkschaftsähnliche Organisation darstellt, wird verschleiert, dass sie die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung anstrebt.

Die ASJL wiederum zeigt eine Nähe und Affinität zur gewaltbereiten autonomen Szene.

FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA)

Extremismusbereich:	Linksextremismus
Gründung:	1977
Sitz:	Frankfurt am Main (Hessen)
Mitglieder 2014 in Sachsen:	ca. 45
Mitglieder 2013 in Sachsen:	ca. 45
Teil-, Nebenorganisationen:	Syndikate, Lokalföderationen, ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND LEIPZIG (ASJL)
Publikation:	DIREKTE AKTION
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Die FAU-IAA ist die mitgliederstärkste anarchistische Gruppierung in Deutschland und in Sachsen spätestens seit Mitte der 1990er Jahre aktiv. Sie bezeichnet sich selbst als „Anarchistische Gewerkschaft“, die der INTERNATIONALEN ARBEITER ASSOZIATION (IAA) angeschlossen ist. Ihre Finanzierung erfolgt über Mitgliedsbeiträge.

Anders als im Jahr 2013 – die FAU-IAA konnte damals ihr aktives Mitgliederpotenzial in Sachsen steigern – stagnierte dieses im Jahr 2014. Ihr gehörten weiterhin etwa 45 aktive Mitglieder an. Die organisatorische Basis der sächsischen Mitglieder bilden örtliche Syndikate (lokale basisdemokratische Gewerkschaften)

¹⁶⁵ „Prinzipienerklärung“ der FREIEN ARBEITERINNEN- UND ARBEITERUNION, verfasst 1989/1990, geändert 2003, S. 11

und Lokalföderationen (alle Syndikate an einem Ort) in den Städten Leipzig und Dresden.

Im Berichtsjahr kam es zu einer Strukturänderung bei der FAU-IAA in Sachsen.

So gab die im Jahr 2012 gegründete FAU-INITIATIVE CHEMNITZ, die sich auch als „Syndikat der Region Chemnitz/Erzgebirgskreis“ bezeichnete, Ende August 2014 auf ihrer Internetseite die Auflösung der Gruppe bekannt. Sie erklärte zugleich die Absicht, ihre Aktivitäten als „Untersektion des ALLGEMEINEN SYNDIKATS DRESDEN“ fortzuführen zu wollen und verwies Interessenten dorthin¹⁶⁶. Bisherige Mitglieder sind aber weiterhin für die FAU in Chemnitz aktiv.

Ursächlich für diese Entwicklung ist zum einen, dass die Chemnitzer Gruppe aufgrund geringer Mitgliederzahlen ohnehin nie über den Status einer „Initiative“ hinauskam. Zum anderen entsprach die Strukturänderung auch den objektiven regionalen Bedingungen, die sich der FAU-INITIATIVE CHEMNITZ boten. Die Region Chemnitz ist durch ein sehr niedriges linksextremistisches Personenpotenzial geprägt, das nur schwach strukturiert ist. So ergaben sich für die FAU CHEMNITZ kaum Anschlussmöglichkeiten. Aber auch andere örtlich ansässige Linksextremisten suchten offenbar keine Zusammenarbeit mit der FAU Chemnitz. Der Umstand wird sichtbar in einer Erklärung der FAU CHEMNITZ, in der sie auf die „schlechte Vernetzung linker Strukturen in Chemnitz“¹⁶⁷ hinweist.

Die in der Chemnitzer linksextremistischen Szene herrschenden Bedingungen spiegelten sich auch in den Aktionen der Szene seit 2012 wieder. So war die FAU INITIATIVE CHEMNITZ nahezu

alleiniger Initiator öffentlicher Aktivitäten von Linksextremisten.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Die FAU-IAA ist in erster Linie anarchistisch und antikapitalistisch aufgestellt. Ihr Ziel ist es, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu überwinden. In ihrem als „revolutionäre Gewerkschaftszeitung“ bezeichneten Kampfblatt DIREKTE AKTION, das sich nach eigenen Angaben „auf die Grundlage des Klassenkampfes stützt“, heißt es dazu unmissverständlich:

„Wir ANARCHO-SYNDIKALISTINNEN haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel. Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus. (...) Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab.“¹⁶⁸

Mit diesem Selbstverständnis, welches vor allem durch die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie mit sämtlichen Mitteln geprägt ist, steht die FAU-IAA in klarem Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Aktivitäten

Wie schon im Jahr 2013 waren anarchosyndikalistische Gruppen im Freistaat Sachsen auch 2014 mit eigenen Aktionen öffentlich in Erscheinung getreten. Dabei zeigten sich

¹⁶⁶ Facebook-Profil der FAU-INITIATIVE CHEMNITZ (Stand: 2. September 2014; zwischenzeitlich nicht mehr abrufbar)

¹⁶⁷ Internetseite der FAU-INITIATIVE CHEMNITZ (Stand: 1. September 2014; zwischenzeitlich nicht mehr abrufbar)

¹⁶⁸ DIREKTE AKTION ANARCHOSYNDIKALISTISCHE ZEITUNG Ausgabe 224 (Juli/ August 2014), S. 16

jedoch teils deutliche Unterschiede zwischen den in Dresden, Leipzig und Chemnitz ansässigen FAU-Akteuren nicht nur in Umfang und Intensität, sondern auch in der Wahl der Mittel.

Dresden

Aktivste Gruppe war erneut das ALLGEMEINE SYNDIKAT DRESDEN der FAU-IAA. Insbesondere durch die Verteilung von Flugblättern, die Organisation von Demonstrationen oder über die Beteiligung an sozialkritischen, nicht extremistischen Protestdemonstrationen versuchte die FAU DRESDEN, ihren Bekanntheitsgrad und ihre Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu erhöhen.

Da es der FAU als anarchosyndikalistische Gruppierung vorrangig um Arbeitskampf und Gewerkschaftsarbeit aus linksextremistischer Perspektive geht, nehmen Aktionen anlässlich des 1. Mai einen zentralen Platz ein. Dabei war das ALLGEMEINE SYNDIKAT DRESDEN der FAU-IAA unter den Dresdner Linksextremisten die einzige Gruppe, die den 1. Mai thematisierte. Sie führte hierzu auch eine Demonstration unter dem Motto „Gewerkschaftsfreiheit verteidigen! Engagiert – solidarisch – jeden Tag!“ durch, an der sich ca. 120 Personen beteiligten. Die konnte damit FAU nur unwesentlich mehr Menschen zu Teilnahme an ihrer Veranstaltung bewegen als im Vorjahr. Der Grund dafür ist, dass gewerkschaftliche Themen am 1. Mai alljährlich durch die großen Massengewerkschaften besetzt sind. Daher dürfte es schwer sein, das Teilnehmerpotenzial zu diesem Anlass nennenswert zu erweitern.

Das ALLGEMEINE SYNDIKAT DRESDEN bemühte sich auch um die Gewinnung von Arbeitnehmern. Die FAU greift hierzu u.a. arbeitsrechtliche Belange oder die Pflegeversicherung auf. Exemplarisch dafür stehen z. B. die Aktivitäten

der 2013 gegründeten Branchensektion BRANCHENGEWERKSCHAFT NAHRUNG UND GASTRONOMIE (BNG) der FAU DRESDEN im Zusammenhang mit der Kündigung von drei Kellnern eines Dresdner Lokals. Die BNG führte unter dem Motto „Trotzdem unbequem“ im Zeitraum 1. bis 28. Februar 2014 eine Mahnwache für die in dieser Gewerkschaft organisierten drei Kellner durch. An der vor dem betreffenden Lokal durchgeführten Aktion beteiligten sich bis zu 30 Personen. Am 28. Februar 2014 demonstrierten aus demselben Anlass und unter dem Motto „So geht's nicht weiter in der Gastronomie!“ zwischen 60 und 80 Personen in der Dresdner Neustadt. Die Beteiligten forderten mit ihren Aktionen die Rücknahme der Kündigungen sowie den Abschluss eines Haustarifvertrages für das Lokal oder alternativ die Übergabe des Lokals an die BNG-FAU, um dieses in einen Kollektivbetrieb umzuwandeln. Die Aktionen verdeutlichten zudem die enge Verzahnung der Dresdner Anarchosyndikalisten mit anderen linksextremistischen Strömungen. Sie wurden u.a. durch die UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA DRESDEN (URA DRESDEN) und die ROTE HILFE ORTSGRUPPE DRESDEN unterstützt.

Mit der Aktion konnte die BNG-FAU eigene deutliche Akzente setzen. Zwar dienten die öffentlichkeitswirksamen Aktionen im Zusammenhang mit dem „Arbeitskampf“ in erster Linie der Rücknahme der Kündigungen, sie sind aber gleichzeitig Teil der Strategie der BNG-FAU, die Öffentlichkeit von ihren Zielen zu überzeugen. Dementsprechend bot die Aktionsform des Streiks der BNG-FAU die Möglichkeit, mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Die BNG-FAU war also bestrebt, ihre Ziele öffentlichkeitswirksam zu verbreiten und neue Anhänger für ihr Anliegen zu sensibilisieren und schließlich für sich zu gewinnen. Die Aktion zeigte auch deutlich die vergleichsweise hohe Mobilisierungsfähigkeit der BNG-FAU für Probleme von sozialer

Relevanz. Die nur kleine Personengruppe war dennoch in der Lage, über einen längeren Zeitraum Andere zu mobilisieren.

Anlass zu einer weiteren eigenen Aktion gab ein sog. „internationaler Aktionstag“ der FAU-IAA gegen die spanische Santander-Bank. Das zeigt, dass das Dresdner Syndikat nicht nur formal strukturell in das internationale Netzwerk der FAU-IAA eingebunden ist, sondern sich auch inhaltlich mit deren Aktionen identifiziert und sich daran beteiligt. Am 6. und 11. März 2014 protestierten Anhänger der FAU DRESDEN vor einer Filiale der Bank in Dresden. Die etwa 10 Teilnehmer verteilten Flugblätter und zeigten ein Transparent mit der Aufschrift „ZÄHNE ZEIGT WERS MAUL AUFMACHT ARBEITERINNEN WEHRT EUCH! FAU“. Ziel der Aktion war es, die „Kundinnen und Passantinnen über das gewerkschafts- und arbeiterinnenfeindliche Vorgehen der internationalen Bankgruppe Santander“ in Spanien zu informieren. Die spanische Bank habe Beschäftigte in Subunternehmen ausgegliedert, bei denen diese prekären Bedingungen ausgesetzt seien. Zugleich solidarisierte die Gruppe sich mit den Beschäftigten und der spanischen anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft „Confederación Nacional del Trabajo“ (CNT), die eine Wiedereinstellung fordert.

Wie bereits im Vorjahr nutzte die FAU DRESDEN auch im Berichtsjahr das Medium Musik für ihre Zwecke. Zum einen dient dies der Vermittlung ihrer politischen Positionen, zum anderen zeigt es auch den kommerziellen Stellenwert des Mediums für die linksextremistische Szene. So veranstaltete die FAU DRESDEN mehrere Konzerte, so u. a. zur Finanzierung der Gewerkschaftsarbeit am 28. Februar 2014 ein Solidaritätskonzert. Die Einnahmen dieses Tages sollen

u. a. zur Einrichtung eines Büros der Gruppe genutzt werden.

Chemnitz

Die FAU-INITIATIVE CHEMNITZ war im Vergleich zu den Syndikaten Dresden und Leipzig personell wesentlich schwächer aufgestellt. Bis zu der am 31. August auf ihrer Internetseite bekanntgegebenen Auflösung konnte sie ihre Aktivitäten jedoch steigern. Grund dafür war offensichtlich das Engagement einzelner Mitglieder. So trat die Initiative als Veranstalter von Kundgebungen auf und beteiligte sich zusammen mit AUTONOMEN an Demonstrationen gegen Rechtsextremisten, zu denen sie vorher im Internet mobilisiert hatte. Auch hielt sie bis Mitte des Jahres 2014 an ihren regelmäßigen „Stammtischen“ in Chemnitz fest.



Quelle: www.fau-chemnitz.blogspot.de
(Stand: 3. Februar 2014).

Die öffentliche Präsenz der Chemnitzer Initiative zeigte sich anlässlich verschiedener Aktivitäten. So nahm sie an einer Gegenveranstaltung zu einer Demonstration von Rechtsextremisten am 25. Januar 2014 in Chemnitz teil, zu der sie zuvor mit Aufrufen wie „den Nazis entgegenstellen“ und „Auf zur syndikalistischen-antirassistischen Front gegen Nazis in unserer Region!“¹⁶⁹ mobilisiert hatte.

¹⁶⁹ www.fau-chemnitz.blogspot.de (Stand: 16. Januar 2014)

Weiterhin rief die FAU-Initiative Chemnitz zu einer Blockade des Aufzugs von Rechtsextremisten am 5. März 2014 auf¹⁷⁰. Ihre Mitglieder und Sympathisanten führten während der Gegenveranstaltung schwarz-rote Fahnen mit anarchistischer Symbolik mit.

Unter dem Motto: „1. Mai 2014 – ES GIBT KEINEN GUTEN KAPITALISMUS!“ rief die Initiative im Internet zu Aktivitäten als „(...) Gegengewicht zu den alljährlichen Allüren der Linkspartei und des DGB“ auf. Dazu veranstaltete sie eine „1. Mai – Kundgebung“ im Stadtzentrum und führte später eine Vortragsveranstaltung mit den Themen „Marx aus wertkritischer Sicht“ und „Anarchismus auf dem Land“ durch.

Trotz der vorübergehenden Steigerung ihrer öffentlichkeitswirksamen Aktionen in Chemnitz sowie der intensiven Nutzung elektronischer Medien gelang es der FAU-INITIATIVE CHEMNITZ nicht, neue Interessenten an sich zu binden. Dies führte schließlich zur Auflösung und zum Anschluss an das ALLGEMEINE SYNDIKAT DRESDEN. Dennoch engagieren sich die Akteure freilich weiterhin im Raum Chemnitz. Das zeigte sich während der Kundgebung eines nicht extremistischen Veranstalters gegen einen Informations-tischen der rechtsextremistischen JUNGEN NATIONAL-DEMOKRATEN (JN) am 2. Oktober 2014 in Chemnitz. Anarchisten entrollten ein Transparent mit der Aufschrift „FAU-Chemnitz“ in der Öffentlichkeit.

Leipzig

Während die FAU LEIPZIG im Jahr 2013 auf interne politische Arbeit setzte, so ist sie 2014 auch öffentlich deutlich präsenter gewesen. Im Gegensatz zum Dresdner Syndikat war die

FAU LEIPZIG allerdings nicht in der Lage, eigenständige Aktivitäten durchzuführen. Sie spielt in der linksextremistischen Szene in Leipzig, die durch die autonome Szene dominiert wird, keine führende Rolle. Deshalb versuchte sie, durch die Beteiligung an Aktionen anderer Organisationen oder Gruppierungen, ihre politischen Positionen in diesem Rahmen zu vermitteln.

So beteiligte sie sich z.B. gemeinsam mit der ANARCHOSYNDIKALISTISCHEN JUGEND LEIPZIG (ASJL) am 1. Mai 2014 an der gewerkschaftlichen Demonstration und an der Demonstration „Befreite Gesellschaft statt Kapitalismus! Für die soziale Revolution!“, an der auch AUTONOME teilnahmen.



Quelle: <https://de-de.facebook.com/pages/FAU-Leipzig/>
(Stand: 8. Mai 2014)

ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND LEIPZIG (ASJL)



Banner der ASJL

Quelle: <http://asjl.blogspot.de>
(Stand: 27. November 2014)

Historie und Strukturentwicklung

Eigenen Angaben zufolge gründete sich die ASJL im November 2010. Sie gehört als

¹⁷⁰ www.fau-chemnitz.blogspot.de (Stand: 3. Februar 2014)

Ortsverein zu der im Mai 2011 gegründeten Regionalföderation Ost der ASJ.

Ab Mitte 2007 entwickelte sich innerhalb der FAU-IAA eine Jugendvertretung, die auf dem FAU-Kongress 2008 eine AG-Jugend konstituierte. Aus dieser heraus bildeten sich schließlich regionale ASJ-Gruppen. Die Separierung der ASJL von der FAU LEIPZIG im Jahr 2010 markiert keine Abgrenzung im inhaltlich-weltanschaulichen Sinn, sondern ist Folge einer bundesweiten strukturellen Entwicklung.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Mit der Formulierung, dass *„(...) für die Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit eine gemeinschaftliche Verwaltung der Produktionsmittel entscheidend notwendig ist“*, wird eine Grundforderung des Anarchosyndikalismus bedient. Darüber hinaus grenzte sich die ASJL – zumindest indirekt – deutlich vom Freiheitsbegriff der AUTONOMEN ab, da aus ihrer Sicht *„Freiheit nicht das Ausleben egoistischer Vorstellungen auf Kosten Anderer“* bedeute.¹⁷¹

Außerdem ist sie der Meinung, dass

*„(...) man über sein Zusammenleben mit anderen Menschen selbst entscheiden kann, ohne durch soziale, politische oder sonstige Hierarchien unterdrückt zu werden.“*¹⁷²

Sie hält es für unmöglich, diesen Grundsatz im Kapitalismus zu verwirklichen. Weiterhin nimmt sie zum Zwecke der Überwindung jeder staatlichen

und nicht-staatlichen Ordnung auch die Anwendung von Gewalt in Kauf und äußerte dazu:

*„Nichts wäre wünschenswerter, als dass dieser Konflikt friedlich ausgetragen werden könnte. Die Lehren aus der Geschichte und das Gebären der aktuell Machthabenden lässt uns diesen Wunsch leider als unrealistisch erscheinen.“*¹⁷³

Die ASJL lehnt jede Form der Herrschaft als Synonym der Ungleichheit und Unfreiheit ab. Das gilt auch für die von Marxisten angestrebte „Diktatur des Proletariats“ nach erfolgreichem Klassenkampf. Unter Klassenkampf versteht die ASJL den *„unmittelbaren Kampf gegen das Bestehen von Klassen, als Ausdruck von Unterdrückung“*. Dieser sei nur zu verwirklichen, *„indem die Bereitschaft aller zur Überwindung des Systems durch Aufklärung und Emanzipation gefördert wird“*.¹⁷⁴

Aktivitäten

So wie die FAU Leipzig spielt die ASJL zwar als eigenständige Organisation nur eine untergeordnete Rolle im linksextremistischen Spektrum von Leipzig. Im Unterschied zur Mutterorganisation FAU zeigt sich bei deren Jugendvertretung in Leipzig jedoch eine enge Verzahnung mit der örtlichen autonomen Szene. Dies wurde besonders im Rahmen von Aktivitäten deutlich. So griff die ASJL zunehmend Themenfelder wie „Antifaschismus“ oder „Antirassismus“ auf, die für die autonome Szene typisch sind. Zudem beteiligte sie sich an Demonstrationen der Leipziger AUTONOMEN oder nahm mit diesen gemeinsam an Aktivitäten

¹⁷¹ <http://asjl.blogspot.de>: Rubrik „Grundsatz“ (Stand: 27. November 2014)

¹⁷² Ebenda

¹⁷³ Ebenda, Schreibweise wie im Original

¹⁷⁴ Ebenda

teil, wobei diese Annäherung einseitig von der ASJL ausgegangen sein dürfte.

So veröffentlichte die ASJL im Januar 2014 anlässlich der Inhaftierung eines Stockholmer Antifaschisten eine Solidaritätsbekundung¹⁷⁵.

Weiterhin beteiligte sich die ASJL am 14. März 2014 an einer Blockadeaktion vor dem von Rechtsextremisten genutzten Objekt Odermannstraße 8¹⁷⁶ in Leipzig, wo etwa 100 Demonstranten den Eingang des Objektes blockierten und so eine Veranstaltung behinderten.



Plakat zur Demonstration am 23. Mai 2014 in Leipzig.

Quelle: <http://asjl.blogspot.de>

(Stand 22. Mai 2014)

Am 23. Mai 2014 demonstrierten etwa 120 Personen, darunter auch Linksextremisten, unter dem Motto „Keine Stimme den Nazis!“ in unmittelbarer Nähe zum Objekt in der Odermannstraße 8. Eine Mobilisierung zu dieser Demonstration erfolgte auch auf der Homepage der ASJL.

Wie schon im Jahr 2013, widmete sich die ASJL erneut dem Themenfeld „Antirassismus“. So verbreitete sie auf ihrer Internetseite den

Aufruf zur Demonstration „Rassismus ist Alltag – Refugees welcome!“ am 24. Mai 2014.

Schließlich führte sie jedoch auch eine Reihe von Veranstaltungen durch, die dem Ziel und Anliegen einer anarchosyndikalistischen Gewerkschaft entsprachen. So bot die ASJL im Berichtsjahr regelmäßig offene Plenen und „Minijob-Beratungsstunden“ an. Die „Beratungsstunden“ erfolgten im Rahmen der Kampagne „Jung und Billig – Gemeinsam gegen Ausbeutung im Minijob“, eine Kampagne, die ursprünglich die ASJ Berlin initiiert hatte. Ziel der Kampagne war es, insbesondere die Rechte der geringfügig beschäftigten Jugendlichen durchzusetzen und sie im Betrieb zu unterstützen.

Aus Sicht der ASJL sind bei den „Kampfmitteln“ zur Durchsetzung der Forderungen keine Grenzen gesetzt. Zu dem Zweck sei es auch möglich, den Betriebsablauf zu sabotieren. Sowohl bei der Planung als auch bei der Durchführung will man dabei den Betroffenen zur Seite stehen. Da zumeist Jugendliche einen Minijob ausüben, spricht die ASJL hier gezielt Personen an, die zumeist noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Sie nutzt die Unzufriedenheit der Jugendlichen, insbesondere in Bezug auf materielle Ungleichheit, um diese zu rekrutieren. Entsprechend ihrem gewerkschaftlichen Anspruch solidarisierte sich auch die ASJL unter dem Motto „Trotzdem unbequem! – Solidarität mit den streikenden in DD!“ mit den Angestellten einer Dresdner Szenegaststätte, denen gekündigt worden war.

¹⁷⁵ <http://asjl.blogspot.de> (Stand: Januar 2014)

¹⁷⁶ Das Objekt wurde am 11. September 2014 geschlossen.

2.4 Orthodoxe linksextremistische Parteien und Organisationen

Unter diesem Oberbegriff werden jene Bestrebungen zusammengefasst, die sich zu den Theorien von Marx, Engels und Lenin, der These vom Klassenkampf sowie zur Diktatur des Proletariats bekennen. Darüber hinaus sehen diese Gruppierungen im „Kapitalismus“ eine notwendigerweise zu überwindende Gesellschaftsordnung. Gemeinsamer weltanschaulich-politischer Nenner dieser orthodox-kommunistischen Gruppierungen ist die Negierung der Regeln und Wertvorstellungen des demokratischen Verfassungsstaates, wobei die Institutionen der parlamentarischen, rechtsstaatlichen Demokratie aufgehoben werden sollen. Diese Gruppierungen weisen unter allen linksextremistischen Bestrebungen das ausgeprägteste weltanschauliche und theoretische Fundament auf, welches zudem mit einer deutlichen Programmatik und klar konturierten Zielvorstellungen verbunden ist.

Ihre Bedeutung innerhalb des Linksextremismus in Sachsen ist mit einem stagnierenden Potenzial von annähernd 250 Personen jedoch marginal. Nach wie vor ist die KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE. (KPF) mit ca. 160 Mitgliedern die stärkste Gruppierung. Weitere derartige Strukturen sind die KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD), die DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP), und die MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD). Auch das KOMMUNISTISCHE AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN (KAD) stellt eine orthodox-kommunistische Bestrebung dar.

¹⁷⁷ Programm der DKP, 2006, S. 9

¹⁷⁸ Präambel der Organisationspolitischen Grundsätze der MLPD; www.mlpd.de/ unter der Rubrik Präambel (Stand: 17. Dezember 2014)

Ideologie und politische Zielsetzung

Die Gruppierungen unterscheiden sich jedoch in ihrer ideologischen Ausrichtung. Die DKP, die KPD, und die KPF, als linksextremistische Strömung innerhalb der Partei DIE LINKE., bekennen sich zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin und lehnen einen reformerischen Ansatz zugunsten eines revolutionären Weges zum Sozialismus ab. So heißt es beispielsweise im Programm der DKP:

„Der Sozialismus kann nicht auf dem Weg von Reformen, sondern nur durch tief greifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden.“¹⁷⁷

Die aktuelle Gesellschaftsordnung kann demnach nur auf revolutionärem Wege beseitigt werden. Verbunden damit wäre jedoch die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die Präambel der MLPD weist in dieselbe Richtung:

„Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) versteht sich als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland. Ihr grundlegendes Ziel ist der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.“¹⁷⁸

Im Unterschied zu anderen orthodox-kommunistischen Gruppierungen, die sich kaum noch offen zu Stalin oder Mao Tsetung bekennen, kann bei der MLPD ein deutlich offenes Bekenntnis zu diesen kommunistischen Diktatoren ausgemacht werden. Das unterstreicht, dass die MLPD im Gegensatz zur DKP oder KPF nicht nur marxistisch-leninistisch, sondern auch stalinistisch und maoistisch ausgerichtet ist. Diese politische Orientierung lässt sich an ihrer ideengeschichtlichen Selbstverortung ablesen. In der Präambel ihrer Grundsatzerklärung heißt es:

„Die Lehren von Marx, Engels und Lenin, Stalin und Mao Tsetung bilden die entscheidende Grundlage für den Kampf für den Sozialismus.“

Mit ihrem ausgeprägten ideologischen Dogmatismus und dem exklusiven Anspruch auf den „wahren Sozialismus“ stößt die MLPD jedoch – ebenso wie die eng am orthodoxen Marxismus orientierten Gruppierungen DKP oder KPF – nicht nur in der Bevölkerung auf eine geringe Akzeptanz. Sie ist deswegen sogar innerhalb des orthodox-kommunistischen Spektrums isoliert und befördert damit dessen weitere Zersplitterung.

Aktivitäten

Aufgrund ihres geringen Personenpotenzials, aber auch wegen ihrer strukturellen Schwächen, beschränken sich Aktionen dieser Gruppierungen überwiegend auf interne Treffen und Vortragsveranstaltungen. Sie beteiligen sich aber auch anlassbezogen an Demonstrationen nichtextremistischer Organisationen bzw. unterstützen diese, wie beispielsweise zum Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden im Februar oder auch zum 1. Mai. Gelegentlich treten orthodoxe linksextremistische Organisationen aber auch mit eigenen Kundgebungen oder Infoständen an die Öffentlichkeit.

Zur Europawahl am 25. Mai 2014 traten sowohl DKP als auch MLPD an. Ihre Wahlergebnisse unterstrichen die politische Bedeutungslosigkeit beider Organisationen.

Wie schon zur Europawahl 2009 erzielte die DKP bundesweit 0,1 % der Stimmen. Im Freistaat Sachsen errang sie ebenfalls einen Stimmenanteil von 0,1 % (2009: 0,2 %).

Die MLPD bekam bundesweit und im Freistaat Sachsen 0,1 % der Stimmen (2009: keine Teilnahme).

Zur Wahl des Sächsischen Landtages am 31. August 2014 traten die beiden Parteien nicht an.

2.5 ROTE HILFE e. V. (RH)

ROTE HILFE e. V. (RH)

Extremismusbereich:	Linksextremismus
Gründung:	1975
Sitz:	Bundesgeschäftsstelle in Göttingen (Niedersachsen)
Mitglieder 2014 in Sachsen:	ca. 200 ¹⁷⁹
Mitglieder 2013 in Sachsen:	ca. 200 ¹⁸⁰
Mitglieder 2013 bundesweit:	ca. 6.000 ¹⁸¹
Vorsitz Bund:	keine Angabe
Teil-, Nebenorganisationen:	–
Publikation:	DIE ROTE HILFE (vierteljährlich)
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Nachdem sich Anfang der 1970er Jahre in verschiedenen Städten ROTE-HILFE-Gruppen gebildet hatten, wurde die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS (RHD)¹⁸² unter Bezugnahme auf den gleichnamigen Vorläufer im Jahr 1975 neu gegründet. Seit 1986 ist die Organisation ein eingetragener Verein.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands ging der Aufbau erster Strukturen der RH in Sachsen nur sehr schleppend voran. Neu gegründete Ortsgruppen lösten sich häufig kurze Zeit später wieder auf. Mittlerweile sind die Ortsgruppen der RH in Leipzig und Dresden

seit mehreren Jahren fest etabliert. In Chemnitz ist weiterhin nur eine Kontaktadresse eingerichtet.

Die RH zählt zu den mitgliederstärksten links-extremistischen Gruppierungen in Sachsen. Die Mitgliederzahl stagniert seit 2012. Im Jahr 2014 gehörten ihr in Sachsen weiterhin ca. 200 Personen an. Obwohl Linksextremisten in den vergangenen Jahren aufgrund von demonstrativen Ereignissen in Sachsen häufig von polizeilichen Maßnahmen betroffen waren, konnten die RH-Strukturen davon offenbar nicht profitieren. Diese wurden in Sachsen nicht ausgebaut und die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten gingen zurück.

¹⁷⁹ Die Mitgliederzahlen beruhen auf Eigenangaben der RH.

¹⁸⁰ Die Mitgliederzahlen beruhen auf Eigenangaben der RH.

¹⁸¹ Die Mitgliederzahlen beruhen auf Eigenangaben der RH.

¹⁸² Die RHD war ursprünglich bereits 1921 von der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) gegründet worden. Ihre Aufgabe bestand darin, Geld- und Lebensmittelsammlungen „für die Opfer des proletarischen Befreiungskampfes zu organisieren“. Sie war eine der mitgliederstärksten KPD-nahen Massenorganisationen, bis sie sich unter dem Druck der Nationalsozialisten 1936 vollständig auflöste.

Bundesweit gliedert sich die RH in einen 20 Personen umfassenden Bundesvorstand sowie selbstständig arbeitende Ortsgruppen bzw. Regionalgruppen. In Regionen ohne eigene Strukturen unterhält die RH zudem Kontaktadressen, an die sich Betroffene wenden können.

Die Bundesdelegiertenversammlung legt mindestens alle zwei Jahre die Grundsätze und Schwerpunkte der Arbeit fest. Die dabei gefassten Beschlüsse setzen die Ortsgruppen eigenverantwortlich um. Sie sind gegenüber dem Bundesvorstand rechenschaftspflichtig.

Die RH finanziert sich größtenteils über Mitglieds- und „Solibeiträge“, durch den Verkauf ihrer vierteljährlich erscheinenden überregionalen linksextremistischen Zeitung DIE ROTE HILFE sowie von Broschüren. Auch werden anlassbezogen themenspezifische Spendenaktionen durchgeführt.

Ideologie/politische Zielsetzung

Die RH wird von Linksextremisten unterschiedlicher ideologisch-politischer Ausrichtung getragen. Sie versteht sich als „parteionabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“¹⁸³. Ihr vordergründiges Anliegen ist die finanzielle und politische Unterstützung von Straf- und Gewalttätern des „linken“ Spektrums, „die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden“¹⁸⁴. Dazu

zählt insbesondere ihr Engagement im „Kampf gegen die staatliche Repression“ und „die politische Justiz“¹⁸⁵.

Unter „Repression“ versteht die RH judikative und exekutive Maßnahmen – hier vor allem der Polizei –, die sich gegen Angehörige des „linken“ Spektrums richten¹⁸⁶. Besonders in dieser Auffassung zeigen sich für den Linksextremismus typische Positionen. Die RH versteht Polizei, Justiz und Strafvollzug als Mittel der Machthaber zur Herrschaftssicherung. Deren Handeln sei rein politisch motiviert, willkürlich sowie grund- und menschenrechtswidrig. Wie die gewaltbereiten AUTONOMEN lehnt die RH damit das staatliche Gewaltmonopol und die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung als sog. „strukturelle Gewalt“ ab und zielt damit auf eine Abschaffung des demokratischen Rechtsstaats.

So deutet sie z.B. die der Bekämpfung des Terrorismus dienenden Anti-Terror-Gesetze als „Feindstrafrecht, (...) das für Gegner*innen der bürgerlichen Ordnung geschaffen wurde, für die die Regeln einer 'normalen' Prozessführung und Ermittlung nicht mehr gelten“ würden.¹⁸⁷ Nach ihrer Auffassung dienten diese Gesetze vornehmlich dazu, jegliche „Politische Aktivität[en] gegen die herrschenden Zustände unmöglich zu machen“. Die als Repression verstandenen Gesetze seien demnach nicht nur zur Verhinderung terroristischer Aktivitäten beschlossen worden, sondern würden durch „die Verbreitung von Angst und Schrecken

¹⁸³ Satzung des ROTE HILFE e. V. § 2 Abs. 1, Stand: November 2010

¹⁸⁴ Satzung des ROTE HILFE e. V. § 2 Abs. 2 Satz 1, Stand: November 2010

¹⁸⁵ „Vorwärts und nicht vergessen – 70/20 Jahre Rote Hilfe“, S. 58 f., Göttingen 1996

¹⁸⁶ „Vorwärts und nicht vergessen – 70/20 Jahre Rote Hilfe“, S. 58 f., Göttingen 1996 „Aussageverweigerung und Verhörmethoden“, September 2007, S. 17 f., 45 f.

¹⁸⁷ DIE ROTE HILFE, Sonderausgabe zum „18.03.2014 Tag der politischen Gefangenen“, Beilage in der Tageszeitung „JUNGE WELT“ vom 15. März 2014, S. 1

durch ausgeübte oder angedrohte Gewalt [dazu benutzt], um Menschen gefügig zu machen“¹⁸⁸.

Das Ziel der RH besteht darin, „Politische Häftlinge“ zu betreuen, um deren Bindung an die linksextremistische Szene zu erhalten. Sie unterstützt dabei hauptsächlich Personen aus dem linksextremistischen Spektrum, die aus Sicht der RH Opfer „staatlicher Repression“ geworden sind.

Aktivitäten

Die RH vermittelt den Betroffenen Anwälte und gewährt ihnen Beihilfen zu Prozesskosten. Die Unterstützung erfolgt jedoch nicht bedingungslos. Nach Einzelfallprüfung durch den Bundesvorstand werden nur solche Personen unterstützt, die auf Grund ihres „politischen Handelns“ vor Gericht gestellt oder verurteilt werden. Diese müssen dort zudem den „politischen Hintergrund des eigenen Handelns“ verteidigen und ihr Aussageverhalten nach den in der linksextremistischen Szene verbreiteten Hinweisen zur Aussageverweigerung richten.¹⁸⁹

In ihren Ortsgruppen führt die RH regelmäßig Rechtsberatungen zu Themen wie „Umgang mit Staatspost, Polizeiübergriffen und anderweitiger Repression“ durch. Mit Hinweisen zum Schutz vor Strafverfolgung sowie dem Inaussichtstellen politischer und materielle Hilfe mindert sie auch die abschreckende Wirkung strafrechtlicher Sanktionen. Sie flankiert die von ihr als besonders spektakulär

empfundene Fälle von „Repression“ durch Kampagnen, Presseerklärungen oder Solidaritätskundgebungen. Zudem vertreibt die RH eine Vielzahl verschiedener Broschüren, so z. B. zum Thema „Aussageverweigerung gegenüber der Polizei“.

Die RH stellt für konfliktgeneigte Veranstaltungen, wie Demonstrationen des „linken“ Spektrums, häufig so genannte Ermittlungsausschüsse (EA) zur Verfügung¹⁹⁰, welche den Betroffenen als Ansprechpartner dienen und ihnen Anwälte vermitteln.

Der bereits im Jahr 2013 festgestellte Rückgang öffentlicher Aktivitäten der mitgliederstärksten sächsischen Ortsgruppe Leipzig setzte sich im Berichtsjahr weiter fort.

Es wurden nur wenige Veranstaltungen öffentlich beworben, darunter eine Informationsveranstaltung in Leipzig am 19. Juni 2014 unter dem Motto „Freiheit für Josef“¹⁹¹. Bereits die Ankündigung war im Hinblick auf die „staatliche Repression“ (hier: in Österreich) in RH-typischer Sprache verfasst worden. So wurde die Inhaftierung einer Person aus Jena (Thüringen) in Wien (Österreich) als „abschreckendes Exempel“ und als „ein Angriff auf alle Antifaschistinnen“ dargestellt. Mit der Veranstaltung solidarisierte sich die Leipziger Gruppe mit einem in Österreich inhaftierten Jenaer Bürger, welcher von Januar 2014 an über mehrere Monate inhaftiert war. Er wurde im Juli 2014 im Zusammenhang mit einer versuchten schweren Körperverletzung und anderer

¹⁸⁸ Ebenda

¹⁸⁹ „Ja was denn nu?, Wir bereuen nicht!“, DIE ROTE HILFE, Ausgabe 02/2012, S. 7

¹⁹⁰ Interview mit einem Mitglied des Bundesvorstandes der RH, Artikel „die Rote Hilfe-ein Interview“, <http://plastic-bomb.eu> (Stand: 3. Juli 2014)

¹⁹¹ <http://www.linke-bueros.de> (Stand: 19. August 2014)

Vergehen anlässlich von Protesten gegen den Wiener Akademikerball zu einer 12-monatigen Freiheitsstrafe verurteilt.¹⁹²

Ebenfalls am 19. Juni 2014 beteiligten sich ca. 30 gewaltbereite Linksextremisten an einer unangemeldeten Demonstration zur selben Thematik in Leipzig. Sie führten ein Transparent „Unsere Solidarität gegen eure Repression – Josef raus aus dem Knast“ mit sich, sprühten Schriftzüge wie „Free Josef“ an Gebäude, rissen das Gehwegpflaster auf und warfen die Pflastersteine gegen Gebäude und Fahrzeuge. An einer Bushaltestelle und an einem vorbeifahrenden Linienbus schlugen sie die Scheiben ein. Außerdem stellten sie Mülltonnen auf die Straße und entzündeten diese Barrikaden. In dem von Linksextremisten genutzten Internetportal LINKSUNTEN.INDYMEDIA.ORG wurde die Aktion nachträglich von Akteuren thematisiert, die „den Angriff auf Josef“ als „einen Angriff auf uns alle“ verstanden.¹⁹³ Der Text wies dabei Übereinstimmungen mit dem o. g. Aufruf der RH auf.

Die Ortsgruppe Leipzig betreibt gemeinsam mit dem EA-Leipzig eine Internetseite, auf der regelmäßig sogenannte Sprechstunden und Vortragsveranstaltungen des EA angekündigt werden.¹⁹⁴ Dort wurden Ratschläge zu Verhaltensweisen und rechtliche Hinweise veröffentlicht, so im Zusammenhang mit Identitätsfeststellungen der Blockierer vom 1. Mai 2014 in Plauen (Vogtlandkreis).

Im Vergleich zu den Vorjahren waren auch die Aktivitäten der Dresdner Ortsgruppe rückläufig. Sie arbeitete nach wie vor mit der der sächsischen autonomen Szene zuzurechnenden linksextremistischen KAMPAGNE 129EV zusammen. Dieser gewährte sie weiterhin ein Konto als Spendenkonto und veröffentlichte auf den beiden Gruppierungen zuzurechnenden Internetseiten teilweise inhaltsgleiche Texte. Verbindendes Element beider Gruppen ist der „Antirepressionskampf“. Darüber hinaus bietet die RH DRESDEN im Vorfeld größerer demonstrativer Aktionen, an denen sich Linksextremisten beteiligen, so genannte „Rechtshilfe“-Veranstaltungen und „Demotrainings“ an. Die RH DRESDEN führt regelmäßig Sprechstunden und Vortragsveranstaltungen im „AZ Conni“ in Dresden durch, die als „Rote Hilfe Tresen“ bezeichnet werden. Auch ist sie im Rahmen der Gefangenbetreuung aktiv.

Anlässlich des in der linksextremistischen Szene traditionell für Veranstaltungen genutzten „Tages der politischen Gefangenen“ führte die RH am 18. März 2014 eine unangemeldete Kundgebung in Dresden durch. Mit Flyern, Schautafeln und Redebeiträgen forderte sie die „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ und rief zur Unterstützung Inhaftierter auf. Nach eigenen Angaben soll eine Rede zur „Knastideologie und dessen Akzeptanz in der Gesellschaft“ verlesen worden sein.¹⁹⁵ Die Schautafeln enthielten teilweise linksextremistische Inhalte. So wurde das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt und ein herrschaftsfreies Leben (Anarchie) ohne

¹⁹² Am 22. Juli 2014 verurteilte das Wiener Landgericht „Josef“ wegen versuchter schwerer Körperverletzung, Landfriedensbruch und schwerer Sachbeschädigung zu 12 Monaten Freiheitsstrafe, davon 8 Monate auf Bewährung. Nach Anrechnung der Untersuchungshaft kam der Täter nach der Verhandlung frei.

¹⁹³ <https://linksunten.indymedia.org/de>, Beitrag „[Leipzig] Solidemo für Josef“ vom 20. Juni 2014 (Stand: 20. Juni 2014)

¹⁹⁴ Die Internetseite www.antirepression.noblogs.org bezeichnet sich selbst als Plattform des Leipziger Ermittlungsausschusses, „der sich mit staatlicher Repression gegen linke Politik“ befasst und Betroffene unterstützt.

¹⁹⁵ <https://linksunten.indymedia.org/de>, Beitrag „[DD] Kundgebung zum Tag der politischen Gefangenen“ (Stand: 23. März 2014)

jegliche staatliche Ordnung gefordert: „Es gibt kein Leben in Freiheit ohne eine Revolte gegen dieses System, gegen diese Verhältnisse, gegen jede Autorität, gegen jegliche Herrschaft!“¹⁹⁶

Mit identischen Texten riefen die RH und die KAMPAGNE 129EV auf ihren Internetseiten zur Beobachtung eines Prozesses am 27. Juni 2014 vor dem Amtsgericht Dresden auf.¹⁹⁷ An der

Hauptverhandlung gegen einen Tatverdächtigen aus Stuttgart (Baden-Württemberg), der sich an den linksextremistischen Aktivitäten am 19. Februar 2011 in Dresden beteiligt haben soll, nahmen ca. 15 Linksextremisten teil. Mit der Parole „Staat und Nazis – Hand in Hand! Organisiert den Widerstand!“ kommentierten sie das Urteil abfällig und solidarisierten sich mit dem Täter. Zuvor waren auch Informationsveranstaltungen der RH in bekannten Szenetrefforten in Stuttgart und Dresden angekündigt worden.

2.6 Linksextremistische Publikationen (Auswahl)

DIE ROTE FAHNE

Herausgeber/ Verantwortlicher:	KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD), Zentralkomitee
Erscheinungsturnus:	monatlich
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

DIE ROTE HILFE

Herausgeber/ Verantwortlicher:	ROTE HILFE e. V. (RH), Bundesvorstand
Erscheinungsturnus:	alle drei Monate
Auflage:	8.050 (Eigenangabe)
Verbreitung:	bundesweit

DIREKTE AKTION (DA)

Herausgeber/ Verantwortlicher:	FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEI- TERINNEN ASSOZIATION (FAU-IAA)
Erscheinungsturnus:	alle zwei Monate
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

INTERIM

Herausgeber/ Verantwortlicher:	INTERIM e. V.
Erscheinungsturnus:	alle zwei Wochen
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

¹⁹⁶ Ebenda

¹⁹⁷ Artikel „26. Juni: Infoveranstaltung zu einem Verfahren wegen den Protesten vom 19. Februar 2011“, auf den Internetseiten <http://rotehilfedresden.blogspot.eu> und <http://129ev.blogspot.eu> (Stand: jeweils 23. Juni 2014)

JUNGE WELT

Herausgeber/ Verantwortlicher:	LINKE PRESSE VERLAGS-, FÖRDERUNGS- UND BETEILIGUNGSGE- NOSENSCHAFT JUNGE WELT e.G.
Erscheinungsturnus:	werktätlich
Auflage:	18.500 (Eigenangabe)
Verbreitung:	bundesweit

MARXISTISCHES FORUM

Herausgeber/ Verantwortlicher:	MARXISTISCHES FORUM (MF)
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	1.000
Verbreitung:	bundesweit

MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE

Herausgeber/ Verantwortlicher:	KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF), Bun- deskoordinierungsrat
Erscheinungsturnus:	monatlich
Auflage:	ca. 1.700 (Eigenangabe)
Verbreitung:	bundesweit

PHASE 2

Herausgeber/ Verantwortlicher:	ein in Leipzig ansäs- siger Verein
Erscheinungsturnus:	alle drei Monate
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

ROTE FAHNE

Herausgeber/ Verantwortlicher:	MARXISTISCH-LENINISTI- SCHE PARTEI DEUTSCH- LANDS (MLPD)
Erscheinungsturnus:	wöchentlich
Auflage:	ca. 8.000
Verbreitung:	bundesweit

UNSERE ZEIT (UZ)

Herausgeber/ Verantwortlicher:	DEUTSCHE KOMMUNIS- TISCHE PARTEI (DKP), Partei Vorstand
Erscheinungsturnus:	wöchentlich
Auflage:	ca. 6.000
Verbreitung:	bundesweit

2.7 Regionale Beschreibung linksextremistischer Bestrebungen

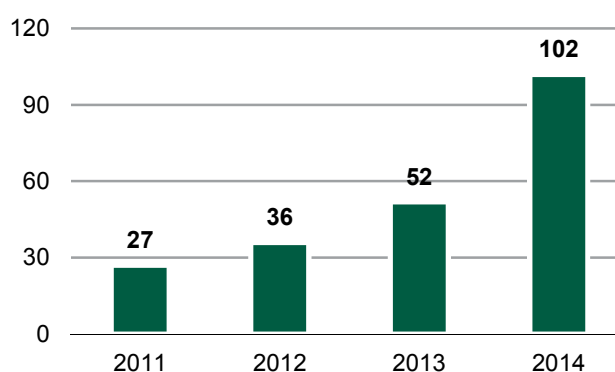
Vorbemerkung

Der Linksextremismus im Freistaat Sachsen wird von der autonomen Szene dominiert. Sie stellt die größte Gruppe innerhalb der linksextremistischen Bestrebungen dar. Der nachfolgende Beitrag konzentriert sich deshalb ausschließlich auf die Darstellung der regionalen autonomen Szenen (zu den regionalen Strukturen und Aktivitäten anarchistischer Gruppierungen, wie der FREIEN ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION [FAU-IAA], vgl. Beitrag „Anarchistische Gruppierungen“¹⁹⁸). Eine nähere Betrachtung der Parteien und Gruppierungen aus dem orthodoxen Bereich unterbleibt wegen deren nur marginalen Bedeutung im Freistaat Sachsen.

Die autonome Szene stellt zwar die größte Strömung innerhalb des sächsischen Linksextremismus dar, weist allerdings hinsichtlich Qualität, Aktionsniveau und Mobilisierungsfähigkeit deutliche regionale Unterschiede auf. Die AUTONOMEN konzentrieren sich vorrangig in den Großstädten Leipzig und Dresden, wo sie dementsprechend die meisten Aktivitäten entfalten. In den anderen Regionen sind zwar vereinzelte Gruppen aktiv. Jedoch ist deren Eigenständigkeit von der Stärke der Szene in den beiden Großstädten und deren Vermögen abhängig, auf das Umland auszustrahlen und Gruppen aus dem ländlichen Raum in ihre Aktionen zu integrieren.

Die Beteiligung an bzw. Durchführung von Demonstrationen, Aufzügen und Gegenprotesten ist für die autonome Szene besonders wichtig. Im Berichtsjahr konnte sie ihre Präsenz weiter deutlich erhöhen. Mit 102 öffentlichen Aktionen verdoppelten sich diese nahezu gegenüber 2013 (52). Bereits 2013 war die Zahl der Veranstaltungen gegenüber dem Vorjahr stark gestiegen. Der abermalige hohe Anstieg im Berichtsjahr weist auf die Bedeutung hin, die diese Aktionsform für die AUTONOMEN besitzt.

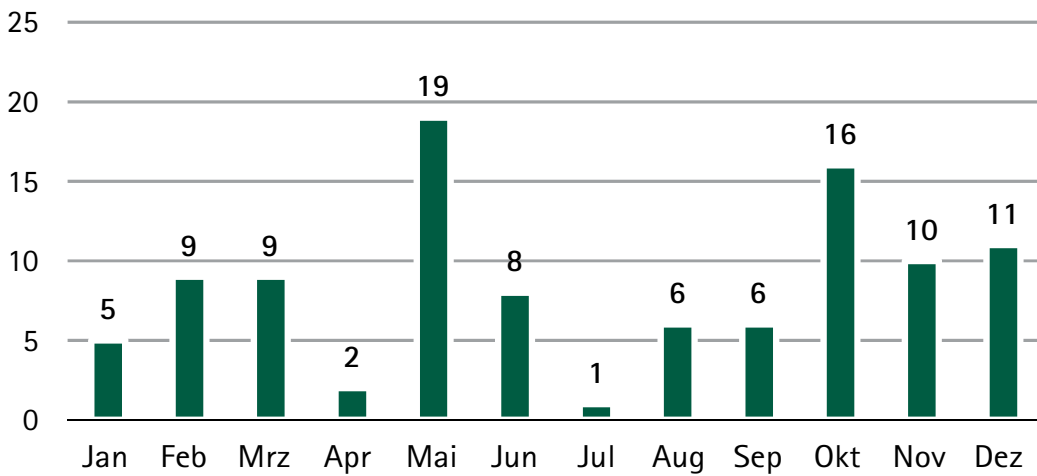
Demonstrationen von oder mit Beteiligung von Linksextremisten



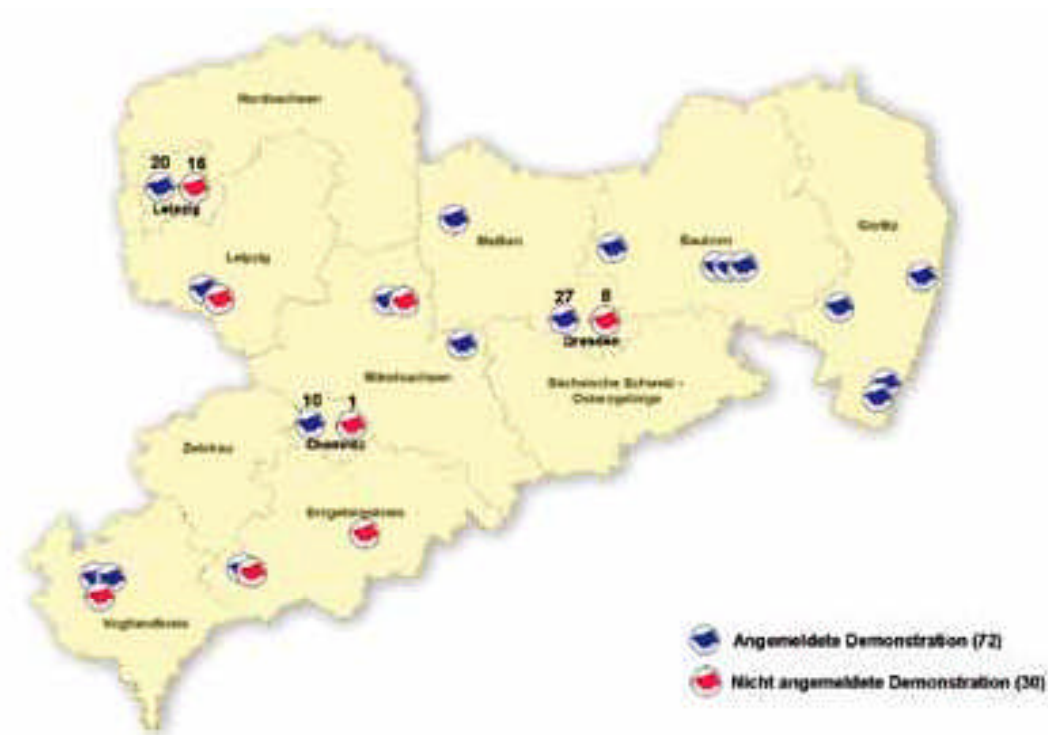
Der Anstieg der Aktionen zeigt auch, dass sie ihre Fähigkeiten ausgebaut haben, Demonstrationen zunehmend als Mittel der politischen Praxis zu nutzen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Szene in einen gesellschaftspolitischen Rahmen eingebunden ist, und ihr Handeln in der Öffentlichkeit in einem gesellschaftspolitischen Kontext gesehen werden muss. Autonome Aktionen sind zum überwiegenden Teil Reaktionen auf politische Ereignisse und sind – schon allein

¹⁹⁸ Vgl. Kapitel II.2.3 „Anarchistische Gruppierungen“

Demonstrationen von bzw. mit Beteiligung von Linksextremisten 2014 auf die Monate verteilt



Regionale Aufteilung der Demonstrationen/Aufzüge/Gegenproteste von bzw. mit Beteiligung von Linksextremisten im Jahr 2014



auf Grund ihrer Anti-Haltung – in der Regel Gegenaktionen.

Der Zusammenhang zwischen aktuellen gesellschaftspolitisch wichtigen Ereignissen und linksextremistischen Aktionen zeigt sich deutlich in der monatlichen Verteilung. Über das Jahr hinweg beteiligen sich AUTONOME hauptsächlich in den Monaten Mai und Oktober/November an den meisten öffentlichen Veranstaltungen.

Die Kommunalwahlen im Mai mit Beteiligung der rechtsextremistischen NPD veranlasste die Szene, sich öffentlich im Rahmen ihres Themenfeldes „Antifaschismus“ zu artikulieren. Darüber hinaus war der 1. Mai erstmals ein zentrales Themenfeld für AUTONOME und gab ihnen Grund zur Teilnahme an entsprechenden Veranstaltungen.

Auch die gestiegene mediale Berichterstattung über die Ereignisse in Nordsyrien („Kobane“) im Oktober führte zu einer kurzzeitigen Zunahme des – zumindest öffentlichen – Interesses der Linksextremisten an dieser Problematik.

Dagegen erlangten die ab Mitte Oktober jeweils montags durchgeführten Aufzüge von

PEGIDA¹⁹⁹ in Dresden u.a. zum Themenfeld „Asyl“ zunehmende Bedeutung für die linksextremistische Szene und dominierten deren Aktivitäten im November und Dezember.

Weiterhin zeigte sich ein Anstieg der Aktivitäten außerhalb der Zentren Dresden und Leipzig. Zum einen zeigten Rechtsextremisten während der Wahlkämpfe in vielen Regionen Sachsens Präsenz. Zum anderen fanden kritische Veranstaltungen zum Thema Asyl statt, was entsprechende Gegenaktionen AUTONOMER in diesen Regionen auslöste.

Allerdings weisen die Aktionen hinsichtlich ihrer Quantität und Qualität in den einzelnen Orten beträchtliche Unterschiede auf, was wiederum Rückschlüsse auf die Beschaffenheit der örtlichen Szenen zulässt. Worin die Ursachen für diese Unterschiede bestehen und was diese Unterschiede ausmacht, wird im Folgenden näher erörtert. Zudem befasst sich der Hintergrundbeitrag „Blockaden im Rahmen von linksextremistischen Gegenaktionen“²⁰⁰ umfassend mit entsprechenden Aktionen AUTONOMER.

2.7.1 AUTONOME in Leipzig

In den letzten Jahren verschob sich der Schwerpunkt der autonomen Szene deutlich von Dresden nach Leipzig, wobei sich diese Tendenz im Jahr 2014 weiter festigte und verstärkte.

Diese Schwerpunktverschiebung zeigt sich deutlich in der regionalen Verteilung des

linksextremistischen Personenpotenzials. Mit ca. 180 Personen gehört die Hälfte der sächsischen Autonomen (in Sachsen gesamt: ca. 360 Personen) der Leipziger Szene an. Das dortige Personenpotenzial wies 2014 eine deutliche Steigerung um ca. 16 % auf. Da die autonome Szene grundsätzlich als gewaltbereit

¹⁹⁹ „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“

²⁰⁰ Vgl. Beitrag 2.8.1 „Blockaden im Rahmen von linksextremistischen Gegenaktionen“

eingeschätzt wird, konzentriert sich schließlich auf Grund dieser Entwicklung auch der Schwerpunkt der Gewalt in Leipzig.

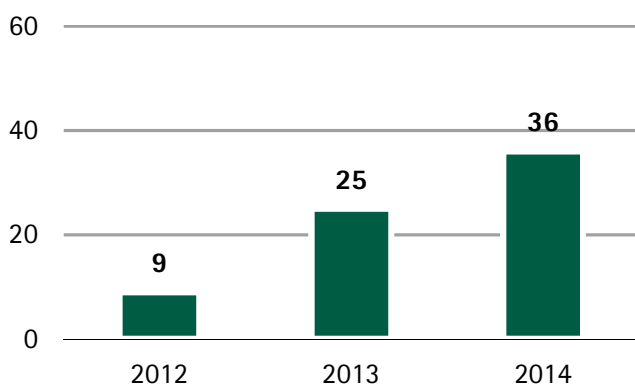
Aktionsniveau

Die personelle Stärke der Leipziger autonomen Szene mit ihrer Anziehungskraft und Mobilisierungsfähigkeit ist grundlegende Voraussetzung für das mit 36 Aktionen vergleichsweise hohe Aktionsniveau.

Der erhebliche Anstieg um 177 % von neun Aktionen im Jahr 2012 auf 25 (2013) und einer weiteren Steigerung um 44 % im Jahr 2014 zeigt die immense Dynamik, mit der sich die Leipziger Szene in den letzten Jahren entwickelt hat.

Voraussetzung für die starke öffentliche Präsenz sind Personen, die in der Lage sind, entsprechende Aktionen zu initiieren und zu organisieren.

Demonstrationen von bzw. mit Beteiligung von AUTONOMEN in Leipzig



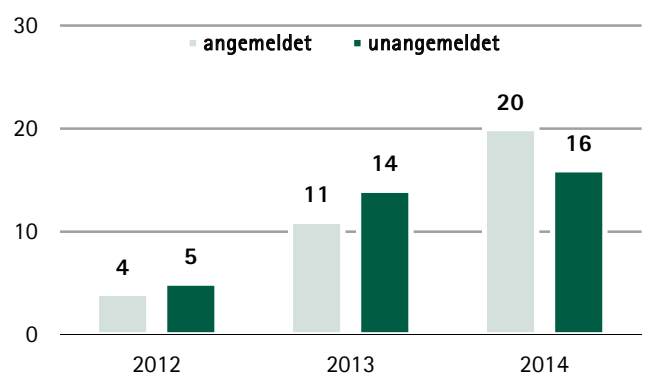
Unangemeldete Aktionen

Die Qualität einer Szene drückt sich auch im Verhältnis zwischen angemeldeten und unangemeldeten Aktionen aus.

Vor allem die unangemeldeten Aktionen sind ein wesentlicher Indikator dafür, inwieweit die Akteure in der Lage sind, kurzfristig auf Ereignisse zu reagieren und ein entsprechendes Personenpotenzial zu mobilisieren.

Der Anteil der unangemeldeten Aktionen an allen öffentlichen Veranstaltungen AUTONOMER befindet sich seit 2012 auf einem hohen Niveau und betrug im Jahr 2014 ca. 44 % (2013: 56 %). Für solche Aktionen vermögen die Leipziger Akteure in der Regel ein Teilnehmerpotenzial von 100 bis 200 Personen zu mobilisieren. Offenbar besitzen die Organisatoren genügend Autorität innerhalb ihrer Klientel, um diese auch entsprechend zu mobilisieren.

Art der öffentlichen Veranstaltung



Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass sowohl Mobilisierungsfähigkeit als auch Teilnehmerpotenzial weiterhin ansteigen. Beispielsweise kam es am 29. Dezember 2014 im Leipziger Stadtteil Connewitz zu Ausschreitungen und Angriffen auf Polizeibeamte, an der 200 bis 250 Personen teilnahmen.



19. Juni 2014 Leipzig

Quelle: **Daniel Lima/visual.change**

(Stand: 27. November 2014)

Am 19. Juni 2014 zogen etwa 30 vermummte und schwarz gekleidete gewaltbereite Linksextremisten durch den Leipziger Stadtteil Plagwitz/Lindenau. Sie rissen das Gehwegpflaster auf und warfen die Pflastersteine gegen Gebäude und Fahrzeuge. An einer Bushaltestelle und an einem vorbeifahrenden Linienbus schlugen sie die Scheiben ein. Außerdem stellten sie Mülltonnen auf die Straße und entzündeten diese Barrikaden. Auf einem Transparent bekundeten sie „Unsere Solidarität gegen eure Repression – Josef raus aus dem Knast“.

Die Aktion galt einer Person („Josef“²⁰¹) aus Jena (Thüringen). Mit dieser Aktion stellte die autonome Szene Leipzig erneut ihre Gewalttätigkeit unter Beweis. Da seit der Verhaftung fast fünf Monate vergangen waren, handelt es sich nicht um eine „Spontanaktion“. Offensichtlich wurde das Thema aufgegriffen um – dem Selbstverständnis entsprechend – Gewalt öffentlich praktizieren und ausleben zu können.

Diese unangemeldeten Demonstrationen weisen darauf hin, welchen Einfluss die autonomen Akteure auf die mobilisierte Teilnehmerschaft ausüben. Denn Verlauf und Resultat dieser Aktionen weisen auch auf eine zunehmende Radikalisierung hin.

Klandestine (konspirativ vorbereitete) Aktionen

In Leipzig zeigte sich zunehmend der Trend, dass Aktionen verdeckt agierender Kleingruppen an Relevanz gewinnen. Hier dominierten Körperverletzungen und Brandstiftungen zum Nachteil von Personen der rechtsextremistischen Szene.

Vor allem im Vorfeld der Stadtratswahlen am 25. Mai 2014 in Leipzig verstärkten Akteure der autonomen Szene ihre „antifaschistischen“ Aktivitäten, die sich hauptsächlich gegen Kandidaten der NPD richteten. So initiierten sie von März bis Mai eine Serie von Brandanschlägen und Sachbeschädigungen und verübten etwa ein Dutzend Angriffe auf Stadtratskandidaten der NPD in Leipzig.

Die Skala der Aktionen reichte dabei von Formen des Outings²⁰² bis zu gewaltsamen Sachbeschädigungen, bei denen aber auch körperliche Schäden Unbeteiligter in Kauf genommen wurden.

Exemplarisch für diese Vorgehensweise stehen folgende Aktionen:

- Am 20. April 2014 setzten unbekannte Täter in Delitzsch (Lkr. Nordsachsen) den PKW des Wahlkampfleiters der NPD für Leipzig

²⁰¹ „Josef“ wurde im Januar 2014 im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Wiener Akademikerball von der Polizei festgenommen und saß nachfolgend in Österreich in Untersuchungshaft. Am 22. Juli 2014 verurteilte ihn das Wiener Landgericht wegen versuchter schwerer Körperverletzung, Landfriedensbruch und schwerer Sachbeschädigung zu zwölf Monaten Freiheitsstrafe, davon acht Monate auf Bewährung. Nach Anrechnung der Untersuchungshaft kam der Täter nach der Verhandlung frei.

²⁰² Vgl. zu dieser Aktionsform den Beitrag 2.2 „Autonome/Recherchetätigkeit und ‚Nazi-Outing-Aktivitäten‘“

in Brand. Durch den Brand wurde auch ein weiterer PKW beschädigt.



Quelle: <http://npd-nordsachsen.de>
(Stand: 9. Dezember 2014)

- Der PKW eines Stadtratskandidaten der NPD wurde am 9. Mai 2014 in Brand gesetzt. Das Fahrzeug war abseits der Wohnung des Kandidaten in einem Hinterhof geparkt worden.
- Am 11. Mai 2014 verteilten zwei Personen, einer davon NPD-Stadtratskandidat, in Leipzig Flyer, als sie von etwa zehn unbekanntenen Personen überfallartig angegriffen wurden. Die Geschädigten erhielten Schläge und Tritte. Auch wurde ihnen mit Pfefferspray ins Gesicht gesprüht. Die Autoreifen eines Geschädigten wurden zerstochen.
- Unbekannte Täter warfen am 23. Mai 2014 durch ein geschlossenes Küchenfenster eine mit Farbe gefüllte Flasche. Als der Mieter, ein Stadtratskandidat der NPD, die Flasche wieder aus dem Fenster werfen wollte, explodierte diese. Der Geschädigte wurde an der Hand verletzt und am ganzen Körper von der Farbe getroffen. Die explodierende Farbe verursachte in der Küche zudem einen Sachschaden.
- Auch nach der Stadtratswahl setzten sich die Angriffe gegen einen nunmehr gewählten Stadtrat der NPD in Leipzig mit aller

Härte fort. Am 2. Juni 2014 wurden durch die Fenster seiner Wohnung Pflastersteine geworfen, wobei eine Person am Kopf getroffen wurde. Außerdem wurde deren Fahrzeug beschädigt. Der Angriff zielte also auch auf unbeteiligte Familienmitglieder ab.

Die Anschlagsserie und der damit verbundene enorme Rechercheaufwand zeigen den Konspirationsgrad der Leipziger Szene und deren hinreichendes Unterstützerumfeld für militante Kleingruppen und deren Aktionen.

Darüber hinaus wird auch deutlich, dass für sie Gewalt nicht nur ein zentraler Begriff ihres Politikverständnisses ist. Sie sind nicht nur zur Gewalt bereit, sondern üben diese auch aus, um ihre politische Position deutlich zu machen und umzusetzen. Geprägt sind diese Straftaten von geplanter und systematischer Gewaltanwendung mit hoher Intensität. Die Täter sind sich in ihrem Vorgehen sicher und von der Richtigkeit der Gewaltanwendung überzeugt. Charakteristisch ist eine niedrige Hemmschwelle, die mit einer Vernachlässigung bisheriger Abwägung gegenüber einer Schädigung Unbeteiligter korrespondiert.

Diese Gewalttaten hatten eine deutliche politische Dimension. Ziel der Täter war es, durch gezielte und massive Anwendung von Gewalt eine demokratische Wahl zu beeinflussen, indem die Geschädigten zwecks Aufgabe ihrer Kandidatur massiv unter Druck gesetzt wurden.

Dass Leipziger Linksextremisten politische Prozesse auf diese Weise zu beeinflussen suchen, zeigte sich auch am 21. Dezember 2014. Etwa 20 Personen demonstrierten vor dem Wohnhaus des Vorsitzenden der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), zündeten bengalische Feuer, skandierten „Alerta, Alerta, Antifaschista“ und zeigten ein Transparent mit der Aufschrift „Kein Frieden & Kein Dialog – Legida angreifen!“. Anschließend verschafften sie sich



Startseite | Kontakt | Über uns | Moderation | Account [x] | Publizieren

Suchen

die Fremde im

Leipzig - Angriff auf die Hauptgeschäftsstelle der Grünen

verfasst von: wurfgeschoss24, verfasst am: 04.07.2014 - 17:25, Gelesen am: Freitag, 27. Jun 2014, Kommentare: 0

Wir haben in der Nacht vom 26. zum 27. Juni die Hauptgeschäftsstelle der Grünen in der Höhenstraße in Leipzig angegriffen und erplübt. Damit wollen wir unsere Wut über das Vorgehen der Bullen und der Grünen Bezirksregierung in Friedrichshain-Kreuzberg und unsere Solidarität mit den Geflüchteten in der Ohlauerstraße ausdrücken.



==REFUGEES WELCOME==

Themen: Antifaschismus, Antirassismus & Migration, Regionen: Deutschland, G-Ober, Orte: Leipzig, Berlin

Neues Kommentar schreiben Druckansicht Verlinken Übersetzen

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 7. Juli 2014).

Zutritt zum Gebäude, öffneten den Briefkasten des AfD-Politikers und entwendeten die Post. Der AfD-Politiker wurde im Gewaltaufruf namentlich genannt.

Einem veröffentlichten Bekennerschreiben zufolge sollte mit der Aktion all jenen eine „Entscheidungshilfe“ gegeben werden, die an dem „Aufmarsch der Rassistinnen“ am 12. Januar 2015 teilnehmen wollten:

*„Wer offen seinen Rassismus zur Schau stellt, muss mit den Konsequenzen leben können.“*²⁰³

Als Hintergrund für die Aktion benannten die Akteure u. a. die Mitgliedschaft des namentlich Genannten in der Partei AfD sowie, dass der Politiker von LEGIDA öffentlich als „Mitstreiter“ bezeichnet wurde.

Besonders am Beispiel unangemeldeter oder verdeckter Aktionen wird deutlich, dass der demokratische Rechtsstaat als Feindbild stärker in den Fokus ihres Handelns geraten ist. So richteten sich Aktivitäten der Linksextremisten auch zunehmend gegen demokratische Parteien.

Allein gegen die Partei „Bündnis90/Die Grünen“ gab es im Berichtsjahr mehrere Angriffe. So kam es zur „Entglasung“ der Geschäftsstelle der Partei in Leipzig in der Nacht vom 26. auf den 27. Juni 2014, mit der die Politik der Grünen Bezirksregierung in Berlin, Friedrichshain-Kreuzberg²⁰⁴ kritisiert werden sollte.

Der gleiche Anlass führte zu einer Beschädigung des CDU-Wahlkampf büros am 7. Juli 2014. Dort wurden die Fensterscheiben eingeschlagen und der Schriftzug „#Ohlauer“ an der Fassade hinterlassen.

Andere Aktionen standen im Zusammenhang mit den Themenfeldern „Antirepression“ und „Freiraumkampf“:

Am 14. April 2014 und 30. September 2014 solidarisierten sich Leipziger Linksextremisten mit den Betroffenen der Wagengruppe „Sand im Getriebe“ aus Freiburg (Baden-Württemberg), deren Bauwagen und Laster nach behördlichen Verfügungen beschlagnahmt wurden und verschrottet werden sollten.

²⁰³ <https://linksunten.indymedia.org/de>, Beitrag „[Leipzig] Hausbesuch bei Legida Mitstreiter [...]“ (Stand: 29. Dezember 2014)

²⁰⁴ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 7. Juli 2014); Anlass der Aktion war ein Beschluss des Berliner Senats im Juni 2014, eine von Flüchtlingen und anderen Personen besetzte Schule in Berlin-Kreuzberg räumen zu lassen.

Während sie sich noch im April auf eine Demonstration beschränkten, blockierten sie im September die Straße vor der Geschäftsstelle der Partei „Bündnis90/Die Grünen“, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Den Parteimitgliedern sollte das „unverhältnismäßige Verhalten ihrer Kolleginnen in Freiburg“²⁰⁵ vor Augen geführt werden. Ziel dieser Aktionen war es zum einen, mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen. Zum anderen sollte vor allem politischer Druck auf die Partei aufgebaut werden, um diese zum politischen Handeln im Sinne der AUTONOMEN zu zwingen.

Die zunehmenden Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat zeigten sich auch in dem am 17. Dezember 2014 in einem von Linksextremisten genutzten Internetportal veröffentlichten Aufruf („Leipzig: Ein Aufruf zur Gewalt – gegen jene, die diese gewalttätige Welt wollen“). Darin werden unter dem Motto „zerschlagt die Fassade einer kaputten Welt“ 50 mögliche Angriffsziele genannt. Neben Parteibüros von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU wurden u. a. auch Arbeitsämter, Banken, Versicherungen, Polizeireviere und Unternehmen, aber auch missliebige Personen aufgeführt²⁰⁶.

Die konkrete Vorankündigung von Anschlägen ist zwar ein Novum, zeigt aber, dass sich die gewaltbereite linksextremistische Szene in Leipzig bei Planung und Durchführung ihrer Aktionen sicher fühlt. Nach Veröffentlichung des Aufrufs erfolgten entsprechende Angriffe auf Personen und Einrichtungen:

■ In der Nacht vom 18. zum 19. Dezember 2014 wurden die Wohnungen zweier als politische Gegner betrachteter Personen beschädigt.

■ Am 25. Dezember 2014 verübten unbekannte Täter eine Sachbeschädigung zum Nachteil der „Deutschen Bank“. Sie beschädigten Fenster und Türverglasungen, die Bildschirme dreier Bankterminals und eine Überwachungskamera. Die Filiale war auf der Liste der möglichen Angriffsziele genannt worden.

Angemeldete öffentliche Aktionen

Angemeldete Demonstrationen werden zumeist in Bündnissen unter Beteiligung bürgerlicher Kräfte geplant und durchgeführt. Entscheidenden Einfluss auf den gewaltsamen oder gewaltfreien Verlauf einer angemeldeten Aktion hat das zahlenmäßige Kräfteverhältnis zwischen autonomen und nicht extremistischen Teilnehmern.

Dies zeigte beispielhaft die Bündnisdemonstration am 18. Mai 2014 in Leipzig gegen eine Demonstration der rechtsextremistischen JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN. Da Linksextremisten mit mehr als der Hälfte der ca. 450 Veranstaltungsteilnehmer dominierten, konnten sie ihrem Selbstverständnis entsprechend agieren. Die Protestierenden blockierten mit Mülltonnen und brennendem Material die Straße. Den Akteuren ging es weniger um eine inhaltliche Positionierung gegen Rechtsextremismus als um gewaltsame Konfrontation.

²⁰⁵ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 1. Oktober 2014)

²⁰⁶ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 17. Dezember 2014)



18. Mai 2014 Leipzig
 Quelle: visual.change
 (Stand: 27. November 2014)



11. September 2014 Leipzig.
 Quelle: <https://linksunten.indymedia.org>
 (Stand: 15. September 2014)

Eine ganze Reihe angemeldeter Aktionen richteten sich gegen das NPD-Abgeordnetenbüro in der Odermannstraße 8. Im Berichtsjahr strebten Linksextremisten verstärkt dessen Schließung an.

Am 14. März blockierten sie den Eingang des Objektes und behinderten so eine rechtsextremistische Veranstaltung. Am 23. Mai 2014 demonstrierten Linksextremisten unter dem Motto „Keine Stimme den Nazis!“ in unmittelbarer Nähe zum Objekt gegen eine Veranstaltung von Rechtsextremisten.

Nachdem die Schließung des Büros im September bekannt geworden war, riefen Linksextremisten am 11. September zu einer „Jubelkundgebung“ auf. Etwa 100 Personen, darunter auch Linksextremisten, folgten diesem Aufruf. Die Schließung des Objektes als „Nationales Jugendzentrum“ wertet die linksextremistische Szene Leipzig als einen wichtigen Erfolg ihrer als „antifaschistisch“ bezeichneten Arbeit. Das dürfte ihre Position in der Öffentlichkeit und ihre Akzeptanz in der „gesellschaftlichen Mitte“ gestärkt haben.



Quelle: www.lvz-online.de

Andere Demonstrationen thematisierten die Asylproblematik sowie die Ereignisse in Syrien. Auch diese Aktionen belegten die hohe Mobilisierungsfähigkeit der autonomen Szene.

Dies zeigte sich u. a. im Rahmen einer Kundgebung der nicht extremistischen Initiative „Refugees welcome“ am 3. Februar 2014. Im unmittelbaren Vorfeld war auf den von AUTONOMEN genutzten Internetportalen kurzfristig zur Teilnahme aufgerufen worden („Gemeinsam & solidarisch gegen Rassismus! Refugees welcome“). An der Veranstaltung beteiligten sich etwa 500 Personen, darunter auch etwa 100 AUTONOME. Sie agierten in Kleingruppen und besetzten eine Kreuzung. Die Aktionen der AUTONOMEN zeigten allerdings auch, dass es ihnen nicht vorrangig um eine inhaltliche Positionierung zur Asylproblematik in der

Öffentlichkeit ging, sondern – entsprechend ihrer Anti-Haltung – um eine Verhinderung der Veranstaltung des nicht extremistischen Bündnisses „Leipzig steht auf“.

Im Zusammenhang mit Demonstrationen mit nicht extremistischen Gruppierungen änderte die autonome Szene Leipzig im Berichtsjahr erstmals ihre Taktik. Anlässlich des 4. Jahrestages des ausländerfeindlich motivierten Mordes an Kamal K.²⁰⁷ beteiligten sich Linksextremisten am 25. Oktober 2014 an der Demonstration „Erinnern heißt kämpfen! Gegen jeden Rassismus! In Gedenken an Kamal K.“. Im Gegensatz zu den Vorjahren bildeten sie innerhalb des Demonstrationszuges einen, auch räumlich getrennten, eigenen „schwarzen Block“. Dass es diesem Teilnehmerkreis nicht vorrangig um das Gedenken ging, sondern um eine Positionierung gegen den demokratischen Rechtsstaat, zeigte sich auch an der Parole „Organisiert den Vaterlandsverrat – Feuer und Flamme jedem Staat“. Damit gelang es, zumindest optisch den Eindruck zu erwecken, einen eigenen kleinen Aufzug durchzuführen. Zwar wollte man sich im Wesentlichen mit dem Ziel der Demonstration identifizieren, aber dennoch auch als eigenständige Gruppe wahrgenommen werden und eigene Inhalte artikulieren.



25. Oktober 2014 Leipzig.

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org>

(Stand: 28. Oktober 2014)

Im Oktober führten Linksextremisten gemeinsam mit Anhängern der verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) auch in Leipzig zahlreiche öffentliche Aktionen durch, bei denen sie sich zu den Ereignissen in Nordsyrien positionierten. Exemplarisch dafür steht eine Aktion am 7. Oktober 2014 in der Nähe des US-Generalkonsulates in Leipzig. Etwa 25 Demonstranten zeigten ein Transparent mit der Aufschrift „HALT STAND Freies Kobane Fuck IS“ und versuchten, mit Sprechchören auf die Situation in der Stadt Kobane (Syrien) aufmerksam zu machen. Schon die Wahl der Örtlichkeit zeigt allerdings, dass es den Akteuren nicht allein um Solidarität mit den betroffenen Menschen in Kobane ging, sondern auch um Kritik an der Politik der türkischen Regierung und der USA. Der Rückgang der medialen Berichterstattung führte im November zu einer Abnahme des – zumindest öffentlichen – Interesses der Linksextremisten an dieser Problematik.

Darüber hinaus reagierte die Szene auf die Eröffnung des neuen Polizeipostens im Februar im Leipziger Stadtteil Connewitz mit einer Protestdemonstration.

²⁰⁷ Kamal K. – geboren im Irak – war am 24. Oktober 2010 aus ausländerfeindlicher Motivation heraus in Leipzig ermordet worden.

Straftaten

	linksextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Freistaat Sachsen	396	582	821	82	162	154
Leipzig (Stadt)	116	186	227	30	42	67

Am 21. Februar 2014 stand die Aktion unter dem Motto „Connewitz steht auf – Gegen Minderheitenpolitik im Rathaus!“. Allein der Name des Veranstalters – eine nichtextremistische Bürgerinitiative „No police district“ (NPD)-Connewitz – weist deutlich die Zielrichtung der Aktion aus. Die Akteure diskreditierten den politischen Gegner durch die Abbildung von Schweinen und Ungeziefer auf ihren Transparenten in einer für Extremisten typischen Weise.

Als weitere „Satire“-Aktion sollte eine Mahnwache mit anschließender Menschenkette am 28. Februar 2014 verstanden werden. Unter dem Motto „Mit Mut, Respekt und Toleranz – Connewitz schützt das wahre Gedenken und

die Polizei“ folgten die Teilnehmer einem Aufruf der „Connewitzer Dorf Union“ (CDU). Auch hierbei zeigte der Name des Veranstalters, dass mit dieser Aktion das bürgerliche Spektrum persifliert werden sollte.

Die Gestaltung der Aktionen hat dabei eine gewisse Brisanz, haben die Akteure doch nunmehr eine Aktionsform gewählt, die es ihnen unter dem Deckmantel der Satire erlaubt, durchaus aggressiv Kritik zu üben. Indem sie ihre Aktionen als „bürgerliche Satire-Aktion“ kaschieren, besteht außerdem die Möglichkeit, ein breiteres Publikum anzusprechen und den Staat als „humorlos“ vorzuführen.

2.7.2 AUTONOME in Dresden

Das linksextremistische Personenpotenzial sank in Dresden im Jahr 2014. Dieser Rückgang resultierte daraus, dass sich im Berichtszeitraum Strukturen der Dresdner Szene auflösten oder sich zumindest inaktiv verhielten. Die UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA DRESDEN (URA DRESDEN) verblieb als einzige Gruppierung, die in der

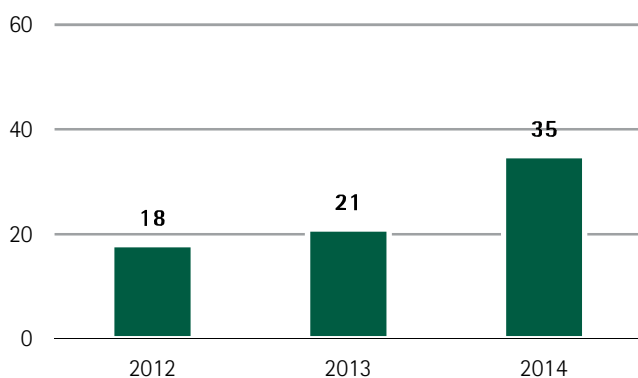
Lage war, öffentlichkeitswirksame Aktionen zu initiieren und zu organisieren.

Aktionsniveau

Obwohl im Berichtsjahr nur eine autonome Gruppierung aktiv war, zeigte die Dresdner Szene dennoch häufig öffentliche Präsenz.

Damit setzte sich der im Vorjahr begonnene Trend fort. Erklärbar ist dies durch die zahlreichen Gegenaktionen, insbesondere gegen Veranstaltungen der PEGIDA²⁰⁸ ab Oktober 2014.

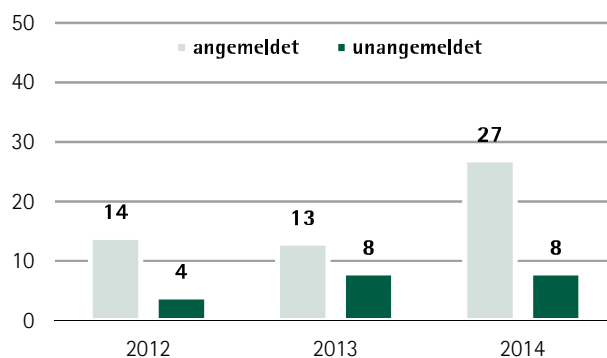
Demonstrationen von bzw. mit Beteiligung von AUTONOMEN in Dresden



Im Gegensatz dazu verharrten die Anziehungskraft und die Mobilisierungsfähigkeit der Szene auf dem relativ niedrigen Niveau des Vorjahres. Die geringe Mobilisierungsfähigkeit im Vergleich zur Leipziger Szene wird durch die unverändert kleine, gegenüber dem Vorjahr konstant gebliebene Anzahl nicht angemeldeter Aktionen verdeutlicht. Gerade letztere stellen einen Gradmesser für die Handlungsfähigkeit und Vitalität der Szene dar, da sie deren Anspruch auf Selbstbestimmtheit und Autonomie widerspiegeln und ihre Ablehnung staatlicher Autorität symbolisieren.

Der Anteil der unangemeldeten Aktionen an allen öffentlichen Veranstaltungen betrug im Jahr 2014 ca. 23 %. Er ist damit gegenüber 2013 (38 %) deutlich gesunken und bewegt sich auf dem Niveau von 2012. Demgegenüber stieg die Anzahl der angemeldeten Aktionen, an denen sich AUTONOME beteiligten, deutlich an.

Art der öffentlichen Veranstaltung



Die im Zuge der Demonstrationen erhöhte öffentliche Präsenz wirkte sich nicht auf die Anzahl der linksextremistischen Teilnehmer aus. Dafür lassen sich folgende Ursachen ausmachen:

- Seit dem Jahr 2013 lässt das Interesse gewaltbereiter Linksextremisten an den Aktionen anlässlich des Jahrestags der alliierten Luftangriffe auf Dresden vom 13. Februar 1945 nach. Dieser Trend setzte sich auch im Jahr 2014 fort. Der Jahrestag besitzt kaum noch Bedeutung für die linksextremistische Szene außerhalb Sachsens, so dass immer weniger auswärtige Linksextremisten teilnahmen.
- Eine weitere Ursache für den Rückgang ist die strukturelle Entwicklung der Dresdner Szene. Durch entsprechende Auflösung oder Inaktivität verringerte sich das linksextremistische Potenzial, welches sich für Aktionen mobilisieren ließ.

Angemeldete öffentliche Aktionen

Die autonome Szene Dresden sucht im Rahmen angemeldeter öffentlicher Aktionen schon seit Jahren das Bündnis mit bürgerlichen Kräften.

²⁰⁸ „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“

Dies unterscheidet die Dresdner Szene vor allem von jener in Leipzig.

Die Rolle der Bündnispolitik zeigte sich, wie in den vorangegangenen Jahren, bei Aktivitäten anlässlich des 13. Februars, aber vor allem bei den Aktionen gegen die PEGIDA-Veranstaltungen von Oktober bis Dezember 2014.

Aktionen am 13. Februar

Dresdner AUTONOME setzten für ihre Aktivitäten am 13. Februar die aus ihrer Sicht seit 2010 bewährte Bündnispolitik fort. Sie unterstützten mit ihren Aktionen erneut das in seiner Gesamtheit nichtextremistische Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“. Zu dessen Unterstützern aus dem linksextremistischen Bereich zählten im Berichtsjahr u. a.:

- das Bündnis AVANTI – PROJEKT UNDOGMATISCHE LINKE,
- die ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND LEIPZIG (ASJL),
- die autonomen Gruppierungen URA DRESDEN, ANTIFA LAUSITZ, ANTIFA RGB (ANTIFA ROCHLITZ-GERINGSWALDE-BURGSTÄDT),
- die linksextremistische Band FEINE SAHNE FISCHFILET aus Mecklenburg-Vorpommern,
- das orthodoxe KOMMUNISTISCHE AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN sowie
- Einzelpersonen der Parteien DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP) und MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD).

Der Trend zur Regionalisierung der linksextremistischen Proteste zeigte sich auch an der – im Vergleich zum Vorjahr – verringerten Anzahl der linksextremistischen Unterstützer.

Im Jahr 2014 zeigte sich ferner das Bemühen der Linksextremisten, stärker die eigene Klientel zu mobilisieren. So richtete sich neben dem Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ auch eine Kampagne „No Excuses!“ mit ihrem Aufruf „No Excuses! Put an end to the Myth of Dresden!“ direkt an die linksextremistische Szene. Die Kampagne wurde ebenfalls von URA DRESDEN, ANTIFA LAUSITZ und ASJL unterstützt. Die Absicht, Potenzial aus den eigenen Reihen zu motivieren, zeigte sich auch am Inhalt des Aufrufes. Denn im Unterschied zum Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ richtete sich diese Kampagne nicht nur gegen den geplanten Aufzug von Rechtsextremisten, sondern zugleich gegen das bürgerliche Gedenken an die Opfer der Luftangriffe. Hierzu übernahm sie die Positionierung der URA DRESDEN:

„Wir wollen deshalb nicht nur die Faschos, sondern auch das Gedenkspektakel der Stadt stören! (...) Kommt nach Dresden und helft mit, die geschichtsrevisionistische und menschenverachtende Propaganda von Stadt und (Neo-) Nazis zu unterbinden. Wir wollen diesem Spektakel ein Ende setzen.“²⁰⁹

²⁰⁹ <http://noexcuses.noblogs.org>, Text „Jetzt erst recht! No Excuses!“ (Stand: 23. Januar 2014)



Bild: <http://noexcuses.noblogs.org>
(Stand: 23. Januar 2014)

Insofern war die Zielstellung dieser Kampagne weiter gefasst, denn der Bündniskonsens von „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ umfasste nicht die Störung des bürgerlichen Gedenkens, sondern war ausschließlich auf die Verhinderung rechtsextremistischer Aktivitäten gerichtet. Die am Bündnis beteiligten AUTONOMEN konnten somit unter formaler Wahrung ihrer Bündnispflichten erst über die Kampagne „No Excuses!“ ihre weitergehenden extremistischen Ziele einbringen und ihren Anspruch auf Aktionen gegen die bürgerliche Gesellschaft als einen Träger des von ihnen abgelehnten demokratischen Rechtsstaats geltend machen. Dazu rückten sie das bürgerliche Gedenken in die Nähe von „Neonazis“ und beanspruchten

selbst die Deutungshoheit über den Umgang mit dem Ereignis „13. Februar“. Aus Sicht von URA DRESDEN und „No Excuses!“ war demnach nur ein individuelles Gedenken akzeptabel. Die öffentlichen Trauerveranstaltungen sahen beide als „Missbrauch“ an, der dazu bestimmt gewesen sei, das deutsche Nationalgefühl zu stärken:

„Denn das kollektive Rumopfern zum 13. Februar ist nichts weiter als ein Teil der so genannten ‚Normalisierung Deutschlands‘. Der Wille, einen positiven Bezug auf die Nation zum Normalzustand zu erheben. Dabei wird vorgegeben (...) eine Nation von vielen zu sein.“²¹⁰

Mit der Herausstellung gerade des bürgerlichen Gedenkens als Feindbild beabsichtigten die AUTONOMEN eine möglichst hohe Mobilisierung innerhalb der gewaltorientierten linksextremistischen Szene. Schließlich konnten sie damit ihren Anhängern den Eindruck vermitteln, selbstbestimmt extremistische Ziele zu verfolgen, anstatt Gefahr zu laufen, von einem nach eigenem Selbstverständnis nicht extremistischen Bündnis vereinnahmt zu werden.

Da ein Aufzug der Rechtsextremisten für den 13. Februar erwartet wurde, orientierten sich auch die linksextremistischen Akteure auf dieses Datum, wurden dann jedoch durch die kurzfristige Vorverlegung auf den 12. Februar überrascht.

Es zeigte sich, dass die linksextremistische Kampagne nicht in der Lage war, auf diese Änderung flexibel zu reagieren.

Deshalb konnten auch nur einige Hundert Gegendemonstranten – darunter lediglich etwa 200 teils gewaltorientierte Linksextremisten – mobilisiert werden, so dass das Kernziel den

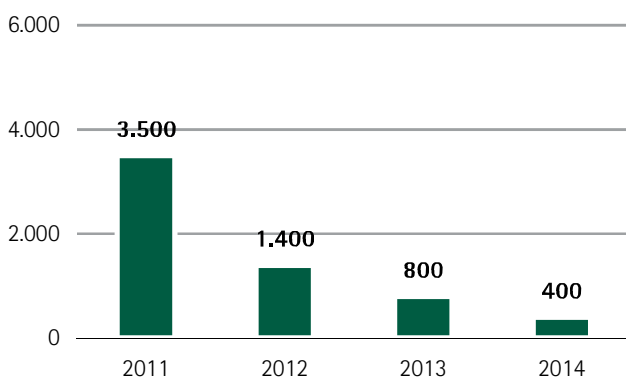
²¹⁰ <http://noexcuses.noblogs.org>, Text „Auswertung zu den Ereignissen um den 13.02.2014“ (Stand: 31. März 2014)

„Nazi-Aufmarsch“ zu verhindern, nicht erreicht werden konnte.

Demgegenüber beteiligten sich am 13. Februar, da die Mobilisierung auf dieses Datum ausgerichtet war, etwa 400 gewaltorientierte Linksextremisten. Sie fanden allerdings keinen politischen Gegner vor, sodass auch die Strategie der Blockade entfiel. Deshalb beschränkten sich die Aktionen der gewaltbereiten Antifa lediglich auf das Aufspüren von Rechtsextremisten, die sich gruppenweise im Stadtgebiet aufhielten. In diesem Zusammenhang kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen etwa 200 mutmaßlichen Links- und einigen Rechtsextremisten.

Die Ereignisse zeigten deutlich die Dimensionen der jeweils regional und lokal mobilisierbaren Personenpotenziale der autonomen Szene. Insbesondere die Anzahl von nur etwa 400 Linksextremisten gegenüber 800 im Vorjahr spiegelt die weiter rückläufige Bedeutung des 13. Februar für die autonome Szene außerhalb Dresdens wider.

Anzahl der gewaltbereiten linksextremistischen Teilnehmer an den Aktionen zu den Jahrestagen der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg



Dabei feierten es Linksextremisten als mittelbaren Erfolg, dass die Rechtsextremisten im Jahr 2014 erstmals seit vielen Jahren am 13. Februar nicht in Dresden hatten demonstrieren können. Gleichzeitig resümierten sie aber, dass sie ihrem Anspruch, den „Naziaufmarsch“ zu verhindern, nicht hatten gerecht werden können. Die Kampagne „No Excuses!“ stellte hierzu fest:

*„Betrachten wir die Ereignisse, müssen wir selbstkritisch feststellen, die Euphorie, welche sich durch die Erfolge der letzten 3 Jahre entwickelt hat, war etwas zu überschwänglich und führt nun zu breiter Ernüchterung“.*²¹¹

Darüber hinaus zeigten sich auch Differenzen in der Bündnispolitik. So brachten Vertreter der linksextremistischen Kampagne ihr Missfallen über den angeblichen „Kuschelkurs“ des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ gegenüber der Stadtverwaltung zum Ausdruck. Sie verlangten „in Zukunft wieder mehr Biss und Selbstbewusstsein gegenüber der Stadt“. Gleichzeitig wiesen sie auf die Probleme hin, die aus der Beteiligung von Linksextremisten in einem Bündnis mit Nichtextremisten („Nazifrei – Dresden stellt sich quer“) resultieren würden. Dazu stellten sie fest, dass:

*„die radikale Linke Dresdens im Engagement bei spektrenübergreifenden und/oder linksradikalen Bündnissen eher mit Abwesenheit glänzt. Es mangelt dabei scheinbar an dem Verständnis dafür, dass eigene Inhalte dort wirkmächtig platziert werden können und auch bei DDNF²¹² eine gewisse Bissigkeit des Bündnisses sichern könnte (...).“*²¹³

²¹¹ <http://noexcuses.noblogs.org>, Text „Auswertung zu den Ereignissen um den 13.02.2014“ (Stand: 31. März 2014)

²¹² Gemeint ist „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!“

²¹³ <http://noexcuses.noblogs.org>, Text „Auswertung zu den Ereignissen um den 13.02.2014“ (Stand: 31. März 2014)

Erfolglos blieb auch die Aktion gegen einen rechtsextremistischen Aufzug anlässlich des sogenannten „Tags der deutschen Zukunft“ am 7. Juni 2014 in Dresden. Sowohl die ANTIFASCHISTISCHE AKTIONSGRUPPE DRESDEN (AFA DRESDEN) als auch die URA DRESDEN riefen dazu auf, den Aufzug zu „VERHINDERN – BLOCKIEREN – SABOTIEREN“ und „den Naziaufmarsch (...) mit allen Mitteln [zu] verhindern“, was auch gewaltsame Aktionsformen einschloss.

An den Protesten am 7. Juni 2014 beteiligten sich etwa 1.000 Personen, darunter etwa 300 Linksextremisten. Deren Blockadeversuche liefen weitgehend ins Leere, und in der Folge boten sich kaum Situationen, die einen Ausgangspunkt für Erfolg versprechende gewalttätige Aktionen hätten darstellen können. Daher verliefen die Proteste weitgehend störungsfrei. Die Dresdner autonome Szene war außerstande, das zwar teils gewaltorientierte, aber größtenteils ortsunkundige Potenzial zu koordinieren und zielführende Aktionen zu organisieren.

Aktionen gegen die Versammlungen der PEGIDA machen die Problemlagen autonomer Bündnispolitik sichtbar

Einen hohen Stellenwert für die autonome Szene besaßen im Berichtszeitraum die Protestaktionen gegen die nicht extremistischen PEGIDA. Allein von Oktober bis Dezember 2014 fanden zehn Gegenveranstaltungen statt. Sie waren eine Reaktion der Linksextremisten auf die regelmäßig montags stattfindenden Demonstrationen der PEGIDA, deren Veranstaltungen bis Jahresende einen stetig wachsenden Zulauf erzielten. Schon hierdurch ist der deutliche Anstieg angemeldeter öffentlicher Aktionen erklärlich.

PEGIDA selbst war im Berichtszeitraum (bis Ende 2014) noch kein Beobachtungsobjekt des

Verfassungsschutzes. Volatile politische Bewegungen wie PEGIDA und LEGIDA bedürfen weiterhin einer intensiven fortlaufenden Bewertung, weil jedenfalls Teile von ihnen in ihrem extremistischen Potential gegenwärtig noch nicht abschließend bewertet werden können. Dresdner AUTONOME wiesen den PEGIDA-Veranstaltungen frühzeitig einen rassistischen Charakter zu, wobei insbesondere die URA DRESDEN in den PEGIDA-Anhängern einen sich „formierenden deutschen Mob“ sah, der „eindeutig der extremen Rechten zugeordnet werden“ könne, und diese in der Nähe von „Neo-Nazis verortete“. Obwohl sich Dresdner AUTONOME darin einig waren, gegen PEGIDA-Veranstaltungen vorgehen zu wollen, setzte eine planmäßige Mobilisierung zu den Gegenprotesten erst nach Beginn der PEGIDA-Aufzüge und somit verhältnismäßig spät ein.

Vor allem im Oktober 2014 konnte von einer nennenswerten und straffen Mobilisierung noch keine Rede sein. Zwar begannen die PEGIDA-Aufzüge bereits am 20. Oktober 2014; eine verhaltene Gegeninitiative stellten aber erst die Aufrufe zu Gegenprotesten für den 27. Oktober 2014 auf dem „Antifaschistischen Nachrichtenportal Sachsen“ sowie bei der linksextremistischen URA DRESDEN dar. Es wurde angekündigt, dass man sich den „(Neo-) Nazis und andere(n) Rassistinnen“ weiterhin in den Weg stellen wolle.

Erst mit der zunehmenden gesellschaftlichen Diskussion um die PEGIDA-Aufzüge ab November/Dezember 2014 versuchten die Linksextremisten, entschlossener und planmäßiger zu reagieren. Darüber hinaus ließ sich auch eine größere Bandbreite ausmachen. Die Mobilisierung ging meist von der URA DRESDEN aus. Die Gruppe instrumentalisierte dazu auch aktuelle Ereignisse, um den angeblich rassistischen Grundkonsens der PEGIDA-Anhänger zu

belegen. Auf diese Weise wollte sie ihrer Forderung Nachdruck verleihen, gegen „rassistische Hetze“ und „Terror“ auf die Straße zu gehen. Daneben mobilisierte auch das „Antifaschistische Nachrichtenportal“ in teils aggressiverem Ton als die URA DRESDEN. Deutlich moderater waren jeweils die Aufrufe des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“, die aufgrund der Bündnisbeziehungen zu AUTONOMEN auch für diese relevant waren. In zwei Fällen wurde zu nicht angemeldeten Versammlungen mobilisiert, in einem Fall zu einer Kundgebung von „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“.

Diese allmähliche Intensivierung der Mobilisierung wirkte sich auch auf die Gegenaktionen aus. So bewegte sich am 17. November 2014 schließlich ein Aufzug von etwa 300 Personen, darunter AUTONOME, zum Veranstaltungsort einer PEGIDA-Kundgebung. Nach eigener Darstellung war der von einer Einzelperson angemeldete Aufzug unter dem Motto „Rassismus demaskieren“ von der URA DRESDEN ausgerichtet worden. Weitere AUTONOME hatten sich zeitgleich in der Innenstadt versammelt. Dort versuchte ein Großteil des mehrere Hundert Personen umfassenden Protestzuges, darunter etwa 200 AUTONOME, den Versammlungsort der PEGIDA zu besetzen, wobei Polizisten eingeschlossen und attackiert wurden. Eine ernsthafte Beeinträchtigung der PEGIDA-Demonstration konnte dennoch nicht erreicht werden.

Erst am 1. Dezember 2014 konnte – aufgrund der hohen Teilnehmerzahl einer „überregionalen“ Gegendemonstration, die nun erstmals auch offiziell von der URA DRESDEN selbst ausgerichtet wurde – ein Blockadekonzept

umgesetzt werden. An der Aktion beteiligten sich ca. 1.200 Personen, darunter etwa 400 AUTONOME. Das hohe Maß an Akzeptanz dieser linksextremistischen Gruppe im Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ zeigte sich darin, dass das Bündnis zur Demonstration seiner linksextremistischen Mitgliedsgruppe aufrief. Gegendemonstranten versuchten, zu dem Aufzug der PEGIDA zu gelangen und errichteten eine Straßenblockade aus Absperrmaterialien und Müllbehältern. Schließlich beteiligten sich etwa 300 von ihnen an einer Personenblockade, wodurch der Aufzug der PEGIDA gestoppt und schließlich zur Umkehr gezwungen wurde.

Allerdings wurde dieses Niveau bei den Folgeaktionen nicht mehr erreicht. Dies hatte folgenden Grund:

Die Aktivitäten eines breiten nicht extremistischen Protestbündnisses „Dresden für alle“ wirkten erkennbar demotivierend auf die AUTONOMEN. Dies führte dazu, dass sich beim Debüt dieses Bündnisses am 8. Dezember 2014 unter rund 9.000 Gegendemonstranten lediglich etwa 100 Linksextremisten befanden. Auch seien – so ein Akteur – an diesem Tag „Antifa-Akteure (...) verstärkt der Marginalisierung preisgegeben“²¹⁴ worden.

Am 15. Dezember 2014 führte die zahlenmäßig weiterhin starke Dominanz bürgerlicher Demonstranten dazu, dass die bündnisorientierten Dresdner AUTONOMEN ihre öffentlich vortragenen Standpunkte zu Themen wie „Die Mitte rückt nach rechts“ und angeblich „institutionalisiertem“ Rassismus sowie Angriffe auf die so genannte „Parteienpolitik“ von

²¹⁴ <http://uradresden.noblogs.org>, Text „Einschätzung zur Entwicklung der PEGIDA-Gegenproteste“ (Stand: 21. Dezember 2014)

ihren potenziellen Bündnispartnern nicht mehr akzeptiert sahen. An dieser Aktion beteiligten sich etwa 350 Linksextremisten. Diese konnten jedoch – von einem Angriff auf zwei PEGIDA-Anhänger abgesehen – keine eigenen Akzente setzen.

Deshalb erklärte die URA DRESDEN anschließend ihren Versuch, „antirassistische Inhalte mit der aktuellen Form des Protests zu verbinden“ als gescheitert. Dementsprechend beklagte sie eine kontinuierliche Abnahme an „Entschlossenheit der Protestierenden“ und wünschte sich von diesen mehr Inhalte und „weniger Party“.

Die Verantwortlichen einer von Linksextremisten genutzten Internetseite wurden deutlicher und grundsätzlicher. Gemäß ihren ideologischen Überzeugungen sahen auch sie die Ursachen für PEGIDA in der bürgerlichen Gesellschaft selbst und damit auch bei ihren potenziellen Partnern von „Dresden für alle“:

„Ein politisches System, in welchem bei jeder Partei offenkundig entweder rassistische, antisemitische, xenophobe oder homophobe Tendenzen vorliegen, kann also nur eine solche Gesellschaft zur Folge tragen.“²¹⁵

„Somit ist der rassistische Konsens der Mitte (Pegida) und der derzeit stattfindende bürgerliche Anti-Naziprotest, sich am Ende so Nah wie niemand anderes auf der Straße.“²¹⁶

Auch in dieser Stellungnahme wird die Bündnispolitik zunehmend in Frage gestellt. Nach Auffassung der Autoren habe die „antifaschistische Praxis“ in dieser Bündniskonstellation ihre eigenen Inhalte auf der Strecke gelassen, anstatt sich „mit Kapitalismus und seinen

Nebenwidersprüchen“ auseinanderzusetzen, denn:

„Radikale linke Kritik muss darauf basieren zu agieren und selbst in die Offensive zu drängen. Wir müssen also die Ursache, das Kapitalistische System, aus welchem Rassismus entsteht, benennen und bekämpfen!“²¹⁷

Nachdem der Versuch der URA DRESDEN vom 15. Dezember 2014, Unterstützung auch von Nichtextremisten außerhalb des Bündniszusammenhangs von „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ zu erlangen, gescheitert war, gingen die linksextremistischen Teilnehmerzahlen an den Protesten gegen PEGIDA dauerhaft zurück. Die derzeitige Handlungsschwäche und weitgehend defensive Ausrichtung der Dresdner autonomen Szene ist Folge dieser Bündnisorientierung. Die Bündnisverpflichtungen beschränken die AUTONOMEN – aus Rücksichtnahme auf ihre nicht extremistischen Partner – in ihrer Handlungsfreiheit und lassen sie eine Vereinnahmung durch diese befürchten. Vor allem die Anti-PEGIDA-Proteste wiesen letztlich auf das weitgehende Scheitern linksextremistischer Ambitionen hin. Auch wurden die Grenzen der von AUTONOMEN betriebenen Bündnispolitik in einem Umfeld von bürgerlichen Mehrheiten, die sich demokratischen Werten verpflichtet fühlen, aufgezeigt.

Der Spagat der URA zwischen bürgerlichem Bündnis und linksextremistischen Ansprüchen und Aktionen zeigte sich in ihrem Bemühen, mit Argumentationslinien die Interessen der linksextremistischen Zielgruppe zu bedienen.

²¹⁵ <http://agdd.blogspot.de>, Text „Pegida, Dresden und der bürgerliche Widerstand – der Versuch einer Bestandsaufnahme“ (Stand: 5. Januar 2015), Schreibweise wie im Original

²¹⁶ Ebenda, Schreibweise wie im Original

²¹⁷ Ebenda, Schreibweise wie im Original

Daher lassen ihre Wortmeldungen ihr grundsätzlich gewaltorientiertes „antifaschistisches“ Selbstverständnis erkennen. So berichtete sie über eine von ihr ausgerichtete „Antifademonstration“ am 14. März 2014 in Dresden und zitierte dabei einen Redebeitrag, mit dem „rassistische Übergriffe“ und „neonazistische Gewalttaten“ in Dresden thematisiert worden sind. Darin hieß es:

*„Wenn (Neo-)Nazis oder Rassist*innen Menschen bedrohen (...) muss es für couragierte Menschen bedeuten, einen effektiven antifaschistischen Selbstschutz aufzubauen, sich zu organisieren und präventiv gegen (Neo-)Nazis vorzugehen. (...) Jede*r von uns hat die verdammte Pflicht die (Neo-)Nazis da zu bekämpfen, wo sie auftauchen. Überall!“²¹⁸*

Strategisch besteht ihr Anliegen darin, die Eingriffsschwelle für „Antifaschisten“ bewusst niedrig zu setzen, indem bereits das „Tragen von rechter Szenekleidung“ unter das Stichwort „rassistische und neonazistische Gewalttaten“ subsumiert wird. Demgemäß kam es verschiedentlich zu Störungen und Straftaten in Verbindung mit weiteren Aktionen, zu denen die URA DRESDEN aufgerufen hatte. Exemplarisch zeigte sich dies bei folgenden Veranstaltungen:

■ Für den 28. März 2014 forderte die Gruppe mit Parolen wie „ZERSCHLAGT DIE NPD“ und „ANTIFA HEIBT ANGRIFF“ zur Störung einer öffentlichen Veranstaltung der rechtsextremistischen NPD in Dresden auf. Dem Aufruf folgten etwa 200 Personen, darunter auch AUTONOME. Dabei wurde eine Person aus einer Gruppe von Gegendemonstranten heraus geschlagen.

■ Für den 17. Juni 2014 hatte die URA DRESDEN zum dritten Mal in Folge aufgerufen, gegen eine Kundgebung der NPD vorzugehen. Dabei lieferten sich die Gegendemonstranten, darunter etwa 100 Linksextremisten, Auseinandersetzungen mit polizeilichen Einsatzkräften. Unter der Überschrift „Die (Neo-)Nazis laufen keinen Meter und müssen trotzdem rennen!“ lobte die URA DRESDEN anschließend eine „für Dresdner Verhältnisse positive Dynamik“. Die „(Neo-)Nazis“ hätten „unter Schutz von massivem Schlagstock- und Pfeffersprayeinsatz seitens der Polizei (...) zum Landtag flüchten“ müssen.

Unangemeldete Aktionen

Die unangemeldeten Aktionen der Dresdner Szene wiesen einen weitgehend störungsarmen Verlauf auf. Im Vergleich zu Leipzig war auch das Teilnehmerpotenzial weitaus geringer. Exemplarisch dafür standen Demonstrationen am 8. Februar und 14. März 2014.

So beteiligten sich etwa 50 Personen an einer Solidaritätsdemonstration der URA Dresden zum Thema „Solidarität mit Flüchtlingen in Deutschland und Europa“. Die Initiatoren zeigten sich mit der „Kraftvolle(n) Spontandemonstration“ zufrieden. Man habe „den Passantinnen unser Anliegen vielfältig und ausdrucksstark vermitteln“ können. Gleichzeitig rechtfertigten sie sich für die nachträgliche Anmeldung. Andernfalls wäre ihnen die Demonstration nicht ermöglicht worden. Nach Darstellung der URA DRESDEN forderten die Demonstranten u. a. „Bleiberecht überall!“ und „Nazis vertreiben – Flüchtlinge bleiben!“.

²¹⁸ <http://uradresden.noblogs.org>, Text „Antifademonstration thematisiert Reihe von rassistischen Übergriffen in der Neustadt“ (Stand: 17. März 2014)

Die niedrige Teilnehmerzahl wies deutlich auf die geringe Mobilisierungsfähigkeit sowie auf ein niedrigeres Mobilisierungspotenzial der Dresdner Szene hin. Im Gegensatz zu Leipziger Vorkommnissen ist in Dresden ein unfriedlicher Verlauf einer Aktion eher auszuschließen, wenn für sie nur lokal begrenzt mobilisiert worden war und auch keine direkte Konfrontation mit Rechtsextremisten zu erwarten ist.

Die gleiche Voraussetzung wies die bereits erwähnte Aktion am 14. März 2014 auf. Daran beteiligten sich nach Darstellung der linksextremistischen URA DRESDEN etwa 70 „AntifaschistInnen und AntirassistInnen“. Ziel der Demonstration sei gewesen, auf eine zunehmende Anzahl „rechtsmotivierter Übergriffe“ in der Dresdner Neustadt aufmerksam zu machen. Die URA DRESDEN veröffentlichte hierzu einen Redebeitrag, der „rassistische Übergriffe“ und „neonazistische Gewalttaten“ in Dresden thematisierte und damit die Forderung nach einem „effektiven antifaschistischen Selbstschutz“ für ein präventives Vorgehen gegen „(Neo-)Nazis“ begründete. Mit „chillen im Park oder Abhängen vor der Scheune“ allein sei es nicht getan.

Klandestine (konspirativ vorbereitete) Aktionen

Auch für die Dresdner autonome Szene spielt bei klandestinen Aktionen die Gewalt eine Rolle in der politischen Auseinandersetzung. Im Gegensatz zu Leipzig sind sie allerdings weniger häufig. So kam es in Dresden lediglich zu drei solcher Aktivitäten. Auch richteten sich die Aktionen ausschließlich gegen Sachen, dies jedoch mit erheblichen Schäden.

Die Angriffe erfolgten auf Fahrzeuge der Deutschen Bahn-AG, ein Fahrzeug der Bundeswehr sowie auf das Ortsamt Dresden-Blasewitz.

In der Nacht zum 31. Mai 2014 setzten Unbekannte fünf Dienstfahrzeuge der Deutsche Bahn AG in Brand, die auf dem Betriebsgelände abgestellt waren. Ein sechstes war bereits zur Inbrandsetzung vorbereitet. Unter der Gruppenbezeichnung „Anarchistische Zelle ‘Lambros-Viktoras Maziotis Roupas’“²¹⁹ erklärten die Verfasser im von Linksextremisten genutzten Internetportal „linksunten.indymedia.org“ die Tat als eine Solidaritätsaktion für „Kämpfer und Kämpferinnen in Griechenland“. Den Anschlag wollten sie als Beitrag zum Kampf gegen die politische und wirtschaftliche Einigung Europas verstanden wissen, der auf unterschiedlichen Ebenen stattfinden müsse, darunter auch der des „bewaffneten Kampfes“. Die Verfasser bezogen sich argumentativ auf vorangegangene Anschläge und ließen einen gefestigten linksextremistischen Hintergrund erkennen. Aus Sicht der Akteure steht die Deutsche Bahn AG stellvertretend für staatliche und gesellschaftliche Strukturen. Insofern steckte hinter beiden Aktionen die Absicht, den demokratischen Rechtsstaat zu schädigen.

Ein weiterer Anschlag am 24. Oktober 2014 richtete sich gegen einen Pkw der Bundeswehr, der im öffentlichen Verkehrsraum abgestellt war. Ein hierzu gleichfalls auf „linksunten.indymedia.org“ verbreiteter und mit „militante Zellen“ unterzeichneter Text vermied zwar ein klares Tatbekenntnis, erklärte jedoch:

*„Wir verachten die Bundesrepublik und ihren militärischen Arm und werden immer wieder versuchen diese zu schaden.“*²²⁰

²¹⁹ Bei Lambros-Viktoras Maziotis Roupas soll es sich um den Sohn zweier Mitglieder der griechischen linksterroristischen Gruppe „Revolutionärer Kampf“ handeln.

²²⁰ <https://linksunten.indymedia.org/de>, Text „(Dresden) Bundeswehrkarre brennt“ (Stand: 27. Oktober 2014), Schreibweise wie im Original

Straftaten

	linksextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Freistaat Sachsen	396	582	821	82	162	154
Dresden (Stadt)	107	187	226	31	87	38

Zudem belegen die Verfasser mit ihrer Namenswahl „militante Zellen“ unter Verwendung von Namensbestandteilen vormaliger linksextremistischer Gruppierungen („militante gruppe“, „Revolutionäre Zellen“) ihren linksextremistischen Anspruch.

Nachdem die URA zur Teilnahme an einer so genannten „Antirepressionsdemo“ am 22. März 2014 in Berlin aufgerufen hatte, warfen Unbekannte in der Nacht zum 13. März 2014 mehrere Betonpflastersteine gegen Fenster des Ortsamts Dresden-Blasewitz und beschädigten die Sicherheitsverglasungen. In einem anschließend veröffentlichten Tatbekenntnis wurde die Tat als „Solidaritätsbekundung“ für die Demonstration dargestellt.

Fazit

Die seit einigen Jahren zu beobachtende Schwerpunktverschiebung der autonomen Szene von Dresden nach Leipzig setzte sich auch im Jahr 2014 fort. Dies zeigte sich sowohl in der Entwicklung des Personenpotenzials als auch beim Aktionsniveau.

Hinsichtlich des Personenpotenzials gehören der Dresdner autonomen Szene mittlerweile weniger als halb so viele AUTONOME an wie der Leipziger Szene.

Zwar fanden in den beiden Städten etwa gleich viele öffentliche Aktionen der autonomen Szene statt (Leipzig: 36, Dresden: 35). Dennoch existieren deutliche Unterschiede hinsichtlich Aktionsfähigkeit und Gewaltbereitschaft der Akteure.

Dies lässt sich exemplarisch am Beispiel der Aktionen gegen PEGIDA (Dresden) bzw. die für Januar 2015 geplanten Aktivitäten der LEGIDA (Leipzig) belegen.

■ Die Aktionen in Dresden ab Oktober/November 2014 trugen ausnahmslos reaktiven Charakter. Sie setzten erst ein, als die PEGIDA-Demonstranten in großer Zahl öffentliche Präsenz zeigten. Zwar gewannen die Gegenaktivitäten ausweislich der gestiegenen Teilnehmerzahlen an Relevanz. Insgesamt fiel die Beteiligung von Linksextremisten jedoch bescheiden aus. Nur am 1. Dezember 2014 gab es eine erfolgreiche Blockade des gegnerischen Aufzugs. Dies bestätigte die eher schwache Mobilisierungsfähigkeit der Dresdner autonomen Szene. Ihre Aktionsmöglichkeiten erschienen im Berichtsjahr weitgehend begrenzt.

■ Im Gegensatz dazu waren die Leipziger Aktionen wie folgt gekennzeichnet: sie setzten weit vor dem eigentlichen Ereignis bereits im Dezember 2014 ein, sie richteten sich

gezielt gegen Personen, die sich zu LEGIDA bekannten oder damit sympathisierten und sie sollten mittels Gewalt die Teilnahme

an einer Demonstration beeinflussen bzw. diese sogar verhindern.

2.7.3 AUTONOME in Chemnitz

Die autonome Szene Chemnitz ist im Vergleich zu den Zentren in Leipzig und Dresden wesentlich kleiner und kaum strukturiert. Sie weist dementsprechend ein deutlich niedrigeres Aktionsniveau auf.

Für ihre linksextremistischen Aktivitäten nutzt die Szene Bündnisse mit Nichtextremisten. Die Beteiligung an Bündnissen dürfte dabei nicht nur aus dem strategischen Kalkül heraus erfolgen, auf diese Weise an die gesellschaftliche Mitte Anschluss zu finden. Motiv hierfür ist auch die über Jahre hinweg geringer werdende Organisationsfähigkeit linksextremistischer Akteure. Dies wurde im Jahr 2014 besonders augenfällig, da die ANTIFASCHISTISCHE AKTION KARL-MARX-STADT (AAK – auch bekannt als ANTIFASCHISTISCHE AKTION CHEMNITZ) keine Aktivitäten mehr entfaltete, obwohl sie über Jahre eine in Chemnitz für autonome Aktivitäten maßgebende Gruppe war. Die Ursachen dieser Entwicklung liegen vor allem im geringen Mobilisierungspotenzial der örtlichen Szene. An entsprechenden Veranstaltungen nimmt regelmäßig nur eine vergleichsweise geringe Anzahl AUTONOMER teil. Auch fehlt es an in der Szene akzeptierten Akteuren, die eine gewisse Anziehungskraft auf AUTONOME ausstrahlen könnten und fähig wären, entsprechende Aktionen zu initiieren.

Der personellen und strukturellen Schwäche entspricht auch das niedrige öffentliche Aktionsniveau der Chemnitzer AUTONOMEN. Der bereits im Vorjahr feststellbare Rückgang spontaner Aktionen AUTONOMER setzte sich im Jahr 2014 fort. AUTONOME setzten lediglich im

Rahmen einzelner Gegendemonstrationen Akzente, bei denen aber vor allem die aktionsorientierte, anarchosyndikalistische FAU-INITIATIVE CHEMNITZ (Kapitel II.2.3) im Vordergrund stand. Anders als im Vorjahr, als die Veranstaltungen ausschließlich auf das Themenfeld „Antifaschismus“ beschränkt waren, griffen AUTONOME im Berichtsjahr zunehmend die Thematik „Antirassismus/Asyl“ auf. Dies zeigt ihr Bemühen, sich in aktuelle gesellschaftspolitische Debatten einzubinden.

Im Ergebnis besitzt die autonome Szene in Chemnitz nur wenig Ausstrahlungskraft. Sie wird in Sachsen weiter eine eher untergeordnete Rolle spielen, solange sie sich nicht grundsätzlich organisatorisch neu ausrichtet.

Hauptaktionsfeld blieb weiterhin der „Antifaschismuskampf“. Wie in den Jahren zuvor stand die Verhinderung des jährlich stattfindenden Aufzuges von Rechtsextremisten anlässlich des Jahrestages der Zerstörung der Stadt Chemnitz im Zweiten Weltkrieg am 5. März im Fokus AUTONOMER. Mit nur ca. 100 autonomen Teilnehmern aus den Regionen Chemnitz, Dresden, und Leipzig sowie aus Mittelsachsen beteiligten sich wesentlich weniger Linksextremisten an den größtenteils friedlich verlaufenden Aktivitäten als in Vorjahren. Auch bildeten sie, anders als in der Vergangenheit, keinen einheitlichen Block, sondern verteilten sich auf zum Teil gleichzeitig stattfindende Gegendemonstrationen nicht extremistischer Veranstalter. Linksextremisten riefen szenetypische

Straftaten

	linksextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Freistaat Sachsen	396	582	821	82	162	5
Chemnitz (Stadt)	44	30	35	5	6	5

Parolen und führten Fahnen mit linksextremistischer Symbolik mit. Sie trafen erst später mit Teilen des bürgerlichen Lagers bei der von AUTONOMEN initiierten Sitzblockade auf der Aufzugsstrecke der Rechtsextremisten zusammen. Bereits frühzeitig hatten sie dazu mit der Parole „Blockaden sind richtig und wichtig – Kommt zahlreich und entschlossen! (...)“ im von Linksextremisten genutzten Internetportal LINKSUNTEN.INDYMEDIA.ORG aufgerufen und aus taktischen Erwägungen einen „Infoticker“ zum schnellen Agieren eingerichtet.²²¹



Demonstration am 5. März 2014 in Chemnitz
Quelle: LfV Sachsen

Trotz sinkender linksextremistischer Beteiligung bleibt die Veranstaltung am 5. März in Chemnitz weiterhin das wichtigste Ereignis AUTONOMER in der Region, denn die Jahrestage der alliierten Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg sind generell ein zentrales Thema sächsischer Linksextremisten, für das jeweils ein größeres Teilnehmerpotenzial mobilisiert werden kann.

Im Zusammenhang mit den Kommunal- und Europawahlen beteiligten sich am 23. Mai 2014 ca. 50 Linksextremisten, darunter AUTONOME und Mitglieder der anarchistischen FAU-INITIATIVE CHEMNITZ an der Demonstration eines nicht extremistischen Bündnisses. Die Demonstration richtete sich gegen die Bürgerbewegung „Pro Chemnitz“ und die Partei „Alternative für Deutschland“²²².

AUTONOME beteiligten sich auch an von Nicht-extremisten organisierten Veranstaltungen zur Asylthematik, die stets als Reaktion auf Demonstrationen von Rechtsextremisten angemeldet worden waren. So versuchten

²²¹ <https://linksunten.indymedia.org/de>, Beitrag „5. März in Chemnitz – Mit Nazis und Opfermythen Schlussmachen“ vom 13. Februar 2014 (Stand: 4. Dezember 2014)

²²² „Pro Chemnitz“ und die „Alternative für Deutschland“ sind keine Beobachtungsobjekte des LfV Sachsen.

beispielsweise am 25. Januar 2014 ca. 30 Linksextremisten in Kleingruppen auf die Aufzugsstrecke von Rechtsextremisten zu gelangen, um die Demonstration, die die Schließung eines Asylbewerberheimes zum Ziel hatte, zu stören. Zum selben Thema nahmen ca. 20 Linksextremisten am 15. März 2014 an einer Protestveranstaltung teil.

Am 22. November 2014 beteiligten sich AUTONOME an Protesten gegen eine Kundgebung der von Rechtsextremisten unterstützten Vereinigung „Chemnitz wehrt sich“. Den ca. 20 Linksextremisten gelang jedoch weder die Störung der Kundgebung noch eine Einflussnahme auf die Gegenkundgebung des nicht extremistischen Veranstalters.

Zu den genannten Gegenaktivitäten war zuvor jeweils in dem von Linksextremisten genutzten Internetportal LINKSUNTEN.INDYMEDIA.ORG

mobilisiert worden²²³. Die Aufrufe wiesen zum Teil einen linksextremistischen Duktus auf. So wurde eine anarchistisch geprägte Gesellschaft ohne „Staat, Nation und Kapital“ gefordert und dem Staat und seinen Bürgern eine „rassistische Hetze“ unterstellt.

Anlaufstellen für Linksextremisten in Chemnitz sind das Wohn- und Kulturprojekt „Kompott“ sowie – mit in letzter Zeit nachlassender Bedeutung – das AJZ Chemnitz²²⁴ (Alternatives Jugendzentrum). Insbesondere im Wohn- und Kulturprojekt „Kompott“ finden auch sporadisch Veranstaltungen mit linksextremistischen Bezügen statt.

Im Berichtszeitraum haben dort fünf Stammtische und ein Workshop der FAU-IAA stattgefunden.

2.7.4 AUTONOME außerhalb der Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz

Mittelsachsen

Die linksextremistische autonome Szene im Landkreis Mittelsachsen, die sich nach einer längeren Phase von nur geringer öffentlicher Präsenz erstmals im Jahr 2013 wieder mit einer Aktion deutlich positioniert hatte²²⁵, konnte sich im Berichtszeitraum in der Region etablieren und personell konsolidieren.

Zu den im Landkreis aktiven autonomen Gruppen gehören N-RDL-NAZIFREI (die Buchstaben N-RDL stehen für Nossen, Roßwein, Döbeln und Leisnig),

die ANTIFA ROSSWEIN-DÖBELN-LEISNIG (ANTIFA RDL) sowie die ANTIFA ROCHLITZ-GERINGSWALDE-BURGSTÄDT (ANTIFA RGB). Letztere trat im Jahr 2014 allerdings nicht öffentlich in Erscheinung.

Die linksextremistische N-RDL-NAZIFREI war im Februar 2013 durch den Zusammenschluss von Linksextremisten aus den Landkreisen Meißen und Mittelsachsen entstanden. Das ermöglichte die Bündelung ihrer Aktivitäten und führte schließlich im Jahr 2014 zur Festigung ihrer Strukturen. Obwohl im Landkreis Mittelsachsen im Vergleich zu den Städten Leipzig

²²³ <https://linksunten.indymedia.org/de>:

Beitrag „[Chemnitz] Rassistischem Aufmarsch entgegenstellen“ vom 15. Januar 2014 (Stand: 4. Dezember 2014)

Beitrag „[C] Wieder rassistische Demonstration in Chemnitz“ vom 9. März 2014 (Stand: 4. Dezember 2014)

Beitrag „[Chemnitz] Rassistischer Demo entgegenstellen“ vom 14. November 2014 (Stand: 4. Dezember 2014)

²²⁴ Der „AJZ Chemnitz e.V.“ ist kein Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen.

²²⁵ Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2013, S. 206

und Dresden ein deutlich geringeres linksextremistisches Personenpotenzial im mittleren zweistelligen Bereich vorhanden war, könnte sich dort ein weiterer Schwerpunkt der autonomen Szene in Sachsen entwickeln.

Die autonome Szene Chemnitz hat hingegen eine nur noch untergeordnete Bedeutung.

Die linksextremistischen Aktivitäten fokussierten sich im Jahr 2014 auf Döbeln. Anlässe waren eine Veranstaltung der rechtsextremistischen NPD am 17. März 2014 im Rahmen ihrer „Anti-Asyl-Tour“ sowie der in Döbeln jährlich im Oktober stattfindende Aufzug von Rechtsextremisten. Obwohl beide Aktivitäten der Linksextremisten reaktiv ausgerichtet waren, wiesen sie erhebliche qualitative Unterschiede auf.

Zu der Gegenveranstaltung zur „Anti-Asyl-Tour“ der NPD hatte die linksextremistische N-RDL-NAZIFREI zwar mobilisiert, aber keine selbständige Aktion durchgeführt. Sie beteiligte sich lediglich an den Protestaktionen des bürgerlichen Spektrums und konnte dadurch kaum eigene Akzente setzen. Erst nach der Veranstaltung veröffentlichte sie im Internet einen Beitrag, in dem gefordert wurde, die Rechtsextremisten „(...) mit allen Mitteln in die Schranken zu weisen (...)“²²⁶.

Dagegen war die Demonstration gegen den rechtsextremistischen Aufzug am 4. Oktober 2014 unter dem Motto „Nie wieder Faschismus! – Für eine emanzipatorische Gesellschaft“ von vornherein auf Konfrontation ausgerichtet. Mit dem Ziel, den Aufzug zu blockieren, war die Veranstaltung von der ANTIFA RDL initiiert, geplant und getrennt von der Veranstaltung des bürgerlichen Spektrums durchgeführt worden.



Quelle: <http://nrdlnazifrei.blogspot.de>

(Stand: 12. September 2014).

Dabei zeigte sich, dass sich die Führungspersonen der ANTIFA RDL noch in einer Phase der Profilierung befinden, da sie bei der Vorbereitung von erfahrenen Akteuren der Leipziger und Dresdner autonomen Szene unterstützt wurden.

Das Ziel – die Verhinderung des Aufzugs der Rechtsextremisten – sollte mit der Taktik des „dezentralen Konzepts“ umgesetzt werden. Rechtsextremisten sollten mit dezentralen Aktionen, bei denen Kleingruppen strategisch wichtige Punkte besetzen, blockiert werden. Der Blockadeversuch scheiterte jedoch an der „einerseits geringfügige[n] Gruppenstärke“ und der „andererseits massive[n] Polizeipräsenz“²²⁷.

Mit dieser Aktion setzten sich die Proteste gegen Rechtsextremisten in Döbeln weiter fort. Bereits im Oktober 2013 hatte eine Veranstaltung zu demselben Anlass und gleichen Thema stattgefunden. Obwohl die Demonstration 2014 deutlich weniger Teilnehmer als 2013 aufwies (2014: 200 gegenüber 2013: 350 Personen), war die Teilnehmerzahl für einen Ort außerhalb der linksextremistischen Schwerpunktbereiche Leipzig und Dresden dennoch bemerkenswert. Das ließ auf eine hohe Akzeptanz der Organisatoren schließen, die über die eigene regionale Anhängerschaft hinausging. Die Akteure gingen von der Absicht der Rechtsextremisten aus, in Döbeln eine jährlich im Herbst stattfindende bundesweite Demonstration zu etablieren. Diese wolle man auch

²²⁶ <http://nrdlnazifrei.blogspot.de>, Beitrag „Nachtrag zur NPD Kundgebung in Döbeln“ vom 19. März 2014 (Stand: 3. Dezember 2014)

²²⁷ <https://linksunten.indymedia.org/de>, Beitrag „[Döbeln] Naziaufmarsch und Proteste“ (Stand: 6. Oktober 2014)

künftig verhindern oder zumindest stören. Der Stellenwert und die Akzeptanz, welche die linksextremistische Antifa RDL auch außerhalb der Region besitzt, werden davon abhängen, ob es ihr künftig gelingt, diese Zielstellung auch umzusetzen.

Ostsachsen

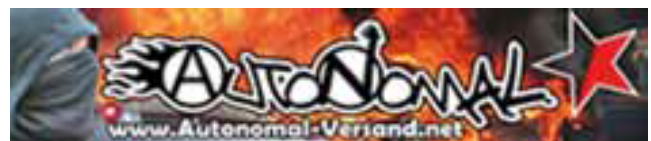
Die autonome Szene verfügte in Ostsachsen zwar über Strukturen; in der Öffentlichkeit zeigten diese jedoch nur eine geringe eigenständige Präsenz. Sie beschränkten sich auf Gegenveranstaltungen zu regional begrenzten Aktionen, welche ihrerseits durch nichtextremistische Veranstalter organisiert worden waren und bei denen sie dann eigene Positionen zum Ausdruck bringen konnten. So beteiligten sich jeweils etwa zehn Personen am 6. August 2014 in Zittau und Bautzen an Aktionen gegen Veranstaltungen der NPD. In Zittau wurde ein Transparent der linksextremistischen ANTIFA LAUSITZ mitgeführt.

Vor allem die geringen Teilnehmerzahlen bei den Aktivitäten unterstrichen die personelle Schwäche der Linksextremisten in Ostsachsen. Auch die nur wenigen öffentlichkeitswirksamen linksextremistischen Aktionen sind damit erklärlich. Die Akteure setzten stärker auf die Teilnahme an Aktionen in Dresden. Dies zeigte sich beispielsweise in einer kontinuierlichen Mobilisierung zu den Aktivitäten anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg.

Trotz der geringen personellen Stärke gibt es mit der ANTIFA LAUSITZ dennoch bereits seit Jahren eine feste Struktur mit kontinuierlicher politischer Arbeit, die in der Region über eine

herausgehobene Stellung verfügt. Die Gruppierung mobilisierte in den vergangenen Jahren auf ihrer Internetseite auch zu überregionalen Aktionen und sogar zu Veranstaltungen im Ausland. So gibt es schon seit mehreren Jahren intensive Kontakte ostsächsischer Linksextremisten – vor allem der ANTIFA LAUSITZ – zur „Antifa“ in Nordböhmen (Tschechische Republik). Es wurden regelmäßig gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen gegen Rechtsextremisten durchgeführt.

Am 18. Januar 2014 beteiligten sich Linksextremisten aus Ostsachsen in Liberec (Tschechische Republik) an einem „Aktionstag“ in Gedenken an einen getöteten tschechischen Antifaschisten. In diesem Zusammenhang fanden ein Konzert sowie eine unangemeldete Demonstration statt, bei der ein Transparent der ANTIFA-LAUSITZ mitgeführt wurde²²⁸.



Quelle: autonomal-versand.net
(Stand: 9. Dezember 2014)

Neben der ANTIFA LAUSITZ existieren in der Region des Weiteren die ANTIFASCHISTISCHE AKTION GÖRLITZ und der linksextremistische AUTONOMAL-VERSAND in Zittau (Landkreis Görlitz). Der Versand verfügt über Kontakte zur regionalen und überregionalen autonomen Szene.

Nordsachsen

In den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen gab es im Berichtsjahr keine aktive linksextremistische Szene. Demzufolge war das linksextremistische Personenpotenzial im

²²⁸ <http://antifalausitz.sytes.net/?p=2727> in Verlinkung mit <http://de.indymedia.org/2014/01/351886.shtml> (Stand: 28. Januar 2014)

sachsenweiten Vergleich nur von untergeordneter Bedeutung; es bewegt sich im unteren zweistelligen Bereich. Auf Grund der örtlichen Nähe zu Leipzig beteiligten sich die Linksextremisten vor allem an Aktivitäten dortiger linksextremistischer Gruppierungen und Einzelpersonen.

Während es im Landkreis Nordsachsen im Jahr 2014 zu keinen Aktivitäten von Linksextremisten kam, mobilisierten AUTONOME im Landkreis Leipzig umgehend zu Gegenaktivitäten, als sich in der Region Bürgerinitiativen gegen Asylsuchende bildeten.

So beteiligten sich in Borna am 25. Januar 2014 etwa 50 Personen an einer insgesamt nicht extremistischen Mahnwache anlässlich einer von Rechtsextremisten angemeldeten Kundgebung. Am 13. April 2014 kam es zu einer weiteren Aktion in Borna. Etwa 25 einheitlich schwarz gekleidete Personen versammelten sich zu einer Spontandemonstration auf dem Marktplatz.²²⁹ Ziel beider Aktionen war es, auf den rechtsextremistischen Hintergrund der Bürgerinitiative aufmerksam zu machen und die Asylproblematik in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken.

Westsachsen

Die Region Westsachsen umfasst den Landkreis Zwickau, den Erzgebirgskreis und den Vogtlandkreis. Im sachsenweiten Vergleich hatte diese Region im Berichtsjahr nur ein geringes linksextremistisches Personenpotenzial. Lediglich im Vogtlandkreis existierte eine kleine, weitgehend unstrukturierte autonome Szene, die sich in der Stadt Plauen konzentrierte. Dort war die ANTIFA PLAUEN aktiv, deren Hauptaktionsfeld der „Antifaschismuskampf“

ist. Zudem wurden die Themenfelder „Antikapitalismus“ und „Asylpolitik“ aufgegriffen. Als Anlaufort für Linksextremisten in Plauen diente das alternative Wohnprojekt „Schuldenberg“. Dort fanden häufig Veranstaltungen mit linksextremistischen Bezügen statt.

Im Berichtsjahr zeigte sich, dass eine Region, auch wenn sie aufgrund der schwachen Struktur und Bedeutung der Szene lediglich zur Peripherie gehört, durch lokale, für Linksextremisten relevante Anlässe zumindest temporär zum Brennpunkt ihrer Aktivitäten werden kann.

Dies deutete sich bereits Ende 2013/Anfang 2014 mit den Aktionen gegen Aufzüge von Rechtsextremisten in Schneeberg an, die sich gegen die Unterbringung von Asylsuchenden richteten. Für diese kurze Zeitspanne erlangte die westsächsische Region überregionale Bedeutung, denn an den Gegendemonstrationen – für die bundesweit mobilisiert worden war – nahmen bis zu 300 Linksextremisten teil.²³⁰

²²⁹ Später fand eine Kundgebung der Bürgerinitiative „Wir sind Borna“ statt, in die ein Informationsstand der NPD integriert wurde.

²³⁰ Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2013, S. 210



Flyer zur Demonstration am 1. Mai 2014 in Plauen

Diese Tendenz verstärkte sich im Jahr 2014 durch eine Demonstration anlässlich des 1. Mai in Plauen. Grund dafür war ein Aufzug des zwischenzeitlich verbotenen rechtsextremistischen FREIEN NETZES SÜD sowie der rechtsextremistischen REVOLUTIONÄREN NATIONALEN JUGEND VOGTLAND (RNJ). Unter dem Motto „Let's Take It Back. Für ein selbstbestimmtes Leben ohne Staat, Nation, Kapital.“ hatte die linksextremistische Szene auf einschlägigen Internetseiten mobilisiert.

Die personellen Engpässe der lokalen Aktivist*innen zeigten sich bei den Vorbereitungen der Gegenaktion, bei denen sie durch Leipziger Akteure unterstützt wurden. Diese meldeten die Demonstration auch an. An der zunächst friedlich verlaufenden Demonstration nahmen bis zu 350 Personen teil, darunter 200 bis 250 AUTONOME aus Sachsen, Thüringen, Bayern und anderen Bundesländern.

Der Verlauf wies den typischen Charakter einer Gegendemonstration auf. Das zeigte sich deutlich in den Parolen wie „Antifaschista! Alerta! Alerta!“ oder „Bürger lässt das Glotzen sein – Schmeißt den Nazis/Bullen die Scheiben ein!“ und „Für die Freiheit, für das Leben, Nazis von der Straße fegen!“ Bereits nach kurzer Zeit hatten ca. 150–200 Personen – größtenteils AUTONOME – in Kleingruppen den Demonstrationsszug verlassen, um an strategisch wichtigen Punkten den Aufzug der Rechtsextremisten zu blockieren. Der von AUTONOMEN initiierten Sitzblockade schlossen sich im weiteren Verlauf bis zu 400 Personen an. Im Umfeld der Blockade wurden Barrikaden errichtet und Mülltonnen in Brand gesetzt. Dennoch konnten die Akteure den Aufzug nicht blockieren oder verhindern, sondern lediglich die Route der Rechtsextremisten einschränken.

Linksextremisten beteiligten sich auch an einer Demonstration zum Thema „Asylpolitik“ am 1. März 2014 in Plauen, bei der die Verhältnisse in den Asylunterkünften kritisiert wurden. Anlass war der Tod eines Asylbewerbers in einer Asylunterkunft in Plauen im Februar 2014.

2.8 Ausblicke zum Linksextremismus

Im Freistaat Sachsen stieg das linksextremistische Potenzial geringfügig um ca. 3 % von ca. 750 im Vorjahr auf nunmehr ca. 770 Personen an. Die autonome Szene kann bereits seit 2012 einen – wenn auch bescheidenen – Zuwachs verzeichnen. Mit 360 Personen besitzt sie einen Anteil von 46,7 % am Gesamtpotenzial. Damit konnte sie im Berichtszeitraum ihren Stellenwert innerhalb des sächsischen Linksextremismus weiter ausbauen.

Darüber hinaus zeigte sich im Jahr 2014 ein ausgesprochen hohes Aktionsniveau sächsischer Linksextremisten. Die Gesamtzahl der Demonstrationen, Aufzüge und Gegenproteste von oder mit Beteiligung linksextremistischer Personen verdoppelte sich mit 101 Veranstaltungen gegenüber 2013 (52) nahezu. Die gegenüber 2013 enorm gestiegene Aktionsbereitschaft betrifft in erster Linie die autonome Szene. Sie hat sich in den vergangenen Jahren zur aktivsten Kraft innerhalb des Linksextremismus entwickelt. Durch eine breite Themenpalette setzte sie maßgeblich die politischen Akzente in der Öffentlichkeit und artikuliert dort ihre weltanschaulichen Standpunkte.

Die Beteiligung von Personen aus den Reihen orthodoxer Parteien und Organisationen an linksextremistischen Veranstaltungen ist nur marginal.

Die FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION-INTERNATIONALE ARBEITERASSOZIATION (FAU-IAA) als anarchosyndikalistische Gruppierung initiierte zwar eigene öffentliche Veranstaltungen im Berichtszeitraum. Jedoch orientiert sie sich als eine gewerkschaftlich ausgerichtete Organisation vorrangig auf Themenfelder wie Lohn- und

Tarifpolitik oder den Arbeitskampf, so dass ihrem öffentlichen Aktionsradius aufgrund dieser engen Themenwahl Grenzen gesetzt sind.

AUTONOME

Mit einem Potenzial von 360 Personen bilden die Autonomen personell die stärkste Strömung innerhalb des Linksextremismus. Der Zuwachs um 5,8 % gegenüber dem Vorjahr weist auf deren wachsende Bedeutung hin. Jedoch zeigen sich erhebliche regionale Unterschiede. Einen Zuwachs hat ausschließlich die autonome Szene in Leipzig zu verzeichnen. Ihr gehört mittlerweile fast die Hälfte der sächsischen Autonomen an. Der Anstieg um 16 % im Vergleich zum Vorjahr weist auf die Dynamik ihrer personellen Entwicklung hin.

Hierfür lassen sich folgende Ursachen ausmachen:

1. Hatte in den Vorjahren die Selbstbezogenheit der Autonomen die Gewinnung von Personen außerhalb der Szene stark eingeschränkt, so zeigte sich im Berichtszeitraum eine Tendenz der Öffnung. Durch das Themenfeld „Antifaschismus“ finden sie Anschluss an die gesellschaftliche Mitte und verschaffen sich dadurch Akzeptanz außerhalb des Linksextremismus. Die zunehmende Öffnung zeigt sich vor allem durch das breite Themenrepertoire ihrer öffentlichen Aktionen. Diese Offenheit führt zu einer Vergrößerung ihres Mobilisierungspotenzials. Darauf weisen vor allem unangemeldete Aktionen hin, an der sich ein Personenkreis zwischen 300 und 500 Personen beteiligen kann.
2. Eine weitere Ursache ist die zunehmende Präsenz der autonomen Szene und ihre

Dominanz im Raum Leipzig. Die Aktionen der Leipziger Antifa waren im Jahr 2014 in steigendem Maße von Gewalt geprägt. Das kann zur Folge haben, dass sich gewaltaffine Personen aus diesem Grund der Szene anschließen. Hinzu kommt, dass es in Leipzig im Gegensatz zu anderen Orten Sachsens ein ausgeprägtes Szeneviertel gibt. Dort verfügen die Autonomen über ein eigenes Milieu. Sie beanspruchen das betreffende Stadtviertel als ihren eigenen Freiraum, in dem sie ihrer Forderung nach einem selbstbestimmten Leben nachkommen können. Dies kann Leipzig für Autonome aus anderen Regionen attraktiv machen.

Geht man von diesen Ursachen aus, so muss mit einem weiteren Anwachsen des gewaltbereiten Potenzials in Leipzig gerechnet werden. Regionale Unterschiede weist auch das Aktionsniveau auf. Wenn auch die Anzahl der öffentlichen Aktionen in Dresden und Leipzig fast identisch ist, sind doch deutliche qualitative Unterschiede erkennbar. Die Aktionen in Dresden weisen in der Regel einen gewaltfreien Verlauf auf. Dagegen ist der Einsatz von Gewalt – sowohl im Rahmen öffentlicher Aktionen als auch bei verdeckten Aktivitäten – besonders für die Leipziger Szene charakteristisch. Zur Gewaltanwendung kommt es weniger spontan, sondern geplant; sie wird gezielt als Mittel der Politik eingesetzt.

Im Berichtszeitraum haben sich die Autonomen in Leipzig zu einer eigenständigen politischen Kraft etabliert, die das örtliche gesellschaftliche Geschehen zu beeinflussen sucht. Das zeigte sich in der Anschlagsserie gegen die Stadtratskandidaten der NPD zwischen März und Mai 2014. Diese Gewalttaten hatten eine deutliche politische Dimension. Ziel der Täter war es, durch gezielte und massive Anwendung von Gewalt eine demokratische Wahl zu

beeinflussen. Die Geschädigten sollten massiv unter Druck gesetzt werden, damit sie die Aufrechterhaltung ihrer Kandidatur überdenken. Damit einher geht aber auch eine Ausdehnung ihres Feindbildes auf den gesamten demokratischen Rechtsstaat. Im Berichtszeitraum gerieten zunehmend auch demokratische Parteien in den Fokus der Antifa. So wurde in der Nacht vom 26. zum 27. Juni 2014 die Hauptgeschäftsstelle der Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN angegriffen; am 7. Juli 2014 war das CDU-Wahlkampfbüro in Leipzig Ziel einer Sachbeschädigung.

ANARCHISTEN und sonstige linksextremistische Gruppierungen

Wie im Vorjahr traten anarchosyndikalistische Gruppen im Freistaat Sachsen auch 2014 mit eigenen Aktionen öffentlich auf. Mit ihrer Orientierung auf gewerkschaftliche Themen schärfte sie ihr Profil als linksextremistische Gewerkschaftsorganisation. Damit bilden sie innerhalb des Linksextremismus sowohl inhaltlich als auch organisatorisch eine eigene Struktur. So gab die im Jahr 2012 gegründete FAU-INITIATIVE CHEMNITZ auf Grund einer schmalen personellen Basis ihre Auflösung als selbstständige Gruppe bekannt. Sie beabsichtigt, ihre Aktivitäten als „Untersektion des ALLGEMEINEN SYNDIKATS DRESDEN“ fortzuführen.

Allerdings ist durch die starke Orientierung auf Lohn- und Tariffragen der Handlungsspielraum für ANARCHOSYNDIKALISTEN recht eng begrenzt. Die weitere Profilierung wird deshalb davon abhängen, inwieweit Fragen der Lohn- und Arbeitspolitik wieder in den Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen rücken. In Politikbereichen, durch die sich viele Menschen subjektiv betroffen oder benachteiligt sehen, ist eine breite Anschlussfähigkeit möglich. Dadurch bietet sich die Möglichkeit,

Strukturformen – sogenannte Syndikate – als Alternative anzubieten, die auch jenseits des Linksextremismus akzeptabel sein können.

Linksextremistische Parteien

Linksextremistische Parteien haben ihr Personenpotenzial von etwa 250 Personen im Berichtsjahr beibehalten. Im Vergleich zu den anderen linksextremistischen Strömungen besitzen sie nur marginale Bedeutung. Ihre bisweilen eng am orthodoxen Marxismus orientierte Programmatik ist nicht geeignet, auf Akzeptanz in breiten Kreisen der Bevölkerung zu stoßen. Vor allem auf Grund ihres ideologischen Dogmatismus und ihres Absolutheitsanspruchs stehen ihnen sogar die anderen beiden linksextremistischen Strömungen skeptisch gegenüber. In diesem Segment sind daher keine personellen Zuwächse zu erwarten.

Linksextremismus und Musik

Schon seit Jahren nutzen Extremisten das Medium Musik für die Vermittlung ihrer politischen Anschauungen. Allerdings besitzen linksextremistische Musikveranstaltungen im Vergleich zu rechtsextremistischen Konzerten einen grundlegend anderen Charakter. Linksextremistische Musiker müssen kaum mit gesellschaftlicher Ausgrenzung rechnen. Veranstaltungen, bei denen Linksextremisten auftreten oder für diese mobilisieren, finden deshalb häufig in öffentlichen Einrichtungen oder als Musikfestivals unter freiem Himmel statt. Linksextremistischen Bands eröffnet sich dadurch die Möglichkeit, vor allem öffentliche Veranstaltungen für die Vermittlung ihrer politischen Ideen zu nutzen, sich dort zu präsentieren und gesellschaftliche Akzeptanz zu finden, um schließlich die demokratische Kultur zu verändern.

Zum einen nutzten linksextremistische Interpreten öffentliche (nicht extremistische) Veranstaltungen für ihre Auftritte. So trat beispielsweise die aus Mecklenburg-Vorpommern stammende linksextremistische Band FEINE SAHNE FISCHFILET allein in sieben sächsischen Orten im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen auf.

Zum anderen werden auch szeneeigene Musikveranstaltungen durch Linksextremisten bzw. linksextremistische Organisationen initiiert. So setzte die Dresdner Gruppe der Organisation FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION-INTERNATIONALE ARBEITERASSOCIATION (FAU-IAA) in der ersten Jahreshälfte allein bei acht Veranstaltungen in Dresden das Medium Musik für die Vermittlung ihrer politischen Positionen ein. Vor allem ihre Streikaktion im Februar wurde durch Musikveranstaltungen unterstützt.

Darüber hinaus zeigte sich bei der FAU auch eine Kontinuität in der Durchführung von Konzerten. So veranstaltete sie am 30. Mai 2014 in Dresden bereits ihr 3. FAU-Solidaritätskonzert. Die für den Berichtszeitraum skizzierten Tendenzen im Bereich Linksextremismus und Musik unterstreichen den Stellenwert, den dieses Medium für Linksextremisten besitzt. Zu erwarten ist deshalb eine verstärkte Nutzung dieses Genres im Rahmen von Werbe- und Informationsveranstaltungen linksextremistischer Bestrebungen. Es ist aber damit zu rechnen, dass Auftritte bei nicht extremistischen Veranstaltungen, durch die – vor allem unter dem Deckmantel des „Antifaschismus“ – linksextremistische Inhalte verbreitet werden, einen breiten Raum einnehmen werden. Diese Strategie kann letztlich dafür geeignet sein, im nicht extremistischen Milieu neue Personenpotenziale zu erschließen.

2.9 Hintergrundbeitrag: Blockaden im Rahmen von linksextremistischen Gegenaktionen, Funktionen und Strategien

Vorbemerkung

Demonstrationen von Linksextremisten gehen häufig mit Blockaden einher. Sie sind die zentrale Protestform, die sich unter dem Schlagwort des „antifaschistischen Widerstandes“ hauptsächlich gegen „rechte Aufmärsche“ richtet. Um eine Blockade durchsetzen zu können, binden Linksextremisten bürgerliche Demonstranten im Rahmen der Bündnisstrategie ein. Welchen Stellenwert Blockaden für linksextremistische Politik besitzen, welche Funktion sie erfüllen und welche Rolle dabei die demokratischen Kräfte spielen, sollen die zentralen Fragen des vorliegenden Beitrags sein.

Blockaden und Gewalt

Wesentlicher Träger linksextremistischer Gegenaktionen ist die autonome Szene. Angehörige dieser Strömung sind nicht nur größtenteils die Initiatoren von Blockaden, sondern auch diejenigen, die auf der Grundlage strategischer Planungen diese auch umsetzen. Die prägenden Merkmale der AUTONOMEN sind Gewaltbereitschaft und Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Gewaltbereitschaft gehört zum Selbstverständnis der autonomen Szene und ist ein fester Bestandteil ihrer politischen Positionen. Gegendemonstrationen sind politische Aktionen und Blockaden sind deren wesentlicher Bestandteil. Insofern lassen sich Blockaden und Gewalt nicht voneinander trennen. Denn der Einsatz von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele und die Ablehnung des staatlichen

Gewaltmonopols sind für AUTONOME ein allgemein akzeptierter Grundkonsens.

Zur Legitimation der Gewaltanwendung werden überwiegend zweierlei Begründungen herangezogen: Zum einen wird argumentiert, dass es sich lediglich um Gegengewalt handele, mit der man sich gegen ungerechtfertigte Gewaltausübung des Staates wehre; zum anderen gebe es politische Anliegen, wie den Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, die den Einsatz von Gewalt rechtfertigten und eine Vermittlung des Gewalteinsatzes ermöglichen.

Funktion von Blockaden

Gewalt muss idealerweise vor allem im gesellschaftlichen und politischen Umfeld außerhalb der eigenen Klientel vermittelbar sein, sonst versagt die Bündnisstrategie. Denn die Befürwortung von Gewalt als legitimes Mittel der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner oder der Polizei widerspricht der Rechtsordnung und verletzt das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit. Ob und inwieweit die Gewalt als legitimes Mittel der Politik einem breiten Spektrum vermittelt werden kann, hängt vom Thema der Aktion ab. Ein zentrales und geeignetes Thema hierfür ist das Thema „Antifaschismus“. Hier erweisen sich nicht nur linksextremistische Positionen, sondern auch ein entsprechendes Handeln als anschlussfähig. Insofern ist es auch erklärlich, dass der Großteil der Aktionen, die mit Blockaden verbunden sind, in engem Zusammenhang

mit dem Themenfeld „Antifaschismus/Antirassismus“ steht. So bezogen sich in Sachsen im Berichtsjahr von den insgesamt 14 Aktionen, bei denen blockiert wurde, zwölf (ca. 86 %) auf dieses Thema. Sie richteten sich einerseits gegen tatsächliche Rechtsextremisten, andererseits aber auch gegen Personen, die aus Sicht der Linksextremisten pauschalisierend als „Faschos“, „Nazis“ oder „Rassisten“ bezeichnet werden. So verkündete beispielsweise die links-extremistische UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA (URA DRESDEN) am 27. Oktober 2014 in ihrem Aufruf gegen eine Veranstaltung der PEGIDA, dass man sich Neonazis und Rassisten in den Weg stellen werde.

Um die Funktion von Blockaden zu erörtern, muss der Faschismus- bzw. **Antifaschismusbegriff** der Linksextremisten einbezogen werden. Linksextremisten gehen von einer monokausalen Beziehung zwischen kapitalistischer Wirtschaftsordnung und Faschismus aus. Somit beziehen sie das kapitalistische Wirtschaftssystem und die bürgerliche Staatsform mit in ihr Faschismusbild ein. Deshalb steht aufgrund dieser Perspektive „Antifaschismus“ für die Forderung nach Überwindung der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung. Zumindest wird diese als Ursache für „faschistische Tendenzen“ angesehen. Dieser Logik entsprechend ist der „Antifaschismuskampf“, einschließlich der Blockaden, nicht nur oder ausschließlich auf die Verhinderung einer rechtsextremistischen Aktion ausgerichtet, sondern ist Teil einer Strategie, die letztlich auf die Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung angelegt ist.

Diese Position wird offen innerhalb der Szene vertreten. Dazu heißt es beispielsweise in einem Beitrag in der Broschüre „Ungehorsam! Disobedience! THEORIE & PRAXIS KOLLEKTIVER REGELVERSTÖSSE“:

„Es geht (...) nicht darum zu fordern: Nazis raus“. Das wäre falsch, weil sich die Gesellschaft nicht mit dem konfrontiert, was aus ihr selbst immer wieder hervorgeht.“²³¹

Von dieser Argumentation ausgehend wird die Schlussfolgerung gezogen, dass es dabei nicht um den „(...) Respekt vor einer Meinung“ geht, „sondern um die Schaffung anderer Verhältnisse.“²³²

Für die Aktivisten besteht das Potenzial von Aktionen des „zivilen Ungehorsams“ „(...) im Zugang zu einem grundlegenden, generellen gesellschaftlichen Veränderungsprozess.“²³³

In diesem Kontext verwundert es nicht, dass Aktivitäten, die im Namen des „Antifaschismus“ initiiert werden, sich stets gegen jegliches staatliches Agieren im weiteren Sinne richten, gilt dies doch letztlich als zumindest latent „faschistisch“. In diesem Zusammenhang wird u. a. die Schlussfolgerung gezogen:

„Insofern wendet sich der Protest dann indirekt oder im weiteren auch ausdrücklich gegen die Polizei und die Politik und geht der Sache nach über den zivilen Ungehorsam hinaus.“²³⁴

Für Linksextremisten erfüllt die Blockade somit eine **zentrale strategische Funktion**. Diese besteht darin, längerfristig einen Prozess einzuleiten, der auf eine Änderung der Gesellschaft

²³¹ Ungehorsam! Disobedience! THEORIE & PRAXIS KOLLEKTIVER REGELVERSTÖSSE, Münster 2014, S. 27

²³² Ebenda

²³³ Ebenda, S. 48

²³⁴ Ebenda, S. 27, Schreibweise wie im Original

hinauslaufen soll. Welchen Stellenwert Blockaden für Linksextremisten besitzen, um die demokratisch verfasste Gesellschaft in ihrem Sinne zu „transformieren“, erläuterten Aktivist:innen der INTERVENTIONISTISCHEN LINKEN (IL) in einem aktuellen Resümee zu den Ereignissen am 19. Februar 2011 in Dresden, bei denen es zu massiven Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner und der Polizei gekommen war:

„Natürlich ist das Konfrontationsniveau der Aktion nur ein Aspekt der umfassenden Radikalisierung, die wir wollen. Unser Ziel ist vielmehr eine radikale Linke, die den Prozess der Transformation immer auch am demokratischen Potenzial der Bewegung Vieler, letztlich von Mehrheiten, misst und deshalb immer auch auf Massenradikalität setzt.“²³⁵

Auf Grund des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses benötigen Linksextremisten für die Umsetzung ihres langfristigen strategischen Kernzieles aber eine breite Massenbasis für „antifaschistische“ Aktionen. Die Blockade stellt für sie dafür ein durchaus taugliches Mittel dar. So schätzten Aktivist:innen beispielsweise ein, dass die Wahl dieser Aktionsform darauf zurückzuführen ist,

„(...) dass es im Rahmen der aktuellen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse eine angemessene Aktionsform braucht, um einerseits einen politischen Antagonismus breit in die Öffentlichkeit zu tragen und andererseits dabei nicht in politische Isolation zu fallen.“²³⁶

Vor allem das Themen- und Aktionsfeld „Antifaschismus“ ermöglichte es Linksextremisten, Akzeptanz jenseits ihrer eigenen Klientel zu finden und im Rahmen des „Antifaschismuskampfes“ Bündnisse mit Nichtextremisten einzugehen. Demonstrationen gegen Aufmärsche der Rechtsextremisten waren praktizierte Bündnispolitik, und Blockaden – vor allem gemeinsam mit Kräften des bürgerlichen Lagers – erfüllten damit eine wichtige **Bündnisfunktion**. Perspektivisch war diese darauf ausgerichtet, eine Änderung des Kräfteverhältnisses im Sinne der Linksextremisten herbeizuführen. So ging es ihnen demnach

„(...) nicht um kurzfristige Erfolge, sondern darum, (Kennen) – Lernprozesse anzustoßen und (...) eine solidarische Debatte zu entwickeln“ und „mit vielen Menschen radikalisierende Schritte zu gehen.“²³⁷

Geht man von der Frage aus, inwiefern Blockaden das politische Klima beeinflussen oder sogar verändern können, muss berücksichtigt werden, dass diese Aktionsform in letzter Zeit zunehmend eine gesamtgesellschaftliche Debatte ausgelöst hat. Diese Debatte wird vor allem unter der Prämisse geführt, ob und inwieweit eine Blockade, die wesentlich mehr als eine schlichte Gegendemonstration ist – auch unter der Voraussetzung, dass sie sich gegen eine angemeldete Demonstration richtet – einen legitimen Widerstand darstellt. Dass Extremisten aufgrund ihrer dualen Weltanschauung dem politischen Gegner das Demonstrationsrecht sowie das Recht auf Meinungsfreiheit absprechen, ist nicht verwunderlich.

²³⁵ „An alle, die mit uns geschottert haben ... an die, die zukünftig schottern... und einiges mehr wollen.“ In: INTERIM Nr. 227 13. Mai 2011

²³⁶ Ungehorsam! Disobediencel! a.a.O, S. 48

²³⁷ Siehe dazu: www.antifa.de, Beitrag von AVANTI „Die Dynamik der Aufmärsche ist gebrochen“ (Stand: 27. Mai 2011) sowie de.indymedia.org, Beitrag von AVANTI „Dresden: die Dynamik ist gebrochen“ (Stand: 2. Mai 2011)

Mit dieser Fragestellung lässt sich aber – vor allem im Rahmen von Bündnissen – auch Druck auf die Demokratie ausüben. Deutlich äußerte sich dazu ein Aktivist der linksextremistischen KAMPAGNE 129^{EV} in einem Interview der Szenezeitschrift „Underdog“. So stellt er fest, dass infolge der Auseinandersetzung zwischen Staat und Linken eine Debatte über Blockaden als legales politisches Mittel entbrannt sei:

„(...) für viele Menschen, die nicht unbedingt dem klassisch linken Spektrum zuzuordnen sind, sind Blockaden so erst zum persönlichen Protest- und Widerstandshandeln geworden.“

Die Aktionsform Blockade besitzt somit eine **Brückenfunktion** sowie eine **meinungs- und akzeptanzbildende Funktion**. Diese Funktion skizziert eine Dresdner Protagonistin. Sie stellt fest:

„Am Ende hat das Konzept der Massenblockade in Dresden dazu geführt, sowohl das politische Bewusstsein als auch das Erkennen der eigenen Handlungsoptionen zu fördern.“¹²³⁸

Mittlerweile ist nicht nur ein Diskurs in Gang gekommen, ob es sich bei Blockaden um „berechtigten“ Widerstand handelt. Linksextremisten sind inzwischen zum Teil akzeptierte Partner etablierter Institutionen geworden. Insofern deutet sich eine Verschiebung der politischen Parameter an. Denn unter dem Mantel des „berechtigten Widerstandes“ stellen ausnahmslos **alle beteiligten Kräfte** zunehmend das Gewaltmonopol des Staates in Frage. Diese Entwicklung zeigte sich in Sachsen bereits 2010. So schloss das in seiner Gesamtheit nicht extremistische Aktionsbündnis

„Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ einen sogenannten „Aktionskonsens“, der die Einbeziehung gewaltbereiter Linksextremisten rechtfertigte und eine Abgrenzung von gewaltsamen Aktionsformen ausschloss. Trotz gewalttätiger Ausschreitungen am 13. Februar 2010 übernahm das Bündnis diesen Konsens für die folgenden Jahre und distanzierte sich nicht von Straf- und Gewalttaten.

Die von Linksextremisten beabsichtigte Verschiebung der politischen Parameter im Rahmen von „antifaschistischen“ Demonstrationen und Blockaden oder sogar in der öffentlichen Meinung zeigte sich an folgendem Beispiel: In Leipzig rief das in seiner Gesamtheit **nicht extremistische Bündnis** „Rassismus tötet! Leipzig“ zu einer Demonstration gegen LEGIDA²³⁹ am 12. Januar 2015 auf. So wird u. a. festgestellt: „(...) ob völkisch oder national, Deutschland ist uns scheiß egal. Wer Deutschland liebt, den/die können wir nur hassen!“.

Der Aufruf richtet sich nicht vordergründig gegen Rechtsextremisten, sondern vor allem gegen Institutionen des demokratischen Rechtsstaates, die als faschistisch bezeichnet werden. Insofern vermittelt der Aufruf die typisch linksextremistische Position, die die Bundesrepublik Deutschland als faschistisch brandmarkt. Deshalb richte sich der Protest – so der Aufruf – nicht nur gegen den „bürgerlichen Rassismus, sondern auch gegen den in Behörden und Medien verorteten Rassismus“. Ziel des Protestes sei es, „deutschnationale und rassistische Räume zu verunmöglichen und Rassisten in ihre Schranken zu weisen“.

Das hier für Leipzig angeführte Beispiel ist ein weiterer Beleg dafür, dass

²³⁸ Ungehorsam! Disobedience! a.a.O, S. 84

²³⁹ „Leipziger Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“

Linksextremisten – wie z. B. seit mehreren Jahren anlässlich der jährlich im Februar geplanten rechtsextremistischen Aktivitäten in Dresden – im Rahmen einer offensiven Bündnisstrategie auch nicht extremistische Befürworter von Blockaden für ihre Zwecke gewinnen können.

Taktik für die Umsetzung von Blockaden in der Praxis

Blockaden sind ein fester Bestandteil von Gegenaktionen. Diese sind auf Grund ihres Charakters konfrontativ ausgerichtet. Schon allein deshalb ist die Bezeichnung „friedliche“ Blockade zu relativieren und die Möglichkeit, friedlich zu blockieren, eingeschränkt. Blockaden verstoßen ggf. gegen das Versammlungsrecht und stellen eine Straftat dar.

Die starke Einschränkung eines „friedlichen“ Verlaufs von Blockaden zeigte sich daran, dass von den 14 Aktionen, die sich mit dieser Protestform im Jahr 2014 verbanden, acht (57 %) mit Ausschreitungen verbunden waren. Wie diese Gegenaktionen und schließlich die Blockaden verlaufen, hängt grundsätzlich von folgenden Faktoren ab:

a. Zusammensetzung der Demonstranten und Strategie der Veranstalter

Welchen Einfluss die Zusammensetzung der Akteure und deren Strategie auf solche Aktionen besitzen zeigt exemplarisch der Verlauf einer Demonstration am 1. Mai 2014 in Plauen (Vogtlandkreis). Dabei muss berücksichtigt werden, dass bereits im Aufruf die strategische Ausrichtung enthalten ist. Unter dem Motto „Let's Take It Back. Für ein selbstbestimmtes Leben ohne Staat, Nation, Kapital“ mobilisierte die linksextremistische Szene gegen den Aufmarsch der rechtsextremistischen

Kameradschaft FREIES NETZ SÜD (FNS) in Plauen am 1. Mai. Der Slogan und der Aufruf für diese Aktion wiesen einen deutlichen linksextremistischen Duktus auf. Dieser wurde von einer fundamentalen Kapitalismuskritik geprägt, wobei daraus die Forderung nach einer Gesellschaft ohne Staat, Nation und Kapital abgeleitet wurde. Insofern trug die Veranstaltung keinen Bündnischarakter, sondern kann als reine linksextremistische Aktion angesehen werden, deren Ziel in der Verhinderung der rechtsextremistischen Veranstaltung bestand. In diesem Sinne wollte man am 1. Mai die „Verhältnisse“ angreifen, um „gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen“ und die Straße „zurück(zu)erobern“.

An dieser Aktion beteiligten sich bis zu 350 Personen, darunter 200 bis 250 Autonome aus Sachsen, Bayern und Thüringen. Für die Umsetzung des Zieles wurde die Strategie des „dezentralen Konzeptes“ gewählt. Das Ziel dieses Konzeptes besteht darin, in Kleingruppen Demonstrationen oder Kundgebungen des politischen Gegners anzugreifen. Die aus dieser Aktionsform resultierenden Maßnahmen können von Blockaden über Sachbeschädigungen bis hin zu gewalttätigen Angriffen auf gegnerische Demonstranten und/oder Polizisten reichen. Nach kurzer Zeit lösten sich ca. 150–200 Personen, größtenteils AUTONOME, in Kleingruppen aus dem Demonstrationzug, um an strategisch wichtigen Punkten den Aufzug der Rechtsextremisten zu blockieren. Nachdem die Polizei angekündigt hatte, die Blockade zu räumen, wurde von AUTONOMEN eine Straßensperre aus Müllcontainern, Baustellenschildern und Absperrungen errichtet und zum Teil angezündet.

Die Ausschreitungen überraschen nicht. Bereits die Formulierung „Verhältnisse angreifen“ schloss – zumindest verbal – einen friedlichen Verlauf aus. Hinzu kommt, dass die Beteiligten überwiegend der gewaltbereiten autonomen

Szene angehört, die per se Gewalt als ein Mittel der Politik ansieht. In der Gesamtschau dieses Ereignisses zeigte sich, dass eine Vielzahl von Faktoren, vom Aufruf über die Zusammensetzung der Demonstranten bis zur Strategie des „dezentralen Konzeptes“ – das immer mit Ausübung von Gewalt verbunden ist – den Verlauf dieser Aktion geprägt hat.



1. Mai 2014 Plauen

Quelle: www.inventati.org/leipzig

(Stand: 12. März 2015)

b. Kräfteverhältnis

Große Demonstrationen werden oft in Bündnissen unter Beteiligung bürgerlicher Kräfte geplant und durchgeführt. Dadurch ist der Aktionsradius für Linksextremisten im Rahmen solcher Veranstaltungen eingegrenzt. Wie groß aber dieser Spielraum für Linksextremisten bei solchen Demonstrationen ist, hängt einerseits vom Kräfteverhältnis, aber auch von der Toleranz des bürgerlichen Spektrums gegenüber den linksextremistischen Teilnehmern und auch von deren Bereitschaft ab, sich an Blockaden zu beteiligen.

Dass vor allem das Kräfteverhältnis einen entscheidenden Einfluss auf den Verlauf einer Aktion, die mit einer Blockade verbunden werden soll, besitzt, zeigte beispielhaft die Bündnisdemonstration am 18. Mai 2014 in Leipzig gegen eine Demonstration der

rechtsextremistischen JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN). Da Linksextremisten mit mehr als der Hälfte der insgesamt etwa 450 Teilnehmer das Kräfteverhältnis dominierten, konnten sie auch im Rahmen dieser Bündnisdemonstration ihre Interessen ihrem Selbstverständnis entsprechend durchsetzen und gewalttätige Akzente als AUTONOME in der Öffentlichkeit setzen.

Wie ein Veranstaltungsbericht unter den Überschriften „Barricade-Tour in Lindenau“ und „Leipzig ist rot...auch im Westen!“ auf der von Linksextremisten genutzten Internetseite www.inventati.org/leipzig zeigt, wurde Konfrontation bereits in die strategische Planung der Aktion einbezogen. Offenbar hatten die Initiatoren im Vorfeld in Leipzig-Lindenau zu einer Sperrmüllaktion aufgerufen, sodass ausreichend Material für den Barrikadenbau vorhanden war. Insofern entstehen Blockaden auch nicht spontan, sondern sind fester Bestandteil einer Strategie.

Diese Veranstaltung hatte in ihrem Verlauf den typischen Charakter einer Gegenaktion. Es ging den Akteuren nicht um eine inhaltliche Positionierung gegen Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit, sondern um Konfrontation mit dem politischen Gegner. So blockierten etwa 50 Personen bereits vor Beginn der rechtsextremistischen Veranstaltung die Demonstrationsroute. Später hielten etwa 150 Teilnehmer einer Sitzblockade die Demonstranten auf. Weitere Blockaden wurden mit Containern und brennendem Material errichtet, so dass der Aufzug der Rechtsextremisten nur eingeschränkt stattfinden konnte. Es kam zu schweren Straftaten wie Landfriedensbruch, schwerer Brandstiftung und gefährlicher Körperverletzung. Sieben Polizisten wurden verletzt.



Quelle: www.lvz-online.de

Im Gegensatz zu Leipzig zeigte sich in Dresden am 7. Juni 2014 bei einer Demonstration gegen Rechtsextremisten anlässlich des „Tages der deutschen Zukunft“ (TddZ) eine andere Kräftekonstellation. Auch in Dresden bestand das Ziel der Demonstration in der Verhinderung des rechtsextremistischen Aufzuges. Jedoch verlief diese Aktion weitgehend störungsfrei. Auch hierbei spielte das Kräfteverhältnis eine wesentliche Rolle. Trotz bundesweiter Mobilisierung nahmen an der Aktion lediglich etwa 1.000 Personen, darunter ca. 300 Linksextremisten, teil. Dazu kamen noch zwei weitere Faktoren, die zu einem anderen Verlauf als in Leipzig führten:

1. Den Akteuren war selbst am Veranstaltungstag die aktuelle Route des rechtsextremistischen Aufzuges – wenn überhaupt – lediglich in Ansätzen bekannt. Ein Konzept, welches die für eine Blockade wichtigen strategischen Punkte der Aufzugsstrecke berücksichtigt, konnte nicht erarbeitet werden.
2. Die Gegenaktionen waren von logistischer und organisatorischer Schwäche der Organisatoren gekennzeichnet. Diese Defizite prägten schließlich den gesamten Verlauf der Gegenaktion.

Im Ergebnis schloss sich ein Teil der Linksextremisten mit der Absicht, die Rechtsextremisten zu blockieren, zwar Aktionen des

demokratischen Lagers an. Jedoch gelang es ihnen nicht, diese zu dominieren.

Neben dem Kräfteverhältnis als einer entscheidenden Einflussgröße lassen sich somit noch eine Reihe lokaler Faktoren ausmachen, die die Umsetzung und den Verlauf von Blockaden beeinflussen: Inwieweit sich ein Blockadekonzept durchsetzen kann, hängt wesentlich von der Mobilisierungsfähigkeit der örtlichen Organisatoren ab. Als eine Ursache für den weitgehend friedlichen Verlauf einer rechtsextremistischen Demonstration ohne wesentliche Blockadeaktionen durch Linksextremisten am 7. Juni 2014 in Dresden kommt vor allem die nur eingeschränkte Handlungsfähigkeit der lokalen autonomen Szene in Frage. Dieser bietet sich offensichtlich nicht das entsprechende Umfeld, wie z. B. der Leipziger Szene, um gewalttätig mit dem bezweckten Erfolg gegen rechtsextremistische Demonstrationen vorgehen zu können. Die Schwäche der Dresdner autonomen Szene zeigte sich auch daran, dass diese zwar maßgeblich an der „strömungsübergreifenden“ Kampagne „Keine Zukunft für Nazis“ beteiligt war, dabei aber keine erkennbaren Planungen für eine gewaltorientierte Verhinderung des rechtsextremistischen Aufzuges entwickelte. Sie besaß innerhalb des Bündnisses keine Meinungsführerschaft. Insofern sendete sie nur relativ schwache Signale an das gewaltorientierte linksextremistische Spektrum, wie beispielsweise die URA DRESDEN, mit ihrer Ankündigung, den „Naziaufmarsch“ mit „allen Mitteln“ verhindern zu wollen.

Dagegen ist die Leipziger Szene – auch im Bündnis mit bürgerlichen Kräften – deutlich offensiver ausgerichtet. Das zeigte beispielhaft die Demonstration am 18. Mai 2014. Da Linksextremisten das Kräfteverhältnis dominierten, konnten sie auch im Rahmen einer

Bündnisdemonstration ihre Interessen ihrem Selbstverständnis entsprechend durchsetzen und setzten damit im Gegensatz zur Dresdner Szene auch deutliche Akzente als AUTONOME in der Öffentlichkeit. Gerade eine Gegendemonstration besitzt immer einen ausgesprochen politischen Anspruch.

Fazit

Blockaden sind ein wesentlicher Bestandteil linksextremistischer Bestrebungen. Die einzelnen Funktionen, die diese Protestform besitzt, stehen in einem kausalen Zusammenhang. Sie sollen schließlich in ihrer Summe auf das strategische Fernziel einer Transformation der Gesellschaft im linksextremistischen Sinne hinauslaufen. Sie sind eine Variante des politischen Protestes, die sich außerhalb der Rechtsstaatlichkeit bewegt, denn es wird bewusst gegen das Versammlungsrecht verstoßen und unter Umständen auf eine gewaltsame Konfrontation abgezielt. Dass es sich dabei um einen Regelverstoß jenseits der Legalität handelt, ist den Akteuren bewusst und wird auch beabsichtigt. So wird festgestellt:

„Das Begehen und Erleben eines kollektiven Regelverstoßes ist ein eminent wichtiger Akt. Nicht nach (...) Gesetz zu handeln (...) ist eine wichtige Erfahrung.“²⁴⁰

Für die Durchsetzung von Blockaden und damit die Umsetzung von Teilschritten, die zu einer Transformation führen sollen, ist eine breite Massenbasis notwendig. Das Themenfeld „Antifaschismus/Antirassismus“ ermöglicht es Linksextremisten, außerhalb ihrer eigenen Klientel Akzeptanz zu finden

und Bündnisse mit demokratischen Kräften einzugehen, die sich schließlich für Blockaden mobilisieren lassen. Diese Tendenz hat dazu geführt, dass der Blockade (als Verstoß gegen das Versammlungsrecht) durch den stark verharmlosenden Begriff des „berechtigten Widerstandes“ eine Scheinlegalität verliehen wird, die zunehmend gesamtgesellschaftliche Anerkennung findet. Die Gefahr dieser Entwicklung besteht darin, dass auch auf anderen Politikfeldern, wie aktuell der Asylpolitik, Bündnisse zwischen Linksextremisten und Demokraten eingegangen werden und die Protestform Blockade so zur gesellschaftlichen Norm zu werden scheint. Dadurch kann auch die Grenzlinie zwischen Demokraten und Linksextremisten zunehmend aufgeweicht und schließlich die Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols zum Gegenstand politischen Diskurses gemacht werden.

Die Umsetzung dieses Konzeptes hängt von einer Reihe regionaler Faktoren wie Stärke, Mobilisierungs- und Bündnisfähigkeit der örtlichen autonomen Szene ab. Wesentlich ist aber, inwieweit Linksextremisten Akzeptanz außerhalb des eigenen Lagers finden und welchen Einfluss sie auf die gesamtgesellschaftliche Situation eines Ortes besitzen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Bündnis keine einseitige, sondern stets eine beiderseitige Allianz ist, und der politische Einfluss von Linksextremisten davon abhängt, inwieweit ihn Demokraten zulassen.

²⁴⁰ Ungehorsam! Disobediencel, a. a. O., S. 53

3. Islamismus und Ausländerextremismus

3.1 Personenpotenzial

Im Freistaat Sachsen bewegt sich das islamistisch/ausländerextremistische Personenpotenzial im Vergleich zu anderen Bundesländern seit Jahren auf niedrigem Niveau. Es ist 2014 leicht auf 360 Personen angestiegen (2013: 350 Personen) und unterliegt seit mehreren Jahren nur geringen Schwankungen.

Islamistisch-ausländerextremistisches Personenpotenzial im Freistaat Sachsen



Weniger als 1 % der Ausländer bzw. Deutschen mit Migrationshintergrund in Sachsen werden islamistischen oder ausländerextremistischen Gruppierungen zugerechnet.

Das Potenzial der islamistischen Bestrebungen ist in Sachsen im Jahr 2014 – wie auch bundesweit – angestiegen. In Sachsen gehörten diesen Bestrebungen im Berichtsjahr ca. 210 Personen an (2013: 190). Es muss damit gerechnet werden, dass sich dieser Trend in den kommenden Jahren fortsetzen wird.

Das Personenpotenzial in ausländischen links-extremistischen Gruppierungen in Sachsen ist weiter gesunken und lag 2014 bei ca. 150 Personen (2013: 160, 2012: 170). Dabei handelt es sich lediglich um Mitglieder und Anhänger der Nachfolge- und Nebenorganisationen der ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK). Die Bedeutung dieser Organisation war in Sachsen seit Jahren rückläufig. Jedoch führten die im Sommer 2014 begonnenen Angriffe der Terrormiliz ISLAMISCHER STAAT (IS) auf Kurden in Syrien (in der Stadt Kobane) dazu, dass die Belange der PKK stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gelangten. Damit war zwar kein merkliches Erstarren der PKK in Sachsen verbunden. Allerdings wurden die Mitglieder und Anhänger der Organisation seit langem wieder öffentlich wahrgenommen, da sie sich an Demonstrationen im Freistaat Sachsen beteiligten, die sich mit der IS-Problematik befassten.

Das Mobilisierungspotenzial der PKK kann deren Anhängerzahl teilweise um ein Vielfaches überschreiten. Dabei sind regelmäßig auch Personen aus benachbarten Bundesländern mit einzubeziehen.

Den national-extremistischen Organisationen im Bereich des Ausländerextremismus werden in Sachsen lediglich einzelne Personen zugerechnet.

Zusammensetzung des Personenpotenzials im Freistaat Sachsen

2014: ca. 360

2013: ca. 350 (bundesweit 2013: ca. 72.000)

Linksextremistische bzw. linksextremistisch geprägte Gruppen	Nationalistische bzw. nationalistisch geprägte Gruppen	Islamistische Bestrebungen
ca. 150 (2013 ca. 160)	Einzelpersonen (2013: ebenso)	ca. 210 (2013: ca. 190)
davon:		davon:
ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) bzw. Nachfolgeorganisationen		Salafistische Bestrebungen
ca. 150 (2013: ca. 150)		ca. 130 (2013: ca. 100)
Sonstige Gruppen Einzelpersonen		
(2013: ca. 10)		

3.2 Islamismus – Salafistische Bestrebungen

Ideologie

Der Salafismus ist die dynamischste und am schnellsten wachsende islamistische Bewegung in Deutschland. Er orientiert sich am Leben der ersten drei Generationen von Muslimen, auch als „Altvordere“ (arab. „As-salaf as-salih“) bezeichnet, welche im 7. bis 9. Jahrhundert lebten. Nach Ansicht der Salafisten führten nur diese Generationen ein gottgefälliges Leben, da sie dieses ausschließlich nach dem Koran und dem Leben des Propheten Muhammad (Sunna) ausrichteten.

Salafisten orientieren sich nicht nur inhaltlich an den Vorstellungen der ersten Muslime und der islamischen Frühzeit, sondern auch an der Werteordnung jener Zeit. Sie befürworten eine

Rechtsordnung, die ausschließlich auf Koran und Sunna basiert. Die Einführung einer solchen Ordnung wird auch in westlichen Ländern, in denen Muslime leben, angestrebt.

Das zentrale salafistische Glaubensverständnis beinhaltet eine buchstabengetreue Auslegung von Koran und Sunna. Im Kern besteht es in der Auffassung der Einheit und Einzigartigkeit Gottes sowie in der Überzeugung, dass Gott der einzige legitime Souverän und Gesetzgeber ist. Hieraus folgt, dass für Salafisten nicht die Selbstbestimmung des Volkes die Grundlage staatlicher Herrschaftsordnung ist, sondern ausschließlich der Wille Gottes. Die Ergebnisse demokratischer Prozesse werden als Verletzung dieser Souveränität Gottes und deshalb als illegitim angesehen. In Anlehnung an die

islamische Frühzeit ist Ziel der Salafisten, eine vermeintlich ideale islamische Gesellschaft, eine Theokratie, in welcher Staat und Religion eine Einheit bilden, zu schaffen. Religiöse Neuerungen oder eine Fortentwicklung der Religion im Sinne einer Anpassung an demokratische Verhältnisse werden abgelehnt. Die Regeln und Rechtsnormen des Frühislam, auf die Salafisten zurückgreifen, sind mit den Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Insofern liegt auch eine politische Bestimmtheit vor, die über eine reine Ausübung des Glaubens hinausgeht. Der Islam nach salafistischer Auslegung wird als allumfassender politischer Gegenentwurf zu einer demokratischen Gesellschaftsordnung begriffen und öffentlich propagiert.

Salafisten betrachten sich als Kenner und Verfechter einer absoluten göttlichen Wahrheit. Daraus leiten sie eine Deutungshoheit über den Islam ab. Andersdenkende, zu denen nicht nur Juden und Christen zählen, sondern auch Muslime mit anderen Glaubensüberzeugungen, werden als Ungläubige abgelehnt und zu Feinden erklärt. Insofern ebnet der Salafismus einer Isolation seiner Anhänger den Weg. Gleichzeitig sind die Elemente der salafistischen Ideologie in besonderem Maße geeignet, Radikalisierungsprozesse zu fördern und die Herausbildung von integrationsfeindlichen Parallelgesellschaften in den westlichen Ländern zu begünstigen.

Strategie

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden zwei Varianten: den politischen und den gewaltorientierten jihadistischen Salafismus. Auch

wenn salafistische Bestrebungen insgesamt verschiedene Nuancen aufweisen und ihre Übergänge fließend sind, haben sie letztlich gleiche Ziele. Sie unterscheiden sich jedoch in der Wahl ihrer Mittel, um diese zu erreichen.

Jihadistische Salafisten streben mittels Gewaltanwendung eine auf ihren Vorstellungen basierende Gesellschafts- und Staatsordnung an. Dafür begeben sie sich u.a. in terroristische Ausbildungslager, z.B. in Syrien bzw. im Irak, unterstützen aktiv islamistisch-terroristische Aktivitäten oder planen und verüben eigene Anschläge. Die bekannteste jihadistische Gruppierung der jüngsten Vergangenheit ist der ISLAMISCHE STAAT (IS). Die Tätigkeit dieser Vereinigung wurde in Deutschland im September 2014 verboten.

Die Mehrzahl der Salafisten ist jedoch dem politischen Salafismus zuzurechnen. Politische Salafisten sind vorrangig missionarisch aktiv, sie verteilen Informationsmaterial und organisieren Veranstaltungen wie Islamseminare und Vortragsveranstaltungen in Moscheevereinen. Dabei wird versucht, die Gläubigen zu beeinflussen. Diese Einflussnahme kann sich auch auf Fragen zur Erziehung von Kindern und Jugendlichen erstrecken. So wird den Eltern empfohlen, die Kinder zum Schutz vor der vermeintlich feindlichen bzw. ungläubigen Mehrheitsgesellschaft frühzeitig eng an die salafistische Moschee zu binden und andere Kontakte zu meiden:

„Ihre Kinder sollen zu Hause schlafen und sollten so viel wie möglich zu Hause bleiben, um sie von den Einflüssen der schlechten Umwelt draußen zu beschützen.“²⁴¹

²⁴¹ Z.B. www.fatawaa.de/fataawas/9Bildung/2.Kindererziehung/0262.pdf: Islamische Schulbildung/Erziehung im Westen, Schreibweise wie im Original (Stand: 20. März 2015): Die Seite ist direkt mit dem Internetauftritt DABBAGHs (www.videoislaam.de) verlinkt. Darüber hinaus wird DABBAGH hier als Ansprechpartner für religiöse Fragen genannt.

Seine Breitenwirkung entfaltet der Salafismus durch das Internet. Salafistische Ideologie-Inhalte werden durch eine Vielzahl von deutschsprachigen Webseiten, Internetforen sowie durch zahlreiche Kurzvideos, z.B. im Internetportal YouTube, vermittelt. Salafistische Propaganda erfolgt auch über Vorträge von salafistischen Predigern zu Dogma und salafistischer Religionsauffassung (sog. „Islamseminare“), bundesweit organisierte „Islam-Infostände“, die Verteilung von Broschüren und Flugblättern sowie Publikationen und Übersetzungen salafistischer Grundlagenwerke.

Den „Islamseminaren“ kommt hierbei eine wichtige Rolle zu, da die Äußerungen des salafistischen Imams maßgeblich zur Meinungsbildung der Zuhörer beitragen. Die Vortragenden fungieren als wichtige Multiplikatoren des von ihnen erläuterten Islamverständnisses. Die Inhalte salafistischer Predigten und Vorträge enthalten neben religiösen Aussagen auch politische Botschaften, sind also nicht nur als bekenntnisorientierter Islamunterricht, sondern als politisch motivierte Propaganda und indirekte Aufforderung zum Handeln aufzufassen.

Die salafistische Szene in Deutschland ist durch formelle wie auch informelle Strukturen geprägt. Zurzeit ist sie überwiegend in lokale Vereine gegliedert. Entsprechendes gilt auch für die transnationale Vernetzung salafistischer Gruppierungen. Die tiefen ideologischen

Gemeinsamkeiten befördern eine weitergehende organisatorische Verdichtung.

Dem gesamten Phänomen salafistischer Bestrebungen werden deutschlandweit etwa 5.500 Personen zugeordnet, davon lassen sich ca. 130 Anhänger in Sachsen ausmachen.

Zur Lage in Sachsen

Die Beobachtung islamistischer Bestrebungen stellte auch im Berichtsjahr einen Schwerpunkt für das LfV Sachsen dar. Die meisten Salafisten wurden im Freistaat Sachsen im Umfeld der AL-RAHMAN-MOSCHEE LEIPZIG festgestellt. Imam dieser Einrichtung ist Hassan DABBAGH, ein Vertreter des politischen Salafismus. Seine Lehren und seine Strategien zu dessen Verbreitung sind eingebettet in das Wirken und Agieren von Salafisten in Deutschland.

Auch 2014 veranstaltete DABBAGH sogenannte Islamseminare bzw. Islam-Bildungstreffs in Leipzig.²⁴² Darüber hinaus setzte er seine bundesweite Referententätigkeit im Rahmen seiner „Mobilen Islamischen Akademie“ (Eigenbezeichnung) in anderen Moscheen fort. So hielt er in der AS-SAHABA/DIE GEFÄHRTEN e.V. und Moschee Berlin²⁴³ und in der EL-SALAM-MOSCHEE MÜNCHEN²⁴⁴ auch zu salafistischen Themen Vorträge. Die Veranstaltungen wurden häufig im Internet beworben.²⁴⁵ Auf diesen Islamseminaren trat DABBAGH mit weiteren Multiplikatoren der salafistischen Szene

²⁴² U. a. www.alrahman-moschee.de (Stand: 14. November 2014)

²⁴³ Der AS-SAHABA/DIE GEFÄHRTEN e.V. wird im Verfassungsschutzbericht des Landes Berlin als extremistische Organisation/Gruppierung im Bereich Islamismus/islamistischer Terrorismus genannt. (Verfassungsschutzbericht 2013, Hrsg. Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Seiten 63 und 200)

²⁴⁴ Diese Moschee wird im Verfassungsschutzbericht des Landes Bayern im Jahr 2013 als Plattform für salafistische Vortragsveranstaltungen erwähnt. (Verfassungsschutzbericht 2013, Hrsg. Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, Seite 53)

²⁴⁵ U. a. www.facebook.com:DeutschsprachigerIslamunterrichtGermany (Stand: 18. November 2014)

in Deutschland auf. Die zahlreichen Aktivitäten und Aussagen DABBAGHs lassen sich über soziale Netzwerke, z.B. Facebook, sowie Internetportale wie YouTube verfolgen. Seine auch im Jahr 2014 fortgesetzten umfangreichen Reise- und Vortragstätigkeiten zeugen von seiner wichtigen Rolle innerhalb des politischen Salafismus in Deutschland und belegen seine Einbindung in ein salafistisches Netzwerk.

DABBAGH forderte dazu auf, die persönliche Lebensführung ausschließlich an Koran und authentischer Sunna auszurichten. Er warnte vor Anpassungen an die pluralistisch demokratische Gesellschaft.²⁴⁶ Seiner Meinung nach dürfe nicht von der salafistischen Lebensweise abgewichen werden. So thematisierte er Bekleidungs- und Reisevorschriften für Frauen und befürwortete die Vielehe.²⁴⁷ Auch im Bereich der Kinder- und Jugenderziehung äußerte er in seiner Funktion als Imam seine Auffassung²⁴⁸.

Dabei ist zu befürchten, dass Kinder und Jugendliche in ihrer Erziehung und religiösen Bildung frühzeitig mit salafistischen Normen und Werten indoktriniert werden. Der Festigung und Verbreitung der salafistischen Ideologie wird auf diese Weise weiterer Vorschub geleistet und eine Integration von muslimischen Migranten in unsere Gesellschaft wesentlich erschwert.

Im Gegensatz dazu werden Muslime, welche den Islam in anderer Weise interpretieren oder leben, durch DABBAGH verbal angegriffen und angefeindet, so zum Beispiel die muslimischen Glaubensgemeinschaften der Schiiten, Aleviten sowie der Ahmadiyya.²⁴⁹

In seinen Stellungnahmen bzw. Einlassungen fanden sich auch antisemitische bzw. israel-feindliche Äußerungen. Dabei wurde offenbar, dass DABBAGH das Existenzrecht des Staates Israels in Frage stellte.²⁵⁰

Darüber hinaus behauptete DABBAGH, dass die Muslime durch Medien, Politik, Polizei und Geheimdienste diskriminiert würden. Für seine vorgetragenen Verschwörungstheorien verwendete er extreme Metaphern. So erwähnte er mehrfach im Zusammenhang mit weltpolitischen Ereignissen, wie zum Beispiel den Konflikten in Afghanistan, Syrien und dem Gaza-Streifen, dass Muslime und deren Kinder gezielt geschändet und getötet werden.²⁵¹ Derartige Aussagen können dazu beitragen, Muslimen eine angebliche Opferrolle zuzuweisen und zugleich dadurch einer Radikalisierung insbesondere von jungen und wenig gefestigten Muslimen oder Konvertiten Vorschub leisten. Darüber hinaus können diese Aussagen auch als eine Legitimation zur Anwendung von

²⁴⁶ U. a. Freitagspredigten vom 1. Februar 2013 und 29. März 2013

²⁴⁷ U. a. www.youtube.com: Schwestern aufgepasst! Heiratsschwindler sind unter uns! (Scheich Hassan DABBAGH) Teile 1–3 (Stand: 16. Dezember 2013); www.youtube.com: Kann ich mit einer Christin heiraten – Scheich Abul Hussain Hassan DABBAGH (Stand: 18. November 2014)

²⁴⁸ U. a. www.youtube.com: Unsere Verantwortung in der Kindererziehung – Scheich Hassan DABBAGH & Scheich Abu Jamal (Stand: 16. Dezember 2014)

²⁴⁹ U. a. www.youtube.com: O Muslim! Die Gefahr des Schi'ismus unter uns! (Scheich Hassan DABBAGH) Stand: 16. Dezember 2014; www.youtube.com/ Sheikh Dr. Hassan DABBAGH: Das islamische Urteil über Schiiten! (Stand: 16. Dezember 2014); www.youtube.com/Sheikh Abul Hussein: Frage bzgl. Alevita/Shia (Stand: 16. Dezember 2014); www.youtube.com: Ahmadiyya sind keine Muslime! (Stand: 16. Dezember 2014)

²⁵⁰ U. a. ARD-Fernsehsendung „Hart aber fair“ vom 22. September 2014, DABBAGH vergleicht Israel mit dem IS

²⁵¹ U. a. Fastenbrechenpredigt vom 8. August 2013

Gewalt (zum Zwecke der Verteidigung der Religion) verstanden werden.²⁵²

Auch im Jahr 2014 trug der Bürgerkrieg in Syrien zu einer starken Emotionalisierung von Muslimen bei. DABBAGH bezeichnete diesen Bürgerkrieg als gerechten Kampf gegen das „ungläubige“ und „teuflische“ Regime von Präsident ASSAD.²⁵³

In diesem Zusammenhang wurden im Umfeld der AL-RAHMAN-MOSCHEE auch im Jahr 2014 zahlreiche Aktivitäten zur Unterstützung festgestellt, u. a., indem umfangreich Propagandaarbeit durch DABBAGH geleistet sowie zu Sammlungen von Geld- und Sachspenden aufgerufen wurde.²⁵⁴

Von Salafisten, die den bewaffneten Jihad („Heiliger Krieg“) aktiv unterstützen, geht eine besondere Gefahr aus. Mindestens zwei Personen aus Sachsen hielten sich im Kriegsgebiet auf. Von einer weiteren Person, die sich im Berichtsjahr ebenfalls im Kriegsgebiet aufgehalten hat, ist

bekannt, dass sie sich früher im Umfeld der AL-RAHMAN-MOSCHEE LEIPZIG bewegt hatte.

Fazit und Ausblick

Der Salafismus beeinflusst vor allem junge Menschen. Dies geschieht über öffentliche Aktionen, wie z. B. Informationsstände und insbesondere über das Internet, wo vor allem durch soziale Netzwerke für die Verbreitung der Ideologie geworben und Veranstaltungen angekündigt werden. Hierbei ist ein hoher Grad der Vernetzung festzustellen.

Typisch für die salafistische Propaganda ist, dass wesentliche Bestandteile der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abgelehnt werden. Gleichzeitig tritt man für eine Staatsordnung ein, in welcher ausschließlich göttlich gegebene Gesetze gelten sollen. Diese Ideologie fördert das Entstehen von Feindbildern und Parallelwelten und ist einer Integration von muslimischen Migranten abträglich. Durch salafistische Propaganda wird zudem ein Abgleiten in das jihadistische Milieu begünstigt, was auch in Sachsen zu Ausreisen nach Syrien führte.

²⁵² U. a. Stellungnahme zum aktuellen Überfall auf Mali (Imam Scheich Hassan DABBAGH), Stand: 23. März 2015; O Muslim! Sei nicht der Sündenbock! (Ratschlag vom Imam & Scheich Hassan DABBAGH), Stand: 23. März 2015; www.youtube.com, Der wahre Hintergrund des Syrienkrieges (Stellungnahme v. Scheich Hassan DABBAGH), Stand: 23. März 2015

²⁵³ www.youtube.com Der wahre Hintergrund des Syrienkrieges (Stellungnahme v. Scheich Hassan DABBAGH) (Stand: 16. Dezember 2014)

²⁵⁴ U. a. Freitagsgebete vom 10. und 17. Januar 2014

3.3 ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)

ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)

Extremismusbereich:	Linksextremistischer Ausländerextremismus
Gründung:	1978
Sitz:	Nordirak/ Kandilgebirge
Vorsitz	Abdullah ÖCALAN ²⁵⁴
Teil-, Neben- organisationen:	u. a. KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATI- SCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA (CDK)
Publikation:	SERXWEBUN
Kennzeichen ²⁵⁵ :	

Historie und Strukturentwicklung

Die PKK wurde im Jahr 1978 gegründet. Ziel war die Schaffung eines autonomen Kurdenstaates. Zu den Gründern gehörte Abdullah ÖCALAN. Er übte von Beginn an die Funktion des Generalsekretärs aus. Seine unumstrittene Führungsposition behielt er auch nach seiner Inhaftierung und Verurteilung im Jahr 1999 inne.

Die PKK entwickelte sich sowohl in der Türkei als auch in Europa zur anhängerstärksten und militantesten Kurdenorganisation. 1984 nahm sie den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat auf. Diesen Auseinandersetzungen fielen bislang mehr als 45.000²⁵⁷ Menschen zum Opfer. Seit dem Jahr 2002 werden die PKK und

später auch deren Nachfolgeorganisationen in den Listen der terroristischen Organisationen aufgeführt.

Die PKK firmiert seit 2007 unter dem Namen VEREINIGTE GEMEINSCHAFTEN KURDISTANS (KCK).

Ab Mitte der 1990er Jahre verfolgte die PKK-Führung eine Doppelstrategie. Während sie sich in Westeuropa bemühte, friedlich in Erscheinung zu treten, agierte sie in der Türkei weiterhin auch mit militärischen und terroristischen Mitteln. Die Guerillaeinheiten, die sogenannten VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE (HPG), griffen sowohl türkische Sicherheitskräfte als auch die Infrastruktur an. Um der HPG ein aus militärischer Sicht defensives Antlitz zu verleihen, wurden die FREIHEITSFALKEN KURDISTANS (TAK) ins Leben gerufen. Der TAK schlossen sich überwiegend jugendliche Kämpfer der HPG an, die ab 2004 Sprengstoff- und Brandanschläge verübten.

Im Frühjahr 2013 schien sich eine neue Entwicklung anzubahnen, nachdem bekannt geworden war, dass die türkische Regierung Verhandlungen mit Abdullah ÖCALAN geführt hatte. ÖCALAN, der erstmalig als Verhandlungspartner akzeptiert wurde, präsentierte dabei eine eigene „Roadmap“. Nach dieser sollten sich in einem ersten Schritt die PKK-Kämpfer aus der Türkei zurückziehen. Das Fernziel sei die Waffenniederlegung und der Gewaltverzicht. Im Gegenzug erwartete die PKK-Führung die Erfüllung ihrer Forderungen nach Verankerung

²⁵⁵ Trotz Inhaftierung hat er faktisch die Führung inne.

²⁵⁶ Rechts Fahne der VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE (HPG)

²⁵⁷ Spiegel Online vom 21. August 2012

politischer und kultureller Rechte für die Kurden in einer neuen Verfassung der Türkei.

Aktuelle Entwicklung

Im Juni 2014 legte die türkische Regierungspartei „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ (AKP) dem Parlament einen Gesetzesentwurf „zur Beendigung des Terrors und zur Förderung der gesellschaftlichen Einheit“ vor, der von der KCK allerdings scharf kritisiert wurde. So sei die Rolle ÖCALANs nicht gebührend berücksichtigt worden. Bedingung sei auch, dass es Rehabilitationsmöglichkeiten für zurückkehrende Guerillakämpfer gebe. Ebenso sollten Jugendliche, die nicht am bewaffneten Kampf beteiligt gewesen seien, keine rechtlichen Konsequenzen zu befürchten haben. Die KCK unterstellte der türkischen Regierung dabei eine „Hinhaltetaktik“, mit der sie nicht zum Ziel gelangen könne. In der Folge stellte die KCK der türkischen Regierung ein Ultimatum: Entweder werde weiter verhandelt oder es werde der Kampf drastisch verstärkt und ausgeweitet.

Ab Sommer 2014 überlagerten die Angriffe des ISLAMISCHEN STAATES (IS) auf das Gebiet Nordsyriens die kurdisch-türkischen Auseinandersetzungen. Im Juli 2012 hatte die PARTEI DER DEMOKRATISCHEN UNION (PYD), ein syrischer Zweig der PKK, die Autonomie für dieses Gebiet unter dem Namen „Rojava“ verkündet. Zum Schutz dieses Gebietes wurden die VOLKSVERTEIDIGUNGSEINHEITEN (YPG) gegründet. Die HPG und die YPG nahmen den Kampf gegen den IS auf. Erfolg oder Misserfolg wurde mit dem Schicksal der Stadt Kobane verknüpft. Insbesondere die Kämpfe um die Stadt rückten aufgrund der vielfachen Berichterstattung in das

Bewusstsein der Weltöffentlichkeit. Vermutlich um mögliche Erfolge der PKK bei ihrem Ringen um die Schaffung weiterer Autonomiegebiete im Nahen Osten nicht zu unterstützen, griff der Nachbarstaat Türkei nicht in das Kampfgeschehen in Nordsyrien ein.

Historie und Strukturentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa

Aufgrund von Kampfhandlungen in ihren Siedlungsgebieten seit den 1980er Jahren flüchteten hunderttausende Kurden. Ihr Hauptziel war Westeuropa, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland.

Mitglieder und Anhänger der PKK setzten hier den Kampf fort und gründeten 1985 die NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS (ERNK). Sie übten terroristische Anschläge auf türkische Einrichtungen und Gewerbe. Ohne Rücksicht auf Leib und Leben griffen sie ebenfalls deutsche Polizisten an. Dies führte im November 1993 zu einem Betätigungsverbot der PKK und ihr angeschlossener Nebenorganisationen in der Bundesrepublik. Das Verbot umfasst auch die daraufhin gegründeten Nachfolgeorganisationen der ERNK, nämlich

- 2000 KURDISCHE DEMOKRATISCHE VOLKS-UNION (YDK) und
- seit 2004 KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA (CDK).

In der Bundesrepublik befindet sich mit ca. 800.000²⁵⁸ Personen die größte Gruppe der kurdischen Diaspora. Weniger als 2 % dieses Personenkreises hängen der PKK, ihren Nachfolge- bzw. Nebenorganisationen an. Das

²⁵⁸ Die Zahl stellt nur einen Schätzwert dar. Es gibt keine offizielle Statistik zu Kurden. Personen kurdischer Volkszugehörigkeit werden gemäß ihrer Staatsangehörigkeit als Türken, Iraner, Iraker oder Syrer geführt.

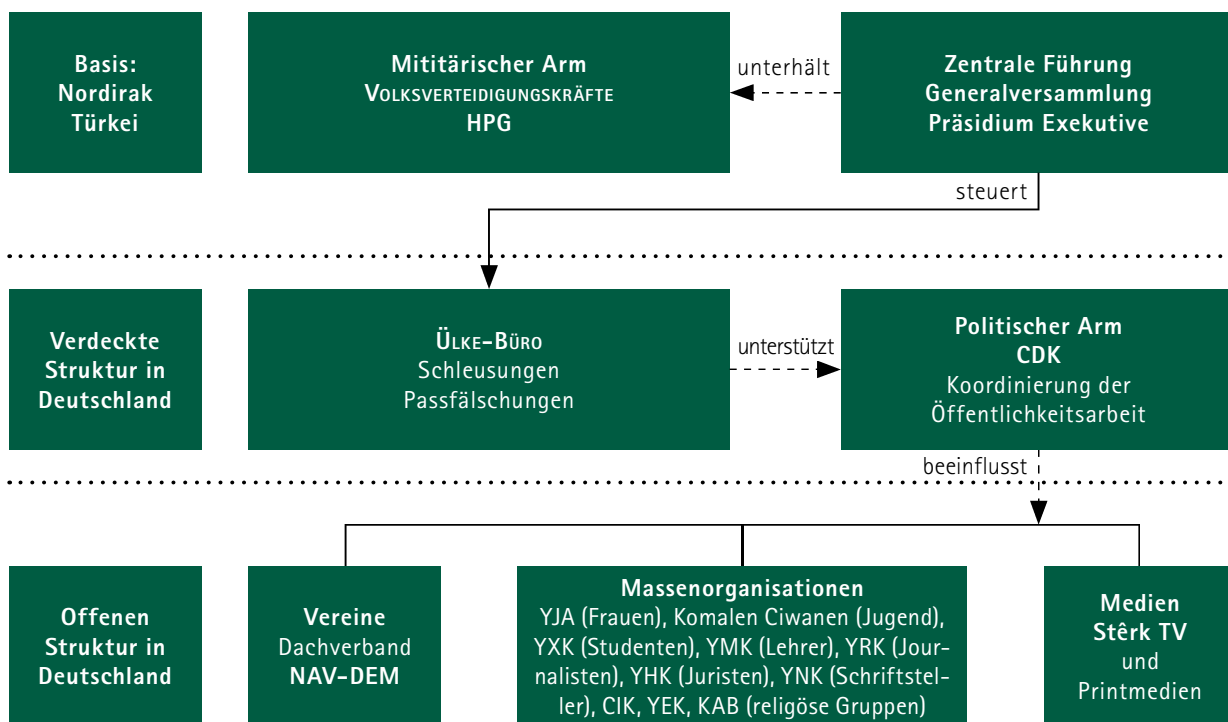
Mobilisierungspotenzial kann allerdings ein Mehrfaches betragen.

Der PKK sind zielgruppenorientierte Massenorganisationen für Frauen und Jugendliche sowie Berufs- oder religiöse Gruppen zuzuordnen. In den jeweiligen westeuropäischen Staaten existieren Föderationen örtlicher kurdischer Vereine, die wiederum in einer europäischen Konföderation zusammengeschlossen sind. Bereits im Juli 2013 benannte sich die KONFÖDERATION DER KURDISCHEN VEREINE IN EUROPA (KON-KURD) anlässlich ihres 19. Kongresses in KURDISCHER DEMOKRATISCHER GESELLSCHAFTSKONGRESS IN EUROPA (KCD-E) um. Aufgabe des KCD-E sei es, sich für das soziale und kulturelle Wohl der Kurden in Europa einzusetzen und dafür zu sorgen, dass die Identität der Kurden aus den Herkunftsländern Türkei, Iran, Irak und Syrien

per Grundgesetz anerkannt werde. Zu diesem Zweck wolle man in ganz Europa demokratische Gesellschaftszentren für Kurden eröffnen. Infolgedessen wurde im Juni 2014, anlässlich des 20. Kongresses der FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e.V. (YEK-KOM)²⁵⁹, das KURDISCHE DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFTSZENTRUM DEUTSCHLAND (NAV-DEM) gegründet. Das neue Organisationsmodell soll alle kurdischen Einrichtungen unter einem Dach vereinen. Den Namenswechsel vollzogen danach auch die bisher in der YEK-KOM organisierten örtlichen Vereine. Sie gaben jeweils die „Gründung“ des DEMOKRATISCHEN KURDISCHEN GESELLSCHAFTSZENTRUMS (DKTM) bekannt.

Die streng hierarchisch und territorial gegliederten Organisationsstrukturen sichern der PKK den ideologischen Einfluss und bilden die

Struktur des KONGRA GEL (KURDISCHER VOLKSKONGRESS)



²⁵⁹ Bisherige Dachorganisation für Vereine in Deutschland, in denen sich Mitglieder und Anhänger der PKK organisierten.

Grundlage für die erfolgreiche Durchführung jährlicher Spendenkampagnen. Letztere sind eine unverzichtbare Grundlage für die Finanzierung des gesamten Parteiapparates und seiner Aktivitäten. Darüber hinaus wird hier der Nachwuchs für den Guerillakampf rekrutiert.

Historie und Strukturentwicklung im Freistaat Sachsen

Das PKK-Gebiet Sachsen besteht hauptsächlich aus den „Teilgebieten“ Leipzig, Dresden und Chemnitz. Darüber hinaus gehören angrenzende Teile umliegender Bundesländer dazu. In den Teilgebieten gründeten sich in den 1990er Jahren bis in die ersten Jahre des Folgejahrzehnts Vereine, die dem Dachverband YEK-KOM zuzuordnen waren. Sie beteiligten sich mit ihren Mitgliedern und Sympathisanten an PKK-initiierten Kampagnen und Großveranstaltungen. Seit 2009 sind weder vom KURDISCHEN KULTURZENTRUM SACHSEN e.V. in Dresden noch vom Verein KURDISCHES HAUS LEIPZIG e.V. oder dem DEUTSCH-KURDISCHEN FREUNDSCHAFTSVEREIN e.V. in Zwickau Aktivitäten ausgegangen. Dies dürfte

nicht zuletzt auf den starken Verfolgungsdruck durch die Sicherheitsbehörden des Freistaates zurückzuführen sein. Die Vereinslokale waren mehrfach von Exekutivmaßnahmen der Polizei betroffen. In mehreren Fällen wurden im Freistaat Sachsen tätige Aktivisten der PKK wegen Verstoßes gegen § 20 Vereinsgesetz (Zuwendung gegen Verbote) verurteilt.

Das Mitglieder- und Anhängerpotenzial der PKK hat sich in den letzten Jahren in Sachsen nicht verändert und liegt seit 2010 konstant bei ca. 150 Personen. Deren Aktivitäten bestanden hauptsächlich in der Teilnahme an überregionalen Veranstaltungen mit PKK-Bezug. Im Herbst 2014 fand in sächsischen Städten eine Vielzahl örtlicher Demonstrationen statt, die sich gegen den Vormarsch des IS in „Kurdistan“ und die damit verbundene Bedrohung der Kurden in ihren Siedlungsgebieten wandten. Hinter diesen Aktionen standen hauptsächlich linksextremistische deutsche Organisationen, wie die MARXISTISCH LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD). Den Bezug zur PKK belegten die mitgeführten Fahnen.

4. Phänomenübergreifende Betrachtungen – Jugendliche im Fokus von Extremisten

Am 5. September 2014 machten sich Max P. und Samuel W. aus Sachsen auf den Weg nach Syrien. Dort wollten sie für die islamistische Terrororganisation ISLAMISCHER STAAT (IS) in den Heiligen Krieg ziehen. Max P. war damals 19, Samuel W. war 21 Jahre alt.

Was treibt junge Leute an, sich in eine Welt des Schreckens und der Gewalt zu begeben? Dieser Frage wird im Folgenden nachgegangen. Dabei sollen Anhaltspunkte für eine Radikalisierung in allen Bereichen des politischen Extremismus erörtert werden.

1. Warum brauchen extremistische Organisationen Jugendliche?

Adolf Hitler skizzierte in seiner Reichenberger Rede 1938, wie er mit Jugendlichen umzugehen beabsichtigte:

„Dann kommt eine neue deutsche Jugend, und die dressieren wir schon von ganz kleinem an für diesen neuen Staat. Diese Jugend, die lernt ja nichts anderes als deutsch denken, deutsch handeln. Und wenn diese Knaben und Mädchen mit ihren zehn Jahren in unsere Organisationen hineinkommen und dort nun wie so oft zum ersten Mal überhaupt eine frische Luft bekommen und fühlen, dann kommen sie vier Jahre später vom Jungvolk in die Hitlerjugend, und dort behalten wir sie wieder vier Jahre, und dann geben wir sie erst recht nicht zurück in die Hände unserer alten Klassen- und

Standes-Erzeuger, sondern dann nehmen wir sie wieder fort in die Partei und die Arbeitsfront, in die SA oder in die SS [...] und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben ...“²⁵⁹

Von einem solchen totalen staatlichen Zugriff auf Jugendliche sind Extremisten in Deutschland heute weit entfernt. Allerdings beschreibt Hitler eine extremistische Idealvorstellung des Umgangs mit Jugendlichen.

Und auch heute sucht jede extremistische Organisation oder Gruppierung Gefolgschaft. Lediglich kleine, abgeschlossene Terrorzellen bilden in diesem Punkt eine Ausnahme.

Die große Mehrheit aller ideologiegetragenen/ politischen Organisationen hat jedoch den Willen, zu wachsen und schließlich an die Macht zu gelangen. Ihr Ziel ist es, Einfluss zu gewinnen. Dazu bedarf es einer gewissen Massenbasis. Die Rekrutierung von Jugendlichen ist hierfür ein unverzichtbares Mittel.

Jugendliche werden zum einen gebraucht als künftige Kader. Zum anderen verkörpern sie mit ihrer Unerfahrenheit und Begeisterungsfähigkeit ein schnell mobilisierbares Potential für politische Aktionen. Im schlimmsten Fall werden sie, wie im Fall des IS, als Selbstmordattentäter rekrutiert und in den Tod geschickt. Dies ist die extremste Form des Missbrauchs falsch verstandenen jugendlichen Engagements.

²⁵⁹ Zitiert nach: http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsches_Jungvolk (Stand: 16. März 2015)

2. Warum sind Jugendliche für extremistische Bestrebungen anfällig?

Jugendliche sind häufig auf der Suche nach einer Form von Halt und individueller oder kollektiver Identität. Dabei sind sie besonders anfällig für jede Form von Heilsversprechen und für die duale Weltsicht aller Erscheinungsformen des politischen Extremismus. Extremisten jeder Couleur sehen sich jeweils als Kämpfer des Guten gegen das Böse – gegen Faschismus, gegen die Erscheinungsformen des Kapitalismus, gegen eine „Durchmischung der deutschen Rasse mit fremdem Blut“ oder – im Fall des Islamismus – gegen die westliche Welt und deren Werte. Ihnen gegenüber stehen Jugendliche mit geringer Lebenserfahrung, die gegen Eltern, Lehrer, Staat oder gegen etablierte Umstände aufbegehren wollen.

Die „Angebote“ der Extremisten scheinen einigen von ihnen daher durchaus reizvoll: Linksextremisten locken mit dem Reiz des Verbotenen, etwa dem Besprühen oder Zerstören von Wahlkampfplakaten oder der kollektiven Ausübung von Gewalt gegen politische Gegner. Rechtsextremisten bedienen Männlichkeitsrituale, z. B. durch die Ausrichtung von Sportlagern, aber auch durch gemeinsames Begehen von Straftaten.

Studien zufolge spielt speziell bei Jugendlichen das Gerechtigkeitsempfinden eine große Rolle.²⁶⁰ Sie wollen dennoch angesichts der von ihnen so empfundenen Ungerechtigkeit in der Gesellschaft mit Hilfe ihrer Gruppe „die Welt retten“. Angerichtete Schäden werden damit legitimiert, dass diese als Mittel zum guten Zweck hingenommen werden müssten.

3. Wie werden Jugendliche rekrutiert?

Die Art und Weise, wie sich Extremisten Jugendlichen nähern und sie – oft in einer Phase der altersbedingten Orientierungssuche – ausnutzen, ähnelt sich in allen Erscheinungsformen des politischen Extremismus. Die entsprechenden Strategien sollen im Folgenden exemplarisch verdeutlicht werden. Sie sind vielfältig und reichen von persönlichen Gesprächen bis zum sich autonom radikalierenden Jihadisten. Einige Methoden der Rekrutierung werden dargestellt anhand verschiedener Medien (Kampagnen, Publikationen, Musik, Internet, Szenebekleidung). Die Nutzung derselben kann ein alarmierender Indikator sein, anhand dessen das soziale Umfeld erkennen kann, ob hier eine Form der Radikalisierung eines Jugendlichen vorliegt.

Kampagnen

Stößt etwa ein Jugendlicher im Internet auf die vordergründig harmlose Formulierung „Sag was du denkst“, so landet er nicht bei Webseiten, die mündige Jugendliche ansprechen. Es handelt sich vielmehr um eine in verschiedenen Medien thematisierte Kampagne der rechtsextremistischen JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN, Jugendorganisation der NPD). Der coole Rebell, der „gegen Bullen und Staat“ antritt, wird inzwischen auch von Rechtsextremisten propagiert.

²⁶⁰ Vgl. z. B.: CEMIL ŞAHİNÖZ, Warum radikalieren sich Jugendliche? In: <http://www.migazin.de/2014/09/08/warum-radikalisieren-sich-jugendliche/> (Stand: 23. März 2015)

„Sag was du denkst“-Kampagne



Im Juli 2014 starteten die JN unter der unverfänglichen Bezeichnung „Sag was du denkst“ eine Kampagne. Diese sollte Interesse bei Jugendlichen wecken und an deren Idealismus und Engagement appellieren. Dazu wurde, vergleichbar mit der sogenannten „Volkstodkampagne“²⁶¹ der rechtsextremistischen Szene und der Kampagne „Identität – Werde, wer du bist“²⁶² des Bundesvorstandes der JN, ein Bedrohungsszenario entworfen. Die gesamte Gesellschaft sei in einem „desolaten Zustand“, Europa werde „in den Untergang gewirtschaftet“. Dazu komme „eine horrende Anhäufung von sogenannten ‚Menschen mit Migrationshintergrund‘“. Ziel der Kampagne sei daher die Schaffung einer neuen, sich selbst organisierenden Jugendkultur:

*„Wir sind die Protestgeneration!
Die Zeiten sind reif für eine Veränderung! Sie stehen auf Sturm in ganz Europa. Überall geht die Jugend auf die Straße, um ähnliche*

Verhältnisse wie hier zu bekämpfen. Es gibt viele Möglichkeiten sich gegen die Verhältnisse zu wehren und die Schweigespirale zu durchbrechen, die uns die Maulkorbpolitik auferlegt: Kundgebungen Verteilaktionen Plakatierungen Demonstrationen Straßentheater Flashmobs ... sind nur wenige Aktionsformen, die Du nutzen kannst!“²⁶³

Hier appellierten Rechtsextremisten in typischer Weise mit dem bereits erwähnten Rettungsgedanken an Jugendliche.

Mit öffentlichen Aktionen, wie Kundgebungen in Berlin und Bautzen sowie einer Demonstration am 4. Oktober 2014 in Döbeln, warben die JN für ihre Kampagne. Darüber hinaus nutzten die Initiatoren der Kampagne intensiv die bekannten, im Internet verfügbaren Plattformen und sozialen Netzwerke, um ihre Aktion in Wort und Bild vorzustellen und

²⁶¹ Die rechtsextremistische „Volkstodkampagne“ sieht das deutsche Volk vor dem Aussterben und fordert alle „Deutschen“ zur Abhilfe auf.

²⁶² Kennzeichen dieser Kampagne ist der Abdruck einer weißen Hand, siehe dazu auch Verfassungsschutzbericht 2013, S. 64f.

²⁶³ <http://sagwasdudenkst.info> sowie Facebook-Profil JN Limbach-Oberfrohna, Aus dem Selbstverständnis (Stand: 7. September 2014), Schreibweise wie im Original

die Aufmerksamkeit einer möglichst großen Online-Leserschaft zu gewinnen.²⁶⁴

Publikationen

Rechtsextremisten und Islamisten bemühten sich mit jugendgerechten Publikationen um Jugendliche, während diese Form im Linksextremismus durch andere Medien verdrängt wurde. Die sächsischen JN wandten sich in einer Zeitschrift namens „Platzhirsch“ an Schüler, Auszubildende und Studenten. Kombiniert wurde dies mit einer entsprechenden Verkleidungsaktion. Die Wahl des „Platzhirsches“ als Titel und als Kostüm beruht auf einem angenommenen Vorranganspruch. Ein „Platzhirsch“ im eigentlichen Sinne ist der stärkste Hirsch im Revier, der sich im Kampf gegen Nebenbuhler behauptet und das Rudel führt, d. h. in einem bestimmten Bereich eine Herrschaftsrolle übernimmt. Er soll damit, wie die weiße Maske der „Unsterblichen“²⁶⁵, zum Symbol mit Wiedererkennungswert werden, zum Symbol der Heimatverbundenheit: „Niemals werden wir unsere Heimat kampflos aufgeben, niemals unseren Feinden unser geliebtes Land freiwillig opfern.“²⁶⁶ Inhaltlich nutzte man im Juli 2014 eine vorgeschobene Anti-Drogen-Kampagne²⁶⁷, um Schüler und Öffentlichkeit für sich und die Mutterpartei NPD zu gewinnen. Mitglieder der JN verteilten die Schülerzeitschrift „Platzhirsch“ in und an Schulen in Reichenbach, Auerbach, Pausa, Plauen, Riesa, Oschatz, Wurzen, Döbeln, Hartha, Mittweida, Dresden, Bischofswerda, Bautzen und Hoyerswerda. Mitglieder der JN betreten als „Platzhirsch“

kostümiert Schulen und gelangten so kurzzeitig in die Medien.



Quelle: www.facebook.com/JnSachsen
(Stand: 7./8. Juli 2014)

Die Schülerzeitschrift der JN beschäftigte sich inhaltlich zudem mit der angeblich „massiven Überfremdung durch Masseneinwanderung“, warb für die Stimmenabgabe für die NPD bei den Landtagswahlen und für eine Mitarbeit bei den JN. Die Rückseite der Zeitschrift enthielt ein Formular zur Beantragung einer Mitgliedschaft bei den JN für Schüler ab 14 Jahren. Zudem konnten Informationsmaterial und/oder Einladungen zu Veranstaltungen der JN angefordert werden.

Perfide war auch folgendes Beispiel: Suchte ein Schülervertreter nach Websites, die sich mit seinen Mitwirkungsmöglichkeiten befassen, landete er unter Umständen auf der Website www.schuelersprecher.info der o. a. „Sag was du denkst“-Kampagne der JN.

Die JN-Kampagne zum Thema Drogenmissbrauch und die neue Schülerzeitung wirkten als

²⁶⁴ Weiteres zur Kampagne im Beitrag II.1.3 „JUNGE NATIONALDEMOKRATEN“

²⁶⁵ Als „Unsterbliche“ agierte insbesondere die rechtsextremistische WIDERSTANDSBEWEGUNG IN SÜDBRANDENBURG, ihr Kennzeichen waren weiße Masken (verboten am 19. Juni 2012)

²⁶⁶ <http://aktion-widerstand.de/ein-frisches-lueftchen/> (Stand: 13. August 2012)

²⁶⁷ Weiteres zur Kampagne „Weg mit dem Drogendreck!“ im Beitrag II.1.3 „JUNGE NATIONALDEMOKRATEN“

Ergänzung zum Landtagswahlkampf der NPD. So sollte ein vermeintlich unverfänglicher „Türöffner“ gefunden werden, der Jugendliche an rechtsextremistische Sichtweisen heranführt und sie somit langfristig für die Wahlwerbung rechtsextremistischer Parteien zugänglich macht. Die NPD hat Eigenangaben zufolge im Landtagswahlkampf rund 30.000 Erstwähler in Sachsen angeschrieben. Enthalten war ein „Brief des Platzhirsches“ mit Aufklebern, in dem für die Stimmenabgabe für die NPD geworben wurde.



Quelle: http://issuu.com/npd.de/docs/sz_201406
(Stand: 7. Juli 2014)

Dieser Mummenschanz war kein Einzelfall. Auch in anderen Bundesländern nutzten

Rechtsextremisten Verkleidungen, um ihr jugendliches Publikum besser zu erreichen. Beispiele hierfür sind der „Abschiebär“ der inzwischen verbotenen Gruppierung „Besseres Hannover“ und das „Krümelmonster“²⁶⁸. Im Juli 2014 riefen zudem die JN Saar nach dem Vorbild des „Platzhirsches“ eine eigene „Kampagne gegen Drogen“ ins Leben. Als Symbol dieser Kampagne trat – in Anlehnung an das saarländische Löwenwappen – ein „lebensgroßer „Löwenherz““ im Löwenkostüm auf.



Quelle: www.tddz.info
(Stand: 2. Juni 2012)



Quelle: <http://twitter.com/>
(Stand: 4. September 2014)

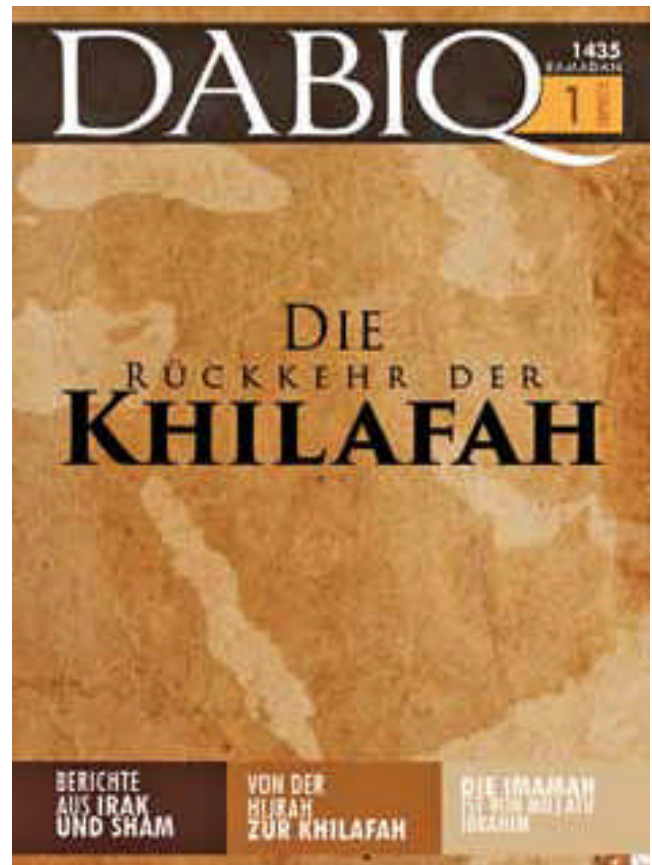
²⁶⁸ Brandenburger NEONATIONALSOZIALISTEN traten als „Krümelmonster“ verkleidet insbesondere im Bundestagswahlkampf 2013 in Erscheinung, vgl. Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2013, S. 80ff.



Quelle: <https://www.facebook.de>
(Stand: 22. Juli 2014)

Auch im Bereich des Islamismus werden jugendgerechte Publikationen produziert: Die islamistische Zeitschrift „Dabiq“, herausgegeben von der Medienstelle al-Hayat des Islamischen Staates (IS)²⁶⁹, wendet sich gemäß Aufmachung und Inhalt ebenfalls an Jugendliche. 2014 erschien eine erste Ausgabe in deutscher Sprache:

Die etwa jeweils 50 Seiten umfassende Zeitung wird online auch als „Schülerzeitung des Terrors“ bezeichnet. Fachleuten zufolge wird ein für Jugendmagazine üblicher Sprachstil verwendet.²⁷⁰ Die Optik des Magazins liege



Deckblatt der ersten deutschsprachigen Ausgabe des Magazins „Dabiq“

„irgendwo zwischen Filmplakat, Computerspiel, Militärporno und recht ordentlich gemachter Schülerzeitung“.²⁷¹ Drastische Hochglanzfotos der Opfer werden hier mit heroischen Abbildungen von Jihad-Kämpfern kontrastiert. Gewalt wird wortreich als Notwehr gegen die „Kreuzzügler“ gerechtfertigt. Selbst die Versklavung von Jesiden (religiöse Minderheit, vornehmlich im Irak, Syrien und der Türkei lebend) wird dort legitimiert.

Diese Form der Propaganda verfolgt das Ziel, junge Menschen zum Kampf in den Jihad zu locken.

²⁶⁹ Seit 12. September 2014 in Deutschland verboten. Das Verbot umfasst auch die öffentliche Verwendung der Kennzeichen des IS. Dies betrifft vorwiegend die Symbole der Medienstelle des IS sowie die „Jihad-Flaggen“. Das Verbot erstreckt sich auch auf alle sozialen Netzwerke.

²⁷⁰ Die Schülerzeitung des Terrors, Artikel im Blog des BR: <http://blog.br.de/zuendfunk-netzteil/2014/10/19/die-schuelerzeitung-des-terrors/> (Stand: 23. März 2015)

²⁷¹ John F. Nebel: Blattkritik: Dabiq, das Männer-Magazin des Islamischen Staates, <http://www.metronaut.de/2014/09/blattkritik-dabiq-das-maenner-magazin-des-islamischen-staats/> (Stand: 24. März 2015)

IS-Symbolik (Beispielhaft zwei der verbotenen IS-Symbole)



Schwarzer Hintergrund mit weißer arabischer Schrift; gezeigt wird der Satz „La ilaha illa Allah“, im Kreis die Worte „Allah, Rasul, Muhammad“ (sog. „Prophetensiegel“) und darunter „Dawlat al-Khilafa al-Islamiya“.²⁷²

Zu dem Magazin findet sich ein eigener YouTube-Kanal; mit einem Beitrag mit islamistischer Hass-Musik.

Musik

Islamismus/Ausländerextremismus

Denis CUSPERT steht beispielhaft für Radikalisierungsverläufe zunächst im politisch-salafistischen, später im jihadistischen Milieu. In seiner Jugend verkehrte Cuspert in kriminellen Strukturen und war als Gangsta-Rapper „Deso Dogg“ verhältnismäßig erfolgreich. Ab dem Jahr 2010 trat er zunehmend als Salafist und unter dem Namen „Abou Maleeq“ auch als Interpret islamistischer Nasheeds²⁷³ in Erscheinung; mehrere seiner Lieder wurden von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert. CUSPERT, der aufgrund seines



Logo der IS-Medienstelle „Al-Hayat Media Center“. Kalligraphische Darstellung des Wortes „al-Hayat“ in Gold, darunter das Wort „ALHAYAT“.

Vorlebens besonders für (re-islamisierte bzw. konvertierte) Jugendliche aus schwierigen Verhältnissen eine Identifikationsfigur darstellt, hat sich im Jahr 2012 ins syrisch-irakische Krisengebiet begeben, von wo er regelmäßig unter dem Namen „Abu Talha al-Almani“ über soziale Netzwerke veröffentlicht. Im April 2014 gab er seinen Beitritt zum IS bekannt und leistete dessen Emir, ABU BAKR AL-BAGHDADI, den Treueeid.

Der folgende Nasheed von CUSPERT zeugt von besonderer Radikalität. Zwar enthält er keine konkreten Drohungen, CCUSPERT fordert seine Anhänger jedoch dazu auf, der vermeintlich göttlichen Pflicht eines (Selbstmord-)Attentats möglichst in einer Menschenmenge im Stadtzentrum oder in der U-Bahn nachzukommen. So wünscht er sich in einem seiner Lieder selbst den

²⁷² Dawlat al-Khilafa al-Islamiya (arab. „Islamischer Staat“)

²⁷³ Islamische Kampfgesänge



Denis CUSPERT in einer seiner Veröffentlichungen. Im Hintergrund ist die Flagge des IS schemenhaft erkennbar.

Tod und möchte dazu „bewaffnet mit Bomben und Granaten“ in ein Gebäude stürmen.

Bemerkenswert ist auch, dass CUSPERT im Weiteren zur Distanzierung von der Familie aufruft, die einem solchen Attentat möglicherweise ablehnend gegenüber steht. In dem Nasheed wird die Gewaltanwendung durch die Gewalt der historischen Kreuzzügler gerechtfertigt, und man sieht sich als Opfer.

Aus Sachsen reisten im Jahr 2014 zwei junge Männer im Alter von 19 bzw. 21 Jahren ins syrisch-irakische Kriegsgebiet aus.²⁷⁴ Aber auch noch jüngere Personen wollten im Jihad kämpfen: Im Oktober 2014 stoppte die Bundespolizei auf dem Flughafen Frankfurt/Main drei 15 bis 17 Jahre alte US-Amerikanerinnen, welche auf dem Weg in das syrische Bürgerkriegsgebiet

waren. Die Mädchen mit somalischen bzw. sudanesischen Wurzeln sollen durch eine „raffinierte Medienkampagne“ radikaler Gruppen in Syrien geködert worden sein. Sie wurden an der Weiterreise gehindert und in die USA zurückgeführt.

Rechtsextremismus

Die aus Dresden stammende rechtsextremistische Band PRIORITÄT 18 veröffentlichte auf dem Sachsensampler Vol. 2²⁷⁵ ihr Lied „Deutsche Jugend“. Bereits der Titel des Liedes offenbart die Zielrichtung. Mit dem Text geriert sich die Band (siehe auch Beiträge „Rechtsextremistische Musikgruppen bzw. Bandprojekte und Liedermacher“ sowie „Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen“, Dresden (Stadt)“ als Freiheits- und

²⁷⁴ Vgl. auch Ausführungen unter Punkt Islamismus/Salafistische Bestrebungen, Zur Lage in Deutschland und in Sachsen

²⁷⁵ Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) führt in Teil A alle indizierten Trägermedien auf, soweit diese nach Einschätzung der BPjM keinen strafrechtlich relevanten Inhalt haben. Auszug aus der BPjM-Entscheidung zum Sachsensampler Vol. 2: „Der Inhalt der CD verherrlicht den Nationalsozialismus sowie dessen Ideologien und Symbole und reizt darüber hinaus zum Hass auf dunkelhäutige Menschen an. Entscheidungsrelevant waren insofern die Lieder Nr. 01 „Bannerschaft“, Nr. 02 „Euer Plan“, Nr. 04 „Medienhetze“, Nr. 05 „Lügenpresse“, Nr. 08 „Im Krieg...“, Nr. 09 „Sachsenblutlied“, Nr. 13 „Inkubation“, Nr. 14 „Wir“ und Nr. 15 „Schuldpropaganda“ sowie das Booklet.“

Friedenskämpfer – eine zunächst überraschende Selbststilisierung einer rechtsextremistischen Band:

„Ihr tretet die Freiheit mit Füßen, macht zu Recht was Unrecht ist, doch dagegen Widerstand zu leisten ist unser aller heiligste Pflicht.“

Erst auf den zweiten Blick wird deutlich, was die Band hier zu verdeutlichen sucht: Sie geißelt den Staat als diktatorischen Unrechtsstaat, droht mit Rache für Repression und gibt sich antikapitalistisch, sozial und freiheitsliebend. Überraschend ist, dass sich Rechtsextremisten hier als Friedensaktivisten aufführen. Aus extremistischer Sicht nachvollziehbar werden solche Liedtexte nur dann, wenn man sie vor dem Hintergrund der Täter-Opfer-Umkehr liest. Dieser Mechanismus findet sich auch in anderen Bereichen des politischen Extremismus – wie oben ausgeführt.

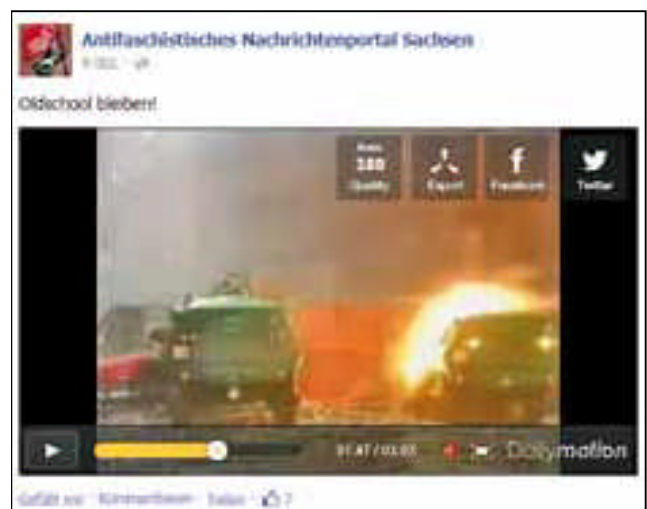
Linksextremismus

Auch Linksextremisten stellen sich als Widerstandskämpfer gegen einen „faschistischen“ Staat dar. Dieses Thema griff u. a. die Band SLIME aus Hamburg in ihren Texten auf, die auch für Linksextremisten anschlussfähig sind. In ihrem Lied „Bullenschweine“²⁷⁶ ruft die Band zu Widerstand mittels Brandanschlägen, Bomben, Waffen und körperlicher Gewalt auf, denn:

*„(...) der Faschismus in diesem Land
Nimmt allmählich überhand
Wir müssen was dagegen tun (...)“*

Web/Web 2.0

In ähnliche Richtung hetzend fand sich beim Facebook-Account „Antifaschistisches Nachrichtenportal Sachsen“ ein Posting vom 29. Januar 2015, in dem ein Video über die Räumung eines besetzten Hauses in Berlin vom 14. November 1990 gezeigt wurde. Hier wurde ein Polizeifahrzeug mittels eines Brandsatzes in Brand gesetzt. Kommentiert wurde dies mit dem Aufruf „Oldschool bleiben!“.

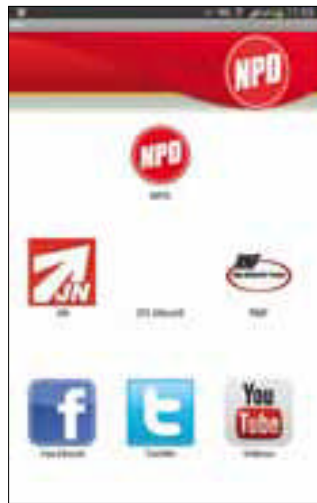


Quelle: <https://www.facebook.com/pages/Antifaschistisches-Nachrichtenportal-Sachsen/144904431>
(Stand: 29. Januar 2015)

²⁷⁶ Gemäß Entscheidung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien Nr. 9801 vom 10. Mai 2011 aufgenommen in Liste B. Liste B bezeichnet Trägermedien, die sowohl jugendgefährdend als auch möglicherweise strafrechtlich relevant sind.



weitere Beispiele: JN Mittelsachsen und NPD



Die Videos der Terrororganisation „Islamischer Staat“ zeigten, wie Menschen enthauptet, erschossen oder bei lebendigem Leib verbrannt werden. Es ist davon auszugehen, dass auch sächsische Islamisten solche Videos konsumieren und sich dabei weiter radikalisieren.

Diese Beispiele wurden exemplarisch ausgewählt, um die Spannweite der Rekrutierungsmethoden vom Anlocken auf scheinbar harmlose Internetadressen bis hin zum Aufruf

zu massiver Gewaltanwendung aufzuzeigen. Gewaltdarstellungen und -aufrufe finden sich jedoch in allen Bereichen des politischen Extremismus.

Statische extremistische Websites haben jedoch insgesamt besonders für Jugendliche deutlich an Bedeutung verloren. An ihre Stelle traten Apps²⁷⁷ und Web 2.0-Anwendungen.²⁷⁸ Apps werden in App Stores oder aber auf Websites von Extremisten zum Download angeboten. Das Spektrum reicht im Rechtsextremismus von Apps der NPD bis hin zu solchen von internetbasierten Radiosendern:

Szenekleidung

Ein alarmierendes Warnsignal für Eltern, Lehrer oder Freunde von Jugendlichen kann auch die Wahl der Kleidung sein. Anders als vor einigen Jahren ist der schnell erkennbare Skinhead selten geworden. Rechtsextremistisch orientierte Jugendliche können heute aus einer breiten Auswahl von Stilen wählen. Das Palästinenser-Tuch wird heute auch von israelfeindlichen Rechtsextremisten getragen. So sind extremistische Botschaften auf Bekleidung häufig erst auf den zweiten Blick erkennbar.

Dass T-Shirts mit dem Aufdruck „Support your local Einsatzkommando“ eine rechtsextremistische Drohung transportieren sollen, ist offensichtlich. Wie der „Support“ für das Einsatzkommando aussehen soll, zeigt ein mit einer Maschinenpistole bedrucktes Bild.

Während hier das Erkennen einer rechtsextremistischen und den NS-Staat verherrlichenden

²⁷⁷ Anwendungssoftware (Application software)

²⁷⁸ Hilfen dazu finden sich auf der Website von www.jugendschutz.net

Aussage noch leicht fällt, gibt es inzwischen auch T-Shirts, deren Layout untypisch erscheint und deren politische Botschaft sich erst beim näherem Hinsehen erschließt



„Einsatzkommandos“ waren Untergliederungen von sog. „Einsatzgruppen“ („Die Einsatzgruppen“). Sie dienten der Umsetzung der nationalsozialistischen Völkermordpolitik.



Die Botschaft ist hier: Eine Jugend rebelliert – was den unbefangenen Betrachter nicht an Rechtsextremismus denken lässt. Auch die Zahl 88 bedarf des zweiten Blickes: Szeneintern steht der Code 88 für „Heil Hitler“ (achter Buchstabe des Alphabetes ist H).

Hier zeigt sich der seit Mitte der 1990er Jahre festzustellende Wandel in der rechtsextremistischen Szene. Rechtsextremisten haben sich äußerlich anderen Jugendkulturen geöffnet und werben ihren Nachwuchs auch außerhalb ihrer Szenen.²⁷⁹

Einige Islamisten hingegen tragen Shirts mit einem abgewandelten Adidas-Markenzeichen, welches erst bei näherer Betrachtung die terroristische Botschaft erkennen lässt:



Linksextremisten in Dresden bewerten das Tragen von „rechter“ Szenebekleidung als Gewalt: „Auch aus dem Jahr 2013 sind etliche rassistische und neonazistische Gewalttaten bekannt. Die Auflistung ist lang und reicht von Übergriffen, rechten Schmierereien, zeigen und rufen

²⁷⁹ Siehe dazu ausführlich: Joachim Wolf, Symbolwandel, Neonazis und ihr Lifestyle, veröffentlicht unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41748/symbolwandel-wolf> (Stand: 24. März 2015)

des Hitlergrusses oder eben dem Tragen von rechter Szenekleidung.²⁸⁰



Linksextremisten tragen z.B. T-Shirts mit der Aufforderung: „Burn out the rich“²⁸¹:

Fazit

Auch Extremisten geht es um die Köpfe und Herzen der Jugendlichen. Dies beschrieb etwa die Jugendorganisation der NPD, die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN), im Dezember 2014 wie folgt: *„...Uns geht es um die Köpfe und die Herzen unserer Jugend. ... Aktivismus heißt, den Kampf um die Straße zu führen. Wir wollen die Jugend für unsere Anschauungen gewinnen.“*²⁸²

Allen oben schlaglichtartig dargestellten Mitteln ist gemein, dass an die Emotion der Jugendlichen appelliert wird. Mitgefühl, politisches Interesse und Engagement werden missbraucht.

Linksextremisten setzen bei jugendlichem Engagement gegen Rechtsextremisten mit ihrer Bündnisstrategie an. Ihrer Vorstellung nach beginnt der „Kampf gegen Rechts“ erst mit der Gegendemonstration und reicht bis zum Einsatz von Gewalt gegen politisch Andersdenkende. Rechtsextremisten appellieren schwülstig oder subtil an Jugendliche. Auch sie wollen den „Kampf gegen das System“ mit deren Hilfe führen. Islamisten gehen im Falle der Jihad-Aufrufe insofern einen Schritt weiter, als sie einen realen Kriegsschauplatz in Syrien/Irak bieten und Jugendliche dort in den Tod schicken wollen.

Bei Jugendlichen schwer zu bemessen ist der Anteil von üblichem Aufbegehren im Verhältnis zu echtem Extremismus. Was etwa 15-jährige nach Syrien in einen Krieg zieht oder treibt, kann eine Verfassungsschutzbehörde nicht umfassend klären. Extremisten verheißen einfache Lösungen im Gut-Böse-Schema. Sie binden Jugendliche etwa über „Abenteuerromantik“ an sich. Dies kann vom Zeltlager für Rechtsextremisten mit militärischen Übungen bis hin zu Brandstiftungen reichen. Sie schaffen Distanz zu Familie und Freunden, wie oben an dem Beispiel des Nasheed dargestellt. Stets geht es ihnen im Kern um die vollständige Vereinnahmung von Menschen – wie eingangs in der zitierten Reichenberger Rede exemplarisch von Hitler gefordert.

Politische Radikalisierungen verlaufen in der Regel schnell und vollziehen sich immer öfter virtuell. Eine solche „Radikalisierung im Schnellverfahren“ spielt sich für die Umgebung häufig im Verborgenen ab. Familie und Freunde, Lehrer und Schulkameraden, die dennoch einschlägige Veränderungen im Verhalten eines Betroffenen registrieren, stehen daher in der Verantwortung und können oftmals Teil einer wirksamen Gegenstrategie sein.

Für die Sicherheitsbehörden sind junge Extremisten insofern eine Herausforderung, da junge Menschen strafrechtlich bis zum Alter von 21 Jahren besonders behandelt werden. Auch die Verfassungsschutzbehörden unterliegen besonderen Grenzen. Die gesetzlich definierte Untergrenze für die Speicherung von Daten über Jugendliche liegt bei 14 Jahren; auch die

²⁸⁰ <http://uradresden.noblogs.org/post/2014/03/14/antifademonstration-thematisiert-reihe-von-rassistischen-uebergriffen-in-der-neustadt> (Stand: 17. März 2015), Schreibweise wie im Original

²⁸¹ Die Internetseite „Autonome Antifa Radeberg“ bietet dies – neben zahlreichen weiteren Motiven – als Sprühschablone an – verbunden mit dem Zusatz „natürlich nur für die eigenen 4 Wände“.

²⁸² Facebook-Profil JN-Die Jugend für Deutschland (Stand: 16. Dezember 2014)

Speicherdauer wird begrenzt (§ 6 Abs. 4 Sächs-VSG). Warnen können die Sicherheitsbehörden nur dann, wenn sie Risiken wahrnehmen bzw. wahrnehmen dürfen. Bei jungen Menschen besteht daher die Gefahr, dass weder ihre familiäre Umgebung noch die Sicherheitsbehörden sie als extremismusgefährdet wahrnehmen. Doch nur dann sind Umfeld und Behörden zu Hilfe und Intervention in der Lage.

Für Zivilgesellschaft und Staat gilt daher, im Zusammenwirken das Missbrauchspotenzial auch weiterhin schon im Ansatz einzudämmen. Aber auch jeder einzelne Bürger kann praktisch dazu beitragen, Jugendliche zu schützen. Eine wachsame und konsequente Zivilgesellschaft kann daran mitwirken, dass extremistische Gewaltvideos nicht von Jugendlichen mit dem Signet „krass“ versehen von Smartphone zu Smartphone verbreitet werden: Jeder aufmerksame Internetnutzer hat die Möglichkeit, solche Videos und Websites etc. dem Betreiber mitzuteilen. Von dieser Möglichkeit macht auch die Verfassungsschutzbehörde des Landes Sachsen in Zusammenarbeit mit Jugendschutz.net und der Landesmedienanstalt aktiv Gebrauch. Dies ist ein Beispiel, wie jeder zur Bekämpfung des politischen Extremismus beitragen kann. Die Erfahrung zeigt allerdings, dass Sicherheitsbehörden allein den politischen

Extremismus von Jugendlichen (und andere Extremisten) in einem freien Land nur begrenzt bekämpfen können. Erst und nur das Zusammenwirken vieler Bezugspersonen junger Menschen und Institutionen bietet hoffnungsvolle Ansätze, um Köpfe und Herzen für die Demokratie zu gewinnen.

Einige Hilfsangebote sind nachfolgend aufgeführt.

- Bundeszentrale für politische Bildung:
<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41740/jugendkultur>
- Beratungsangebote des Bundesfamilienministeriums:
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/themen-lotse,did=164672.html>
- Jugendschutz.Net
<http://jugendschutz.net/>
- Aktion Zivilcourage
<http://www.aktion-zivilcourage.de/Start.42/>
- Landespräventionsrat im Freistaat Sachsen
<http://www.lpr.sachsen.de/>
- Hintergrundartikel:
Andrea Kleeberg-Niepage, Zur Entstehung von Rechtsextremismus im Jugendalter – oder: Lässt sich richtiges politisches Denken lernen?
<http://www.journal-fuer-psychologie.de/index.php/jfp/article/view/224/272>

5. Politisch motivierte Kriminalität – Straftaten mit extremistischem Hintergrund²⁸⁴

Extremistisch motivierte Straftaten bilden eine Teilmenge der Politisch motivierten Kriminalität. Es handelt sich dabei um diejenigen Straftaten, bei denen es Anhaltspunkte dafür

gibt, dass sie darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für die freiheitliche demokratische Grundordnung prägend sind.

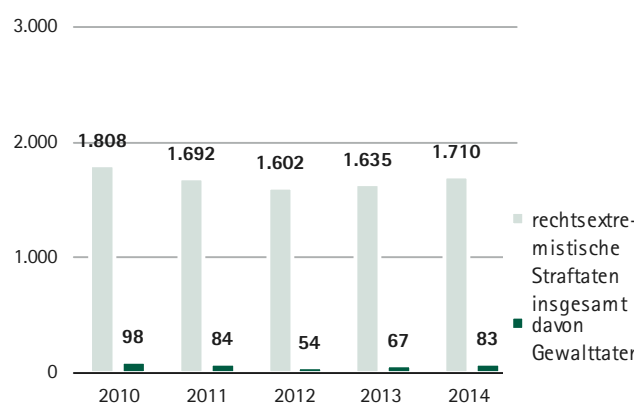
5.1 Politisch motivierte Kriminalität „rechts“ – Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Im Freistaat Sachsen wurden im Jahr 2014 1.710 rechtsextremistische Straftaten registriert (2013: 1.635). Damit stiegen die Straftatenzahlen bereits im zweiten Jahr in Folge. Waren es 2013 ca. 2%, beträgt der Anstieg 2014 4,6%.

Ein Anstieg war auch bei den rechtsextremistischen Gewaltdelikten zu verzeichnen. So wurden 83 rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten im Jahr 2014 registriert gegenüber 67 im Jahr 2013.

Der Anteil der Gewalttaten an den rechtsextremistischen Straftaten hatte mit etwa 4,8 % annähernd das gleiche Niveau wie im Vorjahr (2013: ca. 4 %).

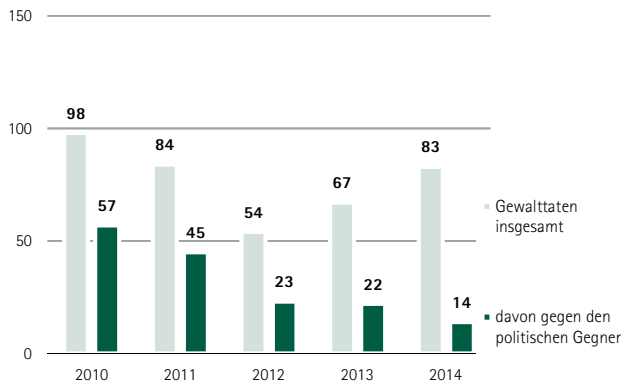
Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund



Die gegen den politischen Gegner gerichteten Gewalttaten sind 2014 erneut gesunken und stellten einen Anteil von etwa 15 % an den rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten in Sachsen dar (2013: ca. 33%, 2012: ca. 43 %, 2011: 54 %, 2010: 58 %).

²⁸⁴ Quelle: LKA Sachsen, „Politisch motivierte Kriminalität im Freistaat Sachsen“ jeweils für die Jahre 2010, 2011, 2012, 2013 und 2014

Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund



Dagegen ist die Anzahl der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte im Jahr 2014 auf 63 erneut deutlich angestiegen (2013: 36, 2012: 22). Ihr Anteil an den rechtsextremistischen Gewaltdelikten betrug damit ca. 76% (2013: ca. 54 %, 2012: 41 %, 2011: 27 %, 2010: 28 %).

Die Anzahl der antisemitischen Straftaten stieg gegenüber dem Jahr 2013 um 35 % auf 96 Straftaten.

Regionale Analyse

Die Städte Dresden und Leipzig bildeten 2014 weiterhin die regionalen Schwerpunkte bei den rechtsextremistisch motivierten Straftaten. Der Anteil der in diesen beiden Städten festgestellten rechtsextremistischen Straftaten betrug 2014 sachsenweit ca. 26 % und damit etwa 2 % weniger als im Vorjahr.

Auch bei dem Teilbereich der antisemitischen Straftaten bildeten diese Großstädte mit 14 und 13 Straftaten die Schwerpunkte.

In Dresden stiegen gegenüber 2013 die rechtsextremistischen Gewalttaten leicht auf 27 an (2013: 23). Das sind ca. ein Drittel aller im Freistaat Sachsen im Jahr 2014 verübten rechtsextremistischen Gewaltdelikte. Die zweithöchste Anzahl der rechtsextremistischen Gewaltdelikte war mit jeweils elf in der Stadt Leipzig und im Landkreis Bautzen zu verzeichnen, gefolgt von der Stadt Chemnitz.

Auch bei den rechtsextremistischen Propagandadelikten liegt Dresden an der Spitze. Die – mit deutlichem Abstand – meisten der 2014 im Freistaat Sachsen registrierten 1.250 rechtsextremistischen Propagandadelikte wurden mit 163 in Dresden festgestellt (2013: 199). Das entspricht einem Anteil von ca. 13 % (2013: ca. 15 %). Es folgen die Stadt Leipzig mit 124 (ca. 10 %) und der Landkreis Mittelsachsen mit 119 Propagandadelikten (9,5 %).

Von 235 fremdenfeindlichen Vorfällen waren 52 in Dresden und 29 im Landkreis Bautzen zu verzeichnen. Bei der Gesamtzahl der fremdenfeindlichen Vorfälle bedeutet das einen Anstieg um 61 %.

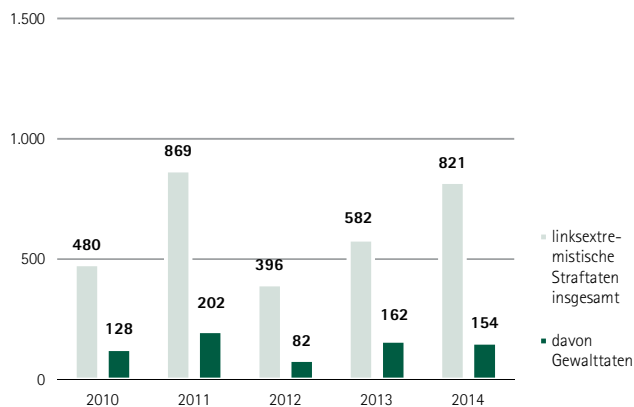
Sowohl die Gesamtzahl aller fremdenfeindlichen Vorfälle, als auch die fremdenfeindlichen Gewaltdelikte verdeutlichen somit die Verschiebung der Zielrichtung von Rechtsextremisten weg vom politischen Gegner hin zu Agitation gegen und Angriffen auf Personen mit tatsächlichem oder vermeintlichem Migrationshintergrund.

5.2 Politisch motivierte Kriminalität „links“ – Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

Die Anzahl der linksextremistischen Straftaten ist im Freistaat Sachsen im Berichtsjahr stark angestiegen. So erhöhte sich die Zahl der linksextremistischen Straftaten insgesamt um etwa 41 % auf 821 Delikte (2013: 582).

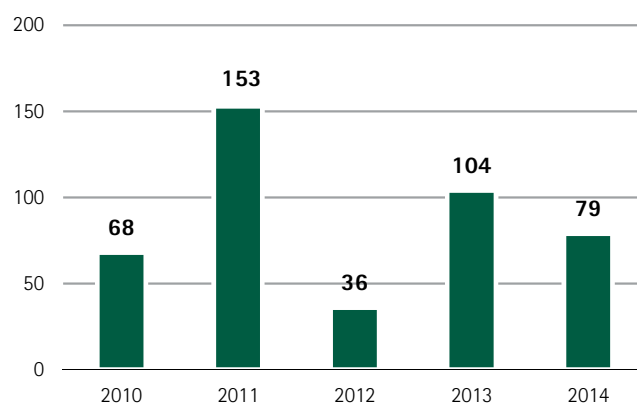
Die Anzahl der Gewaltdelikte verringerte sich leicht um ca. 5 % auf 154 (2013: 162). Sie befindet sich damit jedoch weiterhin auf einem hohen Niveau. Der Anteil der Gewalttaten an den gesamten linksextremistischen Straftaten beträgt ca. 19 % (2013: ca. 28 %).

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



Im Jahr 2014 ist es im Freistaat Sachsen zu einem deutlichen Rückgang (um ca. 32 %) der linksextremistisch motivierten Gewalttaten gekommen, die sich in konfrontativer Absicht gegen den politischen Gegner (rechts) richteten. Es wurden 79 solcher Straftaten festgestellt gegenüber 104 im Jahr 2013. Der Anteil dieser Delikte an den gesamten linksextremistisch motivierten Gewalttaten betrug im Berichtsjahr 51 % (2013: ca. 64 %).

Anzahl der gegen den politischen Gegner (rechts) gerichteten Gewalttaten



Allerdings weist die Entwicklung der Straf- und Gewalttaten in den einzelnen Regionen und Schwerpunkten der autonomen Szene nicht nur deutliche Unterschiede auf, sondern ist sogar dem Landestrend entgegen gesetzt.

Wie im Vorjahr wurden auch im Jahr 2014 die meisten der linksextremistisch motivierten Straftaten (einschließlich Gewalttaten) in Sachsen in den Städten Dresden und Leipzig – und somit in den Schwerpunkten der autonomen Szene – begangen. In beiden Städten gab es im Berichtszeitraum einen deutlichen Anstieg der Straf- und Gewalttaten. In Dresden einen Anstieg um etwa 21% von 187 im Jahr 2013 auf 226 und in Leipzig um 22% von 186 auf 227. Damit wurden in diesen beiden Städten im Jahr 2014 ca. 55 % aller linksextremistischen Straftaten in Sachsen registriert (2013: ca. 64 %). Mit deutlichem Abstand folgten der Vogtlandkreis mit 135, Mittelsachsen mit 43 sowie die Stadt Chemnitz mit 35 Vorfällen.

Noch deutlicher fallen die regionalen Unterschiede bei der Entwicklung der Gewalttaten aus. In Leipzig steigen sie um etwa 59% von 42

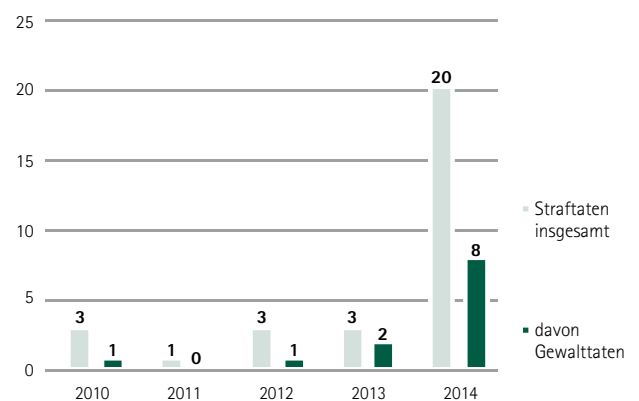
(2013) auf 67 (2014) an. Insofern weist Leipzig besonders bei den Gewalttaten einen deutlich gegenläufigen Trend zum Landestrend auf.

5.3 Politisch motivierte Ausländerkriminalität – Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund

Nachdem es in den zurückliegenden vier Jahren in Sachsen jährlich zu maximal drei Straftaten (2011: eine) mit ausländerextremistischem Hintergrund gekommen war, ist die Anzahl dieser Delikte im Berichtsjahr deutlich auf 20 angestiegen. Bei acht dieser Taten handelte es sich um Gewaltstraftaten, die damit ebenfalls stark angestiegen sind (2013: zwei). Eine Gewaltstraftat, konnte dem Bereich des Islamismus zugeordnet werden.

In dem Anstieg spiegelt sich die Eskalation der Bürgerkriege im Nahen Osten, insbesondere in Syrien wider.

Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund



III. Spionage in Politik und Wirtschaft

1. Begriffe, Bedeutung und Adressaten

Sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten gegnerischer Nachrichtendienste im Geltungsbereich des Grundgesetzes haben auch im Jahr 2014 eine bedeutende Rolle gespielt und in der Öffentlichkeit zum Teil erhebliche Aufmerksamkeit erregt. Von zentraler Bedeutung war dabei erneut die Spionage. Spionage ist eine staatlich gelenkte und nachrichtendienstlich organisierte Beschaffung von Informationen.

Dabei sind die Aufklärungsinteressen gegnerischer Nachrichtendienste differenziert. Diese betreffen unter anderem das aktuelle politische Geschehen (Politikspionage) oder aktuelle Erkenntnisse und Entwicklungen in Wirtschaft und Wissenschaft (Wirtschaftsspionage). Spezialfall der Wirtschaftsspionage ist die Proliferation, die neben der Aufklärung der Technologie auch die vollständige oder teilweise Beschaffung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen mit deren Trägersystemen umfasst.

Die politische Bedeutung sowie die wirtschaftliche und wissenschaftliche Leistungs- und Innovationskraft Deutschlands begründen ein nach wie vor intensives Aufklärungsinteresse fremder Nachrichtendienste. Das hat Folgen auch für den Freistaat Sachsen, der mit den hier ansässigen innovativen Unternehmen und als Forschungsstandort vor allem als Ziel von Wirtschaftsspionage in Betracht kommt.

Die aufgrund von Spionage drohenden Schäden sind immens. Sie können sich im Bereich der Wirtschaft unter anderem durch empfindliche Forschungs- oder Auftragsverluste äußern. Vertreter der deutschen Wirtschaft gehen mittlerweile von einem durch Wirtschaftsspionage verursachten jährlichen Schaden in Höhe von etwa 50 Milliarden Euro und einem Schadenspotential von etwa 100 Milliarden Euro aus. Das kann auf Dauer spürbare Auswirkungen auf Staat und Wirtschaft haben. Ein funktionierendes Staatswesen und eine funktionierende Wirtschaft sind aber eine wichtige Grundlage für die innere Stabilität von Staat und Gesellschaft. Die Abwehr von hiergegen gerichteten Spionageaktivitäten ist deshalb ein wichtiges Aufgabenfeld der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

Mögliche Adressaten von Politikspionage sind in erster Linie Staat und Verwaltung sowie Mandatsträger politischer Parteien. Darüber hinaus können auch Mitglieder von Oppositionsbewegungen aus dem Ausland, die in Deutschland leben, von den Maßnahmen des Nachrichtendienstes des jeweiligen Herkunftslandes betroffen sein. Adressaten der Wirtschaftsspionage sind in erster Linie Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen. Staat und Verwaltung können ebenfalls betroffen sein, soweit etwa durch finanzielle Förderung Verbindungen zu diesen

Unternehmen und Einrichtungen bestehen. Es gilt der Grundsatz, dass kein Informationsträger

„zu klein“ ist, um nicht doch Adressat einer Spionagemassnahme werden zu können.

2. Akteure, Aufklärungsschwerpunkte und Methoden

2.1 Akteure und Aufklärungsschwerpunkte

In Deutschland sind zahlreiche ausländische Nachrichtendienste mit ganz unterschiedlichen Aufklärungsschwerpunkten aktiv, was auch Auswirkungen auf den Freistaat Sachsen hat. Nachrichtendienste hoch entwickelter Staaten wollen durch Spionage vor allem im politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb weiter Schritt halten oder sogar Wettbewerbsvorteile erzielen. Nachrichtendiensten von Krisenländern geht es in politischer Hinsicht vor allem um die Aufklärung und Unterwanderung der Opposition

ihrer Länder in Deutschland. In wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht entwickeln die Nachrichtendienste dieser Länder vor allem proliferationsrelevante Aktivitäten. Als Hauptakteure im Freistaat Sachsen gelten weiterhin die Nachrichtendienste Russlands und Chinas. Daneben stehen Nachrichtendienste aus dem arabischen und nordafrikanischen Raum sowie aus Nordkorea im Verdacht, Spionageaktivitäten zu entfalten. Aber auch der Einsatz westlicher Nachrichtendienste kommt in Betracht.

2.1.1 Russische Föderation

Die russischen Nachrichtendienste haben für ihre Staatsführung im Jahr 2014 weiter an Bedeutung gewonnen. Dort genießen sie unter anderem wegen der Aufklärung wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Entwicklungen im Ausland ein hohes Ansehen. Vor diesem Hintergrund bildet auch der Freistaat Sachsen als innovativer und leistungsstarker Forschungs- und Wirtschaftsstandort in Deutschland ein lukratives Ziel russischer Nachrichtendienste. Dem kommt wegen der seit Mitte des Jahres 2014 zunehmenden wirtschaftlichen

Schwierigkeiten Russlands und des Umstandes, dass den russischen Nachrichtendiensten weitere gesetzliche Zuständigkeiten und Rechte eingeräumt werden, besondere Brisanz zu. Die aktuellen politischen und militärischen Konflikte in Osteuropa tragen dazu bei, dass die Haltung Deutschlands zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, der Finanz- und Energiepolitik sowie die Rolle Deutschlands in der NATO wieder mehr im Fokus russischer Nachrichtendienste stehen. Gegen deutsche Sicherheitsinteressen entwickelten insbesondere der russische zivile

Auslandsnachrichtendienst²⁸⁵, der militärische Auslandsnachrichtendienst²⁸⁶ und der Inlandsnachrichtendienst²⁸⁷ Aktivitäten.

2.1.2 Volksrepublik China

Wie in Russland haben auch die chinesischen Nachrichtendienste für ihre Staatsführung weiter an Bedeutung gewonnen. Dabei setzt die chinesische Staatsregierung ihre Nachrichtendienste gezielt zur Informationsgewinnung in Politik, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft ein, um sich strategische Vorteile zu verschaffen und die eigenen wirtschaftlichen Interessen zu fördern. Nach wie vor stehen insbesondere deutsche Unternehmen und Hochschuleinrichtungen im Blickfeld chinesischer Nachrichtendienste, was auch den Freistaat Sachsen für diese Dienste interessant macht. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit chinesischer Nachrichtendienste ist das Ausspähen und die Unterwanderung von in Deutschland lebenden oppositionellen Kräften, die von der chinesischen Regierung zu den sogenannten „Fünf Giften“ gezählt²⁸⁸ werden. Da sich auch im

Freistaat Sachsen Angehörige der chinesischen Opposition aufhalten, ist davon auszugehen, dass der Freistaat Sachsen auch aus diesem Grunde ein lohnendes Ziel der chinesischen Nachrichtendienste ist.

Die verschiedenen nachrichtendienstlichen Maßnahmen organisiert in erster Linie das Ministerium für Staatssicherheit (Ministry of State Security – MSS), das als In- und Auslandsdienst strukturiert ist. Seine Angehörigen sind an den amtlichen oder halbamtlichen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland (sogenannte Legalresidenturen), oft getarnt als Diplomaten oder Journalisten, präsent. Auch der militärische Nachrichtendienst (Military Intelligence Department – MID) ist mit Aufklärungsmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland aktiv.

²⁸⁵ Служба Внешней Разведки Российской Федерации (СВР)/Sluschba Wneschnei Raswedki Rossijskoj Federazii (SWR); Übersetzung: Dienst der Außenaufklärung der Russischen Föderation.

²⁸⁶ Главное разведывательное управление Генерального штаба ВС (ГРУ)/Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije Generalnowo Staba WS (GRU); Übersetzung: Hauptverwaltung für Aufklärung beim Generalstab der Streitkräfte der Russischen Föderation.

²⁸⁷ Федеральная Служба Безопасности Российской Федерации (ФСБ)/Federalnaja Sluschba Besopasnosti Rossijskoj Federazii (FSB); Übersetzung: Föderaler Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation.

²⁸⁸ Unter der diffamierenden Bezeichnung „Fünf Gifte“ werden von der Kommunistischen Partei Chinas Mitglieder der Vereinigung der Uiguren, Anhänger einer Eigenständigkeit Tibets, Praktizierende der Falun Gong-Bewegung, Anhänger einer Eigenstaatlichkeit Taiwans und Angehörige der Demokratiebewegung zusammengefasst.

2.1.3 Arabische und nordafrikanische Nachrichtendienste

Arabische und nordafrikanische Nachrichtendienste in Deutschland führen in erster Linie Maßnahmen gegen Oppositionelle ihrer Heimatländer durch, die sich in Deutschland aufhalten. Die politischen Veränderungen der letzten Jahre im arabischen und nordafrikanischen Raum haben daran nichts geändert. Damit dürften die in Sachsen lebenden Einwanderer und Flüchtlinge aus den einschlägigen Krisenregionen nach wie vor als Ziel der jeweiligen Nachrichtendienste gelten, insbesondere, wenn sie sich oppositionell betätigt haben.

Auch im Jahr 2014 führte die Bundesanwaltschaft Anklage gegen Syrer mit syrischer und deutscher Staatsbürgerschaft, die im Auftrag eines syrischen Nachrichtendienstes in Deutschland lebende syrische Oppositionelle und deren Aktivitäten ausgespäht haben sollen. Die gewonnenen Erkenntnisse hatten die Syrer mehrmals im Monat an zwischenzeitlich bereits wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit

verurteilte syrische Mittelsmänner übermittelt. Noch Ende 2013 hatte das Kammergericht Berlin einen anderen Syrer mit syrischer und deutscher Staatsbürgerschaft wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit für den syrischen militärischen Nachrichtendienst verurteilt. Auch in diesem Fall richteten sich die Aktivitäten gegen Vertreter der syrischen Opposition in Deutschland. Vergleichbare Aktivitäten zeigen nordafrikanische Nachrichtendienste.

Iranische Nachrichtendienste entwickeln darüber hinaus auch proliferationsrelevante Aktivitäten. Im Sommer 2014 erhob die Bundesanwaltschaft gegen einen Iraner mit iranischer und deutscher Staatsbürgerschaft Anklage wegen Verbrechen nach dem Außenwirtschaftsgesetz. Demnach soll der Iraner gewerbsmäßig in zehn Fällen Güter im Wert von ca. 500.000 EUR für das iranische Raketenprogramm beschafft haben.

2.1.4 Westliche Dienste

Die Spionageabwehr der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder bearbeiten auch nachrichtendienstliche Aktivitäten westlicher Staaten gegen Deutschland. Insbesondere die Veröffentlichungen Edward Snowdens und der Spionageangriff gegen den Bundesnachrichtendienst haben das mögliche breite Spektrum von Spionageaktivitäten amerikanischer Nachrichtendienste und anderer westlicher Dienste verdeutlicht. In erster Linie aus den Snowden-Enthüllungen folgt

der Verdacht, westliche Dienste nutzten ihre technischen Fähigkeiten und Fertigkeiten, um weltweit Kommunikationsdaten abzuschöpfen. Vor allem die amerikanische NSA soll ihre Möglichkeiten in enger Zusammenarbeit mit dem britischen Government Communications Headquarters (GCHQ) auch gegen Deutschland einsetzen. Der Verfassungsschutz geht in Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages jedem Anfangsverdacht solcher Spionageaktivitäten nach.

2.2 Methoden und Arbeitsweisen der ausländischen Nachrichtendienste

2.2.1 Beschaffung offener Informationen

Ausländische Nachrichtendienste können einen großen Teil ihrer Informationen bereits aus offen zugänglichen Quellen gewinnen, so beim Besuch öffentlicher Tagungen, Vortragsveranstaltungen oder Messen, bei der Lektüre von Werbebroschüren oder Tageszeitungen oder beim Konsum von Funk und Fernsehen. Selbst brisante Informationen sind oft ohne Weiteres und legal zugänglich, etwa über Fachzeitschriften und -bücher, über Bachelor-, Master- oder Diplomarbeiten oder über Dissertations- oder

Habilitationsschriften, für die im Regelfall sogar eine Veröffentlichungspflicht besteht. Nicht zuletzt erweitert die rasante technische Entwicklung im Bereich der modernen Medien das Spektrum frei zugänglicher Informationen in einem stetig wachsenden Ausmaß. Das reguläre Informationsangebot der öffentlichen Medien bietet fremden Nachrichtendiensten zahlreiche Informationen, die als Grundlage und Ausgangspunkt für weitere Spionageaktivitäten von erheblicher Bedeutung sein können.

2.2.2 Beschaffung öffentlich nicht zugänglicher Informationen

Neben der Beschaffung offener Informationen gehört auch die konspirative Beschaffung von öffentlich nicht zugänglichen Informationen zu den Zielen der ausländischen Nachrichtendienste. Die konspirative Informationsbeschaffung erfolgt in erster Linie über den Einsatz menschlicher Quellen, durch technische Mittel oder durch eine Kombination beider.

Einsatz menschlicher Quellen

Der Einsatz menschlicher Quellen kann unter anderem durch den Aufbau langjähriger persönlicher Kontakte oder durch die unmittelbare Einschleusung in relevante Bereiche geschehen. Der in der Öffentlichkeit prominent gewordene Fall ANSCHLAG, der in Deutschland zu einem der bedeutendsten Strafverfahren in

Spionagesachen seit Ende des Kalten Krieges führte, belegt das nach wie vor eindrucksvoll. Ort des Geschehens war zwar das Land Baden-Württemberg. Der Fall zeigt aber besonders deutlich eine Gepflogenheit russischer Nachrichtendienste, so wie sie jederzeit auch in Sachsen vorkommen kann. Das Oberlandesgericht Stuttgart (OLG Stuttgart) verurteilte ein unter den Namen Andreas und Heidrun ANSCHLAG auftretendes Agentenpaar unter anderem zu mehrjährigen Haftstrafen wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland in einem besonders schweren Fall. Das OLG Stuttgart sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten für den russischen Auslandsnachrichtendienst SWR in Deutschland tätig gewesen waren. Hauptaufgabe der Agenten war die Beschaffung von

Informationen über die zivil- und militärpolitischen Strategien der EU und der NATO gewesen. Darüber hinaus hatten die Angeklagten zeitweise einen Mitarbeiter des niederländischen Auswärtigen Amtes als Quelle geführt.

Nicht in jedem Falle betreiben Nachrichtendienste einen solchen Aufwand. Je nach Einzelfall kommen auch kleiner angelegte Spionageaktionen in Betracht. So treten etwa Mitarbeiter russischer und chinesischer Nachrichtendienste auch als Diplomaten, Journalisten oder als Mitglieder von Wirtschaftsdelegationen auf, die mögliche Informanten unter anderem auf Tagungen, Fachmessen oder diplomatischen Empfängen zunächst in scheinbar unverfängliche Gespräche verwickeln. Insbesondere chinesische Nachrichtendienste bedienen sich dabei auch ihrer Landsleute, die im jeweiligen Ausland als Wissenschaftler, Studenten oder Praktikanten leben und in ihren Arbeitsbereichen über ein erhebliches Wissenspotential verfügen. Wann immer die Agenten fremder Nachrichtendienste mit potentiellen Informanten Kontakt aufnehmen, greifen sie zurück auf die Möglichkeiten zwischenmenschlicher Beeinflussung, um Informationen zu erhalten. Dabei werden oft menschliche Eigenschaften wie zum Beispiel Dankbarkeit, Hilfsbereitschaft, Habgier, Autoritätshörigkeit, Geltungssucht, Unsicherheit oder Bequemlichkeit ausgenutzt, um auf diesem Weg Zugang zu sensiblen Daten zu erhalten (sog. „Social Engineering“). Auf eine entsprechende Vorgehensweise deuten auch die Vorgänge vom Juli 2014 hin, bei denen ein Spion beim Bundesnachrichtendienst enttarnt wurde. Dieser Spion soll zahlreiche geheime Unterlagen an die USA geliefert haben.

Die erlangten Informationen werden auf unterschiedlichste Art und Weise weitergegeben. Nur exemplarisch sei auf die sogenannten

Legalresidenturen der Nachrichtendienste in Deutschland verwiesen. Solche Legalresidenturen sind regelmäßig in Botschaften und Konsulaten angesiedelt, wo Mitarbeiter der Nachrichtendienste als reguläre Mitarbeiter auftreten.

Einsatz technischer Mittel, insbesondere Elektronische Angriffe

Die Informationsbeschaffung durch den Einsatz technischer Mittel, insbesondere über moderne Kommunikationsmedien, wird in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Das gilt umso mehr, als auch öffentlich nicht zugängliche Informationen im neuen digitalen Zeitalter oft leicht und ohne größere Risiken erreichbar sind. Fremde Nachrichtendienste können diese Möglichkeiten nutzen und Kommunikationsverbindungen vor allem über Internetknoten und Server im Ausland abhören. Darauf deuten die aktuellen Erkenntnisse um die Abhörpraktiken des amerikanischen NSA und des britischen GCHQ ebenso hin wie die Entwicklungen bei dem russischen Inlandsgeheimdienst FSB. Der FSB soll ab 2014 zumindest in Russland einen dort bislang nicht gekannten Zugriff auf IP- und E-Mail-Adressen, Telefonnummern und Daten aus sozialen Netzwerken erhalten haben.

Neben Abhörmaßnahmen sind Elektronische Angriffe, also gezielte Maßnahmen mit und gegen IT-Infrastrukturen, ein probates und wichtiges Mittel der Informationsgewinnung geworden. Die Möglichkeiten „Elektronischer Angriffe“ reichen vom Ausspähen, Kopieren oder Verändern von Daten (z.B. von Kundenlisten oder Strategiepapieren) über den Missbrauch von Identitäten bis hin zur Übernahme und Sabotage von Produktions- und Steuerungseinrichtungen. Derartige technische Maßnahmen können schnell erfolgen, sie sind kostengünstig und weitgehend risikofrei.

Das Sächsische Verwaltungsnetz ist seit 2012 nachweislich Ziel „Elektronischer Angriffe“, die auch einen nachrichtendienstlichen Hintergrund haben können. Chinesische Nachrichtendienste stehen im Verdacht, die überwiegende Zahl „Elektronischer Angriffe“ mit einem möglichen nachrichtendienstlichen Hintergrund auf Deutschland initiiert zu haben. Dabei handelt es sich um Angriffe sowohl gegen staatliche Einrichtungen als auch gegen Wirtschaftsunternehmen vor allem aus dem Bereich Rüstung, Satellitentechnik, Maschinen- und Anlagenbau sowie Chemie- und Pharmaindustrie. Dabei werden klassische Trojaner-E-Mails, Drive-By-Infektionen²⁸⁹ und vieles mehr eingesetzt. Neben chinesischen führen vor allem noch russische Nachrichtendienste derartige Angriffe durch. Besondere Brisanz erhalten Elektronische Angriffe letztendlich dadurch, dass sie selbst bei ausgeprägtem Sicherheitsbewusstsein der Betroffenen und trotz der Nutzung aktueller Schutzprogramme oft über längere Zeit nicht erkannt werden.

Sonderfall „Einflussagenten“

Einen Sonderfall geheimdienstlicher Aktivitäten stellt der Einsatz von Einflussagenten dar. Diese vor allem aus dem Kalten Krieg bekannte nachrichtendienstliche Methode dient zum einen der Desinformation der Bevölkerung in den Heimatländern. Die hierbei von den Einflussagenten bevorzugt in Presse sowie Rund- und Fernsehfunk abgegebenen Erklärungen haben das Ziel, die Politik ihrer Heimatländer zu unterstützen. Die Bevölkerung soll annehmen, dass „Experten“ im Ausland die eigene Regierungspolitik unterstützen. Der Einsatz von Einflussagenten kann aber auch der Einflussnahme auf relevante Entwicklungen in Deutschland und Sachsen dienen. Solche Aktivitäten haben aufgrund der aktuellen politischen Entwicklung insbesondere für die russischen und die chinesischen Nachrichtendienste wieder an Bedeutung gewonnen.

3. Abwehrmaßnahmen und Sicherheitspartnerschaft

Die wichtigste Abwehrmaßnahme gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten gegnerischer Nachrichtendienste ist die Prävention. Sowohl Staat und Verwaltung als auch Wirtschaft und Wissenschaft sind aufgerufen, sich und ihre Umgebung bereits im Vorfeld von Spionageaktivitäten hinreichend zu schützen.

Prävention heißt vor diesem Hintergrund

- sensibilisiert sein in Bezug auf Angriffsmethoden und -ziele fremder Nachrichtendienste,
- die eigenen Einrichtungen und deren Umgebung auf spionagerelevante Schwachstellen systematisch zu analysieren,
- passgenaue Abwehrlösungen zu entwickeln,

²⁸⁹ Drive-By-Infektionen sind Infektionen eines Rechners mit Schadsoftware (Viren, Trojaner usw.), die allein durch den Besuch einer Webseite zustande kommen.

- die Entwicklungen auf dem „Spionagemarkt“ ständig zu beobachten und
- Verdachtsfällen nachzugehen.

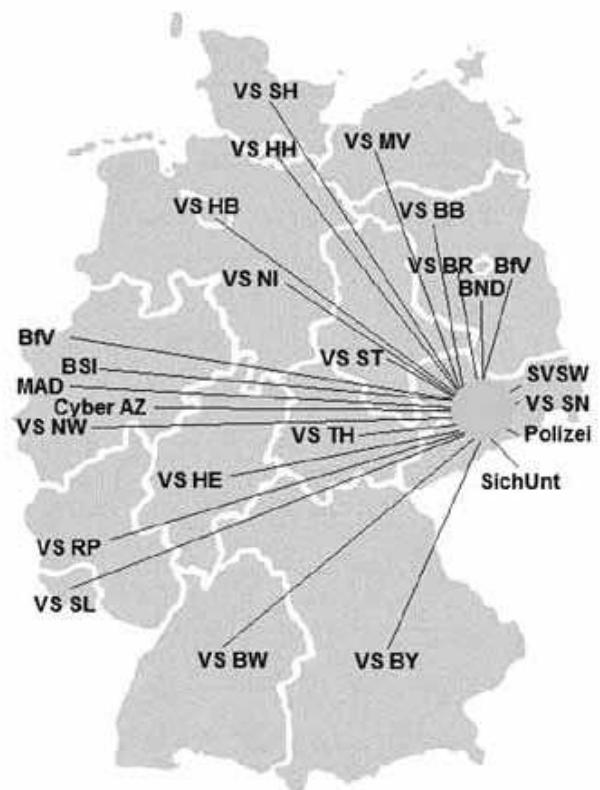
Zur Bewältigung dieser anspruchsvollen Herausforderungen bietet das LfV Sachsen insbesondere allen sächsischen Behörden, Verbänden, Vereinigungen, Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen eine Sicherheitspartnerschaft an.



Dafür geht das LfV Sachsen aktiv auf potentielle Ansprechpartner zu. Bestandteil einer solchen Sicherheitspartnerschaft können Vorträge, Individualberatungen, Onlineangebote²⁹⁰ und Broschüren sein. Darüber hinaus unterstützt das LfV Sachsen alle Interessenten bei der Analyse von deren Einrichtungen auf spionagerelevante Schwachstellen, bei der Entwicklung passgenauer Abwehrlösungen sowie der Aufklärung von Verdachtsfällen. Dabei gewährleistet das LfV Sachsen Vertraulichkeit.

Bei alledem kann das LfV Sachsen auf starke Partner zurückgreifen. Dazu gehören das

Bundesamt (BfV) und die weiteren 15 Landesbehörden für Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst (BND), der Militärische Abschirmdienst (MAD), das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), das Nationale Cyber-Abwehrzentrum, die Polizei und viele andere mehr. Unabhängig davon engagiert sich das LfV Sachsen gemeinsam mit der sächsischen Polizei und dem Sächsischen Verband für Sicherheit in der Wirtschaft in dem Präventionsangebot „Sicheres Unternehmen“, einem ebenfalls kostenlosen Beratungsangebot zum Schutz der äußeren und inneren Sicherheit in Unternehmen. Unternehmen mit geheimhaltungsbedürftigen Aufträgen betreut das LfV Sachsen außerdem mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA).²⁹¹



²⁹⁰ Siehe u. a. <http://www.verfassungsschutz.sachsen.de>

²⁹¹ Siehe dazu auch Abschnitt IV.

Im Jahr 2014 konnte das LfV Sachsen allein durch Vorträge und Individualberatungen etwa 1.000 Interessenten und Multiplikatoren unmittelbar erreichen. Die vielfältigen Präventionsmaßnahmen zeigten Wirkung. Auch im Jahr 2014 gab es mehrfach Hinweise auf

mögliche spionagerelevante Sachverhalte, denen das LfV Sachsen nachging. Darüber hinaus konnte das LfV Sachsen zahlreiche potentielle Adressaten auf die Möglichkeit von „Elektronischen Angriffen“ hinweisen und so beim Schließen von Sicherheitslücken unterstützen.

**Verfassungsschutz
gegen
Wirtschaftsspionage**



**Publikationen
der Verfassungs-
schutzbehörden**



**Kontakt zur Spionageabwehr des Landes-
amtes für Verfassungsschutz:**

Landesamt für Verfassungsschutz
Neuländer Straße 60
01129 Dresden
Telefon: 0351 85 85 0
Fax: 0351 85 85 500
E-Mail: wirtschaftsschutz@lfv.smi.sachsen.de

IV. Geheim- und Sabotageschutz

Allgemein

Der Geheimschutz gewährleistet, dass geheimhaltungsbedürftige Informationen aus Verschlussachen geheim bleiben und nicht an Unbefugte gelangen. Verschlussachen sind im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse. Die Einstufung als Verschlussache ist unabhängig von der Form, in der die geheimhaltungsbedürftige Information vorliegt. Das Spektrum der Verschlussachen reicht vom gesprochenen Wort über Schriftstücke und Zeichnungen bis zu elektronischen Datenträgern und technischen Einrichtungen. Sie werden je nach dem erforderlichen Schutz in die Geheimhaltungsgrade STRENG GEHEIM,

GEHEIM, VS-VERTRAULICH und VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH eingestuft. Ihre Bearbeitung wird als sicherheitsempfindliche Tätigkeit bezeichnet.

Der Zugang zu Verschlussachen und der Umgang mit ihnen sowie die Ausübung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit sind im Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SächsSÜG) vom 19. Februar 2004 und in der Verwaltungsvorschrift der Sächsischen Staatsregierung über die Behandlung von Verschlussachen (Verschlussachenanweisung – VSA) vom 4. Januar 2008 geregelt.

1. Sicherheitsüberprüfungen (Personeller Geheimschutz) und Sabotageschutzüberprüfungen

1.1 Sicherheitsüberprüfungen

Personen, die eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausüben sollen, müssen sich vorher einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen. Im Rahmen der Sicherheitsüberprüfung wird ermittelt, ob bei der betreffenden Person ein Sicherheitsrisiko vorliegt, das dem Zugang zu Verschlussachen bzw. der Ausübung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit entgegensteht.

Nach der gesetzlichen Regelung (§ 5 Abs. 1 SächsSÜG) liegt ein Sicherheitsrisiko vor, wenn tatsächliche Anhaltspunkte

1. Zweifel an der Zuverlässigkeit der betroffenen Person bei der Wahrnehmung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit,

2. eine besondere Gefährdung durch Anbahnungs- und Werbungsversuche fremder Nachrichtendienste oder
 3. Zweifel am Bekenntnis der betroffenen Person zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder am jederzeitigen Eintreten für deren Erhaltung
- begründen. In diesem Sinne kann ein Sicherheitsrisiko auch aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte in Bezug auf andere Personen, insbesondere Ehegatten, Lebenspartner oder Lebensgefährten, vorliegen.

Werden bei einer Sicherheitsüberprüfung sicherheitserhebliche Erkenntnisse – z.B. Straftaten, Hinweise auf übermäßigen Alkoholenuss, Hinweise auf Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung – bekannt, wird geprüft, ob sich daraus ein Anhaltspunkt für ein Sicherheitsrisiko ergibt.

Zuständig für die Durchführung der Sicherheitsüberprüfung ist die Behörde, bei der die sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausgeübt wird. Auch für Personen in Wirtschaftsunternehmen, die im Rahmen von staatlichen Aufträgen sächsischer Behörden mit Verschlussachen umgehen, werden Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt. In diesen Fällen ist die Landesdirektion Sachsen zuständig. Die Sicherheitsüberprüfung wird erst nach schriftlicher Zustimmung des Betroffenen eingeleitet.

Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt im Auftrag der zuständigen Stelle bei der Sicherheitsüberprüfung mit. Es überprüft die Personen und stellt fest, ob ein Sicherheitsrisiko vorliegt. In Abhängigkeit von der auszuübenden sicherheitsempfindlichen Tätigkeit gibt es verschiedene Stufen der Sicherheitsüberprüfung (Ü 1 bis Ü 3).

1.2 Sabotageschutzüberprüfungen

Der Sabotageschutz dient dem Schutz der für das Gemeinwesen lebenswichtigen Einrichtungen. In der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Feststellung lebenswichtiger Einrichtungen im Freistaat Sachsen (Sächsische Sicherheitsüberprüfungsfeststellungsverordnung) vom 22. September 2010 werden lebenswichtige Einrichtungen im Sinne des Sabotageschutzes benannt.

Personen, die an einer sicherheitsempfindlichen Stelle in einer lebenswichtigen Einrichtung beschäftigt werden, üben nach dem SächsSÜG eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit aus und müssen sich daher einer einfachen Sicherheitsüberprüfung Ü1 unterziehen.

2. Materieller Geheimschutz

Der materielle Geheimschutz umfasst technische und organisatorische Maßnahmen gegen die unbefugte Kenntnisnahme von Verschlusssachen und gewährleistet die Einhaltung der Bestimmungen der Verschlusssachenanweisung. Dazu zählen beispielsweise die rechtlichen Maßgaben zur Herstellung, Kennzeichnung und Vervielfältigung von Verschlusssachen sowie Regelungen zur Aufbewahrung, Verwaltung, Transport und Vernichtung von Verschlusssachen. Wird ein Geheimnisverrat bekannt, ist das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen zu beteiligen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen berät und unterstützt die Behörden des Freistaates Sachsen in Fragen des materiellen

Geheimschutzes, damit Verschlusssachen sicher erstellt, bearbeitet und aufbewahrt werden können.

Bei Wirtschaftsunternehmen, die im Auftrag sächsischer Landesbehörden tätig sind und dabei Zugriff auf Verschlusssachen haben, führt die Landesdirektion Sachsen als zuständige Stelle mit dem Landesamt für Verfassungsschutz als mitwirkende Behörde ein Geheimschutzverfahren durch. Es sollen Sicherheitsstandards geschaffen werden, um die Kenntnisnahme von Verschlusssachen durch Unbefugte zu verhindern. Im Rahmen dieser Geheimschutzbetreuung berät das Landesamt für Verfassungsschutz die Unternehmen.

3. Zuverlässigkeitsüberprüfungen sowie Prüfung von Versagens- oder Ausschlussgründen

Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der Sicherheit des Bundes und der Länder nimmt der Verfassungsschutz neben seinem Beobachtungs- und Aufklärungsauftrag auch gesetzlich geregelte Mitwirkungspflichten gegenüber anderen Behörden wahr. Auf Anfrage der zuständigen Behörden wird geprüft, ob den Verfassungsschutzbehörden Erkenntnisse zu den angefragten Personen vorliegen und diese gemäß den gesetzlichen Regelungen mitgeteilt werden dürfen. Im Einzelnen unterstützte das LfV

Sachsen die Behörden im Jahr 2014 bei folgenden Überprüfungen:

- **Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz** (LuftSiG) für Personen, die im sicherheitsempfindlichen Bereich des Luftverkehrs Zutritt haben sollen (8.526 Anfragen im Jahr 2014)
- **Beteiligung vor der Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltstiteln** nach dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG) (9.959 Anfragen im Jahr 2014)

- **Beteiligung bei Einbürgerungen nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)** (1.551 Anfragen im Jahr 2014)
- **Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe – Sprengstoffgesetz (SprengG)** für Personen, die gewerbsmäßig, selbstständig im Rahmen einer wirtschaftlichen Unternehmung oder eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes oder bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern mit explosionsgefährlichen Stoffen umgehen wollen oder den Verkehr mit explosionsgefährlichen Stoffen betreiben wollen (368 Anfragen im Jahr 2014)
- **Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Gesetz über die friedliche Verwendung von Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren – Atomgesetz (AtG)** für Personen, die beim Umgang mit radioaktiven Stoffen oder bei der Beförderung von radioaktiven Stoffen oder bei der Errichtung oder dem Betrieb von Anlagen tätig sind (17 Anfragen im Jahr 2014)
- **Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Waffengesetz (WaffG)** für Personen, die Umgang mit Waffen oder Munition haben (19 Anfragen im Jahr 2014)
- **Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach der Verordnung über das Bewachungsgewerbe – Bewachungsverordnung (BewachV)** für Wachpersonen, die mit Schutzaufgaben im befriedeten Besitztum bei Objekten, von denen im Falle eines kriminellen Eingriffs eine besondere Gefahr für die Allgemeinheit ausgehen kann, beauftragt werden sollen (1.247 Anfragen im Jahr 2014)

Im Jahr 2014 wurden insgesamt 21.687 solcher Mitwirkungsanfragen überprüft. Damit lag die Gesamtzahl der Anfragen im Jahr 2014 ca. 33 % über dem Vorjahreswert.

V. Verfassungsschutz

1. Verfassungsschutz auf einen Blick

Welche Aufgaben hat das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen?

Der Verfassungsschutz ist Garant der wehrhaften Demokratie. Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, rechtzeitig vor Gefahren zu warnen, die unserem freiheitlichen Rechtsstaat – insbesondere durch Extremisten, Terroristen oder Spione – drohen.

Die konkreten Aufgaben ergeben sich aus dem „Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen“ (SächsVSG)²⁹². Dem LfV Sachsen obliegt demnach die Sammlung und Auswertung von Informationen zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder. In diesem Zusammenhang beobachtet das LfV Sachsen Bestrebungen aus den nachfolgend genannten Bereichen.

■ Extremistische Bestrebungen

Eine Bestrebung ist extremistisch, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass durch politisch bestimmte Verhaltensweisen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beeinträchtigt oder beseitigt werden sollen.

Bestrebungen dieser Art gehen insbesondere von rechts-, links- oder ausländerextremistischen Gruppierungen aus. In § 3 Absatz 2 SächsVSG sind die obersten

Verfassungsgrundsätze benannt. Der Verfassungsschutz dient somit dem Schutz des Kernbestandes der verfassungsmäßigen Ordnung.

Zudem beobachtet das LfV Sachsen Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, sowie solche Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind.

Soweit extremistische Bestrebungen darauf abzielen, ihre Ziele mittels Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum Anderer, insbesondere durch schwere Straftaten nach § 129a Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB), zu erreichen, haben sie einen terroristischen Charakter.

■ Spionageabwehr

Die Spionageabwehr hat die Aufgabe, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten von Nachrichtendiensten fremder Staaten in der Bundesrepublik Deutschland zu erkennen und aufzuklären. Auch die Beobachtung fortwirkender Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sowie die

²⁹² Das SächsVSG ist abrufbar unter www.verfassungsschutz.sachsen.de.

mögliche Reaktivierung nachrichtendienstlicher Verbindungen zu fremden Nachrichtendiensten durch deren ehemalige Mitarbeiter und Helfer ist Bestandteil der Spionageabwehr.

Zudem ist die Aufklärung von Proliferation²⁹³ Teil der Spionageabwehr.

■ **Wirtschaftsschutz**

Der Wirtschaftsschutz umfasst staatliche Maßnahmen, die dem Schutz deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen vor einem durch Spionage betriebenen Know-how-Abfluss sowie vor Bedrohungen durch Rechts- und Linksextremisten, durch ausländische Extremisten sowie durch islamistische Terroristen dienen.

Neben diesen Aufgaben nimmt das LfV Sachsen so genannte Mitwirkungsaufgaben wahr. Es ist u. a. beteiligt an:

- Sicherheitsüberprüfungen von Personen, die mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden sollen,
- der Durchführung von technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im

öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen.

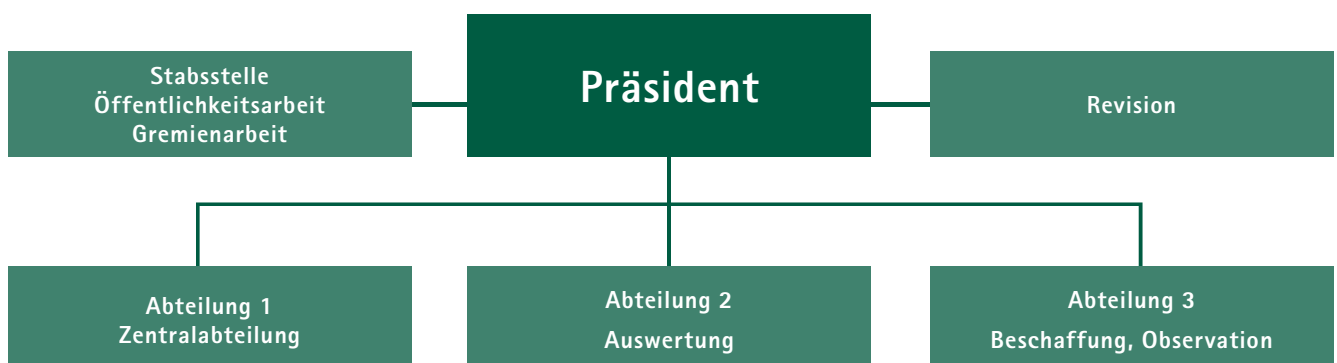
Ebenso wirkt das LfV Sachsen auf Ersuchen mit bei:

- der Überprüfung von Personen, die sich um die Einstellung im öffentlichen Dienst bewerben, sowie bei der Überprüfung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, wenn der Verdacht besteht, dass sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen,
- der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern und
- Überprüfungen, soweit diese gesetzlich vorgesehen sind, z. B. nach dem Aufenthalts-, dem Atom-, dem Sprengstoff- und dem Luftsicherheitsgesetz, sowie der Gewerbeordnung i. V. m. der Bewachungsverordnung.

Wie ist das LfV Sachsen organisiert?

Das LfV Sachsen wurde am 3. November 1992 durch die Sächsische Staatsregierung im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern (SMI) errichtet.

Die Organisation stellt sich wie folgt dar:



²⁹³ Als Proliferation wird die illegale Herstellung und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägertechnologie sowie Mitteln und Know-how zu deren Entwicklung und Herstellung bezeichnet.

Wie sammelt der Verfassungsschutz seine Informationen?

Der Verfassungsschutz sammelt seine Informationen überwiegend aus für jedermann zugänglichen Quellen. Um verfassungswidrige Bestrebungen feststellen zu können, wertet der Verfassungsschutz u.a. Parteiprogramme, Satzungen, Publikationen, Flugblätter und Internetseiten, die Reden von Funktionären und anderes öffentliches Material aus. Außerdem bezieht er seine Informationen aus öffentlichen Veranstaltungen oder holt sie von anderen Behörden ein, soweit das SächsVSG oder andere Gesetze dies zulassen.

Bei im Verborgenen stattfindenden Aktivitäten ist der Verfassungsschutz gesetzlich ermächtigt, sogenannte nachrichtendienstliche Mittel bei der Informationsgewinnung einzusetzen. Dabei ist er insbesondere an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebunden. Zu den nachrichtendienstlichen Mitteln zählen:

- der Einsatz von Vertrauenspersonen (V-Personen), Informanten und Gewährspersonen, d. h. von Personen, die für den Verfassungsschutz Informationen aus verfassungsfeindlichen Organisationen beschaffen oder logistische bzw. sonstige Hilfe leisten, ohne ihre Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz zu erkennen zu geben,
- die Observation, d. h. das verdeckte Beobachten von Personen und Objekten,
- die Nutzung von Tarnmitteln, mit denen verborgen werden soll, dass der Verfassungsschutz beobachtet, wie z. B. Tarnkennzeichen,
- die Anwendung technischer Hilfsmittel wie Bild- und Tonaufzeichnungen,

- die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs sowie
- die Wohnraumüberwachung.

Die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs ist ein sehr bedeutender Eingriff in das als Grundrecht geschützte Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Grundgesetz [GG] und Art. 27 Sächsische Verfassung [SächsVerf]). Diese Maßnahme ist deshalb in einem besonderen Gesetz geregelt, dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10)²⁹⁴. Demnach darf u.a. der Telekommunikationsverkehr aufgezeichnet, Briefe nur geöffnet und gelesen werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass bestimmte schwere Straftaten, wie z. B. Straftaten der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaats, Betätigung in einer terroristischen Vereinigung, Hoch-/Landesverrat oder geheimdienstliche Agententätigkeit, geplant oder begangen werden bzw. wurden.

Der Präsident des LfV Sachsen muss einen entsprechenden Antrag beim SMI stellen. Nur der Staatsminister des Innern oder sein Stellvertreter können einen solchen Eingriff anordnen. Über die vorgesehenen Beschränkungsmaßnahmen wird die vom Sächsischen Landtag gewählte G 10-Kommission unterrichtet, die über Zulässigkeit und Notwendigkeit der Maßnahmen entscheidet.

Das SächsVSG lässt in besonderen Fällen ebenfalls einen Eingriff in das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG und Art. 30 SächsVerf) zu. Zum Schutz dieses Grundrechtes sind die Voraussetzungen für eine Wohnraumüberwachung in einem

²⁹⁴ Das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses sowie das Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes im Freistaat Sachsen sind unter www.verfassungsschutz.sachsen.de abrufbar.

gesonderten Paragraphen (§ 5a) des SächsVSG geregelt worden. Danach dürfen technische Mittel zur Informationsgewinnung in Wohnräumen nur dann verdeckt eingesetzt werden, wenn die Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis nach dem G 10 vorliegen und darüber hinaus der verdeckte Einsatz zur Abwehr einer dringenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für bedeutende fremde Sach- oder Vermögenswerte erforderlich ist und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Zusätzlich wurden zur Gewährleistung der Grundrechte besondere Vorkehrungen zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung (Intimsphäre) und von Berufsgeheimnisträgern (z. B. Geistliche, Strafverteidiger) getroffen. Ebenso wurden zum Schutz der aus einer Wohnraumüberwachung gewonnenen Daten besonders restriktive Vorschriften zu deren Löschung und Übermittlung in das SächsVSG eingefügt.

Über die Anordnung einer Wohnraumüberwachung entscheidet auf Antrag des LfV Sachsen eine besondere Kammer des Landgerichtes. Zusätzlich ist die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages (PKK) über angeordnete Wohnraumüberwachungen zu unterrichten.

Was geschieht mit den Informationen, die das LfV Sachsen sammelt?

Die Informationen, die der Verfassungsschutz auf Grund seines gesetzlichen Auftrages sammelt, werden analysiert, d. h. sie werden gesichtet, geprüft und bewertet. Die gewonnenen

Erkenntnisse sind Grundlage für die Berichterstattung des LfV Sachsen gegenüber:

- dem SMI,
- anderen Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern,
- dem Militärischen Abschirmdienst (MAD), der die Aufgaben des Verfassungsschutzes auf dem Gebiet der Bundeswehr wahrnimmt, und dem Bundesnachrichtendienst (BND), der Auslandsaufklärung betreibt,
- Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaften und Polizei),
- Behörden, die die Informationen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung benötigen (z. B. für Versammlungsverbote),
- der Öffentlichkeit.

Die Informationen des Verfassungsschutzes werden vor allem benötigt

- zur Einschätzung der Sicherheitslage,
- zur Verhinderung bzw. Verfolgung von durch Extremisten, Terroristen und Spione begangene Straftaten,
- zur Vorbereitung von Vereins- oder Parteiverboten,
- zur Information der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Aktivitäten.

Verfassungsschutz und Polizei

Verfassungsschutz und Polizei sind getrennt organisiert und mit unterschiedlichen Befugnissen ausgestattet. Dieses Trennungsgebot ist in Artikel 83 Absatz 3 der Sächsischen Verfassung wie auch im § 1 Absatz 4 des SächsVSG verankert. Es besagt insbesondere, dass der Verfassungsschutz keiner Polizeibehörde angegliedert werden darf. Zudem gibt es keinen unbeschränkten Informationsaustausch untereinander. Auch stehen dem Verfassungsschutz

Zwangsbefugnisse, wie sie der Polizei eingeräumt sind, nicht zu. Er darf also weder Personen festnehmen, durchsuchen, vorladen, vernehmen, noch Wohnungen durchsuchen oder Gegenstände beschlagnahmen. Er darf auch keine Verbote oder Auflagen aussprechen. Der Verfassungsschutz hat vielmehr reine Beobachtungsbefugnisse. Unabhängig davon sind Verfassungsschutz und Polizei – neben anderen Sicherheitsbehörden und Justiz – gefordert, die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland zu schützen und die innere Sicherheit zu gewährleisten. Dies erfordert eine enge und bestmögliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der bestehenden gesetzlichen Regelungen. Dabei steht das Trennungsgebot einer engen informationellen und frühzeitigen Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz nicht entgegen.

Welche Maßnahmen führt das LfV Sachsen im Rahmen seiner öffentlichen Berichterstattung durch?

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen und Tätigkeiten gehört zu den gesetzlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes. Sie stellt einen wichtigen Präventionsbeitrag dar und soll die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Extremismus fördern. Denn nur informierte Bürgerinnen und Bürger können sich aktiv für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

Die breite Öffentlichkeitsarbeit des LfV Sachsen umfasst deshalb vielfältige Maßnahmen, die für die Bedarfsträger kostenfrei sind. Dazu zählen:

I die Durchführung von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

In Vorträgen und öffentlichen Diskussionsrunden informiert das LfV Sachsen – auch in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen

wie z. B. der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung – über politischen Extremismus allgemein und speziell über dessen Erscheinungsformen im Freistaat Sachsen sowie über die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes. Solche Veranstaltungen werden vor allem an Schulen, Einrichtungen der politischen Bildung, der Verwaltung, der Justiz und der Bundeswehr durchgeführt. Darüber hinaus werden zum Schutz von Forschung und Wirtschaft vor Spionage durch fremde Nachrichtendienste Firmen, Verbände und Forschungseinrichtungen in Vorträgen über die Gefahren der Wirtschaftsspionage und Proliferation informiert und Handlungsempfehlungen gegeben.

I die Information kommunaler Verantwortungsträger

In Beratungsgesprächen informiert das LfV Sachsen kommunale Entscheidungsträger über regionale extremistische Bestrebungen und Aktivitäten, damit Gegenstrategien entwickelt werden können.

I das „Forum starke Demokratie“

Ziel des organisatorisch beim LfV angesiedelten Forums ist die Unterstützung vor allem örtlicher staatlicher und kommunaler Entscheidungsträger bei der Bekämpfung des Extremismus. Sie sollen in die Lage versetzt werden, extremistische Bestrebungen frühzeitig und möglichst sicher zu erkennen und die rechtlich und tatsächlich möglichen und gebotenen Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Zudem will das Forum die engere Zusammenarbeit von staatlichen bzw. kommunalen und nichtstaatlichen Trägern der Extremismusprävention fördern.

I Fachtagungen

Das LfV Sachsen führt gemeinsam mit der Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg Fachtagungen zum

Extremismus durch. Die Themen der beiden bisherigen Fachtagungen im August 2012 und im Januar 2013 lauteten:

- „Verfassungsfeinde und das Kapital – Finanzströme im Rechtsextremismus“ und
- „Rechtsextremismus zwischen ‚Mitte der Gesellschaft‘ und Gegenkultur“.

Referenten aus Sicherheitsbehörden, Wissenschaft und Medien diskutierten diese Themen mit jeweils über 170 Gästen aus Politik und Landesverwaltungen, Verfassungsschutz, Polizei, Vertretern der Kommunen und Landkreise sowie zivilgesellschaftlichen Institutionen. Die Fachtagungen dienen darüber hinaus auch der weiteren Vernetzung der maßgeblichen Akteure.

■ **die Herausgabe von Broschüren**

Die präventive Aufklärung der Öffentlichkeit über den Extremismus erfolgt auch durch die Herausgabe entsprechender Publikationen, die teilweise in Zusammenarbeit mit Verfassungsschutzbehörden anderer Länder erstellt wurden. Die Publikationen sind für Interessenten kostenlos. Sie können als Broschüre bestellt oder im Internet heruntergeladen werden.

■ **die Internetpräsentation**

Das Web-Angebot des LfV Sachsen unter der Adresse <http://www.verfassungsschutz.sachsen.de> beinhaltet Informationen über die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sowie Mitteilungen zu aktuellen Sachverhalten aus den Beobachtungsfeldern. Querverweise ermöglichen die Verbindung zu Homepages anderer Verfassungsschutzbehörden. Außerdem können vom LfV Sachsen herausgegebene

Broschüren heruntergeladen oder online bestellt werden. Zudem besteht die Möglichkeit, per E-Mail über verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de Kontakt mit dem LfV Sachsen aufzunehmen.

■ **die Pressearbeit**

Die Information der Öffentlichkeit über extremistische Bestrebungen erfolgt zudem über die Medien.

■ **die Ausstellung „In guter Verfassung“²⁹⁵**

Die gemeinsam mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung erarbeitete interaktive Wanderausstellung richtet sich insbesondere an Jugendliche und an Lehrpersonal. Sie beantwortet u. a. folgende Fragen: Was bedeutet eigentlich „freiheitliche demokratische Grundordnung? Was macht unsere Demokratie konkret aus.“ Welche grundlegenden Elemente beinhaltet sie und wie schützt sie sich gegenüber denjenigen, die sie beseitigen wollen? Die Ausstellung bietet Lehrenden die Möglichkeit, Gemeinschaftskunde oder Politikunterricht erlebnisorientiert außerhalb von Klassen- oder Seminarräumen stattfinden zu lassen.

Wer kontrolliert das LfV Sachsen und welche Rechte haben Betroffene?

Das SMI kontrolliert als Fachaufsichtsbehörde die Recht- und Zweckmäßigkeit der Aufgabenwahrnehmung durch das LfV Sachsen. Als Dienstaufsichtsbehörde wacht es zudem über den ordnungsgemäßen Dienstbetrieb.

²⁹⁵ Die Inhalte der Ausstellung können auf der Internetseite <http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/igv.html> abgerufen werden.

Darüber hinaus finden Kontrollen statt durch:

■ **die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages**

Sie kontrolliert die Sächsische Staatsregierung hinsichtlich der Aufsicht des SMI über das LfV Sachsen und hinsichtlich dessen Tätigkeit.

■ **die Kommission nach § 3 SächsAG G 10 (G10-Kommission) des Sächsischen Landtages**

Diese Kommission prüft die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Maßnahmen nach dem G 10, d. h. Maßnahmen der Brief-, Post- und Telekommunikationsüberwachung.

■ **den Sächsischen Datenschutzbeauftragten**

Er kontrolliert die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz. Er prüft, ob das LfV Sachsen personenbezogene Daten rechtmäßig erhebt, verarbeitet oder übermittelt. Jeder Bürger kann sich an den Datenschutzbeauftragten wenden, wenn er der Ansicht ist, das LfV Sachsen habe bei der Erhebung und Verarbeitung seiner

personenbezogenen Daten seine Rechte verletzt.

■ **den Sächsischen Rechnungshof**

Er kontrolliert die Verwendung der Haushaltsmittel des LfV Sachsen.

■ **die Gerichte**

Jeder Bürger hat das Recht, gegen Maßnahmen des LfV Sachsen bei Gericht zu klagen, wenn er geltend macht, in seinen Rechten verletzt zu sein. Außerdem prüft ein Gericht die Zulässigkeit von Wohnraumüberwachungsmaßnahmen.

■ **die Öffentlichkeit**

Durch die Medienberichterstattung wird die Tätigkeit des LfV Sachsen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und erfährt damit auch deren Kontrolle.

■ **interne Prüfungen**

Auch im LfV Sachsen intern finden Kontrollen statt, so z. B. durch die Revision, den behördlichen Datenschutzbeauftragten, den G10-Aufsichtsbeamten sowie den Behördlichen Beauftragten für den Haushalt.

2. Glossar der Verfassungsschutzbehörden

Anti-Antifa

Unter dem Begriff „Anti-Antifa“ verfolgen **Neonazis** in Anlehnung an Terminologie und Vorgehensweise von **Linksextremisten** ein Konzept zur Erfassung und Veröffentlichung von Daten über politische Gegner. Mit der Begriffswahl wollen sie verdeutlichen, dass ihr Handeln eine Reaktion auf linksextremistische Aktivitäten darstellt und als solche auch militante Aktionsformen umfassen kann. Ihre Aktivitäten weisen

bisher in der Regel einen propagandistischen Charakter auf und zielen vornehmlich auf die Verunsicherung des Gegners ab. Als Gegner werden dabei auch Angehörige der Sicherheitsbehörden angesehen.

ANTIDEUTSCHE

Anhänger einer antideutschen Ideologie bilden eine Besonderheit innerhalb der gewaltbereiten linksextremistischen Szene und tragen

zu einer deutlichen Polarisierung im linksextremistischen Gefüge bei. Hauptbestandteil antideutscher Ideologie ist die bedingungslose Solidarität mit der Politik des Staates Israels und dem jüdischen Volk. ANTIDEUTSCHE sprechen sich in Befürchtung eines neuerlichen, von Deutschland ausgehenden Holocaust für eine massive Unterstützung des Staates Israels und des Judentums aus und stehen oft positiv zu den USA als deren Schutzmacht. ANTIDEUTSCHE befürchten ein Erstarren des deutschen Nationalismus und ein großdeutsches „Viertes Reich“, sie lehnen daher einen deutschen Nationalstaat insgesamt ab. Im linksextremistischen Umfeld treten ANTIDEUTSCHE verstärkt durch Antisemitismusvorwürfe gegen rivalisierende linksextremistische Gruppierungen hervor.

Antifa, AUTONOME

Der „antifaschistische Kampf“ ist ein Hauptagitationsfeld von AUTONOMEN. Aus ihrer Sicht ist es geboten, den Kampf gegen Faschisten und Rassisten in die eigenen Hände zu nehmen. In autonomen Publikationen und Stellungnahmen wird für Gegenveranstaltungen zu rechtsextremistischen Kundgebungen geworben. Die Agitation richtet sich auch gegen bestimmte staatliche Einrichtungen oder ihre Repräsentanten. Darüber hinaus werden Adressen und „Steckbriefe“ von politischen Gegnern veröffentlicht, die nicht selten mit der Aufforderung verbunden sind, diese Personen auch anzugreifen. Im Rahmen der „antifaschistischen Selbsthilfe“ werden auch militante Aktionen befürwortet, die sich in erster Linie gegen den politischen Gegner, insbesondere tatsächliche oder vermeintliche „Nazis“ richten. Dadurch kommt es regelmäßig zu hohen Sachschäden, teilweise aber auch zu Personenschäden.

Antifaschismus

„Antifaschismus“ als Begriff wird auch von Demokraten verwendet, um ihre Ablehnung des Rechtsextremismus zum Ausdruck zu bringen. Mehrheitlich nehmen jedoch Linksextremisten diesen Begriff für sich in Anspruch. Sie behaupten, dass der kapitalistische Staat den Faschismus hervorbringe, zumindest aber toleriere. Daher richtet sich der Antifaschismus nicht nur gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, sondern immer auch gegen den Staat und seine Vertreter, insbesondere Angehörige der Sicherheitsbehörden.

Ausländerextremismus

Extremistische Ausländerorganisationen verfolgen in Deutschland Ziele, die häufig durch aktuelle Ereignisse und politische Entwicklungen in ihren Heimatländern bestimmt sind. Dabei handelt es sich um linksextremistische Organisationen, soweit sie in ihren Heimatländern ein sozialistisches bzw. kommunistisches Herrschaftssystem anstreben oder um nationalistische Organisationen, die ein überhöhtes Selbstverständnis von der eigenen Nation haben und die Rechte anderer Völker missachten. Daneben gibt es separatistische Organisationen, die eine Loslösung ihres Herkunftsgebietes aus einem bereits bestehenden Staatsgebilde und die Schaffung eines eigenen Staates verfolgen. Die größte von den Verfassungsschutzbehörden beobachtete ausländerextremistische Organisation in Deutschland ist nach wie vor die unter der Bezeichnung PKK bekannte ARBEITERPARTEI KURDISTANS. Derartige Organisationen unterliegen der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden, wenn

- sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland richten, indem sie hier z. B. versuchen, eine ihren Grundsätzen entsprechende Parallelgesellschaft zu errichten,
- sie ihre politischen Auseinandersetzungen mit Gewalt auf deutschem Boden austragen und dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährden,
- sie vom Bundesgebiet aus Gewaltaktionen in anderen Staaten durchführen oder unterstützen und dadurch auswärtige Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu diesen Staaten gefährden,
- sich ihre Aktivitäten gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, richten.

AUTONOME

Kennzeichnend für die Bewegung der AUTONOMEN, die über kein einheitliches ideologisches Konzept verfügt, ist die Ablehnung staatlicher und gesellschaftlicher Normen und Zwänge, die Suche nach einem freien, selbstbestimmten Leben in herrschaftsfreien Räumen und der Widerstand gegen den demokratischen Staat und seine Institutionen, wobei Gewalt von AUTONOMEN grundsätzlich als Aktionsmittel („militante Politik“) akzeptiert ist. AUTONOME bilden den weitestgehend größten Anteil des gewaltbereiten linksextremistischen Personenpotenzials.

Das Selbstverständnis der heterogenen autonomen Bewegung ist geprägt von Anti-Einstellungen („antikapitalistisch“, „antifaschistisch“, „antipatriarchal“). Diffuse anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente („Klassenkampf“, „Revolution“ oder „Imperialismus“) bilden den Rahmen ihrer oftmals spontanen Aktivitäten. Eine klassische Form autonomer Gewalt ist die so genannte Massenmilitanz. Das sind Straßenkrawalle, die sich im Rahmen

von Demonstrationen oder im Anschluss daran entwickeln. Hierbei kommt es regelmäßig auch zu Gewaltexzessen.

AUTONOME NATIONALISTEN

Mit den AUTONOMEN NATIONALISTEN trat in den letzten Jahren eine Strömung innerhalb des deutschen Neonationalsozialismus öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Angehörige der AUTONOMEN NATIONALISTEN traten oft mit einem hohen Maß an Gewaltbereitschaft gegen Polizeibeamte und politische Gegner auf, dies insbesondere bei öffentlichen Veranstaltungen, wo sich AUTONOME NATIONALISTEN bisweilen vermummt zu sogenannten „Schwarzen Blöcken“ zusammenschlossen. Zudem übernahmen sie in Teilen Stilelemente anderer Jugendsubkulturen und traten ähnlich gekleidet auf wie militante Linksextremisten (AUTONOME). Innerhalb der Neonazi-Szene waren AUTONOME NATIONALISTEN vor allem wegen ihres öffentlichen Erscheinungsbildes und ihrer Gewaltbereitschaft umstritten. In Sachsen traten AUTONOME NATIONALISTEN hauptsächlich als Aktionsform auf. In jüngerer Vergangenheit ist ein öffentlichkeitswirksames Auftreten von AUTONOMEN NATIONALISTEN im Freistaat Sachsen nicht mehr zu beobachten.

Bestrebungen, extremistische

Nach allgemeinem Sprachgebrauch sind Bestrebungen alle auf ein Ziel gerichtete Aktivitäten. Extremistische Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes sind Aktivitäten mit der Zielrichtung, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen. Dazu gehören Vorbereitungshandlungen, Agitation und Gewaltakte.

Es ist zu unterscheiden zwischen

- Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes,
- Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes,
- Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen.

Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, den Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen.

Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu zählenden Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder auf Grund ihrer Wirkungsweise geeignet sind,

ein Schutzgut des Bundesverfassungsschutzgesetzes oder eines Landesverfassungsschutzgesetzes erheblich zu beschädigen.

Extremismus/Radikalismus

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden zwischen „Extremismus“ und „Radikalismus“, obwohl beide Begriffe oft synonym gebraucht werden. Bei „Radikalismus“ handelt es sich zwar auch um eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits „von der Wurzel (lat. radix) her“ anpacken will. Im Unterschied zum „Extremismus“ sollen jedoch weder der demokratische Verfassungsstaat noch die damit verbundenen Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung beseitigt werden. So sind z. B. Kapitalismuskritiker, die grundsätzliche Zweifel an der Struktur unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung äußern und sie von Grund auf verändern wollen, noch keine Extremisten. Radikale politische Auffassungen haben in unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz. Auch wer seine radikalen Zielvorstellungen realisieren will, muss nicht befürchten, dass er vom Verfassungsschutz beobachtet wird, jedenfalls nicht, so lange er die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung anerkennt. Als extremistisch werden dagegen die Aktivitäten bezeichnet, die darauf abzielen, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen.

Fanzine

Der Begriff setzt sich aus den Worten „Fan“ und „Magazine“ zusammen und bezeichnet in der Regel subkulturelle Publikationen. In der rechtsextremistischen Szene informieren diese Publikationen über Musikgruppen,

Tonträger, Konzerte sowie sonstige Szeneveranstaltungen. Aktivisten und rechtsextremistische Gruppierungen erhalten in Interviews Gelegenheit zur Selbstdarstellung und zur Verbreitung ihres Gedankengutes. Das Medium verlor mit der Verlagerung der Kommunikation in das Internet sehr stark an Bedeutung. Zwar erscheinen weiterhin Fanzines, herausgegeben von zumeist langjährigen Szeneangehörigen, diese Publikationen haben jedoch eher traditionellen, nostalgischen Charakter, als dass sie der Information breiter Szenekreise dienen.

FREIE NATIONALISTEN/FREIE KRÄFTE

Das Konzept der FREIEN NATIONALISTEN (bzw. FREIE KRÄFTE) wurde Mitte der 1990er Jahre von Neonazis als Reaktion auf die zahlreichen Vereinsverbote entwickelt. Ziel war es, die zersplitterte neonazistische Szene unter Verzicht auf vereinsmäßige Strukturen („Organisierung ohne Organisation“) zu bündeln, ihre Aktionsfähigkeit zu erhöhen und gleichzeitig Verbotmaßnahmen zu verhindern. Ein Großteil der FREIEN NATIONALISTEN sammelte sich in rechtsextremistischen KAMERADSCHAFTEN. Ab Mitte der 2000er Jahre setzte ein erneuter Strukturwandel in der Kameradschaftsszene ein, der von einer weiteren Lockerung der Organisationsstrukturen gekennzeichnet war. Damit wurde das Ziel verfolgt, dem Staat noch weniger Angriffsfläche zu bieten. Zwischenzeitlich war im Freistaat Sachsen zwar wieder ein Trend hin zur Bildung fester Strukturen zu beobachten. Nach mehreren Verboten von rechtsextremistischen Vereinigungen in Sachsen und auch bundesweit, strukturiert sich die Szene im Freistaat Sachsen jedoch wieder neu.

Freiheitliche demokratische Grundordnung

Damit ist nicht die Verfassung bzw. das Grundgesetz in seiner Gesamtheit gemeint, sondern die unabänderlichen obersten Wertprinzipien als Kernbestand der Demokratie. Diese fundamentalen Wertprinzipien bestimmen die Gesetzgebung des Bundes und der Länder, so auch die Verfassungsschutzgesetze.

Zu diesen Grundsätzen gehören folgende Verfassungsprinzipien:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch Organe der Gesetzgebung und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Mehrparteienprinzip sowie das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Fremdenfeindlichkeit

Fremdenfeindlichkeit richtet sich gegen Menschen, die sich durch Herkunft, Nationalität, Religion oder Hautfarbe von der als „normal“ erachteten Umwelt unterscheiden.

Die mit dieser Zuweisung typischerweise verbundenen vermeintlich minderwertigen

Eigenschaften werden als Rechtfertigung für einschlägige Straftaten missbraucht. Insbesondere das rechtsextremistische Weltbild ist geprägt von einer Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit, aus der u. a. Fremdenfeindlichkeit resultiert.

Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ)

Das GETZ wurde im November 2012 zur Bekämpfung des Rechtsextremismus/-terrorismus, des Linksextremismus/-terrorismus, des Ausländerextremismus/-Terrorismus, der Spionage sowie der Proliferation eingerichtet. Im Rahmen des Gremiums tauschen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern Informationen zu den genannten Phänomenbereichen aus. Dabei soll die Fachexpertise der Sicherheitsbehörden gebündelt und ein möglichst lückenloser Informationsfluss gewährleistet werden.

Gemeinsames Internetzentrum (GIZ)

Im GIZ beobachten seit 2007 sprachkundige Experten der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder das Internet hinsichtlich islamistischer und islamistisch-terroristischer Inhalte.

Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ)

Das 2004 eingerichtete „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum“ (GTAZ) in Berlin-Treptow mit einer „Nachrichtendienstlichen Informations- und Analysestelle“ (NIAS) sowie einer „Polizeilichen Informations- und Analysestelle“ (PIAS) konzentriert die Experten für Terrorismusabwehr der deutschen Sicherheitsbehörden an einem Ort. Im GTAZ sind die

Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, das Bundeskriminalamt (BKA), die Landeskriminalämter und der Bundesnachrichtendienst (BND) eingebunden. Weitere Teilnehmer sind Bundespolizei, Zollkriminalamt, Militärischer Abschirmdienst (MAD), Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und Vertreter der Generalbundesanwaltschaft. Die Abstimmung von Bewertungen und Maßnahmen bei sicherheitsrelevanten Sachverhalten mit Terrorismusbezug wird durch die dortige Zusammenarbeit erleichtert und beschleunigt.

Islamismus

Der Begriff des Islamismus bezeichnet eine religiös motivierte Form des politischen Extremismus. Islamisten sehen in den Schriften und Geboten des Islam nicht nur Regeln für die Ausübung der Religion, sondern auch Handlungsanweisungen für eine islamistische Staats- und Gesellschaftsordnung. Ein Grundgedanke dieser islamistischen Ideologie ist die Behauptung, alle Staatsgewalt könne ausschließlich von Gott (Allah) ausgehen. Damit richten sich islamistische Bestrebungen gegen die Wertvorstellungen des Grundgesetzes (GG), insbesondere gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Islamisten halten die Etablierung einer islamischen Gesellschaftsordnung für unabdingbar. Dieser Ordnung sollen letztlich sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime unterworfen werden.

Islamistische Organisationen – mit Ausnahme islamistisch-terroristischer Organisationen – lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen:

- Organisationen, die in ihren Herkunftsländern die konsequente Umgestaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnungen nach ihrem Verständnis der islamischen Rechtsordnung (Scharia) anstreben.

In Deutschland liegt ihr Schwerpunkt auf propagandistischen Aktivitäten sowie der Sammlung von Spendengeldern, um die Mutterorganisationen in den Herkunftsländern zu unterstützen.

- Andere islamistische Gruppierungen in Deutschland verfolgen eine umfassendere, auch politisch motivierte Strategie. Auch sie streben eine Änderung der Staats- und Gesellschaftsordnung in ihren Herkunftsländern zugunsten eines islamischen Staatswesens an. Sie bemühen sich jedoch im Rahmen einer legalistischen Strategie, ihren Anhängern in Deutschland größere Freiräume für ein scharia-konformes Leben zu schaffen.

Islamistischer Terrorismus

Islamistischer Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für islamistische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129 a Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB) genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

Unter „Homegrown“-Terrorismus sind islamistische Strukturen oder Strukturansätze zu verstehen, die sich aus radikalisierten Personen ab der zweiten Einwanderergeneration sowie radikalisierten Konvertiten zusammensetzen. Die Personen sind zumeist in europäischen Ländern geboren und/oder aufgewachsen, stehen jedoch aufgrund religiöser, gesellschaftlicher, kultureller oder psychologischer Faktoren dem hiesigen Wertesystem ablehnend gegenüber und erachten die Errichtung einer islamistischen Gesellschaftsordnung für erstrebenswert. Gemeinsames Kennzeichen

dieses Personenkreises ist, dass er von der pan-islamischen „al-Qaida“-Ideologie beeinflusst wird.

Lediglich ein sehr kleiner Teil zum Islam konvertierter Personen macht sich islamistisches Gedankengut zu eigen und engagiert sich für islamistische Ziele. Die Rolle von Konvertiten in islamistischen/islamistisch-terroristischen Strukturen erklärt sich u. a. aus der Motivation, sich gegenüber Glaubensbrüdern als besonders gute Muslime (hier: Islamisten) beweisen zu wollen. Sie weisen zudem aufgrund ihrer Kenntnis der westlichen Gegebenheiten strategische Vorteile auf.

Jihad

Die wörtliche Übersetzung dieses Begriffs ist „Anstrengung“ oder „Bemühung“. Es gibt zwei Formen des Jihad: die geistig-spirituelle Bemühung des Gläubigen um das richtige religiöse und moralische Verhalten gegenüber Gott und den Mitmenschen (sogenannter großer Jihad) oder der kämpferische Einsatz zur Verteidigung oder Ausdehnung des islamischen Herrschaftsgebiets (so genannter kleiner Jihad). Von militanten Gruppen wird der Jihad häufig als religiöse Legitimation für Terroranschläge verwendet. Islamistische Terroristen führen unter dem Leitprinzip dieses Jihad ihren gewalttätigen Kampf/„heiligen Krieg“ gegen die angeblichen Feinde des Islam.

KAMERADSCHAFTEN, rechtsextremistische (im Freistaat Sachsen)

Bei KAMERADSCHAFTEN handelt sich um Gruppierungen, die

- einen abgegrenzten Aktivistenstamm mit beabsichtigter geringer Fluktuation besitzen,

- eine lediglich lokale oder maximal regionale Ausdehnung aufweisen,
- eine zumindest rudimentäre Struktur besitzen und
- die Bereitschaft zu gemeinsamer politischer Arbeit auf Basis einer rechtsextremistischen, insbesondere neonationalsozialistischen Grundorientierung haben.

Die KAMERADSCHAFTEN sind im Wesentlichen von zwei Formen bestimmt:

Subkulturell geprägte KAMERADSCHAFTEN

Diese besitzen keine festen Führungsstrukturen und sind von Spontaneität und Aktionismus geprägt. Dementsprechend beschränken sich ihre Aktivitäten hauptsächlich auf den regionalen Bereich und oft auf die Teilnahme an rechtsextremistischen Konzerten.

Neonationalsozialistische KAMERADSCHAFTEN

Diese weisen klar erkennbare Führungsstrukturen auf und sind stark politisch ausgerichtet. In ihren weltanschaulichen Grundpositionen werden zunehmend antikapitalistische Elemente sichtbar. Gefordert werden ein Nationaler Sozialismus und die Volksgemeinschaft. Darüber hinaus bestehen auch kameradschaftsähnliche Strukturen, die in Sachsen u. a. unter wechselnden Bezeichnungen wie FREIE KRÄFTE, NATIONALE SOZIALISTEN etc. in Erscheinung treten. Dabei verwenden sie oft einen auf einen Ort oder eine Region hinweisenden Namenszusatz.

Linksextremismus

Mit diesem Begriff werden Bestrebungen von Personenzusammenschlüssen bezeichnet, für die alle oder einige der folgenden Merkmale charakteristisch sind:

- Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als „wissenschaftliche“ Anleitung zum

Handeln; daneben, je nach Ausprägung der Partei oder Gruppierung, Rückgriff auch auf Theorien weiterer Ideologen wie Stalin, Trotzki, Mao und andere,

- Bekenntnis zur sozialistischen oder kommunistischen Transformation der Gesellschaft mittels eines revolutionären Umsturzes oder langfristiger revolutionärer Veränderungen,
- Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats oder zu einer herrschaftsfreien (anarchistischen) Gesellschaft,
- Bekenntnis zur revolutionären Gewalt als bevorzugte oder – je nach den konkreten Bedingungen – taktisch einzusetzende Kampfform.

Linksextremistische Parteien und Gruppierungen lassen sich grob in zwei Hauptströmungen einteilen:

- Dogmatische Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten: In Parteien oder anderen festgefügtten Vereinigungen organisiert, verfolgen sie die erklärte Absicht, eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten,
- AUTONOME, ANARCHISTEN und sonstige Sozialrevolutionäre: In losen Zusammenhängen, seltener in Parteien oder formalen Vereinigungen agierend, streben sie ein herrschaftsfreies, selbstbestimmtes Leben frei von jeglicher staatlicher Autorität an.

Mujahid

Als Mujahidin (Plural für: „Kämpfer im Jihad“) werden Islamisten bezeichnet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie sich

- am „gewaltsamen Jihad“ selbst beteiligen oder beteiligt haben oder

- für die Teilnahme am „gewaltsamen Jihad“ ausbilden lassen oder bereits haben ausbilden lassen oder
- am „gewaltsamen Jihad“ beteiligen werden, z. B. auf Grund entsprechender Äußerungen.

Arabische Muslime verschiedener Nationalität stellen einen überproportional großen Teil der Mujahidin.

Neonazismus/Neonationalsozialismus

Der Neonationalsozialismus bezieht sich auf die Weltanschauung des „Dritten Reiches“ und macht diese zur Grundlage seiner politischen Zielvorstellungen. Elementare Bestandteile der neonationalsozialistischen Weltanschauung sind Nationalismus und Rassismus sowie die Forderung nach einem autoritären „Führerstaat“ unter Ausschaltung wesentlicher Elemente demokratischer Gewaltenteilung. Abgrenzungskriterien zum subkulturell geprägten Rechtsextremismus sind bei Neonazi-AktivistInnen der stärker ausgeprägte Wille zur politischen Arbeit sowie eine intensivere Auseinandersetzung mit inhaltlichen Aspekten des Weltbildes der NEONATIONALSOZIALISTEN.

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Das Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ wurde zum 1. Januar 2001 eingeführt. Erfasst werden alle Straftaten, die einen oder mehrere Straftatbestände der sog. klassischen Staatsschutzdelikte erfüllen sowie Straftaten, bei denen Anhaltspunkte für eine politische Motivation gegeben sind. Die Daten werden im Polizeibereich erhoben und zentral durch das Bundeskriminalamt unter verschiedenen Gesichtspunkten differenziert dargestellt.

Die Straftaten werden folgenden Phänomenbereichen zugeordnet:

- Politisch motivierte Kriminalität – rechts,
- Politisch motivierte Kriminalität – links,
- Politisch motivierte Ausländerkriminalität,
- Sonstige politisch motivierte Straftaten mit extremistischem Hintergrund.

Proliferation

Als Proliferation bezeichnet man die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen und entsprechenden Waffenträgersystemen bzw. der zu deren Herstellung verwendeten Produkte, einschließlich des dazu erforderlichen Know-how.

Rechtsextremismus

Unter Rechtsextremismus werden Bestrebungen verstanden, die sich gegen die im Grundgesetz konkretisierte fundamentale Gleichheit der Menschen richten und die universelle Geltung der Menschenrechte ablehnen. Rechtsextremisten sind Feinde des demokratischen Verfassungsstaates, sie haben ein autoritäres Staatsverständnis, das bis hin zur Forderung nach einem nach dem Führerprinzip aufgebauten Staatswesen ausgeprägt ist. Das rechtsextremistische Weltbild ist geprägt von einer Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit, aus der u. a. Fremdenfeindlichkeit resultiert. Dabei herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder „Rasse“ bestimmen den Wert eines Menschen. Offener oder immanenter Bestandteil aller rechtsextremistischen Bestrebungen ist zudem der Antisemitismus. Individuelle Rechte und gesellschaftliche Interessenvertretungen treten zugunsten kollektivistischer „volksgemeinschaftlicher“ Konstrukte zurück (Antipluralismus).

s. a. AUTONOME NATIONALISTEN, Fanzine, KAMERADSCHAFTEN, FREIE NATIONALISTEN/FREIE KRÄFTE, Neonazismus/Neonationalsozialismus, SKINHEADS

Rechtsterrorismus

Rechtsterrorismus ist die rechtsextremistisch motivierte Form der Gewaltkriminalität, die durch Androhung und Anwendung von Gewalt gegen staatliche oder gesellschaftliche Funktionsträger oder durch Angriffe auf das Leben Unbeteiligter im Rahmen längerfristiger Strategien das Ziel verfolgt, mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken bestehende Herrschaftsverhältnisse zu erschüttern oder das Ziel einer ethnisch und politisch homogenen Gesellschaft durchzusetzen.

Salafismus

Die salafistische Bewegung strebt eine Rückkehr zum Vorbild der „lauteren Vorfahren“ (as-salaf as-salih) und damit zu einem fiktiven „Urislam“ an. Zentrale Merkmale dieser Religionsinterpretation sind die strikte Konzentration auf Koran und Prophetentradition (sunna) als handlungsweisende Texte, die Ablehnung aller Neuerungen, die als unvereinbar mit dem „wahren islamischen Geist“ gelten, das unbedingte Bekenntnis zur Einheit Gottes (tauhid), die Durchsetzung des religiösen Gesetzes (Scharia) sowie eine Vielzahl an Kleidungs- und Verhaltensvorschriften.

Viele der dabei vertretenen Ansichten kollidieren mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

SKINHEADS, rechtsextremistische

Rechtsextremistische SKINHEADS sind immer noch ein geringer Bestandteil des rechtsextremistischen Spektrums in Deutschland, ihr

Anteil und ihre Bedeutung sind im Vergleich zu den 1990er Jahren deutlich zurückgegangen. Ihr Lebensstil ist subkulturell geprägt (s. auch Subkulturelle Rechtsextremisten). Das Erscheinungsbild der rechtsextremistischen SKINHEADS entspricht heute nicht mehr dem eines typischen SKINHEADS in den 1980er und 1990er Jahren.

Spionage

Als Spionage wird die Tätigkeit für den Nachrichtendienst einer fremden Macht bezeichnet, die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist. Die Beschaffung von Informationen, vor allem aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Militär, erfolgt zumeist unter Anwendung geheimer Mittel und Methoden. Soweit Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtet ist, kommt eine Strafbarkeit gemäß §§ 93 ff. StGB in Betracht.

Subkulturelle Rechtsextremisten

Ihr Lebensstil ist subkulturell geprägt und häufig mehr auf Freizeitgestaltung als auf politische Arbeit ausgerichtet. Auch verfügen die meisten subkulturellen Rechtsextremisten nicht über ein gefestigtes rechtsextremistisches Weltbild. Sie vertreten jedoch rechtsextremistische Anschauungen, die sich in Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und der Verherrlichung des Nationalsozialismus zeigen. Subkulturelle Rechtsextremisten stellen ihre Zugehörigkeit zur „weißen Rasse“ und deren angebliche Überlegenheit in den Mittelpunkt und definieren ihre Feindbilder auf diese Weise. Die rassistische Einstellung wird mit dem Schlagwort „white power“ zusammengefasst. Die subkulturelle rechtsextremistische Szene zeichnet sich größtenteils durch eine erhöhte

Gewaltbereitschaft aus, die maßgeblich zu den rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten beiträgt.

Jugendliche finden auch über die Zugehörigkeit zur rechtsextremistischen Subkultur und insbesondere über die für die Szene wichtige rechtsextremistische Musik Zugang zu einer nationalistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Gedankenwelt. Musik spielt nicht nur für die subkulturell geprägte rechtsextremistische Bewegung eine wichtige identitätsstiftende Rolle. Texte von rechtsextremistischen Musikgruppen prägen weltanschauliche Vorstellungen, Konzerte haben eine bedeutende Rolle für den Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl der Szene. Oft sind Musik und Konzerte Anknüpfungspunkte für rechtsextremistische Parteien oder Neonazis, die hierüber versuchen, Jugendliche an ihre politischen Vorstellungen heranzuführen.

Weltweite Strömungen innerhalb der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene mit einer szeneeigenen Bedeutung sind BLOOD & HONOUR – dessen deutscher Zweig, die Blood & Honour-Division Deutschland, im Jahr 2000 durch den Bundesinnenminister verboten wurde – und die HAMMERSKINS, beides rassistische Bewegungen, die ein elitäres Selbstverständnis pflegen.

Spionageabwehr

Die Spionageabwehr beschäftigt sich mit der Aufklärung und Abwehr bzw. Verhinderung von Spionageaktivitäten fremder Nachrichtendienste. Dazu sammelt sie Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten fremder Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland und wertet sie aus, mit dem Ziel, Erkenntnisse über Struktur, Aktivitäten, Arbeitsmethoden,

nachrichtendienstliche Mittel und Zielobjekte dieser Nachrichtendienste zu gewinnen.

Die Spionageabwehr gehört gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) zu den Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

Terrorismus

Terrorismus ist nach der Definition der Verfassungsschutzbehörden der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 StGB genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

Verfassungsfeindlich

Verfassungsfeindlich (= extremistisch) sind politische Aktivitäten, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind und darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen.

s. a. verfassungswidrig

Verfassungsschutzbehörden

Das BVerfSchG verpflichtet Bund und Länder, eigene Verfassungsschutzbehörden aufzubauen. Der Bund kam dieser Pflicht durch Errichtung des BfV am 7. November 1950 nach. Die Länder folgten alsbald. Auch in den neuen Bundesländern wurden nach der Wiedervereinigung Deutschlands schrittweise Behörden für Verfassungsschutz aufgebaut, so dass es nun 16 Landesbehörden für Verfassungsschutz in Deutschland gibt. Einige Länder errichteten eigenständige Verfassungsschutzbehörden,

andere wiesen die Aufgabe des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes einer Abteilung ihres Innenministeriums/-senats zu. Hierfür gelten die jeweiligen Verfassungsschutzgesetze der Länder.

Verfassungswidrig

Umgangssprachlich häufig synonym mit „verfassungsfeindlich“ zu finden.

Über die Frage der Verfassungswidrigkeit einer Partei entscheidet das Bundesverfassungsgericht (Art. 21 Abs. 2 GG; §§ 13 Nr. 2, 43 ff. BVerfGG).

Parteien sind verfassungswidrig, wenn sie nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Es genügt nicht, wenn die Partei die freiheitliche demokratische Ordnung nicht anerkennt, sie ablehnt oder ihr andere Prinzipien entgegenhält. Es muss vielmehr eine aktiv-kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung hinzukommen. Die Organisation muss also planvoll das Funktionieren dieser

Ordnung beeinträchtigen und im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen wollen.

Wirtschaftsschutz

Als Wirtschaftsschutz werden staatliche Maßnahmen bezeichnet, die dem Schutz deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen vor einem durch Spionage betriebenen Know-how-Abfluss sowie vor Bedrohungen durch Rechts- und Linksextremisten, durch ausländische Extremisten sowie durch islamistische Terroristen dienen.

Wirtschaftsspionage

Wirtschaftsspionage ist Teil der Spionage, der die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen beinhaltet. Betreibt hingegen ein konkurrierendes Unternehmen eine private Ausforschung, handelt es sich um Konkurrenzausspähung, die häufig auch Industriespionage genannt wird. In den Zuständigkeitsbereich der Verfassungsschutzbehörden fällt ausschließlich die Wirtschaftsspionage.

3. Gesetze

Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen (Sächsisches Verfassungsschutzgesetz – SächsVSG)

Vom 16. Oktober 1992

Rechtsbereinigt mit Stand vom 31. Dezember 2013

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt:

Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes

- § 1 Organisation, Zuständigkeit
- § 2 Aufgaben
- § 3 Begriffsbestimmungen
- § 4 Allgemeine Befugnisse
- § 5 Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel
- § 5a Besondere Befugnisse

Zweiter Abschnitt:

Datenschutzrechtliche Bestimmungen

- § 6 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten
- § 7 Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten
- § 7a Löschung von nach § 5a erhobenen personenbezogenen Daten
- § 8 Errichtungsanordnung
- § 9 Auskunft an Betroffene

Dritter Abschnitt:

Übermittlungsvorschriften

- § 10 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen

- § 11 Informationsübermittlung durch öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
- § 11a Informationsübermittlung durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
- § 11b Weitere Informationsübermittlungen durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
- § 12 Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz
- § 12a Übermittlung von nach § 5a erhobenen personenbezogenen Daten
- § 13 Übermittlungsverbote
- § 14 Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz
- § 15 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Vierter Abschnitt:

Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung von Grundrechten

- § 16 Parlamentarische Kontrollkommission
- § 17 Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission
- § 18 Einschränkung von Grundrechten

Fünfter Abschnitt: Schlussbestimmung

§ 19 Inkrafttreten

Der Sächsische Landtag hat am 17. September 1992 das folgende Gesetz beschlossen:

Erster Abschnitt Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes

§ 1 Organisation, Zuständigkeit

(1) Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder wird ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht als obere Landesbehörde unmittelbar dem Staatsministerium des Innern.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist zuständig für

1. die Erfüllung der Aufgaben nach § 2 und
2. die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund in Angelegenheiten der Nummer 1.

(3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Freistaat Sachsen nur im Einvernehmen, das Bundesamt für Verfassungsschutz nur im Benehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz und Polizeibehörden oder Polizeidienststellen dürfen einander nicht angegliedert werden.

§ 2 Aufgaben

(1) Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist die Sammlung und Auswertung von

Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- 3a. Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes), insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes) gerichtet sind,
4. fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Geltungsbereich dieses Gesetzes.

Sammlung und Auswertung von Informationen nach Satz 1 setzen im Einzelfall voraus, dass für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Satz 1 Nrn. 1 bis 4 tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,

2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisaufnahme durch Unbefugte,
4. auf Ersuchen der Einstellungsbehörden bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben, sowie auf Anforderung der Beschäftigungsbehörde bei der Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, wenn der auf Tatsachen beruhende Verdacht besteht, dass sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen,
5. auf Ersuchen der für Einbürgerung zuständigen Behörden bei der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern sowie
6. bei Überprüfungen, soweit dies gesetzlich vorgesehen ist.

Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Satz 1 erfolgt in der Weise, dass es eigenes Wissen oder bereits vorhandenes Wissen der für die Überprüfung zuständigen Behörde oder sonstiger öffentlicher Stellen auswertet. Die Befugnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz bei der Mitwirkung nach den Nummern 1 und 2 sind im Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SächsSÜG) vom 19. Februar 2004 (SächsGVBl. S. 44), in der jeweils geltenden Fassung, geregelt.

(3) Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Absatz 2 setzt voraus,

dass Betroffene und andere in die Überprüfung einbezogene Personen über Zweck und Verfahren der Überprüfung einschließlich der Verarbeitung der erhobenen Daten durch die beteiligten Dienststellen unterrichtet werden. Darüber hinaus ist im Falle der Einbeziehung anderer Personen in die Überprüfung deren Einwilligung und im Falle weitergehender Ermittlungen die Einwilligung von Betroffenen erforderlich. Die Sätze 1 und 2 gelten nur, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichtet das Staatsministerium des Innern über seine Tätigkeit.

§ 3 Begriffsbestimmungen

- (1) Im Sinne dieses Gesetzes sind
1. Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen;
 2. Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
 3. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf

gerichtet ist, einen der in Absatz 2 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Für einen Personenzusammenschluss handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen aktiv sowie ziel- und zweckgerichtet unterstützt. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(2) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne dieses Gesetzes zählen:

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretungen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen;
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht;
3. das Mehrparteienprinzip sowie das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition;
4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung;
5. die Unabhängigkeit der Gerichte;
6. der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
7. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

§ 4

Allgemeine Befugnisse

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf die zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten verarbeiten. Die Verarbeitung personenbezogener Daten richtet sich nach den Vorschriften dieses Gesetzes und, soweit keine besonderen Regelungen getroffen sind, nach den Vorschriften des Gesetzes zum Schutz der informationellen Selbstbestimmung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Datenschutzgesetz – SächsDSG) vom 25. August 2003 (SächsGVBl. S. 330), in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Werden personenbezogene Daten bei Betroffenen mit ihrer Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Betroffene sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben und bei einer Sicherheitsüberprüfung nach § 2 Abs. 2 Nrn. 1, 2 und 4 auf eine dienst-, arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht hinzuweisen.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse gegenüber anderen Behörden und Dienststellen stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Es darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

(4) Von mehreren geeigneten Maßnahmen hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die Betroffene voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

§ 5

Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf, insbesondere unter Beachtung des § 4 Abs. 4, Methoden, Gegenstände und Instrumente zur heimlichen Informationsbeschaffung, wie den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen (nachrichtendienstliche Mittel) anwenden. Diese sind in einer Dienstvorschrift zu benennen, die auch die Zuständigkeit für die Anordnung solcher Informationsbeschaffungen regelt. Die Dienstvorschrift bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern und der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten und sonstige Informationen mit nachrichtendienstlichen Mitteln erheben, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, dass

1. auf diese Weise Erkenntnisse über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 oder die zur Erforschung solcher Erkenntnisse erforderlichen Quellen gewonnen werden können oder
2. dies zum Schutz oder zur Abschirmung von Mitarbeitern, Einrichtungen, Gegenständen und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

Die Erhebung nach Satz 1 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, den Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise möglich ist. Eine geringere Beeinträchtigung ist insbesondere dann anzunehmen, wenn die Information aus allgemein zugänglichen Quellen oder durch Auskünfte nach §§ 11 oder 11a gewonnen werden kann. Die

Anwendung eines nachrichtendienstlichen Mittels darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn der Zweck erreicht ist oder sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(3) Wird der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen oder -aufzeichnungen oder zum Abhören und Aufzeichnen des gesprochenen Wortes oder der Einsatz eines Verfassungsschutzbediensteten, der unter einer ihm verliehenen, auf Dauer angelegten, veränderten Identität ermittelt, zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 länger als 72 Stunden dauern, ist dies unverzüglich der Parlamentarischen Kontrollkommission anzuzeigen.

(4) Die Zulässigkeit von Maßnahmen nach dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10) vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 1 des Gesetzes vom 11. Februar 2005 (BGBl. I S. 239, 241), in der jeweils geltenden Fassung, bleibt unberührt.

(5) *aufgehoben*

.
.

(11) *aufgehoben*

(12) Nachrichtendienstliche Mittel, die sich gezielt gegen einen Abgeordneten des Sächsischen Landtages richten, dürfen nur angewandt werden, wenn sie zuvor vom Präsidenten des Landtages genehmigt worden sind.

§ 5a Besondere Befugnisse

(1) Der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Artikels 13 des Grundgesetzes und des Artikels 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen ist nur zulässig, wenn die materiellen Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis nach § 1 Abs. 1 und § 3 Abs. 1 G 10 vorliegen und der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Abwehr einer dringenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für bedeutende fremde Sach- oder Vermögenswerte erforderlich ist und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

(2) Die Maßnahme darf sich nur gegen den Betroffenen richten und nur in Wohnungen des Betroffenen durchgeführt werden. In Wohnungen anderer Personen ist die Maßnahme nur zulässig, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass sich der Betroffene dort aufhält und die Maßnahme in Wohnungen des Betroffenen allein nicht zur Erforschung des Sachverhalts führen würde.

(3) Die Maßnahme darf nur angeordnet werden, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte, insbesondere zu der Art der zu überwachenden Räume und dem Verhältnis der zu überwachenden Personen zueinander, anzunehmen ist, dass durch die Überwachung Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, nicht erfasst werden. Gespräche oder Handlungen in Betriebs- oder Geschäftsräumen sind in der

Regel nicht dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen.

(4) Die Maßnahme ist unverzüglich abzubrechen, wenn sich während der Überwachung erste Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst werden. Im Zweifel ist unverzüglich eine gerichtliche Entscheidung über den Abbruch der Maßnahme und eine Löschung der bisher erhobenen Daten herbeizuführen. Das anordnende Gericht ist über den Verlauf und die Ergebnisse der Maßnahme zu unterrichten. Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor, so hat das Gericht den Abbruch der Maßnahme unverzüglich anzuordnen, sofern das Landesamt für Verfassungsschutz die Maßnahme nicht bereits abgebrochen hat.

(5) Erkenntnisse über Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, dürfen nicht verwertet werden. Soweit ein Verwertungsverbot in Betracht kommt, hat das Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich eine Entscheidung des anordnenden Gerichts über die Verwertbarkeit der erlangten Erkenntnisse herbeizuführen.

(6) Die durch Maßnahmen nach Absatz 1 erhobenen Daten sind dergestalt zu kennzeichnen, dass jederzeit erkennbar bleibt, aus welchen Eingriffen sie stammen. Sie dürfen durch das Landesamt für Verfassungsschutz zu keinen anderen Zwecken als der Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen und Tätigkeiten, auf die Absatz 1 Anwendung findet, weiter verarbeitet werden. Eine Übermittlung darf nur unter den Voraussetzungen von § 12a erfolgen.

(7) In den Fällen des § 53 StPO ist eine Maßnahme nach Absatz 1 unzulässig. Ergibt sich während oder nach der Durchführung einer Maßnahme nach Absatz 1, dass ein Fall des § 53 StPO vorliegt, gelten Absatz 4 Satz 1, Absatz 5 Satz 1 und § 7a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 entsprechend. In den Fällen der §§ 52 und 53a StPO dürfen aus einer Maßnahme nach Absatz 1 gewonnene Erkenntnisse nur verwendet werden, wenn dies unter Berücksichtigung der Bedeutung des zugrunde liegenden Vertrauensverhältnisses nicht außer Verhältnis zum Interesse an der Erforschung des Sachverhalts steht.

(8) Auf Antrag des Landesamtes für Verfassungsschutz trifft die in § 74a Abs. 4 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannte Kammer des Landgerichts, in dessen Bezirk das Landesamt für Verfassungsschutz seinen Sitz hat, die Entscheidung über die Anordnung der Maßnahme nach Absatz 1. Die Maßnahme ist auf höchstens drei Monate zu befristen und kann um jeweils nicht mehr als drei Monate verlängert werden. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 315-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 4c des Gesetzes vom 22. September 2005 (BGBl. I S. 2809, 2819), in der jeweils geltenden Fassung, entsprechend. Die Entscheidung des Gerichts ergeht ohne vorherige Anhörung des Betroffenen und bedarf zu ihrer Wirksamkeit nicht der Bekanntmachung an ihn. Gegen die Entscheidung ist die sofortige Beschwerde statthaft. Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung auch durch den Vorsitzenden getroffen werden. Dessen Anordnung tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen von der Kammer bestätigt wird.

(9) In der schriftlichen Anordnung sind anzugeben:

1. soweit bekannt, der Name und die Anschrift des Betroffenen, gegen den sich die Maßnahme richtet,
2. die tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1, aufgrund derer die Maßnahme nach Absatz 1 angeordnet wird,
3. die zu überwachende Wohnung oder die zu überwachenden Wohnräume,
4. Art, Umfang und Dauer der Maßnahme,
5. die Erwartungen an die zu erhebenden Informationen.

In der Begründung der Anordnung oder Verlängerung sind deren Voraussetzungen und die wesentlichen Abwägungsgesichtspunkte darzulegen. Insbesondere sind anzugeben:

1. die tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1,
2. die wesentlichen Erwägungen zur Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahme,
3. die tatsächlichen Anhaltspunkte im Sinne des Absatzes 3 Satz 1.

(10) Die Betroffenen sind von den nach Absatz 1 durchgeführten Maßnahmen zu unterrichten, sobald dies ohne Gefährdung des Zwecks der Maßnahme, im Fall des Absatzes 11 ohne Gefährdung der für den Verfassungsschutz tätigen Person, geschehen kann. Die Mitteilung obliegt dem Landesamt für Verfassungsschutz. Sind Daten aus Maßnahmen nach Absatz 1 an Dritte übermittelt worden, erfolgt die Mitteilung im Benehmen mit dem Empfänger. Betroffene im Sinne des Satzes 1 sind:

1. Betroffene, gegen die sich die Maßnahme nach § 5a richtet,
2. Inhaber und Bewohner der Wohnung, in der die Maßnahmen durchgeführt worden sind,
3. sonstige überwachte Personen.

Eine Unterrichtung von Betroffenen nach Satz 4 Nr. 2 und 3 unterbleibt, wenn überwiegende schutzwürdige Belange anderer Betroffener entgegenstehen oder die Identität von Betroffenen nach Satz 4 Nr. 2 und 3 nur mit unverhältnismäßigem Aufwand ermittelt werden könnte. Erfolgt die Benachrichtigung nicht binnen sechs Monaten nach Beendigung der Maßnahme, bedarf die weitere Zurückstellung der gerichtlichen Zustimmung. Die gerichtliche Entscheidung ist vorbehaltlich einer anderen gerichtlichen Anordnung jeweils nach einem Jahr erneut einzuholen.

(11) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf den verdeckten Einsatz technischer Mittel nach Absatz 1 ausschließlich zur Abwehr von Gefahren für Leben, Gesundheit oder Freiheit der bei einem Einsatz in Wohnungen für den Verfassungsschutz tätigen Person anordnen. Eine weitere Verarbeitung der hierbei erhobenen Daten, insbesondere eine Übermittlung nach § 12a, ist nur zulässig, wenn die Rechtmäßigkeit der Maßnahme nach Maßgabe von Satz 1 und Absatz 1 zuvor gerichtlich festgestellt worden ist; bei Gefahr im Verzug ist die gerichtliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. In diesen Fällen gelten die Absätze 5 bis 7 und 10 entsprechend.

(12) Auch nach Erledigung einer in den Absätzen 1 und 11 genannten Maßnahme können Betroffene binnen vier Wochen nach ihrer Benachrichtigung die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Anordnung sowie der Art und Weise des Vollzugs beantragen. Über den Antrag entscheidet das Gericht, das über die Anordnung der Maßnahme entschieden hat. Gegen die Entscheidung ist die sofortige Beschwerde statthaft.

Zweiter Abschnitt **Datenschutzrechtliche Bestimmungen**

§ 6 **Speicherung, Veränderung und** **Nutzung personenbezogener Daten**

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben personenbezogene Daten speichern, verändern und nutzen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 vorliegen,
2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 erforderlich ist oder
3. das Landesamt für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 2 tätig werden wird.

(2) Zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 2 dürfen vorbehaltlich des Satzes 2 in automatisierten Dateien nur Daten über die Personen gespeichert werden, die der Sicherheitsüberprüfung unterliegen oder in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen werden. Zur Erledigung von Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 und 5 dürfen in automatisierten Dateien nur Daten solcher Personen erfasst werden, über die bereits Erkenntnisse nach § 2 Abs. 1 vorliegen. Bei der Speicherung in Dateien muss erkennbar sein, welcher der in § 2 Abs. 1 und 2 genannten Personengruppe Betroffene zuzuordnen sind.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Speicherdauer auf das für seine Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken.

(4) Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nicht gespeichert werden. Personenbezogene Daten über das

Verhalten einer Person nach Vollendung des 14. und vor Vollendung des 16. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 angefallen sind. Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten auf die Erforderlichkeit der Speicherung in Dateien zu überprüfen und spätestens fünf Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 über ein Verhalten nach Eintritt der Volljährigkeit angefallen sind.

§ 7 **Berichtigung, Löschung und** **Sperrung personenbezogener Daten**

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Akten oder Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; in Akten ist dies zu vermerken. Wird die Richtigkeit der Daten von Betroffenen bestritten, so ist dies in der Akte zu vermerken oder auf sonstige Weise festzuhalten.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Belange der Betroffenen beeinträchtigt würden. In diesem Fall sind die Daten zu sperren. Sie dürfen nur noch mit Einwilligung der Betroffenen übermittelt werden.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, spätestens nach fünf Jahren,

ob in Dateien gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu löschen sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 sind spätestens 10 Jahre, über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 und 3a spätestens 15 Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten gespeicherten relevanten Information zu löschen, es sei denn, der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz oder sein Vertreter stellt fest, dass die weitere Speicherung zur Aufgabenerfüllung oder aus den in Absatz 2 Satz 2 genannten Gründen erforderlich ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die nicht in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten gemäß Absatz 2 zu löschen. Die Löschung ist zu dokumentieren. Die Daten sind zu sperren, wenn die Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. Gesperrte Daten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen. Sie dürfen nicht mehr genutzt oder übermittelt werden. Eine Aufhebung der Sperrung ist möglich, wenn ihre Voraussetzungen nachträglich entfallen.

(5) Für die Archivierung gelten die Vorschriften des Archivgesetzes für den Freistaat Sachsen vom 17. Mai 1993 (SächsGVBl. S. 449), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Juni 1999 (SächsGVBl. S. 398), in der jeweils geltenden Fassung.

§ 7a **Löschung von nach § 5a** **erhobenen personenbezogenen Daten**

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat personenbezogene Daten, die durch eine Maßnahme nach § 5a erhoben wurden, unverzüglich zu löschen,

1. wenn Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst wurden,
2. wenn die Daten für die in § 5a Abs. 6 Satz 2 genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind; soweit die Daten für eine gerichtliche Überprüfung nach § 5a Abs. 12 von Bedeutung sein können, ist die Löschung der Daten zurückzustellen, sie sind zu sperren und dürfen nur zu diesem Zweck verwendet werden.

Im Falle von Satz 1 Nr. 2 hat die Prüfung der Erforderlichkeit der Datenspeicherung unverzüglich nach ihrer Erhebung und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten zu erfolgen. Die Erhebung und Löschung der Daten ist zu dokumentieren.

(2) Im Falle der Datenübermittlung nach § 12a prüft der Empfänger unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die Daten für die Zwecke, zu deren Erfüllung sie ihm übermittelt worden sind, noch erforderlich sind. Sind die Daten für die bestimmten Zwecke nicht mehr erforderlich, gilt Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 entsprechend. Die Löschung ist zu dokumentieren. Der Empfänger unterrichtet das Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich über die erfolgte Löschung.

§ 8 Errichtungsanordnung

(1) Für jede beim Landesamt für Verfassungsschutz zur Erfüllung seiner in § 2 genannten Aufgaben einzurichtende automatisierte Datei, in der personenbezogene Daten verarbeitet werden, sind in einer Errichtungsanordnung festzulegen:

1. Bezeichnung der Datei,
2. Zweck der Datei,

3. Voraussetzungen der Speicherung, Übermittlung und Nutzung (betroffener Personenkreis, Art der Daten),
4. Anlieferung oder Eingabe,
5. Zugangsberechtigung,
6. Überprüfungsfristen, Speicherdauer und
7. Protokollierung.

Die Zugangsberechtigung nach Satz 1 Nr. 5 ist auf Personen zu beschränken, die die Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz benötigen. Die Errichtungsanordnung bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern.

(2) Vor Erlass und vor wesentlichen Änderungen der Errichtungsanordnung ist der Sächsische Datenschutzbeauftragte zu hören.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat in angemessenen Abständen die Erforderlichkeit der Weiterführung oder Änderung der Dateien zu überprüfen.

§ 9 Auskunft an Betroffene

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz erteilt Betroffenen über die zu ihrer Person gespeicherten Daten auf Antrag unentgeltlich Auskunft. Die Auskunftsverpflichtung erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen.

(1a) Auskunft aus Akten, die nicht zur Person des Betroffenen geführt werden, wird erteilt, soweit der Betroffene Angaben macht, die das Auffinden der Akten ermöglichen und der für die Erteilung der Auskunft erforderliche Aufwand nicht außer Verhältnis zu dem vom Betroffenen geltend gemachten Informationsinteresse steht.

Satz 1 findet auf personenbezogene Daten in nicht-automatisierten Dateien, die nicht zur Übermittlung an Dritte bestimmt sind, entsprechende Anwendung.

- (2) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit
1. eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
 2. durch die Auskunftserteilung nachrichtendienstliche Zugänge gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
 3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
 4. die Daten oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden müssen.

(3) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung, soweit dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung gefährdet würde. Die Gründe für die Auskunftsverweigerung sind aktenkundig zu machen. Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, sind Betroffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, dass sie sich an den Sächsischen Datenschutzbeauftragten wenden können. Dem Datenschutzbeauftragten ist auf sein Verlangen Auskunft zu erteilen, soweit nicht das Staatsministerium des Innern im Einzelfall feststellt, dass dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. Mitteilungen des Sächsischen Datenschutzbeauftragten an Betroffene dürfen keine Rückschlüsse auf den Kenntnisstand des Landesamtes für Verfassungsschutz

zulassen, sofern dieses nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

Dritter Abschnitt **Übermittlungsvorschriften**

§ 10 **Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen**

(1) Die Behörden und Gerichte des Freistaates Sachsen, die Gemeinden, Landkreise und sonstigen der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts übermitteln von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Informationen zur Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 oder zur Beobachtung von Bestrebungen erforderlich sind, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 2 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 3a genannten Schutzgüter gerichtet sind.

(2) Die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeidienststellen übermitteln darüber hinaus von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz auch alle anderen ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz erforderlich ist.

§ 11

Informationsübermittlung durch öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) Die in § 10 genannten öffentlichen Stellen haben dem Landesamt für Verfassungsschutz auf dessen Ersuchen die ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und Informationen zu übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben nach § 2 Abs. 1 oder Abs. 2 erforderlich ist. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Ersuchen aktenkundig zu machen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Akten anderer öffentlicher Stellen und amtliche Register unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 und vorbehaltlich der in § 13 getroffenen Regelung einsehen, soweit dies zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 und 2 oder zum Schutz von Mitarbeitern und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen Gefahren für Leib und Leben erforderlich ist und die sonstige Übermittlung von Informationen aus den Akten oder den Registern den Zweck der Maßnahmen gefährden oder das Persönlichkeitsrecht von Betroffenen unverhältnismäßig beeinträchtigen würde. Über die Einsichtnahme nach Satz 1 hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die Veranlassung, die ersuchte Behörde und die Aktenfundstelle hervorgehen. Die Nachweise sind fünf Jahre gesondert aufzubewahren und gegen ungerechtfertigten Zugriff zu sichern und anschließend zu vernichten.

(3) Die Übermittlung personenbezogener Daten und sonstige Informationen, die aufgrund

einer Maßnahme nach § 100a der Strafprozessordnung bekannt geworden sind, ist nur zulässig, wenn tatsächlich Anhaltspunkte dafür bestehen, dass jemand eine der in § 3 G 10 genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Satz 1 übermittelten Unterlagen findet § 4 Abs. 1 und 2 Satz 3 G 10 entsprechende Anwendung.

§ 11a

Informationsübermittlung durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) Ein Ersuchen des Landesamtes für Verfassungsschutz um Übermittlung personenbezogener Daten darf nur diejenigen personenbezogenen Daten enthalten, die für die Erteilung der Auskunft unerlässlich sind. Schutzwürdige Interessen des Betroffenen dürfen nur in unvermeidbarem Umfang beeinträchtigt werden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und zu Geldbewegungen und Geldanlagen einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die dort genannten Schutzgüter vorliegen.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 G 10 bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig

Postdienstleistungen erbringen, sowie bei denjenigen, die an der Erbringung dieser Dienstleistungen mitwirken, unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften, Postfächern und sonstigen Umständen des Postverkehrs einholen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Luftfahrtunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften und zur Inanspruchnahme von Transportleistungen und sonstigen Umständen des Luftverkehrs einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die dort genannten Schutzgüter vorliegen.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 G 10 bei denjenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste und Teledienste erbringen oder daran mitwirken, unentgeltlich Auskünfte über Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten einholen. Die Auskunft kann auch in Bezug auf zukünftige Telekommunikation und zukünftige Nutzung von Telediensten verlangt werden. Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten sind:

1. Berechtigungskennungen, Kartennummern, Standortkennung sowie Rufnummern oder Kennung des anrufenden und angerufenen Anschlusses oder der Endeinrichtung,
2. Beginn und Ende der Verbindung nach Datum und Uhrzeit,
3. Angaben über die Art der vom Kunden in Anspruch genommenen Telekommunikations- und Teledienst-Dienste,

4. Endpunkte festgeschalteter Verbindungen, ihr Beginn und ihr Ende nach Datum und Uhrzeit.

(6) Auskünfte nach den Absätzen 2 bis 5 dürfen nur auf Antrag eingeholt werden. Der Antrag ist durch den Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz, im Falle seiner Verhinderung durch seinen Vertreter, schriftlich zu stellen und zu begründen. Über den Antrag entscheidet der Staatsminister des Innern, im Falle seiner Verhinderung sein Vertreter.

(7) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Kommission nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes im Freistaat Sachsen (SächsAG G 10) vom 16. Oktober 1992 (SächsGVBl. S. 464), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. August 2003 (SächsGVBl. S. 313, 317), über die gemäß Absatz 6 beschiedenen Anträge vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzug darf das Staatsministerium des Innern den Vollzug der Entscheidung bereits vor Unterrichtung der Kommission anordnen. In diesen Fällen ist die Unterrichtung innerhalb von zehn Tagen nachzuholen. Die Kommission prüft von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden die Zulässigkeit der Einholung von Auskünften. Entscheidungen über Auskünfte, die die Kommission für unzulässig oder für nicht notwendig erklärt, hat das Staatsministerium des Innern unverzüglich aufzuheben.

(8) § 2 Abs. 2 SächsAG G 10 ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass die Kontrollbefugnis der Kommission sich auf die gesamte Verarbeitung der nach Absatz 1 erhobenen Daten erstreckt.

(9) Für die Verarbeitung der nach Absatz 1 erhobenen Daten ist § 4 G 10 entsprechend

anzuwenden. Das Auskunftersuchen und die übermittelten Daten dürfen dem Betroffenen oder Dritten vom Auskunftgeber nicht mitgeteilt werden. Für die Mitteilungen an Betroffene findet § 12 Abs. 1 und 3 G 10 entsprechende Anwendung.

(10) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission (§ 16) und das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes in Abständen von höchstens sechs Monaten über die nach den Absätzen 2 bis 5 durchgeführten Maßnahmen; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen zu geben.

§ 11b Weitere Informationsübermittlungen durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) Soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz im Einzelfall erforderlich ist, darf von demjenigen, der geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringt oder daran mitwirkt (Diensteanbieter), Auskunft über die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3200) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, erhobenen Daten verlangt werden (§ 113 Abs. 1 Satz 1 TKG). Bezieht sich das Auskunftsverlangen nach Satz 1 auf Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird (§ 113 Abs. 1 Satz 2 TKG), darf

die Auskunft nur verlangt werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für die Nutzung der geschützten Daten vorliegen.

(2) Die Auskunft nach Absatz 1 darf auch anhand einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse verlangt werden (§ 113 Abs. 1 Satz 3 TKG). Für Auskunftsverlangen nach Satz 1 und Absatz 1 Satz 2 gilt § 11a Abs. 6 Satz 1 und 2 sowie Abs. 7 bis 9 Satz 1 entsprechend mit der Maßgabe, dass über den Antrag das Staatsministerium des Innern entscheidet.

(3) Die betroffene Person ist in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 und des Absatzes 2 Satz 1 durch das Landesamt für Verfassungsschutz von der Beauskunftung zu benachrichtigen. Die Benachrichtigung erfolgt, soweit und sobald eine Gefährdung des Zwecks der Auskunft und der Eintritt übergreifender Nachteile für das Wohl des Bundes oder eines Landes ausgeschlossen werden können. Wurden personenbezogene Daten an eine andere Stelle übermittelt, erfolgt die Benachrichtigung im Benehmen mit dieser. Die Benachrichtigung unterbleibt, sofern einer der Hinderungsgründe in Satz 2 auch nach fünf Jahren nach Beauskunftung nicht ausgeschlossen werden kann, er mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden kann, und die Voraussetzungen für eine Löschung sowohl bei der erhebenden Stelle als auch beim Empfänger vorliegen. Die Benachrichtigung unterbleibt auch, wenn ihr überwiegende schutzwürdige Belange Dritter oder der betroffenen Person selbst entgegenstehen. Wird die Benachrichtigung nach Satz 2 zurückgestellt oder nach Satz 4 oder Satz 5 von ihr abgesehen, sind die Gründe aktenkundig zu machen.

(4) Aufgrund eines Auskunftsverlangens nach Absatz 1 oder 2 hat der Diensteanbieter die zur Auskunftserteilung erforderlichen Daten unverzüglich, vollständig und richtig zu übermitteln.

(5) Der Diensteanbieter erhält für Auskünfte nach den Absätzen 1 und 2 eine Entschädigung, deren Umfang sich nach § 23 und Anlage 3 des Gesetzes über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscherinnen, Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen, ehrenamtlichen Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz – JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586, 2681), in der jeweils geltenden Fassung, bemisst; die Vorschriften über die Verjährung in § 2 Abs. 1 und 4 JVEG finden entsprechende Anwendung.

§ 12 Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an Behörden sowie andere öffentliche Stellen übermitteln, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist oder Empfänger die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit benötigen. Soweit die Daten Verwendungsbeschränkungen unterliegen, hat das Landesamt für Verfassungsschutz die Daten zu kennzeichnen. Die Kennzeichnung ist durch den Empfänger aufrechtzuerhalten. Empfänger dürfen die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu

dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat der Staatsanwaltschaft und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeidienststellen die ihm bekannt gewordenen personenbezogenen Daten zu übermitteln, wenn im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung nach § 2 zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass dies zur Verhinderung oder Verfolgung folgender Straftaten erforderlich ist:

1. von Staatsschutzdelikten nach §§ 74a und 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes sowie von Straftaten, bei denen auf Grund ihrer Zielsetzung, der Motive der Täter oder deren Verbindungen zu einer Organisation zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind, und
2. von Straftaten, die gegen das Leben oder in erheblichem Maße gegen die körperliche Unversehrtheit oder gegen Sach- und Vermögenswerte von erheblicher Bedeutung gerichtet sind.

Soweit die Daten Verwendungsbeschränkungen unterliegen, hat das Landesamt für Verfassungsschutz die Daten zu kennzeichnen. Die Kennzeichnung ist durch den Empfänger aufrechtzuerhalten.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an andere als öffentliche Stellen nicht übermitteln, es sei denn, dass dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes, zur Abwehr sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeit für eine

fremde Macht oder zur Gewährleistung der Sicherheit einer lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtung nach § 1 Abs. 4 des Gesetzes über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes (Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SÜG) vom 20. April 1994 (BGBl. I S. 867), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322, 3329), in der jeweils geltenden Fassung, oder nach § 1 Abs. 3 Nr. 4 SächsSÜG in der jeweils geltenden Fassung erforderlich ist und der Staatsminister des Innern oder sein Vertreter zugestimmt hat. Die Zustimmung kann auch für eine Mehrzahl gleichartiger, sachlich zusammenhängender Fälle vorweg erteilt werden. Sie ist nicht erforderlich für den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden. Er ist verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz auf Verlangen Auskunft über die vorgenommene Verwendung zu geben. Der Empfänger ist auf die Verpflichtungen nach den Sätzen 5 und 6 hinzuweisen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland, Belange der Länder oder überwiegende schutzwürdige Interessen von Betroffenen entgegenstehen. Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. Empfänger sind darauf hinzuweisen, dass die

übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie übermittelt wurden, und das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

(5) Der Empfänger prüft, ob die übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, hat er die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall sind die Daten zu sperren.

§ 12a Übermittlung von nach § 5a erhobenen personenbezogenen Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf unter den Voraussetzungen des § 5a erhobene personenbezogene Daten den in § 12 genannten Behörden nur zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden Lebensgefahr oder einer dringenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes, für Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für herausragende Sach- oder Vermögenswerte übermitteln. Für personenbezogene Daten nach § 5a Abs. 7 Satz 2 gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass es sich um Gegenstände von bedeutendem Wert, die der Versorgung der Bevölkerung dienen, um Gegenstände von kulturell herausragendem Wert oder um die in § 305 StGB genannten Bauwerke handeln muss.

(2) Zur Verfolgung von Straftaten darf das Landesamt für Verfassungsschutz unter den

Voraussetzungen des § 5a erhobene personenbezogene Daten den Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeidienststellen nur übermitteln, soweit die Voraussetzungen des § 100c StPO vorliegen und für die Straftat eine Höchststrafe von mehr als fünf Jahren Freiheitsstrafe angedroht wird.

(3) Die Übermittlung nach den Absätzen 1 und 2 ist nur zulässig, soweit

1. sie zur Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich ist,
2. nach eigenen Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz ausgeschlossen werden kann, dass der Empfänger die Daten für andere Zwecke nutzt,
3. die bisherige Kennzeichnung der Daten aufrechterhalten bleibt,
4. sichergestellt ist, dass der Empfänger § 7a Abs. 2 entsprechend anwendet, und
5. die Übermittlung an ausländische Behörden nur im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz erfolgt.

§ 13 **Übermittlungsverbote**

(1) Die Übermittlung von Informationen nach den §§ 10, 11, 12 und 12a unterbleibt, wenn

1. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der Informationen und ihrer Erhebung die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegen,
2. überwiegende Sicherheitsinteressen oder überwiegende Belange der Strafverfolgung dies erfordern oder
3. besondere gesetzliche Übermittlungsregelungen entgegenstehen.

Die Verpflichtung zur Wahrung gesetzlicher Geheimhaltungspflichten oder von Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnissen, die nicht auf gesetzlichen Vorschriften beruhen, bleibt unberührt.

(2) Informationen über Minderjährige vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden.

§ 14 **Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz**

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft unverzüglich, ob die ihm nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, hat es die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist. In diesem Fall sind die Daten zu sperren.

(2) Erweisen sich personenbezogene Daten, nachdem sie durch das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt worden sind, als unrichtig oder unvollständig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen oder zu ergänzen, es sei denn, dass dies für die Beurteilung eines Sachverhalts ohne Bedeutung ist.

§ 15

Unterrichtung der Öffentlichkeit

Das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichten die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1. Dabei dürfen personenbezogene Daten bekannt gegeben werden, wenn dies für die Unterrichtung erforderlich ist und die Informationsinteressen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse des Betroffenen überwiegen.

Vierter Abschnitt

Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung von Grundrechten

§ 16

Parlamentarische Kontrollkommission

(1) Die Sächsische Staatsregierung unterliegt hinsichtlich der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern über das Landesamt für Verfassungsschutz und hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages. Die Rechte des Landtages und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern, die zu Beginn jeder Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte einzeln mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt werden. Zwei Mitglieder müssen der parlamentarischen Opposition angehören. Die Parlamentarische Kontrollkommission wählt einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie tritt mindestens zweimal jährlich zusammen. Die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen

Kontrollkommission kann von mindestens zwei Mitgliedern verlangt werden.

(3) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden. Der Sächsische Datenschutzbeauftragte kann, soweit personenbezogene Daten Gegenstand der Beratung sind, beteiligt werden; die Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. Satz 1 gilt nicht für die Bewertung aktueller Vorgänge, wenn die Mehrheit der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission ihre vorherige Zustimmung erteilt hat.

(4) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus oder wird es Mitglied der Staatsregierung, endet auch seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für ein ausgeschiedenes Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen.

(5) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch nach Ablauf der Wahlperiode des Landtages so lange aus, bis der nachfolgende Landtag eine neue Parlamentarische Kontrollkommission gewählt hat.

§ 17

Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission

(1) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz und über die Vorgänge von besonderer Bedeutung. Hierzu gehört auch die Unterrichtung über die nach § 5 Abs. 3 und § 5a Abs. 1 und 10

angeordneten Maßnahmen und die nach § 5a Abs. 9 getroffenen Entscheidungen. Ebenso umfasst die Unterrichtung auch das Tätigwerden von Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer sowie das Herstellen des Benehmens für das Tätigwerden des Bundesamtes für Verfassungsschutz nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG) vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2970), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3202, 3217), in der jeweils geltenden Fassung. Auf Verlangen der Parlamentarischen Kontrollkommission berichtet das Staatsministerium des Innern zu konkreten Themen aus dem Aufgabenbereich des Landesamtes für Verfassungsschutz.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission hat das Recht auf Erteilung von Auskünften. Der Staatsminister des Innern kann einem Kontrollbegehren widersprechen, wenn es im Einzelfall die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz oder den notwendigen Schutz des Nachrichtenzugangs gefährden würde; er hat dies zu begründen. Entfallen die Gründe für Satz 2, so ist die Auskunftserteilung unverzüglich nachzuholen.

(3) Die Unterrichtung umfasst nicht Angelegenheiten, über die das Staatsministerium des

Innern die Kommission nach Artikel 10 des Grundgesetzes zu unterrichten hat.

§ 18 **Einschränkung von Grundrechten**

Durch dieses Gesetz können im Rahmen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Sachsen das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes, Artikel 27 der Verfassung des Freistaates Sachsen), das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes, Artikel 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen) und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes, Artikel 33 der Verfassung des Freistaates Sachsen) eingeschränkt werden.

Fünfter Abschnitt **Schlussbestimmung**

§ 19 **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Dresden, den 16. Oktober 1992

Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz)

Vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298),
zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 7. Dezember
(BGBl. I S. 2576)

Hinweis: Mittelbare Änderung durch Artikel 6 Nr. 3 Buchstabe a des Gesetzes vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2576) ist berücksichtigt

Abschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Gegenstand des Gesetzes

(1) Es sind

1. die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, der Militärische Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst zur Abwehr von drohenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes einschließlich der Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages,
 2. der Bundesnachrichtendienst im Rahmen seiner Aufgaben nach § 1 Abs. 2 des BND-Gesetzes auch zu den in § 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 bis 7 und § 8 Abs. 1 Satz 1 bestimmten Zwecken
- berechtigt, die Telekommunikation zu überwachen und aufzuzeichnen, in den Fällen der Nummer 1 auch die dem Brief- oder Postgeheimnis unterliegenden Sendungen zu öffnen und einzusehen.

(2) Soweit Maßnahmen nach Absatz 1 von Behörden des Bundes durchgeführt werden, unterliegen sie der Kontrolle durch das Parlamentarische Kontrollgremium und durch eine besondere Kommission (G 10-Kommission).

§ 2 Pflichten der Anbieter von Post- und Telekommunikationsdiensten

(1) Wer geschäftsmäßig Postdienste erbringt oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirkt, hat der berechtigten Stelle auf Anordnung Auskunft über die näheren Umstände des Postverkehrs zu erteilen und Sendungen, die ihm zum Einsammeln, Weiterleiten oder Ausliefern anvertraut sind, auszuhändigen. Der nach Satz 1 Verpflichtete hat der berechtigten Stelle auf Verlangen die zur Vorbereitung einer Anordnung erforderlichen Auskünfte zu Postfächern zu erteilen, ohne dass es hierzu einer gesonderten Anordnung bedarf. Wer geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringt oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirkt, hat der berechtigten Stelle auf Anordnung Auskunft über die näheren Umstände der nach Wirksamwerden der Anordnung durchgeführten Telekommunikation zu erteilen, Sendungen, die ihm zur Übermittlung auf dem Telekommunikationsweg anvertraut sind, auszuhändigen sowie die Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation zu ermöglichen. § 8a Absatz 2 Satz 1 Nummer 4

des Bundesverfassungsschutzgesetzes, § 4a des MAD-Gesetzes und § 2a des BND-Gesetzes bleiben unberührt. Ob und in welchem Umfang der nach Satz 3 Verpflichtete Vorkehrungen für die technische und organisatorische Umsetzung der Überwachungsmaßnahme zu treffen hat, bestimmt sich nach § 110 des Telekommunikationsgesetzes und der dazu erlassenen Rechtsverordnung.

(2) Der nach Absatz 1 Satz 1 oder 3 Verpflichtete hat vor Durchführung einer beabsichtigten Beschränkungsmaßnahme unverzüglich die Personen, die mit der Durchführung der Maßnahme betraut werden sollen,

1. auszuwählen,
2. einer einfachen Sicherheitsüberprüfung unterziehen zu lassen und
3. über Mitteilungsverbote nach § 17 sowie die Strafbarkeit eines Verstoßes nach § 18 zu belehren; die Belehrung ist aktenkundig zu machen.

Mit der Durchführung einer Beschränkungsmaßnahme dürfen nur Personen betraut werden, die nach Maßgabe des Satzes 1 überprüft und belehrt worden sind. Nach Zustimmung des Bundesministeriums des Innern kann der Behördenleiter der berechtigten Stelle oder dessen Stellvertreter die nach Absatz 1 Satz 1 oder 3 Verpflichteten schriftlich auffordern, die Beschränkungsmaßnahme bereits vor Abschluss der Sicherheitsüberprüfung durchzuführen. Der nach Absatz 1 Satz 1 oder 3 Verpflichtete hat sicherzustellen, dass die Geheimenschutzmaßnahmen nach den Abschnitten 1.1 bis 1.4, 1.6, 2.1 und 2.3 bis 2.5 der Anlage 7 zur Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlusssachen vom 29. April 1994 (GMBl S. 674) getroffen werden.

(3) Die Sicherheitsüberprüfung nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 ist entsprechend dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz durchzuführen. Für Beschränkungsmaßnahmen einer Landesbehörde gilt dies nicht, soweit Rechtsvorschriften des Landes vergleichbare Bestimmungen enthalten; in diesem Fall sind die Rechtsvorschriften des Landes entsprechend anzuwenden. Zuständig ist bei Beschränkungsmaßnahmen von Bundesbehörden das Bundesministerium des Innern; im Übrigen sind die nach Landesrecht bestimmten Behörden zuständig. Soll mit der Durchführung einer Beschränkungsmaßnahme eine Person betraut werden, für die innerhalb der letzten fünf Jahre bereits eine gleich- oder höherwertige Sicherheitsüberprüfung nach Bundes- oder Landesrecht durchgeführt worden ist, soll von einer erneuten Sicherheitsüberprüfung abgesehen werden.

Abschnitt 2 **Beschränkungen in Einzelfällen**

§ 3 **Voraussetzungen**

(1) Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 dürfen unter den dort bezeichneten Voraussetzungen angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand

1. Straftaten des Friedensverrats oder des Hochverrats (§§ 80 bis 83 des Strafgesetzbuches),
2. Straftaten der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates (§§ 84 bis 86, 87 bis 89a des Strafgesetzbuches, § 20 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 des Vereinsgesetzes),
3. Straftaten des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit (§§ 94 bis 96, 97a bis 100a des Strafgesetzbuches),

4. Straftaten gegen die Landesverteidigung (§§ 109e bis 109g des Strafgesetzbuches),
 5. Straftaten gegen die Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages (§§ 87, 89, 94 bis 96, 98 bis 100, 109e bis 109g des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 1 des NATO-Truppen-Schutzgesetzes),
 6. Straftaten nach
 - a) den §§ 129a bis 130 des Strafgesetzbuches sowie
 - b) den §§ 211, 212, 239a, 239b, 306 bis 306c, 308 Abs. 1 bis 3, § 315 Abs. 3, § 316b Abs. 3 und § 316c Abs. 1 und 3 des Strafgesetzbuches, soweit diese sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten, oder
 7. Straftaten nach § 95 Abs. 1 Nr. 8 des Aufenthaltsgesetzes plant, begeht oder begangen hat. Gleiches gilt, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand Mitglied einer Vereinigung ist, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind.
- (1a) Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 dürfen unter den dort bezeichneten Voraussetzungen für den Bundesnachrichtendienst auch für Telekommunikationsanschlüsse, die sich an Bord deutscher Schiffe außerhalb deutscher Hoheitsgewässer befinden, angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte bestehen, dass jemand eine der in § 23a Abs. 1 und 3 des Zollfahndungsdienstgesetzes genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat.

(2) Die Anordnung ist nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Sie darf sich nur gegen den Verdächtigen oder gegen Personen richten, von denen auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für den Verdächtigen bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder dass der Verdächtige ihren Anschluss benutzt. Maßnahmen, die sich auf Sendungen beziehen, sind nur hinsichtlich solcher Sendungen zulässig, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie von dem, gegen den sich die Anordnung richtet, herrühren oder für ihn bestimmt sind. Abgeordnetenpost von Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Parlamente der Länder darf nicht in eine Maßnahme einbezogen werden, die sich gegen einen Dritten richtet.

§ 3a Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung

Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 sind unzulässig, soweit tatsächliche Anhaltspunkte für die Annahme vorliegen, dass durch sie allein Erkenntnisse aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erfasst würden. Soweit im Rahmen von Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 neben einer automatischen Aufzeichnung eine unmittelbare Kenntnisnahme erfolgt, ist die Maßnahme unverzüglich zu unterbrechen, soweit sich während der Überwachung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Inhalte, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst werden. Bestehen insoweit Zweifel, darf nur eine automatische Aufzeichnung fortgesetzt werden. Automatische Aufzeichnungen nach Satz 3 sind unverzüglich einem bestimmten Mitglied

der G10-Kommission oder seinem Stellvertreter zur Entscheidung über die Verwertbarkeit oder Löschung der Daten vorzulegen. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung. Die Entscheidung des Mitglieds der Kommission, dass eine Verwertung erfolgen darf, ist unverzüglich durch die Kommission zu bestätigen. Ist die Maßnahme nach Satz 2 unterbrochen worden, so darf sie für den Fall, dass sie nicht nach Satz 1 unzulässig ist, fortgeführt werden. Erkenntnisse aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung, die durch eine Beschränkung nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 erlangt worden sind, dürfen nicht verwertet werden. Aufzeichnungen hierüber sind unverzüglich zu löschen. Die Tatsachen der Erfassung der Daten und der Löschung sind zu dokumentieren. Die Dokumentation darf ausschließlich für Zwecke der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie ist zu löschen, wenn sie für diese Zwecke nicht mehr erforderlich ist, spätestens jedoch am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Dokumentation folgt.

§ 3b

Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Personen

(1) Maßnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1, die sich gegen eine in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2 oder Nr. 4 der Strafprozessordnung genannte Person richten und voraussichtlich Erkenntnisse erbringen würden, über die diese Person das Zeugnis verweigern dürfte, sind unzulässig. Dennoch erlangte Erkenntnisse dürfen nicht verwertet werden. Aufzeichnungen hierüber sind unverzüglich zu löschen. Die Tatsache ihrer Erlangung und Löschung ist zu dokumentieren. Die Sätze 2 bis 3 gelten entsprechend, wenn durch eine Maßnahme, die sich nicht gegen eine in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2 oder Nr. 4 der Strafprozessordnung genannte

Person richtet, von einer dort genannten Person Erkenntnisse erlangt werden, über die sie das Zeugnis verweigern dürfte.

(2) Soweit durch eine Beschränkung eine in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 bis 3b oder Nr. 5 der Strafprozessordnung genannte Person betroffen wäre und dadurch voraussichtlich Erkenntnisse erlangt würden, über die diese Person das Zeugnis verweigern dürfte, ist dies im Rahmen der Prüfung der Verhältnismäßigkeit unter Würdigung des öffentlichen Interesses an den von dieser Person wahrgenommenen Aufgaben und des Interesses an der Geheimhaltung der dieser Person anvertrauten oder bekannt gewordenen Tatsachen besonders zu berücksichtigen. Soweit hiernach geboten, ist die Maßnahme zu unterlassen oder, soweit dies nach der Art der Maßnahme möglich ist, zu beschränken.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, soweit die in § 53a der Strafprozessordnung Genannten das Zeugnis verweigern dürften.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht, sofern die zeugnisverweigerungsberechtigte Person Verdächtiger im Sinne des § 3 Abs. 2 Satz 2 ist oder tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass sie dessen in § 3 Abs. 1 bezeichnete Bestrebungen durch Entgegennahme oder Weitergabe von Mitteilungen bewusst unterstützt.

§ 4

Prüf-, Kennzeichnungs- und Löschungs-pflichten, Übermittlungen, Zweckbindung

(1) Die erhebende Stelle prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die erhobenen personenbezogenen Daten im Rahmen ihrer Aufgaben allein

oder zusammen mit bereits vorliegenden Daten für die in § 1 Abs. 1 Nr. 1 bestimmten Zwecke erforderlich sind. Soweit die Daten für diese Zwecke nicht erforderlich sind und nicht für eine Übermittlung an andere Stellen benötigt werden, sind sie unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. Die Löschung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zur Durchführung der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Die Protokolldaten sind am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt, zu löschen. Die Löschung der Daten unterbleibt, soweit die Daten für eine Mitteilung nach § 12 Abs. 1 oder für eine gerichtliche Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Beschränkungsmaßnahme von Bedeutung sein können. In diesem Fall sind die Daten zu sperren; sie dürfen nur zu diesen Zwecken verwendet werden.

(2) Die verbleibenden Daten sind zu kennzeichnen. Nach einer Übermittlung ist die Kennzeichnung durch den Empfänger aufrechtzuerhalten. Die Daten dürfen nur zu den in § 1 Abs. 1 Nr. 1 und den in Absatz 4 genannten Zwecken verwendet werden.

(3) Der Behördenleiter oder sein Stellvertreter kann anordnen, dass bei der Übermittlung auf die Kennzeichnung verzichtet wird, wenn dies unerlässlich ist, um die Geheimhaltung einer Beschränkungsmaßnahme nicht zu gefährden, und die G 10-Kommission oder, soweit es sich um die Übermittlung durch eine Landesbehörde handelt, die nach Landesrecht zuständige Stelle zugestimmt hat. Bei Gefahr im Verzuge kann die Anordnung bereits vor der Zustimmung getroffen werden. Wird die Zustimmung versagt, ist die Kennzeichnung durch den Übermittlungsempfänger

unverzüglich nachzuholen; die übermittelnde Behörde hat ihn hiervon zu unterrichten.

- (4) Die Daten dürfen nur übermittelt werden
1. zur Verhinderung oder Aufklärung von Straftaten, wenn
 - a) tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand eine der in § 3 Abs. 1 und 1a genannten Straftaten plant oder begeht,
 - b) bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine sonstige in § 7 Abs. 4 Satz 1 genannte Straftat plant oder begeht,
 2. zur Verfolgung von Straftaten, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in Nummer 1 bezeichnete Straftat begeht oder begangen hat, oder
 3. zur Vorbereitung und Durchführung eines Verfahrens nach Artikel 21 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes oder einer Maßnahme nach § 3 Abs. 1 Satz 1 des Vereinsgesetzes, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich sind.

(5) Sind mit personenbezogenen Daten, die übermittelt werden dürfen, weitere Daten des Betroffenen oder eines Dritten in Akten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist, ist die Übermittlung auch dieser Daten zulässig; eine Verwendung dieser Daten ist unzulässig. Über die Übermittlung entscheidet ein Bediensteter der übermittelnden Stelle, der die Befähigung zum Richteramt hat. Die Übermittlung ist zu protokollieren.

(6) Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur für die Zwecke verwenden, zu deren Erfüllung sie ihm übermittelt worden sind. Er prüft unverzüglich und sodann in Abständen

von höchstens sechs Monaten, ob die übermittelten Daten für diese Zwecke erforderlich sind. Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle unverzüglich über die erfolgte Löschung.

Abschnitt 3 Strategische Beschränkungen

§ 5 Voraussetzungen

(1) Auf Antrag des Bundesnachrichtendienstes dürfen Beschränkungen nach § 1 für internationale Telekommunikationsbeziehungen, soweit eine gebündelte Übertragung erfolgt, angeordnet werden. Die jeweiligen Telekommunikationsbeziehungen werden von dem nach § 10 Abs. 1 zuständigen Bundesministerium mit Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums bestimmt. Beschränkungen nach Satz 1 sind nur zulässig zur Sammlung von Informationen über Sachverhalte, deren Kenntnis notwendig ist, um die Gefahr

1. eines bewaffneten Angriffs auf die Bundesrepublik Deutschland,
2. der Begehung internationaler terroristischer Anschläge mit unmittelbarem Bezug zur Bundesrepublik Deutschland,
3. der internationalen Verbreitung von Kriegswaffen im Sinne des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen sowie des unerlaubten Außenwirtschaftsverkehrs mit Waren, Datenverarbeitungsprogrammen und Technologien in Fällen von erheblicher Bedeutung,
4. der unbefugten gewerbs- oder bandenmäßig organisierten Verbringung von Betäubungsmitteln in das Gebiet der Europäischen Union in Fällen von erheblicher Bedeutung mit Bezug zur Bundesrepublik Deutschland,

5. der Beeinträchtigung der Geldwertstabilität im Euro-Währungsraum durch im Ausland begangene Geldfälschungen,
6. der international organisierten Geldwäsche in Fällen von erheblicher Bedeutung oder
7. des gewerbs- oder bandenmäßig organisierten Einschleusens von ausländischen Personen in das Gebiet der Europäischen Union in Fällen von erheblicher Bedeutung mit Bezug zur Bundesrepublik Deutschland
 - a) bei unmittelbarem Bezug zu den Gefahrenbereichen nach Nr. 1 bis 3 oder
 - b) in Fällen, in denen eine erhebliche Anzahl geschleuster Personen betroffen ist, insbesondere wenn durch die Art der Schleusung von einer Gefahr für ihr Leib oder Leben auszugehen ist, oder
 - c) in Fällen von unmittelbarer oder mittelbarer Unterstützung oder Duldung durch ausländische öffentliche Stellen rechtzeitig zu erkennen und einer solchen Gefahr zu begegnen. In den Fällen von Satz 3 Nr. 1 dürfen Beschränkungen auch für Postverkehrsbeziehungen angeordnet werden; Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Bei Beschränkungen von Telekommunikationsbeziehungen darf der Bundesnachrichtendienst nur Suchbegriffe verwenden, die zur Aufklärung von Sachverhalten über den in der Anordnung bezeichneten Gefahrenbereich bestimmt und geeignet sind. Es dürfen keine Suchbegriffe verwendet werden, die

1. Identifizierungsmerkmale enthalten, die zu einer gezielten Erfassung bestimmter Telekommunikationsanschlüsse führen, oder
2. den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung betreffen.

Dies gilt nicht für Telekommunikationsanschlüsse im Ausland, sofern ausgeschlossen werden kann, dass Anschlüsse, deren Inhaber oder regelmäßige Nutzer deutsche

Staatsangehörige sind, gezielt erfasst werden. Die Durchführung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie sind am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt, zu löschen.

§ 5a

Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung

Durch Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 dürfen keine Kommunikationsinhalte aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erfasst werden. Sind durch eine Beschränkung nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 Kommunikationsinhalte aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erfasst worden, dürfen diese nicht verwertet werden. Sie sind unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. § 3a Satz 2 bis 7 gilt entsprechend. Die Tatsache der Erfassung der Daten und ihrer Löschung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zum Zwecke der Durchführung der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie sind zu löschen, wenn sie für diese Zwecke nicht mehr erforderlich sind, spätestens jedoch am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt.

§ 6

Prüf-, Kennzeichnungs- und Löschungs-pflichten, Zweckbindung

(1) Der Bundesnachrichtendienst prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die erhobenen personenbezogenen Daten im Rahmen seiner Aufgaben allein oder zusammen mit bereits vorliegenden Daten für die in § 5 Abs. 1 Satz 3 bestimmten Zwecke erforderlich sind. Soweit

die Daten für diese Zwecke nicht erforderlich sind und nicht für eine Übermittlung an andere Stellen benötigt werden, sind sie unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. Die Löschung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zur Durchführung der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Die Protokolldaten sind am Ende des Kalenderjahres zu löschen, das dem Jahr der Protokollierung folgt. Außer in den Fällen der erstmaligen Prüfung nach Satz 1 unterbleibt die Löschung, soweit die Daten für eine Mitteilung nach § 12 Abs. 2 oder für eine gerichtliche Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Beschränkungsmaßnahme von Bedeutung sein können. In diesem Fall sind die Daten zu sperren; sie dürfen nur zu diesen Zwecken verwendet werden.

(2) Die verbleibenden Daten sind zu kennzeichnen. Nach einer Übermittlung ist die Kennzeichnung durch den Empfänger aufrechtzuerhalten. Die Daten dürfen nur zu den in § 5 Abs. 1 Satz 3 genannten Zwecken und für Übermittlungen nach § 7 Abs. 1 bis 4 und § 7a verwendet werden.

(3) Auf Antrag des Bundesnachrichtendienstes dürfen zur Prüfung der Relevanz erfasster Telekommunikationsverkehre auf Anordnung des nach § 10 Abs. 1 zuständigen Bundesministeriums die erhobenen Daten in einem automatisierten Verfahren mit bereits vorliegenden Rufnummern oder anderen Kennungen bestimmter Telekommunikationsanschlüsse abgeglichen werden, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie in einem Zusammenhang mit dem Gefahrenbereich stehen, für den die Überwachungsmaßnahme angeordnet wurde. Zu diesem Abgleich darf der Bundesnachrichtendienst

auch Rufnummern oder andere Kennungen bestimmter Telekommunikationsanschlüsse im Inland verwenden. Die zu diesem Abgleich genutzten Daten dürfen nicht als Suchbegriffe im Sinne des § 5 Abs. 2 Satz 1 verwendet werden. Der Abgleich und die Gründe für die Verwendung der für den Abgleich genutzten Daten sind zu protokollieren. Die Protokoll-
daten dürfen ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie sind am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt, zu vernichten.

§ 7 Übermittlungen durch den Bundesnachrichtendienst

(1) Durch Beschränkungen nach § 5 erhobene personenbezogene Daten dürfen nach § 12 des BND-Gesetzes zur Unterrichtung über die in § 5 Abs. 1 Satz 3 genannten Gefahren übermittelt werden.

(2) Durch Beschränkungen nach § 5 erhobene personenbezogene Daten dürfen an die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sowie an den Militärischen Abschirmdienst übermittelt werden, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Daten erforderlich sind zur Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind, oder
2. bestimmte Tatsachen den Verdacht sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeiten für eine fremde Macht begründen.

(3) Durch Beschränkungen nach § 5 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Satz 3 Nr. 3 erhobene personenbezogene Daten dürfen an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) übermittelt werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist

1. zur Aufklärung von Teilnehmern am Außenwirtschaftsverkehr über Umstände, die für die Einhaltung von Beschränkungen des Außenwirtschaftsverkehrs von Bedeutung sind, oder
2. im Rahmen eines Verfahrens zur Erteilung einer ausfuhrrechtlichen Genehmigung oder zur Unterrichtung von Teilnehmern am Außenwirtschaftsverkehr, soweit hierdurch eine Genehmigungspflicht für die Ausfuhr von Gütern begründet wird.

(4) Durch Beschränkungen nach § 5 erhobene personenbezogene Daten dürfen zur Verhinderung von Straftaten an die mit polizeilichen Aufgaben betrauten Behörden übermittelt werden, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand
 - a) Straftaten nach § 89a oder § 129a, auch in Verbindung mit § 129b Abs. 1, sowie den §§ 146, 151 bis 152a oder § 261 des Strafgesetzbuches,
 - b) Straftaten nach § 34 Abs. 1 bis 6 und 8, § 35 des Außenwirtschaftsgesetzes, §§ 19 bis 21 oder § 22a Abs. 1 Nr. 4, 5 und 7 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen oder
 - c) Straftaten nach § 29a Abs. 1 Nr. 2, § 30 Abs. 1 Nr. 1, 4 oder § 30a des Betäubungsmittelgesetzes
plant oder begeht oder
2. bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand

- a) Straftaten, die in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 5 und 7, Abs. 1 Satz 2 oder Abs. 1a dieses Gesetzes oder in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches bezeichnet sind,
- b) Straftaten nach den §§ 130, 232 Abs. 3, 4 oder Abs. 5 zweiter Halbsatz, §§ 249 bis 251, 255, 305a, 306 bis 306c, 307 Abs. 1 bis 3, § 308 Abs. 1 bis 4, § 309 Abs. 1 bis 5, §§ 313, 314, 315 Abs. 1, 3 oder Abs. 4, § 315b Abs. 3, §§ 316a, 316b Abs. 1 oder Abs. 3 oder § 316c Abs. 1 bis 3 des Strafgesetzbuches oder
- c) Straftaten nach § 96 Abs. 2, auch in Verbindung mit Absatz 4, und § 97 Abs. 1 bis 3 des Aufenthaltsgesetzes

plant oder begeht. Die Daten dürfen zur Verfolgung von Straftaten an die zuständigen Behörden übermittelt werden, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in Satz 1 bezeichnete Straftat begeht oder begangen hat.

(5) Die Übermittlung ist nur zulässig, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich ist. Sind mit personenbezogenen Daten, die übermittelt werden dürfen, weitere Daten des Betroffenen oder eines Dritten in Akten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist, ist die Übermittlung auch dieser Daten zulässig; eine Verwendung dieser Daten ist unzulässig. Über die Übermittlung entscheidet ein Bediensteter des Bundesnachrichtendienstes, der die Befähigung zum Richteramt hat. Die Übermittlung ist zu protokollieren.

(6) Der Empfänger darf die Daten nur für die Zwecke verwenden, zu deren Erfüllung sie ihm übermittelt worden sind. Er prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die übermittelten Daten für diese

Zwecke erforderlich sind. § 4 Abs. 6 Satz 4 und § 6 Abs. 1 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.

§ 7a **Übermittlungen durch den Bundesnachrichtendienst an ausländische öffentliche Stellen**

(1) Der Bundesnachrichtendienst darf durch Beschränkungen nach § 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2, 3 und 7 erhobene personenbezogene Daten an die mit nachrichtendienstlichen Aufgaben betrauten ausländischen öffentlichen Stellen übermitteln, soweit

1. die Übermittlung zur Wahrung außen- oder sicherheitspolitischer Belange der Bundesrepublik Deutschland oder erheblicher Sicherheitsinteressen des ausländischen Staates erforderlich ist,
 2. überwiegende schutzwürdige Interessen des Betroffenen nicht entgegenstehen, insbesondere in dem ausländischen Staat ein angemessenes Datenschutzniveau gewährleistet ist sowie davon auszugehen ist, dass die Verwendung der Daten durch den Empfänger in Einklang mit grundlegenden rechtsstaatlichen Prinzipien erfolgt, und
 3. das Prinzip der Gegenseitigkeit gewahrt ist.
- Die Übermittlung bedarf der Zustimmung des Bundeskanzleramtes.

(2) Der Bundesnachrichtendienst darf unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 durch Beschränkungen nach § 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2, 3 und 7 erhobene personenbezogene Daten ferner im Rahmen von Artikel 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen vom 3. August 1959 (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218) an Dienststellen

der Stationierungsstreitkräfte übermitteln, soweit dies zur Erfüllung der in deren Zuständigkeit liegenden Aufgaben erforderlich ist.

(3) Über die Übermittlung entscheidet ein Bediensteter des Bundesnachrichtendienstes, der die Befähigung zum Richteramt hat. Die Übermittlung ist zu protokollieren. Der Bundesnachrichtendienst führt einen Nachweis über den Zweck, die Veranlassung, die Aktenfundstelle und die Empfänger der Übermittlungen nach Absatz 1 und 2. Die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, zu vernichten.

(4) Der Empfänger ist zu verpflichten,

1. die übermittelten Daten nur zu dem Zweck zu verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden,
2. eine angebrachte Kennzeichnung beizubehalten und
3. dem Bundesnachrichtendienst auf Ersuchen Auskunft über die Verwendung zu erteilen.

(5) Das zuständige Bundesministerium unterrichtet monatlich die G10-Kommission über Übermittlungen nach Absatz 1 und 2.

(6) Das Parlamentarische Kontrollgremium ist in Abständen von höchstens sechs Monaten über die vorgenommenen Übermittlungen nach Absatz 1 und 2 zu unterrichten.

§ 8

Gefahr für Leib oder Leben einer Person im Ausland

(1) Auf Antrag des Bundesnachrichtendienstes dürfen Beschränkungen nach § 1 für internationale Telekommunikationsbeziehungen im

Sinne des § 5 Abs. 1 Satz 1 angeordnet werden, wenn dies erforderlich ist, um eine im Einzelfall bestehende Gefahr für Leib oder Leben einer Person im Ausland rechtzeitig zu erkennen oder ihr zu begegnen und dadurch Belange der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar in besonderer Weise berührt sind.

(2) Die jeweiligen Telekommunikationsbeziehungen werden von dem nach § 10 Abs. 1 zuständigen Bundesministerium mit Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums bestimmt. Die Zustimmung bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder. Die Bestimmung tritt spätestens nach zwei Monaten außer Kraft. Eine erneute Bestimmung ist zulässig, soweit ihre Voraussetzungen fortbestehen.

(3) Die Anordnung ist nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Der Bundesnachrichtendienst darf nur Suchbegriffe verwenden, die zur Erlangung von Informationen über die in der Anordnung bezeichnete Gefahr bestimmt und geeignet sind. § 5 Abs. 2 Satz 2 bis 6 gilt entsprechend. Ist die Überwachungsmaßnahme erforderlich, um einer im Einzelfall bestehenden Gefahr für Leib oder Leben einer Person zu begegnen, dürfen die Suchbegriffe auch Identifizierungsmerkmale enthalten, die zu einer gezielten Erfassung der Rufnummer oder einer anderen Kennung des Telekommunikationsanschlusses dieser Person im Ausland führen.

(4) Der Bundesnachrichtendienst prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die erhobenen personenbezogenen Daten im Rahmen seiner Aufgaben allein oder zusammen mit bereits vorliegenden Daten zu dem in Absatz 1

bestimmten Zweck erforderlich sind. Soweit die Daten für diesen Zweck nicht erforderlich sind, sind sie unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. Die Löschung ist zu protokollieren. § 6 Abs. 1 Satz 4 und 5, Abs. 2 Satz 1 und 2 gilt entsprechend. Die Daten dürfen nur zu den in den Absätzen 1, 5 und 6 genannten Zwecken verwendet werden.

(5) Die erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nach § 12 des BND-Gesetzes zur Unterrichtung über die in Absatz 1 genannte Gefahr übermittelt werden.

(6) Die erhobenen personenbezogenen Daten dürfen zur Verhinderung von Straftaten an die zuständigen Behörden übermittelt werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass jemand eine Straftat plant oder begeht, die geeignet ist, zu der Entstehung oder Aufrechterhaltung der in Absatz 1 bezeichneten Gefahr beizutragen. Die Daten dürfen zur Verfolgung von Straftaten an die zuständigen Behörden übermittelt werden, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in Satz 1 bezeichnete Straftat begeht oder begangen hat. § 7 Abs. 5 und 6 sowie § 7a Abs. 1 und 3 bis 6 gelten entsprechend.

Abschnitt 4 Verfahren

§ 9 Antrag

(1) Beschränkungsmaßnahmen nach diesem Gesetz dürfen nur auf Antrag angeordnet werden.

(2) Antragsberechtigt sind im Rahmen ihres Geschäftsbereichs

1. das Bundesamt für Verfassungsschutz,
 2. die Verfassungsschutzbehörden der Länder,
 3. das Amt für den Militärischen Abschirmdienst und
 4. der Bundesnachrichtendienst
- durch den Behördenleiter oder seinen Stellvertreter.

(3) Der Antrag ist schriftlich zu stellen und zu begründen. Er muss alle für die Anordnung erforderlichen Angaben enthalten. In den Fällen der §§ 3 und 8 hat der Antragsteller darzulegen, dass die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

§ 10 Anordnung

(1) Zuständig für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen ist bei Anträgen der Verfassungsschutzbehörden der Länder die zuständige oberste Landesbehörde, im Übrigen das Bundesministerium des Innern.

(2) Die Anordnung ergeht schriftlich. In ihr sind der Grund der Anordnung und die zur Überwachung berechnete Stelle anzugeben sowie Art, Umfang und Dauer der Beschränkungsmaßnahme zu bestimmen.

(3) In den Fällen des § 3 muss die Anordnung denjenigen bezeichnen, gegen den sich die Beschränkungsmaßnahme richtet. Bei einer Überwachung der Telekommunikation ist auch die Rufnummer oder eine andere Kennung des Telekommunikationsanschlusses oder die Kennung des Endgerätes, wenn diese allein diesem Endgerät zuzuordnen ist, anzugeben.

(4) In den Fällen der §§ 5 und 8 sind die Suchbegriffe in der Anordnung zu benennen. Ferner sind das Gebiet, über das Informationen gesammelt werden sollen, und die Übertragungswege, die der Beschränkung unterliegen, zu bezeichnen. Weiterhin ist festzulegen, welcher Anteil der auf diesen Übertragungswegen zur Verfügung stehenden Übertragungskapazität überwacht werden darf. In den Fällen des § 5 darf dieser Anteil höchstens 20 vom Hundert betragen.

(5) In den Fällen der §§ 3 und 5 ist die Anordnung auf höchstens drei Monate zu befristen. Verlängerungen um jeweils nicht mehr als drei weitere Monate sind auf Antrag zulässig, soweit die Voraussetzungen der Anordnung fortbestehen.

(6) Die Anordnung ist dem nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 Verpflichteten insoweit mitzuteilen, als dies erforderlich ist, um ihm die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu ermöglichen. Die Mitteilung entfällt, wenn die Anordnung ohne seine Mitwirkung ausgeführt werden kann.

(7) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die jeweilige Landesbehörde für Verfassungsschutz über die in deren Bereich getroffenen Beschränkungsanordnungen. Die Landesbehörden für Verfassungsschutz teilen dem Bundesamt für Verfassungsschutz die in ihrem Bereich getroffenen Beschränkungsanordnungen mit.

§ 11 **Durchführung**

(1) Die aus der Anordnung sich ergebenden Beschränkungsmaßnahmen sind unter Verantwortung der Behörde, auf deren Antrag die

Anordnung ergangen ist, und unter Aufsicht eines Bediensteten vorzunehmen, der die Befähigung zum Richteramt hat.

(2) Die Maßnahmen sind unverzüglich zu beenden, wenn sie nicht mehr erforderlich sind oder die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vorliegen. Die Beendigung ist der Stelle, die die Anordnung getroffen hat, und dem nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 Verpflichteten, dem die Anordnung mitgeteilt worden ist, anzuzeigen. Die Anzeige an den Verpflichteten entfällt, wenn die Anordnung ohne seine Mitwirkung ausgeführt wurde.

(3) Postsendungen, die zur Öffnung und Einsichtnahme ausgehändigt worden sind, sind dem Postverkehr unverzüglich wieder zuzuführen. Telegramme dürfen dem Postverkehr nicht entzogen werden. Der zur Einsichtnahme berechtigten Stelle ist eine Abschrift des Telegramms zu übergeben.

§ 12 **Mitteilungen an Betroffene**

(1) Beschränkungsmaßnahmen nach § 3 sind dem Betroffenen nach ihrer Einstellung mitzuteilen. Die Mitteilung unterbleibt, solange eine Gefährdung des Zwecks der Beschränkung nicht ausgeschlossen werden kann oder solange der Eintritt übergreifender Nachteile für das Wohl des Bundes oder eines Landes absehbar ist. Erfolgt die nach Satz 2 zurückgestellte Mitteilung nicht binnen zwölf Monaten nach Beendigung der Maßnahme, bedarf die weitere Zurückstellung der Zustimmung der G10-Kommission. Die G10-Kommission bestimmt die Dauer der weiteren Zurückstellung. Einer Mitteilung bedarf es nicht, wenn die G10-Kommission einstimmig festgestellt hat, dass

1. eine der Voraussetzungen in Satz 2 auch nach fünf Jahren nach Beendigung der Maßnahme noch vorliegt,
2. sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft vorliegt und
3. die Voraussetzungen für eine Löschung sowohl bei der erhebenden Stelle als auch beim Empfänger vorliegen.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Beschränkungsmaßnahmen nach den §§ 5 und 8, sofern die personenbezogenen Daten nicht unverzüglich gelöscht wurden. Die Frist von fünf Jahren beginnt mit der Erhebung der personenbezogenen Daten.

(3) Die Mitteilung obliegt der Behörde, auf deren Antrag die Anordnung ergangen ist. Wurden personenbezogene Daten übermittelt, erfolgt die Mitteilung im Benehmen mit dem Empfänger.

§ 13 **Rechtsweg**

Gegen die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen nach den §§ 3 und 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 und ihren Vollzug ist der Rechtsweg vor der Mitteilung an den Betroffenen nicht zulässig.

Abschnitt 5 **Kontrolle**

§ 14 **Parlamentarisches Kontrollgremium**

(1) Das nach § 10 Abs. 1 für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen zuständige Bundesministerium unterrichtet in Abständen von höchstens sechs Monaten das Parlamentarische Kontrollgremium über die Durchführung dieses Gesetzes. Das Gremium erstattet dem

Deutschen Bundestag jährlich einen Bericht über Durchführung sowie Art und Umfang der Maßnahmen nach den §§ 3, 5, 7a und 8; dabei sind die Grundsätze des § 10 Absatz 1 des Kontrollgremiumsgesetzes zu beachten.

(2) Bei Gefahr im Verzuge kann die Zustimmung zu Bestimmungen nach den §§ 5 und 8 durch den Vorsitzenden des Parlamentarischen Kontrollgremiums und seinen Stellvertreter vorläufig erteilt werden. Die Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums ist unverzüglich einzuholen. Die vorläufige Zustimmung tritt spätestens nach zwei Wochen außer Kraft.

§ 15 **G 10-Kommission**

(1) Die G 10-Kommission besteht aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muss, und drei Beisitzern sowie vier stellvertretenden Mitgliedern, die an den Sitzungen mit Rede- und Fragerecht teilnehmen können. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Mitglieder der G 10-Kommission sind in ihrer Amtsführung unabhängig und Weisungen nicht unterworfen. Sie nehmen ein öffentliches Ehrenamt wahr und werden von dem Parlamentarischen Kontrollgremium nach Anhörung der Bundesregierung für die Dauer einer Wahlperiode des Deutschen Bundestages mit der Maßgabe bestellt, dass ihre Amtszeit erst mit der Neubestimmung der Mitglieder der Kommission, spätestens jedoch drei Monate nach Ablauf der Wahlperiode endet.

(2) Die Beratungen der G 10-Kommission sind geheim. Die Mitglieder der Kommission sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Kommission bekannt geworden sind. Dies gilt

auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Kommission.

(3) Der G 10-Kommission ist die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Personal- und Sachausstattung zur Verfügung zu stellen; sie ist im Einzelplan des Deutschen Bundestages gesondert auszuweisen. Der Kommission sind Mitarbeiter mit technischem Sachverstand zur Verfügung zu stellen.

(4) Die G 10-Kommission tritt mindestens einmal im Monat zusammen. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums bedarf. Vor der Zustimmung ist die Bundesregierung zu hören.

(5) Die G 10-Kommission entscheidet von Amts wegen oder auf Grund von Beschwerden über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen. Die Kontrollbefugnis der Kommission erstreckt sich auf die gesamte Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der nach diesem Gesetz erlangten personenbezogenen Daten durch Nachrichtendienste des Bundes einschließlich der Entscheidung über die Mitteilung an Betroffene. Der Kommission und ihren Mitarbeitern ist dabei insbesondere

1. Auskunft zu ihren Fragen zu erteilen,
2. Einsicht in alle Unterlagen, insbesondere in die gespeicherten Daten und in die Datenverarbeitungsprogramme, zu gewähren, die im Zusammenhang mit der Beschränkungsmaßnahme stehen, und
3. jederzeit Zutritt in alle Diensträume zu gewähren.

Die Kommission kann dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz Gelegenheit zur Stellungnahme in Fragen des Datenschutzes geben.

(6) Das zuständige Bundesministerium unterrichtet monatlich die G 10-Kommission über die von ihm angeordneten Beschränkungsmaßnahmen vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzuge kann es den Vollzug der Beschränkungsmaßnahmen auch bereits vor der Unterrichtung der Kommission anordnen. Anordnungen, die die Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, hat das zuständige Bundesministerium unverzüglich aufzuheben. In den Fällen des § 8 tritt die Anordnung außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen vom Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter bestätigt wird. Die Bestätigung der Kommission ist unverzüglich nachzuholen.

(7) Das zuständige Bundesministerium unterrichtet monatlich die G 10-Kommission über Mitteilungen von Bundesbehörden nach § 12 Abs. 1 und 2 oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen. Hält die Kommission eine Mitteilung für geboten, ist diese unverzüglich vorzunehmen. § 12 Abs. 3 Satz 2 bleibt unberührt, soweit das Benehmen einer Landesbehörde erforderlich ist.

§ 16 Parlamentarische Kontrolle in den Ländern

Durch den Landesgesetzgeber wird die parlamentarische Kontrolle der nach § 10 Abs. 1 für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen zuständigen obersten Landesbehörden und die Überprüfung der von ihnen angeordneten Beschränkungsmaßnahmen geregelt. Personenbezogene Daten dürfen nur dann an Landesbehörden übermittelt werden, wenn die Kontrolle ihrer Verarbeitung und Nutzung durch den Landesgesetzgeber geregelt ist.

Abschnitt 6 **Straf- und Bußgeldvorschriften**

§ 17 **Mitteilungsverbote**

(1) Wird die Telekommunikation nach diesem Gesetz oder nach den §§ 100a, 100b der Strafprozessordnung überwacht, darf diese Tatsache von Personen, die Telekommunikationsdienste erbringen oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

(2) Wird die Aushändigung von Sendungen nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 angeordnet, darf diese Tatsache von Personen, die zur Aushändigung verpflichtet oder mit der Sendungsübermittlung betraut sind oder hieran mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

(3) Erfolgt ein Auskunftsersuchen oder eine Auskunftserteilung nach § 2 Abs. 1, darf diese Tatsache oder der Inhalt des Ersuchens oder der erteilten Auskunft von Personen, die zur Beantwortung verpflichtet oder mit der Beantwortung betraut sind oder hieran mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

§ 18 **Straftaten**

Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer entgegen § 17 eine Mitteilung macht.

§ 19 **Ordnungswidrigkeiten**

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. einer vollziehbaren Anordnung nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 zuwiderhandelt,
2. entgegen § 2 Abs. 2 Satz 2 eine Person betraut oder
3. entgegen § 2 Abs. 2 Satz 3 nicht sicherstellt, dass eine Geheimschutzmaßnahme getroffen wird.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünfzehntausend Euro geahndet werden.

(3) Bußgeldbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die nach § 10 Abs. 1 zuständige Stelle.

Abschnitt 7 **Schlussvorschriften**

§ 20 **Entschädigung**

Die nach § 1 Abs. 1 berechtigten Stellen haben für die Leistungen nach § 2 Abs. 1 eine Entschädigung zu gewähren, deren Umfang sich nach § 23 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes bemisst. In den Fällen der §§ 5 und 8 ist eine Entschädigung zu vereinbaren, deren Höhe sich an den nachgewiesenen tatsächlichen Kosten orientiert.

§ 21 **Einschränkung von Grundrechten**

Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes) wird durch dieses Gesetz eingeschränkt.

VI. Verzeichnis der im Verfassungsschutzbericht erwähnten extremistischen Organisationen

Rechtsextremismus

- 12 GOLDEN YEARS (Band TH)
2ND CLASS CITIZEN (Band)
ACCIAIO VINCENTE (Band, I)
AKTIONSGRUPPE SÄCHSISCHE SCHWEIZ
BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT e.V.
BLACKOUT (Band)
BLITZKRIEG (Band)
BLUTZEUGEN (Band)
BOOTBOIS DOBLINA (Band)
BRAINWASH (Band)
BRUTAL ATTACK (Band, GB)
CHRYSIS AVGI (GOLDENE MORGENDÄMMERUNG –
GRIECHISCHE PARTEI)
CONFIDENT OF VICTORY (Band, BB)
DER CLOU
DER DRITTE WEG (III. WEG)
DEUTSCHE STIMME-VERLAGSGESELLSCHAFT mbH
DIE LUNIKOFF-VERSCHWÖRUNG (Band, B)
DIE RECHTE
ENDLESS STRUGGLE (Band)
FAUST DES OSTENS
FAUSTRECHT (Band, BY)
FIGHT TONIGHT (Band, ST)
FRÄNKISCHE AKTIONSFRONT (verboten seit 2004)
FREIE KRÄFTE BAUTZEN
FREIE KRÄFTE DELITZSCH/EILENBURG
FREIE KRÄFTE DRESDEN (FKD)
FREIE KRÄFTE DÜBENER LAND
FREIE KRÄFTE LAUSITZ-NIEDERSCHLESSEN
FREIE KRÄFTE LEIPZIG
FREIE KRÄFTE SÄCHSISCHE SCHWEIZ OSTERZGEBIRGE
FREIE KRÄFTE VOGTLAND
FREIE KRÄFTE ZWICKAU
FREIE NATIONALISTEN FREIBERG (FN-FREIBERG)
FREIE NATIONALISTEN HOF
FREIES NETZ SÜD (FNS, verboten seit 23. Juli 2014)
FRONT RECORDS
FRONTALKAMPF (Band, BB)
FRONTFEUER (Band, BB)
GESTA BELLICA (Band, I)
GREEN ARROWS (Band, I)
GRIFFIN (Band, CAN)
HAMMERSKINS
HASSATTACK (Skinhead-Fanzine)
HATERFRONT (ehem. Leipziger Vertrieb)
HAUSMANNSKOST (Band, BB)
HEILIGER KRIEG (Band, SN, BW, TH)
HEILIGES REICH (Band)
HELLE & DIE RAC'KER (Band, BB)
HOPE FOR THE WEAK (Band)
JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)
KAMERADSCHAFT AACHENER LAND (verboten seit 23.
August 2012)
KAMERADSCHAFT HAMM (verboten seit 23. August
2012)
KAMERADSCHAFT HEIMATREUES LEIPZIG
KAMERADSCHAFT SCHLESISCHE JUNGS
KAOTIC CHEMNITZ (Fußballfanggruppierung)
KOMMANDO SKIN (Band)
LEGION OF THOR (Band, BR)
MARCH OR DIE (Band, GB)
MOSHPIT (Band)
MOTOR OF HATE (Band)
MUDHATER (design-Studio)
NAHKAMPF (Band, HB)
NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

NATIONALE AKTIVISTEN
 NATIONALE AKTIVISTEN TORGAUER UMLAND
 NATIONALE SOZIALISTEN BURGSTÄDT (NS-BURGSTÄDT)
 NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC, verboten
 28. März 2014)
 NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN (NS-DÖBELN), verbo-
 ten seit Februar 2013
 NATIONALE SOZIALISTEN HOYERSWERDA
 NATIONALE SOZIALISTEN NIEDERSCHLESIEIN – DIVISION
 SCHLESIEIN
 NATIONALER JUGENDBLOCK e.V. (NJB)
 NATIONALER WIDERSTAND DORTMUND (verboten seit
 23. August 2012)
 NATIONALES VERSANDHAUS
 NEW SOCIETY (NS-Boys/Fußballfanggruppierung)
 NORDSACHSENVERSAND
 OHNE WORTE(Band)
 OPOS-RECORDS
 PARANOID (BAND)
 PATH OF RESISTANCE (Band, MV)
 PC-RECORDS
 PLATZHIRSCH (Publikation)
 PRIORITÄT 18 (Band)
 PRO PATRIA (Band)
 PWA (Band, EST)
 RADIKAHL (Band, TH)
 REPRO-MEDIEN
 REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND VOGTLAND (RNJ)
 RING NATIONALER FRAUEN
 SACHSENBLUT (Band)
 SACHSONIA (Band)
 SARIN (Band)
 SCENARIO LOK
 SELBSTSTELLER (Band)
 SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS), verboten seit
 April 2001
 SMART VIOLENCE (Band)
 SNIPER (Band, FIN)
 STRONGSIDE (Band, ST)
 STURM UND DRANG (Band, BB)
 TÄTERVOLK (Band, MV)
 TERRORCREW MULDENTAL (TCM)

TERRORSPHÄRA (Band, A)
 THEMATIK 25 (Band)
 ÜBERZEUGUNGSTÄTER (Band MV)
 ÜBERZEUGUNGSTÄTER VOGTLAND (Band)
 UNGEBETENE GÄSTE (Band, MV)
 VERBOTEN (Band)
 WEISSE WÖLFE TERRORCREW (WWT)
 WHITE REBEL BOYS (Band, BY)
 WHITE RESISTANCE (Band)

Linksextremismus

ALLGEMEINES SYNDIKAT DRESDEN (Teilorganisation
 der FAU)
 ANARCHISTEN
 ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND LEIPZIG (ASJL)
 ANTIFA LAUSITZ
 ANTIFA PLAUEN
 ANTIFA ROSSWEIN-DÖBELN-LEISNIG (ANTIFA RDL)
 ANTIFASCHISTISCHE AKTION GÖRLITZ (AfA GÖRLITZ)
 ANTIFASCHISTISCHE AKTION KARL-MARX-STADT (AAK),
 AUCH: ANTIFASCHISTISCHE AKTION CHEMNITZ
 ANTIFASCHISTISCHE AKTION ROCHLITZ-GERINGSWALDE-
 BURGSTÄDT (ANTIFA RGB)
 ANTIFA NORDBÖHMEN (CZ)
 ANTIFASCHISTISCHE OFFENSIVE LEIPZIG (A.O.L.)
 AUTONOMAL-VERSAND
 AUTONOME
 FEINE SAHNE FISCHFILET (Band)
 DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)
 FAU-INITIATIVE CHEMNITZ, TEILORGANISATION DER FAU
 FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNA-
 TIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA)
 INTERIM e.V.
 INTERVENTIONISTISCHE LINKE (IL)
 KAMPAGNE 129eV
 KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-Ost)
 KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE
 (KPF)
 KOMMUNISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN (KAD)
 MARXISTISCHES FORUM (MF) MARXISTISCH-LENINISTI-
 SCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)

N-RDL NAZIFREI
ROTE HILFE e.V. (RH)
UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA DRESDEN (URA
DRESDEN)

Islamismus/islamistischer Terrorismus

ISLAMISCHER STAAT (IS)
SALAFISTISCHE BESTREBUNGEN

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)

ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)
DEMOKRATISCHES KURDISCHES GESELLSCHAFTSZENTRUM
(DKTM)
DEUTSCH-KURDISCHER FREUNDSCHAFTSVEREIN e.V.
FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e.V.
(YEK-KOM)

FREIHEITSFALKEN KURDISTANS (TAK)
KONFÖDERATION DER KURDISCHEN VEREINE IN EUROPA
(KON-KURD)
KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELL-
SCHAFT IN EUROPA (CDK)
KURDISCHER DEMOKRATISCHER GESELLSCHAFTSKONGRESS
IN DEUTSCHLAND (NAV-DEM)
KURDISCHER DEMOKRATISCHER GESELLSCHAFTSKONGRESS
IN EUROPA (KCD-E)
KURDISCHE DEMOKRATISCHE VOLKSUNION (YDK)
KURDISCHES HAUS LEIPZIG E. V.
KURDISCHES KULTURZENTRUM SACHSEN e.V.
NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS (ERNK)
PARTEI DER DEMOKRATISCHEN UNION (PYD)
VEREINIGTE GEMEINSCHAFTEN KURDISTANS (KCK)
VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KONGRA GEL)
VOLKSVERTEIDIGUNGSEINHEITEN (YPG)
VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE (HPG)

VII. Stichwortverzeichnis

2ND CLASS CITIZEN 91

12 GOLDEN YEARS 91

A

ABU BAKR AL-BAGHDADI (Emir des IS) 252

ACCIAIO VINCENTE 91

AJZ Chemnitz 220

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DAS VERGESSEN 70, 117

AKTIONSGRUPPE SÄCHSISCHE SCHWEIZ 150

AL-HAYAT Media Center (Medienstelle des IS) 252

ALLGEMEINES SYNDIKAT DRESDEN

AL-RAHMAN-MOSCHEE 239, 241

ANARCHISTEN 165, 166, 186, 226, 289

ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND LEIPZIG (ASJL)
182, 186, 209

ANSGAR ARYEN 80

ANTIFA LAUSITZ 209, 222

ANTIFA PLAUEN 223

ANTIFA ROSSWEIN-DÖBELN-LEISNIG (ANTIFA RDL) 220

ANTIFASCHISTISCHE AKTION GÖRLITZ (AfA GÖRLITZ) 222

ANTIFASCHISTISCHE AKTION KARL-MARX-STADT (AAK),
AUCH: ANTIFASCHISTISCHE AKTION CHEMNITZ 218

ANTIFASCHISTISCHE AKTION ROCHLITZ-GERINGSWALDE-
BURGSTÄDT 209, 220

ANTIFASCHISTISCHE OFFENSIVE LEIPZIG (A.O.L.) 176

APFEL, Holger 23, 28, 29, 31, 32, 44, 156

ARBEITERPARTEI DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT (DSSS) 32

ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) 206, 236, 237, 242, 283

ARMSTROFF, Klaus 65

AS-SAHABA/DIE GEFÄHRTEN e.V. und Moschee
Berlin 239

AUTONOMAL-VERSAND 222

AUTONOME 129, 166, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174,
175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 186, 197, 199,
201, 205, 207, 208, 209, 212, 213, 215, 217, 218,
219, 220, 223, 224, 225, 226, 228, 232, 233, 235,
257, 283, 284, 289, 291

Autonomia Operaia 168

B

BARNY 80, 85, 91, 115

BAUR, Jens 46, 106, 151

BEHR, Henry 98

BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTI-
TÄT e.V. 20, 102, 103

BLACKOUT 91

BLICKPUNKT DRESDEN 104

BLICKPUNKT LIEBSCHÜTZBERG 104

BLICKPUNKT NIEDERSCHLESILIEN 104

BLICKPUNKT NORDSACHSEN 104

BLICKPUNKT OBERLAUSITZ 104

BLICKPUNKT ZITTAU 104

BLITZKRIEG 115

BLUTZEUGEN 85, 121, 122

BÖHM, Enrico 134

BOOTBOIS DOBLINA 91

BRAINWASH 83, 86, 94, 121

BRITISH NATIONAL PARTY (BNP) 32, 54

BRUTAL ATTACK 92

Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“
209, 210, 211, 213, 214, 231

Bündnis „Rassismus tötet! Leipzig“ 231

C

„Chemnitz wehrt sich“ (Vereinigung) 220

CASA POUND 53, 54, 151

CHRYSIS AVGI (GOLDENE MORGENDÄMMERUNG) 96

CONFIDENT OF VICTORY 91

D

DABBAGH, Hassan 239, 240, 241

DABIQ (Zeitschrift) 251

DEITSCH UND FREI 104

Dělnická mládež (DM/Tschechien) 52, 54, 59, 144

DEMOKRATISCHES KURDISCHES GESELLSCHAFTSZENTRUM
(DKTM) 244

DENKANSTOß 104

DER AKTIVIST 48, 52, 53, 54, 100

- DER BEWÄHRUNGSHelfER 83
 DER CLOU 98, 157
 DER DRITTE WEG (III. WEG) 13, 15, 49, 65, 66, 71, 72, 74, 154, 155, 162
 DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP) 189, 196, 209
 DEUTSCHE STIMME 19, 31, 43, 141
 DEUTSCHE STIMME-VERLAGSGESELLSCHAFT mbH 52, 94
 DEUTSCH-KURDISCHEN FREUNDSCHAFTSVEREIN e.V. 245
 DIE LUNIKOFF-VERSCHWÖRUNG 92, 157
 DIE RECHTE 13, 15, 45, 51
 DÖHLER, Rico 65, 72, 155
 DORNBRACH, Pierre 52, 53, 58, 59, 144
 DREWER, Christoph 59, 144
 DRYVE BY SUIZHIDE 95, 98, 122
- E**
- ELBE-RÖDER-ECHO 104
 EL-SALAM-MOSCHEE MÜNCHEN 239
 ENDLESS STRUGGLE 86, 121, 122
- F**
- FAU-INITIATIVE CHEMNITZ, Teilorganisation der FAU 183, 185, 186, 218, 219, 226
 FAUST DES OSTENS 121
 FAUSTRECHT 91
 Federalnaja Sluschba Besopasnosti Rossijskoj Federazii (FSB) 265
 FEINE SAHNE FISCHFILET 209, 227
 FIGHT TONIGHT 91
 FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V. (YEK-KOM) 244, 245
 FRÄNKISCHE AKTIONSFROnt 65
 FRANZ, Frank 17, 32
 FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA) 176, 181, 182, 183, 184, 185, 187, 195, 197, 225, 227
 FREIE KRÄFTE BAUTZEN 107
 FREIE KRÄFTE DELITZSCH/EILENBURG 146
 FREIE KRÄFTE DRESDEN (FKD) 116, 117, 118, 120, 121
 FREIE KRÄFTE DÜBENER LAND 146
- FREIE KRÄFTE FROHBURG 129
 FREIE KRÄFTE KOHRENER LAND 129
 FREIE KRÄFTE LAUSITZ-NIEDERSCHLESIEEN 126
 FREIE KRÄFTE LEIPZIG 133
 FREIE KRÄFTE SÄCHSISCHE SCHWEIZ OSTERZGEBIRGE 150
 FREIE KRÄFTE VOGTLAND 159
 FREIE KRÄFTE ZWICKAU 159
 FREIE NATIONALISTEN FREIBERG (FN-Freiberg) 142
 FREIE NATIONALISTEN HOF 65
 FREIES NETZ BORNA/GEITHAIN 129
 FREIES NETZ SÜD (FNS/verboten) 65, 232
 FREIHEITSFALKEN KURDISTANS (TAK) 242
 FRONTALKRAFT (BB) 91
 FRONTFEUER 92
 FRONT RECORDS 97, 98, 132
 FÜR IMMER UND EWIG 101
 FYLGIEN 80, 92
- G**
- GANSEL, Jürgen 23, 28, 30, 31, 34, 37, 139
 GATTER, Jens 147
 GEBURTIG, Steve 100
 GEITHAINER SPRACHROHR 102
 GENTSCH, Tony 65, 66
 GESTA BELLICA 91
 GREEN ARROWS 91
 GRENZLAND 104
 GRIFFIN 54, 92
 GRIFFIN, Nick 32
- H**
- HAMMERSKINS 81, 82, 83, 292
 HARTUNG, Stefan 46, 123
 HASS ATTACKE 83
 HATE-FROnt 81
 HAUSMANNSKOST 92
 Haus Montag 151
 HEILIGER KRIEG 86, 91, 92, 241
 HEILIGES REICH 86, 146
 HEIMAT BEWAHREN. FREIHEIT ERKÄMPFEN 28, 29
 HEIMATSTIMME 104

- HEIMATTREUES LEIPZIG 133
HELLE & DIE RAC'KER 91
HIER & JETZT 20
HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE GEFANGENE UND
DEREN ANGEHÖRIGE e.V. (HNG) 79, 80
HOPE FOR THE WEAK 86, 121
- I**
- Initiative Zukunft statt Überfremdung 118
INTERIM E. V. 178, 181
INTERVENTIONISTISCHE LINKE (IL) 230
ISLAMISCHER STAAT (IS) 236, 246
- J**
- JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) 17, 48, 103, 106, 112,
119, 123, 126, 129, 133, 139, 140, 142, 147, 151,
156, 159
- K**
- KAMERADSCHAFT AACHENER LAND 65, 67, 68
KAMERADSCHAFT HAMM 65, 67, 68
KAMERADSCHAFT HEIMATTREUES LEIPZIG 133
KAMERADSCHAFT SCHLESISCHE JUNGS 127
KAMPAGNE 129eV 172, 174
Kampagne „Raus in die Zukunft“ 69, 111, 113
Kampagne „Sag was du denkst“ 62, 137, 144
Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“ 72,
74, 84, 121, 125, 146, 155, 163
Kampagne „Weg mit dem Drogendreck“ 56,
130, 144, 148, 157
KAOTIC CHEMNITZ 114
KLARTEXT 103
KÖHLER, Katrin 19
KOMMANDO SKIN 91
KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG (KPV) 17
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-Ost) 166
KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE
(KPF) 165, 166, 196
KOMMUNISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN (KAD) 189
KONFÖDERATION DER KURDISCHEN VEREINE IN EUROPA
(KON-KURD) 244
KÖNIG, Mathias 130
- KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELL-
SCHAFT IN EUROPA (CDK) 242
KRYPTONIT.CC 116, 117, 119
KURDISCHE DEMOKRATISCHE VOLKSUNION (YDK) 243
KURDISCHER DEMOKRATISCHER GESELLSCHAFTSKONGRESS
IN DEUTSCHLAND (NAV-DEM) 244
KURDISCHER DEMOKRATISCHER GESELLSCHAFTSKONGRESS
IN EUROPA (KCD-E) 244
KURDISCHES HAUS LEIPZIG e. V. 245
KURDISCHES KULTURZENTRUM SACHSEN e. V. 245
KURTH, Alexander 36, 37, 45, 51, 54, 55, 58, 59, 62,
64, 136, 137, 163
- L**
- LAMPRECHT, Erik 59, 144
LEGION OF THOR 91
LEIPZIGER STIMME 104
LEVIN, Pierre 63
LIBERGRAPHIX 141
Lichtellauf 46, 123
LÖFFLER, Mario 37
LUNIKOFF 92, 157
- M**
- MARCH OR DIE 91
MARXISTISCHES FORUM (MF) 196
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
(MLPD) 166, 189, 196
MARX, Peter 32
MEDIENVERBUND BLICKPUNKT SACHSEN 103
Ministry of State Security (MSS) 265
Military Intelligence Department (MID) 265
MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN (MND) 17
MITTENDRIN 104
MOSH PIT 83, 87
MOTOR OF HATE 91
MUDHATER 122
MÜLLER, Maik 111, 112, 116, 117

N

- NAHKAMPF 92
- NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) 15, 17, 51, 101, 106, 112, 119, 123, 126, 129, 133, 139, 142, 147, 151, 156, 159
- NATIONALE AKTIVISTEN 146, 150
- NATIONALE AKTIVISTEN TORGAUER UMLAND 146
- NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS (ERNK) 243
- NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC) 49, 61, 69, 109, 112
- NATIONALER JUGENDBLOCK E.V. (NJB) 80, 127, 128
- NATIONALER WIDERSTAND DORTMUND 65, 67, 68
- NATIONALE SOZIALISTEN BURGSTÄDT (NS-BURGSTÄDT) 142
- NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC) 49, 61, 69, 109, 110, 111, 112, 113, 114
- NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN (NS-DÖBELN) 34, 50, 68, 69, 75, 142, 143, 144
- NATIONALE SOZIALISTEN HOYERSWERDA (NS-HOY) 74
- NATIONALE SOZIALISTEN MAIN-KINZIG (NSMK) ORG. SACHSEN 63
- NATIONALE SOZIALISTEN NIEDERSCHLESILIEN – DIVISION SCHLESILIEN 126
- NATIONALES VERSANDHAUS 99
- NATION & WISSEN 141
- NEONATIONALSOZIALISTEN 13, 15, 49, 50, 64, 65, 67, 68, 69, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 84, 105, 108, 109, 111, 113, 116, 118, 119, 120, 121, 122, 125, 127, 128, 129, 133, 137, 139, 142, 146, 150, 153, 154, 156, 158, 162, 163, 250, 251, 290
- NETZWERKMITTE 116, 117
- NEW SOCIETY (NS-BOYS) 114
- NORDSACHSENVERSAND 99, 150
- N-RDL NAZIFREI 220, 221
- ## O
- ÖCALAN, Abdullah 242
- OHNE WORTE 87
- ONE FAMILY 81
- OPOS-RECORDS 81, 85, 86, 94, 96, 99, 122

P

- PARANOID 87
- PARTEI DER DEMOKRATISCHEN UNION (PYD) 243
- PASTÖRS, Udo 17, 31, 32, 43, 53, 120
- PATH OF RESISTANCE 91
- PC-RECORDS 84, 94, 96, 97, 100, 115, 121, 125, 146, 161
- PHASE 2 196
- PIATTMAR 87, 92, 146
- PLATZHIRSCH 56, 57, 61, 108, 120, 130, 131, 140, 148, 160, 249
- PRIORITÄT 18 87, 121, 253
- PRO PATRIA 88, 94, 125, 141
- PWA 92

R

- RAACK, Sebastian 99
- RADIKAHL 91
- RAHMEL, Yves 100, 115
- REPRO-MEDIEN 100, 109
- REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND VOGTLAND (RNJ) 68
- RICHTER, Karl 30
- RICHTER, Simon 46, 100, 106, 109
- RIEFLING, Dieter 111
- RING NATIONALER FRAUEN (RNF) 19, 123, 158
- ROHLEDER, Frank 156
- ROTE HILFE DEUTSCHLAND (RHD) 191
- ROTE HILFE E.V. (RH) 165, 166, 175, 191, 192, 195
- RZEHACZEK, Paul 45

S

- SACHSENBLUT 88, 91, 92, 146
- SACHSONIA 87, 88, 91, 121
- Salafisten 137, 237, 238, 239, 241
- SALAFISTISCHE BESTREBUNGEN 237, 253
- SARIN 88, 91, 132
- SATTELBERG, Thomas 151
- SCENARIO LOK 138
- SCHEFFLER, Maik 36, 37, 42, 43, 45, 129, 134, 147, 162
- SCHIMMER, Arne 32, 37
- SCHREIBER, Peter 32
- SCHÜBLER, Sigrid 32
- SELBSTSTELLER 88, 91, 141

SERXWEBUN 242
SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS) 151
SKODA, Sven 59, 144
SLIME 254
SMART VIOLENCE 92
SNIPER 92
SOZIALE HEIMAT STREHLA 104
SPREE-ELSTER-STIMME AUSGABE NORD 104
SPREE-ELSTER-STIMME AUSGABE SÜD 104
SPREELICHTER 78
STAMM, Daniela 45
STORMFRONT 83
STORR, Andreas 32, 55
STRONGSIDE 91
STURM UND DRANG 91
SZYMANSKI, Holger 17, 32, 37, 38, 46, 107, 147, 151

T

TÄTERVOLK 92
TERRORCREW MULDENTAL (TCM) 132
TERRORSPHÄRA 81
THEMATIK 25 88
THE STORE 153
TRAUTMANN, Stefan 34, 50, 56, 59, 68, 144
TRIPP, Manuel 102, 128, 129, 130, 131

U

ÜBERZEUGUNGSTÄTER 81, 91, 92, 157
Ülke-Büro 244
UNDERDOG 172, 174, 176, 231
UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA DRESDEN (URA
Dresden) 184, 207, 209, 210, 212, 213, 214,
215, 216, 229, 234
UNGEBETENE GÄSTE 91
UNGEHORSAM! DISOBEDIENCE! THEORIE &
PRAXIS KOLLEKTIVER REGELVER-
STÖSSE 229

V

VERBOTEN 65, 68, 74, 75, 89, 125
VEREINIGTE GEMEINSCHAFTEN KURDISTANS (KCK) 242
VIVA SAXONIA 104

VOGTLANDSTIMME 104
VOIGT, Udo 32, 54, 156, 157
VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KONGRA GEL) 244
VOLKSVERTEIDIGUNGSEINHEITEN (YPG) 243
VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE (HPG) 242

W

WEISSE WÖLFE TERRORCREW (WWT) 74
WHITE RESISTANCE 89, 92, 125, 161
WIDERSTANDSBEWEGUNG IN SÜDBRANDENBURG 67, 249
WORTGEWANDT 24, 25, 29, 30, 31
WRB (WHITE REBEL BOYS) 91
WULFF, Thomas 32

VIII. Verzeichnis der Orte, Landkreise, Regionen, Länder

- A**
Adorf (Vogtlandkreis) 156
Altenberg (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) 152
Annaberg-Buchholz (Erzgebirgskreis) 123, 125
Auerbach (Vogtlandkreis) 56, 123, 157, 249
Aue-Schwarzenberg (Erzgebirgskreis) 123
- B**
Bad Lausick (Landkreis Leipzig) 129
Bad Schandau (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) 152
Bad Schlema (Erzgebirgskreis) 123, 124
Baden-Württemberg 32, 65, 86, 154, 176, 180, 195, 203, 267
Bamberg (Bayern) 137, 159
Bautzen (Landkreis Bautzen) 35, 36, 37, 38, 40, 41, 42, 45, 46, 48, 49, 53, 56, 58, 59, 60, 64, 73, 100, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 127, 137, 144, 222, 248, 249, 260
Bayern 32, 49, 65, 66, 67, 71, 137, 154, 155, 159, 224, 232, 239
Berlin 17, 49, 58, 59, 80, 137, 144, 157, 180, 188, 203, 217, 239, 248, 254, 266, 287
Berlin Kreuzberg 180, 203
Bischofswerda (Landkreis Bautzen) 33, 48, 56, 108, 249
Borna (Landkreis Leipzig) 49, 73, 128, 129, 130, 131, 223
Borsdorf OT Panitzsch (Landkreis Leipzig) 90
Brandenburg 31, 43, 53, 58, 59, 130, 138, 142, 144, 146, 154, 156, 250, 251, 280
Brandis (Landkreis Leipzig) 129
- C**
Chemnitz 33, 36, 39, 40, 49, 61, 67, 68, 69, 72, 73, 74, 75, 76, 80, 85, 86, 94, 100, 101, 106, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 123, 137, 142, 146, 170, 174, 183, 184, 185, 186, 191, 218, 219, 220, 221, 226, 245, 260, 261
China 265
Connewitz (Stadtteil in Leipzig) 176, 200, 206, 207
Coswig (Landkreis Meißen) 140
Crimmitschau (Landkreis Zwickau) 90, 91, 161
- D**
Delitzsch (Landkreis Nordachsen) 33, 146, 147, 201
Deutschland 9, 11, 12, 13, 23, 24, 25, 26, 27, 30, 49, 51, 52, 53, 65, 79, 81, 82, 94, 106, 115, 116, 132, 141, 170, 173, 180, 182, 189, 192, 202, 215, 219, 231, 237, 238, 239, 240, 243, 244, 246, 253, 257, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 276, 280, 283, 284, 288, 291, 292, 293, 295, 309, 312, 313, 315, 318, 320, 321, 322
Dippoldiswalde (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) 151, 152
Döbeln (Landkreis Mittelsachsen) 33, 34, 37, 48, 50, 56, 57, 59, 67, 68, 69, 75, 87, 106, 128, 131, 137, 142, 143, 144, 146, 220, 221, 248, 249
Dresden 14, 33, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 48, 49, 56, 68, 69, 70, 71, 72, 74, 75, 76, 78, 85, 86, 87, 88, 94, 96, 97, 98, 99, 106, 107, 111, 112, 113, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 137, 139, 142, 148, 150, 155, 159, 167, 170, 177, 178, 179, 182, 183, 184, 185, 186, 189, 190, 191, 194, 195, 197, 199, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 220, 221, 222, 226, 227, 229, 230, 231, 232, 234, 245, 249, 253, 256, 260, 261, 271

- E**
Ebersdorf (Stadtteil in Chemnitz) 72, 111
Ehrenfriedersdorf (Erzgebirgskreis) 123
Eilenburg (Landkreis Nordsachsen) 33, 56, 99, 146, 147, 150
Elstra (Landkreis Bautzen) 41
Erfurt (Thüringen) 17, 55, 137
Erzgebirge 14, 25, 39, 41, 42, 46, 87, 90, 91, 104, 123, 124, 125, 157, 159
Erzgebirgskreis 35, 36, 39, 49, 55, 58, 89, 122, 123, 124, 125, 183, 223
- F**
Falkenhain (Landkreis Leipzig) 98
Flöha (Landkreis Mittelsachsen) 86, 146
Frankfurt am Main (Hessen) 168, 182
Freiberg (Landkreis Mittelsachsen) 37, 88, 142, 143, 146
Freiburg (Baden-Württemberg) 176, 177, 180, 203, 204
Freital (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) 151, 152, 153
Frohburg (Landkreis Leipzig) 128, 129
- G**
Geithain (Landkreis Leipzig) 36, 48, 61, 128, 129, 130, 131
Gelenau (Erzgebirgskreis) 123, 124
Geyer (Erzgebirgskreis) 123, 124
Glauchau (Landkreis Zwickau) 33
Gohrisch (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) 41, 97, 99, 152, 153
Görlitz (Landkreis Görlitz) 33, 35, 36, 42, 48, 51, 59, 95, 104, 105, 108, 125, 126, 127, 128, 170, 222
Göttingen (Niedersachsen) 174, 191, 192
Griechenland 179, 216
Grimma (Landkreis Leipzig) 132
Gröditz (Landkreis Meißen) 139, 140, 141
Großbothen (Landkreis Leipzig) 129
Großdubrau (Landkreis Bautzen) 41
Großenhain (Landkreis Meißen) 33, 140
- H**
Hamburg 159, 254
Hartha (Landkreis Mittelsachsen) 56, 144, 249
Heidelberg (Baden-Württemberg) 65, 154
Heidenau (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) 46, 151, 152
Hessen 63, 78, 168, 182
Hochfranken (Bayern) 15, 65, 67, 72, 154, 155
Hof/Saale (Bayern) 65
Hohnstein (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) 41
Hoyerswerda (Landkreis Bautzen) 33, 53, 56, 59, 60, 74, 104, 105, 106, 108, 249
- I**
Irak 206, 238, 244, 251, 257
Iran 244
Israel 240
- J**
Jahnsdorf (Erzgebirgskreis) 123, 124
Jena (Thüringen) 193, 201
- K**
Kamenz (Landkreis Bautzen) 38, 48, 106, 107, 108
Kirchheim (Thüringen) 32, 53, 81, 139, 157
Kobane (Syrien) 199, 206, 236, 243
Königstein (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) 152
Kosovo 118, 119
- L**
Landkreis Bautzen 37, 38, 40, 46, 48, 53, 56, 59, 60, 73, 100, 105, 106, 108, 109, 260
Landkreis Görlitz 48, 59, 105, 125, 126, 127, 128, 170, 222
Landkreis Leipzig 36, 48, 49, 56, 61, 73, 80, 90, 91, 98, 104, 128, 130, 131, 132, 223
Landkreis Meißen 14, 19, 35, 37, 55, 56, 94, 98, 139, 140, 141
Landkreis Mittelsachsen 35, 37, 56, 57, 59, 142, 145, 146, 170, 220, 260

Landkreis Nordsachsen 33, 36, 37, 56, 59, 99, 146,
147, 148, 149, 150, 223

Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
33, 35, 36, 37, 40, 97, 99, 107, 150, 153

Landkreis Zwickau 37, 48, 59, 60, 73, 74, 75, 89, 90,
158, 159, 160, 161, 223

Leinefelde (Thüringen) 80

Leipzig 14, 20, 26, 28, 30, 33, 34, 35, 36, 38, 39, 41, 42,
48, 49, 50, 54, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 64, 73,
80, 81, 88, 90, 91, 92, 95, 98, 104, 113, 128, 129,
130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139,
142, 146, 148, 163, 167, 170, 172, 173, 174, 175,
176, 177, 178, 179, 180, 182, 183, 184, 185, 186,
187, 188, 191, 193, 194, 196, 197, 199, 200, 201,
202, 203, 204, 205, 206, 207, 209, 215, 216, 217,
218, 220, 221, 222, 223, 225, 226, 231, 233, 234,
239, 241, 245, 260, 261, 262

Leuben (Stadtteil in Dresden) 121

Liebschützberg (Landkreis Nordsachsen) 33,
36, 40, 41, 147

Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau) 37,
48, 59, 60, 160, 248, 249

Lindenau (Stadtteil in Leipzig) 133, 201, 233

M

Machern (Landkreis Leipzig) 129

Magdeburg (Sachsen-Anhalt) 155, 179

Markkleeberg (Landkreis Leipzig) 130

Mecklenburg-Vorpommern 31, 52, 53, 62, 163,
209, 227

Meerane (Landkreis Zwickau) 160

Meißen (Landkreis Meißen) 14, 19, 35, 36, 37, 41,
55, 56, 94, 98, 104, 139, 140, 141, 220

Mittelsachsen 14, 31, 34, 35, 36, 37, 48, 52, 56, 57,
59, 95, 104, 128, 142, 143, 144, 145, 146, 170,
218, 220, 255, 260, 261

Mittlerer Erzgebirgskreis 123

Mittweida (Landkreis Mittelsachsen) 56, 59,
142, 144, 249

Moritzburg (Landkreis Meißen) 140

Muldental (Landkreis Leipzig) 80, 130, 132

Mutzschen (Landkreis Leipzig) 129

N

Naher Osten 243, 262

Neuensalz (Vogtlandkreis) 90, 92, 156, 157

Neukirch/Lausitz (Landkreis Bautzen) 41

Neustadt (Landkreis Sächsische Schweiz-
Osterzgebirge) 151, 152, 153, 184, 215, 216

Niederdorf (Erzgebirgskreis) 123

Niedersachsen 111, 174, 191

Niederschlesien-Oberlausitz 45

Nordafrikanischer Raum 264, 266

Nordbayern 65, 155

Nordirak 242, 244

Nordkorea 264

Nordrhein-Westfalen 65, 68, 157

Nordsachsen 33, 35, 36, 37, 41, 49, 56, 59, 91, 92, 99,
104, 122, 123, 131, 146, 147, 148, 149, 150, 179,
201, 222, 223

Nordsyrien 199, 206, 243

O

Oberlungwitz (Landkreis Zwickau) 159

Oberprex (Bayern) 71

Oelsnitz (Vogtlandkreis) 98, 157

Oschatz (Landkreis Nordsachsen) 37, 56, 59,
147, 249

Österreich 81, 96, 122, 193, 201

Osteuropa 264

Ostsachsen 40, 49, 51, 64, 108, 126, 127, 222

Ottendorf-Okrilla (Landkreis Bautzen) 46, 106

P

Panitzsch, OT von Borsdorf (Landkreis Leipzig)
90, 91, 132

Parthenstein (Landkreis Leipzig) 130

Pausa (Vogtlandkreis) 56, 157, 249

Pirna (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterz-
gebirge) 33, 37, 151, 152, 153

Plagwitz (Stadtteil von Leipzig) 201

Plauen (Vogtlandkreis) 37, 56, 63, 65, 66, 68, 72,
73, 106, 155, 156, 157, 162, 172, 176, 194, 223,
224, 232, 233, 249

Potsdam-Babelsberg (Brandenburg) 138

- R**
- Radeberg (Landkreis Bautzen) 100, 105, 106, 108, 109, 257
- Radebeul (Landkreis Meißen) 140
- Rathen (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) 41
- Regnitzlosau (Bayern) 66
- Reichenbach (Vogtlandkreis) 37, 56, 156, 157, 159, 249
- Reinhardtsdorf-Schöna (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) 33, 36, 40, 41, 151, 152
- Rheinland-Pfalz 65
- Riesa (Landkreis Meißen) 19, 37, 48, 52, 55, 56, 88, 92, 94, 98, 139, 140, 141, 249
- Roda, Ortsteil von Grimma (Landkreis Leipzig) 132
- Rojava (Westkurdistan) 243
- Russland 265, 268
- S**
- Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 14, 33, 35, 36, 37, 40, 41, 97, 99, 107, 150, 151, 153
- Schkeuditz (Landkreis Nordsachsen) 33, 147
- Schlunzig (Ortsteil von Zwickau) 36
- Schneeberg (Erzgebirgskreis) 39, 46, 55, 87, 122, 123, 124, 131, 148, 223
- Schweden 53, 54, 79, 81
- Sebnitz (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) 33, 40, 41, 151, 152, 153
- Sondershausen (Thüringen) 146
- Staupitz, Ortsteil von Torgau (Landkreis Nordsachsen) 90, 91, 92, 93, 115, 125, 141, 149
- Steinigtwolmsdorf (Landkreis Bautzen) 41
- Stollberg (Erzgebirgskreis) 123
- Strehla (Landkreis Meißen) 139, 140
- Struppen (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) 152
- Stuttgart (Baden-Württemberg) 195, 267
- Südbayern 155
- Südbrandenburg 67, 249
- Syrien 111, 205, 206, 236, 238, 240, 241, 244, 246, 251, 253, 257, 262
- T**
- Thallwitz (Landkreis Leipzig) 129, 130
- Theuma (Vogtlandkreis) 32
- Thüringen 17, 31, 43, 53, 74, 80, 81, 86, 87, 95, 122, 133, 137, 154, 155, 159, 193, 201, 224, 232
- Torgau (Landkreis Nordsachsen) 90, 91, 92, 93, 115, 125, 141, 146, 147
- Trebsen (Landkreis Leipzig) 129, 130
- Tschechische Republik 55, 222
- Türkei 242, 243, 244, 251
- U**
- USA 82, 206, 253, 268, 283
- V**
- Vogtland 15, 65, 66, 67, 68, 72, 89, 91, 154, 155, 156, 157, 159, 162, 224
- Vogtlandkreis 14, 32, 35, 36, 37, 49, 56, 63, 65, 67, 68, 73, 90, 98, 154, 156, 157, 170, 194, 223, 232, 261
- W**
- Waldheim (Landkreis Mittelsachsen) 143
- Weimar (Thüringen) 133
- Weinböhla (Landkreis Meißen) 140
- Weinheim (Baden-Württemberg) 32
- Werdau (Landkreis Zwickau) 37, 48, 73, 158, 159, 160
- Wien (Österreich) 193
- Wunsiedel (Bayern) 156
- Wurzen (Landkreis Leipzig) 56, 98, 129, 130, 249
- Z**
- Zeithain (Landkreis Meißen) 139, 140
- Zittau (Landkreis Görlitz) 33, 48, 59, 92, 125, 126, 127, 128, 222
- Zobes, Ortsteil von Neuensalz (Vogtlandkreis) 90, 92, 156, 157
- Zschorlau (Erzgebirgskreis) 123
- Zwickau (Landkreis Zwickau) 14, 33, 35, 36, 37, 48, 59, 60, 73, 74, 75, 86, 87, 89, 90, 91, 104, 158, 159, 160, 161, 223, 245

IX. Abkürzungsverzeichnis

A		FNS	FREIES NETZ SÜD
A.O.L.	ANTIFASCHISTISCHE OFFENSIVE LEIPZIG	FSB	Federalnaja Sluschba Besopasnosti Rossijskoj Federazii
AAK	ANTIFASCHISTISCHE AKTION KARL-MARX-STADT		
AFA GÖRLITZ	ANTIFASCHISTISCHE AKTION GÖRLITZ	G	
AJZ	Alternatives Jugendzentrum Chemnitz	GETZ	GEMEINSAMES EXTREMISMUS- UND TERRORISMUSABWEHRZENTRUM
ANTIFA RDL	ANTIFA ROSSWEIN-DÖBELN-LEISNIG	GIZ	GEMEINSAMES INTERNETZENTRUM
ANTIFA RGB	ANTIFASCHISTISCHE AKTION ROCHLITZ-BURGSTÄDT-GERINGSWALDE	GTAZ	GEMEINSAMES TERRORISMUSABWEHRZENTRUM
ASJL	ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND LEIPZIG		
B		H	
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz	HNG	HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e.V.
BND	Bundesnachrichtendienst	HPG	VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE
BNP	British National Party		
C		I	
CDK	KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA	IL	INTERVENTIONISTISCHE LINKE
		IS	ISLAMISCHER STAAT
D		J	
DKP	DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI	JN	JUNGE NATIONALDEMOKRATEN
DKTM	DEMOKRATISCHES KURDISCHES GESELLSCHAFTSZENTRUM		
E		K	
ERNK	NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS	KAD	KOMMUNISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN
		KCD-E	KURDISCHER DEMOKRATISCHER GESELLSCHAFTSKONGRESS IN EUROPA
F		KCK	VEREINIGTE GEMEINSCHAFTEN KURDISTANS
FAU-IAA	FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION	KONGRA GEL	VOLSKONGRESS KURDISTANS
FKD	FREIE KRÄFTE DRESDEN	KON-KURD	KONFÖDERATION DER KURDISCHEN VEREINE IN EUROPA
FN-FREIBERG	FREIE NATIONALISTEN FREIBERG	KPD-Ost	KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
		KPF	KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE
		KPV	KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG

M

MF	MARXISTISCHES FORUM
MID	Military Intelligence Department
MLPD	MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
MND	MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN
MSS	Ministry of State Security

N

NAV-DEM	KURDISCHER DEMOKRATISCHER GESELLSCHAFTSKONGRESS IN DEUTSCHLAND
NJB	NATIONALER JUGENDBLOCK e. V.
NPD	NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
NS-BOYS	NEW SOCIETY
NS-BURGSTÄDT	NATIONALE SOZIALISTEN BURGSTÄDT
NSC	NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ
NS-DÖBELN	NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN
NS-HOY	NATIONALE SOZIALISTEN HOYERSWERDA
NSMK	NATIONALE SOZIALISTEN MAIN-KINZIG

P

PKK	ARBEITERPARTEI KURDISTANS
PMK	Politisch motivierte Kriminalität
PYD	Partei der Demokratischen Union

R

RH	ROTE HILFE e.V.
RHD	ROTE HILFE DEUTSCHLAND
RNF	RING NATIONALER FRAUEN
RNJ	REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND VOGTLAND

S

SSS	SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ
SWR	Sluschba Wneschnei Raswedki Rossijskoj Federazii

T

TAK	FREIHEITSFALKEN KURDISTANS
TCM	TERRORCREW MULDENTAL
TddZ	Tag der deutschen Zukunft

U

URA DRESDEN	UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA DRESDEN
-------------	--

W

WRB	WHITE REBEL BOYS
WWT	WEISSE WÖLFE TERRORCREW

Y

YDK	KURDISCHE DEMOKRATISCHE VOLKS- UNION
YEK-KOM	FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V.
YPG	VOLKSVERTEIDIGUNGSEINHEITEN

Herausgeber und Redaktion:

Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt
für Verfassungsschutz Sachsen

Gestaltung und Satz:

SV SAXONIA VERLAG für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH/
SAXONIA Werbeagentur – www.saxonia-werbeagentur.de

Redaktionsschluss:

13. April 2015

Auflage:

5.000 Stück

Druck:

Stoba Druck GmbH

Bezug:

Diese Druckschrift kann kostenfrei bezogen werden beim:
Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen
Neuländer Straße 60, 01129 Dresden
Telefon: +49 351 85850
Telefax: +49 351 8585500
E-Mail: verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de
www.verfassungsschutz.sachsen.de

Verteilerhinweis:

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

